

Jan Pospisil

KONFLIKTLAND- SCHAFTEN DES SÜDSUDAN

Fragmente eines Staates



[transcript] Edition Politik

Jan Pospisil
Konfliktlandschaften des Südsudan

Die freie Verfügbarkeit der E-Book-Ausgabe dieser Publikation wurde ermöglicht durch den Fachinformationsdienst Politikwissenschaft POLLUX



und einem Netzwerk wissenschaftlicher Bibliotheken zur Förderung von Open Access in den Sozial- und Geisteswissenschaften (transcript, Politikwissenschaft 2021)

Die Publikation beachtet die Qualitätsstandards für die Open-Access-Publikation von Büchern (Nationaler Open-Access-Kontaktpunkt et al. 2018), Phase 1

https://oa2020-de.org/blog/2018/07/31/empfehlungen_qualitätsstandards_oabücher/

Hauptsponsor: Staats- und Universitätsbibliothek Bremen (POLLUX – Informationsdienst Politikwissenschaft)

Vollsponsoren: Universitätsbibliothek Bayreuth | Universitätsbibliothek der Humboldt-Universität zu Berlin | Freie Universität Berlin - Universitätsbibliothek | Staatsbibliothek zu Berlin | Universitätsbibliothek Bielefeld | Universitätsbibliothek der Ruhr-Universität Bochum (RUB) | Universitäts- und Landesbibliothek Bonn | Vorarlberger Landesbibliothek | Universitätsbibliothek der Technischen Universität Chemnitz | Universitäts- und Landesbibliothek Darmstadt | Sächsische Landesbibliothek Staats- und Universitätsbibliothek Dresden (SLUB) | Universitätsbibliothek Duisburg-Essen | Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf | Universitätsbibliothek Erlangen-Nürnberg | Universitätsbibliothek Frankfurt/M. | Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen | Universitätsbibliothek Greifswald | Universitätsbibliothek der FernUniversität in Hagen | Staats- und Universitätsbibliothek Carl von Ossietzky, Hamburg | TIB – Leibniz-Informationszentrum Technik und Naturwissenschaften und Universitätsbiblio-

thek | Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek - Niedersächsische Landesbibliothek | Universitätsbibliothek Heidelberg | Universitätsbibliothek Kassel | Universitätsbibliothek Kiel (CAU) | Universitätsbibliothek Koblenz · Landau | Universitäts- und Stadtbibliothek Köln | Universitätsbibliothek Leipzig | Zentral- und Hochschulbibliothek Luzern | Universitätsbibliothek Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg | Universitätsbibliothek Marburg | Max Planck Digital Library (MPDL) | Universitäts- und Landesbibliothek Münster | Universitätsbibliothek der Carl von Ossietzky-Universität, Oldenburg | Universitätsbibliothek Osnabrück | Universitätsbibliothek Passau | Universitätsbibliothek St. Gallen | Universitätsbibliothek Vechta | Universitätsbibliothek Wien | Universitätsbibliothek Wuppertal | Zentralbibliothek Zürich

Sponsoring Light: Bundesministerium der Verteidigung | Landesbibliothek Oldenburg

Mikrosponsoring: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) - Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit | Leibniz-Institut für Europäische Geschichte, Mainz

Jan Pospisil, geb. 1974, ist Forschungsdirektor am Austrian Study Centre for Peace and Conflict Resolution (ASPR), und Privatdozent für Politikwissenschaft an der Universität Wien. Zudem arbeitet er im Rahmen des Political Settlements Research Programme (PSRP) an der University of Edinburgh.

Jan Pospisil

Konfliktlandschaften des Südsudan

Fragmente eines Staates

[transcript]

This work was supported by the UK Foreign, Commonwealth, and Development Office under Grant PO 6663 (Political Settlements Research Programme).

Die Drucklegung wurde vom Autrian Study Centre for Peace and Conflict Resolution (ASPR) unterstützt.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution 4.0 Lizenz (BY). Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell. (Lizenztext:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>)

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

Erschienen 2021 im transcript Verlag, Bielefeld

© Jan Pospisil

Umschlaggestaltung: Maria Arndt, Bielefeld

Umschlagcredit: Yei im Südsudan; Foto von Jan Pospisil

Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar

Print-ISBN 978-3-8376-5580-3

PDF-ISBN 978-3-8394-5580-7

EPUB-ISBN 978-3-7328-5580-3

<https://doi.org/10.14361/9783839455807>

Buchreihen-ISSN: 2702-9050

Buchreihen-eISSN: 2702-9069

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Besuchen Sie uns im Internet: <https://www.transcript-verlag.de>

Unsere aktuelle Vorschau finden Sie unter www.transcript-verlag.de/vorschau-download

Inhalt

Vorwort 9

Fragmentarische Erkundungen 17

»Vor Reisen nach Südsudan wird gewarnt. Es wird dringend empfohlen,
das Land zu verlassen.« 19

Die Unordnung der Fragmente 24

Die Methodologie des Fragments 28

Fahrplan 31

Koloniale Integration 35

Geschichten des Werdens und Scheiterns 36

Prästaatliche Institutionalisierungen 40

Periphere Integration 45

Wirkungen des Kolonialismus..... 58

Sudan 61

Anti-Antikolonialismus 62

Diskrepanzen des Widerstandes 72

Vorboten eines Bürgerkrieges 80

Ein umfassendes Friedensabkommen 90

»Nationale« Geschichte 97

Unabhängigkeit 98

Der Weg in den Bürgerkrieg 109

Zusammenbruch und Revitalisierung 119

Durchdringungen 129

Kolonialismus 131

Sklaverei	135
Wasser	138
Hilfe	143
Aktivismus	148
Politischer Marktplatz	155
Ein Marktplatz politischer Loyalität	156
Entrepreneure	159
Schmiermittel	167
Ethnopolitik	173
Eine Frage der Diktion	175
Dinka-Dominanz?	178
Vielschichtigkeit.	
Die ethnopolitische Konfliktlandschaft in Jonglei	182
Transition	191
Die politische Transition	194
Sicherheitssektorreform	205
Verfassung und Wahlen	215
Tajility	222
(De)Marginalisierung	225
Vulnerabilität	227
Abgeschiedenheit	229
Rollenbilder	233
A good place to make money	237
»I eat at my Table«	243
Zeit	244
Footing	248
Rule by Law	251
Korruption	255
Fragmente eines Staates	263
Ein Staat in Fragmenten	265
Ein Staat in Konfliktlandschaften	272

Dieses Land hat alles	277
Eine Nation in Fragmenten	278
Strategische Ambivalenz	281
Institutionelles <i>Unsettlement</i>	284
 Abkürzungsverzeichnis	 289
 Literaturverzeichnis	 295
 Geografie	 311
 Sachindex	 318
 Personenindex	 330

Vorwort

Jedes Buch hat seine ganz spezielle Geschichte. Dies gilt umso mehr für Bücher, die eigentlich nie geplant gewesen waren. Zu diesen zählt das vorliegende. Eine Fokussierung auf ein spezifisches Land lag und liegt nicht in meinem persönlichen Forschungsinteresse. Meine Forschungsbiografie ist, im Unterschied zu spezifischer Land- und Area-Expertise, bewusst empirisch vergleichend angelegt. Die innige Beziehung zum Südsudan, die für das Schreiben dieses Buches Voraussetzung war, entwickelte sich erst nach und nach. Und sie entstand mehr oder minder zufällig.

Es war das weitgehend zufällige Aufeinandertreffen dreier für sich genommen wenig einschneidender Ereignisse, die den zu diesem Zeitpunkt für mich noch unhörbaren Startschuss für die vorliegende Monografie über den Südsudan und seine mannigfaltigen wie fragmentierten Konflikträume gaben. Die routinemäßige E-Mail des Lektors von *transcript*, ob nicht gerade eine für die breitere Öffentlichkeit relevante Forschungsarbeit anhängig wäre, die in Buchform gegossen werden könnte. Die Frage meines mir lange bekannten Kollegen Thomas Schmidinger, ob ich nicht sein ebenfalls auf Deutsch erschienen Buch zum Sudan (»Unvollendete Revolution in einem brüchigen Land«, Schmidinger, 2020) für eine Fachzeitschrift rezensieren wollte. Und schließlich die Bitte meiner guten Prager Kollegin Lucia Najslova, doch einen Blick auf ihr gerade fertiggestelltes Buchmanuskript zu den EU-Türkei-Beziehungen zu werfen. Dem Verlag erschien es absurderweise als nicht klassisch wissenschaftlich genug argumentiert. Das Buch ist mittlerweile erschienen als »Turkey and the European Union: The Politics of Belonging« (Najslova, 2021). Es war das Zusammenspiel dieser drei Episoden, die in mir die Motivation reifen ließ, meine Forschungsarbeiten im Südsudan doch in einer Monografie zusammenzuführen. Der bevorstehende zehnte Jahrestag der südsudanesischen Unabhängigkeit am 9. Juli 2021 gab für dieses Projekt eine enge, aber machbare und unverrückbare Zeitleiste vor.

Ein weiterer, noch viel unerwarteterer Faktor war der Ausbruch der Covid-19-Pandemie und die damit einhergehenden Reisebeschränkungen des Jahres 2020. Die Absage vieler Konferenzen und Treffen eröffnete eine ungewohnt lange ununterbrochene Arbeitsperiode. Diese konnte ich – paradoxerweise – mit Feldforschung und mit dem Schreiben eines Manuskripts sinnvoll füllen. Es mag absurd klingen. Ohne die durch die Pandemiebekämpfung veranlassten Beschränkungen wäre das vorliegende Buch nicht geschrieben worden. Selbst der längere Arbeitsaufenthalt in Juba von Oktober bis Dezember 2020 wäre in »normalen« Zeiten aller Wahrscheinlichkeit nach verschiedenen Anwesenheits- und Lehrverpflichtungen zum Opfer gefallen. Es traf sich gut, dass sich gerade über das letzte Jahr das mobile Internet in Juba beständig verbessert, wenngleich obszön verteuert hat. So konnte ich während des Forschungsaufenthalts die meisten meiner nun in den virtuellen Raum verlegten Verpflichtungen aus der Distanz absolvieren.

Überhaupt hatte meine Arbeit im und zum Südsudan in den beiden Jahren vor der Unterzeichnung des Buchvertrages stark zugenommen. Dies ist nicht nur dem Zufall zu verdanken, sondern – allen voran – Alex de Waal. Alex ist Direktor der *World Peace Foundation* und einer der unbestritten besten Kenner der Region des Roten Meeres. Er brachte mich in Kontakt mit David Deng, der selbst wiederum Mitstreiter:innen für ein Forschungsprojekt suchte. Dieses Projekt, »Citizen's Perceptions of Peace«, sollte für das *US State Department* und das *US Institute for Peace* die Wahrnehmungen des Friedensprozesses durch die Bevölkerung im Südsudan untersuchen. Die Forschungsfrage erweiterte sich auf die Auswirkungen auf das alltägliche Leben in den verschiedenen Teilen des Landes. Das Projekt war der Startschuss einer fruchtbaren und noch immer andauernden Zusammenarbeit. Sie schließt neben David auch Christopher Oringa Mark von der *University of Juba* und Sophia Dawkins, Doktoratskandidatin an der *Yale University*, mit ein. Ohne diese drei wäre das vorliegende Buch nicht möglich gewesen.

Insbesondere mit Chris ist im Zuge unserer gemeinsamen Arbeit eine Freundschaft gewachsen, die nicht nur für unsere jeweilige Forschungsarbeit wichtig ist. Es ist wahrscheinlich eines der größten Privilegien von im Norden lozierten Wissenschaftler:innen, unter lösbaren Bedingungen Forschungsreisen antreten zu können, die solche interkontinentale Freundschaften ermöglichen. Es ist eine aus diesem Privileg entstehende Verantwortung, sich unermüdlich für einen beidseitigen flachen Austausch einzusetzen. Dies betrifft nicht zuletzt die Arbeit von Lösungswegen für die beständigen Herausforde-

rungen von Finanzierung und Visa-Vergabe für Forschungsreisen in die Gegenrichtung.

Das zweite wissenschaftliche Unterfangen, das die Untersuchungen zu diesem Buch über die Jahre möglich gemacht hat, ist das vom neu formierten britischen *Foreign, Commonwealth, and Development Office* (FCDO) finanzierte *Political Settlements Research Programme* (PSRP) an der *University of Edinburgh*. Im PSRP graduierte ich seit meinem Einstieg im Jahr 2015 von einer Stelle als Post-Doc-Researcher zum Projektpartner und Leiter des Forschungsbereiches zu lokalen Friedensprozessen. Dies ist hauptsächlich der Forschungsdirektorin Christine Bell, Professorin für Constitutional Law an der *Edinburgh Law School*, zu verdanken. Die Tätigkeit im PSRP ermöglichte mir eine vertiefende Auseinandersetzung mit den subnationalen Konfliktlandschaften im Südsudan. Sie motivierte mich auch zur vertieften Auseinandersetzung mit den intellektuellen Konzepten, auf denen die vorliegende Monografie beruht. Die Zusammenarbeit mit PSRP-Kolleg:innen wie Monalisa Adhikari, Sanja Badanjak und Laura Wise ist eine beständige intellektuelle Bereicherung.

Christine Bell hat entscheidend zur Entwicklung des konzeptionellen Apparats dieser Monografie beigetragen. Es war unser gemeinsames Nachdenken, das zum Ansatz der Konfliktlandschaften und der Idee, einen Staat als eine Ansammlung von Fragmenten zu verstehen, geführt hat. Darüber hinaus wirkt Christine seit Jahren als meine wichtigste intellektuelle, aber auch berufliche Mentorin. Letztlich gehen für meine Untersuchungen so wichtige Begriffe wie »Formalised Political Unsettlement« und die Unterscheidung zwischen einem fragmentierten und einem »Fragment State« auf ihre intellektuellen Eingebungen zurück. Obwohl kontinuierlich mit gefühlten dreißig täglichen Arbeitsstunden kalkulierend, findet sie immer Zeit zum Vorantreiben dieses intellektuellen Austausches.

Hervorzuheben ist ebenso einer der wesentlichen Financiers meiner wissenschaftlichen Tätigkeit der vergangenen Jahre. Das FCDO war und ist allerdings mehr als ein reiner Geldgeber. Es ist ein intellektuell herausfordernder und interessanter Partner. Für dieses Buch wichtig waren nicht nur Gespräche mit dem britischen Südsudan-Team – Louise Hancock und Danny Shimmie – sei an dieser Stelle für wiederholte spannende Diskussionen gedankt. Auch der Austausch mit anderen FCDO-finanzierten, im Südsudan aktiven Forschungsprogrammen, insbesondere dem *Conflict Research Programme* (CRP) an der London School of Economics, und dem unter anderem vom *Rift Valley Institute* (RVI) betriebenen *X-Border Research Network*, waren und sind essenziell.

Einige der Protagonist:innen aus dem CRP-Umfeld haben mich, in unterschiedlicher Weise, in meinen intellektuellen und praktischen Annäherungen an den Südsudan und die Interpretation seiner Konfliktlandschaften in den letzten Jahren unterstützt. Neben dem schon erwähnten Alex de Waal, ohne den dieses Buch definitiv nie geschrieben worden wäre, sei vor allem die langjährige Direktorin des CRP, Mary Kaldor, erwähnt. Mit ihr haben sich gerade in der Phase der Überlegungen zum intellektuellen Grundgerüst dieses Buches einige wichtige Diskussionen ergeben. Matthew Benson hat durch viele Hinweise, Diskussionen und Kontakte zur Arbeit an diesem Buch beigetragen.

Aus dem X-Border-Programm waren die Diskussionen mit einigen Kolleg:innen aus dem RVI-Umfeld überaus wertvoll. Natürlich besonders hervorzuheben ist die Büroleiterin von RVI in Juba, Anna Rowett. Sie stand für eine Unmenge konkreter Hilfestellungen, von der Unterstützung bei den nicht immer einfachen Visa-Prozessen bis hin zu konkreten Kontakten, immer bereit. Ich weiß nicht, wie es mir gelingen wird, mich angemessen zu revanchieren. Anna ist eine jener Menschen, die mir in Juba das unzweifelhafte Gefühl geben, daheim zu sein.

Ebenfalls zu danken ist dem Team von *Trias Consulting*, Tom Hockley und Vanda Santos, mit denen Chris und ich gemeinsam Arbeiten für die UN durchlebt – manche würden meinen, durchlitten – haben. Benjamin Moore und seinen Kolleg:innen vom UN RCO in Juba sind ebenfalls hervorzuheben. Mit ihnen haben sich im Zuge dieser Arbeiten einige interessante Diskussionen ergeben. Ebenso Erwähnung finden müssen Joshua Craze, Pauline Eloff und Alan Boswell, die ich mit ihrem enzyklopädischen Wissen zur politischen Geschichte und Gegenwart des Südsudan wiederholt zurate zog.

Zum Gegenlesen des Manuskripts erklärten sich Lucia Najslova, Wilfried Graf, Stefan Hinsch, Nico Trunk sowie Dolores Reiner bereit. Einige Teile wurden von Georg Lennkh, ehemaliger österreichischer Sonderbotschafter für Afrika und EU-Botschafter für den Tschad und guter Kenner der sudanesisch/südsudanesischen Geschichte in der CPA-Periode, und Johanna Rodehau-Noack, einem der Rising Stars am Firmament der Critical International Relations, gegengelesen und kommentiert. Auch Irene Fabiano, Junubin mit wundersamen Beziehungen zu Deutschland, und Manut Juac in Wien haben sich einzelner Teile der Arbeit angenommen.

Meine Direktorin am *Austrian Studies Centre for Peace and Conflict Resolution* (ASPR), Gudrun Kramer, hat mir so flexibel wie konsequent die Rahmenbedingungen zum Schreiben des Manuskripts ermöglicht. Sie bewilligte mir

eine bei vielen anderen akademischen Arbeitgebern undenkbare Reisetätigkeit, um die für dieses Buch unerlässlichen Besuche im Südsudan zu unternehmen. Ohne Zögern entschied sich das ASPR dafür, einen Druckkostenzuschuss zur Verfügung zu stellen. Auch wurde mir eine Reihe an internen Sonderregelungen zuteil, ohne die die zügige Umsetzung des Projekts nicht möglich gewesen wäre. Was aber viel wichtiger ist: Gudrun hat einige der wichtigsten Fragen gestellt, die in der einen oder anderen Form in die hier dargelegten Ausarbeitungen eingeflossen sind. Ich glaube nicht, dass ich die von ihr aufgeworfenen generellen Problemstellungen zu Gesellschaft, Konflikt, Frieden und grundlegenden menschlichen Bedürfnissen auch nur annähernd beantworten konnte. Sie haben aber in jedem Fall die hier dargelegten Auseinandersetzungen maßgeblich mitgeprägt.

Angesichts der vorbehaltlosen Unterstützung am ASPR für mein Projekt wäre es ungerecht, weitere Namen herauszustreichen. Eine wichtige logistische Rolle während meiner Aufenthalte im Südsudan hatte Augustin Nicolsco, der in den als riskant geltenden Regionen, in denen ich mich aufhielt, das Back-up für den Sicherheitsdispositiv übernahm und für Tracking und tägliche Check-ins verantwortlich zeichnete.

Es ist unerlässlich, einigen wichtigen Freund:innen in Juba zu danken. Sie ließen und lassen mich an Teilen ihres Lebens teilhaben und ermöglichen mir so einen Einblick in Lebensrealitäten, der alles andere als selbstverständlich ist. Besonders gilt das für Nyibol Gai Kok, die mir in vielen Gesprächen geholfen hat, mich einem Verständnis der sozialen Dimension des Lebens in institutionellen Fragmenten anzunähern. Ich hoffe, dass sie sich beim Erscheinen dieses Buches endlich nach Khartum begeben hat, um dort ihr Medizin-Studium abzuschließen.

Ein solches Studium hat mein Freund Professor Constantine Jervase Yak schon vor vielen Jahren absolviert, ebenso in Khartum. Im weiteren Verlauf seiner Karriere gelangte er über eine Funktion als Vice Chancellor an der Universität von Bahr el-Ghazal ins *Council of States*, das parlamentarische Oberhaus in Juba. Er hat mir in zahlreichen langen Diskussionen, oft während gemeinsamer Mittagessen im Council of States, viel über die Region begreiflich gemacht. Als jemand, der einige Zeit in Europa verbracht hat, kam ihm auf sozialer Ebene auch eine Art übersetzender Kapazität zu. Es ist ihm zu wünschen, dass das von ihm aufgebaute und betriebene Projekt einer Diabetes Control Clinic in Juba einen nachhaltigen Finanzierungspartner findet. Jene, die gerne mehr über dieses Projekt wissen wollen, bitte ich, mit mir umgehend in Kontakt zu treten.

Florence Miettaux ist nicht nur eine der interessantesten Gesprächspartnerinnen in Juba, ihr *Juba in the Making*-Projekt¹ hat einige wichtige Informationen erarbeitet und bereitgestellt, die in diesem Buch Verwendung fanden. Zu meiner unerschütterlichen Basis in Juba hat sich über die Jahre das Oasis Camp entwickelt. Trotz aller ökonomischen Schwierigkeiten und der Überschwemmung meiner geliebten Beach Bar im Zuge des Nil-Hochwassers im Jahr 2020 ist es weit mehr als eine simple Unterkunft. »This is home for you.« Umso bitterer, dass die ökonomischen Schwierigkeiten im Frühjahr 2021 derart anwuchsen, dass Oasis seine Pforten schließen musste – hoffentlich nur vorübergehend.

Und natürlich will ich mich bei Elisabeth Reiner bedanken. Entgegen meiner Zusicherung kam es zur direkten zeitlichen Kollision unserer jeweiligen Buchprojekte. Das hat den wechselseitigen Rückhalt in einer für uns beide harten Arbeitsphase nicht einfach, aber umso wichtiger gemacht.

Zum Schluss dieses Vorwortes noch einige Gebrauchshinweise. In der Orthografie habe ich weitestgehend auf Übersetzungen ins Deutsche verzichtet. Das mag an einzelnen Stellen seltsam wirken. So ist beispielsweise die Bezeichnung der Region Equatoria in der englischen Schreibweise verblieben, während die Bezeichnung des Äquators in Deutsch erfolgt. Die Vorgangsweise dient aber der Stringenz und der Anschlussfähigkeit an die überwiegend englischsprachige Literatur zum Südsudan. Auch Funktionsbezeichnungen wurden in ihren englischsprachigen Originalen belassen. Aussagen von Personen wurden dann auf Deutsch wiedergegeben, wenn sie auf Basis von Notizen mittelbar zitiert wurden, die Beibehaltung der englischen Sprache bezeichnet wortwörtliche Zitate.

Die Personennamen werden bei der ersten Erwähnung voll mit ihren zumeist drei Namenskomponenten ausgeschrieben, danach folgt die Nennung der ersten beiden Namen, mitunter, bei häufiger Erwähnung, nur des zweiten Namens. Letztere Version ist im Südsudan unüblich, da sich die formale Bezeichnung auf den ersten Namen bezieht (etwa Salva für den Präsidenten Salva Kiir Mayardit, oder Dr. Riak für Riak Machar Teny), aber für ein internationales Publikum gewohnter.

Ein südsudanesisches Spezifikum ist die Unzahl an Abkürzungen, die der großen Zahl an Organisationen und Bewegungen sowie den vielen zumeist durch Friedensverträge eingerichteten Kommissionen geschuldet ist. Mitunter werden diese zur besseren Lesbarkeit mehrmals im Text ausgeschrieben.

1 <https://jubainthemaking.com/>

Es empfiehlt sich jedoch vermutlich für die meisten Leser:innen, wiederholt das Abkürzungsverzeichnis zu konsultieren. Dieses wurde angesichts dieser spezifischen Problematik durch Kurzbeschreibungen der jeweiligen Begriffe und Eigennamen ergänzt. Für all jene, die mit den geografischen Grundzügen des heutigen Südsudan nicht vertraut sind, empfiehlt sich vor der Lektüre des Hauptteils ein Blick auf die Karte und eine Konsultation der dieser Karte beigefügten kurzen Darlegung. Zumindest eine Kenntnis der Lage der drei Großregionen Bahr el-Ghazal, Equatoria und Upper Nile ist für eine gute Nachvollziehbarkeit des geschichtlichen Teils vonnöten.

Sprachlich wurde zur Sichtbarmachung der Gender-Formen der Doppelpunkt gewählt. Dies ist aufgrund dessen häufiger Verwendung als Satzzeichen keine unumstrittene Option, erscheint aber im Vergleich der Lesbarkeit des Textes gegenüber anderen Darstellungen der Gender-Lücke im Vorteil. In den Fällen, in denen eine Darstellung aller Gender-Formen durch einen solchen Doppelpunkt unterbleibt, ist nur das jeweils dargestellte Geschlecht gemeint.

Fragmentarische Erkundungen

Die Idee scheint naheliegend. Am 9. Juli 2021 ist die Republik Südsudan im Begriff, den zehnten Jahrestag ihrer Unabhängigkeit zu begehen. Nach wie vor gibt es keine deutschsprachige Monografie, die sich eingehend mit dem jüngsten Staat der Welt auseinandersetzt. Die Zahl jener, die eine solche Monografie vorlegen könnten, ist begrenzt. Was gäbe es also in der Tat für eine bessere Gelegenheit, meine mit dem Land verbundene Arbeit der letzten Jahre einem breiteren Publikum zugänglich zu machen? Nachdem es sich primär um Vergleichsstudien oder vertrauliche Consultancy-Aufträge gehandelt hatte, war diese Arbeit ohnehin bislang kaum als solche publiziert worden.

Aber wie es so ist mit guten Ideen, beinhalten sie oft Schwierigkeiten, die sich erst in ihrer Umsetzung offenbaren. Es war meine Prager Kollegin Lucia Najšlova, die mein geflissentlich zurechtgelegtes Konzept einer sorgfältig sortierten Abhandlung über die südsudanesischen Konfliktlandschaften ins Wanken brachte. »Was fasziniert dich eigentlich an dem Land?«, warf sie ein. »Warum willst du da immer hin, was macht diese Anziehung aus?« Ich kann mich nicht mehr genau an meine vage Antwort erinnern. Jedenfalls warf ich wissenschaftliche und private Motive weitgehend unstrukturiert durcheinander. Nach unserer Konversation war mir weit weniger klar, was ich mit diesem Projekt eigentlich wollte, als ich vorher gedacht hatte. Die Frage zwang mich zu einem erneuten Nachdenken über dieses Buchprojekt.

Für jemanden, der seit Jahrzehnten zu bewaffneten Konflikten forscht, ist der Südsudan natürlich von naheliegender wissenschaftlichem Interesse. Ein jahrzehntelanger Bürgerkrieg durchzieht die Geschichte der Region, unterbrochen von nur wenigen mehr oder minder friedlichen Perioden. Der Kontext ist konkret wie intellektuell schwer zugänglich für vergleichend arbeitende Forscher:innen, humanitäre und Entwicklungs-Professionals, oder andere Interessierte. Es ist zumindest für all jene schwierig, die den zumeist vereinfachten Darstellungen der (wenigen) Medienberichte kritisch gegen-

übertreten. Der einstmalige Forschungshype zum Südsudan fand im Zuge des im Jahr 2013 beginnenden Bürgerkrieges ein schnelles Ende. Er hatte bald nach der Unterzeichnung des *Comprehensive Peace Agreement* (CPA) zwischen dem *Sudanese People's Liberation Movement/Army* (SPLM/A) und dem vom Bashir-Regime regierten Sudan eine kurze Boomphase durchlaufen. Spätestens mit Ausbruch der zweiten Phase des südsudanesischen Bürgerkrieges im Jahr 2016 ist die Forschung im Land zum Erliegen gekommen. Getragen von zahlreichen, zumeist US-amerikanischen und britischen Master- und PhD-Studierenden, oftmals in Doppelfunktionen als Konsulent:innen für die in dieser Periode zahlreich vertretenen internationalen Entwicklungspartner, NGOs und UN-Agenturen, hatte dieser Höhenflug ohnehin nur zu einer überschaubaren Zahl an reflektierten und konzeptuell anspruchsvollen Arbeiten geführt. Sehr wohl aber zum mittlerweile fest verankerten Narrativ, der Südsudan sei überforscht.

Die Behauptung der Überforschung ist richtig wie falsch zugleich. In der Tat untersucht eine Unzahl an Reports humanitäre und entwicklungspolitische Herausforderungen wie die Lebensbedingungen und Vulnerabilitäten einzelner Bevölkerungsgruppen, Gender-Disparität, lokale Peacebuilding-Mechanismen oder die Wechselwirkungen zwischen bewaffnetem Konflikt und Naturkatastrophen. Zum Teil hervorragende und detailreiche Berichte, etwa von *Small Arms Survey*, beleuchten spezifische Konfliktlagen in verschiedenen Teilen des Landes. Und dennoch, trotz all dieser Materialien bleibt eine Annäherung an den Südsudan, was immer auch dieser Begriff umschließen mag, schwierig und seltsam abgerissen.

An diesem Punkt setzt meine spezifische Intention an. Eine strukturierte und konzise Analyse der bewaffneten Gewaltkonflikte im Südsudan zu erarbeiten, erschien mir nach dem zuvor geschilderten Gespräch mit Lucia Najslova als kein hilfreicher Ansatz. Einerseits haben die Konfliktlandschaften des Südsudan viele Spezifika, ganz sicher sind sie aber weder strukturiert noch konzise. Eine meiner Arbeiten im Land, die Erarbeitung einer klassischen Konfliktanalyse für die Agenturen des *UN-Country Team* (UNCT), hatte mir das eindeutig vor Augen geführt. Insbesondere die Diskussionen mit Kolleg:innen aus dem weiteren UN-Kosmos waren ein beständiger Erkenntnisprozess. Was sind die »root causes« des Konfliktes? Ist dieser oder jener Faktor nicht eher ein »proximate cause«? Welche Maßnahmen sind nun geeignet, diese »root causes« wirksam zu adressieren?

Die Erarbeitung dieser Analyse war ein Prozess der wiederholten intellektuellen Kapitulation. Die Analyse hatte sich gemäß den vertraglichen Vor-

gaben primär an den Bedürfnissen des Auftraggebers zu orientieren. Wenn gleich sich in solchen Aufträgen immer wieder Schlupflöcher auftun, waren die am Schluss aufgelisteten Empfehlungen eher eine Auflistung der ohnehin gegebenen UN-Interessen denn Konsequenzen einer rigiden Kontextanalyse. Bei aller Unklarheit war in Bezug auf die vorliegende Monografie sicher, dass ich den Weg argumentativer Stringenz nicht beschreiten wollte. Wahrnehmungen sollten nebeneinander bestehen können, ohne in richtig und falsch unterteilt werden zu müssen. Unmittelbare praktische Konsequenzen sollten sich nicht zwangsläufig ableiten lassen müssen, Einblicke und Orientierungen jedoch schon. Diese wollte ich mit diesem Projekt sehr wohl anstreben, mit all den Schwierigkeiten und potenziellen Anmaßungen, die mit einer solchen Absicht einhergehen.

Andererseits musste ein klar definierter Untersuchungsfokus grandios in der Beantwortung der Frage nach meinen Eigeninteressen in dieser Untersuchung scheitern. Sicher, da war eine gewisse Faszination in der Analyse eines Kontextes mit fortdauernden Gewaltkonflikten. Aber das erklärte nicht mein Bedürfnis, das zu tun, was ich mir fest vorgenommen hatte nie zu tun, eine Monografie über ein spezifisches Land zu schreiben. Tatsächlich war da also um einiges mehr. Und es ist ein immer wieder geäußelter Wunsch vieler meiner südsudanesischen Freund:innen und Kolleg:innen, denen ich von diesem Buchprojekt erzählte, dieses »Mehr«, die Besonderheiten des südsudanesischen Kontexts, im positiven Sinne, deutlich hervorzuheben und darzustellen. Zumindest, soweit es mir mit meinem Gewaltkonflikt-affinen Forschungshintergrund möglich wäre.

»Vor Reisen nach Südsudan wird gewarnt. Es wird dringend empfohlen, das Land zu verlassen.«

Es ist ein den Meisten bewusster, aber oftmals implizit gehaltener Widerspruch. Die ursprüngliche Materie – und damit das primäre Interesse – der Friedens- und Konfliktforschung und der Internationalen Beziehungen als Forschungsdisziplin im Allgemeinen ist der Gewaltkonflikt, zumindest in seiner Potenzialität. Diese Disziplinen arbeiten nicht zum skandinavischen Sozialstaat oder zu den Spielarten des deutschen Föderalismus. Und dies zu meist aus einem einzigen, trivialen Grund: das würden viele der in diesem Bereich Forschenden als furchtbar langweilig empfinden. Es benötigt nicht viel Selbstreflexion zuzugeben, dass ein relevanter Teil des Interesses an der

Beschäftigung mit dem Südsudan oder sogar an einer Reise dorthin mit den in der Überschrift stehenden Sätzen zusammenhängt. Sie entstammen den Federn der deutschen und österreichischen Außenministerien, finden sich aber in der einen oder anderen Form in den Reisehinweisen aller Staaten der nördlichen Hemisphäre.

Und in der Tat. Südsudan ist eine herausfordernde Umgebung. Natürlich ist empirische Forschung nirgendwo einfach, aber die Bedingungen im Südsudan sind ohne Zweifel besonders. Das beginnt selbstredend mit der Befriedigung des individuellen Sicherheitsbedürfnisses. Dazu ist zunächst festzuhalten, dass, entgegen mitunter gepflegter Vorurteile, dieses Sicherheitsbedürfnis ein weitgehend universales ist. Es vereint Südsudanese:innen aller Schichten und Gemeinschaften, afrikanische Expatriates und »Khawajas«, wie das kreolische Juba Arabisch die weißen Nicht-Arabisch-Sprechenden benennt.

Khawajas mögen, bedingt durch ihre Hautfarbe und den damit verbundenen Wahrnehmungen und Erwartungshaltungen, spezifischen Sicherheitsherausforderungen begegnen. Das Bedürfnis und die Sorge nach Sicherheit hingegen sind allgemein spürbar. Sicher gibt es die überschießenden Praktiken jener internationalen Professionals, die, zumeist untergebracht in hochgesicherten Compounds, jede Bewegung auf einer ungesicherten Straße ohne panzerverglasten SUV als potenziell suizidal einstufen. Aber diese kleine Gruppe übersteigert lediglich ein Gefühl, das alle antreibt. Im Gegensatz zu romantizistischen Annahmen einer autochthonen Risikoignoranz überlegt jede:r in allen Regionen des Südsudan zu jeder Zeit, was wann zu tun möglich, oder zu lassen nötig ist.

Eine solche sicherheitstechnische Geworfenheit führt jedoch mitnichten zu einem Hobbesschen »homo homini lupus«. Im Gegenteil. In vielen Fällen resultiert sie in integrativem Gemeinschaftssinn, sogar in Freundschaften, die sich aus kurzfristigen, pragmatisch geschlossenen alltäglichen Sicherheitskoalitionen ergeben. Ein kurzer Spaziergang im Dunkeln über wenige hundert Meter zwingt zu Gruppenbildung und dementsprechender kommunikativer Offenheit.

Es muss an dieser Stelle dazugesagt werden, dass Tourismus im Südsudan nicht stattfindet. Nie stattfand, auch nicht innerafrikanisch. Das ist global nahezu einzigartig. Irak und Syrien waren über Jahrzehnte ausgesuchte Ziele bildungsbürgerlicher Eliten aus Europa und den Vereinigten Staaten. Meine überaus risikoaversen Eltern besuchten vor einiger Zeit touristisch den Jemen. Afghanistan war, nicht zuletzt aufgrund seines Drogenan-

gebots, ein Traumziel der Hippie-Generation. Die Demokratische Republik Kongo (DRC) hatte touristische Phasen. Andere Staaten mit nicht lange zurückliegenden oder noch andauernden Gewaltkonflikten wie Kolumbien, die Philippinen oder Sri Lanka sind ohnehin designierte touristische Destinationen.

Nicht so der Südsudan. Eine urbane Legende erzählt, dass vor Zeiten ein Wagemutiger, der es geschafft hatte, ein – theoretisch existierendes – Touristenvisum zu ergattern, am Flughafen in Juba alle Register und eine relevante Zahl an US-Dollar-Banknoten ziehen musste, um ins Land einreisen zu dürfen. Niemand wusste etwas mit diesem Visum anzufangen. Vier russische Abenteurer, die im Januar 2021 mit einigem Kameraequipment als Touristen einreisten, wanderten direkt ins Gefängnis. Sie hatten ihren Trip mit einem Foto-Shooting am kleinen Kapoeta Airstrip in Eastern Equatoria eingeleitet, was der nationalen Sicherheit mehr als nur missfallen hatte. Es bedurfte diplomatischer Interventionen, um sie wieder außer Landes zu bringen.

Dementsprechend sind Khawajas ohne individuelles Sicherheitsdispositiv de facto nicht anzutreffen. Selbst libanesische Freunde, seit Langem im Juba ansässig und im Baugewerbe tätig, handeln im Bewusstsein dieser spezifischen Situation. »Hier schaue ich immer in den Rückspiegel, wenn ich fahre. Und auch, wenn ich nicht fahre.« In objektiven Zahlen ist das Leben nicht zwangsläufig riskanter als in anderen Weltgegenden – die Mordrate liegt beispielsweise deutlich unter den Staaten in Mittelamerika. Dennoch kommt diese relative Sicherheit nur für all jene zum Tragen, die aufgrund ihrer privilegierten ökonomischen Situation besonders betroffene Konflikt- und Katastrophenzonen des Landes meiden oder im Zweifelsfall verlassen können. Ein umfassendes Risikobewusstsein bleibt. Und es resultiert in einer unvermeidlichen sozialen Intensität und Prekarität, einem, wie Anna Tsing es nennt, »life without the promise of stability« (Tsing, 2005: 2).

Prekarität als ein einigendes Gefühl erklärt so manches an der Faszination des Südsudan. Diese Faszination hat eine wissenschaftliche Dimension, denn die kontinuierliche Turbulenz der politischen Realitäten macht jeden Ansatz einer stringenten Analyse prekär. Aber Prekarität ist auch ein sozialer Prozess, der Alternativen zum in Vor- und Umsorge erstickenden risikoaversen Lebensmodell europäischer Wohlfahrtsstaaten erahnen lässt. So liegt in dieser umsorgten Risikoaversion ein gewichtiges ethisches Problem. Sie bedient sich der Gleichförmigkeit als Modell und trachtet damit auch, in den Worten von Marianne Gronemeyer, »das Leben als letzte Gelegenheit« zu verhindern.

»Über die Unerträglichkeit der Kluft zwischen Lebenszeit und Weltmöglichkeit kann man zur Ruhe kommen, wenn weltweit Gleichförmigkeit hergestellt ist, wenn da draußen nichts zu wünschen übrigbleibt, wenn das andere und das Fremde nur als ein schwacher Abglanz, eine Minderform des Eigenen erscheint. Darum konnte man sich nicht damit begnügen, das Fremde verstehend und durchschauend zu erschrecken, sondern musste sich an die praktische Tilgung der Andersartigkeit machen.« (Gronemeyer, 1993: 155)

Diese Art von Gleichförmigkeit ist dem südsudanesischen Kontext unbekannt. Trotz all ihrer nachteiligen Effekte hat Prekarität eine Wahrnehmung, Gespür und Solidarität schärfende Dimension.

Der entwicklungspolitische Narrativ ist ein anderer. Er ergeht sich in einem solchen von Gronemeyer geschilderten Prozess der, wohlgemeinten, Tilgung der Andersartigkeit, umgesetzt im Versuch der globalen Reproduktion visionärer, real nichtexistierender Modelle inklusiver Wohlfahrtsstaatlichkeit. Es geht um die entwicklungspolitisch faziitierte Duplikation westlicher liberaler Demokratien. In anderen Worten: »getting to Denmark« (Pritchett et al., 2010: 42; Fukuyama, 2012: 14-22).

Wenn das Narrativ der unbeschränkten Funktionalität einer Gesellschaft wie der dänischen global Platz greift, ist der Weg zum entwicklungspolitischen Modellfall nicht weit. Der Südsudan ist einer jener Kontexte, die sich konsequent und kontinuierlich einer solchen Einebnung verweigern. Die zum Teil katastrophalen Implikationen sind nicht zu leugnen. Allerdings sind sie in einem historischen Vergleich von Staatsentwicklungsprozessen keineswegs so singulär, wie sie gegenwärtig erscheinen mögen. Die Unmöglichkeit einer institutionellen Einebnung unter Maßgabe des liberaldemokratischen Modells lässt jedoch alternative Perspektiven und Entwicklungswege offen. Nüchterner formuliert macht sie zumindest die Suche nach Alternativen zu nicht realisierbaren Idealtypen zu einer unabdingbaren Notwendigkeit.

Zugleich ändert Prekarität weltweit ihren Charakter. Grundlegend. »Precarity once seemed the fate of the less fortunate. Now it seems that all our lives are precarious – even when, for the moment, our pockets are lined.« (Tsing, 2005: 2) Während einer meiner jüngsten Reisen in den Südsudan, am 2. November 2020, ich befand mich gerade in der im Zuge der Covid-19-Krise vorgeschriebenen zweiwöchigen Selbstquarantäne in meinem üblichen Quartier in Juba, wird Wien, jene Stadt, aus der ich etwa zehn Tage zuvor angereist war, von einem Terroranschlag heimgesucht. Ein wirrer ISIS-Sympathisant hatte den letzten Tag vor einem weiteren Covid-19-Lockdown dazu auserko-

ren, ein größtmögliches Massaker in der belebten Wiener Innenstadt anzurichten. Vier Tote und 23 Verletzte bleiben zurück und, wie mir berichtet wurde, eine Stadt in tiefem Schock. Das Massaker wird zum Thema in Al-Jazeera und den allgegenwärtigen kenianischen KBC-Nachrichten. Am Morgen wissen alle Bescheid. Mein WhatsApp ist voll von Nachrichten südsudanesischer Freund:innen in Sorge ob der Situation in Wien. Der Anschlag ist das Thema meiner Frühstücks-Unterhaltung in Juba. Wie gefährlich ist Wien? Wie ist die Situation? Wie geht es meiner Familie?

Diese Besorgnis unterstreicht die durchdringenden subjektiven Erfahrungen mit allgegenwärtiger Prekarität. Sie sind aber auch Zeichen einer Zeitenwende. Wie es eine südsudanesische Freundin nahezu empört als Antwort auf meine Verwunderung ob der Situation formuliert, »tables turn«. Natürlich ist es keine vollendete Umdrehung eines globalen Struktur-Verhältnisses, die hier sichtbar wird, aber doch eine Aufhebung lange als fixiert und klar vertortet angenommener Muster von Sicherheit und Frieden. Wien, jene Stadt, die fast schon penetrant alljährlich das Mercer-Ranking der lebenswertesten Stadt der Welt einheimst, kann tatsächlich unruhig und bedrohlich wirken. Sogar unruhiger und bedrohlicher als Juba, der Hauptstadt des, je nach Rangliste, drittunsichersten Staates der Welt. Einer Stadt, die zu peripher gelegen ist, um überhaupt in das illustre Ranking der lebenswertesten Orte Eingang zu finden (Khartum war im Jahr 2019 – in offenkundiger Ignoranz gegenüber der Schönheit dieser Stadt – als Nummer 227 gereiht, Bangui als Nummer 230, gerade einen Platz vor Bagdad, das den letzten Rang belegte). Dass sich Wien einen Tag nach dem Anschlag in einem Covid-19-Lockdown wiederfand, während das Leben in Juba seinen gewohnten Gang ging, war nur ein weiterer Aspekt in dieser vor Kurzem noch unvorstellbaren sicherheitspolitischen Schiefelage.

Anschläge und Pandemien sind zweifelsohne Zeichen einer weitreichenden Veränderung der Lesarten von Sicherheit. »If we are to take seriously all of the warning signs that tell us that humanity is careening headfirst into a new world that offers no platform of stability, no guarantees of safety or survival, what then?« (Harrington und Shearing, 2017: 13) Der Kontext Südsudan trägt zu solchen Debatten zwei relevante Aspekte bei. Einerseits motiviert er zu einem beträchtlichen Maß an Relativierung des Gefühls von Unsicherheit. Auch wenn Anschläge und Pandemien die Perspektive der Unsicherheit als paradigmatischen Wechsel in idealtypische Stadtkonfigurationen wie Wien transferiert, bleibt nach wie vor Überraschung zurück. Auf allen Seiten. Diese Überraschung hat mit Erwartungshaltungen zu tun, die wiederum auf ide-

altypische und öffentlich transportierte Vorstellungen von Staatlichkeit und Gesellschaft zurückgehen. Wenn umfassende Sicherheit versprochen wird, ist jeder Bruch eines solchen Versprechens ein Skandal. Wenn keinerlei diesbezügliche Erwartung besteht, ist jede ruhige Periode ein Genuss.

Andererseits ist der Umgang mit Prekarität als existenzieller Unsicherheit ein grundlegend anderer. Die Behandlung von Prekarität im Südsudan ist unromantisch und hart, aber sie führt zu fundamentalen ethischen Herausforderungen, die sich schematischen Antworten entziehen. »Angst vor Covid-19?«, fragt eine südsudanesische Freundin rhetorisch. »Wenn Gott will, dass wir sterben, sterben wir. Also brauche ich mir keine großen Gedanken zu machen.« Und sie ist eine der wenigen, die demonstrativ eine Mund-Nasen-Bedeckung mit sich führen, nicht zuletzt aufgrund ihrer zweifellos gehobenen politischen Ambitionen. Doch selbst diese schnell eingelernte Symbolik kann den erlernten Umgang mit Risiko nicht konterkarieren.

Ist es Fatalismus oder Resilienz? Wahrscheinlich beides. Mit der Erwartungshaltung an ein staatliches Gemeinwesen, vollkommenen Schutz vor jeder Unbill zu gewährleisten, wie den Wirkungen von Anschlägen und Pandemien, lässt sich weder individuelle noch kollektive Resilienz aufbauen. Es ist paradoxerweise gerade die vollkommene Erwartungslosigkeit gegenüber dem südsudanesischen Staat, die soziale und politische Prozesse in diesem Kontext so lehrreich macht, gerade im internationalen Vergleich.

Die Unordnung der Fragmente

Die meisten Analysen und Berichte, die dem Südsudan gewidmet sind, leiden unter demselben Problem: sie verstehen den Kontext mitunter viel zu gut. Und sie sehen diesen Kontext als eine einheitliche Größe, ganz so, als handle es sich beim Südsudan um einen von 193 gleichwertigen Staaten, ebenso wie Dänemark, Australien, oder Somalia. Und in gewisser Weise ist diese Sichtweise korrekt. Da ist ein Unabhängigkeitstag, eine Flagge, ein Pass, eine Hymne. Da ist der Versuch der Konstruktion einer einheitlichen Geschichte. Elemente, die alle 193 Staaten dieser Welt einen, und einige mehr, die diesen Status gern erhalten würden. Doch auch das prototypische Dänemark wäre in einer solchen formalen Geschichte ohne seine Einbettung in den regionalen Kontext, ohne ein Einlassen auf seine Vielfältigkeit, ohne das Verständnis seiner spezifischen Geworfenheit in einen globalisierten internationalen Raum nicht zu begreifen.

Es war nicht zufällig die Forschung zu Risiko und zu den Veränderungen von Risiko und dessen Bedeutung in modernen und nachmodernen Gesellschaften, die das einem solchen Zugang inhärente Problem des methodologischen Nationalismus thematisierte.

»Lange Zeit unterstellte die Gesellschaftstheorie als ihre Untersuchungseinheit den Nationalstaat; die Begriffe ›Gesellschaft‹ und ›Kultur‹ bezogen sich unreflektiert auf das, was man als abgegrenzte, unabhängige und relativ homogene Einheiten wahrnahm, die sich durch nationale Grenzen, Institutionen und Gesetze konstituierten. Dementsprechend ging das theoretische Nachdenken von der unhinterfragten Annahme aus, dass sich Nation, Territorium, Gesellschaft und Kultur nahtlos ineinander fügen.« (Beck und Grande, 2010: 189)

Es ist die Annahme des Ineinanderfügens, die Annahme einer Einheitlichkeit eines Nationalstaates, die implizit, in einigen Fällen sogar ausdrücklich, viele der Analysen zum Südsudan oder anderer sogenannter »fragiler Staaten« prägt. Doch die Kritik Becks und Grandes an der analytischen Fehlannahme des Nationalstaates als außerordentlicher, übergeordneter, fixierter und unveränderlicher Kategorie ist stichhaltig. Diese Kritik trifft im Südsudan auf spezielle Bedingungen. Im jüngsten Staat der Welt wird Nation-Building nach wie vor als ein zentraler Hebel auf dem Weg zur Errichtung eines friedlichen, demokratischen Staatswesens verstanden.

Viele Analysen sind daher durch einen spürbaren pädagogischen Impetus geprägt. Sie konstruieren den Südsudan als eine einheitliche Größe. Zuweilen ergehen sie sich sogar in dem Versuch, ihn mit einer Nationalgeschichte auszustatten und auf diese Weise greifbar zu machen, nicht zuletzt für Südsudanese:innen selbst (vgl. etwa Breidlid et al., 2014; Johnson, 2016b). Das großartige Projekt eines Nationalarchivs, betrieben vom *Rift Valley Institute* in Juba und finanziert von einer Reihe internationaler Partner, sieht sich als wesentlicher Beitrag der Konstruktion eines Gefühls der nationalen Zugehörigkeit in einer Region, die nie einen klassischen Prozess der Durchstaatlichung erfahren hat. Auch die vorliegende Monografie führt Südsudan im Titel und ist im Erscheinungsdatum sogar mit dem zehnten Jahrestag der staatlichen Unabhängigkeit getaktet.

Dennoch ist der Anspruch ein anderer. Es ist eine dem methodologischen Nationalismus inhärente Schwäche, dass er zu Geschichten des Scheiterns neigt. Fallen die von Beck und Grande aufgezählten Elemente – Nation, Territorium, Gesellschaft und Kultur – nicht kongruent zusammen wie

von den impliziten Grundannahmen des methodologischen Nationalismus postuliert, konstituiert sich ein strukturelles Problem. Diskrepanzen, Disruptionen, Dissonanzen sind in Geschichten der Einheitlichkeit nicht erwünscht. Sie gelten als dysfunktional und der teleologisch vorgegebenen Entwicklung der Einheitlichkeit abträglich. Südsudan wird zumeist in einer solchen Form erzählt, als eine dissonante Geschichte einer Staatswerdung, die justament nach Erlangung der formalen Unabhängigkeit auseinanderbricht. Policy-Analysen lieben diese Storyline, denn sie beruhen auf einer im Kontrast zum analysierten Chaos konstruierten Synchronität und Linearität.

Es sind zwei spezifische Missgriffe, die diese einheitliche Erzählung der Dysfunktionalität mit sich bringt. Erstens ist sie falsch. Ein ganzer Literaturstrang, eingeleitet durch den einflussreichen Band »Africa Works« von Patrick Chabal und Jean-Pascal Daloz (1999), hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Unordnung und Sedimentierung politischer Systeme auf ihre Funktionalität hin zu analysieren. »The rise and fall of the post-colonial patrimonial system has contributed to the sedimentation of a political (dis)order, of which the dominant characteristic is that it is informal and personalized.« (Ebd.: 1) Geschichten des Nicht-Funktionierens, in entwicklungspolitischem Duktus oftmals übersetzt als »schwache Institutionen«, die durch »institution building« oder »capacity building« gestärkt werden sollten, ignorieren den oft formidablen Charakter informeller Institutionalisierung politischen und sozialen Handelns (für das Konfliktsystem in den Kivu-Provinzen in DRC siehe etwa Verweijen, 2016). Und somit die inhärente Funktionalität des Systems.

Zweitens verführt eine solche Erzählung zur performativen Wahrnehmung des Ausgangspunktes, dem Staat als übergeordneter Instanz der Organisation einer national gesetzten Gesellschaft. Ohne der späteren Diskussion vorgreifen zu wollen sei an dieser Stelle gesagt, dass dieses Bild grundsätzlich in Zweifel gezogen werden muss. Der Nationalstaat löst wenig und zerstört viel. Und auch die Idee von Gesellschaft ist alles andere als ein integratives Modell zur Interpretation des Sozialen. Das zeigt sich etwa an jüngeren, zutiefst unglücklichen Wortschöpfungen wie »Mehrheitsgesellschaft« oder »Parallelgesellschaft«. Derartige Kreationen zielen auf nichts anderes ab als auf den gezielten Ausschluss von Menschen aus einem anhand eines irrealen Idealbildes konstruierten Ganzen.

Natürlich gibt es davon abweichende Vorstellungen von Nation, gerade im afrikanischen Kontext. Das südafrikanische Konzept der »Rainbow Nation« ist das wohl bekannteste Beispiel. Auch wenn es das Rainbow-Nation-Narrativ, zumindest bislang, nicht geschafft hat, das Problem des Rassismus

nachhaltig zu lösen (Walker, 2005), hat es doch eine wesentliche Verschiebung in der Erzählung und Wahrnehmung von Nation ausgelöst: die Abkehr vom Modell einer einheitlichen Geschichte und einer nationalstaatlichen Realität hin zur Pluralität unterschiedlicher Lebenswelten. Die Nation als Gebilde wandelt sich zur Nation als Kontext.

Wenn das vorliegende Buch von und über den Südsudan spricht, greift es diese Idee auf. Es geht nicht um eine einheitliche Lebenswelt, die ein solcher Nationalstaat produzieren würde. Dazu ist der südsudanesisische Staat, wie letztlich kaum ein Staat auf der Welt, nicht in der Lage. Vielmehr ist »Südsudan« als Überbegriff für eine Diversität an Kontexten zu verstehen, die sich alle mit dem Label verbinden lassen. Südsudan wird so gewissermaßen zu einem Nicht-Ort, oder zu Orten im bewussten Plural. Obwohl territorial mehr oder minder klar begrenzt – die Grenzziehungen sind, insbesondere gegenüber dem Sudan und Äthiopien, nicht an allen Stellen unumstritten und geklärt – gibt es doch kaum eine verallgemeinerbare südsudanesisische Lebensrealität, die alle Staatsbürger:innen einen würde. Südsudan ist eine Größe, die sowohl Südsudanesis:innen als auch internationalen Beobachter:innen überaus unterschiedlich gegenübertritt und dementsprechend unterschiedlich zurückstrahlt. Das in diesem Buch verfolgte Argument interpretiert diesen fragmentarischen Charakter nicht als Schwäche, sondern als Stärke. Anstelle einer einheitlichen Erzählung der Dysfunktionalität fokussiert der Band auf fragmentarische Erzählungen der Funktionalität.

Der titelgebende Begriff der Konfliktlandschaften fängt diese Sichtweise ein. Er bezieht sich auf den Vorschlag von Arjun Appadurai, die Ungleichzeitigkeit und Irregularität einer globalisierten Welt mithilfe der Landschaftsmetapher zu begreifen. Sein Ausgangspunkt ist der disjunktive Charakter der globalen Moderne, die in einem beispiellosen Ausmaß gleichzeitig verbindend wie trennend wirkt. Wir erfahren eine

»complex, overlapping, disjunctive order that cannot any longer be understood in terms of existing center-periphery models [... or] simple models of push and pull (in terms of migration theory), or of surpluses and deficits (as in traditional models of balance of trade), or of consumers and producers (as in most neo-Marxist theories of development)« (Appadurai, 1996: 32).

Die Landschaftsmetapher setzt am Ineinandergreifen der unterschiedlichen politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Dimensionen an, die diese Ordnung gleichzeitig ineinander ziehen und auseinander treiben oder oftmals überhaupt erst verbinden und ermöglichen. Konfliktlandschaft ist

in diesem Zusammenhang als die bestmögliche deutsche Entsprechung des Begriffes der »conflictscape« zu verstehen, der sich direkt aus Appadurais Konzept ableitet (Pospisil, 2020). »The suffix *-scape* allows us to point to the fluid, irregular shapes of these landscapes.« (Appadurai, 1996: 33)

Fluid, irregulär und fragmentarisch, ineinander verwoben und doch in ihrem eigenen, spezifischen Charakter einzigartig, sind Konfliktlandschaften ein konzeptioneller Ansatz, der grundsätzlich jedem Kontext zugänglich ist. Er erweitert Appadurais ethnografisch-soziologische Sichtweise um das Element des eigentümlich institutionalisierten Feldes der Politik und der politischen Auseinandersetzung. Keinesfalls beschränkt sich der Begriff auf Gewaltkonflikte. Vielmehr schließt er, wie es Mary Kaldor in einer Diskussion um den Begriffsgehalt treffend bemerkt hat, Friedenslandschaften unabdingbar mit ein. Wenn sich das vorliegende Buch also der Konfliktlandschaften des Südsudan annimmt, geht es also keineswegs nur um Krieg und Gewalt. Es geht um eine Annäherung an einen vielschichtigen Kontext, in den unterschiedliche soziale Konfigurationen zusammengeworfen sind, ähnlich den vielschichtigen Bildern einer Landschaft und den diversen Formationen, die sie im Austausch mit Klima, Jahreszeiten, Wetter und humanen wie nichthumanen Einwirkungen annimmt.

Die Möglichkeiten, Konfliktlandschaften zu beschreiben, sind endlos. Von einer zeitlich, territorial, oder hinsichtlich der Dimension abgegrenzten Darstellung nehme ich Abstand. Zu viel der Wechselwirkungen würde angesichts dieser scheinbaren Ordnung verloren gehen. Die gewählte Vorgangsweise fokussiert daher auf den Charakter, den Inhalt, die besondere Gestalt dieser Konfliktlandschaften, jene Aspekte, die sie in Dynamik bringen und halten: Logiken und Felder.

Die Methodologie des Fragments

Eine umfassende analytische Beschreibung solcher Konstellationen ist ein hoffnungsloses Unterfangen. Es würde auf der Notwendigkeit von Typologisierungen und Kategorisierungen beruhen, welche wiederum ein konsistentes Ganzes als Referenzpunkt benötigen, um greifbar zu bleiben. Es ist daher unvermeidlich, eine solche Herangehensweise zu verwerfen. Die Formulierung einer Alternative ist jedoch um einiges schwieriger. »How does one write a book about the inability to understand without occasionally committing the same misdeed?« (Najšlova, 2021: 11)

Wie also ein Buch gestalten, das sich mit dem Südsudan und seinen Konfliktlandschaften auseinandersetzen soll? Vollkommen gerecht kann eine solche Darstellung der Realität nie werden. Dennoch gibt es bessere und schlechtere, einfühlsamere und weniger einfühlsame Möglichkeiten, sich dieser Aufgabe zu nähern. Schon eine oberflächliche Überlegung macht klar, dass weder eine stringente und wie immer komplex verschachtelte Analyse noch eine chronologisch angelegte historische Abhandlung gangbare Optionen der Darlegung bereitstellen.

Die Metapher der Landschaft hilft bei der Erarbeitung von Alternativen. Methodisch ist eine vollkommene Darstellung von Landschaften unmöglich. Karten geben uns einen verkleinerten und vereinfachten Ausschnitt, sie können verschiedene Formationen in ihrer Geworfenheit abbilden, aber nur in ihrer oberflächlichen, auf den ersten Blick sichtbaren Dimension. Es benötigt eine Verlagerung des Blicks von der umfassenden Einhegung hin zum Einlassen auf relatives Verstehen. David Chandler hat diese Veränderung der Perspektive mit dem Begriff des »Mapping« umschrieben, einem Ansatz, den er als alternativen Ansatz von Governance charakterisiert, und der die moderne Steuerungstechnik grundsätzlich infrage stellt. Mapping verschiebt den Fokus »from the subject of power (the ideas and understanding of governing agencies) to the importance of the object of governance itself« und akzeptiert so die Abkehr von liberalen Grundpfeilern wie Linearität und Universalität (Chandler, 2018: 21).

Ein solches Mapping erscheint als ein tragfähiger Ansatz für das vorliegende Unterfangen. Er kann auch auf einzelne Beispiele verweisen. Obwohl ich der Anthropologie und ihrer untilgbar kolonialen Herkunft kritisch gegenüberstehe, sind es oft gerade Ethnografien, die zu den methodisch einprägsamsten Werken gehören. Sie weisen in der Darstellung mitunter Wege, die klassische Sozialwissenschaft trocken und angestaubt zurücklassen. Für den vorliegenden Band waren es insbesondere zwei Ethnografien, die Methodik und Erzählweise prägen. Zunächst Anna Lowenhaupt Tsings bahnbrechende Studie über »The Mushroom at the End of the World«, eine kraftvolle Geschichte, die sich entschlossen gängigen wissenschaftlichen Darstellungsklischees verschließt. Tsing begibt sich auf die Suche nach Brüchen, Widersprüchen, Non-Linearität. Sie unternimmt ein Nachzeichnen von in sich widersprüchlichen Realitäten anstatt einer glatten und bestechenden Strukturanalyse. Nur so gelingt es ihr, den Weg des Matsutake, dieses seltsamen Pilzes, der sich von abgeschiedenen Regionen wie aufgegebenen Nutzwäldern in

Oregon nach Japan aufmacht, um dort als Delikatesse Top-Preise zu erzielen, verständnisvoll darzustellen.

»In the intellectual woodlands I have been trying to encourage, adventures lead to more adventures, and treasures lead to further treasures. When gathering mushrooms, one is not enough, finding the first encourages me to find more.« (Tsing, 2015: 287-288) Das Problem von Tsing ist eben nicht die Einebnung analytischer Pfade auf eine einheitliche Geschichte. Ihr zentrales Argument ist das der Pluralität von Realitäten und Erzählwegen, nicht verstanden als postmodern argumentierte Stringenz, sondern als perspektivische Diversität.

Das zweite Buch, das die vorliegende Arbeit methodologisch geprägt hat, ist Lucia Najslovas (2021) Annäherung an das beständige türkisch-EU-europäische Missverständnis, »Turkey and the European Union: The Politics of Belonging«. Angesiedelt zwischen Ethnografie, politischer Analyse und hintergründigem Journalismus arbeitet Najslova dieses schwierige, widersprüchliche Verhältnis in nur lose zusammenhängenden Vignetten auf. Die Fragmente des Missverstehens, die sie schildert, erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit und Repräsentanz. Vielleicht eröffnen sie aber gerade deswegen einen innovativen Blick auf eine Konstellation, zu der eigentlich alles gesagt zu sein schien. Fragmente werden von Najslova konsequent zur Methodik erhoben, und in der Tat, »fragmented stories may well be the best thing to share, once the grand narratives have started falling apart« (Najslova, 2021: 11).

Fragmente als Methodologie übersetzen sich im gegenständlichen Fall in eine fragmentarische Methodik. Im Gegensatz zu Tsing und Najslova kann ich allerdings nicht mit einer geplanten Ethnografie aufwarten. Ganz im Gegenteil. Dem vorliegenden Buch liegt keine spezifische Forschung zugrunde. Es ist ein Nebenprodukt aus unterschiedlichsten Vorhaben, die mich in den vergangenen zwölf Jahren immer wieder in den Südsudan geführt und mit dem Land beschäftigt haben. Die methodische Vorgangsweise war zumeist klassisch qualitativ. Interviews, Gespräche, Dokumentenanalysen. Über die Jahre ergänzen sich diese traditionellen methodischen Elemente mit Freundschaften, Begegnungen, Eindrücken, vertieften Auseinandersetzungen mit Kontexten, Elemente, die im sozialwissenschaftlichen Duktus für gewöhnlich als teilnehmende Beobachtung charakterisiert werden. Ein Feldtagebuch existiert nicht. Die Reflexion der Eindrücke erfolgt aus der Erinnerung, nur wörtliche Zitate sind Wiedergaben aus Notizen, festgehalten kurz nach den entsprechenden Konversationen.

Die Freude der Arbeit an einer Monografie ist die relative methodische Freiheit, die sie bereithält. Dieses Buch nimmt sich diese Freiheit. Es ist nach strikten Kriterien als nur peripher wissenschaftlich zu charakterisieren und hätte in einem Journal-Peer-Review-Prozess vermutlich mit relevanten Schwierigkeiten zu rechnen. Gerade deswegen ist es notwendig, die drei Zielsetzungen, die das Unterfangen verfolgt, klar darzulegen: Interessierten unterschiedlicher Provenienz einen Einblick in mögliche Wahrnehmungen des südsudanesischen Kontexts zu bieten, die Diskussion um nachmoderne Ansätze in der Friedens- und Konfliktforschung anhand eines konkreten Kontexts voranzutreiben, und, letztendlich, das egoistische Motiv, mir selbst die Gelegenheit zu einer Reflexion meiner erlebten Forschung zu bieten. Auch wenn eine vollumfängliche Zielerreichung wohl nicht möglich ist, war dies doch die Intention, die hinter dieser Arbeit steht.

Fahrplan

Gemäß der dargestellten Methodologie erschließt sich der Inhalt dieser Monografie nicht chronologisch. Vielmehr bilden die folgenden elf Abschnitte in sich abgeschlossene Erzählungen, die in den Kontext Südsudan aus unterschiedlicher Perspektive eindringen. Diese Vorgangsweise erhebt nicht den Anspruch, eine Erzählung zu generieren, an deren Ende ein systematisches Verständnis steht.

Dennoch versuchen sich die folgenden drei Kapitel in einer gerafften Version einer weitgehend einheitlich erzählten Geschichte des Südsudan. Es ist eine im historischen Institutionalismus verankerte Diskussion der Entwicklung von Fragmenten einer nationalstaatlichen Ordnung, die den heutigen südsudanesischen Staat kennzeichnet. Diese Erzählung verfolgt einen doppelten Zweck: einerseits ist dieser Staat manifest, wenngleich in spezifischen und oftmals unerwarteten Formen und Praktiken. Diese Formen und Praktiken zu kennen und geschichtlich zurückzuverfolgen ist ein wichtiger Baustein zur Annäherung an südsudanesische Realitäten. Andererseits liefert die Darstellung ein Grundgerüst, das die Einordnung der folgenden Vignetten erleichtert, insbesondere für Leser:innen, die mit der Materie weniger vertraut sind.

Die folgenden fünf Kapitel widmen sich spezifischen Konfliktlandschaften, wobei deren Darstellung weder als vollständig noch als abgeschlossen zu lesen ist. Die erste derartige Konfliktlandschaft beschäftigt sich mit über

den unmittelbaren südsudanesischen Kontext hinausgehenden Durchdringungen. Allzu oft werden Staatsentwicklungen in sich geschlossen erzählt, ganz so als wären die Grenzen, die die Einordnung von Territorien als politische Entitäten ermöglichen sollen, naturgegeben. Dieses Missverständnis hat in Sub-Sahara Afrika eine besondere Spielform entwickelt, die Diskussion über sogenannte »natürliche« und »willkürliche«, also von Kolonialmächten gezogene Grenzen. Ein solches Argument übersieht allerdings, dass es einerseits keine »natürlichen« Grenzen gibt. Schließlich ist jeder Nationalstaat nichts anderes als ein künstliches Konstrukt. Andererseits ist es seit der Entkolonialisierung trotz der angenommenen Willkürlichkeit seit der Ziehung dieser Grenzen zu nur wenigen territorialen Veränderungen gekommen (Herbst, 1989).

Die international anerkannten Unabhängigkeitserklärungen von Eritrea und dem Südsudan repräsentieren die zwei wichtigsten Ausnahmen. In bewusster Kontrastierung einer nationalen Erzählung fokussiert das Kapitel daher auf die regionalen und internationalen Verflechtungen, die die südsudanesischen Realitäten bis heute bestimmen. Verschiedenste Formen ökonomischer, sozialer und kultureller Durchdringung kennzeichnen die Region und formen ihren spezifischen, zutiefst hybriden (Mac Ginty, 2010) Charakter.

Die nachfolgenden zwei Kapitel fokussieren auf omnipräsente Konfliktlandschaften, die als Konfliktlogiken diskutiert werden können: den politischen Marktplatz und die Ethnopolitik. Der Ansatz von Konfliktlogiken ist eine Entwicklung des *Conflict Research Programme* (CRP) an der *London School of Economics*, das im Zuge seiner Untersuchung der Wirkungsweise von »public authority« in Konfliktkontexten übergreifende Erklärungsmuster entwickelt hat (Theros and Kaldor, 2018). Diese zwei Konfliktlogiken sind weder ausschließend noch erschöpfend. Nichtsdestotrotz sind beide im südsudanesischen Kontext allgegenwärtig. Sie repräsentieren prävalente Mechanismen politischer, ökonomischer und sozialer Herrschaft, wenngleich ihre Wirkungen auf unterschiedlichen Ebenen uneinheitlich und zum Teil widersprüchlich sind.

Das folgende Kapitel widmet sich dem Transitionsprozess, der durch das revitalisierte Friedensabkommen, das *Revitalised Agreement on the Resolution of the Conflict in the Republic of South Sudan*, R-ARCSS, eingeleitet wurde. Diese Transition bildet in sich genommen eine weitere Konfliktlandschaft, wahrscheinlich die politischste aller beschriebenen. Oft wird der formalen Transition das Prädikat »post-konflikt« zugeschrieben. Anhand eines detaillierten Blicks auf die von R-ARCSS bestimmte politische Machtteilung, die Re-

form des Sicherheitssektors sowie auf den anvisierten verfassungsgebenden Prozess und die als Abschluss des Transitionsprozesses vorgesehenen Wahlen argumentiert der Abschnitt, dass die südsudanesishe Transition ein lang andauernder und widersprüchlicher Prozess ist, den ein Friedensabkommen zwar beeinflussen aber keinesfalls bestimmen kann.

Das letzte einer spezifischen Konfliktlandschaft gewidmete Kapitel setzt sich mit Prozessen der Marginalisierung und Demarginalisierung auseinander. Es geht in dieser Auseinandersetzung nicht um eine stringente Theorieentwicklung. Vielmehr reflektiert die Auseinandersetzung kritisch das Vulnerabilitäts-Dogma, das vielen rezenten Friedens- und Demokratisierungsprozessen innewohnt. Es geht um Diskrepanzen in ihren unterschiedlichen Formen, als bewusste oder tradierte Mechanismen von Ein- und Ausschluss, beispielsweise anhand von Geschlecht, Alter oder ökonomischer Positionalität, und deren Auswirkungen auf das weitere soziale Gefüge.

Das auf die Darstellung der Konfliktlandschaften folgende Kapitel diskutiert anhand anekdotischer Beobachtungen einige der besonders markanten soziopolitischen Ausdrucksweisen, die der Umgang mit und die Aushandlung zwischen den mannigfaltigen Konfliktlandschaften hervorgebracht hat. Diese Diskussion strebt ein Nachdenken über Grundverständnisse institutioneller Funktionalität an, wie etwa über die möglichen Zugangsweisen zu physischen Grundkonstanten wie Zeit und Raum, oder soziale Aushandlungsprozesse wie Korruption oder Gastlichkeit.

Daran anschliessend folgt eine konzeptionelle Reflexion. Was sagt der Ansatz der »Fragmente« über den südsudanesischen Kontext, gerade im Unterschied zur Idee der Fragmentierung, die noch in der Vorstellung des einheitlichen Ganzen verhaftet bleibt? Zweifellos ist es unüblich, dass ein solcher konzeptioneller Teil am Ende – und nicht am Anfang – einer Untersuchung steht. Und doch lässt der methodologische Ansatz keine andere Möglichkeit. Es sind nicht nur Fragmente eines Staates, es sind auch analytische Fragmente, die es einzusammeln gilt. Da eine solche Sammlung nicht in einer einheitlichen Erzählung, sehr wohl aber in weiterreichenden methodologischen Einsichten münden kann, steht das Kapitel an dieser Stelle.

Das Schlusskapitel bringt die dargelegten analytischen Vignetten schließlich zurück zu der zuvor angerissenen Diskussion um die Faszination, die der südsudanesishe Kontext ausstrahlt. »Dieses Land hat alles.« Ein Satz, der oft in Diskussionen über die aktuellen Schwierigkeiten in den verschiedenen Teilen des Landes fällt, oftmals um darauf zu verweisen, dass die immensen

Schwierigkeiten menschengemacht sind, hat eine tiefe Richtigkeit. Nachdem es keine einheitliche Geschichte zu reflektieren gilt, kann es keine Schlussfolgerung geben. Dennoch gibt es Elemente, die die widersprüchlichen Realitäten des Südsudan zusammenführen und mit Perspektiven versehen. Solchen Elementen ist dieser Abschnitt gewidmet.

Koloniale Integration

Der Südsudan ist nicht verortbar. Jedenfalls nicht als ein einheitliches Projekt politischer Institutionalisierung. Auch wenn es gegenüber einem Staat, der nach einem jahrzehntelangen Bürgerkrieg vor gerade einmal zehn Jahren seine Unabhängigkeit errungen hat, wie Häresie klingen mag, will ich diese Annahme der nun folgenden Geschichtserzählung voranstellen. Was wir allzu selbstverständlich unter dem nationalstaatlichen Begriff »Südsudan« subsumieren, ist ein komplexes Geflecht von diversen Landschaften, Lebenswelten, Wahrnehmungen und Zuschreibungen. Die nationalstaatliche Dimension ist nur eine von diesen, und keineswegs die wichtigste. Joel Migdal (1998) hat schon vor Jahrzehnten schwache Staaten in ihrem prekären Verhältnis zu »strong societies« – für unseren Zweck am besten als »starke Gemeinschaften« übersetzt – analysiert. Diese Frage ist nach wie vor die Ausgangsproblematik, der sich jede Auseinandersetzung mit südsudanesischer Geschichte zu stellen hat.

Wie im vorangegangenen Kapitel andiskutiert, erfüllt eine solche Darstellung einen doppelten Zweck. Einerseits liefert sie ein Raster zur Einordnung der in den an die geschichtliche Darstellung anschließenden Kapiteln dargebotenen Vignetten. Dies ist zwar in gewisser Weise eine Umgehung der Methodologie der Fragmente. Es ist aber ein wahrscheinlich notwendiger Kompromiss, der für viele die Lesbarkeit erleichtert. Andererseits ist diese Geschichte für sich genommen fragmentarisch, und die in ihr liegende Stringenz durch die Methode der Darstellung konstruiert. Dennoch ist diese Geschichte Bezugspunkt nicht nur für staatliche Institutionen und internationale Partner. Sie ist einer der wenigen einigungsfähigen, zusammenhängenden nationalen Narrative. Und sie zeichnet gewissermaßen eine Karte der südsudanesischen Konfliktlandschaften. Als solches repräsentiert sie in gleicher Weise Fiktion und Realität. Fiktion, weil eine Karte immer ein konstruiertes Zerrbild der Wirklichkeit darstellt. Realität, weil Geschichte selbst zum

Faktum wird und damit in die Lage versetzt wird, selbst Fakten zu schaffen. Insbesondere in der in diesem Kapitel im Mittelpunkt stehenden kolonialen Periode werden performative Diskurse produziert, die von langer, zum Teil noch immer ungebrochenen Wirkdauer sein werden. Schließlich ist diese Kolonialgeschichte die erste Periode, die so etwas wie eine einheitliche südsudanesishe Geschichte konstruiert, oder, besser gesagt, erzwingt.

Es geht in den Abhandlungen in diesem und den zwei folgenden Kapiteln also nicht um historische Akkuratheit und Präzision. Es geht um die Entstehung von bis heute maßgeblichen und wirkmächtigen diskursiven Figuren. Von besonderer historischer Relevanz ist die Dichotomie zwischen einem »afrikanischen« und einem »arabischen« Sudan. Diese Dichotomie liefert die Folie der Behauptung einer schutzbedürftigen Rückständigkeit des Südens. Ebenso bedeutsam entwickeln sich in Antwort auf die koloniale Durchdringung entstehende tribalistische Erzählungen. Alle diese Figuren können bis in die Anfangszeit nationalstaatlicher Institutionalisierung zurückverfolgt werden. Die Konstruktion der Diskurse und deren performative Funktionalität in Prozessen der rudimentären Staatlichkeit stehen in einer engen Wechselwirkung zueinander, die in der Periode der kolonialen Durchdringung ihren Ausgang nimmt.

Geschichten des Werdens und Scheiterns

Vor dem Aufbruch in die turbulenten Ereignisse empfiehlt sich ein Blick in den mittlerweile stark angewachsenen Literaturkorpus zur südsudanesischen Geschichte, der einiges über Geschichtswahrnehmung offenbart. Die geraffteste Darstellung liefert der einzige je erschienene Reiseführer zum Land, der von Sophie und Max Lovell-Hoare (2013) verfasste »Bradt Travel Guide«. Der praktische Nutzen dieses Reiseführers tendierte immer schon gegen null. Vermutlich gedacht als eine Appetitanregung für kommende Zeiten, wurde er im ersten Jahr nach der Unabhängigkeit geschrieben, als einige Unentwegte Tourismus als eine konkrete und naheliegende ökonomische Perspektive einstufen. Es kam anders.

Der Informationsgehalt des Bradt ist bescheiden. Dort, wo er gegeben ist – viele Teile des Landes sind nicht umfasst –, haben fünf Jahre Bürgerkrieg derart einschneidende Änderungen mit sich gebracht, dass das wohl interessanteste Element des Buches jene Teile sind, die in Reiseführern für gewöhnlich verächtlich übersprungen werden: Geschichte, Kultur, Land und Leute,

Flora und Fauna. Geschichte und Politik füllen gerade einmal acht Seiten. Diese sind jedoch bemerkenswert. Das ist nicht zuletzt der Phase geschuldet, in der sie entstanden sind. Es gab wohl bislang keine günstigeren Jahre, eine Geschichte des Südsudan zu schreiben, als 2011 und 2012. Auch die vielleicht positivste Geschichtsaufarbeitung des jungen Staates, LeRiches und Arnolds (2013) »South Sudan: From Revolution to Independence«, entstammt dieser Zeitspanne.

Die Darstellung des Bradt ist nüchtern und emotionslos, ohne den so oft üblichen moralischen Impetus. Sie ist schnell nacherzählt. Es beginnt mit einem kurzen Abriss über jene Epoche, die gerne als »Vorgeschichte« bezeichnet wird und die sich mangels breiter Studien auf die nubischen Königreiche im ersten Jahrtausend v.u.Z. konzentriert. Danach werden in rascher Folge zunächst die historischen Reichsbildungen der Shilluk und der Zande, die ägyptisch-türkische Expansion und schließlich die Kolonialpolitik des britisch-ägyptischen Kondominiums diskutiert und mit einem ausführlichen Exkurs zur Problematik der Sklaverei ergänzt. Die sudanesishe Geschichte fokussiert auf den südlichen Widerstand, vor allem gegen die drei sudanesischen Diktaturen von Abboud, Nimeiri und der *National Islamic Front* (NIF). Das CPA steht bereits gegen Ende der Darstellung, den würdigen Abschluss bildet das Unabhängigkeitsreferendum. Das politische System ist kurz und formal abgehandelt. Dessen einzige Bewertung liegt in der Anerkennung der historisch zu erklärenden Komplexität: »Politics is complicated at the best of times, but South Sudan manages to add an unprecedented level of complexity and confusion by having its own government in place some six years before the country actually became independent.« (Lovell-Hoare und Lovell-Hoare, 2013: 11) Trotzdem diese Betrachtung einer vertiefenden Analyse kaum standhält, hebt sich ihr empathischer und klarer Charakter von den meisten Arbeiten, die die folgenden Jahre nach Ausbruch des Bürgerkrieges dominieren und von dem unausgesprochenen Paradigma der enttäuschten Hoffnung durchzogen werden, erfreulich ab.

LeRiche und Arnold (2013) fokussieren ihre detailreiche und informierte, an einigen Stellen allerdings ungenaue Abhandlung auf die Phase der südsudanesischen Staatswerdung. Auch wenn sie diese keineswegs als eine gegebene Notwendigkeit annehmen, ist es doch die Idee der Nationalstaatsbildung, die in ihrer Darstellung zum entscheidenden Kriterium wird. Diese Nationalstaatsbildung ist in dem ebenfalls vor Ausbruch des südsudanesischen Bürgerkrieges geschriebenen Band mit einer deutlichen Warnung verbunden: »The biggest threat [South Sudan] faces is from within; simply maintaining

coherence will be a massive challenge given the depth of its socio-political fractiousness.« (Ebd.: 21) Fraktionalisierung und Sedimentierung sind wiederkehrende Themen in den akademischen Publikationen zum Südsudan. Sie finden sich auch in den stärker Akteurs-fokussierten Arbeiten von John Young (2012, 2015, 2019), in einer prononciert institutionell-historischen Dimension bei Rolandsen und Daly (2016) und, mit einem spezifischen Fokus auf Jonglei, bei Edward Thomas (2015).

Douglas H. Johnsons Referenzwerk »Root Causes of Sudan's Civil Wars« (Johnson, 2016a), das mittlerweile in der 2016 erschienenen dritten Auflage vorliegt, nimmt einen ähnlichen Blickwinkel ein. In den Schlussfolgerungen ist sich Johnson seiner Strukturanalyse über die einzelnen Auflagen hinweg weniger und weniger sicher. Seine explizit in der Longue Durée-Tradition stehende Kurzgeschichte des Südsudan vertieft diese Empfindung. In den finalen Teilen kontrastiert sie die gewonnene Unabhängigkeit mit der sich durch diese Unabhängigkeit fast unvermeidlich ergebende Verstetigung der politischen und militärischen Macht der SPLM/A (Johnson, 2016b: 168-175).

Eine spezifische Literaturgattung bilden die Schilderungen von Diplomatin:innen (Johnson, H., 2011, 2016; Coghlan, 2017) und Journalist:innen (Copnall, 2017; Martell, 2018). Diese Werke liefern mit persönlichen Eindrücken garnierte Verfallsgeschichten, die in erster Linie einer Abarbeitung eigener, zumeist durch liberalen Internationalismus geprägten Erwartungshaltungen dienen. Die prominenteste Vertreterin dieser Gattung ist Hilde Frafjord Johnson. Johnson begleitete als norwegische Entwicklungsministerin die CPA-Verhandlungen. Einige Jahre später, von 2011 bis 2014, übernahm sie als *UN Special Representative of the Secretary-General* (SRSG) die Leitung der UN-Peacekeeping-Mission UNMISS. Johnson hat zu beiden Episoden ihres Engagements detaillierte und hochinteressante Monografien vorgelegt, die freilich ihre eigene Rolle nicht unbedingt zurückhaltend reflektieren. Insbesondere in der Aufarbeitung der CPA-Verhandlungen beschreibt sich Johnson als engagierte und verantwortungsvolle Diplomatin, die die Position Norwegens als Teil der Troika (mit Großbritannien und den USA) aktiv und gestalterisch anlegt.

Die Darlegung endet mit einer in diplomatischem Slang gehaltenen Erklärung, die die Positionalität und inhärente Arroganz des liberalen Peacemaking mit erstaunlicher Präzision wiedergibt: »It is my hope that maturity on both sides, and among leaders in the Three Areas and other marginalized areas, as well as strong and competent engagement and leadership by the international community, will prevent such a worst case scenario from becom-

ing a reality.« (Johnson, H., 2011: 218) Die Enttäuschung, dass eine solche »Reife« nicht gezeigt wurde, ließ Johnson nach ihrer Rolle als SRSG ernüchtert, aber nichtsdestotrotz urteilend zurück: »As I left the region, I wondered whether South Sudanese leaders would be willing to do what was needed to save their country, not only from fighting, but also from failing. [...] Only then would South Sudan stand a chance of becoming a nation. I was not sure.« (Johnson, H., 2016: 286)

Das Verteilen von Betragensnoten und Erfolgchancen wird vom ehemaligen kanadischen Botschafter, Nicholas Coghlan, nochmals übertroffen. In der Reflexion seiner Amtszeit zitiert er einen kanadischen Militär, der in Ruanda zur Zeit des Genozids als Kommandant der damaligen UN-Mission fungierte. Mit Verweis auf den Südsudan soll dieser schlicht gemeint haben: »this place smells bad« (Coghlan, 2017: 247). Coghlan lässt diese Stellungnahme unkommentiert.

In Bezug auf ein vertieftes Verständnis der südsudanesischen Konfliktlandschaften ist aus solchen Arbeiten, abgesehen von empirischen Daten, wenig zu gewinnen. Sie sind dennoch, auch abseits der dargebotenen faktischen Informationen, lehrreich. Sie überzeichnen das medial wie in urbanen Legenden humanitärer Helfer:innen reproduzierte Schauerbild des Südsudan als einem scheiternden Staat, gebeutelt von einer unheilsamen Kombination tribalistischer Mordlust und unreifer, wenn nicht gar bösartiger politischer Führung. Solche Einschätzungen, in sich genommen stringent und den Referenzobjekten der Berichtenden angemessen, helfen bei einer analytischen Annäherung naturgemäß wenig. Nicht vergessen werden darf hingegen, dass sie eine Perspektive repräsentieren, die, in abgeschwächter Form, von einer gar nicht so geringen Zahl an Südsudanesischen eingenommen wird, vor allem in der weit verstreuten Diaspora. Letztlich sind diese Schauergeschichten eines der vielen Fragmente, die die südsudanesische Realität konstituieren.

Unterrepräsentiert im wissenschaftlichen und medialen Diskurs sind nach wie vor Arbeiten von südsudanesischen Autor:innen. Jok Madut Jok hat seine herausragenden historischen Analysen auf den Abwehr- und schließlich Ablösungsprozess des Südens gegenüber der, je nach Periode, Sudanisierungs-, Arabisierungs- oder Islamisierungspolitik des Nordens fokussiert (Madut Jok, 2016, 2017). Zugleich sieht er die Probleme beider Sudans als dasselbe Amalgam elitärer politischer Institutionen – eines exklusiven »political settlement« (Di John und Putzel, 2009) –, das beidseits der neuen Grenze den kurzfristigen politischen Gewinn gegenüber der Arbeit an langfristiger Stabilität und Prosperität bevorzugen würde (ebd.: 320).

Eine ebenso nüchterne, aber stärker an liberaler Institutionenentwicklung orientierte Sichtweise verfolgt Luka Biong Deng (Biong Deng und Logan, 2019: 262-274). Abraham Awolich (2015) wiederum argumentiert in Richtung einer abgerissenen Entwicklung einer nationalen Identität, nicht zuletzt hervorgerufen durch ein Leadership-Problem der staatlichen Eliten.

Andere Beiträge arbeiten die Geschichte des Widerstandes aus zumeist persönlicher Perspektive auf (vgl. etwa Fuli Boki Tombe Ga'le, 2002; Madut-Arop, 2006). Eine zentrale Rolle in diesen Arbeiten kommt dem Nasir-Split innerhalb der SPLM/A im Jahr 1991 zu (vgl. etwa Nyaba, 2000, 2019; Akol, 2003), was nicht nur die traumatische Qualität dieses Spaltungsprozesses verdeutlicht, sondern einen Hinweis darauf gibt, dass die dafür maßgebliche Fraktionalisierung ein bis heute manifester, institutionalisierter Wesenszug der SPLM/A ist.

Das wohl interessanteste, wenn auch nicht einfach zugängliche Werk aus südsudanesischer Perspektive hat Kuyok Abol Kuyok (2015) vorgelegt. Kuyok Abol hat in differenzierter Weise und nach sicherlich mühsamer Recherche auf weit über tausend Druckseiten die Biografien aller namhaften Exponent:innen der südsudanesischen Geschichte zusammengetragen. Gerade seine Darstellungen erinnern daran, dass politische Kontroversen, selbst wenn ihre Austragung in eine bewaffnete Form kippt, nicht einfach als »mangelnde Reife« abgekanzelt werden können. Südsudanesische Politik ist seit ihrer Entstehung ein ernsthaftes Geschäft, das mit hohem Einsatz und einer einzigartigen Palette an Fähigkeiten und Fertigkeiten gespielt wird. Zu viele haben zu viel investiert und zu viel geopfert, um das Land und seine Geschichte auf die leichte Schulter zu nehmen.

Prästaatliche Institutionalisierungen

Jede Auseinandersetzung mit südsudanesischer Geschichte muss zunächst einmal die geografischen Dimensionen hervorheben, die dieses Land auszeichnen. Der historische Sudan ist besser als Subkontinent denn als werden-der Nationalstaat zu verstehen. Vor seiner Spaltung war der Sudan das größte Land Afrikas. In seiner einstmaligen Ausdehnung nach Westen, die Teile des heutigen Tschad und der Zentralafrikanischen Republik umfasste, war er tatsächlich von monumentalem Ausmaß. Zugleich ging diese Größe aufgrund der herausfordernden klimatischen Bedingungen nie mit einer hohen Bevölkerungszahl einher. Selbst im historischen Sudan war die Bevölkerungsdichte

außerhalb des Ballungszentrums Khartum und einiger Teile Darfurs gering. Der südliche Sudan war Zeit seiner Geschichte nur dünn besiedelt.

Dies hat sich nach der staatlichen Unabhängigkeit nicht geändert. Wenngleich mit dem historischen Sudan nicht vergleichbar ist der Südsudan immer noch eines der territorial gemessen größeren Länder der Erde. Mit etwa 644.000km² ist seine Fläche mit Frankreich, Afghanistan oder Texas vergleichbar. Die Einwohner:innen-Zahl ist, so schwer sie festzustellen ist, demgegenüber verschwindet gering. Der letzte Zensus liegt über zehn Jahre zurück, und annähernd zwei Millionen Südsudanese:innen leben als Schutzsuchende außerhalb der Staatsgrenzen, was jede Schätzung erschwert. Nach Prognosen des *UN World Population Prospect* bewegt sich der Südsudan 2020 bei etwa 11,2 Millionen Einwohner:innen, was 17,5 Einwohner:innen pro km² entsprechen würde. Dies ist für einen Flächenstaat, der weder durch große Wüstengebiete noch durch Permafrost-Zonen gekennzeichnet ist, ein bemerkenswert niedriger Wert, selbst wenn die Wirkung des Sudd – ein großes Sumpfgebiet im Oberlauf des Weißen Nil, jenem Fluss, der das Land von Uganda kommend durchzieht – in Betracht gezogen wird.

Umweltfaktoren haben einen wesentlichen Einfluss auf die institutionelle Entwicklung der Region (Beswick, 2004: 9). Diese Bedingungen stehen einer einheitlichen Form von Durchstaatlichung strukturell entgegen. So entstanden gemeinschaftliche Institutionen, die zumindest einen relevanten Teil des heutigen Staatsgebietes erfassen, nur langsam. Solche Formen der Institutionalisierung, zumeist Handelsnetzwerke zwischen unterschiedlichen Gemeinschaften, entwickelten sich als ein Produkt von Migrationsbewegungen, die die von nomadischem Pastoralismus dominierte Region seit Jahrhunderten kennzeichnen. Diese kontinuierlichen Migrationsbewegungen und das herausfordernde Terrain, das bis ins 19. Jahrhundert die Expansion uniformer Mächte in das Gebiet effektiv verhindert hat, unterbanden die Entwicklung vereinheitlichender institutioneller Prozesse, wie sie sich etwa in weiten Teilen Asiens oder Europas über Jahrhunderte vollzogen. Die Ausdifferenzierung einer bemerkenswerten sozialen Diversität war die Folge. Nach offizieller Zählung umfasst der heutige Südsudan 64 ethnopolitische Gruppen mit ebenso vielen unterschiedlichen Sprachen. Neben den überregionalen arabischen Dialekten dominieren die eng verwandten nilotischen Sprachen Dinka und Nuer, sowie Bari und Zande. Alle anderen Sprachen werden von jeweils weniger als 200.000 Menschen gesprochen.¹

1 Daten gemäß der *Ethnologue* Sprachdatenbank.

Dinka-Gemeinschaften besiedelten die Region nach derzeitigem Kenntnisstand im 14. und 15. Jahrhundert von Norden kommend. Eine oft erzählte Geschichte, bestätigt von Stephanie Beswick (2004: 17), berichtet, dass der Name der sudanesischen Hauptstadt Khartum, circa 400 Kilometer nördlich von Renk County, dem nördlichsten Teil des heutigen Südsudan gelegen, auf einen alten Dinka-Begriff zurückgeht, der einen Ort bezeichnet, an dem sich zwei Flüsse – im Falle Khartums der Weiße und der Blaue Nil – treffen. Die Dinka-Migration traf auf einigen Widerstand, hauptsächlich von im heutigen Nubien präsenten Funj, deren 1504 gegründetes Sultanat sich bis ins heutige Eritrea erstreckte. Die nach Klans und Sub-Klans unterteilte soziale und politische Organisation der Dinka förderte die Zerstreuung ihrer Besiedlung. Pandang Dinka emigrierten ab dem 17. Jahrhundert in die Regionen am Oberlauf des Weißen Nil im Einflussbereich des Shilluk-Königreiches, des einheitlichen politischen Gemeinwesens in der Region, das sich Mitte des 16. Jahrhunderts um die Hauptstadt Fashoda, dem heutigen Kodok in Upper Nile State, formierte. Die Auseinandersetzungen waren hart und wurden zeitweise bewaffnet ausgetragen (Beswick, 2004: 34). Sie wurden aber in weiterer Folge auch von jahrzehntelangen Phasen des friedlichen Zusammenlebens abgelöst (Craze, 2019: 18).

Neben den Ngok Dinka, die sich im Bereich des heutigen Abyei ansiedelten, migrierten andere Dinka-Klans vom 16. bis ins 18. Jahrhundert in weite Teile von Greater Bahr el-Ghazal im Westen des heutigen Südsudan sowie von Jonglei im Osten. Die Dinka von Bahr el-Ghazal stellten nicht nur die klare Bevölkerungsmehrheit in der Region. Sie entwickelten sich über die folgenden Jahrzehnte zu einem der sozialen Epizentren des Widerstandes gegen den Norden. Bis zum heutigen Tag sind viele Schlüsselpositionen in SPLM und SPLA/SSPDF mit Bahr el-Ghazal Dinka besetzt. Auch Präsident Salva Kiir entstammt einer Dinka-Gemeinschaft aus Gogrial im heutigen Warrap State in Greater Bahr el-Ghazal.

In Jonglei kommt es zu einem Aufeinandertreffen der migrierenden Dinka-Gemeinschaften mit den nicht der nilotischen Sprachgruppe angehörigen Murle, die die Region als Nomaden von Äthiopien her besiedeln. Diese Berührungen nehmen unterschiedliche Formen an. Manchmal ist es ein tolerierendes Nebeneinander, mitunter eskalieren Konflikte in Gewaltanwendung. Jon Arensen, der die Murle über lange Jahre ethnografisch erforschte, verweist wiederholt auf die Kongruenz der Begriffe »Fremder« und »Feind« in der Murle-Sprache. Dies wird von benachbarten Stämmen insofern aufgegriffen, als diese Murle ebenfalls schlicht als »Feinde« titulieren

(Arensen, 1964: 1). Dennoch: Trotz mitunter martialischer Selbstdarstellungen verlief ein Großteil der Migrationsbewegungen ohne organisierte Gewaltanwendung.

Nach wie vor ungeklärt ist die historische Beziehung der Dinka zu der zweitstärksten Bevölkerungsgruppe im heutigen Südsudan, den Nuer. Die wenigen anthropologischen Arbeiten vermuten entweder, dass die Nuer von den Luo im Südosten oder, was mittlerweile als wenig wahrscheinlich gilt, sich in der oralen Geschichte aber erhalten hat, von den Dinka selbst abstammen. Auch hier dominiert die Erzählung eines lange andauernden, fast schon zur Tradition gewordenen Gewaltkonfliktes: »Dinka oral histories recount that they have been at war with the Nuer for at least three centuries.« (Beswick, 2004: 168)

Dem rezenten Kenntnisstand nach ist diese Wahrnehmung eine massive Übertreibung. Allerdings war das Verhältnis von Dinka und Nuer von jeher von besonderer Qualität, was nicht zuletzt durch die relative Größe der beiden Volksgruppen bedingt ist. Von 1820 bis 1860 kommt es zu einer substantziellen Nuer-Migrationswelle von ihrem Zentrum im heutigen Unity State nach Osten und Süden, bis nach Jonglei (Kelly, 1985). Die Ursachen dieser Migrationswelle sind nicht umfassend geklärt. Sie reichen von klimatischen Bedingungen und einem damit zusammenhängenden Bevölkerungsdruck bis hin zu den beginnenden Menschenjagden von arabischen Reiterstämmen im Norden. Dabei kam es zum Eindringen in Dinka-Siedlungsgebiete, die sich allerdings nur selten in Eroberungen, sondern graduell in einem über Jahre dauernden Prozess vollzogen. Im Zuge dessen wurden Dinka in Nuer-Gemeinschaften assimiliert, nachdem zuvor zumeist Dinka-Gemeinschaften kleinere Stammes- und Sprachgruppen integriert hatten.

Strukturell ähneln sich die Migrationsprozesse der Dinka und der Nuer, da sie, wenn auch in unterschiedlicher Dimension, zentrifugale Expansionsbewegungen erlebten, die selbst ihre Sprache diversifizierten. Beswick (2004: 176) führt dies im Falle der Dinka auf »increasing populations, land shortages, ecological stress, and the Dinka philosophy of political atomization« zurück. Heute zählen ethnografische Untersuchungen 26 Dinka-Hauptgruppen, die selbst wiederum in zahlreiche Sub-Klans zerfallen. Wenngleich sich Dinka-Sprechende nach wie vor weitgehend verstehen, hat sich die Sprache, vor allem zwischen Ngok Dinka im Norden, Bor Dinka im Osten und den Bahr el-Ghazal Dinka im Westen, in distinkte Dialekte ausdifferenziert.

Diese Ausdifferenzierung von Dinka und Nuer hat politisch-institutionelle Folgen, die Beswick (ebd.: 176) prägnant als »fission politics« zusammen-

fasst. Dieses Muster der kontinuierlichen Folge von Spaltungen beruht auf dem Fehlen übergeordneter Instanzen, die sich auf entpersonalisierte Formen von Legitimität und Autorität berufen können. Abgesehen vom Shilluk-Königreich und den zeitweise strikt organisierten Zande Chiefdoms hat keine Bevölkerungsgruppe im Südsudan derartig komplexe hierarchische Organisationsformen entwickelt. Dies ist allerdings keineswegs als eine Tendenz zum Egalitarismus misszuverstehen. Soziale Unterschiede zwischen Klans und Familien können beträchtlich sein. Dennoch sind Entscheidungshierarchien in den meisten Gemeinschaften flach. In einigen Fällen gestalten sie sich phasenweise auch anarchisch, etwa bei den Murle, wenn die traditionelle Autorität von Chiefs durch sich gewaltsam entladende Spannungen zwischen organisierten Altersgruppen – den Age-Sets – unterminiert wird (vgl. Felix da Costa, 2018: 13-20).

Dieser Kurzaufsatz über die vorkoloniale Geschichte, die sich auf dem Gebiet des heutigen Südsudan vollzogen hat, beinhaltet zwei wesentliche Implikationen. Erstens veranschaulicht diese Geschichte das Problem der nie stattgefundenen durchschlagenden vereinheitlichenden Institutionalisierung. Dies gilt nicht nur zwischen den, sondern auch innerhalb der Bevölkerungsgruppen. Bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts hatte sich in der Region keine Verkehrssprache durchgesetzt, die von einer Mehrzahl der Menschen verstanden oder gar gesprochen worden wäre. Einige Sprachgruppen werden assimiliert und verschwinden. Andere, wie Dinka, verbreiten sich und diversifizieren sich in unterschiedliche Dialekte. Der hohe Grad an Spezifität der institutionellen Entwicklung wird es für kommende Bemühungen um Vereinheitlichung der Kolonialmächte und des späteren unabhängigen Sudan praktisch verunmöglichen, eine erfolgreiche Durchstaatlichung durchzusetzen. Die Voraussetzungen zur Tönniesschen Transformation von Gemeinschaft zu Gesellschaft (Fukuyama, 2015: 41), wie etwa die Entwicklung ökonomischer Zentren, einer gemeinschaftlich genutzten Infrastruktur und daran anschließender kollektiver Ideale und Vorstellungen, waren nicht gegeben. Gemeinschaften waren es, die die sich entfaltenden Konfliktlandschaften trugen und bis zum heutigen Tag tragen.

Zweitens widerspricht dieser Kurzaufsatz einem Mythos, den auch andere rezente Forschungsbeiträge, die im Gegensatz zur kolonialen Anthropologie ihre eigene Rolle und ihren Bezugsrahmen kritisch zu reflektieren in der Lage sind, überzeugend demontieren. Allzu oft wurde die Geschichte der Migrationsbewegungen in Ost- und Zentralafrika als eine gewalttätige erzählt, die auf beständigen bewaffneten Kampagnen und Vertreibungen aufgebaut

gewesen wäre. Selbstverständlich ist jede Art von Verallgemeinerung schwierig, umso mehr, wenn es um die historischen Gegebenheiten in mehreren Dutzend Gemeinschaften geht, die sich über hunderte Jahre ziehen. Natürlich gab es immer wieder Episoden von gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen und innerhalb von Gemeinschaften, Stämmen und Familien. Dies unterscheidet die Region jedoch nicht von anderen Regionen der Welt – die europäische Geschichte in diesem Zeitraum ist jedenfalls unvergleichlich blutiger.

Zugleich zeigt ein genaueres Studium der diversen Verhältnisse der Bevölkerungsgruppen untereinander ein differenziertes Bild. Migration vollzieht sich als ein gradueller Prozess des friedlichen Einsiedelns und pragmatischen Nebeneinanders, der auch Assimilation als langfristige Normalität mit sich bringen kann. Wie in den meisten anderen Weltgegenden ist eine kriegerische Tradition nicht zu leugnen. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen beschränken sich aber zumeist auf Episoden, die selten gesamte Gemeinschaften umfassen. Identitätskonstruktionen spielen in diesem Kontext nur eine sekundäre Rolle. Die Konflikte gestalten sich zumeist pragmatisch, entlang von geografischen Gegebenheiten, Weideland, saisonalen Migrationsrouten oder Siedlungsgebieten. Wenngleich sich die Auseinandersetzungen dieser Epoche ohne unterschiedliche Identitäten nicht erklären lassen, sind es keine Identitätskonflikte. Diese Dimension entwickelt sich erst in den kommenden Jahrzehnten mit der zielgerichteten und systematischen kolonialen Durchdringung der Region.

Periphere Integration

Das 18. und frühere 19. Jahrhundert sehen das erste Mal Ambitionen der systematischen militärischen Eroberung und der Integration des Gebietes des heutigen Südsudan in größere ökonomisch-politische Systeme. Diese Vorstöße, zunächst das vom ottomanischen Ägypten durchgesetzte *Turkiyya*-Regime und später die Kolonialepoche unter dem britisch-ägyptischen Kondominium, versuchten, den südlichen Sudan als eine strukturelle Peripherie in ihre Herrschaftssysteme einzugliedern. Doch die angestrebte periphere Integration bleibt unvollständig und abgerissen. Sowohl Turko-Ägypten als auch die britische Kolonialmacht scheitern an einer systematischen Integration der Region.

Die Turkiyya entsteht aus einer groß angelegten Offensive des ottomanischen Gouverneurs von Ägypten, Muhammad Ali Pasha. Nach seinem entscheidenden Sieg über die militärische Kaste der Mameluken im Jahr 1811 ziehen sich deren Reste in den Nordsudan zurück. Ihre Verfolgung, verbunden mit der Hoffnung auf natürliche Reichtümer wie Gold und Sklaven, motiviert Muhammad Ali zu einer Expedition nach Süden, die 1820 beginnt und drei Jahre andauert. Im Zuge der Invasion werden weite Teile des heutigen Südsudan Teil der Turkiyya, auch wenn sich das Shilluk-Königreich in Upper Nile dieser Eingliederung bis 1855 widersetzt. Der Großteil Equatorias wird überhaupt erst gegen Ende der Turkiyya, in den 1870er-Jahren, integriert. Dennoch stellt die ägyptische Expansion eine Wasserscheide dar, da sie das erste Mal einen Gutteil des späteren Sudan unter einer politisch-militärischen Autorität zusammenführt. Die Invasion verändert durch die erstmalige systematische Durchdringung des riesigen Gebietes die regionale Balance nachhaltig.

Nachdem sich Gold und andere Rohstoffe nicht im erhofften Ausmaß finden und ausbeuten lassen, entwickelt sich die Jagd auf Menschen und der Handel mit Versklavten zur hauptsächlichen Einnahmequelle. Organisierter Menschenhandel hatte sich im Sudan im Laufe des 18. Jahrhunderts etabliert. Baggara-Stämme, Arabisch sprechende, berittene, halbnomadische Pastoralisten, standen bereits seit Mitte des Jahrhunderts in Auseinandersetzungen mit Dinka-Gemeinschaften im südlichen Dar Fur und in der Region des heutigen Abyei. Dort entwickelt sich die nördlich von Abyei in West-Kordofan gelegene Stadt Muglad zu einem Zentrum der Menschenjagden (Beswick, 2004: 155). Dieses System ist jedoch immer wieder von friedlichen Phasen durchbrochen und keineswegs absolut. Francis M. Deng (1984: 137) etwa zitiert Geschichtserzählungen der Ngok Dinka, die von langjährigen freundschaftlichen Beziehungen mit Baggara-Stämmen berichten.

Die Notwendigkeit zur Entrichtung von Tribut führt zu einer markanten Zunahme des Menschenhandels bis in die 1870er-Jahre, die auch Bahr el-Ghazal nachhaltig destabilisiert. Mohammeds Truppen erreichen Gondokoro, den südlichsten Hafen des Weißen Nil nahe dem heutigen Juba, im Jahr 1840. Ab diesem Zeitpunkt entwickelt sich ein Handelssystem, das vorwiegend auf Versklavung, zu ökonomischen wie militärischen Zwecken, aufgebaut ist. Private Händler errichten befestigte Posten, zumeist nahe an Flüssen und mit Palisaden geschützt, sogenannte »Zara'ib«, von denen aus die Jagd nach Menschen, Elfenbein und anderen Gütern organisiert wird. Um diese

Posten herum entstehen häufig erweiterte Siedlungen der lokalen Bevölkerung.

Diese Zara'ib entfalten einschneidende soziale Wirkungen. Die Entwicklung der heute im Südsudan dominierenden Verkehrssprache, des sogenannten Juba Arabic, geht auf diese Zeit zurück. »In the *zara'ib*, Sudanese or Egyptian colloquial Arabic speakers formed a small minority in relation to the expanding population of soldiers, slaves, and servants captured or recruited within the south, among whom a military pidgin Arabic would develop into early varieties of South Sudanese Arabic.« (Leonardi, 2013: 356)

Das Zara'ib-System, das sich später zu einem formalisierten Standpfeiler der Turkiyya-Verwaltung entwickeln wird, ist für die meisten der in der Region lebenden Gemeinschaften die einzig sichtbare Manifestation organisierter Staatlichkeit. Und es prägt dieses Verhältnis in der kollektiven Erinnerung dieser Gemeinschaften fundamental. Der Staat wird zu einem bedrohlichen und hochriskanten Gegenüber, der versklaven, aber gleichzeitig politische und ökonomische Möglichkeiten anbieten kann. So etabliert das Zara'ib-System »a tendency for people to contract with external forces to try to secure protection and property rights« (Leonardi, 2015: 31-32).

Die Turkiyya endet in den 1880er-Jahren mit dem Mahdi-Aufstand, der 1885 zur Einrichtung des Kalifats von Omdurman bei Khartum führt und bis zur Niederlage gegen eine britisch-ägyptische Invasionstruppe im Jahr 1898 währt. Das Mahdi-Regime baut seine militärische Macht auf einem breit zusammengesetzten Heer auf, das hauptsächlich befreite Militärsklaven, die *ji-hadiyya*, umfasst. Neben zahlreichen Südsudanesen befinden sich unter ihnen Baggara-Stämme, die selbst in Menschenjagden engagiert sind.

Das Mahdi-Regime steht angesichts dieser bunten Zusammensetzung lange im vom späteren Sudan tradierten Ruf, die erste wirklich antikoloniale Bewegung gebildet zu haben. In Realität kann es in keiner Weise als integrativ nationalistisch oder gar antirassistisch verstanden werden. Im Gegenteil. »In many ways the Mahdist state developed its own form of internal colonialism.« (Johnson, 2016a: 6) Zugleich scheiterte das Mahdi-Regime daran, außerhalb weniger Garnisonen, die es von der Turkiyya übernehmen konnte, insbesondere die Hauptstadt des lange widerständigen Shilluk-Königreiches, Fashoda, und Bor, eine stabile Herrschaft im Süden des Sudan zu verankern. Dieses Scheitern an einer institutionellen Verankerung ihres Machtanspruches hat langfristige Konsequenzen.

Nach der Niederlage des Mahdi-Regimes gegen ein britisches Expeditionskorps mit signifikanter ägyptischer Unterstützung unter dem Kommando

von Herbert Kitchener in der Schlacht von Omdurman am 2. September 1898 übernimmt das britische Kolonialreich den Großteil des vormaligen Turkiyya-Gebietes. Anfang 1899 wird vertraglich ein Anglo-Ägyptisches Kondominium eingerichtet, das den Sudan formal bis zu seiner Unabhängigkeit kontrollieren wird. Für den Süden bringt dieser koloniale Machtwechsel zunächst keine merklichen Veränderungen mit sich. Anekdotische Berichte, wiedergegeben etwa von Cherry Leonardi (2015, mit Verweis auf Johnson, 2016a), erzählen, dass der Wechsel von ägyptischem zu britischem Militär- und Verwaltungspersonal, in dem sich die Herrschaft des Kondominiums zunächst faktisch ausdrückte, pragmatisch aufgenommen wird. »Europeans, Egyptians and northern Sudanese alike were classed as ›Turks‹ by most Southerners.« (Leonardi, 2015: 42) Ein Unterschied ist für viele tatsächlich schwer auszumachen, nachdem es zum Teil die gleichen nordsudanesischen Soldaten sind, die weiterhin die gleichen Gewaltakte begehen wie vor dem Machtwechsel. Ein Regime-Wechsel scheint für den überwiegenden Teil der Bevölkerung ohne vertiefte politische Kenntnisse kaum auszumachen gewesen sein.

Überhaupt verirren sich nur wenige britische Kolonialbeamte in die Region südlich von Fashoda, dem nördlichsten Zentrum des heutigen Südens. Fashoda selbst gelangt zu kurzem Ruhm in Europa. Im Jahr 1898, unmittelbar nach dem britischen Sieg gegen das Mahdi-Regime, treffen eine französische Expedition und britisch-ägyptische Truppen in der Stadt aufeinander. Die französische Kolonialmacht ist im Bestreben, die Kontrolle des Oberlaufs des Nil zu gewinnen, um damit »reminding the country of its true greatness, of its mission in the world«, wie es der Expeditionskapitän Jean-Baptiste Marchand ausgedrückt haben soll (zitiert nach Pakenham, 1991: 524). Die Hoffnung wird auch dadurch genährt, dass das Kolonialreich des belgischen Königs Leopold II. nach einem Gebietstausch in der Folge des Britisch-Kongolesischen Vertrages von 1894 die sogenannte Lado Enklave, die von Lado in der Nähe des heutigen Juba bis ins nördliche Uganda reicht, kontrolliert. Diese Enklave war für einen an Tanganjika, dem heutigen Tansania, grenzenden Gebietsstreifen des östlichen Kongo getauscht worden, den das britische Kolonialreich zu diesem Zeitpunkt für den Bau des letztlich gescheiterten Eisenbahnprojekts von Kapstadt nach Kairo benötigte.

Die Idee einer Expansion von Fashoda in den Süden scheitert aber umgehend. Obwohl der sogenannte Fashoda Incident die beiden Kolonialmächte in Europa an den Rand einer kriegerischen Auseinandersetzung bringt, bleibt das Aufeinandertreffen in Fashoda selbst freundschaftlich. Eine zehnfache Überlegenheit des britisch-ägyptischen Militärs motiviert die französi-

sche Expedition, schnell den Rückzug antreten. Die Episode der belgischen Kontrolle über den südlichsten Teil des Südsudan endet wenig später im Jahr 1910, kurz nach dem Tod des persönlichen Besitzers des belgischen Kolonialreiches, Leopold II.

Mit der Lebensrealität der in der Region lebenden Gemeinschaften hatten diese Ereignisse ohnehin nur bedingt etwas zu tun. Die de facto britische Verwaltung des Kondominiums hat alle Mühe, die Region in geeignetem Maß unter die Kontrolle einer kolonialen Governance zu bringen. Der Widerstand gegen die britische Kolonialverwaltung entwickelt sich nahezu habituell, aus einem gegebenen Gefühl der Überlegenheit. Insbesondere Dinka- und Nuer-Gemeinschaften »saw no reason why they should submit to this latest lot of ›Turks‹« (Koba Badal, 1977: 47). Diese euphemistisch »Pazifizierung« genannte Periode erstreckt sich über zwei Jahrzehnte und kann, nach über dreißig bewaffneten Expeditionen (Koba Badal, 1977: 9), erst in den 1920er-Jahren zu einem Abschluss gebracht werden. Eine noch unter dem Geist kolonialer Kontrolle geschriebene akademische Aufarbeitung dieser Periode hält fest, dass die britische Kolonialverwaltung »sought to control the multitude of diverse, who, proud of their independence, were reluctant to give up freedom in return for good government« (Collins und Herzog, 1961: 120).

Der Aufbau einer Zivilverwaltung gestaltet sich für die britischen Kolonialherren auch nach Ende der Pazifizierungskampagne schwierig. Als Grundprinzip wird am Ende des 19. Jahrhunderts für Britisch-Südafrika entwickelten Prinzip der »native administration« festgehalten. Dies hat schon den pragmatischen Grund, dass, vermutlich nicht zuletzt aufgrund der schwierigen Lebensbedingungen, kaum britische Kolonialbeamte in die Region verlegt werden. Oder, wie es ein britischer Kolonialbeamte selbst formulierte: »One of the great differences between serving as a District Commissioner in the north and serving in the south lay, and still lies to some extent, in the absence of people in the south to chat to about this and that. It was a lonely life for the white man in every way.« (Duncan, 1952: 156) In einem der Größe nach mit Kenia vergleichbaren Gebiet befinden sich im Jahr 1934 gerade einmal 42 britische Political Officers und 18 Senior Technicians (Koba Badal, 1977: 12). Im Unterschied zu anderen Regionen, in denen sich stärker zentralisierte vorkoloniale Strukturen herausbilden (wie etwa das Buganda-Königreich im südlichen Uganda), sind die Optionen für »eingeborene« Verwaltungspartner eingeschränkt. »Committed to working through native structures, British administrators often felt that they had to create suitable structures in the first place.« (Johnson, 2016a: 12)

Bei einigen Gemeinschaften können kooperationswillige, mit Autorität ausgestattete Chiefs identifiziert werden. Dies gelingt etwa bei den Zande oder bei den Überresten des seit Mitte des 19. Jahrhunderts im Niedergang befindlichen Shilluk-Königreichs. In anderen Gemeinschaften müssen solche Partner erst gefunden oder, vielmehr, konstruiert werden. »It is striking that from the very beginning of colonial administration in southern Sudan, the focus was on the construction of chiefship as the basis for local government.« (Leonardi, 2015: 41) Diese Versuche gestalten sich widersprüchlich und schwierig. Eine relevante Zahl an ernannten Chiefs erweist sich als inkompetent oder schlichtweg als Betrüger. Sie müssen ausgetauscht werden, wobei diese kontinuierlichen Wechsel in den Ernennungen selbst wieder für Konfusion und Misstrauen bei den zu Verwaltenden sorgt (Koba Badal, 1977: 51).

So notwendig Chiefs für die Kolonialverwaltung sind, sie zu identifizieren ist angesichts der segmentierten Machtstrukturen vieler Gemeinschaften mitunter unmöglich. »I have searched in vain in the writings on N.A. [Native Administration] for some help and guidance with a people like this. All the theory tacitly assumes a background of social organisation with a hierarchy of chiefs who are chiefs and not just family headmen, and who issue orders and carry them out over units far wider than the family group.«² Letztlich werden zumeist jene als Chiefs anerkannt, die bereits als Soldaten oder in der kolonialen Zivilverwaltung beschäftigt sind. Neben ihrer Fähigkeit, Steuern einzutreiben und auftretende Konflikte zu mediieren, sind gute Arabisch-Kenntnisse eine zumindest informelle Voraussetzung (Leonardi, 2015: 46).

Speziell bei den pastoralen Gemeinschaften sind derartig fixierte Chief-Rollen in dieser Zeit allerdings unbekannt. Dies ist nicht mit Anarchie oder Hierarchielosigkeit zu verwechseln. Die Ausgestaltung von Autoritätsrollen ist auch aufgrund der kleineren Gruppengrößen keineswegs verallgemeinerbar. Nur in länger andauernden Gewaltkonflikten entwickelten sich von Zeit zu Zeit einflussreiche, gemeinschaftsübergreifende Führungspersonlichkeiten (Koba Badal, 1977: 105). Die Systematisierung des Chief-Systems auf dem gesamten Territorium ist daher eine neue und erstmalige Form einer übergreifenden Institutionalisierung eines vereinheitlichten Verwaltungssystems, so rudimentär dieses auch funktioniert. Die Kolonialverwaltung

2 DC Marwood, Bor, to Governor, Upper Nile, 9 May 1938, NRO BGP 1/5/28; zitiert nach Leonardi (2015: 67).

ist gezwungen, flexibel zu agieren und auf die unterschiedlichen Lebenssituationen Rücksicht zu nehmen. So unterscheiden sich die Systeme für die sesshaften Gemeinschaften, insbesondere in Teilen Bahr el-Ghazals und Equatorias, von jenen für pastorale. Gewichtig klingende Übertitel – »head chief« oder »paramount chief« – werden zur Stärkung von Autorität und Machtausgleich vergeben. Das System funktioniert aber in vielen Distrikten derart uneffektiv, dass District Commissioner die faktische Arbeit, vorwiegend die Steuereintreibung, von den Chiefs übernehmen müssen (Rolandsen und Daly, 2016: 54).

Diese Unterschiede führen zu einem Ungleichgewicht, das die Kolonialmacht gewaltsam auszunutzen versteht. So werden leichter integrierbare Gruppen ins britische *Equatorial Corps* rekrutiert, das sich bald primär aus Equatorians, vor allem Zande, Moru, Madi und Lotuko, zusammensetzt. Dieses Corps wird primär zur Bekämpfung von Dinka- und Nuer-Aufständen eingesetzt, zum Teil in Kombination mit nordsudanesischen Truppeneinheiten. Zudem werden Menschen aus pastoralen Gemeinschaften, mit nur wenigen Ausnahmen, nicht für koloniale Verwaltungspositionen rekrutiert. Diese sich zunächst aus pragmatischen Erwägungen der Kolonialmacht ergebende Ungleichbehandlung hat später schwerwiegende Konsequenzen für den Widerstandskampf und, in weiterer Folge, für die soziopolitische Konfiguration des heutigen Südsudan.

Auch in einem anderen Bereich zeigt sich die britische Kolonialverwaltung zunächst flexibel, um dann doch wesentliche Spaltungslinien zu institutionalisieren: bei der Frage der Religion. Zurückgehend auf eine Policy des britischen Generalkonsuls in Ägypten, Lord Cromer, aus dem Jahr 1899 wird religiöse Diversität akzeptiert. Sowohl Cromer als auch Kitchener sprechen sich sogar explizit gegen die Tätigkeit christlicher Missionare im Land aus. Diese strikte Haltung weicht sich nach einigen Jahre jedoch auf. Die Lado Enklave ermöglicht bereits die Präsenz einzelner christlichen Missionen außerhalb britischer Kontrolle. Ab den 1920er-Jahren, mit dem Ende der militärischen Pazifizierung, steigt die Zahl der Missionsstationen auch in den anderen Teilen des späteren Südsudan (Rolandsen und Daly, 2016: 47). Die Missionsstationen nehmen bald eine Schlüsselrolle in der Schulerziehung ein, die von ihnen exklusiv wahrgenommen wird. Schüler der christlichen Missionen sind faktisch die einzigen, die des Lesens und Schreibens mächtig sind.

Dies hat signifikante Auswirkungen auf subjektiver Ebene, die noch Jahrzehnte später spürbar sind. Ältere Südsudanese:innen wissen zumeist weder Geburtsdatum noch Geburtsort, es sei denn, sie stehen in Kontakt zu den

christlichen Missionen. Ein solches Beispiel ist mein mittlerweile 80-jähriger Freund Constantine, Abgeordneter für Bahr el-Ghazal im Council of States, dem südsudanesischen Oberhaus, und ehemaliger Vice Chancellor, also Rektor, der Universität von Bahr el-Ghazal. Er kennt sein präzises Geburtsdatum und Geburtsjahr, weil sein Vater in einer Missionsschule der italienischen *Missionari Comboniani* in Mbili nahe Wau tätig und damit des Schreibens mächtig war. Alle wichtigen familiären Daten hat er in einem Heft aufgezeichnet, einem Heft, das sorgsam aufbewahrt und später den Nachkommen vermacht wird. Es ersetzt ein zu dieser Zeit nicht existentes staatliches Geburtenregister. Die Möglichkeit einer solchen zeitlichen Verortung ist ein Privileg. Sie zeichnet die mit der Kolonialherrschaft einziehenden Klassenunterschiede nach, die nicht zwangsläufig mit den innerhalb der unterschiedlichen Gemeinschaften verankerten Hierarchien einhergehen.

Ab den späten 1920er-Jahren wird die britische Kolonialverwaltung im Süden immer vorsichtiger gegenüber den starken arabischen und islamischen Einflüssen aus dem Norden. Über die letztendlichen Gründe dieser Sorgen lässt sich nur spekulieren – sicher spielt das Interesse der Missionare, den Einfluss des Islam gering zu halten, eine Rolle. Ebenso kann diese Abwehrhaltung aber auch aus der politischen Angst vor Disruption durch die islamischen Einflüsse gesehen werden, wie verschiedene Arbeiten argumentieren. »The Administration's fear of what it regarded as disruptive effects of Northern Islamic influences on the pagan population was greatly reinforced by experiences in the Nuba Mountains which was in many respects similar to the Southern Sudan.« (Koba Badal, 1977: 153) Andere Erklärungsansätze sehen ein Interesse, das Image der Kolonialmacht bei der Bevölkerung im Süden zu stärken. Dazu hätten sowohl die Unterbindung des nach wie vor, speziell im Western District, also dem heutigen Greater Bahr el-Ghazal, prävalenten Menschenhandels, und die Einführung eines protektionistischen Schutzes gegenüber Händlern aus dem Norden gedient (ebd.: 147). Wahrscheinlich spielen alle die genannten Elemente eine gewisse Rolle.

Welches die genauen Motivationen der entscheidenden Akteure auch immer gewesen sein mögen, sie führen zu politischen Konsequenzen. Im Januar des Jahres 1930 beschließt die britische Kolonialverwaltung die Einführung einer sogenannten »Southern Policy«, einer Abschirmung der südlichen sudanesischen Provinzen vom Einfluss des Nordens. Dargelegt wird die neue Richtlinie in einer Erklärung des für Sudan zuständigen Civil Secretary Harold MacMichael. »The policy of the Government in the Southern Sudan is to build up-a series of self-contained racial or tribal units with structure

and organisation based, to whatever extent the requirements of equity and good government permitted upon indigenous customs, traditional usage and beliefs.« (Zitiert nach Koba Badal, 1977: 125) Die entscheidenden Teile der Policy finden sich in den letzten Passagen, vor allem in der Förderung autochthoner Bräuche, Praktiken und Vorstellungswelten. In der Tat wird die Sprachpolitik zum zentralen Element der Southern Policy. Weniger geht es jedoch um die Förderung eingesessener Sprachen. Ziel ist das Zurückdrängen des Arabischen und dessen Ersetzung durch Englisch auf allen Ebenen der kolonialen Verwaltung. Dies gestaltet sich als keine einfache Aufgabe, nicht zuletzt aufgrund der nur minimalen Möglichkeiten zur Schulbildung und des Erlernens der englischen Sprache. Weiterführende Bildung ist faktisch unbekannt, im Jahr 1944 werden gerade zwei südsudanesischen Studenten an die Makerere-Universität in Kampala geschickt (Rolandsen und Daly, 2016: 58).

Daher startet die Southern Policy flexibel und zielt zunächst nicht auf die vollständige Abkopplung des Südens von der gesamtsudanesischen Entwicklung ab. Dies zeigt sich nicht zuletzt daran, dass die Richtlinie weiten Teilen der britischen Kolonialverwaltung im Norden nicht bekannt war, selbst als die sudanesischen Eliten in Khartum deren Existenz längst wahrgenommen hatten. Nach einigen Jahren werden die Maßnahmen schärfer. Die systematische Abgrenzung wird jedoch nicht auf dem gesamten Territorium vollzogen. Der Osten des heutigen Südsudan zeigt sich, nicht zuletzt bedingt durch die langjährige Präsenz des Shilluk-Königreiches und die generell gegenüber äußeren Einflüssen nicht sonderlich aufgeschlossenen Nuer-Gemeinschaften einer potenziellen »Arabisierung« gegenüber ohnehin wenig empfänglich. So konzentriert sich die Southern Policy bald auf den Western District, speziell auf die Grenze zwischen Bahr el-Ghazal und Dar Fur. Hier sind die Maßnahmen allerdings einschneidend. Eine Demarkationslinie wird bei 8°45' Nord eingezogen und alle Bewegungen zwischen Norden und Süden werden unterbunden. Zunächst wird es Händlern aus dem Norden nur untersagt, auf den Märkten arabische Kleidung zum Verkauf anzubieten. Bald dürfen sie die Märkte nicht mehr besuchen. Auch jede pastorale Migration über die eingezogene Grenzlinie wird unterbunden, im Zweifelsfall mit militärischen Mitteln.

Ein unbestreitbar mit dieser strikten Umsetzung der Southern Policy zusammenhängender Faktor ist die Unterbindung der Menschenjagden durch Baggara-Stämme aus Dar Fur, die sich seit Jahrzehnten gegen die in Bahr el-Ghazal ansässigen Dinka richten. Allerdings ist das keine hinreichende Erklä-

rung für die vollkommene Abschottung des Western District. Eine in der Literatur immer wieder zu findende Argumentation ist das Interesse der britischen Kolonialmacht, den Süden des Sudan aufgrund seiner angenommenen distinkt »afrikanischen« Tradition in die Territorien des ehemaligen Britisch-Ostafrika, zu diesem Zeitpunkt das heutige Kenia und Uganda, zu integrieren. Wenngleich die Southern Policy jedenfalls darauf abzielt, die sich bis heute haltende binäre Unterscheidung zwischen »afrikanischer« und »arabischer« Prägung von Süd- und Nordsudan im breiteren Diskurs zu verankern, ist dieses politische Ziel nicht belegt. Vielmehr mögen zum Teil selbst unbewusste Motivationen bei der Entwicklung und Implementierung der Policy eine Rolle gespielt haben. »Southern Policy both represented and was subordinated to the fetishes and taboos of Indirect Rule.« (Rolandsen Daly, 2016: 51)

Die faktischen Auswirkungen der Southern Policy sind unterschiedlich. Einerseits sind sie für den überwiegenden Teil der Bevölkerung im südlichen Sudan nicht unmittelbar spürbar, weil diese Gemeinschaften, gerade im Osten und im Süden des Landes, ohnehin keinen nachhaltigen arabischen Einflüssen ausgesetzt sind. Im Unterschied zu den Gemeinschaften in Greater Bahr el-Ghazal werden sie auch nicht zu Zielen organisierter Menschenjagen von arabischen Stämmen. Zugleich ist die langfristige politische Wirkung der Richtlinie, insbesondere auf diskursiver Ebene, nicht zu vernachlässigen. Diese Wirkungen sind nachhaltig, obwohl die Policy nur knapp über 15 Jahre aufrechterhalten und im Jahr 1946 bereits wieder widerrufen wird. Während der sudanesischer antikolonialer Diskurs die Southern Policy als eine gezielte Spaltung und Schwächung der zukünftigen sudanesischen Nation darstellt, ist die Diskussion im Süden differenzierter. Unbestritten ist, dass die Southern Policy die ohnehin prekäre Ausbildungssituation verschärft, in dem sie arabische Schulbildung unterbindet und nur minimal mit meistens durch Missionen organisiertem englischsprachigen Unterricht kompensiert. Diese strukturelle Benachteiligung (Nyaba, 2019: 21), die auch auf die ideologische Promotion christlicher und westlicher Werte zurückgeführt wird (Wai, 1980: 379), ist noch lange zu spüren. Zugleich wird aber der Schutz vor den Sklavenjagen als eine positive Konsequenz hervorgehoben (ebd.).

Die Aufgabe der Southern Policy im Jahr 1946 ist die letztendliche Akzeptanz der Kolonialmacht, dass die Zukunft des südlichen Sudan in einer Anbindung an den Norden liegt. Der neue Civil Secretary, James Wilson Robertson, legt dies in einer formalen, allerdings geheimen politischen Vorgabe fest (Daly, 1990: 237). Demnach wäre die Zukunft des südlichen Sudan »inextricably

bound for future development to the middle-eastern and arabicised Northern Sudan«.

Diese Entscheidung markiert jedoch nicht das Ende der politischen Schwierigkeiten. Vielmehr ist die letzte Dekade vor der sudanesischen Unabhängigkeit von Auseinandersetzungen innerhalb der britischen Kolonialverwaltung geprägt, wie mit dem Süden zu verfahren sei, und welche Art und Dimension von Unterstützung vor der Eingliederung in die nord-sudanesischen Strukturen notwendig wären. Diese Unklarheiten sind der eigentliche Beginn des bald oft zitierten »Southern Problem« (Allen, 1989; Rolandsen und Daly, 2016: 58). Im Kern geht es um die Frage, wie als Kolonialverwaltung mit einer Region zu verfahren sei, die sich über Jahrzehnte als schwer kontrollier- und entwickelbar erwiesen hat, zugleich aber als Gesamtregion keine politische und ökonomische Eigenständigkeit verwirklichen kann. Eine regionale Eigenständigkeit scheitert schon allein deswegen, weil seitens der meisten im Land lebenden Gemeinschaften überhaupt kein Interesse besteht.

Eine sich als »gut« generierende Kolonialmacht bindet die Betroffenen in die Entscheidungsfindung ein, und sei es nur, um ihre eigenen Unklarheiten zu beseitigen. Mit sehr kurzer Vorlaufzeit wird im Juni 1947 eine Konferenz in Juba angesetzt, die die Klärung der Rolle des südlichen Sudan in der zukünftigen politischen Machtkonstellation in der Region herbeiführen soll. Offizieller und inoffizieller Zweck der Juba Conference, deklariert als eine »southern administrative conference«, unterscheiden sich markant. Während die formale Agenda offen gestaltet ist und breit und ohne Vorgaben über die Entwicklungswege des Südens zu verhandeln verspricht, ist die Anbindung des Südens an den Norden von der britischen Kolonialverwaltung faktisch bereits beschlossene Sache (Daly, 1990: 240).

Es besteht Grund zur Eile. Zur gleichen Zeit unternimmt Ägypten einen Anlauf über die Vereinten Nationen, die Einheit des Niltals als international anerkannte postkoloniale Situation zu verankern. Der ägyptische Premierminister Mahmud al-Nuqrashi vertritt diese prononcierte Position, die den britischen Interessen entgegenläuft und jedenfalls diametral gegen die politischen Ziele der sudanesischen Nationalbewegung gerichtet ist. Er benutzt dafür eine antikoloniale Rhetorik, die die ägyptisch-sudanesische Einheit als den »common interest and aspiration of its people« bezeichnet. Überhaupt sieht er die britische Anerkennung der sudanesischen Position gegenüber Ägypten als »discrediting Egypt and the Egyptians; creating discord between them and the Sudanese and dissensions among the Sudanese themselves;

instigating and encouraging artificial separatist movements« (zitiert nach Ginat, 2017: 114). Paradoxerweise ist es just diese diplomatische Offensive Ägyptens, die die britische Kolonialverwaltung zur formellen Aufwertung der südsudanesischen Position motiviert. Naturgemäß geht es um eine Aufwertung im geopolitischen Interesse der Kolonialmacht, also um eine Anbindung an die nordsudanesischen Position zum Zwecke der Schwächung der ägyptischen Ambitionen. »[T]he Foreign Office wanted a new assembly before Egypt brought its case to the UN, so that a unified Sudanese voice might be heard.« (Daly, 1990: 239)

Die kurzfristige Anberaumung der Juba Conference führt zu einer relevanten Zahl an praktischen Problemen. Die größte Schwierigkeit stellt die Identifizierung geeigneter Delegierter dar, die in einer für die britischen Interessen geeigneten Weise für die Interessen des Südens zu sprechen in der Lage sind. Und diese Interessen sind in sich selbst widersprüchlich. Es geht gleichzeitig, aus geopolitischer Kalkulation, um eine Anbindung des Südens an den Nordsudan und, aus Sichtweise des kolonialen Entwicklungsethos, um die Garantie eines eigenständigen Weges, der gegenüber den nördlichen Hegemonialbestrebungen abgeschirmt bleiben soll. Zur reibungslosen Verständigung ist es daher notwendig, Delegierte zu benennen, die sowohl Englisch als auch Arabisch sprechen und in ihren Interessen diesen Widerspruch in ausgeglichener Weise repräsentieren. Schlussendlich nimmt gegenüber sechs Briten und fünf sudanesischen Repräsentanten aus Khartum eine südsudanesischen Delegation teil, die von einem Kontingent aus Equatoria dominiert ist: sechs Chiefs, fünf Vertreter der Kolonialverwaltung, zwei Missionare, ein Offizier, dazu kommen ein Chief der Bor Dinka aus Jonglei, und zwei Chiefs aus Upper Nile, ein Shilluk und ein Nuer. Der gesamte Western District, das eigentliche Zentrum der gerade eingestellten Southern Policy, ist bei der Konferenz nicht vertreten.

Die zweitägige Veranstaltung folgt keiner formalen Agenda. Die Diskussionen des ersten Tages entwickeln sich entlang nahezu ironisch anmutender Argumentationsmuster, die die inneren Widersprüche der britischen Administration wie auch die schwierige politische Lage der südlichen Repräsentanten widerspiegeln (vgl. de Vries und Schomerus, 2017: 31). Während die Vertreter aus Khartum darauf pochen, der Süden sei reif für eine Selbstverwaltung und könne daher, selbstredend, einem bald unabhängig werdenden Sudan guten Gewissens angegliedert werden, argumentieren die Vertreter der südlichen Distrikte dagegen. Am zweiten Tag ändert sich die südliche Position diametral. Dies hat die wiederum absurde Folge, dass die Konferenz oh-

ne verbindliche Schlussfolgerungen hinsichtlich etwaiger Absicherungs- und Unterstützungsmechanismen für den Süden zu Ende geht.

Eine Angliederung an den Norden steht ohnehin nie ernsthaft infrage. Die Konferenz konnte daher nie in der Lage sein, unmittelbare praktische Implikationen zu entfalten. Dennoch ist die langfristige Wirkung des Treffens nicht zu unterschätzen. Erstmals ist der Süden als ein Gemeinwesen auf einer formellen Bühne präsent. Und ebenfalls zum ersten Mal werden als unterschiedlich eingestufte Interessen des Nordens und des Südens des Sudan explizit dargelegt und verhandelt.

Wenige Jahre später wird der von der sudanesischen Nationalbewegung, dominiert von der islamischen Umma-Partei, portierte Traum der Unabhängigkeit immer realistischer. Mit dem überragenden Wahlsieg der nationalistischen Wafd-Partei in Ägypten im Januar 1950 radikalisiert sich zudem die ägyptische Sudan-Politik. Sie richtet sich immer entschiedener gegen die britische Kolonialmacht, der sie eine Unterminierung des Kondominium-Vertrages und praktische Erfolglosigkeit, insbesondere im Erziehungssektor, vorwirft. Es kommt zu einigen fruchtlosen Verhandlungsrunden, in der sich beide Positionen immer wieder annähern, ohne zu einer Einigung zu kommen. Schließlich entscheidet sich die Wafd-Regierung am 8. Oktober 1951, das im Britisch-Ägyptischen Vertrag von 1936 bestätigte Kondominium von 1899 unilateral aufzulösen (Ginat, 2017: 192). Als Konsequenz deklariert Großbritannien den Sudan am 18. Oktober 1951 als Trusteeship für eine Periode von drei Jahren, an deren Ende die Bestimmung des finalen Status liegen soll. Doch diese Lösung währt nur kurz. Schon wenige Monate später, im Januar 1952, zerbricht die Wafd-Regierung. Am 23. Juli 1952 wird die nachfolgende Übergangsregierung vom Putsch der Freien Offiziere, der letztlich Gamal Abdel Nasser an die Macht spülen wird, gestürzt.

Trotz ihrer antiimperialistischen Haltung nähert sich die Putsch-Regierung in der Sudan-Frage der britischen Position an. Sie ist motiviert durch das Ziel, den britischen Imperialismus ein für alle Mal aus der Region zu vertreiben, selbst zum Preis einer sudanesischen Unabhängigkeit (ebd.: 198). Am 12. Februar 1953 unterzeichnen Ägypten und das Vereinigte Königreich in Kairo einen Vertrag zu »Self-Government and Self-Determination for the Sudan«, der die Basis der sudanesischen Unabhängigkeit bilden wird. In Artikel 7 setzt der Vertrag eine siebenköpfige »mixed electoral commission« ein, bestehend aus drei sudanesischen Vertreter:innen, zu ernennen vom Governor-General, Robert George Howe. Zu berufen sind jeweils ein oder eine Staatsbürger:in Ägyptens, Großbritanniens, der Vereinigten Staaten

und Indiens, wobei Indien der Vorsitz zukommt. Laut Artikel 11 verpflichten sich sowohl Ägypten als auch die britische Kolonialmacht, unmittelbar nach der Anerkennung der Selbstbestimmung durch das sudanesisches Parlament alle Truppen aus dem Sudan zurückzuziehen. Im Zuge einer maximal dreijährigen Transitionsphase soll die einzusetzende sudanesisches verfassungsgebende Versammlung laut Artikel 9 über den Status des Sudan entscheiden: entweder eine Anbindung an Ägypten, oder vollständige Unabhängigkeit – ein Vertragsmodell, das frappant an das 2005 unterzeichnete CPA zwischen Sudan und der SPLA/M erinnert (Rolandsen und Daly, 2016: 66).

Die Frage des Südens streift der Vertrag nur an einer Stelle, ebenfalls in besagtem Artikel 9. Die verfassungsgebende Versammlung »will be to decide the future of the Sudan as one integral whole«. Weitere Bestimmungen zu einem etwaigen besonderen Status des Südens oder der Form seiner Eingliederung in einen unabhängigen Sudan finden sich nicht. Weder die sudanesisches noch die ägyptische Seite zeigten daran Interesse. Dementsprechend trifft die Unabhängigkeit in der kleinen politischen Szene des Südens auf gemischte Gefühle, die unvermeidlich in enttäuschte Erwartungshaltungen umschlagen werden. »The cause was reluctantly supported by the South, which stipulated federalism and guarantees for the region as conditions for endorsing independence. The South opted for independence on the basis of Northern reassurances that their concerns would be given »serious consideration«. However, the North quickly reneged on promises to Southerners and stepped into the British colonial shoes.« (Deng, 2005: 6)

Wirkungen des Kolonialismus

Die Entwicklung des, je nach Sichtweise, südsudanesischen Widerstands- oder Befreiungskampfes ist eng mit dem durch das Kolonialregime verankerten binären Narrativ der angeblich »afrikanischen« und »arabischen« Identitäten der jeweiligen Regionen verknüpft. Natürlich beruht dieses Narrativ auf verschiedenen Erscheinungsformen. Es spiegelt die Phasen einer mitunter brutalen Eindringung ägyptischer Kolonialtruppen und arabischer Stämme wider. Ebenso beruht es auf der Wahrnehmung der später von wechselnden Zentralregierungen in Khartum brutal vorangetriebenen Sudanisierungspolitik.

Dennoch liegt eine grundlegende Problematik in der geschichtlichen Erzählung eines kontinuierlichen Gewaltverhältnisses zwischen dem Norden und dem Süden (Rolandsen und Daly, 2016: 5; Mosely Lesch, 1998: 212-213; Deng, 1995: 492). Trotz verschiedener gewaltsam geprägter Konfliktlandschaften, neben dem politischen Projekt der Sudanisierung vor allem die Menschenjagden durch arabische Stämme (Jok, 2010), lässt sich die Erzählung als solche nicht aufrechterhalten. Sie impliziert ein Niveau an Vergesellschaftung, das zum Zeitpunkt der staatlichen Unabhängigkeit des Sudan weder im Norden noch im Süden erreicht war. Vielmehr beruht die Erzählung auf antikolonialen Vorstellungswelten auf beiden Seiten, dem Vorhalt einer versuchten Abspaltung des Südens einerseits, dem Vorhalt einer gezielten arabisch-islamischen Durchdringung andererseits. Die Southern Policy hat einen nachhaltigen Beitrag zur diskursiven Verankerung dieser Vorstellungen geleistet. Die nachhaltige Spaltung, zu der die Southern Policy innerhalb des Südens, vor allem zwischen Greater Bahr el-Ghazal und der Nil-Region, beigetragen hat, wird von dieser Sichtweise substanziell vernachlässigt.

Das letztlich abgerissene koloniale Projekt hat verschiedene einschneidende Konsequenzen für die Periode der sudanesischen Unabhängigkeit. Im Gegensatz zu benachbarten Kolonien kann der Süden des Sudan nicht auf eine einheitliche und verankerte Struktur politischer Institutionen zurückgreifen. Es muss davon ausgegangen werden, dass die Bevölkerung im Süden zu jenem Zeitpunkt in ihrem überwiegenden Teil kein Bewusstsein über Fragen wie Unabhängigkeit oder Staatlichkeit hat. »[A]s late as the eve of Sudan's independence in 1956, only at most an embryonic and elite ›Southern‹ political identity can be discerned.« (Rolandsen und Daly, 2016: 9)

Vielmehr werden die unterschiedlichen Gemeinschaften durch die versuchte Durchsetzung dieser Projekte in einen sie vereinheitlichenden Status der Marginalisierung und Entrechtung gedrängt, der zuvor unbekannt war.

»It must be emphasized that it is not mere differences that cause conflicts, but the implications for the shaping and sharing of power, wealth, services, development opportunities, and the overall enjoyment of the rights of citizenship. By this yardstick, the South clearly found itself at independence the most marginalized and discriminated region in the country.« (Deng, 2006: 157)

Sudan

Die vergesellschaftende Institutionalisierung der im Südsudan lebenden Gemeinschaften bleibt nicht nur fragmentarisch, sie entwickelt über lange Zeit keine einigende nationale Erzählung. Vielmehr dominiert eine Abwehrhaltung gegenüber der gewaltsamen Eingliederung in ein fremdes Staatswesen. Weniger ist der konkrete Staat – der Sudan – das Problem. Es geht um die Abwehr von Staatlichkeit an sich. Es ist primär diese Abwehr, die einen Nukleus an gesellschaftlichem Bewusstsein provoziert. Jeder Staat wäre vermutlich als »fremd« und nicht den Lebensumständen angepasst wahrgenommen worden. Zugleich ist es diese erzwungene Vergesellschaftung, die überhaupt erst unterschiedliche, gegeneinander gerichtete Interessenlagen der im südsudanesischen Territorium lebenden Gemeinschaften produziert. Sicher gab es schon zuvor gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Stammesverbänden, die mitunter in groß angelegten bewaffneten Kampagnen resultieren konnten. Divergierende politische Interessen zwischen den Regionen und Bewohner:innen des Südsudan, etwa zwischen Bahr el-Ghazal Dinka, Nuer in Upper Nile und den Gemeinschaften in Equatoria, können sich aber erst entwickeln, nachdem diese Regionen und die in ihnen lebenden Menschen in einen vereinigenden institutionellen Rahmen gesetzt werden.

Die durch die koloniale Durchdringung herausgeforderten, zum Teil gewaltsamen Auflehnungen gegen die externen Machthaber sind hauptsächlich auf Ebene der Gemeinschaften organisiert. Die sudanesishe Unabhängigkeit markiert daher eine Wasserscheide. Zusammen mit den ihr unmittelbar vorangehenden Prozessen provoziert sie erstmals die Formierung eines deklariert südsudanesischen Widerstandes. Dieser Widerstand durchbricht erstmals strukturell die von den Gemeinschaften vorgegebenen sozialen und sprachlichen Barrieren und organisiert sich territorial entlang der von außen vorgegebenen staatlichen Grenzen. Zugleich bewegt sich diese Widerstandsbewegung in einer historisch herausfordernden Situation. Sie richtet

sich bewaffnet gegen eine erfolgreiche antikoloniale Bewegung, die gerade die Eigenstaatlichkeit des Sudan erreicht hat, noch dazu im afrikanischen Vergleich als eine der Ersten und auf vergleichsweise friedlichem Weg.

Ohne selbst prokolonial geprägt zu sein, versetzt das den südsudanesischen Widerstand von Beginn an in die geopolitisch einzigartige Lage, gegen koloniale Bestrebungen einer antikolonialen Bewegung kämpfen zu müssen. Diese Konstellation wird während der folgenden Jahrzehnte zum Teil überraschende und bruske Wendungen in der politischen Ausrichtung und der Wahl internationaler Partnerschaften bedingen. Viele der ideologischen Versatzstücke und die einzigartige Unterstützungs- und Bündnisstruktur der südlichen Widerstandsbewegung gegen die Zentralregierung in Khartum lassen sich nur vor dem Hintergrund dieser besonderen Positionalität erklären. Die für Befreiungsbewegungen unüblichen Allianzen, die die südsudanesische Unabhängigkeitsbewegung begleitet haben, neben Äthiopien und Uganda insbesondere mit den USA und Israel und, paradoxerweise, an einigen Stellen sogar mit dem Sudan selbst, erklären sich aus dieser Entwicklung. Diese Allianzen sind bis heute in der staatlichen Außenpolitik der nun unabhängigen Republik Südsudan wirkmächtig.

Anti-Antikolonialismus

Im mit dem Kondominium vertraglich vereinbarten Fahrplan zu der den Süden nun definitiv einschließenden sudanesischen Unabhängigkeit sind die Parlamentswahlen im November 1953 der erste Schlüsselmoment. Sie resultieren in einer absoluten Mehrheit für die antikoloniale, proägyptisch eingestellte *National Unionist Party* (NUP). Die *Southern Party*, die die südlichen Interessen bündelt, kann immerhin neun Sitze (von insgesamt 97) gewinnen. Politisch bleibt sie dennoch marginalisiert. Bald nach den Wahlen benennt sie sich in *Liberal Party* (und später *Southern Liberal Party*) um, um dem beständigen Vorhalt, sie würde Sezessionsbestrebungen hegen, demonstrativ entgegenzutreten.

Im Oktober 1954 versammelt sich die kleine politische Elite des südlichen Sudan zu einer Konferenz in Juba, um ihren Forderungskatalog gegenüber dem bald unabhängigen sudanesischen Staat abzustecken. Die Konferenz ist von Uneinigkeit und kontroversen Positionsbezügen geprägt. Die *Southern Party* tritt offen gegen die sudanesishe Unabhängigkeit ein, nicht zuletzt aus Ablehnung der aus ihrer Sicht diskriminierenden Sprachenpolitik. Eine kon-

sensuale politische Forderung aller vertretenen Kräfte zielt auf die Verankerung eines föderalen Systems. Wiewohl die Frage des Föderalismus anfänglich auch in sudanesischen politischen Kreisen diskutiert wird, entscheidet sich die NUP-Mehrheitsregierung für eine Strategie der konsequenten Sudanisierung. Die abziehenden britischen Kolonialbeamter werden durch Nordsudanesen ersetzt, und der Raum für kontroverse politische Debatten um das »Southern Problem« in Khartum immer enger geschnürt.

Nach einer Massenentlassung von Fabrikarbeiter:innen aus dem neu errichteten Nzara Industrial Complex in Yambio kommt es im August 1955 zu ersten gewaltsamen Entladungen. Die nordsudanesische Verwaltung schlägt die der Entlassungswelle folgenden Proteste bewaffnet nieder und lässt wenig Zweifel an ihrem Willen, weiterhin hart durchzugreifen. Die Familienangehörigen der Beamten aus dem Norden werden zur schnellen Abreise aufgefordert. Wenige Tage danach verweigern südsudanesischen Soldaten in der Garnison in Torit in Eastern Equatoria einen Marschbefehl nach Khartum. Angeführt von zwei Acholi-Offizieren erhebt sich die Garnison, begleitet von kleineren Aufständen in anderen Garnisonen in Equatoria, in Juba, Yei, Yambio und Meridi. Die aufständischen Truppen sind gut organisiert. Die bewaffneten Auseinandersetzungen mit den sudanesischen Truppen fordern 75 Tote aufseiten der Aufständischen, wohingegen 361 Nordsudanese:innen den Kämpfen zum Opfer fallen (Poggo, 2009: 42). Formell geben die Rebellen nach nur wenigen Tagen auf. Die meisten von ihnen gliedern sich jedoch nicht wieder in die *Sudanese Armed Forces* (SAF) ein, sondern begeben sich umgehend in den »Busch«, wie die Entscheidung zum bewaffneten Kampf umgangssprachlich genannt wird.

Die folgenden Jahre verlaufen dennoch weitgehend friedlich, auch wenn die politischen Spannungen zunehmen (Rolandsen, 2011a). Die meisten Gemeinschaften im Südsudan sind davon aber nur indirekt tangiert. Am 1. Januar 1956 erlangt der Sudan seine formale Unabhängigkeit, was auf die Situation im Süden zunächst wenig unmittelbare Auswirkungen hat. Die Kolonialoffiziere werden schon davor durch sudanesischen Verwaltungsbeamte ersetzt. Im Februar und März 1958 kommt es zu den ersten Wahlen der Republik Sudan, die einen Machtwechsel mit wesentlichen Konsequenzen für die Ausgestaltung der Unabhängigkeit herbeiführen. Die islamistische *Umma Party* gewinnt die Wahl vor der NUP mit einer prononciert antiägyptischen Agenda, die zudem auf ein strategisches Bündnis mit den Vereinigten Staaten abzielt. Die *Southern Sudan Federal Party* kann starke 38 von insgesamt 173 Sitzen auf der Basis eines für Föderalismus eintretenden Wahlprogramms

gewinnen. Die Koalitionsregierung zwischen Umma und der von der NUP abgespaltenen *People's Democratic Party* unter Premier Abdallah Khalil steht allerdings von Anfang an unter dem ungünstigen Stern einer sich zunehmend verschärfenden Wirtschaftskrise. Sie kann sich nur wenige Monate im Amt halten.

Am 17. November 1958 putscht das sudanesisches Militär mit Unterstützung der Vereinigten Staaten. Es befürchtet einen Zusammenbruch der zivilen Regierung mit unkontrollierbaren geostrategischen Folgen. Eine Übergangsregierung unter General Ibrahim Abboud übernimmt die Macht. Das Abboud-Regime zeigt bald, dass es zu der ursprünglich versprochenen Rückkehr zu einer zivilen Regierung nicht bereit sein wird. Dies führt zu keinem unmittelbaren Widerstand. Angesichts der desaströsen ökonomischen Verhältnisse in Khartum und anderen bevölkerungsreichen Gebieten im Norden ist die neue Militärregierung anfangs überaus populär. Dieses Gefühl wird allerdings im Süden, nicht zuletzt aufgrund der negativen Erfahrungen mit den SAF-Truppen, nicht geteilt (Poggo, 2009: 59). Abbouds Putsch markiert das erste Ereignis im unabhängigen Sudan, das merkliche Auswirkungen auf den Süden zeigt. Der Putsch prolongiert und verschärft den lange diskursiv propagierten Gegensatz zwischen einem arabisch-islamischen Norden und einem afrikanischen Süden, und untermauert ihn mit einer manifesten Machtprojektion.

Abboud startet eine rigorose Islamisierungspolitik im Süden. Er lässt keinen Zweifel daran, dass die Zeiten politischer Kompromisse wie etwa Föderalismus oder einer autonomen Selbstbestimmung unter der Militärherrschaft vorbei sind. Der rigide Ansatz führt erstmals zur Formierung einer politischen Widerstandsbewegung von relevanter, auch in Khartum spürbarer Stärke (Allen, 1989: 43). Das Regime antwortet mit signifikant verstärkter militärischer Präsenz, die von markigen politischen Erklärungen untermauert wird. Im Jahr 1961 äußert sich der Militärgouverneur von Equatoria, Ali Baldo, in einer Rede entsprechend herablassend zu den Ideen südlicher Selbstbestimmung: »You are aware that anybody who interferes with public peace and tranquility will be dealt with severely and at once. During the days of Parliament, the Southern Parliamentary Members advocated a federal government for the South. Such ideas are gone with politicians.« (Zitiert nach Oduho und Deng, 1963: 40)

Der Beginn des organisierten politischen Widerstandes ist die Gründung der *Sudan African Closed Districts National Union*, kurz SANU, die sich bald in *Sudan African National Union* umbenennt. In ihr sammeln sich bereits einige

der zentralen Figuren des späteren bewaffneten Kampfes, wie Father Saturnino Lohure, Joseph Oduho oder William Deng Nhial, der zum Generalsekretär der SANU ernannt wird. William Deng, der die Bahr el-Ghazal Dinka repräsentiert, ist an der Spitze der politischen Bewegung einer der ganz wenigen nicht aus Equatoria stammenden Vertreter. Wiewohl die politische Bewegung schnell eine beträchtliche Zahl an Spaltungen durchlebt, schafft sie es, eine bewaffnete Organisation zu etablieren, die für die SAF in kurzer Zeit zu einer veritablen Herausforderung wird: die *Anya-nya*.

Gegründet werden die Anya-nya am 19. August 1963, wiederum überwiegend durch Kräfte aus Equatoria. Die Dominanz Equatorias findet auch in der Namensgebung ihren Ausdruck. Der bewusste Versuch der Findung eines authentischen Namens gestaltet sich nicht einfach (Poggo, 2009: 63). Vorgeschlagen werden etwa der Madi-Name für eine tödlich giftige Schlange, »Inyanya«, und der auf der Mory-Sprache beruhende Neologismus »Manyanya«, was sich mit »Armee-Ameise« übersetzen lässt. Die Wortschöpfung »Anyanya« verbindet beide Vorschläge. Der Begriff wird von den Gemeinschaften in Equatoria weit herum verstanden, wird jedoch in anderen Teilen des südlichen Sudan, insbesondere von nilotisch Sprechenden eben aufgrund dieser eindeutigen regionalen Zuordenbarkeit zurückgewiesen. Letztlich bleiben die Anya-nya bis zu ihrer formellen Auflösung im Jahr 1972 in der allgemeinen Wahrnehmung immer eine Bewegung der Equatoria-Provinzen (Allen, 1989: 41).

Militärisch formieren sich die Anya-nya um jene Veteranen des Equatoria-Bataillons der SAF, die einige Jahre zuvor in Torit rebelliert hatten und in der Folge desertiert waren. Zur dominanten Figur der bewaffneten Bewegung entwickelt sich Joseph Lagu, ein Madi, auch er ein vormaliger SAF-Soldat, auch er desertiert, um sich dem bewaffneten Widerstand anzuschließen.

Der Ende des Jahres 2020 mittlerweile 89-jährige Joseph Lagu ist nach wie vor eine Legende des südsudanesischen Widerstandes. Er vermag es, den volatilen Ausgleich der unterschiedlichen Elemente in der Anya-nya aufrechtzuerhalten. Father Saturnino wird zum formellen Oberbefehlshaber ernannt, um die Machtbalance innerhalb Equatorias sicherzustellen. Lagu selbst hat längere Zeit mit Dinka-Gemeinschaften gelebt. So kann er, trotz einer anfänglichen Marginalisierung von William Deng und den Bahr el-Ghazal Dinka, gegenüber ihnen integrativ wirken. Der im Jahr 1970 in die Anya-nya ein tretende spätere Kommandant der SPLA, John Garang de Mabior, ist einer seiner Jungoffiziere.

Dennoch bleiben die Anya-nya zunächst eine elitäre Kommando-Truppe. Es gelingt ihnen nicht, weite Teile der Bevölkerung zu integrieren. Im Gegenteil, die meisten der im südlichen Sudan lebenden Gemeinschaften versuchen, eine neutrale Position aufrechtzuerhalten und sich nicht in die bewaffneten Auseinandersetzungen verwickeln zu lassen. Erst die zunehmende Intensität des Krieges zwingt viele auch außerhalb Equatorias, Seite zu beziehen (Rolandsen, 2011b: 226). Die von Lagu und der gesamten Führungsriege forcierte Ideologie zielt darauf ab, eine antagonistische Logik zu etablieren. Bemüht wird eine polarisierende Rhetorik, die einen quasi-natürlichen Widerspruch zwischen einer »arabischen« und einer »afrikanischen« Kultur konstruiert. Dies demonstriert eine von Lagus Reden zu jener Zeit, von ihm selbst in späteren Jahren wiedergegeben: »You Arabs keep your Arab culture and traditions and let us Africans keep ours. And if you try to impose us your ways by force, you will be met by force. We shall not stand by idly and watch the Arab intruder change our identity to his.« (Lagu, 2006: 496)

Diese eindeutige ideologische Stoßrichtung kann allerdings nicht verhindern, dass sich innerhalb der Anya-nya heftige interne Auseinandersetzungen entwickeln. Das ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass es die Bewegung verabsäumt, eine klare politische Vision jenseits des kruden Anti-Arabisismus zu formulieren (Allen, 1989: 45). Selbst überzeugte Mitglieder bekennen in späteren Jahren, dass die Anya-nya im Gegensatz zu ihrer kompetenten militärischen Führung politisch schwach aufgestellt ist (Fuli Boki Tombe Ga'le, 2002: 370). Schon der Beginn des Kampfes führt zu Kontroversen, die bis in die Führungsriege hineinspielen. Die Entscheidung, die ersten bewaffneten Kampagnen im Lakuto-Gebiet in Eastern Equatoria zu lancieren, führt zu Spannungen mit den Bari im Zentrum und den Zande und Moru in Western Equatoria. Sie fühlen sich durch diesen regionalen Fokus zurückgesetzt. Die schon bei der Formierung der Anya-nya wahrnehmbaren ethno-politischen Tendenzen werden die Geschichte des südsudanesischen Widerstandes bis zur Unabhängigkeit prägen.

Dennoch nimmt die militärische Effektivität der Anya-nya weiter zu. Daran an relevanter Stelle beteiligt ist auch ein vormaliger Nationalsozialist aus Österreich, der Söldner Henerick (wahrscheinlich Heinrich) Rossi (Poggi, 2009: 133, auf Basis von Primärquellen). Rossi berät die Anya-nya-Führung in bewaffneter Propaganda und schlägt unter anderem bewaffnete Kampagnen in den größeren Städten des Südens vor, um maximale Wirkung zu erzielen. Der Kampf wird auf beiden Seiten kompromisslos geführt. Auch der Sudan verschärft seine Gangart. Im Jahr 1964 kommt es zu einer Massenausweisung

von Missionaren aus dem Süden. Später folgt eine Reihe an Massakern an der Zivilbevölkerung in den noch von den SAF kontrollierten Städten. Zunächst kommt es zu Übergriffen in Equatoria, speziell in Yei und Maridi, später auch in weiter nördlich gelegenen Teilen des Südens, wie Kodok, Bor oder Akobo (Achicque Mach Guarak, 2011: 118). Nicht zuletzt aufgrund des persistenten »Southern Problem« gerät das Abboud-Regime mehr und mehr in Bedrängnis. Nach Protesten, die an der Universität von Khartum ihren Ausgang nehmen und schnell weitere Teile der Bevölkerung umfassen, muss Abboud schließlich im Oktober 1964 zurücktreten.

Der eingesetzte Übergangspräsident, Sirr al-Khatim al-Khalifa von der Umma Party, widmet sich umgehend dem »Southern Problem«. Im März 1965 beruft er eine Round-Table-Konferenz ein, die aufgrund der schlechten Sicherheitslage und schwierigen Logistik nicht in Juba, sondern in Khartum abgehalten wird. Neben 18 Vertretern der verschiedenen politischen Fraktionen des Nordens, unter anderem Islamisten wie dem späteren Anführer der *National Islamic Front* (NIF), Hassan al-Turabi, nehmen 24 Vertreter des südlichen Widerstandes teil. Dies ist ein eindrucksvolles Signal, zurückzuführen auf die militärische Stärke der Anya-nya und ihre signifikante Strahlkraft. Jedoch bleibt die politische Uneinheitlichkeit die Schwäche der Bewegung. Neben der SANU-Delegation, angeführt von Aggrey Jaden Ladu, die sich allerdings selbst kurz vor der Aufspaltung in einen südsudanesischen und einen Exil-Flügel befindet, vertritt die *Southern Front*, die Organisation der südlichen Oppositionellen in Khartum, die Interessen des Südens. Die Fronten sind auf allen Seiten verhärtet. Lösungen können keine erreicht werden. Al-Khalifa muss bald zurücktreten. Es kommt zu Neuwahlen im Juni 1965, die allerdings in den südlichen Regionen, formal aus Sicherheitsbedenken, nicht abgehalten werden.

Zwar gewinnt die Umma Party überzeugend und stellt mit Muhammad Ahmad Mahgoub und Sadiq al-Mahdi in den folgenden Jahren die Premierminister. Eine Beruhigung der Situation gelingt der neuen Regierung jedoch nicht. Die Anya-nya durchleben zu gleicher Zeit eine dynamische Phase in ihrer politischen Entwicklung. Nach einigen Spaltungen übernimmt Aggrey Jaden die Führung der Organisation. Als eine bekannte Größe des Widerstandes – so hatte er sich als sudanesischer Beamter am dritten Jahrestag der Unabhängigkeit geweigert, die sudanesisches Flagge aufzuziehen – wird er im April 1967 zum Präsident des *Southern Sudan Provisional Government* (SSPG) gewählt. Die originäre Aufgabe des SSPG besteht darin, den Anya-nya zu ermöglichen, sich als legitimer politischer Akteur und repräsentative Organisation

des gesamten Südens zu positionieren (Poggo, 2009: 123). Jaden unternimmt einen Versuch zur Reorganisation der Anya-nya in Richtung einer zentralisierten Organisation mit einer einheitlichen Führung, wozu eine Integration der Bahr el-Ghazal Dinka angestrebt wird. Diese Reorganisation im Sinne der Vision des Aufbaus einer nationalen Armee führt nicht nur zu Spannungen in Upper Nile. Sie geht mit einer politischen Marginalisierung von Joseph Lagu einher, was diesen wiederum, trotzdem er Jadens Führung formal anerkennt, zum Aufbau einer an seine Person gebundenen strategischen Allianz mit Israel motiviert.

Nachdem sich Aggrey Jaden im Jahr 1969 aus Sicherheitsgründen ins Exil nach Kenia begibt, übernimmt Gordon Muortat Mayen, ein Agar Dinka aus Rumbek und ehemaliger Minister der sudanesischen Übergangsregierung von al-Khatim, die Führung der Anya-nya. Die südlichen Provinzen werden vom Widerstand mit symbolischer Eigenstaatlichkeit ausgestattet und Nile State benannt. Das SSPG wird durch das *Nile Provisional Government* (NPG) ersetzt, zu dessen Präsident Muortat sich wählen lässt. Seine Führung währt allerdings nur kurz. Schon einige Jahre zuvor hatte Lagu über Uganda Kontakte nach Israel geknüpft und für die Unterstützung der Anya-nya geworben. Im Gegenzug würden die Anya-nya zur Schwächung der SAF beitragen und damit den Einsatz sudanesischer Truppen gegen Israel an der Seite Ägyptens zu unterbinden helfen. Unmittelbar nach dem Sechs-Tage-Krieg fiel dieses Argument auf fruchtbaren Boden. Abgewickelt über Uganda beginnt die israelische Unterstützung ab Ende 1967 zu laufen. Sie erreicht im Jahr 1969, nach einem informell durch Premierministerin Golda Meir ermöglichten Besuch von Lagu in Israel, ihren Höhepunkt (vgl. Poggo, 2009: 139).

Die konkrete Dimension des israelischen Beistandes ist in ihrem vollen Umfang auch im Nachhinein nicht verlässlich einzuschätzen. Die Allianz hat jedenfalls eine Reihe wesentlicher praktischer Konsequenzen. Eine davon wird unmittelbar schlagend. Zunächst ermöglicht sie eine Reihe von militärischen Erfolgen durch die Anya-nya (LeRiche und Arnold, 2013: 26; Rolandsen, 2011b: 217). Diese Erfolge tragen maßgeblich zum Sturz der Umma-geführten Regierung in Khartum bei. Am 25. Mai 1969 putscht erneut das sudanesisches Militär, diesmal unter Oberst Gafaar Nimeiri, der mit diesem Umsturz eine 16-jährige Präsidentschaft antritt. Auch die neue Militärregierung startet mit dem Willen, das »Southern Problem« nachhaltig zu lösen. Kurz nach seiner Machtübernahme erklärt sich Nimeiri, weniger Ideologe denn Machtpolitiker (Schmidinger, 2020: 54), zu Verhandlungen mit der Anya-nya bereit.

Auch beruft er zwei »Southerners«, Joseph Garang von der Kommunistischen Partei und Abel Alier von der *Southern Front*, in die Regierung.

Währenddessen arbeitet Lagu im Süden strategisch am Ausbau seiner Machtposition, worauf sich Israels Rolle ebenfalls auswirkt. Die Wahl von Muortat zum Präsidenten des NPG war von den in den Anya-nya immer noch dominierenden Kräften aus Equatoria nicht gut aufgenommen worden. Aufgrund der persönlichen Anbindung der israelischen Unterstützung an die Person von Lagu wird die Position von Muortat zunehmend unterminiert. Mit dem Absprung einiger Führungspersönlichkeiten in Lagus Lager beginnt ab Ende des Jahres 1969 ein über einjähriger Machtkampf innerhalb der Anya-nya, der in seiner ethnopolitischen und territorialen Dimension spätere Auseinandersetzungen in der SPLM/A vorausahnen lässt. Lagu kann schnell die Kontrolle über Equatoria und die ohnehin unzufriedenen Kräfte in Upper Nile gewinnen. Mit dieser Machtbasis ausgestattet macht er sich an eine Reorganisation der Anya-nya nach dezentralen und territorialen Prinzipien. Einheiten sollten primär in ihren Heimatterritorien und nahe ihrer Gemeinschaften kämpfen. Die Reorganisation ist erfolgreich und resultiert in einem Anwachsen der Anya-nya auf bis zu 12.000 Kämpfer:innen. Lagu erreicht so eine Stabilisierung seiner eigenen Position. Nicht zuletzt aufgrund der schwierigen Kommunikations- und Transportwege wird ein erneuter Putsch gegen ihn faktisch verunmöglicht. Bis zum Ende der Anya-nya hat Lagu aber Schwierigkeiten, die bewaffneten Kräfte in Bahr el-Ghazal unter seiner Kontrolle zu halten.

Ein drittes, mittelbares Resultat der israelischen Involvierung ist die erhöhte Bereitschaft des Nimeiri-Regimes, in Friedensverhandlungen einzutreten. Als zusätzlicher Faktor kommt ein kommunistischer Putschversuch im Juli 1971 zum Tragen, in dessen Folge einer der beiden aus dem Süden stammenden Politiker in Nimeiris Regierung, Joseph Garang, exekutiert wird. Nimeiri reagiert dennoch mit einem weiteren Entgegenkommen. Abel Alier, der in seiner Rolle als Karrierebeamter die südlichen Interessen in Khartum hartnäckig vertritt, wird zum Vizepräsidenten ernannt, womit Nimeiri nicht zuletzt seine Bereitschaft zu einem Friedensschluss unterstreichen will. Seine Anerkennung eines »mutually hurting stalemate« (Rothchild, 1997: 219-222) ist aber vermutlich in erster Linie der symbolischen Strahlkraft der israelischen Unterstützung geschuldet (Poggo, 2009: 177).

Unter Vermittlung der Organisation für die Afrikanische Einheit (OAU) und der Mediation des äthiopischen Kaisers Haile Selassie wird nach nur zwölf Tagen an Verhandlungen am 27. Februar 1972 das *Addis Ababa Agree-*

ment on the Problem of South Sudan unterzeichnet. Das Abkommen sieht eine weitgehende Autonomieregelung für den südlichen Sudan vor. Im Zentrum steht die Einrichtung eines Regional Self-Government, dessen Zuständigkeit die gesamte neu geschaffene Southern Region, bestehend aus den drei Großprovinzen Bahr el-Ghazal, Equatoria und Upper Nile umfassen soll. Die in Artikel 11 aufgelisteten Aufgaben der Regionalregierung sind weitreichend. Im Gegenzug muss der von Lagu geleitete politische Flügel der Anya-nya, der mittlerweile unter dem Namen *Southern Sudan Liberation Movement* (SSLM) firmiert, von der Forderung nach staatlicher Unabhängigkeit Abstand nehmen. Im Jahr 1973 wird das Abkommen in die sudanesisische Verfassung integriert.

Es gelingt dem Addis Ababa Agreement, eine mehr als zehnjährige, relativ friedliche Periode einzuleiten. Dies wird durch kluge taktische Schritte von Nimeiri untermauert. So befördert er den politisch talentierten und ihm daher potenziell gefährlichen Lagu zum General der sudanesischen Armee und überträgt ihm persönlich die Verantwortung für die Eingliederung von 6.000 Anya-nya-Kämpfer:innen in die SAF. Damit nimmt er Lagu aus dem politischen Spiel (Malwal, 2015: 69). Dies ist nur der Beginn von kontinuierlichen politischen Turbulenzen im Süden, die durch die Einrichtung der Autonomieverwaltung ausgelöst werden. Nimeiri erweist sich in dieser Periode als ein Meister der transaktionalen Politik am sudanesischen politischen Marktplatz. Er schafft es wiederholt, die bestehenden internen Auseinandersetzungen im Süden durch taktische Bündnisse mit unterschiedlichen Protagonisten auszunutzen und anzuheizen (LeRiche und Arnold, 2013: 28).

Dennoch werden einige der Schwächen des Abkommens bald sichtbar: die Kontrolle aller wesentlichen Ressourcen liegt beim Norden, und die Finanzierung der Southern Autonomous Region bleibt ungeklärt. Diese strittigen Punkte verschärfen sich mit der Entdeckung von Öl in der Grenzregion zwischen Norden und Süden, vor allem in Unity State. Anstatt die fehlende Finanzierung für die Eigenverwaltung sicherzustellen, verstärkt die beginnende Ölexploration bestehende destabilisierende Tendenzen (Johnson, 2016a: 132). Die politische Situation im Süden verschärft sich im Anschluss an die Präsidentschaftswahlen vom April 1983, die Nimeiri als einziger Kandidat mit 99,6 % der Stimmen gewinnt. Allerdings kommt dieser Sieg nicht so leicht und un widersprochen, wie es den Zahlen nach den Anschein hat. Im Vorfeld des Urnenganges gerät Nimeiri unter starken politischen Druck und ist gezwungen, ein Bündnis mit islamistischen Kräften einzugehen, deren stärkste Organisation die von Hassan al-Turabi angeführte NIF ist.

Das fragile Bündnis rettet Nimeiri über zwei weitere Jahre seiner Präsidentschaft. Die neuen islamistischen Partner zwingen ihn aber, die Islamisierungs- und Sudanisierungspolitik gegenüber dem Süden, deren Beendigung eigentlich eines der anfänglichen Ziele seiner Herrschaft war, wieder aufzunehmen. Im Juni 1983 verfügt Nimeiri eine Wiederaufteilung der Southern Autonomous Region in drei Regionen: Bahr el-Ghazal mit der Hauptstadt Wau, Upper Nile mit der Hauptstadt Malakal und Equatoria mit der Hauptstadt Juba. Dies untergräbt die autonome Verwaltung nachhaltig. Der Schritt folgt aber Nimeiris Logik des Machterhalts. Neben dem Entgegenkommen gegenüber der NIF, die südliche Autonomie faktisch zu beenden, beruht diese territoriale Neugliederung auf dem Prinzip, oppositionelle Kräfte zu spalten und taktisch an sich anzubinden (Mawson, 1984: 523).

Spätestens ab dem Jahr 1980 ist die Stimmung im südlichen *High Executive Council* schlecht. Der Dinka Abel Alier, ein langjähriger Nimeiri-Alliiertes und vormaliger Vizepräsident des Sudan, hatte Joseph Lagu im Rennen um die Präsidentschaft geschlagen. Dies führt zu gehässigen, ethnopolitisch gefärbten Auseinandersetzungen im Council (Shinn, 2004: 251), in deren Folge sich Lagu an Nimeiri annähert und mit sudanesischer Hilfe eine gegen Alier und die Bahr el-Ghazal Dinka gerichtete Allianz formiert. Nicht zuletzt aufgrund Lagus Bemühungen löst Nimeiri am 5. Oktober 1981 die Autonomieregierung auf, entlässt Alier und ernennt Lagus Freund, General Gismalla Abdalla Ras, zum Interimspräsidenten.

Die folgenden Wahlen um das High Executive Council im Jahr 1982 gewinnt ein Verbündeter Lagus, Joseph James Tombura. Unmittelbar nach der Wahl starten Lagu und Tombura eine politische Kampagne für »Kokora« (»Re-division«), die direkt gegen die Person Alier gerichtet ist. Je nach Perspektive zielt Kokora auf Devolution oder die Zersplitterung des Südens durch die Anerkennung der Aufteilung in drei Provinzen. Die Debatte um *Kokora* und die Frage der Dinka-Dominanz der südlichen Politik ist ein bis heute spürbares Narrativ (Willems und Deng, 2015). Vor diesem Hintergrund kann es nicht überraschen, dass die letztendliche Auflösung der Southern Autonomous Region im Juni 1983 in Equatoria überaus populär ist, während sie in den meisten Dinka-Gemeinschaften auf massive Ablehnung stößt.

Die Vereinbarungen des Addis Ababa Agreement sind damit jedoch hinfällig. Wenige Monate später kommt es zum finalen Zusammenbruch. Mit einigen Dekreten, den sogenannten »September Laws«, verfügt Nimeiri im September 1983 die Einführung der Scharia im gesamten Staatsgebiet des Su-

dan. Zwar ist die Einführung in erster Linie fürs Heimpublikum und die Befriedung der NIF gedacht – in Khartum werden öffentlichkeitswirksam tausende Flaschen Whisky in den Nil geschüttet (Warburg, 1990: 624) –, doch repräsentiert es den Tropfen, der den Friedensprozess im Süden zusammenbrechen lässt. Auch bescheren diese Beschlüsse der wenige Monate zuvor gegründeten *Sudan People's Liberation Army* (SPLA) jenen Zulauf aus Dinka und Nuer-Gemeinschaften, den sie für die ernsthafte Aufnahme des bewaffneten Kampfes benötigt.

Diskrepanzen des Widerstandes

Die SPLA und die mit ihr verbundene politische Bewegung, SPLM, sind aber keineswegs die erste Organisation, die den bewaffneten Kampf nach dem Addis Ababa Agreement wieder aufnimmt. Schon im März 1975 hatten sich ehemalige Militante aus den Anya-nya, vor allem Vertreter in der Autonomie-Regierung marginalisierter Nuer-Gemeinschaften, als Anya-nya II zusammengefunden. Der Gründungsmythos der Anya-nya II geht auf einen Aufstand in der Garnison in Akobo an der äthiopischen Grenze zurück. Von Beginn an positioniert sich die Bewegung in direktem Widerspruch zum Addis Abeba Friedensvertrag und der südlichen Autonomie und erhebt die Forderung nach staatlicher Unabhängigkeit (LeRiche und Arnold, 2013: 31). Die Geschichte der Anya-nya II ist mit dem Osten der Region verbunden und entwickelt sich von Beginn an im Widerstand gegen die so wahrgenommene politische Dominanz der Bahr el-Ghazal Dinka aus dem Westen.

Diese Rivalität wird später zu blutigen bewaffneten Auseinandersetzungen mit der SPLM/A führen, die in die ab den späten 1980er-Jahren aufbrechenden ethnopolitischen Spannungen innerhalb der Organisation hineinspielen (Jok, 2017). Nicht nur steht die politische Positionierung der Anya-nya II im Gegensatz zu der ambivalent vertretenen gesamtstaatlichen Orientierung der ursprünglichen SPLM/A. Auch ist die Anya-nya II in ihrer Zusammensetzung von Militanten aus dem Osten des Landes, hauptsächlich Nuer, dominiert. Die Spannungen spiegeln sich auf Führungsebene wider. Die Anya-nya II-Spitze, bestehend aus dem Nuer-Kommandanten William Abdallah Cuol, einem Nuer-Minister der Autonomie-Regierung, Samuel Gai Tut und dem Twic Dinka Akwot Atem de Mayen, einem langjährigen Gegner der Autonomieregelung, sieht sich nicht nur als historische Führung des Widerstandes legitimiert. Auch fühlt sie sich aufgrund ihres Alters und ihrer

Kampferfahrung dem SPLM/A-Gründer John Garang moralisch übergeordnet.

John Garang de Mabior stammt wie Akwot Atem aus Twic County in Upper Nile. Zunächst entscheidet er sich mit finanzieller Hilfe von Verwandten für eine solide Ausbildung. Nach dem Schulbesuch in Tansania sichert sich Garang ein Stipendium für ein Bachelor-Studium in Ökonomie in den USA, das er erfolgreich abschließt (vgl. Natsios, 2012: 61-65). Danach kehrt er für weitere Studien nach Tansania zurück. An der University of Dar es Salaam beginnt er sein politisches Engagement. Wenig später schließt er sich den Anya-nya an und wird, im Jahr 1970, von Anya-nya-Führer Murtat Mayen zur militärischen Ausbildung nach Israel geschickt. Im Zuge der Integration der Anya-nya in die SAF im Gefolge des Addis Ababa Agreement wird Garang professioneller Soldat in der sudanesischen Armee. Diese Rolle nutzt er für eine weitere fundierte Ausbildung in den USA, zunächst militärisch, in einem Programm für Infanterieoffiziere in Fort Benning, Georgia, und später zivil. Er unterbricht seine militärische Karriere, um einen Masters-Abschluss in Agrarökonomie in Iowa zu erwerben.

Danach kehrt Garang zu den SAF zurück, wo er sich sofort, zunächst von Khartum aus, der Organisation einer südlichen Aufstandsbewegung unter den reintegrierten Anya-nya-Kämpfer:innen widmet. Als im Mai 1983 das 105. Bataillon der SAF in der Garnison in Bor in Jonglei rebelliert, überzeugt er seine sudanesischen Führungsoffiziere, zur Befriedung des Aufstandes in den Süden aufzubrechen. Er macht sich allerdings auf den Weg auf die äthiopische Seite der Grenze in Jonglei, wo er mit den Aufständischen zusammentrifft, die der Gegenoffensive der SAF auf Bor ausgewichen waren. Überhaupt entfaltet die Rebellion in Bor, zusammen mit kleineren Aufständen in Pochalla und Ayud, eine weitreichende Signalwirkung. »In response to a call to arms South Sudanese of all walks of life trekked all the way to the Ethiopian border where the first SPLM/A camps were established.« (Nyaba, 2000: 28)

Der Aufstand in Bor folgt unmittelbar auf den durch Kompromisse schwer erkaufte Wahlsieg Nimeiris. Er ist im Kontext der sich zusehends manifestierenden Machtübernahme islamistischer Kräfte zu sehen. Zugleich ist die Aktion sorgsam vorbereitet. Kerubino Kuanyin Bol, wie Garang ein Twic Dinka, kommandiert die Rebellion und feuert dabei der Legende nach – die Anya-nya II waren ja schon Jahre zuvor aktiv – den ersten Schuss des zweiten sudanesischen Bürgerkrieges ab. Der Nuer-Major William Nyuon Bany Machar kommandiert parallel weitere Aufstände in kleineren Kasernen im Süden. Beide Gruppen begeben sich zur äthiopischen Grenze, wo sie mit John

Garang zusammentreffen. Hier erfolgt die formelle Gründung der SPLM/A. Garang wird zum Anführer der neuen Bewegung ernannt, nicht zuletzt aufgrund seines militärischen und akademischen Leistungsausweises und seiner Fähigkeit zur Garantie der äthiopischen Unterstützung. In der Kommando-Kette folgen Kerubino Bol, William Nyuon und Salva Kiir Mayardit.

Am 31. Juli 1983 verkündet Garang die Gründung der SPLM/A, wobei zu diesem Zeitpunkt bereits 3.000 Mann unter seinem Kommando stehen. Mit der Gründung veröffentlicht die SPLM/A ihr erstes Manifest, das sich zu einer gesamtsudanesischen Revolution bekennt und dem Separatismus eine Absage erteilt. Ideologisch ist das Programm prononciert sozialistisch. Im Ton einer klassisch antiimperialistischen Befreiungsbewegung fordert die SPLM/A einen »protracted armed struggle in order to establish a Socialist system in the whole of Sudan« (Scott: 1985, 71). Die sozialistische Orientierung reflektiert eine Neuinterpretation der eigenen Position zum Kolonialismus, die auf einer kritischen Aufarbeitung der Anya-nya-Erfahrungen beruht: »1. [...] It is the colonial policy of divide and rule and the mechanics of peripheral development in the Sudan that are mainly responsible for the post-independence crises in the country. 2. [...] The transformation from direct colonialism to indirect colonialism.«

Der klarste Ausdruck der nun deklariert revolutionären Marschrichtung findet sich in Artikel 21 des Manifests. Dieser Artikel bringt den Gehalt der sogenannten »New Sudan Vision« auf den Punkt. Zugleich hebt er die SPLM/A markant von Anya-nya und, von unmittelbarer praktischer Relevanz, der parallel operierenden Anya-nya II ab.

»21. The immediate task of the SPLA/SPLM is to transform the Southern Movement from a reactionary movement led by reactionaries and concerned only with the South, jobs and self interest to a progressive movement led by revolutionaries and dedicated to the socialist transformation of the whole country. It must be reiterated that the principal objective of the SPLA/SPLM is not separation for the South. The South is an integral and inseparable part of the Sudan. Africa has been fragmented sufficiently enough by colonialism and neo-colonialism and its further fragmentation can only be in the interests of her enemies.«

Für die von Beginn an essenzielle äthiopische Unterstützung erweist sich die neue politische Positionierung als vorteilhaft. Im September 1974 hatten sozialistisch orientierte Militärs den äthiopischen Kaiser Haile Selassie gestürzt und eine Junta unter Leitung eines Provisorischen Militärverwaltungs-

rats (amharisch *Derg* für »Council«) eingerichtet. Im Februar 1977 übernimmt Mengistu Haile Mariam die Führung der Derg, was deren sozialistische Orientierung nochmals verstärkt und zu einer Vertiefung der Beziehung mit dem ebenfalls sozialistisch orientierten Garang beiträgt. Garang kann dieses Netzwerk von Anfang an für den Aufbau der SPLM/A nutzen, was ein wesentlicher Faktor in der langjährigen Absicherung seiner eigenen Machtposition in der Bewegung ist.

Wenngleich das Derg-Regime einen Sturz des mit den USA verbündeten Nimeiri herbeiführen will, steht es separatistischen Bewegungen prinzipiell ablehnend gegenüber (Johnson, 2016a: 62). Dies hat seinen Grund in der fragilen Situation im eigenen Land. Die von Garang forcierte »New Sudan«-Orientierung ist zum Teil aus dieser Grundbedingung der äthiopischen Partner zu erklären. Im Nachhinein zeigt sich, dass die Derg die separatistische Herausforderung richtig eingeschätzt hatten. Das im Jahr 1993 seine Unabhängigkeit von Äthiopien erlangende Eritrea ist (neben dem politisch besonders gelagerten Fall von Namibia¹) die einzige nationale Sezessionsbewegung im postkolonialen Afrika, die eine Eigenstaatlichkeit erringen kann – bis zur Unabhängigkeit des Südsudan im Jahr 2011.

Die neue regionale Konfiguration verändert die geopolitische Verortung des Konfliktes signifikant. War die Anya-nya noch von Israel gegen die partiell kommunistische Gefahr im Sudan und Ägypten unterstützt worden, gilt nun das sudanesisches Regime als Verbündeter der USA und der südsudanesischen Widerstand in seiner dominierenden Fraktion als sozialistisch geprägt. Dies verstrickt den Konflikt in den Kontext der Systemauseinandersetzung des Kalten Krieges. Die Kalter-Kriegs-Logik steht im Kontrast zur pragmatischen Auslegung der »New Sudan«-Vision durch die SPLM/A, die sich alles andere als vehement sozialistisch artikuliert. »In sum, the SPLA/M's New Sudan was to be a secular democracy with devolved governance.« (LeRiche und Arnold, 2013: 35)

Die äthiopische Unterstützung gibt der SPLM/A die strategische Überhand gegenüber den Anya-nya II und anderen, kleineren Rebellenbewegungen. Dies löst eine gewisse Sogwirkung zu ihren Gunsten aus. Die beiden Organisationen unterscheiden sich jedoch nicht nur in der Zusammensetzung ihrer internationalen Unterstützung und ihrer politischen Positionierung. Garang tritt mit der SPLM/A an, erstmals eine einheitliche Forma-

1 Namibias Unabhängigkeit war bereits über Jahrzehnte international anerkannt, konnte aber gegen das Apartheid-Regime in Südafrika faktisch nicht durchgesetzt werden.

tion zu schaffen, die mit der milizorientierten Ethnopolitik der Anya-nya-Geschichte zu brechen in der Lage ist. »The SPLA/M sought to be a focused, singular national front for change, making it substantively different from previous rebel armies.« (LeRiche und Arnold, 2013: 31)

Dieses Ziel ist nicht einfach umzusetzen. Garang verlässt sich in seinem Führungsstil auf enge Vertraute, oftmals Dinka, was dazu führt, dass die SPLM/A schnell als eine Dinka-Bewegung wahrgenommen wird. Dieses Vorurteil haftet der Organisation trotz der gezielten Durchmischung der Führungspositionen über die gesamte Dauer des Bürgerkrieges an. Das zum Teil brutale Vorgehen gegen Nuer-Gemeinschaften in ihrem Kampf gegen die Anya-nya II und die tendenzielle Marginalisierung von Equatoria-Gemeinschaften, die die ursprüngliche Anya-nya dominiert hatten, ist der Popularität der SPLM/A ebenfalls nicht zuträglich. Das Zentrum der Kämpfe mit der in Upper Nile verwurzelten Anya-nya II liegt im Osten der Region. Die SPLM/A dominiert zwar militärisch, kann aber bis zum Jahr 1991, als der Nasir-Split die Karten in der politischen Konfiguration des südsudanesischen Widerstandes neu mischt, keinen entscheidenden Sieg für sich verbuchen.

Der Kampf der SPLM/A gegen die sudanesischen Truppen konzentriert sich anfänglich ebenfalls auf das äthiopische Grenzgebiet. Dabei gelangen schnell zusätzliche Rekrutierungen, insbesondere in Gemeinschaften, die in beständiger gewaltsamer Auseinandersetzung mit Baggara-Stämmen aus dem Norden leben. Zu einem zweiten Schwerpunkt der Operationen entwickelt sich Bahr el-Ghazal, die Heimat von Garang und Kerubino Bol. Die niederschwellige, aber beständige Auseinandersetzung mit gewaltsamen Kampagnen von Baggara befördert dort ebenfalls die Rekrutierung neuer Kämpfer:innen. Auch in den südlichen Provinzen dominiert die SPLA den Kampf gegen die SAF.

Angesichts des oftmals kompromisslosen Vorgehens gegen die Zivilbevölkerung und eines strengen Steuerregimes, das praktische Unterstützungsleistungen und Rekrutierungen einschließt, kann sich die SPLM/A dennoch nicht auf eine breite Beliebtheit abstützen. Ihre Anziehungskraft ist untrennbar verknüpft mit den rasch eintretenden, einschneidenden militärischen Erfolgen. Die Organisation wächst beständig und schnell. Zählt die SPLA am Ende des Jahres 1985 noch etwa 10.000 Kämpfer:innen, sind es Ende des Jahres 1989 bereits über 70.000. Diese Zahlen erinnern eher an eine konventionelle Armee denn an eine Guerillaorganisation (LeRiche und Arnold, 2013: 67). Später wird Garang diese Periode als die goldenen Jahre der Bewegung bezeichnen. Schon früh werden staatliche Infrastrukturprojekte angegriffen. In

einer ihrer ersten Aktionen zerstört die SPLA den monumentalen Bagger »Lucy«, der die Aushebung des Jonglei-Kanals, einem Großprojekt zur Umleitung des Weißen Nil um den Sudd, durchführt. Die SPLA kann so die Einstellung dieses lange geplanten Unterfangens erzwingen, was sowohl den Nordsudan als auch Ägypten empfindlich trifft.

Nimeiri setzt in seinem Abwehrkampf um den Erhalt seiner Präsidentschaft immer stärker auf südsudanesischen Stammesmilizen, die sich aus historischen Gründen im Konflikt mit der SPLM/A befinden. Eine solche Gruppe rekrutiert sich aus Murle in Jonglei, die sich in einer langjährigen Auseinandersetzung mit den in dieser Periode in der SPLM/A wichtigen Bor Dinka befinden. Mundari-Milizen spielen eine ähnliche Rolle in Central Equatoria. Doch erweisen sich diese Milizen als zu schlecht ausgerüstet und zu schwach, um die SPLM/A ernsthaft herauszufordern.

Die anwachsende Ölexploration im informellen Grenzgebiet zwischen Süden und Norden zwingt Nimeiri zudem zur Konzentration seiner Kräfte auf Greater Upper Nile, speziell auf die Region um Bentiu, wo sich die produktivsten Ölblocks befinden. In Greater Upper Nile kommt es zu einer Kooperation der SAF mit den Anya-nya II. Diese verfügen in ihrem Heimatterritorium nach wie vor über eine starke Präsenz. Allerdings sind sie gegen die übermächtige SPLM/A auf externe Unterstützung angewiesen, die nun vom vormaligen Erzfeind kommt. Dies führt zur paradoxen, im südsudanesischen Kontext aber nicht ungewöhnlichen Situation, dass die in ihren politischen Forderungen radikalere Anya-nya II, die für eine Loslösung des Südens eintritt, von Khartum gegen eine Kraft unterstützt wird, die diese Loslösung tendenziell ablehnt. Diese Konstellation wird sich wenige Jahre später in der Folge des Nasir-Splits wiederholen. Für die Anya-nya II ist die sudanesishe Unterstützung langfristig allerdings nicht ausreichend. Sie gerät mehr und mehr in die Defensive und ihre historische Führung wird in Gefechten mit der SPLA getötet.

Unterdessen kommt es im Sudan zu einem Umsturz. Eine desaströse Hungersnot in Darfur von 1984 bis 1985, die auch Teile des Südens in Mitleidenschaft zieht, zerstört die letzten Teile der Unterstützung für das Nimeiri-Regime. Stark steigende Nahrungsmittelpreise führen zu Straßenprotesten in Khartum. Im April 1985 wird Nimeiri von einer von islamistischen Kräften unterstützten Gruppe von Militärs gestürzt. Nach der Machtübernahme verspricht die Militärregierung baldige Wahlen. Im April 1986 werden diese tatsächlich abgehalten – wiederum jedoch nicht im Süden, wo die weitgehen-

de Dominanz der SPLM/A und die damit einhergehende, offiziell deklarierte »Unsicherheit« deren Abhaltung verhindert.

In Folge des Sieges seiner Umma Party wird Sadiq al-Mahdi erneut zum sudanesischen Premierminister ernannt. In dieser, seiner zweiten Amtsperiode hält er sich sogar über drei Jahre. An der militärischen Vorgangsweise im Süden ändert die zivile Regierung jedoch nichts. Al-Mahdi zeigt sich kompromisslos. Er setzt den Krieg mit voller Vehemenz fort, wobei er Nimeiris Strategie der Anwerbung verbündeter Stammesmilizen weiterführt, wenngleich mit wechselndem Erfolg. Von Zande-Milizen wird etwa berichtet, dass sie die nordsudanesischen Unterstützung dankend annehmen, diese dann aber in Auseinandersetzungen im Grenzgebiet mit Milizen aus Zaire, der heutigen DRC, und keineswegs gegen die SPLM/A einsetzen.

Die SPLM/A ändert ab Mitte der 1980er-Jahre ihre Strategie. Nach einigen harten bewaffneten Kampagnen gegen die mit Khartum kooperierenden Milizen wird die Politik gegenüber nicht in die formalen SPLA-Strukturen eingliederten bewaffneten Kräften offener und kooperativer. Auch startet die SPLM/A eine Kampagne zur Steigerung ihrer Popularität in der Landbevölkerung, just zu einer Zeit, als die sudanesischen Regierung durch eine immer rücksichtslosere Vorgangsweise der SAF ihre letzten Sympathien verspielt (Johnson, 2016a: 83). Dies ermöglicht der SPLA strategische Initiativen auch in den nordwestlichen Regionen. Bahr el-Ghazal entwickelt sich zum neuen Zentrum der militärischen Operationen. Diese werden vornehmlich vom heutigen Präsidenten Salva Kiir kommandiert – John Garang selbst hält sich nur selten in der Region auf.

Im Jahr 1989 startet die SPLA ihre überaus erfolgreiche »Bright Star Campaign« (Madut-Arop, 2006: 189-222), im Zuge derer es ihr gelingt, zwei Drittel des Südsudan unter Kontrolle zu bringen. Noch im selben Jahr kontrolliert sie nach Übernahme einiger Garnisonen, etwa in Torit und Kapoeta, drei Provinzhauptstädte: Torit, Bor und Nasir. Juba befindet sich unter ihrer Belagerung. Zugleich zeitigt der Krieg einschneidende humanitäre Konsequenzen. Bereits 1988 kommt es in Bahr el-Ghazal zu einer Hungersnot, die 250.000 Tote fordert. Das humanitäre Versagen beantworten verschiedene UN-Agenturen und Hilfsorganisationen in Khartum mit einer Verstärkung ihrer Kooperation. Nach einer Einigung mit der sudanesischen Regierung und der SPLM/A erfolgt die Einrichtung einer strukturierten Hilfsoperation, die weite Teile des Sudan umfasst. Das markiert den Beginn der *Operation Lifeline Sudan* (OLS), die im April 1989, noch informell und ohne vertragliche Basis, ihre Tätigkeit aufnimmt. Die direkte Kooperation mit der SPLM/A führt um-

gehend zu einer Aufteilung der OLS in einen nördlichen und einen südlichen Sektor, wobei der südliche Sektor in Abstimmung mit der SPLM/A – und nicht mit der sudanesischen Zentralregierung – organisiert wird. Diese Abstimmung geht mit zahlreichen Herausforderungen und Problemen einher. Beide Kriegsparteien versuchen, die Hilfe entlang militärtaktischer Erwägungen zu beeinflussen, was die OLS-Aktivitäten unvermeidlich politisiert.

Aus einer Situation der Stärke und der internationalen Anerkennung heraus bietet die SPLM/A in dieser Phase der Regierung al-Mahdi Friedensverhandlungen an, die diese auch annimmt. Doch ein erneuter politischer Umsturz verhindert die Umsetzung. Am 30. Juni 1989 putscht das sudanesisches Militär mit massiver Unterstützung der NIF, diesmal unter Führung von Brigadier Omar Hassan al-Bashir, der zum Präsidenten ernannt wird. Er wird dieses Amt für fast drei Jahrzehnte ausüben und damit den Konflikt im Süden entscheidend prägen. Ab den späten 1990er-Jahren versucht Bashir, seine Herrschaft in eine zivile Form zu überführen. Im Jahr 1998 gründet er gemeinsam mit al-Turabi die *National Congress Party* (NCP), die sich nach der Absetzung Turabis in einem internen Coup am Jahresende 1999 zum Vehikel des sich intern zunehmend komplex und volatil konfigurierenden Systems Bashir entwickelt (Collins, 2008: 227). Im Unterschied zu vorherigen Regierungen nimmt Bashirs Regime, nicht zuletzt aufgrund des Drucks der NIF, auch die politisch-ideologische Herausforderung durch die SPLM/A an. Dies resultiert in einer Verschiebung der Kräftekonstellation.

Zunächst rückt das Bashir-Regime die Auseinandersetzung in einen explizit religiösen Fokus. Dies ist eine direkte Antwort auf die Bildung der *National Democratic Alliance* (NDA), in der sich neben den meisten ehemals legalen sudanesischen Parteien, etwa den Kommunisten, der *Democratic Unionist Party* (DUP) und der Umma Party, auch die SPLM/A einfindet. Dies ist insofern bemerkenswert, als sich die SPLM/A noch wenige Wochen zuvor mit einer von der Umma Party angeführten sudanesischen Regierung im Krieg befunden hatte. Eine weitere taktische Antwort auf diese für Bashir potenziell gefährliche politische Konstellation gibt das Regime mit einer »peace from within«-Kampagne, die im Anschluss an das Verhandlungsangebot an al-Mahdi die Bereitschaft von Teilen der SPLM/A zum Abschluss eines Friedensvertrages erfüllen soll. Allerdings zielt »peace from within« nicht auf einen umfassenden Friedensvertrag, sondern auf eine Spaltung der Widerstandsbewegung ab. Die bis in die späten 1990er-Jahre laufende Kampagne (Young, 2012: 86) führt bald zu einer Annäherung zwischen der sudanesischen Regierung und

einigen Unzufriedener in der SPLM/A-Führung, die sich von Garangs autoritärem Führungsstil an den Rand gedrängt fühlen.

Vorboten eines Bürgerkrieges

Garangs Position wird aber weniger vom Regierungswechsel im Sudan denn vom Regierungswechsel in Äthiopien erschüttert. In den späten 1980er-Jahren wird die Position des Derg-Regimes gegenüber verschiedenen Rebellenorganisationen, insbesondere aus dem nördlichen Tigray, prekär. Die SPLA kann sich einer unmittelbaren Verwicklung in diese Kämpfe nicht entziehen. SPLA-Kontingente unterstützen, nicht zuletzt aus einer Art historischer Bringschuld, den Abwehrkampf der *Derg* militärisch. Diese eindeutige politisch-militärische Positionierung führt nach dem endgültigen Sturz des *Derg*-Regimes im Mai 1991 zu unmittelbar spürbaren negativen Einschnitten. Der Weg zu Verhandlungen mit den neuen Machthabern, der Rebellenallianz *Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front* (EPDRF) unter dem neuen Präsidenten Meles Zenawi ist verbaut. Die militärische Allianz bricht zusammen. »Zenawi immediately cut off all arms shipments to Garang, shut down the SPLA bases in western Ethiopia, and ended the training and support programs. [...] The external base of support for Garang's war disappeared in a single moment.« (Natsios, 2012: 97)

Der Umsturz in Äthiopien führt auch zu humanitären Verwerfungen. In Gambela, der äthiopischen Region an der Grenze zu Südsudan, kommt es zu massiven Fluchtbewegungen, was zu einer Verschlechterung der Nahrungsmittelsituation in Jonglei auf der südsudanesischen Seite führt. Khartum verbietet OLS und dem in ihrem Rahmen operierenden *World Food Programme* (WFP), humanitäre Güter in dieser Kernregion des bewaffneten Widerstandes zu liefern. Dies setzt wiederum die SPLM/A unter beträchtlichen Handlungsdruck, insbesondere im konkreten Umgang mit den Geflüchteten.

Innerorganisatorisch wirkt sich der äthiopische Machtwechsel fatal aus. Garangs Führungsposition ist weniger aufgrund seiner persönlichen Leadership-Qualitäten unumstritten. Sein Hang zu harschen und mitunter despotischen Entscheidungen wird von den meisten führenden Exponent:innen der Bewegung seit der Gründung der SPLM/A kritisiert (Rolandsen und Daly, 2016: 121). Es ist vielmehr seine persönliche Verbundenheit mit der für die Organisation lebenswichtigen äthiopischen Unterstützung, die Garangs Unantastbarkeit erklärt. Und diese Unterstützung geht nun verloren. »As

long as Garang had Mengistu's support he was able to exert considerable control over the Movement's hierarchy.« (Johnson, 2016a: 91)

Am 28. August 1991 lancieren die drei führenden SPLM-Kader Riek Machar Teny, Lam Akol Ajawin und Gordon Kong Chuol in Nasir in Upper Nile einen Putsch gegen Garang. Die erste Nachricht der Putschisten über das SPLM/A-Radionetzwerk lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig:

»For the last eight years, John Garang has been running the movement in a most dictatorial and autocratic manner. He oppressed, humiliated and degraded the people and turned a popular struggle into war-lordism and a reign of terror. [...] In order to save the movement from the imminent collapse, it has been decided to relieve John Garang from the leadership of SPLM/A.« (zitiert nach Akol, 2003: 291)

Ort und Datum sind nicht zufällig gewählt. Den Rebellen ist wohl bewusst, dass sich zum Zeitpunkt ihres internen Putsches eine große Zahl an internationalem Hilfspersonal und UN-Mitarbeiter:innen in Nasir befinden (vgl. die Aussagen des am Putsch selbst federführend beteiligten Lam Akol, 2003: 12). Diese Kontakte können umgehend für den Aufbau einer eigenen Hilfsstruktur verwendet werden, ein entscheidendes Kriterium für die Gewinnung internationaler Anerkennung und Unterstützung.

Wiewohl OLS und die vorangegangenen Hilfskampagnen in einem derart komplexen Umfeld immer beträchtliche Schwierigkeiten haben, Neutralität zu bewahren und nicht zu einem Teil des Konfliktes zu werden, nimmt die Politisierung von Hilfe mit dem Nasir-Split eine neue Dimension an. Garang verdächtigt die OLS sofort, mit den Partei-Rebellen zu kooperieren. Tatsächlich spielt die Zusammenarbeit mit Hilfsorganisationen eine fundamentale Rolle, einerseits in der Sicherung von lebenswichtigen Gütern, andererseits im Kampf um internationale Akzeptanz und Anerkennung. Nicht zufällig verlangt der erste Radiospot der Nasir-Rebellen eine Verstärkung der Zusammenarbeit mit der internationalen Hilfsoperation: »The SPLM shall give more impetus to the relief efforts provided by the operation life-line Sudan, I.C.R.C. and other international relief agencies in Southern Sudan.« (Zitiert nach Akol, 2003: 292)

Machar gründet unmittelbar nach dem Nasir-Split und der Formierung der SPLM/A-Nasir – die Garang-Fraktion erhält in diesen Jahren schnell den Beinamen SPLM/A-Torit – die *Rehabilitation Association of South Sudan* (RASS). Die RASS positioniert sich im Ringen um die Kontrolle internationaler Hilfe in Konkurrenz zur schon 1984 gegründeten humanitären Organisation der

SPLM/A, der *Sudan Relief and Rehabilitation Association* (SRRA). Die Leitung der RASS wird vom Machar-Vertrauten Taban Deng Gai übernommen, der die Funktion bald zum Aufbau einer strategischen Kooperation mit der NCP-Regierung in Khartum nützt (Johnson, 2016a: 96, 99). Machar etabliert zudem gute persönliche Kontakte zu der in Nasir konzentrierten Hilfsindustrie. So heiratet er wenig später die britische humanitäre Helferin Emma McCune, die in den kurzen zwei Jahren der Ehe – McCune stirbt im Jahr 1993 in Nairobi bei einem Verkehrsunfall – zu einem wichtigen und international gehörten Sprachrohr von Machar wird.

Neben dem persönlichen Angriff auf Garang fokussiert der Nasir-Split auf den alten politischen Zielkonflikt des südlichen Widerstandes: gesamt-sudanesishe Revolution oder südsudanesishe Unabhängigkeit. Dieser Zielkonflikt entwickelt sich allerdings erst allmählich. In ihren ersten Stellungnahmen bekennen sich die Rebellen zu einem »united secular Sudan« (Akol, 2003: 312). Diese Position reift im Verlauf des Jahres 1992 zur Propagierung einer Referendum-Lösung, die dann tatsächlich zu einem Ankerpunkt aller folgenden Verhandlungsansätze wird. Diese vorerst unklare politische Orientierung schlägt sich in taktischen Differenzen innerhalb der Nasir-Gruppe nieder. Während Riek Machar und Gordon Kong eine dauerhafte Abspaltung einer neuen organisatorischen Kraft favorisieren, will Lam Akol die Einheit der SPLM/A beibehalten und deren Führung übernehmen.

Die Kämpfe zwischen den Fraktionen beginnen praktisch unmittelbar nach der Abspaltung. Machars Truppen absorbieren einige der noch eigenständig operierenden Anya-nya II Elemente, die sich mit der von Nuer dominierten ethnopolitischen Konfiguration der SPLM/A-Nasir besser anfreunden können. Der erste Schwerpunkt der Kämpfe liegt in Jonglei, der geografischen Mitte zwischen Nasir im Nordosten und Torit im Südosten des südlichen Sudan. Zum Kulminationspunkt dieser mit äußerster Härte geführten bewaffneten Auseinandersetzungen wird das Bor Massaker am 15. November 1992. Von Machar geführte, Nuer-dominierte Verbände der SPLA-Nasir und die mit ihnen verbündete Miliz der *Nuer White Army* attackieren um Bor lebende Dinka-Gemeinschaften mit kompromissloser Brutalität. 2.000 Menschen sterben, Zehntausende werden vertrieben. Das Massaker wird zu einem Fanal dieser Vorphase des südsudanesischen Bürgerkrieges. Es bleibt in den folgenden Jahrzehnten latent im politischen Diskurs präsent. Im April 2012 sieht sich der zu diesem Zeitpunkt bereits als Vizepräsident des unabhängigen Südsudan fungierende Riek Machar genötigt, sich öffentlich in Bor für die Ereignisse zu entschuldigen.

Die Kämpfe zwischen den Fraktionen breiten sich in der Folge auf die Regionen westlich des Nil aus. Die SPLM/A-Nasir genießt in den von Nuer und Shilluk – der Gemeinschaft von Lam Akol – bewohnten Regionen von Unity und Upper Nile, traditionellen Problemgebieten der SPLM/A, die stärkste Unterstützung (Rolandsen, 2005: 38).

Der Nasir-Split markiert einen Wendepunkt in der Geschichte der SPLM/A. Diese war ursprünglich angetreten, die durch divergierende Gemeinschaftsinteressen und Stammes-Milizen segmentierte Widerstandsbewegung unter einem einheitlichen politisch-militärischen Programm zusammenzuführen. Mit dem Nasir-Split schlägt dieser Versuch nun in eine offene Ethnopolitisierung um (vgl. auch Jok, 2017; Hutchinson, 2000). Es geht nicht mehr um spezifische Interessenlagen einzelner Gemeinschaften, Gefühle von strategischer Benachteiligung oder simple Probleme der technischen Kooperation, wie lange Distanzen ohne entsprechende Transportinfrastruktur oder sprachliche Barrieren. Diese neue Form der Ethnopolitisierung resultiert in einer direkten und gewaltsamen Auseinandersetzung um Macht entlang identitätspolitischer Linien.

In der Auseinandersetzung mit der Regierung in Khartum wirft die Periode nach der Spaltung von 1991 bis 1994 den südsudanesischen Widerstand um Jahre zurück. Die sudanesishe Armee fokussiert ihre Angriffe auf Regionen, die die SPLM/A aufgrund ihrer internen Konflikte vernachlässigt. Zu einer immer wichtiger werdenden Strategie, die die ohnehin schon prävalente Ethnopolitisierung verschärft, entwickelt sich die Kooperation mit lokalen Milizen, insbesondere in Equatoria. Auch die in Norduganda operierende und zu diesem Zeitpunkt militärisch starke *Lord's Resistance Army* (LRA) von Joseph Kony wird in diese Strategie miteinbezogen (LeRiche und Arnold, 2013: 91). Die sudanesishe Unterstützung für die LRA währt über mehrere Jahre und führt sogar dazu, dass die LRA im Jahr 1994 eine Basis in Eastern Equatoria etabliert (Schomerus, 2007). Zugleich versucht Khartum politisch, die Nasir-Fraktion für separate Friedensverhandlungen zu gewinnen.

Die militärische Antwort der SPLM/A-Torit ist die »Operation Jungle Storm«. Sie zielt 1992 spektakulär auf die Einnahme von Juba ab, scheitert aber ebenso spektakulär. Es bleibt nur der Rückzug in den Dschungel um die Imatong Mountains in Eastern Equatoria, der für einige Zeit der Ausgangspunkt der militärischen SPLA-Offensiven wird. Den ersten militärischen Erfolg nach dem Nasir-Split erringt die SPLA in der Region um den Aswa River nahe Nimule an der ugandischen Grenze gegen mit der sudanesischen Armee verbündete Milizen. In weiterer Folge kann die Grenzregion zu

Uganda wieder eingenommen und nachhaltig kontrolliert werden. Diese aus der Not geborene Fokussierung auf den Süden bricht mit der langjährigen Vernachlässigung von Equatoria, was der SPLM/A politisch bald nutzen wird.

In dieser militärisch schwierigen Phase versucht die SPLM/A-Torit auch auf politischem Weg, die Initiative zurückzugewinnen. Sie beteiligt sich an einer letztendlich ergebnislosen Mediationsoffensive der OAU in Abuja (Young, 2012: 81) und kündigt für das Jahr 1994 ihre erste nationale Versammlung an, die »National Convention of New Sudan«. Ein von Lam Akol für die SPLM/A rekrutierter Garang- und späterer Kiir-Loyalist aus Equatoria (Abol Kuyok, 2015: 642-643), James Wani Igga, übernimmt die Vorbereitung der Versammlung, was die neue Verbindung der Organisation mit den südlichen Regionen unterstreicht. Nach einer Verschiebung findet die National Convention im April 1994 in Chukudum in Eastern Equatoria statt. 516 Delegierte aus allen Teilen des Sudan nehmen daran teil (Rolandsen, 2005: 101).

Tatsächlich gelingt es Garang mit dieser Veranstaltung, die politische Initiative zurückzugewinnen und der durch den gewaltsamen Spaltungsprozess tief verunsicherten Organisation neuen Optimismus zu vermitteln. »In general, the NC has become the symbol of a new start, when old errors were admitted and new practices adopted.« (Rolandsen, 2005: 111) Eine dieser neuen Praktiken ist die Rehabilitierung lokal verankerter Governance-Praktiken, insbesondere die Rolle der Chiefs, was die zivile SPLM-Administration flexibler und bei vielen Gemeinschaften populärer macht.

Die konkreten Resultate der National Convention sind in Hinblick auf die politisch-militärische Zielrichtung der Organisation ambivalent. Sie schlagen eine pragmatische Brücke zwischen Separatismus und der von Garang favorisierten »New Sudan«-Orientierung. So bekennt die erste Resolution des finalen Dokuments: »We, the people of the New Sudan, represented by this Convention, proclaim the birth of the New Sudan, which for the time being, shall consist of Bahr el Ghazal, Equatoria, Southern Blue Nile, Southern Kordofan and Upper Nile Regions«.

Diese territoriale Festlegung ist in doppelter Hinsicht bemerkenswert. Sie benennt den »New Sudan«, während sie gleichzeitig den proklamierten Südsudan in seiner maximalen Ausdehnung umreißt. Die diese Ambivalenz überbrückende Formulierung, »for the time being«, ist ausgesprochen vage gehalten. Die gesamtsudanesischen Orientierung in der politischen Strategiebestimmung kommt in einem klaren Bekenntnis zum Engagement in der NDA zum Ausdruck, allerdings in einer ebenso ambivalenten Formulierung: »The National Convention expects the NDA to support the right to self-determi-

nation for the oppressed people of the New Sudan and other marginalized areas«. Obwohl die NDA als das zentrale Bindeglied zwischen der SPLM/A und der nordsudanesischen Opposition fungiert, wird hier eine klare Erwartungshaltung formuliert: Im Austausch für ein Engagement in der NDA wird deren Unterstützung für eine mögliche Unabhängigkeit erwartet.

In der Nachbetrachtung kann diese Ambivalenz als eine bewusste Strategieentscheidung Garangs betrachtet werden. »Garang liked to show his Venn diagrams of different configurations of power and territory. These were options that he kept open, though he made it clear that he was committed to unity, with the SPLM wielding power in a manner that transformed Sudan as a whole.« (de Waal, 2021: 328) Ob es sich dabei um ein gezieltes machtpolitisches Manövrieren in einem hochvolatilen politischen Umfeld gehandelt hat oder die Ursache in der Persönlichkeit Garangs, »a complex individual, with very complex motivations« (Malwal, 2015: 157), selbst gelegen war, wird wohl nie zu klären sein.

Während sich die SPLM/A-Torit mit dieser National Convention neu formiert, gerät die SPLM/A-Nasir in strukturelle Probleme. Mit Riek Machar und Lam Akol überwerfen sich deren beide Hauptexponenten, nachdem sich ihre unterschiedlichen taktischen Präferenzen als unvereinbar herausstellen. Lam Akol gründet die *SPLM/A-United*, um seinen Führungsanspruch für die gesamte Bewegung zu untermauern. Zugleich kämpft er jedoch wegen seiner publik werdenden Kontakte mit der Regierung in Khartum mit Absetzbewegungen. Riek Machar wiederum formiert um die von ihm präferierte Unabhängigkeitsstrategie eine neue Organisation, das *South Sudanese Independence Movement* (SSIM). Er trifft dabei auf substanzielle organisatorische Schwierigkeiten. Die Zersplitterung seiner anvisierten ethnopolitischen Basis, der Nuer, kann verhindert werden. Vielmehr kommt es innerhalb von Nuer-Milizen zu Spannungen, die Douglas Johnson (2016) als »Nuer Civil War« bezeichnet.

Der Nuer-Bürgerkrieg entflammt in den nördlichen Teilen von Greater Upper Nile. Die politischen Spannungen eskalieren gegen Ende der 1990er-Jahre. Auslöser ist im September 1997 die Nichtwahl eines der Hauptexponenten der SPLM/A-Nasir in Unity State, Paulino Matip Nhial, zum SPLM/A-Nasir-Gouverneur für Unity State. Matip, der die Bul Nuer-Einheiten um Bentiu kontrolliert, stellt sich mit seiner Miliz umgehend gegen Machar und den in der Region gut vernetzten Riek Gai Kok, der formal mit der Koordination des humanitären Sektors der SPLM/A-Nasir beauftragt ist (Abol Kuyok, 2015: 1007). Auch wenn diese spezifische Eskalation bald beigelegt werden kann, offenbart sie Machars politisch-militärische Schwäche. Er scheitert an

der Herstellung einer ethnopolitischen Nuer-Allianz, die er strategisch in den Konflikt mit der SPLM/A-Torit hätte einbringen können. Die Auseinandersetzungen zwischen den Nuer-Milizen entfalten vielmehr eine Brutalität, die selbst abgehärtete SPLM/A-Nasir-Kommandanten wie Peter Gadet Yak dazu motiviert, sich wieder der SPLM/A-Hauptfraktion anzuschließen.

Die wechselvollste Geschichte der historischen SPLM/A-Führung durchlebt Kerubino Bol. Zunächst schließt er sich Akols SPLM/A-United an, um von dieser wegen zu enger Kontakte zum Regime in Khartum wieder entlassen zu werden. Aufbauend auf seiner starken militärischen Verankerung im nördlichen Bahr el-Ghazal gründet er die kurzlebige *SPLM/A Bahr el Ghazal Faction*. Diese Fraktion dient allerdings primär als Instrument seiner Wiederannäherung an die hauptsächlichen Spieler des Widerstandes. In den verbleibenden zwei Jahren seines Lebens wechselt er mehrfach die Seiten. Am spektakulärsten ist die von ihm kommandierte Einnahme von Wau, die von den SAF und Machar unterstützt wird. Er nutzt diesen Erfolg, um aus dieser Position der Stärke seine Reintegration in die SPLM/A zu verhandeln (Madut-Arop, 2006: 324-325). Doch er kann mit Garang keine Einigung erzielen. Letztlich wird er in Gefechten zwischen konkurrierenden Nuer-Milizen in Bentiu im September 1999 getötet. Vermutlich war er gerade im Begriff, eine neue Miliz für den Kampf gegen die SPLM/A in Bahr el-Ghazal zu formieren (Abol Kuyok, 2015: 668).

Aus einer Position der strategischen Schwächung, die durch den Aufschwung der SPLM/A-Torit im Anschluss an die National Convention verstärkt wird, entschließt sich Machar zu einer riskanten politische Offensive und tritt in deklarierte Friedensverhandlungen mit dem sudanesischen Regime ein. Im April 1996 unterschreibt er in Khartum, zusammen mit Kerubino Bols Fraktion, die sogenannte *Political Charter*.² Diese Charter beinhaltet einen für Machars politische Position weitreichenden Kompromiss: die Akzeptanz staatlicher Einheit und der Scharia für das gesamte Staatsgebiet im Austausch für die Perspektive eines möglichen Unabhängigkeitsreferendums.

»2. The unity of the Sudan with its known boundaries shall be preserved [...]

3. [...] at the end of the interim period, a referendum shall be conducted by the people of the southern Sudan to determine their political aspirations.

[...] 6. Sharia and custom shall be the sources of legislation. However, states

2 <https://www.peaceagreements.org/viewmasterdocument/485>.

may enact legislation complementary to the federal law in matters peculiar to those states.«

Dieser politische Abtausch wird in größerem Rahmen wenig später, im April 1997, im *Khartoum Peace Agreement*³ festgeschrieben. Dieses Abkommen mit dem sudanesischen Regime unterzeichnen neben Machars SSIM/A wiederum Kerubino Bols SPLM/A Bahr el Ghazal Faction, die in den Worten von Douglas Johnson als sudanesischer Proxy fungiert (Johnson, 2016a: 122), und zwei kleinere Rebellenbewegungen, die *Equatoria Defence Force* und die *South Sudan Independents Group*. Auch wenn diese Serie an von mit Khartum liierten SPLM/A-Minderheitsfraktionen betriebenen Abkommen in ihrer unmittelbaren Auswirkung auf das Geschehen minimal ist, entfalten sie dennoch nachhaltige Traktion. Sie handeln eine sequenzielle Formel der politischen Transition aus, die in alle folgenden Abkommen, bis hin zum im Jahr 2018 unterzeichneten R-ARCSS, eingeschrieben wird: Vereinbarung zu einem Waffenstillstand, Einleitung einer Interimsphase mit substanziellen Elementen einer Sicherheitssektorreform, und schlussendlich ein Status-Referendum (das in den Abkommen nach der Unabhängigkeit durch Wahlen ersetzt wird).

Das Khartoum Peace Agreement sieht für diese Interimsperiode vier Jahre vor. Währenddessen soll die militärische Sicherheit im Süden von einer eigenen Streitmacht wahrgenommen werden, der *South Sudan Defence Force* (SSDF), in die Machar seine SSIM/A-Truppen einzubringen beabsichtigt. Faktisch sollte die SSDF als ein deklariert südsudanesisches Instrument Khartums funktionieren, ist doch die primäre »Sicherheitsbedrohung«, gegen die die SSDF vorzugehen hatte, die neu formierte SPLM/A. In der Tat entwickelt sich die SSDF schnell zu einem Sammelbecken aller von Khartoum gegen die SPLM/A unterstützten Milizen. Als Erste schließt sich die primär in Upper Nile verortete SSPLM-United von Lam Akol mit einem eigenen Abkommen, dem im September 1997 unterzeichneten *Fashoda Agreement*⁴, dem Prozess an. In weiterer Folge gliedern sich unterschiedliche Nuer-Milizen in Unity State in die SSPF ein. Eine wichtige Rolle spielen die von Paulino Matip und Peter Gadet kontrollierten Kräfte, die die für Khartoum essenzielle Funktion der Kontrolle der Ölfelder um Bentiu übernehmen.

Die SSDF formiert sich von Beginn nicht als eine einheitliche Organisation, und sie wäre selbst als loses Sammelbecken ohne die Kooperation mit dem

3 <https://www.peaceagreements.org/viewmasterdocument/550>.

4 <https://www.peaceagreements.org/viewmasterdocument/1039>.

Regime in Khartum nie haltbar gewesen. Als Gesamtes zeigt sie sich ineffektiv und zersplittert, was noch dadurch verstärkt wird, dass Khartum seine Unterstützungsleistungen über die einzelnen, untereinander konkurrierenden Milizen abwickelt. Auch wenn Khartum seine Gunst vom Bekenntnis zu den SSDF abhängig macht, erfährt die Organisation als Ganzes keine Unterstützung. Diesem Trend zur Ethnopolitisierung des Konfliktes kann sich wiederum die SPLM/A nicht entziehen. Sie setzt vor allem in Bahr el-Ghazal ebenfalls auf Miliz-Strukturen der Dinka-Gemeinschaften, womit sie ihr ursprüngliches Credo des geordneten Auftretens als einheitliche Organisation und der Überwindung ethnopolitischer Gräben unterläuft.

Dennoch befindet sich die SPLM/A im Aufschwung, wobei sich dieser, im markanten Unterschied zur ersten Dekade ihrer Existenz, vor allem auf Equatoria konzentriert. Dies ist nicht zuletzt durch sich wandelnde regional- und geopolitische Faktoren bedingt. So forcieren die USA ab Mitte der 1990er-Jahre ihre Kooperation mit der ugandischen Armee gegen die in Norduganda und den Equatorias operierende LRA, die wiederum von Khartum als Vehikel gegen die SPLM/A unterstützt wird. Diese Konstellation resultiert, historisch zum ersten Mal, in einer substanziellen militärischen Zusammenarbeit der ugandischen Armee mit der SPLM/A (LeRiche und Arnold, 2013: 102; Rolandson, 2005: 164). Die neu gewonnene militärische Stärke entwickelt politische Strahlkraft. Nominell mit Machar verbündete Einheiten der SSIM/A stellen ihre Angriffe auf die SPLM/A ein und agieren komplementär gegen die sudanesischen Armee (Johnson, 2016a: 103). Derartige informelle Kooperationen tragen wesentlich dazu bei, dass der südliche Teil von Equatoria Ende der 1990er-Jahre unter solider Kontrolle der SPLM/A steht.

Zwei weitere strategische Schritte ebnen den Weg der SPLM/A zu einer Anfang der 2000er-Jahre dominanten Position. Ab dem Jahr 1997 startet sie eine überaus erfolgreiche militärische Kampagne, »Operation Thunderbolt«. Die Kampagne beginnt zunächst in Bahr el-Ghazal und bewegt sich in der Folge weiter bis zum westlichen Nilufer. Insbesondere in Lakes und Warrap, den am Nil gelegenen Teilen von Greater Bahr el-Ghazal, zeitigt die unter dem Kommando von Salva Kiir stehende Operation bedeutende Erfolge. Strategisch wichtige Städte wie Rumbek, Warrap und Tonj werden eingenommen. Am Ende der Kampagne wird Greater Bahr el-Ghazal mit Ausnahme der Hauptstadt Wau vollständig kontrolliert. Der in Tonj geborene enge Garang-Vertraute Nhial Deng Nhial wird als Militärgouverneur der Region eingesetzt (Abol Kuyok, 2015: 686-687).

Die neu errungene Stärke in Bahr el-Ghazal verdankt die SPLM/A ihrem neuen Ansatz der Einbeziehung der Gemeinschaften und der traditionellen Autoritäten. Diese Kollaboration funktioniert nicht nur in Mobilisierungen und der Organisation einer zivilen Verwaltung, sondern auch in Friedensprozessen. Eine historisch einschneidende Rolle spielt die »Wunlit Peace and Reconciliation Conference« im März 1999. Die Konferenz markiert eine Wasserscheide in der Aussöhnung von nicht zuletzt durch die entgegengesetzten politisch-militärischen Mobilisierungen verfeindeten Gemeinschaften der Dinka und Nuer (Bradbury et al., 2006: 41-52). Die Initiative zu dieser Konferenz geht nicht von der SPLM/A selbst aus. Die Vorarbeit unternimmt das *New Sudan Council of Churches* (NSCC), eine Dachorganisation der südsudanesischen Kirchen, die auf die Beibehaltung einer kritischen Distanz zur SPLM/A bedacht ist. Die zentrale Verbindungsperson ist der in Yirol geborene Telar Ring Deng, selbst kurz Mitglied der SPLM/A-Nasir, später wieder Teil der Torit-Fraktion, im Rahmen derer er als Generalsekretär der *South Sudanese Law Society* fungiert (Abol Kuyok, 2015: 716).⁵

Der für die Konferenz entwickelte »people-to-people«-Ansatz basiert auf dem Ausschluss der organisierten bewaffneten Kräfte. Dieser Ausschluss wird konsequent durchgesetzt, was dazu führt, dass einer von Machar entsandten SSIM/A-Delegation die Teilnahme verweigert wird. Die 360 Delegierten, neben traditionellen Autoritäten auch Repräsentant:innen von Frauen- und Jugendgruppen, konzentrieren sich in ihren Diskussionen auf konkrete Herausforderungen wie Entführungen, Grenzen zwischen den Territorien der Gemeinschaften, sowie Weiderouten und Weidegebiete. Das abschließende *Wunlit Covenant*⁶ richtet unterschiedliche Arbeitsgruppen ein, die sich diesen Streitfragen vertiefend widmen und die Implementierung von Lösungsansätzen überwachen. Der Prozess wird von Garang und Machar explizit anerkannt. Wenngleich Wunlit nicht von der SPLM/A selbst betrieben wird, erweist sich der Prozess für sie als überaus funktionell. Wunlit öffnet das Tor zur nachfolgenden SPLM/A-Dominanz in Bahr el-Ghazal und ebnet den Weg zur letztendlichen Reintegration von Riek Machar in die SPLM/A-Mehrheitsfraktion.

Zugleich verstärkt die SPLM/A ihr politisches und militärisches Engagement im Norden. Im Rahmen der NDA ist insbesondere das Bündnis mit dem

5 Es ist eine tragische Fußnote der Geschichte, dass Telar Ring Deng kurz vor dem Schreiben dieser Zeilen, am 27. Dezember 2020, der Covid-19-Pandemie zum Opfer fällt.

6 <https://www.peaceagreements.org/viewmasterdocument/1813>.

im Ostsudan operierenden *Beja Congress* von Bedeutung, der von ihr militärisch unterstützt wird. Durch diese Unterstützung ist die SPLA in Kämpfe mit den SAF im Grenzgebiet zu Eritrea, insbesondere in der Gegend um Kassala, involviert. Dort kann sie um das Jahr 2000 einige militärische Erfolge erzielen.

Mit dem Erteilen dieser für den Norden schmerzhaften Nadelstiche geht ein interner Einigungsprozess einher. Riek Machar verlässt die SSDF, die sich in weiterer Folge unter dem Kommando von Paulino Matip auf den Schutz der Ölfelder in Unity State konzentriert (ebd.: 696). Er gründet kurzfristig die *Sudan People's Defence Forces* (SPDF), die ihm aber letztlich nur als Instrument zur Verhandlung seiner Reintegration in die SPLM/A dienen. Die Reintegration verläuft in der Tat zügig und wird im Januar 2002 abgeschlossen. Riek Machar ist nun wieder nominell die Nummer Drei jener Organisation, die er elf Jahre zuvor im Disput verlassen hat. Auch Lam Akol schließt sich mit seiner SPLM-Unity im Jahr 2004 wieder der SPLM/A an.

Von einer durchschlagenden militärischen Dominanz kann dennoch auf keiner der beiden Seiten gesprochen werden. Die SAF und die mit ihnen verbündeten Milizen kontrollieren nach wie vor die drei wesentlichsten Städte Juba, Wau und Malakal, in denen sich ihre militärische Schlagkraft bündelt. Die SSDF-Milizen in Unity State sind ebenfalls ein relevanter Faktor auf nord-sudanesischer Seite. Im Sinne eines Vergleichs der militärischen Kräfte waren damit Anfang der 2000er-Jahre jene Bedingungen erfüllt, die I. William Zartman (2000) als ein »mutually hurting stalemate« bezeichnet hat, das – im Sinne von Zartmans Begriff der »ripeness« – reif für eine Friedenslösung wäre. Dieses beide Seiten schmerzende Kräftegleichgewicht hätte theoretisch allerdings schon Mitte der 1980er-Jahre festgestellt werden können. Dies unterstreicht, dass es nicht allein für das wechselseitige Interesse an Friedensverhandlungen und deren letztendlichen Erfolg verantwortlich zu machen ist.

Ein umfassendes Friedensabkommen

Es sind zwei weitere Faktoren, einer ökonomisch, einer geopolitisch, die insbesondere die sudanesishe Seite zum Eintritt in ernsthafte Verhandlungen motivieren. Der ökonomische Faktor, der schon zuvor den militärstrategischen Zugang Khartums bestimmt, ist die Ölförderung. In der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre nahm die Ölexploration, vor allem in der Region um Bentiu, massiv zu. Im Jahr 1999 wird endlich die lange erwartete Pipeline von den Öl-

feldern nach Port Sudan am Roten Meer eröffnet, die sofort die Realisierung substanzieller Ölrenten ermöglicht. Geradezu selbstverständlich werden diese Einnahmen in die Erneuerung und Verbesserung der Bewaffnung der SAF investiert. Zugleich führt die Karbonisierung des sudanesischen politischen Marktplatzes zu neuen politisch-ökonomischen Dynamiken.

»Sudan enjoyed an economic boom in the 2000s. The national budget expanded from \$950 million in 1999 to over \$11 billion in 2006. However, this petroleum-and-peace dividend was dispensed mostly on expanding the public sector and security services payroll. This was the NCP's means of consolidating its fractious constituency.« (de Waal, 2014: 353-354)

Diese doppelte positive Perspektive, die Ruhigstellung der Opposition im Inneren in Kombination mit der Option auf eine Verstetigung, wenn nicht sogar Verstärkung des ökonomischen Booms schaffen erst die internen Voraussetzungen für das Bashir-Regime, sich auf einen Verhandlungsprozess mit der SPLM/A einzulassen.

Eine weitere, nicht unwesentliche Motivation liegt in der unmittelbaren Bedrohung dieser eigentlich komfortablen Position durch die USA. Aus deren Sicht stellt die durch al-Turabi in der Regierung verkörperte NIF eine Bedrohung der internationalen Sicherheit dar. So wohnt etwa *al-Qaeda*-Gründer Osama bin Laden auf Einladung von al-Turabi von 1991 bis 1996 in Khartum. Auch weitere *al-Qaeda*-Größen halten sich wiederholt im Land auf. Sogar paramilitärische Trainingszentren für islamistische Kämpfer:innen werden auf sudanesischem Territorium eingerichtet. Die USA reagieren martialisch. Am 20. August 1998 schlägt eine US-amerikanische Cruise-Missile im Rahmen der Operation »Infinite Reach« in der Al-Shifa-Pharmafabrik in Khartum ein und zerstört diese. Dieser Angriff kommt für das Bashir-Regime einem ernst zu nehmendem Warnschuss gleich. In der Folge der Anschläge von 9/11 gewinnt der Druck der USA nochmals an Vehemenz. Dies lässt Bashir ernsthaft um seine Herrschaft fürchten und trägt zu seinem Zerwürfnis mit al-Turabi bei. Die NIF wird aus der Regierung ausgeschlossen. Angesichts dieser sich intern drastisch zuspitzenden Situation – der Darfur-Konflikt steht kurz vor einer beispiellosen Eskalation – bieten Friedensverhandlungen mit der SPLM/A die Möglichkeit einer willkommenen politischen Entlastungsoffensive.

Eingeleitet und betrieben wird der Friedensprozess von der im Jahr 1986 gegründeten *Intergovernmental Authority on Development* (IGAD). IGAD ist zu Beginn der Verhandlungsrunden zwischen der SPLM/A und dem Regime in Khartum noch eine kleine und eher obskur erscheinende Internationale Or-

ganisation, bestehend aus Äthiopien, Dschibuti, Kenia, Somalia, dem Sudan und Uganda, sowie dem 1993 beitretenden, gerade unabhängig gewordenen Eritrea. Die IGAD beginnt ihr Engagement mit der Bündelung vorangegangener Prozesse. Die noch auf eine nigerianische OAU-Initiative zurückgehenden Verhandlungen in Abuja hatten im Mai 1994 eine Prinzipien-Deklaration hervorgebracht, die *IGAD Declaration of Principles (DoP)*⁷, die so nach einigen Jahren der Bedeutungslosigkeit im Jahr 1997, im Zuge der Verhandlungen um das Khartoum Agreement, wieder relevant wird. IGAD betreibt die Einbindung der SPLM/A-Mehrheitsfraktion in die Gespräche mit Khartum.

Beim IGAD-Gipfel im Juli 1997 akzeptiert Bashir auf Druck des kenianischen Präsidenten Daniel Arap Moi die DoP als Basis zukünftiger Verhandlungen mit der SPLM/A (Murithi, 2009). Die Prinzipien ähneln dem Khartoum-Prozess mit den abgespaltenen SPLM/A-Fraktionen: Waffenstillstand, Bekenntnis zu einer Verhandlungslösung, das ambivalente wechselseitige Zugeständnis von sowohl staatlicher Einheit und Selbstbestimmung mit einem Unabhängigkeits-Referendum als Ankerpunkt, und eine Interimsperiode als Vorbereitung von dessen Abhaltung. Dennoch ist eine Kompromissfindung gegenüber der SPLM/A für die sudanesishe Seite um einiges schmerzhafter als gegenüber mit den mit ihr selbst verbündeten SPLM/A-Abspaltungen. Es gibt keine symbolischen Zugeständnisse wie die Akzeptanz einer Scharia-Gesetzgebung im ganzen Land. Auch ist offensichtlich, dass eine Vereinbarung mit der SPLM/A-Hauptströmung zu viel substanzielleren praktischen Konsequenzen führen wird. Ohne die oben geschilderten, für die Verhandlungen immer günstiger werdenden Rahmenbedingungen ist dieser Schritt kaum zu erklären.

Wiederum ist es von Daniel Arap Moi ausgeübter Druck auf beide Seiten, der die Aufnahme der ersten strukturierten Verhandlungen unter beidseitig akzeptierter Mediation der IGAD in Machakos nahe Nairobi ermöglicht. Als Chefverhandler fungiert der ehemalige kenianische Generalstabschef Laza-ro Sumbeiywo. Sumbeiywo favorisiert einen pragmatischen, auf die Anliegen der Parteien fokussierten Stil und hält damit die internationale Einflussnahme, mit all den damit einhergehenden Vor- und Nachteilen, relativ gering. Ein Durchbruch gelingt. Am 20. Juli 2002 unterzeichnen Ghazi Salahuddin Atabani, Bashirs Berater für Friedensfragen, für die sudanesishe Regierung und Salva Kiir für die SPLM/A das *Machakos Protocol*⁸. Im Wesentlichen bestä-

7 <https://www.peaceagreements.org/viewmasterdocument/918>.

8 <https://www.peaceagreements.org/viewmasterdocument/440>.

tigt Machakos die Festlegungen der DoP, akzeptiert jedoch unter dem Banner von »freedom of belief, worship and conscience« implizit eine Anerkennung der Scharia. Eine sechsmonatige Prä-Interim-Periode wird vereinbart, gefolgt von einer sechsjährigen Interimsperiode, an deren Ende ein international überwacht Referendum über die südsudanesishe Unabhängigkeit stehen soll.

Unmittelbar nach der Unterzeichnung des Vertrages in Machakos verschärfen sich die Spannungen zwischen Garang und SPLM/A-Verhandlungsleiter Kiir, nicht zuletzt aufgrund Garangs eigener strategischer Ambivalenz. Er stößt sich an der starken Betonung der Selbstbestimmung in Machakos, verhandelt vom deklarierten Unabhängigkeitsbefürworter Kiir. »According to one person close to him at the time, ›Garang went berserk‹.« (Young, 2012: 94) Schließlich ersetzt Garang Kiir für die Folgeverhandlungen in Naivasha durch eine Reihe an erfahrenen Diplomaten: Nhial Deng Nhial, der in weiterer Folge als Chefverhandler agiert, Deng Alor Kuol und Pagan Amum Okiech. Nhial Deng, der Sohn des legendären Anya-nya-Mitbegründers William Deng Nhial, war bereits an der Aushandlung der DoP beteiligt und gilt als einer der besten Verhandler und Strategen der Bewegung. Pagan Amum agierte zuvor als zentraler Verbindungsmann zur NDA und Leiter der SPLA-Operationen im Nordsudan (Abol Kuok, 2015: 687, 693-694). Deng Alor wiederum ist ein deklarerter Politiker, der aufgrund seiner guten internationalen Verbindungen und, nicht zuletzt, seiner Herkunft aus dem von beiden Seiten beanspruchten Abyei zugezogen wird.

Die internen Spannungen, die in Berichten von einer angeblich bevorstehenden Entmachtung und Verhaftung Kiirs gipfeln, werden Ende November 2004 in einem SPLM-Meeting in Rumbek aufgearbeitet⁹. In seiner Ansprache während des Treffens bestreitet Garang eine Entmachtung Kiirs und verneint jede politische Spannung. Gleichzeitig verweist er aber auf den problematischen Charakter der expliziten Erwähnung von Selbstbestimmung im Machakos Protocol, mit dem Argument, dass dies für die sudanesishe Seite schwer verdaulich wäre. Streit oder nicht: Faktum bleibt, dass Kiir in den folgenden Detailverhandlungen nicht mehr beigezogen wird.

Die Unterzeichnung des Machakos Protocol zeitigt sofortige militärische und politische Auswirkungen. Zunächst kommt es zu Kämpfen um Torit, das von der SPLM/A im September eingenommen und von SAF-Truppen im Oktober zurückerobert wird. Der Sinn dieser Gefechte, die den Friedensprozess

9 <https://sudantribune.com/spip.php?article26320> [10-01-2021].

kurzfristig an den Rand des Scheiterns bringen, ist umstritten. John Young (2012: 101) vermutet dahinter den Versuch der SPLM/A, ihre Verhandlungsposition zu verbessern. Die Attacke auf Torit ist in der Tat für das Regime in Khartum schmerzhaft. Zahlreiche hochrangige SAF-Militärs finden in den Kämpfen den Tod, darunter persönliche Freunde von al-Bashir. Am 15. Oktober 2002 wird allerdings der Fortgang der Verhandlungen beschlossen und endgültig ein Waffenstillstand unterzeichnet¹⁰, der bis zum Ende der Verhandlungen halten sollte.

Auch die internationale Ebene gerät in Bewegung. Bereits im Oktober 2000 beginnt im Rahmen eines Treffens des IGAD Partner Forums in London ein engerer Austausch zwischen den USA, angeführt vom Afrika-Spezialisten John Prendergast vom US State Department, Großbritannien und Norwegen, das in der Gründung einer informellen »Troika« mündet. Mit dem Machtwechsel in den USA zur republikanischen Präsidentschaft von George W. Bush im Januar 2001 nimmt deren Sudan-Politik eine Wende zu einer gesteigerten Einflussnahme, was zunächst durch die Verbindung Bushs zu evangelikalen Gruppen und bald durch die Anschläge von 9/11 bedingt ist (Johnson, 2011: 25). Die USA sind gewillt, die Troika aktiv zur Forcierung der Verhandlungen einzusetzen. Ein Sonderbeauftragter, John Danforth, ein methodistischer Pastor, wird eingesetzt (Rolandsen und Daly, 2016: 134). Unter seiner Initiative entwickelt sich das informelle Bündnis zu einer tragenden Säule der internationalen Unterstützung des Friedensprozesses.

Die nächsten Verhandlungsrunden finden in Naivasha, einer ebenfalls in Kenia nahe Nairobi gelegenen touristischen Metropole, statt. Es werden insgesamt sechs weitere Protokolle ausverhandelt und unterschrieben: Ende September 2003 machen die Security Arrangements den Anfang. Sie bauen auf vorangegangenen Verhandlungsergebnissen auf und sehen in erster Linie den Rückzug der SAF hinter die Nord-Süd-Grenze zum Zeitpunkt der sudanesischen Unabhängigkeit sowie die Einrichtung sogenannter *Joint Integrated Units* (JIU) vor. Diese JIUs sollen insgesamt 39.000 Soldat:innen umfassen, die meisten davon (24.000) stationiert im Süden, jeweils 6.000 in den zwei umstrittenen Grenzregionen Blue Nile und Nuba Mountains, und 3.000 in der Hauptstadt Khartum. Die Leitung obliegt einem gemeinsam eingerichteten *Joint Defence Board* (JDB).

10 Memorandum of Understanding on Cessation of Hostilities Between the Government of the Sudan and the Sudan People's Liberation Movement/Army; <https://www.peaceagreements.org/viewmasterdocument/453>.

Bereits im Januar 2004, und damit überraschend schnell, kommt es zu einer Einigung zur Ressourcenteilung (»Wealth Sharing«). Das herausfordernde Thema ist die Aufteilung der Einkommen aus der Ölförderung. Es wird eine 50:50-Teilung vereinbart, wobei 2 % der Gesamteinnahmen den lokalen Verwaltungen in den ölfördernden Regionen zukommen müssen. Eine paritätisch besetzte *National Petroleum Commission* (NPC) wird eingerichtet, die sich um auftretende Detailprobleme kümmern soll. Und diese wird es schnell geben. Was das CPA nicht regelt, sind die Gebühren für den Öltransport in der Pipeline nach Port Sudan, eine Frage, die sich in weiterer Folge zu einer ernststen Krise auswachsen wird.

Im Mai erfolgt die Unterzeichnung der Protokolle zur politischen Machtteilung und zum Status der umstrittenen Gebiete, Abyei, sowie Southern Kordofan und Blue Nile, den sogenannten »Two Areas«. Für Abyei wird ein Referendum zur Bestimmung der Zugehörigkeit der Region festgesetzt, abzuhalten am selben Tag wie das Unabhängigkeitsreferendum am Ende der Interimsperiode. Die Bestimmungen für die Two Areas bleiben hingegen weitgehend unbestimmt. Verwiesen wird auf »popular consultations« und die daran anschließende Einrichtung einer unabhängigen Kommission, was mehr oder minder der beidseitigen Akzeptanz eines Verbleibs dieser Regionen beim Norden gleichkommt.

Das Power-Sharing Protocol legt nicht nur einen Schlüssel für die Machtteilung in Exekutive und Legislative vor den am Ende des vierten Jahres der Interimsperiode angesetzten Wahlen fest. Es begründet eine südsudanesische Regionalregierung, das *Government of South Sudan* (GoSS). Der Präsident des GoSS besetzt in dieser Konfiguration einen »Doppelhut« mit der Position als Erster Vizepräsident des Sudan – diese Funktionen werden nach der Unterzeichnung des CPA von John Garang eingenommen, Salva Kiir wird zum Vizepräsidenten des GoSS ernannt. In Exekutive und Legislative wird eine prozentuale Aufteilung der Positionen festgelegt: 52 % für die NCP, 28 % für die SPLM, 14 % für Oppositionsparteien aus dem Norden, und 6 % für andere politische Kräfte aus dem Süden. Zu den zwei wichtigsten Ministerposten für die SPLM entwickeln sich das Außenressort und das Ministerium für Cabinet Affairs, die während der Interimsphase in wechselnden Rollen von Deng Alor und Lam Akol eingenommen werden.

Der Verhandlungsprozess verschärft die Auseinandersetzungen innerhalb des sudanesischen Regimes, die letztendlich in seiner Spaltung münden. Bashir entmachtet die islamistischen Kräfte um Turabi im März 2004 und lässt Turabi verhaften. Auf die Friedensverhandlungen hat dies, im Zusam-

menhang mit den anderen, oben erwähnten Faktoren wie der zeitgleichen Zuspitzung der Krise in Darfur, positive Auswirkungen. Am 9. Januar 2005 unterschreiben John Garang und der sudanesisische Vizepräsident Ali Osman Mohammed Taha nochmals alle Protokolle in zusammengezogener Form als *Comprehensive Peace Agreement* (CPA).

Generell regelt das Abkommen in pragmatischer Weise die zwei schlagkräftigsten Elemente des sudanesischen Marktplatzes, »money and guns« (de Waal, 2021: 334). In Bezug auf seine weitergehende politische Funktionalität reproduziert es die strategische Ambivalenz, die die politische Führung der SPLM/A schon seit Langem kennzeichnet. »[T]he text emerged from multiple different incompatible processes and the two principals were, even at the time of signing in January 2005, evasive about their ultimate goals.« (de Waal, 2021: 321) Die zur narrativen Verankerung dieser Ambivalenz gewählte Phrase ist »making unity attractive«, die sich an zwei Stellen der Präambel findet und sich schnell zum geflügelten Wort entwickelt. Die exakte Formulierung liest sich wie ein politisches Zugeständnis des Regimes in Khartum, das zugleich der zweideutigen politischen Ausrichtung der SPLM/A entgegenkommt: der Vertrag »recognizes the right of the people of Southern Sudan to self-determination and seeks to make unity attractive during the Interim Period«. Gerade die exklusive Fokussierung auf die zwei unterzeichnenden Parteien widerspricht allerdings dem Gedanken, diese Attraktivität durch eine demokratische Transformation zu erreichen (Aalen, 2013; Young, 2012: 113-114).

Das CPA ist ein viel gescholtener Vertrag. Oft wird er despektierlich als ein überlanges Waffenstillstandsabkommen bezeichnet, oder als ein Versuch des Reinwaschens des sudanesischen Regimes von seinen Verbrechen in Darfur – und von den Jahrzehnten der verbrecherischen Kriegsführung im Süden. Dennoch sollte nicht vergessen werden, dass zum Zeitpunkt der Verhandlungen alle historischen Erfahrungen auf eine Weiterführung des Krieges hindeuten. Zu Recht bezeichnet Alex de Waal in seiner analytischen Nachbetrachtung den Vertrag daher als ein »achievement against the odds« (de Waal, 2021: 342). Selbst eingedenk der geopolitisch günstigen Voraussetzungen und des starken internationalen Drucks auf Khartum ist der politische Schritt von Omar al-Bashir, dem Süden den zu diesem Zeitpunkt zumindest potenziellen Weg zur Eigenstaatlichkeit freizugeben, von historischer Dimension.

»Nationale« Geschichte

Im Nachhinein besehen hat es seine Berechtigung, eine Erzählung von Südsudans »nationaler« Geschichte mit der Übergangsperiode nach der Unterzeichnung des CPA zu beginnen. Historisch-institutionell liegt der Bruch mit dem sudanesischen System in der Einrichtung einer südsudanesischen Regierung, dem *Government of South(ern) Sudan* (GoSS), dessen Name nach der Unabhängigkeit beibehalten wird, und einer graduellen Ablösung von den gesamtsudanesischen Strukturen. Doch darf nicht vergessen werden, dass dieser Blick durch den späteren Ausgang der Geschichte geprägt ist. Unmittelbar nach dem CPA gilt der Ausgang des Referendums keineswegs als gesichert. Beiderseitige politische Initiativen, unter wechselnder internationaler Unterstützung, versuchen, die Stimmung in die eine oder andere Richtung zu beeinflussen. Konzepte wie Föderalismus und Konföderalismus werden wiederholt in die politische Debatte geworfen, jedoch ohne jemals Verbindlichkeit erlangen zu können.

Die in dieser Phase in der SPLM/A fast vollständig versammelte Elite des Südsudan verhält sich, wie es ein Blick auf die vorangegangene Geschichte vermuten lässt: ambivalent. Während sich internationale Partnerstaaten und -organisationen ebenso wie zahlreiche Beobachter:innen in der Frage ergehen, ob und wie ein möglicher neuer Staat überlebensfähig sein und wie eine vollständige Trennung mit dem Norden praktisch vonstattengehen könnte, konzentriert sich die SPLM/A auf die Bearbeitung ihrer inneren Spannungslinien. Sie vermengt geschickt die Inklusion abgespaltener Milizen mit der Ausgabe gemischter Botschaften. Während sich die National Convention der SPLM im Mai 2008 zur »New Sudan«-Vision in einem vereinigten Sudan bekennt, werden anderslautende Stellungnahmen vernehmbarer. Auch von Salva Kiir selbst, der im Oktober 2009 deutliche Worte spricht:

»When you reach your ballot boxes the choice is yours: you want to vote for unity so that you become a second class in your own country, that is your choice. If you want to vote for independence so that you are a free person in your independent state, that will be your own choice and we will respect the choice of the people.«¹

Eine offene Deklaration für die Unabhängigkeit seitens der SPLM/A erfolgt aber erst einen Monat vor der Abstimmung, als die Stimmungslage bereits eindeutig ist.² Dieses so spät geäußerte Bekenntnis kann als Hinweis dafür gesehen werden, dass der Ausgang der Transitionsperiode nach Abschluss des CPA politisch tatsächlich um einiges offener war, als es im Nachhinein den Anschein hat. Diese Periode repräsentiert eine sich aus der langen Phase des sich vereinheitlichenden südsudanesischen Widerstandes ergebende *critical juncture*. Sie ist ein Kulminationspunkt, der die institutionelle Konfiguration für die folgende historische Periode bestimmen wird.

»Though institutional drift [im gegenständlichen Fall die langfristige Institutionalisierung eines südsudanesischen Widerstandes über das vorangegangene Jahrhundert] leads to small differences, its interplay with critical junctures leads to institutional divergence, and thus this divergence then creates the now more major institutional differences that the next critical juncture will affect.« (Acemoglu und Robinson, 2012: 432)

Dass sich diese institutionelle Neukonfiguration in einer segmentierten und gewaltsamen Form vollzieht, ist ein schwerer und, den in solchen Prozessen steckenden Zufall bewusst mit reflektierend, unglücklicher historischer Ballast. Mit diesem Ballast startet der Südsudan das Projekt seiner Nationalstaatlichkeit.

Unabhängigkeit

Die Transitionsphase beginnt mit einer Erschütterung. Frisch als neuer Erster Vizepräsident des Sudan angelobt, befindet sich John Garang am Abend

1 Reuters, 31. Oktober 2009. »S. Sudan president makes first call for independence«, <https://www.reuters.com/article/us-sudan-south-independence-idUSTRE59U1FT20091031> [16-01-2021].

2 BBC, 11. Dezember 2010, »Sudan's former rebel SPLM backs independence for south«, <https://www.bbc.com/news/world-africa-11976784> [16-01-2021].

des 30. Juli 2005 an Bord des ugandischen Präsidentenhelikopters am Rückflug von einem Treffen mit Ugandas Präsidenten Yoweri Museveni auf dessen Landsitz in Rwakitura. Wahrscheinlich war sein Ziel ein kleiner, von ihm gegründeter Ort namens New Cush nahe der kenianischen Grenze. Der Helikopter verschwindet. Erst auf mehrfache Nachfrage Ugandas nach dessen Verbleib beginnt die Suche. Am 1. August wird der Absturz des Helikopters im bergigen Dschungelgebiet Eastern Equatorias und der Tod John Garangs bekannt gegeben. Die Folgen sind sofort spürbar.

»The violence and widespread grief surrounding Garang's death forced most in the capital to lock themselves inside their homes while shop owners shuttered their stores. ›Murderers! Murderers!‹ yelled some southern Sudanese protesters who alleged the Sudanese government, which had battled Garang's rebel force for two decades before this year's peace deals, may have been behind the crash.«³

Der Nachfolgekampf innerhalb der SPLM/A beginnt unmittelbar, wird aber angesichts der Krisensituation schnell entschieden. In seinem ersten Treffen nach Garangs Tod ernennt das SPLM Leadership Council Salva Kiir zu seinem Nachfolger. Diese Wahl ist zugleich überraschend wie erwartbar. Kiir war noch wenige Jahre zuvor von Garang aus den CPA-Verhandlungsrunden abgezogen worden und verkörperte, deutlich wie nur wenige in der obersten SPLM/A-Führung, das Bekenntnis zur südsudanesischen Eigenstaatlichkeit. Damit repräsentiert er einen gewissen Bruch mit Garang. Zugleich ist er aber, als einer der letzten ihrer noch lebenden Gründungsmitglieder, insbesondere in der SPLA exzellent vernetzt und kann auf zahlreiche loyale Kommandanten zählen. Seine militärischen Fähigkeiten sind ebenfalls weitgehend unbestritten. Wenngleich weder mitreißender Redner noch überzeugender Politiker, sind seine persönlichen Fähigkeiten für die auch innerorganisatorisch fragile Übergangsphase von strategischer Bedeutung: »he is a conciliatory and unifying leader, has a gift for reading people, solid political judgment, and an ability to balance competing interests and tribal loyalties.« (Natsios, 2012: 178).

Und wirklich gelingt es Kiir, nach nur zwei Wochen als Präsident des GoSS nun als Erster Vizepräsident des Sudan vereidigt, im Verein mit Garangs Witwe Rebecca Nyandeng de Mabior die wütenden Massen zu

3 Sudan Tribune, 1. August 2005, »Sudanese vice president, 13 others, killed in air crash«; <https://sudantribune.com/Sudanese-vice-president-13-others,10893> [11-01-21].

beruhigen und die grassierenden Verschwörungstheorien um Garangs Tod weitgehend zum Verstummen zu bringen (Fegley, 2011: 237). Kiirs erster politischer Schritt signalisiert politischen Ausgleich. Er ernennt Riek Machar zum GoSS-Vizepräsidenten. Ebenso bringt er andere SPLM/A-Abtrünnige wie Paulino Matip zurück in die Organisation. Andere Konkurrenz wird bewaffnet bekämpft. So wird etwa die Nuer White Army, eine starke und in ihrer Tradition, wenn nicht immer unter diesem Namen, weit zurückreichende Nuer-Miliz in Jonglei und Upper Nile (Young, 2007: 11), ab Dezember 2005 in zum Teil blutigen Kämpfen entwaffnet (Arnold und Alden, 2007). Diese gewaltsame Entwaffnungskampagne erweist sich kurzfristig als wirksam, langfristig aber, aufgrund der dadurch angeheizten ethnopolitischen Spannungen zwischen Dinka und Nuer, als desaströs.

Dennoch zeigt Kiirs innerparteiliche Versöhnungs- und Vereinheitlichungsinitiative generell positive Auswirkungen auf die Einheitlichkeit der SPLM/A. Diese Einheitlichkeit ist für die Entwicklung der Interimsphase und die sich darin entwickelnden Spannungen von entscheidender Bedeutung.

Brot und Butter des CPA-Kompromisses auch innerhalb der SPLM/A ist die Aufteilung der Öleinkommen, die diese innere Konsolidierung ermöglichen soll. Massive Aufwendungen für die Streitkräfte sind notwendig. Schon im Jahr 2009 betragen die Ausgaben laut dem damaligen US-Sondergesandten für den Sudan, Andrew Natsios (2012: 207), über eine Milliarde US-Dollar. 89% dieser Summe müssen für den Sold der SPLA-Soldat:innen aufgewendet werden, für 125.000 Männer und Frauen ihrer regulären Streitkraft, sowie für 175.000 weitere, die im Zuge der erwähnten Konsolidierungsbemühungen aus den verschiedenen Milizen in die SPLA integriert werden. Bei diesen irregulären Kräften handelt es sich zu einem nicht unwesentlichen Anteil um zuvor von Khartum finanzierte Gruppen, die mit der SPLA bewaffnete Auseinandersetzungen austrugen. Deren Bezahlung wird also zu einer unmittelbaren Frage der Gewährleistung von Sicherheit.

Vor dem Hintergrund dieser Kosten kommt der zukünftigen geographischen Verortung der Ölfelder, die auf Sicht die einzige verlässliche substanzielle Einnahmequelle des Südsudan darstellen, eine existenzielle Bedeutung zu. Damit wird eine von Nord und Süd anerkannte Bestimmung und Markierung der Grenzlinien entscheidend. Laut CPA sollen diese Grenzen nach dem Stand zum Zeitpunkt der sudanesischen Unabhängigkeit im Januar 1956 gezogen werden. Doch diese so einfach klingende Lösung hat zwei gewichtige Nachteile: Erstens gibt es keine unumstrittene Demarkationslinie, sondern

eine Reihe unterschiedlich gezeichneter Karten, die um den Stichtag herum produziert wurden. Und zweitens sind die Ölfelder exakt entlang dieser unbestimmten Grenzlinie loziert, was die Verhandlungen über die nicht klar zuzuordnenden Bereiche massiv erschwert. Zwar wird – letzten Endes erfolglos – versucht, die umstrittene Region Abyei durch die Einrichtung einer eigenen *Abyei Border Commission* (ABC) aus diesem komplizierten Demarkationsprozess herauszuhalten. Dennoch bleiben fünf zum Teil lange Grenzstreifen umstritten.

Mitunter münden die Spannungen in bewaffneten Auseinandersetzungen. In einzelnen JIUs, insbesondere in grenznahen Bereichen, kommt es zu Gefechten – Kämpfe innerhalb einer JIU in Malakal im Jahr 2007 fordern über hundert Opfer. In Abyei kommt es ab 2007 zu bewaffneten Auseinandersetzungen mit zunehmend von den SAF unterstützten Verbänden der traditionell vom Norden her in die Region migrierenden Misseriya. In dieser Konstellation entschliesst sich die SPLM/A zu einer Verschärfung des ohnehin nur taktischen Verhältnisses mit der NCP. Im Oktober 2007 zieht sie sich aus der gemeinsamen Übergangsregierung zurück. Zudem beginnt sie, aktiv in den Konflikt in Darfur zu intervenieren. Als offensivsten Schritt lädt sie die gegen das NCP-Regime kämpfenden Rebellenverbände zu Einigungsgesprächen nach Juba. Auch wenn sich die SPLM/A bereits Ende des Jahres wieder zu einer Rückkehr in die Einheitsregierung entscheidet, zeigt sich die zunehmende Fragilität im Verhältnis der beiden CPA-Partner.

In dieser angespannten Situation hält die SPLM/A im Mai 2008 in Juba ihre zweite »National Convention« ab. Abgesehen vom symbolischen Gehalt ihrer Abhaltung führt die Konferenz zu wenig konkreten Resultaten. Angesichts der nach wie vor prävalenten innerorganisatorischen Spannungen ist dies jedoch kein schlechter Ausgang. Noch wenige Tage vor den Wahlen zum Führungsgremium deklarieren zahlreiche Parteigranden Kampfkandidaturen um verschiedene Ämter. Riek Machar plant etwa, sich gegen Salva Kiir um den Vorsitz zu bewerben. Kiir wiederum ist kontroversen Schritten nicht abgeneigt. Er portiert Versuche, Machar im Führungsgremium durch den Garang-Loyalisten James Wani Igga zu ersetzen und den SPLM-Generalsekretär Pagan Amum durch Taban Deng Gai abzulösen.

Diese Wahlvorschläge setzen die Delegierten unter den spürbaren Druck eines veritablen Sicherheitsdilemmas, zwischen parteiinterne Fronten zu geraten (Akech Thiong, 2018: 625). Letztlich gelingt es doch, durch einen Kompromiss Einheit zu bewahren, wobei die Vorbereitung auf die im Folgejahr angesetzten Wahlen als Katalysator dienen (Moro et al., 2017: 20). Schließlich

endet die Convention versöhnlich: Kiir wird einstimmig zum Vorsitzenden gewählt und Riek Machar wird als Nummer Zwei der Organisation bestätigt. James Wani Igga, dessen Nominierung im Vorfeld auf massive Ablehnung gestoßen war, sowie Malik Aggar als Kompromisskandidat werden als Kiirs Stellvertreter eingesetzt.

Programmatisch einigt sich die SPLM in ihrer Versammlung auf ein neues Manifest. Dieses Manifest beinhaltet die bislang klarste Artikulation der »New Sudan«-Vision, wobei sie versucht, sich klar gegenüber einem auf Rassismus und Ausbeutung errichteten »alten« Sudan abzugrenzen (SPLM, 2008: 14-16). Es sind diese Formulierungen, die viele Kommentator:innen dazu verführen, die im Manifest von 2008 so deutlich erscheinenden Worte auf die gesamte SPLM/A-Geschichte davor und danach zu projizieren. Das ist jedoch ein Missverständnis. Selbst im Manifest ist die strategische Ambivalenz in der Darlegung an einigen Stellen abzulesen. Sollte sich die »New Sudan«-Vision als nicht umsetzbar erweisen, wohlgemerkt innerhalb der verbleibenden drei Jahre bis zum angesetzten Unabhängigkeitsreferendum, bliebe nur eine Wahl: »the country breaks up« (ebd.: 14).

Im Zuge der Vorbereitung auf die ursprünglich für Mitte des Jahres 2009 geplanten und dann im April 2010 abgehaltenen Wahlen bricht der nur mühsam gekittete Zielkonflikt wieder auf. Zunächst wird der aus dem »neuen Süden« des nördlichen Sudan stammende Yasir Arman als Präsidentschaftskandidat gegen al-Bashir aufgeboten. Früh zeichnet sich jedoch eine Boykottbewegung nordsudanesischer Kräfte ab. Insbesondere die bewaffneten Gruppen in Darfur verweigern eine Teilnahme an den Wahlen. Das heizt die Diskussionen innerhalb der SPLM/A an. Letztlich kann sich Kiir gegen die die Wahlteilnahme befürwortenden, der »New Sudan«-Orientierung zugewandten Gruppen vor allem in Khartum domizilierter Kader durchsetzen. Die SPLM/A entscheidet sich für einen Boykott der nationalen – nicht der gleichzeitig stattfindenden südsudanesischen – Wahlen. Yasir Arman verbleibt aus rechtlichen Gründen allerdings auf dem Stimmzettel.

National fällt das Resultat für die regierende NCP nicht nach Wunsch aus. Omar al-Bashir gewinnt zwar, erreicht aber nur 68 % der Stimmen, während der gar nicht antretende Yasir Arman nahezu 22 % der Stimmen erhält. Zum Vergleich: der zweimalige frühere Premier Sadiq al-Mahdi bleibt unter einem Prozent der abgegebenen Stimmen. Im Süden gewinnt Salva Kiir mit 93 % der Stimmen klar gegen Lam Akol, der sich zuvor unter dem Namen *SPLM-Democratic Change* abgespalten hatte, um eigenständig kandidieren zu können. Auch in den Parlamentswahlen schwingt die SPLM nahezu konkur-

renzlos oben aus. Das unvorhersehbare und spannungsgeladene Element der Wahlen im Süden liegt jedoch auf Ebene der zehn Gliedstaaten, vor allem in der Wahl der Gouverneure. Hier kommt es in einigen Teilen tatsächlich zu größeren Schwierigkeiten. Insbesondere in Unity State und in Jonglei entladen sich die schon länger aufgestaute lokalen wie nationalen politischen Konflikte in einer Weise, die den kommenden südsudanesischen Bürgerkrieg erahnen lässt.

Bei der Wahl zum Gouverneur von Unity State schlägt der vom SPLM/A-Establishment favorisierte und formell von der Partei nominierte Taban Deng die ebenfalls kandidierende und in den Nuer-Gemeinschaften überaus beliebte Angelina Jany Teny, die Ehefrau von Riek Machar. Teny ist als unabhängige Kandidatin von Beginn an mit heftigem Gegenwind konfrontiert. Ihr Wahlkampfbüro wird geschlossen, Unterstützer:innen von ihr werden bedroht und zum Teil verhaftet. Fälschungen sind nicht nur wahrscheinlich, sondern wahrscheinlich massiv. Medien berichten nach Auszählungen von acht der neun Counties anfänglich von einem klaren Vorsprung Tenys, was auf politischen Druck hin revidiert werden muss. Das Endergebnis weist Taban mit mehr als doppelt so vielen Stimmen als Teny aus (137.662 gegenüber 63.651)⁴. Nach der Bekanntgabe des Resultates kommt es zu Unruhen in Bentiu, im Zuge derer zwei Teny-Sympathisanten erschossen werden.

Taban Deng, dem schon zuvor ein allzu offenkundiger Griff nach den Öleinnahmen nachgesagt wird, setzt sich schlussendlich aber durch, um den Preis des Verlustes jeglichen Rückhalts in den Nuer-Gemeinschaften. Diese prekäre Situation zwingt ihn, die aktive Aussöhnung mit Machar zu suchen, was wiederum sein Verhältnis zu Kiir belastet. Schließlich wird Taban Deng im Juni 2013 per präsidentiellem Dekret ohne weitere Begründung aus seiner Position entlassen. Kiir setzt den vorangegangenen Gouverneur von Unity und langjährigen persönlichen Kontrahent von Taban Deng, Joseph Nguen Monytil, als dessen Nachfolger ein.⁵ Diese Entlassung, offenbar Teil einer weiterreichenden gezielten Entmachtung von Machar-Loyalist:innen, lässt sich bereits als Vorbote eines heraufziehenden Bürgerkrieges interpretieren.

4 <https://sudantribune.com/Angelina-Teny-says-will-not-accept,34880> [12-01-2021].

5 <https://www.voanews.com/africa/south-sudan-president-fires-unity-state-governor> [12-01-2021].

In Jonglei wiederum rebelliert der ehemalige stellvertretende Generalstabschef der SPLA, George Athor Deng, mit der von ihm neu formierten Miliz *South Sudan Democratic Movement/Army* (SSDM/A), nachdem er die Gouverneurswahl gegen den Amtsinhaber Kuol Manyang Juuk verliert (Thomas, 2015: 215-216). Die SSDM/A kann viele gegen die SPLA eingestellte Murle mobilisieren. Letztlich führt die Rebellion zu einigen erfolglosen Waffenstillständen, schwelt aber trotz des Todes von Athor im Dezember 2011 noch bis Mitte des Jahres 2013 weiter.

Unmittelbar nach den Wahlen starten die Vorbereitungen für das für Januar 2011 angesetzte Unabhängigkeitsreferendum. Die Stimmberechtigung beruht ebenfalls auf dem umstrittenen gesamtsudanesischen Zensus von 2008, dem bis heute letzten, der im Südsudan durchgeführt wurde. Angesichts der großen Zahl von Südsudanese:innen, die in den vergangenen Jahrzehnten vor dem Krieg aus der Region geflüchtet waren, ist es wenig überraschend, dass Fragen der Stimmberechtigung und, damit zusammenhängend, der Staatsbürgerschaft höchst umstritten sind. Referendumsgesetz und Referendumskommission, beides unerlässliche Vorbedingungen für die Durchführung, werden erst verspätet beschlossen und eingesetzt, was den Prozess zusätzlich verkompliziert (Marzatico, 2011).

Schließlich wird die Wahlberechtigung vom Referendumsgesetz in einer Weise festgeschrieben, die bis heute die Anspruchsberechtigung für die südsudanesische Staatsbürgerschaft definiert. Stimmberechtigt, und damit als Südsudanese:innen definiert, sind demnach Personen, von denen entweder zumindest ein Elternteil eine Zugehörigkeit zu den »indigenous communities residing in Southern Sudan« mit dem Stichtag 1.1.1956 aufweist oder die eine länger zurückreichende Abstammung »to one of the ethnic communities« nachweisen können. Ebenso zugelassen sind Personen, die selbst oder deren Eltern permanent und ohne Unterbrechung im südlichen Sudan leben. Dieser »ethnic turn« zur Abstammungslogik (*jus sanguinis*, vgl. Bakhit, 2016) führt zu einer spezifischen Ökonomie, die für jene, die in der Lage sind, glaubwürdige Zertifikate auszustellen oder darüber Entscheidungen zu treffen, finanziell überaus einträglich ist (Marko, 2015).

Je näher das Referendum rückt, desto mehr laden sich die Spannungen auf. Sowohl SPLA als auch SAF konzentrieren kampfbereite Truppen in Grenznähe. Die gewaltsamen Zusammenstöße beschränken sich allerdings auf das umstrittene Abyei, dort jedoch mit umso signifikanteren Auswirkungen. Die Frage von Abyeis Grenzen war schon zuvor der internationalen Arbitration übergeben worden. Die in Den Haag im Juli 2009 getroffene

Entscheidung fällt tendenziell zugunsten Khartums aus: das ölfreiche traditionelle Dinka-Siedlungsgebiet von Panthau (in Dinka) oder Heglig (in Arabisch), wird entgegen südsudanesischer Ansprüche als außerhalb von Abyei gelegen beurteilt (wenngleich sich die spezifische Frage einer Inklusion dieses Ortes eigentlich weder in der Arbitration noch in den Feststellungen der ABC nie stellte und erst zu einem späteren Zeitpunkt relevant wurde, vgl. Johnson, 2012).

Dennoch will es Khartum nicht auf ein Referendum über Abyeis Zugehörigkeit, das ja laut CPA am selben Tag wie das Unabhängigkeitsreferendum stattzufinden hatte, ankommen lassen. Auch in Abyei geht es, nochmals zugespitzt, um die Frage der Wahlberechtigung. Die dem Norden zugerechneten, saisonal nach Abyei migrierenden Misseriya unterhalten keine permanenten Niederlassungen in der Region, was die ansässigen Ngok Dinka, die in relevanter Zahl in höheren Chargen der SPLA vertreten sind, dazu veranlasst, ihnen das Wahlrecht streitig zu machen. Noch vor dem Referendum brechen Kämpfe aus, wobei Misseriya-Verbände durch SAF-Einheiten unterstützt werden. Offenbar geht es um einen strategischen Versuch, das Abyei-Referendum zu unterbinden (Johnson, 2016a: 173). Dies gelingt. Abyei bleibt bis zum Abschluss eines Interimsvertrages⁶ zwischen den beiden Seiten im Juni 2011, der die Einrichtung einer UN/AU-Friedensmission (UNISFA, bestehend aus äthiopischen Truppen) mit einschließt, faktisch durch die SAF okkupiert (Rolandsen und Daly, 2016: 147).

Das Unabhängigkeitsreferendum findet jedoch, wider alle negativen Umstände, unter Beobachtung von Carter Center, Europäischer Union, Afrikanischer Union, der Arabischen Liga und IGAD, in der zweiten Januar-Woche des Jahres 2011 statt. Das Ergebnis ist eindeutig. Nur 44.888 Stimmen werden für den Verbleib in einem gemeinsamen Staat abgegeben, 3,8 Millionen, fast 99 %, stimmen für die Unabhängigkeit. Die Reaktion des Nordens ist überraschend. Bashir akzeptiert das Ergebnis bereits, bevor das offizielle Endergebnis vorliegt, und gratuliert zur Unabhängigkeit. Nach einer kurzen Namenssuche – historische Reminiszenzen an die Anya-nya-Zeit wie Nile Republic oder Azania werden geprüft – fällt die Entscheidung auf South Sudan.

Unmittelbar nach dem Referendum setzt Salva Kiir per präsidientiellem Dekret ein Constitutional Drafting Committee ein, das von SPLM/A-Kadern do-

6 Agreement between the Government of Sudan and the Sudan People's Liberation Movement on temporary arrangements for the administration and security of the Abyei Area, <https://www.peaceagreements.org/viewmasterdocument/750>.

miniert wird. In einem exklusiven Prozess wird ein schneller Entwurf einer Übergangsverfassung gebastelt (LeRiche und Arnold, 2013: 152-153), der auf der im Jahr 2005 eingeführten Übergangsverfassung für den südlichen Sudan beruht. Diese war selbst wiederum in den meisten Aspekten – wie die Rechte und Prozesse von Exekutive und Legislative – eine Kopie der sudanesischen Übergangsverfassung von 2005. Parteiintern kommt es zu zahlreichen Einwänden gegen diesen Prozess. Riek Machar will die präsidentielle Machtfülle reduzieren. Diesen Einwürfen wird nicht stattgegeben, mit dem Argument, es gehe ohnehin nur um ein Interimsdokument, das nach den für 2015 angesetzten Wahlen neu geschrieben werden müsste.

Im Rahmen einer opulenten Feier vor hunderttausenden Gästen, unter ihnen Omar al-Bashir, am Platz des Garang-Memorials in Juba wird am 9. Juli 2011 formal die Unabhängigkeit ausgerufen. Für einen Moment sind alle Querelen vergessen. In weiten Teilen des Landes ist eine Aufbruchsstimmung spürbar. Mit internationalen Hilfsgeldern wird eine eigene Währung installiert, eine Woche nach der Unabhängigkeit ersetzt das Südsudanesishe Pfund (SSP) das sudanesische, zunächst, wenn auch nur für kurze Zeit, zu einem Wechselkurs von 1 : 1.

In den ersten Monaten nach der Unabhängigkeit setzt Kiir seine Politik der Wiedereingliederung abtrünniger Kommandeure und konkurrenzieren-der Milizen fort. In Unity State wird ein Waffenstillstand mit dem seit den Gouverneurswahlen rebellierenden Gatluak Gai ausgehandelt. Gatluak Gai überlebt dieses Abkommen jedoch gerade einmal um vier Tage, bevor er von einem mit Khartum kollaborierenden Milizionär erschossen wird. In Jonglei kommt es im August 2011 zu heftigen Kämpfen mit mehreren hundert Toten. Doch auch dort schließt Kiir Frieden. Nuer-General Peter Gadet und Murle-Rebellenführer David Yau Yau werden in die SPLA eingegliedert. Weniger Glück hat der ebenfalls seit den Wahlen von 2010 aufständische George Athor. Er zeigt sich nicht zu einem Abkommen bereit und wird im Dezember 2011, wahrscheinlich von südsudanesischen Grenzschutzeinheiten an der Grenze zum Sudan, erschossen.

Dieser von Kiir seit dem Abschluss des CPA verfolgte Ansatz erhält bald den Namen »big tent«. Ein solches großes Zelt soll gewährleisten, dass nach Prinzipien des individuellen wie kollektiven politischen und ökonomischen Gewinns am mehrschichtigen südsudanesischen politischen Marktplatz eine möglichst breite Koalition um Kiir gebildet wird, die nachhaltig aufrechterhalten werden kann. Es ist unklar, woher die Bezeichnung »big tent« konkret stammt. Vermutlich handelt es sich um eine analytische Zuschreibung,

die auf den politikwissenschaftlichen Begriff einer »big tent«-Koalition (vgl. Weinstein und Goldstein, 2012) zurückgeht. Erste Erwähnungen im südsudanesischen Kontext finden sich in Analysen der *International Crisis Group* (zunächst als »large tent«, ICG, 2011: 13, später als »big tent«, ICG: 2014: 5; LeRiche und Arnold, 2013: 199 verweisen auf die umgangssprachliche Verwendung des Ausdrucks im südsudanesischen politischen Diskurs jener Zeit).

Auf politisch-strategischer Ebene lässt sich »big tent« auf die *Juba Declaration*⁷ zurückführen, die im Januar 2006 mit der von Paulino Matip kommandierten, in Unity State einflussreichen Nuer-Miliz *South Sudan Defence Forces* (SSDF) unterzeichnet wurde. Schon im Untertitel führt die Deklaration die Begriffe »Unity« und »Integration«. Sie zeichnet damit den konkreten Umsetzungspfad des »big tent« vor: Rebellion wird mit einer Generalamnestie und der Reintegration des Führungspersonals in verantwortlichen Positionen der SPLA befriedet. Diese Vorgangsweise verankert im ohnehin zur Gewalt tendierenden südsudanesischen politischen Marktplatz ein unglückliches Anreizsystem. Paulino Matip erlangt auf diesem Weg die Position als Stellvertretender Oberkommandierender der SPLA.

Abgesehen von den problematischen Anreizen ist der »big tent«-Ansatz kostspielig. Im Jahr 2012 zählt die SPLA 150.000 aktive Soldat:innen und mehrere hundert Generäle. Deren Saläre sind, im Vergleich mit zivilen Beschäftigungen oder dem Sold der Armeen in den Nachbarstaaten, hoch. In den höheren Rängen ist oftmals eine gehörige Menge Geld im Spiel, die in so manchen Fällen in opulente Eigenheime in Nairobi, Khartum oder Kampala investiert werden. Die finanzielle Unterfütterung dieser spezifischen politischen Marktökonomie liefern die Gewinne aus der Ölförderung. Von daher überrascht es wenig, dass es dieser Sektor ist, der bald nach der Unabhängigkeit aufgrund bestehender Uneinigkeiten über die Pipeline-Gebühren erste schwerwiegenden Auseinandersetzungen mit dem neuen Nachbarn im Norden provoziert. »The North borrowed billions to finance this oil infrastructure, and it wanted the South to assume a portion of this debt.« (Natsios, 2012: 211)

Zwar kommt es im September 2011 mit substanzieller internationaler Unterstützung zu einer vorübergehenden vertraglichen Übereinkunft, jedoch gerät der Südsudan aufgrund vorheriger Unterbrüche in der Ölproduktion unmittelbar in Zahlungsschwierigkeiten. Im Dezember beginnt Khartum, südsudanesisches Öl auf eigene Faust abzuzweigen, um Zahlungen zu er-

7 <https://www.peaceagreements.org/viewmasterdocument/1067>.

zwingen. Juba beantwortet dies mit der Einstellung der Ölförderung im Januar 2012 (de Waal, 2014).

Die Spannungen eskalieren im darauffolgenden April, als die SPLA das im Sudan gelegene, aber beidseitig beanspruchte Panthau/Heglig (vgl. Johnson, 2012), in dem sich ertragreiche Förderanlagen befinden, militärisch attackiert und einnimmt. Trotz eines Rückzuges nach zehn Tagen, der je nach Sichtweise wegen eines erfolgreichen Gegenangriffes oder freiwillig erfolgt, bleibt die Lage explosiv. Erst nach massivem Druck von AU, UN, und zuletzt der USA beginnen beide Seiten zu verhandeln. Sie unterzeichnen im September 2012 eine Serie von neun bilateralen Verträgen, die neben einem bedingungslosen und international überwachten Rückzug der Streitkräfte beider Seiten hinter die provisorisch festgelegten Landesgrenzen unter anderem die Pipeline-Gebühren regeln. Diese werden gegenüber der vorher bestehenden Regelung etwas herabgesetzt. »Processing«, »transport« und »transit fee« zusammengekommen belaufen sich nun, abhängig von der sudanesischen Beteiligung am jeweiligen Konsortium, auf 9,10 oder 11 US-Dollar per Barrel. Zugleich verpflichtet sich der Südsudan zur sofortigen Begleichung von drei Milliarden US-Dollar an Außenständen.⁸

Diese Abkommen deeskalieren die Situation, führen jedoch zu keiner letztendlichen Beseitigung der bilateralen Probleme. Bereits unmittelbar nach der Unabhängigkeit hatte der ehemalige Northern Sector der SPLM/A, der nun eigenständig als *SPLM-North* (SPLM-N) agiert, den Kampf gegen das sudanesisches Regime aufgenommen. Die SPLM-N sieht die unpräzisen Regelungen im CPA nicht erfüllt und erhebt gegenüber Khartum Forderungen in Richtung Föderalismus, Demokratisierung und Säkularisierung. Spätestens seit den Wahlen im Jahr 2010 sind politische Auseinandersetzungen an der Tagesordnung (vgl. Kunda Komey, 2013). Während das sudanesisches Regime die SPLM-N im September 2012 offiziell verbietet, sucht diese wiederum den aktiven Kontakt zu darfurischen Rebellengruppen, um eine geeinte Kampffront in den peripheren Regionen des Sudan zu eröffnen, die *Sudan Revolutionary Front* (SRF). Trotz einer späteren Spaltung der SPLM-N im Jahr 2017, die zu internen bewaffneten Auseinandersetzungen führt, wird die

8 Agreement between The Government of the Republic of South Sudan and The Government of the Republic of the Sudan on Oil and Related Economic Matters, unterzeichnet am 27. September 2012, <https://www.peaceagreements.org/viewmasterdocument/1076>.

SRF tatsächlich aktiv bleiben. Sie entwickelt sich zu einem der wesentlichen Akteure des Juba-Friedensprozesses für den Sudan im Jahr 2020.

Der Weg in den Bürgerkrieg

Irgendwann im Zuge des heißen Konfliktes mit dem Sudan und der wegbrechenden Öleinnahmen (eine These, die Alex de Waal, 2014, etabliert hat) entscheidet sich Salva Kiir zur Aufgabe der »big tent«-Politik. Die Auseinandersetzungen innerhalb der SPLM/A werden härter und zunehmend mit offenem Visier ausgetragen. Als auslösender Faktor erweist sich die heikle Frage einer Nachfolgeregelung für Kiir, insbesondere im Hinblick auf die für 2015 angesetzten ersten südsudanesischen Wahlen.

Der vereinbarte Ablauf sieht vor, die Wahlen für Parteivorsitz und Spitzenkandidatur im Rahmen der geplanten dritten National Convention der SPLM im Mai 2013 durchzuführen. Mitte des Jahres 2012 wirft Riek Machar als Erster seinen Hut für eine Gegenkandidatur in den Ring. Ohnehin betrachtet er Kiirs Regentschaft als eine durch den Tod Garangs notwendig gewordene Interimsperiode. Schnell folgen Rebecca Nyandeng und Pagan Amum, die ebenfalls öffentlich ihre Kandidatur deklarieren. Kiir selbst gibt sich hinsichtlich seiner Pläne bedeckt (Johnson, 2014b: 169).

Hinter den Kulissen bereiten sich alle Seiten auf eine sich zuspitzende innerparteiliche Auseinandersetzung vor. Als öffentlichkeitswirksames Instrument dient Kiir dabei eine Anti-Korruptionskampagne. Im Juni 2012 fordert er in einem offenen Brief 75 aktive oder ehemalige Staatsbedienstete auf, alle durch Korruption erschlichenen Gelder, die er auf vier Milliarden US-Dollar schätzt, zurückzuzahlen. Was zu diesem Zeitpunkt wie ein schräger PR-Stunt wirkt, zeigt im Zuge der folgenden politischen Kontroversen schnell seine eigentliche Zielrichtung. Als der Brief seine intendierte politische Druckwirkung nicht zu entfalten droht, folgen konkrete Schritte.

Genau ein Jahr nach dem Verfassen des Briefes entlässt Kiir Finanzminister Kosti Manibe Ngai, einen engen Vertrauten des SPLM-Generalsekretärs Pagan Amum, und den Kabinettsminister Deng Alor unter dem Vorwurf der Korruption.

Diese beiden Entlassungen sind der Startschuss einer sich schnell drehenden Eskalationsspirale. Diese wird noch dadurch befeuert, dass Kiir bereits Ende 2012 dazu übergegangen ist, die zwei wesentlichen Arbeitsgremien der SPLM, das Politbüro und das National Liberation Council, durch Sitzungs-

verschiebungen und Nichtteilnahmen schleichend stillzulegen. Anfang Juli treffen die Entlassungen dann einen engen Verbündeten von Riek Machar: Taban Deng wird als Gouverneur von Unity State abgesetzt. Er macht sich umgehend an den Aufbau einer oppositionellen Organisation zur politischen Unterstützung für Machar (Johnson, 2014b: 172). Zum endgültigen politischen Auseinanderbrechen der immer schon fragilen Koalition innerhalb der SPLM kommt es schlussendlich am 23. Juli. Kiir entlässt Vizepräsident Machar sowie den Großteil der Regierung und setzt Partei-Generalsekretär Pagan Amum unter Hausarrest. Wenig später wird James Wani, einer der verlässlichsten Kiir-Gefolgsleute, zum neuen Vizepräsidenten ernannt.

Später wird bekannt werden, dass sich ab diesem Zeitpunkt beide Seiten gezielt auf eine bewaffnete Eskalation vorbereiten. Auf Seite Kiirs kommt Paul Malong Awan, zu diesem Zeitpunkt Gouverneur von Northern Bahr el-Ghazal, eine zentrale Rolle zu. Teile der von ihm kontrollierten Dinka-Jugendmiliz *Mathiang Anyoor* (Boswell, 2019) werden nach Juba transferiert. Peter Nyaba (2019: 176) berichtet, dass diese 3.000 jungen Männer aus Malongs Einflussbereich auf dem privaten Anwesen von Kiir in Luri nahe Juba trainiert werden. Sie beteiligen sich am Aufbau einer weiteren bewaffneten Dinka-Gruppierung, *Dotku Beny* (Dinka für »wir retten den Chief/Präsident«, Madut Jok: 2017: 24).

Internationale Friedensinitiativen versuchen zu reagieren und die Situation zu beruhigen. Ein Anruf von US Secretary of State John Kerry bei Kiir und Machar bleibt jedoch ohne Erfolg (Vertin, 2019: 260). Die letzte Stufe der Eskalation erfolgt im Dezember. Im Vorfeld eines NLC-Meetings geben eine größere Zahl an SPLM-Granden um Riek Machar am 6. Dezember eine Pressekonzferenz, in der sie Kiir der gezielten Anstachelung zu Unruhen beschuldigen und eine unmittelbare Sitzung des Politbüros fordern.⁹ Salva Kiirs Reaktion ist harsch. Zunächst wird Vizepräsident James Wani vorgeschickt, um alle Anschuldigungen abzustreiten und eine Verschiebung des NLC-Meetings zu verlautbaren. Einen Tag später kündigt die parteiinterne Opposition Straßenproteste an, eine Ankündigung, die sie wenig später aufgrund der sich abzeichnenden Eskalation wieder zurückzieht.

Es hilft nichts. Am 15. Dezember brechen in den Baracken im Süden von Juba Schießereien aus. Verwickelt sind unterschiedliche Teile der dort stationieren *Tiger Division*, der wichtigsten SPLA-Eliteeinheit, die unter ande-

9 <https://sudantribune.com/spip.php?article49087> [13-01-2021], der Artikel enthält das an diesem Tag verlesene Presse-Communiqué.

rem für den Schutz des Präsidenten verantwortlich ist. Die Eskalation macht schnell klar, dass sich die politische Konfrontation zwischen dem Dinka Salva Kiir und dem Nuer Riek Machar entlang ethnopolitischer Linien formieren wird. Jok Madut Jok (2017: loc 2910) berichtet: »At the start of this conflict, perhaps the trigger point of it, one of the Tiger Battalion's officers, a member of the uprising, lined up officers of Dinka origin and executed them himself, sparking the outbreak of violence inside one of the military barracks in Juba«. Am folgenden Tag greifen die Kämpfe auf das SPLA-Hauptquartier in Bilpam über. Kiir verhaftet die Protagonist:innen der Pressekonferenz, darunter Rebecca Nyandeng, Pagan Amum, Deng Alor, Madut Biar Yel und Kosti Manibe, unter dem Vorhalt eines Putsch-Versuches.

Riek Machar ist zu diesem Zeitpunkt bereits im Busch verschwunden, um wenig später die Gründung der SPLM/A-IO (für *in opposition*) bekannt zu geben. Offenbar wurden auch auf Seite der Opposition schon länger Vorbereitungen für eine bewaffnete Konfrontation getroffen. Es ist allerdings fraglich, wie weit Machar persönlich für diese Vorbereitungen verantwortlich zeichnet. Lam Akols Aussage gegenüber einer nach den Ereignissen eingesetzten Untersuchungskommission der Afrikanischen Union ist vielsagend: »So I don't believe that there was a coup. He [Machar] ran for his life. The mistake I give him is that he took over, a rebellion that was not his.« (AUCISS, 2014: 131) Die SPLM/A-IO entwickelt sich eher als eine organisatorische Hülle für all jene militärischen Kräfte, die die Auseinandersetzung innerhalb der SPLA gesucht hatten. Ihr Programm ist rudimentär, ihre inneren Strukturen schwach und autoritär (Young, 2019: 86-87).

Während der folgenden Tage herrscht in Juba nackte Gewalt. Dinka-Milizen beginnen im Verein mit SPLA-Truppen eine gezielte Jagd auf Nuer – oder Menschen, die aufgrund ihrer Gesichtstätowierungen für solche gehalten werden. »Diese Tage waren die Hölle«, erzählt ein Freund, der sich damals im Oasis Camp am Nil aufhielt. »Hunderte rannten um ihr Leben. Sie kamen in unseren Compound. Wir ließen sie rein, schlossen die Tür, draußen war Gefechtslärm zu hören. Sie waren in blanker Panik, sprangen in den Fluss, um auf die andere Seite zu schwimmen. Wir hielten sie ab, die meisten wären ertrunken. Einige Stunden später kam ein verlässlicher SPLA-General mit seinen Leuten und brachte sie zum UNMISS-Stützpunkt.« Tatsächlich suchen in diesen Tagen Zigtausende direkten Schutz bei der UN-Peacekeeping Mission, was diese zu einer schnellen Adaption ihrer Protection-of-Civilian (PoC)-Praxis zwingt.

Die genaue Zahl der Opfer der Gewalt während dieser drei Tage in Juba ist ungeklärt. Internationale Organisationen lassen sich wegen des politischen Charakters derartiger Zahlen auf keine Spekulationen ein. Schätzungen reichen von einigen hundert bis zu 20.000 Toten. John Young (2019: 74) verweist darauf, dass, selbst wenn letztere Zahl zu hoch liegen mag, sie dennoch für die Nuer-Kräfte in der SPLM/A-IO und die mit ihr verbündeten Milizen der White Army ein Faktum darstellen. Sie gelten damit als Messlatte für Vergeltungsaktionen.

Die Gegenoffensive konzentriert sich auf Jonglei und bald auf ganz Greater Upper Nile. Eine Schlüsselrolle in dieser Offensive spielt der Kommandant der in Jonglei stationierten 8. Division der SPLA, Peter Gadet. Er läuft zur SPLM/A-IO über, formiert seine Division unter Nuer-Dominanz neu und schließt sich umgehend mit irregulären Verbänden der White Army zusammen. Am 18. Dezember nimmt Gadet Bor ein und startet einen Marsch auf das etwa 200 Kilometer entfernte Juba. Diese existenziell wirkende Bedrohung bewegt den Hauptverbündeten Kiirs, Ugandas Präsident Yoweri Museveni, zum aktiven Eingreifen. Die bereits an der Grenze stationierten Verbände der ugandischen Armee (UPDF) werden umgehend nach Juba beordert. Die UPDF installiert einen weiten Verteidigungsring im Nordosten, der die überwiegenden Teile Equatorias von dieser ersten Phase des Bürgerkrieges abschirmt. Bor wird im Zuge dieser Operation neben Juba zur zentralen Basis der UPDF.

Die folgenden Kämpfe konzentrieren sich daher auf Unity State und Upper Nile, insbesondere auf die beiden Städte Malakal und Bentiu, der Heimat einer großen Zahl an SPLM/A-IO-Kämpfer:innen. Die Auseinandersetzungen werden mit einer unglaublichen Brutalität geführt, die von vielen im Nachhinein als mit den Kämpfen während des sudanesischen Bürgerkrieges unvergleichbar gewalttätig bezeichnet wird. Die Kontrolle über die beiden Städte wechselt oftmals. Am Ende sind Malakal und Bentiu dem Erdboden gleichgemacht. Zur wohl dramatischsten Eskalation kommt es im April 2014. Am 14. April nehmen Einheiten der SPLA-IO Bentiu und die Schwesterstadt Rubkona ein, vermutlich unter Verstärkung von Milizen der White Army. Am nächsten Tag wird James Koang Chuol, ein Nuer aus Jonglei und erst vor Kurzem zur IO gestoßen, von dieser zum Militärgouverneur ernannt. Er wird aufgrund der nun folgenden Ereignisse, für die er die militärische Letztverantwortung trägt, auf die UN-Sanktionsliste gesetzt.

Am selben Tag, dem 15. April, kommt es zu schweren und systematischen Übergriffen der IO-Truppen gegen Zivilist:innen, die nicht den Nuer zuge-

rechnet werden. Zunächst werden UN-Posten und das Spital attackiert, danach die Moschee, in die sich mehrere hundert Personen geflüchtet hatten. Dabei handelt es sich vorwiegend um Händler aus Darfur, die offenbar aber dem *Justice and Equality Movement* (JEM), einer darfurischen Rebellengruppe, die die IO der militärischen Unterstützung der SPLM/A verdächtigt, zugeordnet werden. Eine spätere UNMISS-Untersuchung berichtet, wie ein anfängliches mehrfaches Ausrauben der in der Moschee Schutz suchenden Menschen durch reguläre IO-Kräfte und mit ihnen verbündeter Milizen in einem Massaker kulminiert:

»About half an hour later, a second group of fighters arrived. Among them were individuals in military uniforms, as well as individuals in civilian dress with machetes and firearms. This group went inside the mosque, and demanded money, mobile phones, and other valuable items. Suddenly, several fighters reportedly opened fire.« (UNMISS, 2015: 11)

Allein in der Moschee bleiben 287 Tote zurück.

Der überwiegende Teil der Bevölkerung in Bentiu und Malakal flüchtet in die Lager von UNMISS, die sich an die Errichtung sogenannter PoC-Camps macht. Mitte des Jahres 2015 befinden sich etwa 120.000 Menschen in Bentiu PoC, 48.000 in Malakal PoC. Die Kämpfe um die Städte gehen weiter, wobei zumindest einige der Nuer-Einheiten von Rachegedanken wegen der Massaker in Juba geleitet sein dürften (Young, 2019: 84). Auch wird sichtbar, dass Riek Machar und die IO-Militärführung nur wenig Kontrolle über die Aktivitäten der mit ihnen kämpfenden White Army haben. Zu einer der paradoxen Konstellationen des südsudanesischen Bürgerkrieges gehört, dass der Hauptkontrahent der IO in Greater Upper Nile zu diesem Zeitpunkt die in die SPLA integrierten, von Johnson Olonyi Thabo kommandierten Shilluk-Kräfte sind. Wenige Monate später wird Olonyi selbst zur IO überlaufen.

In Jonglei entwickelt sich die Lage zunehmend unübersichtlich. Der schon einmal reintegrierte Murle-Kommandant David Yau Yau wendet sich erneut von der SPLM/A ab und gründet, mit Unterstützung Khartums, die *SSDM-Cobra Faction*. Yau Yaus Miliz strebt an, an die vormaligen von ihm und George Athor angeführten Murle-Aufstände anzuschließen. Ihm werden aber relativ schnell Friedensverhandlungen angeboten, die im April 2014 in einem Friedensvertrag münden.¹⁰ Dieses Abkommen entfaltet neben der Wiedereinglie-

10 Agreement on Resolution of the Conflict in Jonglei State between Government of the Republic of South Sudan and South Sudan Democratic Movement/Army-Cobra Faction

derung Yau Yaus in die SPLM/A-Struktur eine weitere nachhaltige Wirkung. Eine bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt bestehende Greater Pibor Administrative Area (GPAA) wird eingerichtet, die die Siedlungsgebiete der Murle, Anyuak, Jiye und Kachipo in der Region um Pibor umfasst. Yau Yau wird unmittelbar nach Vertragsabschluss als Chief Administrator der GPAA eingesetzt.

Die nationale politische Ebene kommt ebenfalls in Bewegung. Nach massivem internationalem Druck, der nicht zuletzt von der vagen Hoffnung getragen ist, die Verhafteten könnten eine abschwächende Kraft gegenüber beiden Bürgerkriegsparteien darstellen, entlässt Kiir die ersten sieben der im Dezember 2013 verhafteten Parteigranden aus der Haft. Im Mai darauf folgen Pagan Amum und drei weitere Protagonisten. Sie formieren eine neue, rein politisch agierende Oppositionsbewegung, die *SPLM-Former Detainees* (SPLM-FD), mit dem Ziel, an den für Februar 2015 angesetzten Wahlen teilzunehmen. Allerdings entscheidet sich die Regierung, diese Wahlen aufgrund der anhaltenden Kämpfe – aber auch in Erwartung bevorstehender Friedensverhandlungen – auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Dies schmälert allerdings nicht die politischen Ambitionen der SPLM-FD, die sich durch eine strategische Wiederannäherung an die SPLM-IG gezielt im Spiel hält.

Die Ereignisse in Greater Upper Nile und die massive Intervention der UPDF setzen die SPLM/A-IO unter zunehmenden Druck. Ein militärischer Sieg scheint ausgeschlossen. Und mit dem Bentiu-Massaker und dem unkontrollierbaren Auftreten der White Army gerade in Jonglei wurde politisches Kapital nachhaltig verspielt, national wie international. Zur Jahresmitte 2014 beginnen unterschiedliche Verhandlungs- und Gesprächsprozesse zu laufen. Bereits seit Jahresanfang hatten wiederkehrende Waffenstillstandsverhandlungen unter Ägide der IGAD stattgefunden, allerdings mit mäßigem Erfolg. Am 9. Mai 2014 jedoch, unter unmittelbarem Eindruck des Bentiu-Massakers und des nahezu gleichzeitigen Verhandlungserfolges der SPLM/A-IG durch die Einigung mit Yau Yaus *Cobra Faction* in Jonglei, erklären sich beide Seiten zur Aufnahme von Friedensverhandlungen bereit.¹¹ Nach einigem Gezerre und starkem internationalem Druck, ausgeübt vor allem von den USA, wird die SPLM-FD in den Verhandlungsprozess inkludiert. Diese ist vor dem Hintergrund ihrer politischen Schwäche – auf bewaffnete Kräfte konnte sie oh-

(SSDM-SSDA-Cobra) (Yau Yau Agreement), unterzeichnet am 9. Mai 2014, <https://www.peaceagreements.org/viewmasterdocument/1675>.

11 Agreement to Resolve the Crisis in South Sudan, unterzeichnet am 9. Mai 2014 in Addis Abeba, <https://www.peaceagreements.org/viewmasterdocument/885>.

nehin nicht zurückgreifen – zum Eingehen einer taktischen Allianz mit der Regierungsfraktion gezwungen, was die Verhandlungsposition der SPLM/A-IO zusätzlich unterminiert (Young, 2019: 117–118).

Einige Monate später wird eine erste Prinzipiendeklaration verabschiedet. Sie sieht eine (später verworfene) Machtteilung zwischen einem von der IG gestellten Präsidenten und einem von der IO gestellten Premier in einer für maximal 30 Monate amtierenden Übergangsregierung vor.¹² Parallel treffen sich die Parteien auf Einladung Tansanias zu Gesprächen zu einer SPLM-Wiedervereinigung in Arusha, die nach einwöchigen, freundlich wie unverbindlich geführten Debatten ebenfalls in einem Abkommen resultieren.¹³ Dieses legt vage Leitlinien für eine innerparteiliche Demokratisierung fest, etwa eine Amtszeitbeschränkung für den Parteivorsitz. Das Abkommen wird aber schlussendlich ohne jede faktische Bedeutung bleiben.

Im Februar 2015 geraten die Gespräche in eine Krise, wobei sich insbesondere die Einrichtung einer Überwachungskommission, der späteren *Joint Monitoring and Evaluation Commission* (JMEC), als umstritten erweist. Aus Angst vor der möglichen Installation eines international dominierten Überwachungsgremiums, das die Souveränität und, vor allem, die faktische Macht der südsudanesischen Regierung einschränken könnte, setzt sich die SPLM-IG gegen diese Idee zur Wehr.

IGAD reagiert auf diese Schwierigkeiten, nicht zuletzt auf Anregung der USA, mit einer Verbreiterung der internationalen Abstützung der Mediation unter dem Label IGAD PLUS. Neben der IGAD-Mediation, bestehend aus Äthiopien, Kenia und dem Sudan, umfasst IGAD PLUS die Troika, einige Mitgliedsstaaten der AU sowie die AU Kommission, die UN, die EU, sowie das IGAD Partner Forum. Neben der Begleitung der Verhandlungen legt sich die IGAD PLUS selbst die Überwachung und die Mobilisierung für die Finanzierung des Friedensprozesses auf. Unter dem kumulierten internationalen Druck kommt es zu einer Einigung. Am 17. August 2015 wird das *Agreement on the Resolution of Conflict in the Republic of South Sudan* (ARCSS) von Kiir, Machar, Amum (für die SPLM-FD) und den *Other Political Parties* (OPP), einer durch die

12 Protocol on Agreed Principles on Transitional Arrangements Towards Resolution of the Crisis in South Sudan, unterzeichnet am 25. August 2014 in Addis Abeba, <https://www.peaceagreements.org/viewmasterdocument/1186>.

13 Agreement on the Reunification of the SPLM, unterzeichnet am 21. Januar 2015 in Arusha, <https://www.peaceagreements.org/viewmasterdocument/906>.

Verhandlungen faktisch erzwungenen Allianz der zivilen politischen Oppositionsparteien, unterschrieben. Es ist eine Zangengeburt, die dennoch nichts weniger als die nachhaltige Lösung des Konfliktes anstrebt.

Neben der politischen Machtteilung in einem *Transitional Government of National Unity* (TGoNU), die nicht zuletzt durch die Inklusion der SPLM-FD und ihre Beanspruchung von der Opposition zu füllender Positionen für die Regierungsseite überaus günstig ausfällt, ist ein vages Bekenntnis zum von der SPLM/A-IO geforderten Föderalismus der zentrale Kompromiss des Abkommens. Außer einigen schönen Worten in der Präambel und einem grundsätzlichen Bekenntnis findet sich erstmals die Festlegung, dass ein zukünftiger verfassungsgebender Prozess ein Regierungssystem basierend auf föderalen und demokratischen Prinzipien initiieren sollte. Zudem wird, als eines von gesamt 30 Ministerien, die Einrichtung eines *Ministry of Federal Affairs* beschlossen. Dennoch sind diese Bekenntnisse für viele nicht weitreichend genug. Speziell die ohnedies wenigen Equatorians in der SPLM/A-IO stehen diesen Zugeständnissen skeptisch gegenüber. Überhaupt findet sich Equatoria im ARCSS-Prozess nicht repräsentiert, weder durch Organisationen noch durch Persönlichkeiten, was in der traditionell eher der SPLM/A-IG zugewandten Region Befremden auslöst.

Die Transitionsphase wird, wie schon in der ersten Prinzipiendeklaration vereinbart, mit 30 Monaten und allgemeinen Wahlen nach zwei Jahren knapp angesetzt. Die Sicherheitssektorreform, und damit der Umgang mit den zwei gegeneinander kämpfenden Armeen, wird vertagt. Ein proportional besetztes *Strategic Defence and Security Review Board* soll binnen 120 Tagen einen Fahrplan für den bevorstehenden Entwaffnungs- und Reintegrationsprozess (DDR) und eine Sicherheitssektorreform (SSR) erarbeiten. Bewaffnete Verbände außerhalb von SPLA und SPLA-IO sind in dieser Vereinbarung nicht aktiv involviert, sehr wohl aber mitgemeint, was die Exklusivität des Vertragswerkes unterstreicht.

Das ARCSS krankt von Beginn weg an einem für Friedensprozesse letalen Problem: beide Seiten zeigen, aus unterschiedlichen Gründen, keine Ambitionen, es einzuhalten und langfristig umzusetzen. Salva Kiir sieht sich starker interner Opposition ausgesetzt, die, aus militärischer Logik folgerichtig, in einer Situation, wo ein entscheidender Sieg auf dem Schlachtfeld nur mehr als eine Frage der Zeit erscheint, keinen Grund für politische Kompromisse

gegeben sieht. SPLA-Generalstabschef Paul Malong geriert sich als einer der lautesten Vertreter dieser Denkschule.¹⁴

Währenddessen nimmt Riek Machar aus einer relativen Position der Schwäche heraus eine Neuformierung der SPLM-IO-Spitze vor: Neben ihm werden Taban Deng und Riek Machars Ehefrau, Angelina Teny, in die engste Führungsebene aufgenommen. Die Konstellation ist pikant. Einerseits sind Angelina Teny und Taban Deng verwandt und phasenweise gemeinsam aufgewachsen. Andererseits ist ihre persönliche Beziehung seit Angelina Tenys Niederlage in der Wahl zum Gouverneur von Unity State im Jahr 2010 und den darauffolgenden Unruhen gelinde gesagt unterkühlt. Auch ist Taban Deng der Hauptkontrahent von Riek Machar um die Führung der südsudanesischen Opposition.

Der eigentliche Todesstoß für das Abkommen erfolgt nicht einmal zwei Monate nach seiner Unterzeichnung. Am 2. Oktober 2015 verordnet Salva Kiir per »Presidential Decree« eine Neuordnung der staatlichen Struktur durch eine Erweiterung auf 28 Gliedstaaten. Angesichts des expliziten Ausschlusses von internen Grenzverschiebungen seitens des Präsidenten in der gültigen Interimsverfassung bedeutet dieser Schritt nicht nur einen wissentlichen Verfassungsbruch. Er untergräbt die vereinbarte Machtteilung auf Ebene der Gliedstaaten, wonach die SPLM/A-IO die Gouverneure von Unity State und Upper Nile State stellen sollte. Zugleich ist der Schritt ein Affront gegenüber dem Föderalismus-Bekenntnis in ARCSS und der politischen Position der IO. Diese favorisiert die Einführung von 21 Staaten entlang einer Aufteilung, die auf die von der britischen Kolonialmacht vor der sudanesischen Unabhängigkeit gezogenen Distriktgrenzen zurückgeht.

Die praktischen Folgen dieser Umstrukturierung sind drastisch. In Upper Nile kommt es durch die neuen Grenzziehungen zu Landenteignungen von Shilluk-Siedlungsgebieten durch Dinka. Es handelt sich vor allem um Gebiete östlich des Nil, die als Eastern Nile State aus dem Territorium des ehemaligen Shilluk-Königreiches herausgebrochen werden. Die Entscheidung führt zum Austritt des Shilluk-Kommandeurs Yoanis Okiech, einem Bruder von Pagan Amum, aus der SPLA. Er gründet die *Tiger Faction New Forces* (TFNF), mit der er die SPLA, die die Enteignungen durchsetzt, angreift. Diese Kämpfe führen zu einer Massenflucht der Shilluk-Bevölkerung in das PoC-Camp in Ma-

14 Siehe etwa seine vor Vertragsunterzeichnung geäußerte Ablehnung gegen den vereinbarten Machtteilungsschlüssel, <https://sudantribune.com/spip.php?article55883> [17-01-2021].

lakaal, wo sie aber weiterhin Übergriffen von Regierungstruppen ausgesetzt sind (Young, 2019: 145). Letztlich endet die Rebellion mit dem Tod von Okiech im Januar 2017.

Ebenfalls zu Spannungen und vereinzelten Kämpfen kommt es in Western Bahr el-Ghazal. Die Aufteilung des Staates in Wau State und Lol State zerschneidet das Siedlungsland der Fertit, was diese angesichts ihrer relativen numerischen Schwächung in den neuen Teilstaaten de facto von politischen Ernennungen ausschließt. Schon zuvor waren die Fronten in Equatoria in Bewegung geraten, nachdem Kiir im August 2015 den Gouverneur von Western Equatoria, Bangasi Joseph Bakosoro, entlassen hatte. Wenngleich Bakosoro keine relevante militärische Rolle zu spielen in der Lage sein wird, ist seine Entlassung dennoch der Auslöser einer Reihe sich zunehmend segmentierender Konflikte in der Region (ICG, 2016).

Internationaler Druck, vor allem seitens der USA, zwingt Riek Machar dennoch, einzulenken und diese politische Provokation zähneknirschend zu akzeptieren. So entscheidet sich die SPLM/A-IO verspätet, am 27. Oktober 2015, den im September in Addis Abeba ausgehandelten permanenten Waffenstillstand zu unterschreiben. Politisch drängt Taban Deng immer stärker in die Rolle des zentralen Bindeglieds zur Regierung, was bei Riek Machar und seinen Vertrauten erste Befürchtungen über sein mögliches Überlaufen weckt. Der politische Prozess läuft dennoch weiter. Aufgrund von Sicherheitsbedenken schickt die SPLM/A-IO Mitte Dezember zunächst nur ein von Taban Deng geleitetes 150 Mitglieder starkes Vorauskontingent nach Juba. Riek Machar folgt einige Monate später. Ende April trifft er mit SPLA-IO-Oberkommandierenden Simon Gatwech Dual zum ersten Mal nach Ausbruch des Bürgerkrieges in Juba ein und wird am 26. April formell als Erster Vizepräsident angelobt. Eine Woche später erfolgt die Angelobung der gesamten Übergangsregierung.

Die Formalitäten können jedoch einen konkreten Willen zur Zusammenarbeit nicht ersetzen. Und dieser ist nach wie vor nicht gegeben. Sofort kommt es zu regierungsinternen Streitigkeiten, etwa über die weitere Vorgehensweise mit den Kriegsgefangenen. Zugleich zeigt die SPLA keine Bereitschaft, mit dem Überwachungsmechanismus des Waffenstillstandes, CTSAMM, zusammenzuarbeiten. Stattdessen nehmen die bewaffneten Zusammenstöße zwischen den verfeindeten Truppenteilen an Häufigkeit zu. Am Abend des 7. Juli kommt es schließlich in Juba zu ersten bewaffneten Auseinandersetzungen, als Einheiten der SPLA-IO von Regierungssolda-

ten attackiert werden. Dies ist allerdings nur ein Vorgeplänkel für den unglückseligen 8. Juli 2016.

Am Morgen jenes Freitags, dem Vortag des fünften Unabhängigkeitsjubiläums, begibt sich Riek Machar zu einem von JMEC vermittelten Treffen mit Salva Kiir und Vizepräsident James Wani Igga in den Präsidentenpalast J1. In der Früh hatten noch beide Seiten zu einer sofortigen Einstellung erster Scharmützel aufgerufen. Ohne Erfolg. Kurz nach dem Eintreffen von Machar bricht vor dem Palast ein heftiges Feuergefecht zwischen den Wachkontingenten von Kiir und Machar aus. Das auf offener Straße ausgetragene Shoot-Out, dessen Spuren auch über vier Jahre später noch an den Wänden gegenüber von J1 sichtbar sind, kostet 150 Menschen das Leben. Riek Machar, zunächst von Salva Kiir höchstpersönlich gegen Kugeln abgeschirmt, gelingt es, zu seiner Basis hinter dem Jebel Kujur zu entkommen. Kurzfristig ist die Lage verworren. Dennoch deuten Augenzeugenberichte, die eine kurzfristige massive Verstärkung des den Präsidenten bewachenden Tiger Division-Kontingents vor dem Gefecht beobachtet haben wollen¹⁵, auf einen geplanten Charakter dieses Ereignisses hin.

Zusammenbruch und Revitalisierung

Die darauffolgenden Kämpfe in Juba dauern drei Tage und fordern mehrere hundert Todesopfer. Am 10. Juli kommt es zu einem Angriff auf Machars Hauptquartier, was dessen Entscheidung, in die Demokratische Republik Kongo (DRC) zu fliehen, mitauslösen dürfte. Der Trek in Richtung des Garamba Nationalparks in DRC dauert 30 Tage. Er wird von all jenen unternommen, die die Schlacht in Juba einigermaßen unbeschadet überstehen. Jene SPLA-IO-Kämpfer:innen, die verwundet zurückbleiben, suchen in den beiden von UNMISS bewachten PoC-Sites Schutz. Dies führt zu mitunter langen, persönlichen Trennungen. Im November 2020 treffe ich zufällig einen IO-Soldaten auf seinem ersten Besuch in Juba nach dem damaligen Treck. Plötzlich, gerade als er mir von seinen Erfahrungen auf dem Weg nach DRC berichtet, verliert er jede Contenance. Er springt auf und umarmt einen neu Hinzukommenden, minutenlang, unter Tränen. Es ist sein Bruder, der nach Verwundungen in Juba im PoC Camp in Juba zurückbleiben musste. Es war ihr erstes Wiedersehen nach über vier Jahren.

15 <https://sudantribune.com/spip.php?article59551> [17-01-2021].

Etwa tausend Getreue begleiten Machar auf seinem Treck, unter beständiger Bedrohung durch Regierungstruppen. Nach Ankunft im Garamba Nationalpark treten sie mit MONUSCO, der UN-Friedensmission in DRC, in Verhandlungen um Nahrungsmittelunterstützung und weitere humanitäre Hilfe. Unmittelbar danach beginnen Gespräche mit dem sudanesischen Regime, nach wie vor präsiert von Omar al-Bashir, der in der letzten Phase seiner Herrschaft die IO als willkommene Verhandlungsmasse gegen die SPLM/A einsetzen will. Neben der eher passiven Duldung von darfurischen Rebellengruppen durch die SPLM/A geht es insbesondere um den Konflikt im »Neuen Süden« und die von der SPLM/A strategisch unterstützten Aktivitäten der SPLM-N in South Kordofan und Blue Nile, die Bashir untergraben will. Machar erreicht sein Ziel. Er und 150 seiner engsten Getreuen werden nach Khartum ausgeflogen. Was zu diesem Zeitpunkt aus Sicht der SPLM/A-IO alternativlos ist, wird sich mittelfristig jedoch aufgrund der immer deutlicher hervortretenden Eigeninteressen Khartums als problematisch herausstellen.

In der Tat kommt es bald nach dem endgültigen Zusammenbruch des Friedensprozesses zu einer Annäherung zwischen Sudan und Uganda. Yoweri Museveni war wegen der UPDF-Intervention in der ersten Phase des Bürgerkrieges massiver Kritik durch andere IGAD-Mitgliedsstaaten ausgesetzt. Nicht zuletzt deswegen entscheidet er sich diesmal gegen ein aktives Eingreifen und eine allzu offensichtliche Unterstützung von Salva Kiir. Dennoch ist Uganda nicht zuletzt wegen der massiven Fluchtbewegungen von Südsudanese:innen nach Norduganda an einer nachhaltigen Lösung interessiert. In den ersten Wochen nach dem neuerlichen Entflammen des Bürgerkrieges fliehen 300.000 Menschen über die Grenze. Dieser Konvergenz der Interessen der beiden Nachbarstaaten des Südsudan wird in den späteren Friedensverhandlungen eine entscheidende Rolle zukommen.

Die SPLM/A-IO geht geschwächt in die neue Phase des Bürgerkrieges. Zwar war es ihr gelungen, während des Marsches nach DRC eine gewisse Unterstützung in Western Equatoria zu generieren. Zugleich verlor sie aber im Zuge dieser neuerlichen Zuspitzung ihre letzten Verbindungen zu den Dinka-Gemeinschaften. Diese Entwicklung hat auch in Hinblick auf die Institutionalisierung des südsudanesischen politischen Systems problematische Auswirkungen. Trotz der aktiven Versuche beider Seiten, multiethnische Koalitionen zu schmieden, nimmt die ethnopolitische Polarisierung zwischen einer als Dinka-lastig wahrgenommenen Regierung und einer von Nuer und einigen Shilluk dominierten Opposition weiter zu. Zugleich koppelt sich das in dieser Polarisierung nicht repräsentierte Equatoria von der Auseinander-

setzung weiter ab. Militärisch ist die Position der IO ebenfalls geschwächt, insbesondere in Upper Nile kommt es wiederholt zu Rückschlägen. Als effektivste Kraft erweist sich Johnson Olonyis *Agwelek Division*, die die Shilluk-Gebiete westlich des Nil wieder unter IO-Kontrolle bringen kann.

Ebenso kann Machar eine Spaltung der IO, die schon länger befürchtet worden war, nicht verhindern. Taban Deng stellt sich offen gegen die Machar-Fraktion und übernimmt wenige Wochen nach dem »Juba Incident« am 26. Juli 2016 auf Salva Kiirs Angebot hin Machars Position als Erster Vizepräsident. Taban Dongs Worte – »This country has a constitution, this country has a president and has a law to be followed. Your Excellence Mr. President, as I said, you are my commander in chief« – sind ebenso eindeutig wie jene Salva Kiirs: »Of course this agreement cannot be personalized that if X is away, the agreement can be shelved until when that person comes«. ¹⁶ Diese Position wird von der Obama-Administration in ihrem verbissenen Versuch, den Friedensprozess wider alle gegenteiligen Anzeichen zu retten, gegen die ursprüngliche Intention des ARCSS offiziell unterstützt. Während eines Staatsbesuches in Kenia im August 2016 gibt Secretary of State John Kerry zu Protokoll: »I think it's quite clear that legally, under the agreement, there is allowance for the replacement in a transition of personnel, and that has been effected with the appointment of a new vice president.« ¹⁷ Letzten Endes bleibt auch der um vieles skeptischer eingestellten IGAD nichts anderes übrig, als die geschaffenen Fakten zu akzeptieren.

Auf Regierungsseite kommt es ebenfalls zu Komplikationen. Offenbar als Antwort auf massives Lobbying, mutmaßlich aus radikalen Dinka-Kreisen, erweitert Kiir im Januar 2017 die Zahl der Gliedstaaten neuerlich, von 28 auf 32, was zu formalen Protesten von UN und IGAD führt. Am 10. Februar 2017 tritt Thomas Cirillo Swaka, einer der Stellvertretenden Oberkommandierenden der SPLA, von seiner Position zurück. Er bezichtigt Generalstabschef Paul Malong des Tribalismus und der bewussten Torpedierung des Friedensprozesses (»orchestrated by design« lautet die von ihm gewählte Formulierung ¹⁸). Cirillo, als fähiger und konsequenter Kommandant bekannt, begibt sich umgehend in die Gegend von Yei im südlichen Central Equatoria und formiert eine Miliz unter dem Namen *National Salvation Front* (NAS). Die NAS erweist

16 <https://sudantribune.com/spip.php?article59735> [17-01-2021].

17 <https://2009-2017.state.gov/secretary/remarks/2016/08/261188.htm> [17-01-2021].

18 <https://www.malakalpost.com/lt-gen-thomasEdwardThomas-cirillo-swakaThomasCirilloSwaka-the-deputy-chief-of-general-staff-for-logistics-resignation-letter> [17-01-2021].

sich in ihren Auseinandersetzungen mit der SPLM/A und der späteren SSPDF als militärisch effektiv, politisch stringent und wenig kompromissbereit. Bald erweitert sie ihre Aktivitäten auf das gesamte Equatoria. Auch eine relevante Zahl an SPLM/A-IO-Kadern in der Region schließt sich der NAS an.

Die sich verschärfende Krise in den Equatorias beantwortet Salva Kiir mit überraschend deutlichen und politisch riskanten Einschnitten. Am 9. Mai entlässt er Generalstabschef Paul Malong und ersetzt ihn durch James Ajongo Mawut. Offenbar hat Malong, der unter Einsatz der von ihm orchestrierten Dinka-Miliz Mathiang Anyoor wesentlich zum Ausbruch des Bürgerkrieges beigetragen hat und als der prominenteste Gegner jedes Kompromisses mit der SPLM/A-IO gilt, seine Karten überspielt. Vermutlich nicht zu Unrecht werden ihm politische Ambitionen auf die Position Kiirs nachgesagt. Malong macht sich umgehend mit einer starken Leibwache auf den Weg in seine Heimatgemeinde Aweil. Angesichts einer präsidentiellen Order, seine Ankunft zu unterbinden, lässt sich Malong nach längeren Gesprächen in Yirol, in denen ihm unter anderem freies Geleit zugesichert wird, zu einer Rückkehr nach Juba umstimmen. In weiterer Folge begibt er sich ins Exil nach Kenia. In Nairobi beginnt er umgehend mit dem Aufbau einer eigenen bewaffneten Formation, der *South Sudan United Front* (SSUF). Die SSUF kann auf der lokalen Popularität des von den UN wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen sanktionierten und steinreichen Malong aufbauen.

Die militärische Führung findet nach Malongs Abgang in keine ruhigen Fahrwasser. Zunächst wird die SPLA in *South Sudanese Defence Forces* (SSDF), und schließlich, im August 2017, in *South Sudanese People's Defence Forces* (SSPDF) umbenannt. Bei den Oberkommandierenden kommt es zu raschen Wechsell. Malongs Nachfolger, James Ajongo, erkrankt und verstirbt weniger als ein Jahr nach Amtsübernahme. Ihm folgt der wie Malong ebenfalls von den UN sanktionierte Bor Dinka Gabriel John Riak. Dieser wird nach weiteren zwei Jahren, im Mai 2020, wiederum von Johnson Juma Okot abgelöst. Johnson Juma, ein Acholi aus Eastern Equatoria, wird vermutlich nicht zuletzt wegen der Notwendigkeit einer stärkeren Repräsentanz Equatorias in der SSPDF-Führung für diese Funktion ausgewählt.

Zugleich verändert die Entlassung Malongs die politische Dynamik in Juba. In die Rolle des neuen zentralen Partners – und Kontrahenten – von Kiir schlüpft der Direktor des Internal Security Bureau im *National Security Service* (NSS), Akol Koor Kuc. Wie Kiir stammt Akol Koor aus Warrap, und er verdankt Kiir zu wesentlichen Stücken seine Karriere. Unmittelbar nach der Unabhängigkeit befördert Kiir den in niederen Rängen stehenden Offizier di-

rekt zum Generalleutnant und macht ihn als Leiter des Internal Security Bureau zum faktischen Chef aller südsudanesischen Geheimdienste. Akol Koor wird es ihm in den folgenden Jahren durch bedingungslose Loyalität und die konsequente Verfolgung aller oppositionellen Strömungen vergelten. Wenig überraschend wird Koor eine wesentliche Rolle bei der Entlassung Malongs zugeschrieben.

Zusätzlich zu seiner Funktion im NSS fungiert Koor lange als Vorstandsmitglied des sudanesischen Ölkonsortiums *Nilepet*, wobei er einen Teil des dadurch kontrollierten Geldes nachweislich für Waffeneinkäufe zugunsten außerhalb der SPLA operierender Dinka-Milizen verwendet. Die immer einflussreichere Rolle von Koor, und des NSS im Allgemeinen, führt zu zunehmenden Spannungen mit der SPLA und der späteren SSPDF. Auch das Verhältnis zu Kiir wird offenbar fragiler. Im September 2020 entfernt Kiir Koor und den Generaldirektor des General Intelligence Bureau im NSS, Thomas Duoth Guet, von ihren Positionen bei Nilepet, offenbar in einem Versuch, die Macht des NSS im internen Gefüge zurückzubinden.

Trotz dieser politischen Herausforderungen und der aus den Fugen geratenden Situation in Equatoria dominiert die Regierungsseite den militärischen Konflikt mit der SPLM/A-IO. Die gegen das IO-Hauptquartier gerichtete Pagak Offensive im Juli und August 2017 versetzt der IO einen schweren militärischen und politischen Schlag, nicht zuletzt, da sich daran viele zu Taban Dengs IO-Regierungsfraktion übergelaufene, vormals eigene Kämpfer:innen beteiligen. Nach heftigen Kämpfen kann die SSPDF Pagak einnehmen. Damit untermauert sie ihre strategische Kontrolle des Landes, zu diesem Zeitpunkt sind bereits alle 32 Provinzhauptstädte unter Regierungskontrolle.

Zugleich steigt für beide Seiten der Druck, sich auf einen erneuten Verhandlungsprozess einzulassen. Das Personal der Trump-Administration tritt der SPLM um einiges kritischer gegenüber, als diese es aus Obama-Zeiten gewohnt war. Nikki Haley, US-amerikanische Botschafterin bei den UN, besucht Juba im Oktober 2017. Sie muss prompt wegen einer Anti-Kiir-Demonstration aus einem der PoC-Camps bei Juba evakuiert werden. Wenig später kritisiert sie die südsudanesische Regierung für deren Gewaltanwendung gegen die Zivilbevölkerung und agiert als treibende Kraft für die Verhängung eines internationalen Waffenembargos durch den UN-Sicherheitsrat mit UNSCR 2428 vom 13. Juli 2018.

Doch der am Ende entscheidende Druck zur Aufnahme von Friedensverhandlungen kommt nicht vom Westen, sondern von den beiden Nachbarn im Norden und im Süden, Sudan und Uganda, die sich mittlerweile auf eine

gemeinsame strategische Vorgangsweise verständigt haben. Omar al-Bashir drängt Riek Machar bald nach seiner Ankunft in Khartum zur Teilnahme an ersten Vorverhandlungen in Addis Abeba. Nachdem der vorangegangene Friedensprozess formell nie beendet worden war, geht es nun um seine Revitalisierung. Von 18. bis 22. Dezember treffen sich die Parteien – neben dem TGoNU, das neben der SPLM/A auch die IO-Fraktion von Taban Deng umfasst, und der SPLM/A-IO noch die SPLM-FD, die NAS, das von Lam Akol geführte NDM, Peter Gadets SSUM, sowie weitere kleinere Milizen, die sich im Fortlauf der Verhandlungen zur *South Sudan Opposition Alliance* (SSOA) zusammenschließen werden – zu Waffenstillstandsverhandlungen in Addis Abeba. Ein erstes Waffenstillstandsabkommen wird unterzeichnet¹⁹, allerdings von Regierungsseite am Weihnachtstag mit Angriffen auf IO-Stellungen in Upper Nile und in Central Equatoria prompt wieder gebrochen.

Der Sudan ist gewillt, die Verhandlungen mit allen Mitteln voranzutreiben. Im Rahmen einer informellen Übereinkunft mit Südafrika befindet sich Riek Machar während der gesamten Verhandlungsmonate in faktischem Hausarrest in Johannesburg. Er kann nur zu den Gesprächen nach Khartum oder Addis Abeba ausreisen. Die wesentliche Motivation für den in den letzten Monaten seiner Herrschaft stehenden Omar al-Bashir in Khartum ist die Aussicht auf eine Wiederaufnahme der Ölförderung, die dringend benötigte Devisen, etwa über die Transitgebühren, in die sudanesischen Taschen spülen würden. Ein Friedensschluss wäre die Voraussetzung, diese Gelder zu lukrieren, und Bashir scheint zu spüren, dass in diesen Verhandlungen auch für ihn persönlich sehr viel auf dem Spiel steht. Uganda, das mittlerweile eine Million aus dem Südsudan Geflüchtete beherbergt, hat ebenso materielle Interessen an einem Friedensschluss und erhöht sukzessive den Druck auf Salva Kiir.

Zwar hat IGAD die offizielle Verhandlungsführung, doch die eigentliche Initiative kommt eindeutig aus Khartum. Die internationalen Mechanismen der ARCSS-Verhandlungen, IGAD PLUS und die Troika, sind zu diesem Zeitpunkt nicht mehr aktiv involviert. Im Juni 2018 findet eine erste substanzielle Verhandlungsrunde in Addis Abeba unter Beteiligung von Bashir und Museveni statt. Im Anschluss lädt Bashir die Parteien nach Khartum ein. Dort unterschreiben Kiir, Machar, die SSOA, die SPLM-FD und die Gruppe der OPP,

19 Agreement on Cessation of Hostilities, Protection of Civilians and Humanitarian Access, Republic of South Sudan, unterzeichnet am 21. Dezember 2017 in Addis Abeba, <https://www.peaceagreements.org/viewmasterdocument/1966>.

die mittlerweile wieder zum Prozess gestoßen ist, unter Augen der IGAD eine *Khartoum Declaration*²⁰, die den Waffenstillstand erneuert und in ihrem Hauptteil die Wiederaufnahme der Ölförderung in Unity State behandelt. Omar al-Bashir tritt als offizieller Garant des Vertrages auf.

Wenig später, am 7. Juli 2018, kommt es zum entscheidenden Tag dieser im Vergleich zum vorangegangenen Prozess grundlegend anders gestalteten Verhandlungen. Bashir besucht zusammen mit Kiir und Machar Yoweri Museveni in Entebbe nahe Kampala. In weit in die Nacht dauernden Verhandlungen werden die Grundzüge jenes Deals ausgehandelt, der wenig später in Addis Abeba unter Ägide der IGAD und unter Beteiligung der anderen Parteien formalisiert wird. Am 12. September 2018 wird das revitalisierte Friedensabkommen, R-ARCSS, schließlich von Salva Kiir, Riek Machar, Deng Alor (für SPLM-FD) und Gabriel Changson Chang (für SSOA), sowie sechs Vertretern der OPP unterzeichnet.

Die wohl wesentlichste politische Umwälzung in dieser finalen Phase der Verhandlungen ist das Auseinanderbrechen der SSOA. Thomas Cirillo verlässt mit einer Mehrheitsfraktion der NAS im Verein mit Lam Akols NDM und einzelnen anderen Gruppierungen das Oppositionsbündnis und bricht damit mit dem R-ARCSS-Prozess. Die Gruppierungen formieren sich neu als *South Sudan Opposition Movement Alliance* (SSOMA). Die SSOMA nimmt in der zweiten Jahreshälfte einen eigenen, von der *Comunità di Sant'Egidio* vermittelten Friedensprozess mit der Regierung auf, den sogenannten Rom-Prozess. Dieser Prozess hat, abgesehen von einer allgemeinen Deklaration²¹ und nicht eingehaltenen Waffenstillstandsabkommen, bislang zu keinen nachhaltigen Resultaten geführt. Jedoch kommt es im Zuge dieses Prozesses zu einer paradox erscheinenden Annäherung der zwei früheren Erzfeinde Cirillo und Malong. Malongs neu formierte SSUF wird in die SSOMA aufgenommen. Diese Eingliederung bleibt fragil und ist von Streitigkeiten überschattet.

Nach dem Friedensschluss setzt zunächst ein kollektives Durchatmen ein. Ende Oktober 2018 macht sich Machar auf den Weg nach Juba, verweilt dort aber in Anbetracht der nach wie vor volatilen Situation nur kurz. Wenig später

20 Khartoum Declaration of Agreement Between Parties of the Conflict of South Sudan, unterzeichnet am 27. Juni 2018 in Khartum, <https://www.peaceagreements.org/viewmasterdocument/2109>.

21 Rome Declaration on the Peace Process in South Sudan, unterzeichnet am 12. Januar 2020, <https://www.peaceagreements.org/viewmasterdocument/2288>.

reist er zurück nach Khartum. Dort findet er nach dem Sturz von Omar el-Bashir im April 2019 eine grundlegend veränderte politische Situation vor, die den auf ihm persönlich lastenden politischen Druck von sudanesischer Seite signifikant verringert. Auch die SPLM-FD findet sich wieder in Juba ein, um sich am Transitionsprozess zu beteiligen. Diese politische Transition bildet für sich genommen eine komplexe Konfliktlandschaft, die im Detail in einem späteren Kapitel behandelt wird.

Durch die ausschließliche Dominanz regionaler Akteure, insbesondere Sudans und Ugandas, die die breite internationale Beteiligung am ARCSS-Prozess konterkariert, nimmt der R-ARCSS in den afrikanischen Friedensprozessen eine Sonderstellung ein. Die noch aus CPA-Zeiten herrührende und bis zu diesem Zeitpunkt immer eingebundene Troika, bestehend aus den USA, Großbritannien und Norwegen, ist in den Verhandlungsprozess nicht eingebunden und über dessen Fortgang weitgehend uninformatiert (ICG, 2019: 10). Ich selbst erlebte aufgrund eines glücklichen Zufalls die Meldung des Verhandlungsdurchbruchs in der Britischen High Commission in Nairobi, gemeinsam mit dem britischen Südsudan-Team, das sich von der letztendlichen Vertragsunterzeichnung genauso überrascht zeigt wie unbedarfte externe Beobachter:innen. In offiziellen Stellungnahmen zeigt sich die Troika von R-ARCSS zunächst wenig überzeugt. Erst spät bekennt sie sich zum Prozess und akzeptiert eine aktive Involvierung in dessen Implementierung.

Die Perspektiven des Abkommens sind umstritten und der mit dem Abkommen eingeleitete Transformationsprozess, wie wir noch sehen werden, herausfordernd. Dennoch zeichnet sich R-ARCSS gegenüber dem vorangegangenen ARCSS durch zwei wesentliche Unterschiede aus. Erstens ist der Vertrag ein Resultat eines genuinen regionalen Interesses, das von den zwei über die Jahrzehnte wesentlichsten Partnern der südsudanesischen Konfliktparteien durchgesetzt wird. Zweitens hat sich die militärische Lage noch weiter zugunsten der Regierung verschoben, was für die Vertragsumsetzung mindestens ebenso bedeutsam ist. Damit sinkt zwar die Kompromissbereitschaft der Regierung um Kiir, es sind aber intern weniger herausfordernde Stimmen zu erwarten. Der SPLM/A-IO wiederum bleibt, wie den anderen Unterzeichnern des Abkommens, keine andere Option, als den Prozess mit all seinen Schwierigkeiten durchzustehen und die bestmöglichen Resultate zu erzielen.

Am Ende dieser Abhandlung stellt sich naturgemäß die Frage, welche ersten Schlüsse aus dieser überaus turbulenten (de Waal et al., 2019: 2) politisch-militärischen Geschichte gezogen werden können, an deren Ende der

Südsudan als unabhängiger, nun selbst in einen Friedensprozess verwickelter Staat steht. Es sind zwei Aspekte, die besondere Beachtung verdienen. Erstens zeigt sich die Wirkmächtigkeit kolonial institutionalisierter Diskurse und Gegensätze. Der tragische Gegensatz zwischen einer Polarisierung entlang des karikaturesken »Afrika« versus »Arabien«-Schemas einerseits und einer sich immer öfter gewaltsam entladenden »ethnischen« Auseinandersetzung im Inneren andererseits ist ohne die Kolonialgeschichte nicht erklärlich. Die Institutionalisierung und die damit einhergehende faktische Wirkungsmacht dieser Diskurse ist allerdings ebenso ein Produkt der politisch-militärischen Konflikte seit der sudanesischen Unabhängigkeit. Dies ist immer vor dem Hintergrund zu sehen, dass ein Prozess der nationalstaatlichen Vergesellschaftung im Gebiet des heutigen Südsudan nie stattgefunden hat.

Als eine zweite Erkenntnis ist festzuhalten, dass die allzu gerne gesuchten klaren politischen Zuschreibungen – »New Sudan« versus »Unabhängigkeit«, demokratisch versus diktatorisch, für oder gegen einen Friedens- oder Versöhnungsprozess – bei nahezu allen Exponent:innen südsudanesischer Politik versagen. Sie entspringen mehr den Ideen engagierter Kommentator:innen und deren, verständlichem, Wunsch nach Orientierung und Klarheit. Ironischerweise finden manche dieser äußeren Zuschreibungen tatsächlich Eingang in den südsudanesischen Diskurs – so ist die »New Sudan«-Vision niemals zuvor so eindeutig formuliert wie im *SPLM Manifesto* von 2008, also zu einem Zeitpunkt, an dem die nationale Unabhängigkeit längst zur einzigen gangbaren Option geworden war. Was bei aller militärischen Brillanz und Leistungsfähigkeit der SPLM/A, die in der lange Jahre für vollkommen unmöglich gehaltenen Unabhängigkeit mündet, vorherrscht, ist alles andere als die von außen gesuchte Klarheit. Es ist vielmehr taktisches Abwägen, Abwarten und strategische Ambivalenz. Es wäre jedoch ein grober Fehler, diese politischen Charakteristika als Schwäche misszuverstehen.

Durchdringungen

Die Einbettung des südlichen Sudan in das regionale und internationale politisch-ökonomische Setting gestaltet sich von jeher problematisch. Zudem verläuft sie selten zum allseitigen Vorteil. Auch stellt sich die legitime Frage, was eigentlich zu integrieren war. Vor der kolonialen Durchdringung geht es einzig um Raum, Lebensraum für Menschen, um politischen Raum ihrer Gemeinschaften, aber nicht um Raum, der weitergehender regionaler oder globaler Integration ausgesetzt war. Der südliche Sudan ist die klassische Leerstelle auf kolonialen Landkarten, ein Gebiet, dessen Ausdehnung sich einzig durch die angrenzenden Territorien erschließt. So ist der heutige Südsudan in seiner Diversität und Vielschichtigkeit eine Größe, deren territorialer Zusammenhalt überhaupt erst durch externe Interventionen ausgelöst worden ist. Einen intrinsischen Prozess der die Gemeinschaften übergreifenden Vergesellschaftung durchlebt das Land nicht, zumindest nicht in der Zeitphase vor der sudanesischen Unabhängigkeit.

Die im Folgenden dargestellten Durchdringungen hingegen sind nicht enden wollend. Sie konstituieren den Südsudan als politisches Feld. Ebenso konstituieren sie ein eigenes Feld der politischen Auseinandersetzung, eine Konfliktlandschaft. Aufbauend auf der in den vorangegangenen historischen Kapiteln dargelegten Geschichte der fragmentarischen politischen Institutionalisierung diskutiert dieses Kapitel die Konfliktlandschaft als eine Ansammlung verschiedenartiger Verflechtungen, die den Südsudan überhaupt erst als Südsudan zusammensetzen. Jede Einheit konstituiert sich als solche immer in Interaktion und partieller Abgrenzung mit einem Außen. Integration ohne gleichzeitigen Ausschluss kann es nicht geben.

Dennoch ist die südsudanesische Konstellation speziell. Der Widerstand gegen externe Durchdringung führt zunächst zu keiner staatlichen Integration. Es sind vielmehr erst diese Durchdringungen, die solche Prozesse initiieren, aktiv befördern und vorantreiben. Die erste der in diesem Ab-

schnitt dargestellten Durchdringungen, der Kolonialismus, bietet dafür ein eindrückliches Beispiel. Insbesondere in der Periode des Kondominiums unter faktischer britischer Herrschaft ist diese Phase der Beginn einer zum Teil von handfesten politischen Eigeninteressen motivierten Identitätsbildung, die die Konstruktion einer »afrikanischen« Identität betreibt und sie in antagonistischer Weise einer »arabischen« Identität entgegenstellt. Aus politischen Interessen. Die Konsequenzen dieses Unterfangens sind spätestens mit der sudanesischen Unabhängigkeit offenkundig. »By then, not only had the South consolidated a legacy of resistance to slavery, Arabization, and Islamization, but the separatist colonial policy and the influence of Christianity and elements of Western culture had reinforced a distinct Southern identity.« (Deng, 2006: 156)

Sowohl während als auch nach der Kolonialherrschaft sind weitere Durchdringungen im Gange, die ebenso zur Heranbildung eines rudimentär nationalen institutionellen Gefüges und einer, allerdings prekären, nationalen Identität beitragen. Der Menschenhandel, der bis weit in die sudanesishe Unabhängigkeit besonders im Westen einen wesentlichen Einfluss auf wechselseitige Wahrnehmungen und identitäre Prägungen hat, ist ein solches Beispiel. Auch die Frage der Wasserökonomie spielt eine solche Rolle. In einem südlich an die Sahara grenzenden Gebiet wirft Wasser unvermeidlich eine existenzielle Dimension auf. Eine weitere zentrale Komponente der Durchdringung ist das Element der internationalen Hilfe und des internationalen Engagements. Dieses Engagement manifestiert sich zunächst als humanitäre Nothilfe als Reaktion auf durch den Bürgerkrieg ausgelöste Hungersnöte. Doch diese Nothilfe entfaltet bald eine politische Dimension, die die beständig wachsende multidimensionale internationale Intervention weiter bestimmen wird. Deren Einfluss auf die Entwicklung der südsudanesischen Konfliktlandschaften ist kaum zu überschätzen.

Letztlich fragt das Kapitel nach den Auswirkungen all dieser Verflechtungen auf die Formierung von Fragmenten der südsudanesischen Staatlichkeit. Zwei argumentative Stränge kristallisieren sich als besonders relevant heraus. Einerseits die gerade angesprochene Binarisierung von Identität zwischen »afrikanischen« und »arabischen« Sudan:innen, die vom Kolonialregime angestoßen wird, vom unabhängigen Sudan dann aber phasenweise, gerade in Verbindung mit einer religiösen Agenda, überaus konsequent weiter bewirtschaftet wird (LeRiche und Arnold, 2013: 3).

Auf der anderen Seite führen all diese Verflechtungen zu einer strategischen Peripherisierung des Südsudan. Diese Peripherisierung ist nie

umfassend erfolgreich und durchschlagend, zu stark sind die Identitäten der unterschiedlichen in der Region lebenden Gemeinschaften, die sich später in prononciierter Ethnopolitik äußern werden. Die Auswirkungen sind jedoch widersprüchlich. Zwar bietet das selbstbewusste Auftreten verschiedener südsudanesischer Gemeinschaften eine überaus wirksame Abwehr gegenüber als fremd empfundenen Prozessen integrativer Institutionalisierung. Andererseits verhindert dieses Gemeinschaftsbewusstsein das Wirksamwerden der Vorteile gesellschaftlicher Funktionalität und nationalen Zusammenhalts. »The South was not only a war zone, it was a zone whose population had no political clout either nationally or internationally, and it was an ethics-free zone, where agents of the state could do what they liked with impunity.« (de Waal, 1997: 93)

Kolonialismus

Die koloniale Durchdringung des Südsudan ist ein bemerkenswert erfolgloses Unterfangen. Die auf brutaler Ausbeutung basierende Ökonomie der Turkiyya war über Tributpflichten nicht nur für die Menschen- und Elfenbeinjäger, sondern für das System als Ganzes profitabel. Das kann für das britisch dominierte Kolonialregime im Kondominium nicht angenommen werden. Die zuvor beschriebenen Versuche der Etablierung einer »Indirect Rule« über »Native Administration« sind so nicht zuletzt aus Kostenerwägungen zu verstehen. Investitionen tätigt die Kolonialmacht faktisch keine. Im Unterschied zu den südlichen Kolonien in Britisch-Ostafrika werden keine Eisenbahnen oder Straßen gebaut, keine Cash-Crop-Plantagen angelegt, keine umfassenden Schulprogramme gestartet.

Selbst die heutige Hauptstadt Juba wird nicht als Zentrum der britischen Kolonialverwaltung errichtet. Sie wird im Jahr 1922, etwa zehn Jahre nach dem Ende der belgischen Lado Enklave, die das heutige Stadtgebiet mit umfasst, von einer Gruppe griechischer Händler zur Versorgung einer nahegelegenen britischen Garnison angelegt. Trotzdem Juba in den 1930er-Jahren zum Zwischenlandeplatz für Flüge von Europa nach Kapstadt wird, hat die Stadt bis zur sudanesischen Unabhängigkeit nie mehr als 2.000 Einwohner:innen. Die zentralen Gebäude wie das Juba Hotel werden von Griechen betrieben.

Unbestreitbar ist die britische Kolonialverwaltung daran interessiert, eine gewisse Form von politischer Kontrolle zu etablieren. An eine mit Britisch-Ostafrika vergleichbare nachhaltige Entwicklung des Südens glauben sie aber

vermutlich nicht. Eine bewusste Abtrennung des Gebietes vom Sudan wird eher von ägyptischen Eliten und einem Teil der antikolonialen nordsudanesischen Eliten in den Raum gestellt, als dass sie der Realität entsprechen. Es lässt sich, mit Ausnahme eines einzigen Memorandums des britischen Foreign Office, kein faktischer Beleg für diese These finden (Woodward, 1980: 181).

Im Unterschied zu allen Nachbarländern bleiben im Südsudan praktisch keine kolonialen Artefakte zurück. Es gibt ein paar Gebäude der griechischen Händler-Community in Hai Jallaba, dem alten Stadtzentrum von Juba, ein Monument in der Mitte des Juba Roundabout, den 1929 angelegten Juba Airport, einer der fixierten Landeplätze auf der Flugroute von Europa nach Kapstadt, und das damit untrennbar verbundene Juba Hotel. Mehr bleibt nicht. Das Juba Hotel wird im Jahr 2010 weitgehend abgerissen, nur ein vergilbtes Straßenschild und einige zerfallene Bungalows verbleiben. Es sollte einem neuen Hotelprojekt Platz machen, dessen Bau allerdings nie begonnen wurde.

Dennoch ist der koloniale Einfluss substanziell und prägend. Was zurückbleibt, sind spezifische Diskurse und Vorstellungswelten, die ohne diese Periode nicht denkbar gewesen wären: die Idee einer einheitlichen Geschichte, die Erzählung von Rückständigkeit und Schutzbedürftigkeit, und, damit eng verknüpft, das Narrativ eines arabisch-afrikanischen Gegensatzes.

Selbstverständlich gibt es Herrschaft und politische Auseinandersetzungen in dem Gebiet des heutigen Südsudan auch vor dem Kolonialismus. Es gibt damit Geschichte, wie sie im modernen Sinn verstanden wird. Jedoch sind diese Gemeinschaften divers, umgebungsabhängig institutionalisiert und auf eine territoriale und soziale Unmittelbarkeit beschränkt. Der Tönniessche Sprung von Gemeinschaft zu Gesellschaft, der von den Kolonialherren implizit als der zentrale Zivilisationsschritt vorausgesetzt wird, findet nicht statt. Damit verankert die koloniale Herrschaft zwangsläufig einen Diskurs, der die Geschichte des Südsudan als einen Prozess der Rückständigkeit konstruiert. »[I]n the Southern Sudan there are no large towns, no politicians, no newspapers. To the world at large these people do not exist.« (Duncan, 1952: 5)

Überhaupt ist eine Geschichtserzählung des Südsudan ein gewagtes Unterfangen, worauf schon Mahmood Mamdani (2010: 76) hingewiesen hat: »The contemporary history of Sudan – at least its dominant version – was written in the colonial period«. Denn das Problem der Nichtvergesellschaftung ist keines der Rückständigkeit, selbst wenn es die Kolonialverwaltung so verste-

hen will. Es ist ein schlichtes Desinteresse der in dem Gebiet ansässigen Gemeinschaften, insbesondere der pastoralen. Diese können mit der Idee eines übergeordneten Staatswesens nicht etwa nichts anfangen, vielmehr bekämpfen sie es mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln.

Sowohl die Turkiyya als auch das Kondominium werden Zeit ihrer Herrschaft bewaffnet herausgefordert. Die überaus blutige britische Befriedungspolitik im Süden nach Übernahme der Kolonialherrschaft im Jahr 1899 dauert gut zwei Jahrzehnte. Die zahlreichen bewaffneten Kampagnen können schlussendlich den systematischen militanten Widerstand der in der Region lebenden Gemeinschaften brechen, für eine Annahme des Kolonialregimes sorgen sie jedoch nicht. Die Verankerung eines diversen, aber dennoch landesweit bestehenden Systems aus Chiefs ist die vielleicht nachhaltigste vereinheitlichende politische Institutionalisierung, die der Kolonialverwaltung gelingt.

Die Erzählung von Rückständigkeit und besonderer Schutzbedürftigkeit ist eine direkte Konsequenz aus einer anthropologischen Teleologie, die aus einem neomodernen Gesellschaftsparadigma heraus gemeinschaftsorientierte Lebensformen nur gering schätzen kann. Die Konstruktion der »Araber« als überlegene Rasse im Norden erklärt sich aus einer solchen eigentümlichen Form falsch verstandener sozialanthropologischer Empathie. Mamdani (2010: 79) fasst die zugrundeliegende Erzählung prägnant zusammen: »Although the negroes are the more numerous, the Arabs exceed in power. The bravery of the aboriginals is outweighed by the intelligence of the invaders and their superior force of character«.

Die Verankerung des binären »Afrikaner« versus »Araber«-Diskurses wird durch geostrategische Interessenlagen begünstigt, insbesondere durch die Möglichkeit, den Südsudan als Verhandlungsgegenstand zwischen Ägypten und dem Sudan einzusetzen. Dafür war die Konstruktion einer eigenständigen Identität vorteilhaft. Sie lässt sich bis heute in der Eigenbezeichnung der Südsudanesischen als »Junubin« wiederfinden. Diese Eigenbezeichnung, die »Südlichen« in Juba Arabisch, ist auf das Narrativ einer antagonistischen Identitätsentwicklung entlang des Nord-Süd-Gegensatzes zurückführen. Doch entwickelte sich diese Polarisierung fast schon beiläufig und wenig strategisch. Als Ankerpunkt fungiert die Southern Policy, mit der die britische Kolonialverwaltung die Durchdringungsversuche arabischer Stämme, aber auch von Händlern und Verwaltungsbeamten aus dem Norden unterbinden will. Zeitweise nimmt diese Politik scharfe praktische Formen an, mit

physischen Grenzsicherungen und der mit harten Mitteln durchgesetzten Verhinderung jeder Migrationsbewegung.

Das ist nicht als eine gezielte Abtrennung misszuverstehen. Zu keinem Zeitpunkt gilt die Southern Policy für alle südlichen Distrikte gleichermaßen. Sie beschränkt sich auf den Westen, wo die Bevölkerung aufgrund der mannigfaltigen Bewegungen aus dem nördlich angrenzenden Dar Fur, die von Sklavenjagden über Kleinhandel bis zu pastoralen Migrationsbewegungen reichen, als besonders schutzwürdig angesehen wird. Im Osten werden derartige Prozesse nur eingeschränkt problematisiert, die Auswirkungen auf Equatoria sind ohnehin kaum spürbar. Zu keinem Zeitpunkt wird die Southern Policy mit positiven Maßnahmen ergänzt. Das Verbot der Verwendung der arabischen Sprache in der Kolonialverwaltung wird etwa nicht durch eine Forcierung von Englisch im Sprachunterricht untermauert. Stattdessen erfolgt nichts, keine praktischen Schritte, die darauf abgezielt hätten, im Sinne der entwicklungspolitischen Selbstermächtigung der Kolonialisten den Süden in seiner physischen und sozialen Infrastruktur zu emanzipieren.

Dies ist nicht zuletzt auf die Widersprüche innerhalb der britischen Kolonialbeamten zurückzuführen. Auf der einen Seite stehen Pragmatiker, die letzten Endes an dem für das Vereinigte Königreich geopolitisch vorteilhaftesten Resultat interessiert sind. Ihnen gegenüber stehen jene, die sich die Interessen des Südens zu eigen machen und sich einem Ausverkauf seiner Interessen an den Norden am Altar einer regionalen Machtpolitik entgegenstellen wollen (Daly, 1990: 237-238). Letztere Gattung, die alsbald den Spitznamen »bog barons« bekommt (Martell, 2018: 39), finden sich vor allem in Greater Bahr el-Ghazal, einer Region, als deren »white man's nick-name« sich »the Bog« (Wyndham, 1937: 12) eingebürgert hatte.

Letzten Endes war die Herrschaft des Kondominiums ein unentschlüsselter Kolonialismus, der nie entscheidend gestaltend eingriff, zugleich aber die Region durch seine oftmals aus taktischem Kalkül heraus gestalteten und internen Debatten geschuldeten Verhaltensweisen prägte. Es ist eine traurige Ironie, dass für die meisten Südsudanese:innen die Konsequenzen dieses unentschlüsselten Kolonialismus erst in der postkolonialen Periode der sudanesischen Unabhängigkeit spürbar werden: durch die Institutionalisierung der kolonialistischen Diskurse der Rückständigkeit, Schutzbedürftigkeit und Unterlegenheit gegenüber dem »arabischen« Norden wie auch durch die herausfordernde infrastrukturelle Situation, bedingt durch die abgerissene und weitgehend gescheiterte Integration als Peripherie. Eine der eindrücklichsten Diskrepanzen des unabhängigen Sudan ist, dass seine fruchtbarsten und

reichsten Regionen zu den nach modernen Maßstäben am wenigsten entwickelten gehören (Johnson, 2016a: 16).

Sklaverei

Der kompromisslos gewalttätige Charakter von peripherer Integration manifestiert sich in kaum einer Weise ungeschminkter als in der Praxis der Sklaverei, der brutalen Überführung von Menschen in blanke Ware. Sicherlich hat Sklaverei und ihre besondere Geografie im heutigen Südsudan zu einer Verstärkung der identitätspolitischen Polarisierung zwischen »arabisch« – den Menschenjägern – und »afrikanisch« – den gejagten Menschen – beigetragen.

Sklaverei ist kein einfach zu durchdringendes Phänomen. Die Entführung von Menschen und deren Eingliederung in die Gemeinschaftsstrukturen der Entführenden ist eine in unterschiedlichen Teilen der Menschheitsgeschichte feststellbare Praxis. Diese Praxis findet zumeist erst mit ideologisch argumentierten Prozessen der Vergesellschaftung ihr praktisches Ende, da diese für gewöhnlich mit einer Wandlung ethischer Grunddispositionen einhergehen. Lange Zeit werden solche Phänomene gar nicht als Sklaverei verhandelt. In einigen Teilen der Welt werden sie das bis heute nicht.

Auch südsudanesische Spitzenpolitiker haben an verschiedener Stelle die Entführung von Menschen und deren Eingliederung in andere Gemeinschaftsstrukturen explizit nicht als Sklaverei bezeichnet. Ein solches Beispiel sind Einlassungen von Präsident Salva Kiir zu den Kindesentführungen durch Murle-Gruppen, die er ausdrücklich nicht als Versklavung verstehen will. Es ist nicht zuletzt die Kombination dieser beiden Formen der Sklaverei, die Entwicklungsökonom:innen dazu veranlasst hat festzuhalten, dass der Hauptanteil der Sklaverei nicht zwischen Sub-Sahara Afrika und anderen Teilen der Welt, sondern innerhalb Afrikas selbst stattfand. Deswegen hätte die postulierte Beendigung des interkontinentalen und intrakontinentalen Sklavenhandels durch den britischen Kolonialismus nur eingeschränkte Wirkung gezeitigt (Acemoglu und Robinson, 2012: 256).

Ohne vertiefend in eine Diskussion der ethischen Problematik solcher Einschätzungen einzutauchen, gibt es in Hinblick auf die Perzeption und die performative Gewalt von Sklaverei dennoch einen Unterschied zwischen einer Versklavung zur sozialen Eingliederung und einer Versklavung zur fiskalischen In-Wert-Setzung von Menschen, dem systemisch kommerzialisier-

ten Menschenhandel. Der südliche Sudan war Schauplatz beider Formen, mit sich mitunter überschneidenden Grauzonen. Versklavungen als Resultat von Überfällen und Entführungen mit der anschließenden sozialen Integration der Entführten in die Gemeinschaft der Entführer findet sich nach wie vor. Den Durchdringungscharakter auf ökonomischer und sozialer Ebene entfaltet vor allem der kommerzielle Menschenhandel. Zusammen mit dem sich parallel entwickelnden Handel mit Elfenbein bildet dieser den Ausgangspunkt der regionalen und, in weiterer Folge, globalen peripheren Integration des südlichen Sudan.

Durch seine gegenüber dem östlichen gelegenen Roten Meer abgeschirmte Lage kann sich der südliche Sudan den Menschenjagden des über Sansibar organisierten omanischen Menschenhandels entziehen. Die notwendige Infrastruktur für Stützpunkte und Transport ist jedoch bei den nördlichen Nachbarn des südlichen Sudan gegeben. Und gegenüber dem Norden kommt es daher auch zu einem ungünstigen Aufeinandertreffen zwischen expansiv agierenden Stämmen und einer sich in deren Hinterland rasch professionalisierenden kommerziellen Infrastruktur.

Diese spezifische Form der Durchdringung ist alt. Sie reicht bis ins 12. Jahrhundert zurück. Stephanie Beswick zeigt anhand historischer Quellen, dass die vom Norden ausgehenden Menschenjagden durch diskriminierende Diskurse unterstützt werden (Beswick, 2004: 30). Im 18. Jahrhundert kommt es zu einer Verdichtung und zu einer ungekannten Unmittelbarkeit der Angriffe. Ab etwa 1770 unternehmen die arabischen Reiterstämme der Baggara gezielt Sklavenjagden, vorwiegend auf Dinka-Gemeinschaften in Bahr el-Ghazal (ebd.: 154). Mit der Etablierung der Turkiyya im Jahr 1820 erfahren diese Jagden einen massiven Kommerzialisierungsschub. Die Angriffe werden zunehmend professionalisiert und unterliegen jährlichen Rhythmen (Lane und Johnson, 2009: 515). Die nun oft von türkischen Kommandanten geleiteten Jagdexpeditionen stoßen immer weiter in den Süden vor. Kommerzielle Unternehmungen in Menschen und Elfenbein erstrecken sich bis zum Nil-Hafen in Gondokoro, nur wenige Kilometer von der heutigen südsudanesischen Hauptstadt Juba entfernt. In den 1860er-Jahren legen bis zu 120 Handelsschiffe pro Jahr in Gondokoro an. Sie transportieren Menschen und Elfenbein nach Norden, was eine beträchtliche Geschäftigkeit anzeigt, die der heutigen Frequenz kaum nachsteht.

Der Menschen- und Elfenbeinhandel forciert den Ausbau der Infrastruktur. Zará'ib werden eingerichtet, befestigte Handelsstationen, oftmals in Flussnähe, in denen Händler und Jagdeinheiten residieren und über die

Jagden und Transport organisiert werden. Später, ab den 1870er-Jahren, werden zahlreiche dieser Zara'ib direkt als ägyptische Verwaltungs- und Kontrollposten übernommen (Leonardi, 2013: 18-19). Sklaverei wird zum Teil des Steuersystems in der Turkiyya. Gemeinschaften werden aufgefordert, ihren Tribut in Menschen zu bezahlen, wobei dies nicht unbedingt Menschen aus ihren eigenen Gemeinschaften zu sein haben. Madut Jok (2001: 55) argumentiert, dass die Turkiyya so ein faktisch öffentlich legitimes System der internen Menschenjagden in Teilen des südlichen Sudan (vor allem in nördlichen Gebieten um den Kiir-Fluss) in Gang setzt, das Feindschaften zwischen den betroffenen Gemeinschaften anheizt.

Es ist eine der deklarierten Zielsetzungen der britischen Kolonialverwaltung, diese Praktiken zu beenden. Allerdings ist diese Anti-Sklaverei-Haltung widersprüchlich (vgl. Jok, 2001: 90-92). Zwar wird der Sklavenhandel in der Tat verboten und praktisch massiv erschwert. Dieses Verbot ist nach dem Sieg des britisch-ägyptischen Expeditionskorps unter Herbert Kitchener gegen die Mahdisten in der Schlacht von Omdurman im Jahr 1898 ein zentrales Element der anglo-ägyptischen Sudan-Politik. Allerdings konzentriert sich die Kolonialbehörde zunächst auf den interregionalen Handel und weniger auf das Phänomen der Sklaverei an sich.

Die innersudanesishe Sklavereiwirtschaft grassiert zunächst weiter. Erst einige Zeit später wird auch diese gezielt angegriffen. Die Beendigung der Menschenjagden der Baggara ist eine der wesentlichen Zielsetzungen der Southern Policy und es gelingt ihr tatsächlich, diese Praktiken substanziell zu erschweren. Vermutlich ist diese faktische Unterbindung des Sklavenhandels sogar ein antikononialer Mobilisierungsfaktor, der aufgrund des massiven ökonomischen Verlustes für sudanesishe Eliten den gegen die Briten gerichteten Widerstand beflügelt. Jok Madut Jok (2001: 93) zitiert einen Brief von arabischen Gemeindeführern an britische Kolonialbeamte vom September 1898 mit der Bitte, arabische Gemeinschaften zu schützen »from the danger of want and hunger« und daher »to keep to them their black servants, male and female«¹.

Die sudanesishe Eigenstaatlichkeit beendet die Praxis der kommerziellen Sklaverei nicht, sie regionalisiert sie. Das Zentrum bleibt Bahr el-Ghazal, wo auch zu Zeiten des Bürgerkrieges Dinka-Gemeinschaften systematisch überfallen und zu Arbeitsdiensten in den Norden verschleppt werden. Schätzungen gehen von 10.000 bis 15.000 Südsudan:innen pro Jahr aus, die

1 Sudan Archives, University of Durham, SAD 430/6/5.

zu Arbeitsdiensten in Kordofan und Darfur gezwungen werden (Jok, 2001: 2). Wie in modernen Formen der Arbeitssklaverei sind die Grenzen zu halb freiwilligen, finanziell vergüteten Arbeitsdiensten fließend. Mitunter werden Verschleppte nach den Zwangsdiensten wieder freigelassen.

Es ist gerade dieser fließende Charakter der physisch oder monetär erzwungenen Ausbeutung von Arbeitskraft, der eine abstrakt klingende Größe wie periphere Integration in konkreten Schicksalen manifestiert. Die Kontinuität der Sklaverei in der peripheren politisch-ökonomischen Integration des südlichen Sudan hat schwerwiegende soziale Konsequenzen. Sklaverei ist die bevorzugte Methodik einer jahrhundertlangen Ausbeutung des südlichen Sudan durch politische Systeme aus dem Norden. Sie stellt eine bis auf die individuelle Ebene spürbare Diskriminierung von Gemeinschaften dar. In der Region lebende Gemeinschaften »are displaced by raids, civil war, and subsequent famines, exploited as cheap labor, and used by the government as magnets for foreign aid in the North« (Jok, 2001: 4). Sklaverei untermauert die ab- und ausgrenzenden Narrative, innerhalb der Gemeinschaften im Süden und gegenüber der Eindringung aus dem Norden. Und sie verhindert durch ihre ausschließliche Fokussierung auf totale Ausbeutung, die ebenso die Perzeptionen im Norden bestimmt, eine übergreifende Form ökonomischer Sozialisierung.

Wasser

Wasser hat für alle Anrainerstaaten des Nil eine existenzielle Dimension. Diese existenzielle Dimension hat verschiedene Ausprägungen, zu viel Wasser, zu wenig Wasser, schiffbares oder nicht-schiffbares Wasser. Und Wasser als ökonomische Ressource, für Nahrung, für Strom. Alle diese Elemente machen die Frage der Kontrolle über den Nil zu einer zentralen politischen Machtfrage. Der Besuch des ägyptischen Präsidenten Abdel Fattah al-Sisi im Südsudan November 2020 demonstriert dies deutlich. Aufgrund der lange zurückreichenden Involvierung Ägyptens, immerhin eine der früheren Kolonialmächte, hätte eine historische Aura fühlbar werden können. Wirklich ist Al-Sisis Ausflug der erste Besuch eines ägyptischen Staatsoberhauptes seit der Unabhängigkeit. Er ist somit außergewöhnlich, selbst wenn der Besuch weniger als einen Tag dauert. Die Straße vom Flughafen zum Präsidentenpalast ist jedenfalls mit Al-Sisi-Postern beklebt, wohl um den außergewöhnlichen Gast ein Gefühl des Willkommenseins zu vermitteln. Einer meiner in der profes-

sionellen Politik tätigen Freunde kommentiert den Besuch nüchtern: »Wenn die Ägypter hierherkommen, geht es immer um Wasser. Worum denn sonst?«

Es gibt wenig Zweifel daran, dass Al-Sisis unmittelbares Ansinnen mit der sich um die beiden Nil-Läufe entspinrenden Hydropolitik verknüpft ist. Die Verhandlungen mit Äthiopien um die Füllung des *Grand Ethiopian Renaissance Dam* (GERD) am Oberlauf des Blauen Nil sind gerade in einer schwierigen Phase, praktisch eingefroren, nach wie vor ohne eine Lösung. Ägypten und der Sudan verlangen von Äthiopien absichernde Garantien gegen eine machtpolitische Nutzung des in unmittelbarer Nähe der sudanesischen Grenze erbauten Dammes. Die implizite Befürchtung hinter all diesen Bemühungen ist, von einem substanziellen Teil des Nilwassers abgeschnitten zu werden, ohne jede politische Kontrolle. Al-Sisi hatte sich bereits zur Drohung hinreißen lassen, den gerade fertiggestellten Damm mit der ägyptischen Luftwaffe zu bombardieren, falls keine alle Seiten zufriedenstellende Lösung gefunden werden könnte. Südsudan hat in diesem Konflikt keine unmittelbaren Interessen, ist aber gezwungen, sich am dünnen Eis des regionalen Machtgefüges taktisch klug zu bewegen.

Der am Weißen Nil gelegene Südsudan ist unvermeidlich von der regionalen Hydropolitik durchdrungen. Dies ist manchmal schmerzlich spürbar. Die Regenzeit Mitte des Jahres 2020 führt zu monumentalen Überschwemmungen in weiten Teilen des Landes. Im November, ein gutes Monat nach Beginn der Trockenzeit, hat sich der Nil in Juba noch nicht annähernd auf seinen normalen Wasserstand eingependelt. Das Strandrestaurant in meiner üblichen Bleibe, dem direkt am Fluss gelegenen Oasis Camp, ist auch Monate später nach wie vor unter Wasser, begraben unter einer dicken Schicht von Schlamm, verdreckt von unzähligen Plastikflaschen, wie sie den Nil bis zu seiner Mündung unweigerlich prägen.

In Bor, der Hauptstadt von Jonglei, ist zu diesem Zeitpunkt ein Fortkommen auf üblichem Weg unmöglich, Kanus etablieren sich als Transportmittel, für 500 SSP per Fahrt. Doch auch diese Überschwemmungen sind ein Produkt der engen regionalen Verflechtung. Sie sind keineswegs eine Konsequenz von Regenfällen im Südsudan, sondern von jenen in der ganzen weiteren Großregion um den Victoriasee. Dessen Wasserstand erreicht Mitte der Jahres 2020 den höchsten jemals gemessenen Wert. Das zwingt die ugandischen Betreiber des nah am See gelegenen Nalubaale Dam, die Schleusen in einem Ausmaß zu öffnen, das alle nördlich am Weißen Nil gelegenen Gebiete unvermeidlich in Probleme bringen muss.

Die hydropolitische Durchdringung des Südsudan ist immer ein primäres Anliegen der am Flussunterlauf gelegenen Staaten. Während der Kolonialperiode dient der Nil als ein wichtiger Transportweg. Gondokoro nahe dem heutigen Juba markiert den südlichsten Punkt der Schiffbarkeit und entwickelt sich, wie zuvor geschildert, zu einem Umschlagplatz im Menschen- und Elfenbeinhandel. Ab den 1840er-Jahren wird der Hafen von europäischen Kolonialist:innen und Missionar:innen verwendet, etwa vom österreichisch-slowenischen Provikar Ignaz Knoblecher, der die erste Missionsreise in die Region organisiert. Knoblecher kauft Land in Gondokoro und errichtet im Jahr 1853 eine Missionsstation, die er bis zu seinem Tod fünf Jahre später betreibt (Collins, 1996: 69). Speziell für Großbritannien hat der Nil zudem eine mythische Dimension, die sich in einem absurd anmutenden Rennen um die Sichtung der Quelle des Nil entlädt – John Hanning Speke kann die »Entdeckung« schließlich 1862 für sich verbuchen.

Das Ansinnen von Ägypten und Sudan ist um einiges profaner. Es sollte mehr Wasser aus dem Oberlauf des Weißen Nil bis nach Khartum, dem Ort des Zusammenflusses der beiden Nil-Stränge, fließen. Das schon zu Kolonialzeiten identifizierte Effizienzproblem der Wassermenge wird im Sudd verortet, einem riesigen, vom Nil gespeisten Gebiet bestehend aus Seen, Nebenflüssen und Sümpfen, das sich über die Nil-nahen Teile von Greater Bahr el-Ghazal und Teile von Unity State bis hin nach Upper Nile erstreckt. Schon Anfang des 20. Jahrhunderts beklagen insbesondere ägyptische Experten die massiven Wasserverluste, etwa durch Versickerung und Wasserpflanzen. Erste Pläne für die Sümpfe trockenlegende Kanäle werden gesponnen (Howell et al., 1988: 21), etwa das regional angelegte »Equatorial Nile Project« (Collins, 1988: 198-246). Nach einigen unmittelbar nach der sudanesischen Unabhängigkeit in den 1950er-Jahren durchgeführten Studien wird eine den Sudd umgehende Trasse durch Jonglei favorisiert, die Teil dieses regionalen Entwurfes werden sollte.

Am Jonglei Canal zeigt insbesondere Ägypten ein massives Interesse, immer getrieben vom historischen Misstrauen gegenüber Äthiopien und dem ihm zugeschriebenen Potenzial zur machtpolitischen Nutzung des Oberlaufes des Blauen Nil. Nach schwierigen, einmonatigen Verhandlungen unterzeichnen Ägypten und Sudan im November 1959 das *Nile Water Agreement*, das die Nutzung des Nil-Wassers regelt, insbesondere dessen potenziellen Anstieg durch den Jonglei Canal (Collins, 1988: 269-270). Kosten und Nutzen des

Jonglei Canal werden gleichmäßig aufgeteilt.² Die Umsetzung lässt kriegsbedingt einige Jahre auf sich warten, bis die durch das Addis Ababa Agreement eingeleitete Waffenruhe eine ernsthafte Bauplanung ermöglicht. »The ink was hardly dry on the Addis Ababa accords then the PJTC [Permanent Joint Technical Commission, eingerichtet um die Planungen des Nile Water Agreement umzusetzen] came forward in 1974 with a complete proposal for a new and revised Jonglei canal.« (Collins, 1988: 310) Die PTJC entwickelt eine neue, nun 360 Kilometer lange Routenführung durch Jonglei, eine unendliche gerade Linie, die die weitgehend flache Region von Nord nach Süd durchquert.

Die Aushebungsarbeiten beginnen im Jahr 1978. Ein französisches Konsortium wird mit dem Bau beauftragt. Ein riesiger Bagger deutscher Konstruktion, zuvor bei einem Kanalprojekt in Pakistan im Einsatz, wird in die nur schwer erreichbare Region transportiert. Das ist schon für sich genommen eine herausragende logistische Leistung. Der Bagger, genannt »Lucy«, wiegt 2.100 Tonnen und ist zu diesem Zeitpunkt das größte derartige Gerät in der Welt. Zunächst gestalten sich die Arbeiten schwierig. In den ersten dreieinhalb Jahren beträgt der Baufortschritt gerade einmal 80 Kilometer. Doch als Jonglei erreicht ist, nehmen die Arbeiten Fahrt auf. In den folgenden eineinhalb Jahren werden 160 weitere Kilometer ausgehoben. Der Baufortschritt liegt vor dem Zeitplan, eine Fertigstellung des Kanals ist in Sicht.

Doch dann werden die politischen Probleme schlagend. Kurz nach der Erlassung der fatalen »September Laws« durch die Nimeiri-Regierung in Khartum macht die SPLM/A gegen das Projekt mobil. In einer Konferenz in Bor im November 1983 gibt John Garang öffentlich bekannt, dass sich die in der Region starke SPLM/A für eine Einstellung des Projektes entschieden habe. Er lässt keine Zweifel daran aufkommen, dass diese Entscheidung gewalttätig durchgesetzt werden würde. Unzweifelhaft ist das Kanalprojekt bereits zu einem offensichtlichen Symbol für die Ausbeutung des Südens und seiner Ressourcen – neben Wasser nicht zuletzt Öl – durch den Norden geworden (Howell et al., 1988: 465).

2 »The Republic of the Sudan in agreement with the United Arab Republic shall construct projects for the increase of the River yield by preventing losses of waters of the Nile Basin, the swamps of Bahr El Jebel, Bahr el Zeraf, Bahr el Ghazal and its tributaries, the Sobat River and its tributaries and the White Nile Basin. The net yield of these projects shall be divided equally between the two Republics and each of them shall also contribute equally to the costs.« (The Nile Waters Agreement, 1959, zitiert nach Collins, 1988: 408-409)

Der Kanal repräsentiert für die SPLM/A ein Ziel, das ein Schlüsselprojekt für die Kriegsgegner in Khartum darstellt und dessen Beendigung aufgrund der bereits getätigten Investitionen immensen materiellen Schaden anrichtet. Zudem verspricht die Einstellung des Projektes der SPLM/A Zugewinne an politischer Sympathie im Süden. In der Tat stoppt das Konsortium als Folge der Ankündigung der SPLM/A die Arbeiten und zieht den Großteil seiner Mitarbeiter:innen ab. Im Februar 1984 erfolgt als eindeutiges Signal gegenüber etwaigen Überlegungen zu einer Wiederaufnahme der Arbeiten ein Angriff auf das Hauptquartier des Bauprojektes in Sobat (Collins, 1988: 399), in dessen Folge die letzten verbleibenden Arbeiter:innen das Land verlassen. Lucy, der Bagger, wird 1986 von einer Rakete getroffen und rostet seither als ein stilles, auf Google Maps deutlich sichtbares³ Monument dieses stillgelegten Großprojektes vor sich hin. Wer für den Abschuss der Rakete verantwortlich zeichnet, wird nie festgestellt.

Die potenziellen Folgen des Kanalprojektes können nur auf Basis alter Annahmen eingeschätzt werden. Sicher ist nur, sie wären massiv (gewesen). Das akademische Referenzwerk zum Projekt geht von einer Reduktion des Graslandes in Jonglei im Ausmaß zwischen 10 und 32 % aus (Howell et al., 1988: 390), eine Einschätzung getroffen von enthusiastischen Kanalbefürworter:innen. In einer Region, die ohnehin durch notorische Nahrungsmittelknappheit (vgl. Thomas, 2015: 243-246) gekennzeichnet ist, kommt dies einem desaströsen, wenn nicht sogar für die vor Ort lebenden Gemeinschaften tödlichen Wert gleich. Ob demgegenüber der oft positiv ins Treffen geführte Überschwemmungsschutz zum Tragen kommt, bleibt selbst unter Hydrolog:innen fraglich (Howell et al., 1988: 393). Die eindrucksvoll ausgebagerten 267 Kilometer der Kanaltrasse, beim Überflug mit dem Flugzeug aus mehreren Kilometern Höhe deutlich sichtbar, konnten die Überschwemmungen von 2020 jedenfalls nicht verhindern. Dagegen behindert der sich jede Regenzeit mit Wasser füllende Kanalstumpf die Migrationsrouten von Mensch und Vieh.

Nach wie vor spukt die Idee einer Wiederaufnahme des Kanalprojektes in den Köpfen von Planer:innen und Politiker:innen, insbesondere in Ägypten. Es ist jedenfalls gut vorstellbar, dass al-Sisi bei seinem historischen Besuch in Juba darauf zu sprechen gekommen ist. Schon im Jahr 1988 wies das akademische Referenzwerk zum Projekt warnend darauf hin, dass der Druck zur Fertigstellung mit den Jahren eher zu- als abnehmen würde (Howell et al., 1988:

3 Lucy exakte Koordinaten sind 7°0'46"N 31°30'27"O.

463). Die vorhandene Menge an Nilwasser würde in den flussabwärts gelegenen Regionen schlichtweg nicht ausreichen. Wo aber bleibt der Südsudan in dieser Gleichung? Geantwortet wird mit einem eigentümlichen Verweis auf eine ethische regionale Verantwortlichkeit.

»Just as the governments of Egypt and the Sudan must concede that what to them are losses of water by evaporation in the Sudd are not necessarily losses to the people who live in its vicinity, so the latter must recognise the dire need for more water of those who live downstream.« (Howell et al., 1988: 469)

Auch wenn eine Fertigstellung des Kanals derzeit schon aufgrund der praktischen Gegebenheiten nur schwer realisierbar erscheint – die politische Situation in Jonglei ist seit Abschluss des R-ARCSS eher unruhiger denn ruhiger geworden – wirft ein solches Projekt grundsätzliche Fragen auf. Fragen von Macht und Verantwortung, gerade in einem Prozess, den Wirtschaftshistoriker:innen als periphere Integration bezeichnen. Äthiopien kann ein Damm-Jahrhundertprojekt durchsetzen, währenddessen die Argumentation hinter dem unvollendeten Jonglei Canal fatal daran erinnert, dass den Gemeinschaften im Südsudan sogar ihre ohnehin spärlich vorhandenen Ressourcen als potenziell unverantwortlich vorgehalten werden.

Hilfe

Internationale Hilfe ist ab der zweiten Phase des sudanesischen Bürgerkrieges beständig präsent. Der Sudan fällt damit in eine Periode einer starken globalen Aufmerksamkeit für humanitäre Krisen. Er wird sogar eines der ersten Zentren dieser Aufmerksamkeit. Im Jahr 1985 versammelt das von Bob Geldof organisierte, um Mittel für die Hungersnot im benachbarten Äthiopien werbende »Live Aid«-Konzert um die 1,9 Milliarden Menschen, fast 40 % der gesamten Weltbevölkerung, vor den Fernsehgeräten. Zur selben Zeit formiert sich angesichts der fatalen humanitären Auswirkungen des sudanesischen Bürgerkrieges eine starke Bewegung humanitärer Hilfsorganisationen im Sudan. Die gerade erst gegründete SPLM/A erkennt rasch die strategische Bedeutung von internationaler Hilfe und versteht deren enge Wechselwirkung mit der Einordnung eines Konfliktes durch die internationale Öffentlichkeit. Sie beginnt daher unmittelbar und mit nachhaltigem Erfolg, huma-

nitäre Narrative in ihre politische Kommunikation aufzunehmen (de Waal, 1997: 92).

Hunger und die selektive Verteilung knapper Nahrungsmittelressourcen sind zentrale Waffen in dieser Phase des Krieges. Sie kommen nicht nur zwischen dem Sudan und der SPLM/A zum Einsatz, sondern im Anschluss an den Nasir-Split auch in den Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Fraktionen des südsudanesischen Widerstandes. Der Norden schließt in seiner Verwendung von Hunger als Kriegstaktik direkt an Praktiken der Menschenjagden an. Er motiviert und trainiert in Grenznähe lebende Gemeinschaften in nichtkonventioneller Kriegsführung. Wieder sind es Baggara, insbesondere die Murahaliin-Milizen in Südkordofan und dem südlichen Darfur, die Menschenjagden wieder intensivieren (vgl. etwa die Schilderungen von Bok, 2003) und sie mit gezielten Angriffen auf lebenswichtige Ressourcen verbinden. Im Laufe der späten 1980er-Jahre werden ihre Angriffe auf die Dinka-Gemeinschaften im nördlichen Bahr el-Ghazal immer systematischer. »The raiders stole livestock, destroyed villages, poisoned wells and killed indiscriminately. They were also implicated in enslaving captives.« (de Waal, 1997: 92)

Hungersnot im südlichen Sudan war und ist kein Naturereignis. Es ist eine von allen Seiten bewusst herbeigeführte politisch-militärische Aktion. Im südlichen Sudan der 1980er-Jahre »both government and rebels were using hunger, and the famine crime against the population was general in scope« (de Waal, 2018: 34). Daher ist das Interesse der SPLM/A, die Situation zu lindern, vorwiegend taktischer Natur. Zum Teil werden internationale Hilfslieferungen blockiert, insbesondere dann, wenn sie nicht in die militärische Planung passen. Ebenso wird das Aushungern von Garnisonen und Garnisonsstädten als gezielte Taktik eingesetzt. Der politische Charakter von Hunger *und* Hilfe ist den meisten in der Region Lebenden bewusst. Es wäre sonst kaum zu erklären, dass die Hauptroute der Flüchtenden aus dem Süden nach Norden verläuft, zum direkten Feind, nach Khartum.

Die anschwellende Zahl der geflüchteten Südsudanesischen in Khartum wird in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre für die neue, demokratisch gewählte Regierung unter Premierminister Sadiq al-Mahdi zu einem politischen Problem. Die Geflüchteten allein hätten die Regierung wohl zu keinerlei Schritten bewegt. Vielmehr ist es die in Khartum gegebene Sichtbarkeit dieser Geflüchteten für internationale Organisationen und bilaterale Partner, die von al-Mahdi in Betracht gezogen werden muss (de Waal, 1997: 97).

Einer der paradoxen Effekte der bewussten Entscheidung von Bürgerkriegsparteien, internationale Hilfsleistungen als Kriegswaffe einzusetzen, ist die unmittelbare Erleichterung der Abwicklung und Auslieferung dieser Hilfe. Dies gilt natürlich nur dann, wenn Hilfsagenturen bereit sind, sich den gegebenen politischen Rahmenbedingungen zu unterwerfen. Dazu sind diese allerdings zumeist bereit. Die Motive dafür sind unterschiedlich. Das Gros der Agenturen will unter möglichst weitgehender Beibehaltung der humanitären Prinzipien von Neutralität, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit die bestmögliche Notversorgung bieten, um entlang des vierten humanitären Grundprinzips, der Menschlichkeit, menschliches Leid, wo immer möglich, zu lindern. In einem andauernden Bürgerkrieg erfordert eine solche Mission naturgemäß eine Reihe an politischen und praktischen Kompromissen.

Ein anderer Teil des humanitären Spektrums versteht sich als politischer Akteur und sieht als solcher, angesichts der zumeist eindeutigen Verteilung der politischen Sympathien, weniger Neutralität als vielmehr Solidarität gefordert. Ende der 1990er-Jahre durchgeführte Interviews mit internationalen humanitären Helfer:innen unterstreichen diese breite Palette an Motivationen. Sie zeigen auch, wie weitreichend Solidarität mitunter interpretiert wird: »Agencies run the gamut from strict neutrality to solidarity [...] there are agencies which will willingly carry troops [...] Once you decide to become involved in Southern Sudan, you have to support their cause.« (Zitiert nach Bradbury et al., 2000: 45)

Einer der frühesten und entschiedensten humanitären Unterstützer des Anliegens der SPLM/A ist *Norwegian People's Aid* (NPA). Als deklariert sozialdemokratische Hilfsorganisation sieht sich NPA in erster Linie Solidaritätsprinzipien verpflichtet und entscheidet sich vor diesem Hintergrund bewusst für eine direkte Zusammenarbeit mit der SPLM/A. Konsequenterweise verweigert sich NPA einer Beteiligung an den verschiedenen internationalen Hilfskonsortien, um ihre operationale Eigenständigkeit und den damit einhergehenden deklariert politischen Charakter ihres Engagements nicht aufgeben zu müssen.

NPA vollzieht als erste und einzige größere internationale Hilfsorganisation den von der SPLM/A ab den 1990er-Jahren favorisierten Schwenk von humanitärer Hilfe zu Entwicklungszusammenarbeit in den als befreit deklarierten Territorien mit. Dazu arbeitet sie eng mit der *Civil Authority of the New Sudan* (CANS), der SPLM/A-Zivilverwaltung, zusammen (Moro et al., 2017: 14) und setzt Projekte etwa im Bereich der nachhaltigen Landwirtschaft um (Shanmugaratnam et al., 2002). Diese klare Deklaration trägt der NPA einen einschlägigen Ruf und einige Spitznamen ein, etwa *Norwegian People's Ar-*

my (Copnall, 2017: 204) oder Norwegian People's Liberation Aid (NPLA, Large, 2011: 170), Spitznamen, die der bis heute im Land tätigen Organisation nach wie vor nachhängen.

Ein anderer Teil der humanitären Hilfsindustrie nutzt das sich ändernde politische Klima Mitte der 1980er-Jahre zu einem institutionellen Zusammenschluss, nicht zuletzt, um als Kollektiv die Verhandlungsposition gegenüber dem sudanesischen Regime zu verbessern. Das ist der Beginn der *Operation Lifeline Sudan* (OLS), der zu diesem Zeitpunkt größten humanitären Kampagne weltweit. Neben den humanitären UN-Agenturen gehören OLS über 40 zivilgesellschaftliche Organisationen an. Allein schon angesichts ihrer Dimension ist OLS eine bis zu diesem Zeitpunkt einzigartige internationale Operation. Sie ist zudem eine der Ersten, die in systematische Verhandlungen mit den Konfliktparteien über die Bedingungen der Gewährleistung der Hilfslieferungen eintritt (de Waal, 1997: 145). Dies hat eine baldige operative Aufspaltung in einen nördlichen, mit dem sudanesischen Regime verhandelnden, und einen südlichen, mit der SPLM/A verhandelnden Sektor zur Folge (vgl. etwa Karim, 1996).

Trotz den Versuchen, verbindliche Grundregeln zu etablieren und darin einige fundamentale Prinzipien von Hilfeleistung wie etwa »do no harm« zu verankern (Bradbury et al., 2000), ist OLS von Anfang an ein politisches Instrument, das von allen Seiten willentlich eingesetzt wird. Der größte internationale Financier, die Vereinigten Staaten, sieht die Hilfsleistungen als einen strategischen Hebel gegen das sudanesisches Regime (Autesserre, 2002), womit der Schwerpunkt der Hilfsleistungen auf den Südsudan wenig verwunderlich ist. Speziell die späte Phase von OLS, in der sie ab dem Jahr 1990 als gut organisierte Operation von exorbitanten Ausmaßen substanzielle Governance-Aufgaben im südlichen Sudan übernimmt, treibt diese Orientierung auf die Spitze. Zugleich versucht das sudanesisches Regime weiterhin, OLS strategisch zu nützen und zu manipulieren (de Waal, 1997: 148). Dies führt zu einer strategischen Einbettung von Hilfslieferungen in die Gewaltökonomie des Krieges, eine Praxis, die bis heute die Kriegsepisoden sowohl im Sudan als auch im Südsudan kennzeichnet.

Der Nasir-Split öffnet weitere Möglichkeiten der Manipulation. Die SPLM/A-Nasir baut von Beginn an auf das strategische Potenzial von internationalen Hilfsleistungen. Sie setzt eine ihrer Schlüsselfiguren, Taban Deng Gai, als Leiter der von ihr betriebenen *Rehabilitation Association of South Sudan* (RASS) ein. Die RASS ist direkt gegen die SRRA, den humanitären Arm der SPLM/A-Mehrheitsfraktion, positioniert. Riek Machar, der ja mit Emma

McCune sogar eine britische humanitäre Helferin heiratet, ist ebenfalls in diese Allianzbildung eingebunden. Beide SPLM/A-Fraktionen versuchen in der Folge, Hilfslieferungen in die von ihr kontrollierten Regionen oder zu mit ihnen verbündeten Gemeinschaften zu lenken, auch, um ihre von ihnen selbst deklarierte Versorgungsrolle gegenüber diesen Gemeinschaften erfüllen zu können (Keen, 2008: 223). Oft erfolgt diese Einflussnahme entlang ethnopolitischer Linien.

Die Hilfsorganisationen sind gezwungen, den wechselnden politischen Druck von verschiedenen Seiten auszuweichen. OLS entscheidet sich für eine Strategie der Diversifizierung, wonach sich einzelne Organisationen auf spezifische Territorien konzentrieren (de Waal, 1997: 148). Diese Vorgangsweise unterstützt das Machtkalkül lokaler Kommandanten aller SPLM/A-Fraktionen, die nun unter Rückgriff auf die humanitären Güter ihre Truppenteile eigenständig versorgen können. Allerdings wird damit John Garangs Intention einer Vereinheitlichung und Zentralisierung der SPLM/A langfristig unterminiert.

Im komplexen politischen Umfeld des südlichen Sudan sind die mit humanitärer Hilfe einhergehenden politischen Wirkungen weder zu planen noch abzuschätzen. Letztlich muss davon ausgegangen werden, dass weder das idealtypische Postulat der Neutralität noch das aktivistische Ansinnen nach Solidarität ihre hochgesteckten Ambitionen erreichen können.

Das bedeutet aber keineswegs, dass die Rolle der humanitären Hilfe zu vernachlässigen wäre. Humanitäre und Entwicklungshelfer:innen stellen nach wie vor das dominante Kontingent der Khawajas in allen Teilen des Landes, mit allen damit einhergehenden sozialen und kulturellen Schwierigkeiten. Nach wie vor repräsentiert der Südsudan eine jener Projektionsflächen, die mit Vorliebe gerettet werden. Dies hat mehrere Konsequenzen. Zunächst gibt es eine unmittelbare Wirkung des altbekannten Mechanismus eines »feeding the crisis« (Garst und Barry, 1990).

»Among the many problems of humanitarian aid is its distributive role in exacerbating the politics of the conflict in Sudan: as it feeds the victims of the conflicts it also frees the victimizers to continue to feed themselves lavishly while the violence persists.« (Jok, 2016: 19)

Diese Funktionalität wird von der südsudanesischen politischen Elite sehr gut verstanden und meisterhaft eingesetzt. Drohen internationale Organisationen mit ihrem Rückzug, wird routiniert zu verstehen gegeben, wer dann international für die humanitären Folgen verantwortlich gemacht werden wür-

de und für wessen Ruf ein solcher Rückzug einschneidendere Folgen hätte – wohl nicht für ein politisches Regime, dem ohnehin keine Governance-Kapazität zugebilligt wird. Rufschädigung und Letztverantwortung bleiben immer bei den internationalen Partnern hängen, die sich dann der humanitären Katastrophe als nicht gewachsen erwiesen hätten. Dies ist ein emotionales Druckargument, mit dem sich internationale Hilfe endlos perpetuieren lässt. Die regelmäßigen Auseinandersetzungen um die Bewertung südsudanesischer Regionen im *Integrated Food Security Phase Classification* (IPC)⁴ liefert dafür ein anschauliches Beispiel. Fällt diese insgesamt zu schlecht aus, werden internationale humanitäre Organisationen genauso unter Druck gesetzt, wie wenn diese »falsch« ausfällt. Dies ist schnell der Fall, etwa, weil Territorien von als illoyal angesehenen Gemeinschaften schlecht bewertet werden, da diese dann in den Genuss gesteigerter Hilfslieferungen kommen könnten. Dies ginge aufgrund der insgesamt beschränkten Mittel ja unweigerlich auf Kosten von als loyal eingestuften Territorien.

Auf der anderen Seite ist Hilfe und Rettung selbstverständlich eilig und hat Vorrang. Eine praktische Konsequenz dieser angenommenen Vorrangigkeit sind jene notorischen Humanitarian Worker, die selbst das Warten in der Reihe beim Einchecken am Juba International Airport oder in Sicherheitsüberprüfungen nicht ertragen können. Die Wichtigkeit ihrer Rolle scheint eine Warteposition nicht zu erlauben, nicht zuletzt deswegen, weil diese Rolle ja in der Hilfe und Unterstützung der Menschen in diesem Land liegt. Wie in aller Welt kann dieses Land jemandem in der Hilfsindustrie Tätigen dann als beschränkende Amtshandlung gegenübertreten? Es ist eine bemerkenswerte wechselseitige Zumutung, die das humanitäre Verhältnis heraufbeschwört. Die konkreten Folgen dieses Verhältnisses sind mitunter komisch mitanzusehen.

Aktivismus

Was wäre Weltpolitik ohne Angelina Jolie? Mittlerweile *Special Envoy of the UN High Commissioner of Human Rights*, hat sie zu einer beträchtlichen Anzahl globaler Krisen starke Meinungen beigetragen. Angelina Jolie repräsentiert einen besonderen Typus internationalen politischen Engagements, dessen Ge-

4 [www.ipcinfo.org/ipcinfo-website/where-what/east-and-central-africa/south-sudan/en/\[25-01-2021\]](https://www.ipcinfo.org/ipcinfo-website/where-what/east-and-central-africa/south-sudan/en/[25-01-2021]).

schichte sich auf das gerade beschriebene Äthiopien-Engagement von Bob Geldof und seiner Initiative »Live Aid« in den 1980er-Jahren zurückführen lässt: »celebrity humanitarianism«. Diese spezifische Form des Aktivismus von Weltstars, der sogar, wie im Falle Geldofs, Weltstars überhaupt erst hervorbringt, tendiert gerade dann besonders problematisch zu werden, wenn er erfolgreich ist.

Natürlich hat Geldofs Initiative dazu beigetragen, eine riesige Menge an Hilfsgeldern zur Linderung der Hungersnot in Äthiopien zu lukrieren – dass Äthiopien während dieser Phase weiterhin Nahrungsmittel exportierte, sei nur am Rande erwähnt. Geldof hat das Image Äthiopiens auf Jahrzehnte geprägt. Nicht als regionale Militärmacht, nicht als eines der wenigen Länder Afrikas, das erfolgreich dem europäischen Kolonialismus Paroli geboten hat, sondern als ein globales Armenhaus, als ein Zentrum des Hungers und der humanitären Tragödien.

Der Südsudan bietet eine herrliche Projektionsfläche für »celebrity humanitarianism«. Die seit der kolonialen Durchdringung perpetuierten Tropen von »christlichen Afrikanern«, die von »islamische Arabern« bekämpft würden, mischen sich mit einer weitgehend pragmatischen Ideologie der SPLM/A, die sich kruder, international abschreckend wirkender Aussagen weitestgehend enthält. Die desaströse humanitäre Situation – der SPLM/A gelingt es, ihre Mitverantwortung dafür geschickt aus dem internationalen Diskurs herauszuhalten – und die internationale Mobilisierung um einen vorgeblichen Genozid in Darfur bilden allesamt anziehende Ingredienzien für ein internationales Spektakel. So könnte es fast als eine glückliche Fügung gesehen werden, dass sich Angelina Jolie aufgrund ihrer zahlreichen anderen Verpflichtungen nicht auf den Südsudan einlassen kann. Wer allerdings Zeit findet, ist George Clooney.

Ähnlich wie Angelina Jolie hat George Clooney eine politische Geschichte im linksorientierten Spektrum der US-Demokraten. Sein Vater, Nick Clooney, kandidierte erfolglos im Jahr 2004 für die Demokratische Partei um einen Senatssitz von Kentucky. Nach der Wahlniederlage schloss er sich dem Engagement seines Sohnes an, der unterdessen begonnen hatte, sich in der internationalen Darfur-Kampagne zu betätigen. Federführend dahinter steht der deklarierte Menschenrechtsaktivist John Prendergast, ein »rising US advocate of intervention in Africa« (Perry, 2014). Prendergast versucht schon während der Clinton-Administration im Tandem mit der späteren Botschafterin der USA bei den Vereinten Nationen, Susan Rice, die US-amerikanische Afrika-Politik auf den Pfad des Guten zu führen.

Der Wechsel von der demokratischen Präsidentschaft Clinton zur republikanischen Präsidentschaft Bush und wieder zurück zur demokratischen Präsidentschaft Obama ist in Bezug auf die Sudan/Südsudan-Politik keineswegs einschneidend. »Juba, South Sudan, is one of the few places in the world where American bipartisanship seems to be alive and well.« (Boswell, 2012) Zwar unterscheiden sich die Motivationen in einigen Nuancen – Menschenrechte und Genozid-Bekämpfung versus christliche Solidarität. Der Unterschied in der Praxis, die über lange Jahre weitgehend vorbehaltlose Unterstützung der SPLM/A gegen das sudanesisches Regime, ist vernachlässigbar.

Die Darfur-Kampagne etabliert sich tatsächlich während der Bush-Jahre und kongruiert weitgehend mit der offiziellen Linie der US-Außenpolitik. Der einzige strukturelle Unterschied ist, dass im staatlichen Apparat gut verankerte, aber unzweifelhaft demokratisch deklarierte Menschenrechtsaktivisten wie John Prendergast nun außerhalb der US-Administration agieren. Prendergast ist dabei außerordentlich erfolgreich. Sein im Jahr 2007 gegründetes *Enough Project* wird zur zentralen Drehscheibe eines explizit gegen Genozide gerichteten Afrika-Engagements von internationalen Stars. Prendergast entwickelt sich zur personifizierten Brücke zwischen humanitärem und menschenrechtlichem Engagement und Hollywood (Perry, 2014). Der Perpetuierung des Völkermord-Narratives kommt eine zentrale mobilisierende und legitimierende Wirkung zu. Ob das Narrativ wirklich zutrifft, was etwa im Fall Darfur überaus umstritten ist, spielt keine Rolle: »Evidence is as naught in the face of a good story.« (de Waal, 2008: 55)

Im Rahmen der Darfur-Kampagne ist Clooney »Prendergast's biggest catch of late« (Boswell, 2012). Bald entwickeln sich die beiden zu einem tatkräftigen Sudan-Tandem, das durch den Beginn der Präsidentschaft Obama eine politische Dynamisierung durchläuft. Die Neubesetzungen der Obama-Administration kreieren ein ganzes Sudan-Ökosystem um aktivistisch orientierte Spitzenbeamten:innen wie Susan Rice und die durch eine Buchreportage zum ruandischen Genozid bekannt gewordene Samantha Power (Young, 2019). Die Unterstützung des Kiir-Regimes während der CPA-Jahre und der nachfolgenden Unabhängigkeit reicht weit. Es ist vielsagend, dass einer der Spitzenbeamten der zu diesem Zeitpunkt mit dem Südsudan befassten US-Administration, Ted Gagne, die Seiten wechselt und heute als Senior Advisor von Salva Kiir agiert.

Für George Clooney wird insbesondere das Südsudan-Engagement persönlich prägend. »Clooney's War«⁵ (Perry, 2014) beinhaltet nicht nur die unvermeidlichen »wild nights« in seiner präferierten Residenz, dem Afex Camp, sondern auch gefährliche Reisen in Kampfgebiete wie die Nuba Mountains. Der Südsudan beinhaltet für Clooney offenbar ein Element der Selbstfindung, eine Problematik, die für viele Humanitarians in dem Land gilt, nicht nur für die berühmten. Wie es Alex Perry (2014: loc 624) treffend formuliert: »South Sudan, I began to think, had suffered especially badly from individuation.«

Clooney übernimmt in weiterer Folge eine essenzielle Funktion in der Vermittlung eines positiven Bildes der Regierung Kiir auf internationaler Ebene (Harengel und Gbadamosi, 2014: 49), vor wie auch nach der Unabhängigkeit. Dabei setzt er auf zum Teil plakativen Aktivismus. So trifft er am 11. März 2012 gemeinsam mit John Prendergast Salva Kiir für ein Briefing in Sicherheitsangelegenheiten.⁶ Offenbar soll dieses Treffen einer Vorbereitung auf ein für drei Tage später angesetztes Hearing zu Sudan im Committee on Foreign Relations im US-Senat dienen. Seine Anwesenheit in Washington nutzt Clooney dann aber auch, um vor der sudanesischen Botschaft zu demonstrieren und sich öffentlichkeitswirksam verhaften zu lassen. »We hope it helps«, meint er, »I'm just trying to raise attention«, mit einer expliziten Referenz zur Situation im Süden des Sudan.⁷

Das Engagement von Prendergast und Clooney ist in den erhobenen politischen Forderungen nicht unbedingt friedliebend. Knapp vor den Unabhängigkeitsfeiern im Jahr 2011 fordert Prendergast die Obama-Regierung explizit dazu auf, die südsudanesishe Luftabwehr auszubauen, wie es von der Regierung Bush bereits zugesagt worden war: »President Obama should [...] provide support to South Sudan to deter further air attacks«.⁸ Die Rollen von Gut und Böse sind eindeutig verteilt. Ebenso ist klar, dass diese Rollen von Clooney und Prendergast entscheidend mitdefiniert werden, ganz entlang der »humanitarian trope of strong men doing good« (Richey und Brockington, 2020: 49).

5 <https://www.newsweek.com/2014/10/10/george-clooneyGeorgeClooney-south-sudan-how-worlds-newest-nation-imploded-274547.html> [25-01-2021].

6 <https://sudantribune.com/spip.php?article41903> [25-01-2021].

7 <https://www.theguardian.com/world/2012/mar/16/george-clooneyGeorgeClooney-arrested-sudanese-embassy> [25-01-2012].

8 <https://enoughproject.org/press-releases/united-states-should-provide-air-defense-capabilities-protect-civilians-sudan> [26-01-2021].

Mit eindeutigen Zuteilungen wie Gut und Böse oder Schuld und Unschuld gibt es allerdings ein schwerwiegendes Problem. Diese Rollen können tauschen. Und jene, die solchen polarisierten Zuschreibungen anhängen, sei es aus Unkenntnis, sei es aus politischen Präferenzen, sind mitunter gezwungen, erstaunliche Pirouetten zu vollziehen. Diese sind allzu oft eng mit persönlichen Befindlichkeiten wie Eitelkeit und Enttäuschung verbunden. Über einen solchen Mechanismus erzählt ein Kenner der US-Politik im Südsudan bei einem gemeinsamen Abendessen just in jenem Afex Camp, das einst George Clooneys als Stützpunkt diente: »Unsere Botschafterin war zwei Jahre im Land. Sie kam, ohne irgendeine Vorahnung zu haben. Die ersten eineinhalb Jahre hat sie [den damaligen Ersten Vizepräsidenten] Taban Deng für die Lösung aller Probleme gehalten. Das hatte genau einen, sehr einfachen Grund. Er war der Einzige, der sich Zeit nahm, mit ihr ausführlich zu reden. Als sie nach eineinhalb Jahren merkte, dass sie sich wohl in ihm getäuscht hatte, war für die letzten sechs Monate ihrer Amtszeit Taban Deng die Wurzel allen Übels im Südsudan. Aber Taban Deng hatte niemals auch nur annähernd eine derartige politische Bedeutung!«

Prendergasts und Clooneys Engagement vollzieht eine ähnliche Wende. Es ist im Nachhinein nicht eindeutig feststellbar, wann der genaue Zeitpunkt dieser Wende anzusetzen ist, aber spätestens mit der Gründung einer neuen NGO, *The Sentry*, unter dem erneut griffigen Slogan »War Crimes Shouldn't Pay« und strategisch mit der *Clooney Foundation for Justice* verpartnert, betreiben die beiden ihren Aktivismus nun unter um 180 Grad gedrehten Vorzeichen. Mittlerweile ist das nun als zutiefst korrupt und intrinsisch gewalttätig charakterisierte Regime des einstigen persönlichen Freundes Salva Kiir direkt und personalisiert für alle Probleme des Landes verantwortlich.

Jeder kann sich irren, manche aber liegen immer falsch. Zumeist sind dies jene mit ausgeprägt starken Meinungen. Wenn diese starken Meinungen mit einem Celebrity-Status zusammenfallen, wird es problematisch. Die aktivistische Durchdringung des Südsudan reicht selbstverständlich viel weiter als die Figur George Clooney. Die Attraktivität für nördliche »do-gooders« ist ungebrochen. Es ist kein Schaden, dass deren praktische Relevanz regelmäßig unter der Wahrnehmungsschwelle verharret, selbst im kleinen politischen System des Südsudan. Im Falle Clooneys ist die Lage schwieriger. Er hatte und hat, nicht aufgrund seiner exzellenten politischen Vernetzung, einen relevanten Einfluss auf die internationale Politik gegenüber dem Land. Ähnlich wie der international bekannte Entwicklungsökonom Bono Vox auf die in-

ternationale Entwicklungspolitik, oder die bekannte Rechtsexpertin Angelina Jolie auf die internationale Menschenrechtspolitik.

Letzten Endes wird der Südsudan zum Objekt von Celebrity-Eitelkeit degradiert. Es ist keineswegs Südsudans George Clooney, es ist George Clooneys Südsudan, der sich so den Weg in die internationale Aufmerksamkeit bahnt. Das ist ein fundamentaler Unterschied. George Clooney braucht den Südsudan mehr als umgekehrt. Nicht nur aus Gründen seines Egos, sondern auch als das Objekt seines Eintritts in die illustre Welt des Celebrity-Engagements, wie Angelina Jolies Bosnien oder Ben Afflecks DRC. George Clooneys Involvierung zeigt nachdrücklich wie kaum eine andere, wie tatsächlich sinn- und wertlos derartige Initiativen sind: »the moral hyperventilation of celebrities hasn't helped and probably has hindered« (de Waal, 2008: 55).

Politischer Marktplatz

Die im vorangegangenen Kapitel behandelten Durchdringungen sind ein kontinuierlich vor sich gehender Prozess. Sie repräsentieren eine historische Dimension der Konfliktlandschaften, zugleich aber auch eine spezifische Form politischen Verhaltens. Sie materialisieren die Vorstellung, diesen Raum, der durch den Südsudan repräsentiert wird, oder das, was der Südsudan ist, nutzbar und funktional zu machen. Die in diesem und im folgenden Kapitel beschriebenen Konfliktlandschaften folgen ebenfalls einer spezifischen Logik, unterscheiden sich aber in ihrem Fundament grundlegend von der Durchdringung. Sie sind weniger zielgerichtet, sondern vielmehr Modi, Verfahrensweisen, die eine Orientierung in den Fragmenten des Südsudan ermöglichen. Diese Konfliktlandschaften sind zunächst tatsächlich Logiken, also Denk- und Verhaltensweisen, die politisches und soziales Verhalten bestimmen. Damit liegen sie im Schnittpunkt zwischen Konfliktlandschaft und politischer Kultur.

Der in diesem Kapitel im Mittelpunkt stehende Ansatz des politischen Marktplatzes geht auf die Arbeit von Alex de Waal zurück. De Waal entwickelt dieses Konzept in der Aufarbeitung seiner persönlichen Erfahrungen in den Doha-Verhandlungen zum Darfur-Konflikt. Im Rahmen der Arbeit des *Conflict Research Programme* an der *London School of Economics and Political Science*, wo er das Konzept in vergleichender Forschung mit anderen Konfliktlogiken in Verbindung bringt, wird es ausdifferenziert und erweitert. Die Erklärungskraft des Ansatzes für manche Prozesse im Südsudan ist bestechend, für andere, zum Teil eng verknüpfte, weniger. Genauso wie die anderen in diesem Buch behandelten Konfliktlandschaften geht es nicht um alternative oder gar konkurrenzierende Erklärungsansätze für eine einheitlich zu analysierende Gesamtsituation. Es geht um Perspektivität, eben um eine Landschaft, die eine Reihe von Phänomenen in sich aufnimmt und entlang einer gewissen

Ordnung interpretiert. Diese Ordnung würde sich, von einer anderen Perspektive aus betrachtet, natürlich anders darstellen.

Eine der wiederholt geäußerten Kritiken gegenüber dem Ansatz des politischen Marktplatzes ist, dass es sich um ein auf die politischen Eliten fokussierendes Konzept handeln würde. Das trifft auf einige der mit dem Ansatz erarbeiteten Analysen zu. Meine folgende Beschreibung, insbesondere die biografische Einlassung auf die beiden Figuren Tut Kew Gatluak und Taban Deng, könnten ebenso nach diesem Muster kritisiert werden.

Allerdings ist der politische Marktplatz eine Konfliktlandschaft, die keineswegs nur solche Eliteakteure involviert. Durch die ihm inhärenten Mechanismen, durch seine weitverzweigten Auswirkungen beeinflusst der Marktplatz einen Großteil der im Südsudan lebenden Gemeinschaften. Wie auch die anderen Konfliktlandschaften wirkt er zudem verbindend. Wenn Taban Deng Gai eine handfeste Unterstützung seiner nationalen politischen Ambitionen benötigt, mobilisiert er eine Miliz in seiner Heimatregion in Unity State. Diese lässt sich mobilisieren, weil sie sich wiederum durch seine Positionierung an den nationalen Schaltstellen konkrete ökonomische Vorteile erhofft. Die Konfliktlandschaft des politischen Marktplatzes ist hybrid. Sie verbindet Internationales und Nationales und dringt bis in kleinste Lokalitäten vor.

Ein Marktplatz politischer Loyalität

Der politische Marktplatz ist kein abstraktes Konzept. Er ist konkret und sichtbar, zumindest für alle, die ihn sehen wollen. Das von Alex de Waal selbst oft bemühte Beispiel sind die Verhandlungen zum Konflikt in Darfur, die im sogenannten Doha-Abkommen münden. Verhandlungen im sudanesischen Kontext sind ein vielschichtiges Phänomen. Internationale Diplomaten:innen fühlen sich in den offiziellen Räumlichkeiten wohl. Anzug und Krawatte dominieren. Es gibt sorgsam abgewogene, zumeist überlange Stellungnahmen, ein formales Aufsetzen der Bestimmungen, das, wie es ein langjähriger Beobachter von Friedensverhandlungen und -verträgen einmal so treffend ausgedrückt hat, oft an Copy-Pasting erinnert.

Im Zuge der Darfur-Verhandlungen beobachtet der teilnehmende de Waal ein interessantes Phänomen. Es gibt einen zweiten Verhandlungsraum, zeitlich und räumlich getrennt, in dem die Protagonist:innen in einem informellen Rahmen zum offenen Austausch zusammenkommen.

Gesprochen wird Arabisch, nicht Englisch. Die behandelten Themen sind nicht die Sicherheitssektorreform oder die internationale Entwicklungszusammenarbeit in der Post-Konfliktphase, sondern Geld. Geld in seinem konkretesten möglichen Ausdruck, in handfesten US-Dollar-Beträgen, die die einzelnen Verhandlungsparteien als Preis für ihre Unterschrift unter den zu verhandelnden Vertrag in ihre Richtung fließen sehen wollen.

Das Doha-Abkommen¹ kann nicht alle relevanten Akteure überzeugen. Laut de Waal wurde der notwendige finanzielle Preis für einige nicht bereitgestellt, die »gute Summe« nicht getroffen. Das von einer internationalen Anwaltskanzlei wahrscheinlich pro bono aufgesetzte Abkommen verhallt daher letzten Endes wertlos. Dennoch endet der Krieg in Darfur, oder ändert zumindest seine Intensität. Dies hat wiederum mit den Eigendynamiken des Marktplatzes zu tun, im Besonderen mit den Schwierigkeiten des sudanesischen Regimes, die bestehenden Loyalitätsstrukturen nachhaltig zu finanzieren. Denn letztendlich kann der Preis der politischen Loyalität, der von den berüchtigten, international als rassistisch und genozidal eingestuften *Janjaweed*-Milizen verlangt wird, von Khartum nicht mehr bezahlt werden. Die Folgen sind auch im Südsudan spürbar. Einer der lokal populärsten und bestvernetzten Janjaweed-Kommandanten mit dem Spitznamen Hemetti macht sich auf die Suche nach eigenen Einnahmequellen. Er bringt die darfurischen Goldreserven unter seine Kontrolle und legt damit den politökonomischen Grundstein für den Fall des Bashir-Regimes.

Doch der politische Marktplatz ist kein exklusiv nordsudanesisches Phänomen. Folgen wir dem Argument von de Waal (2015) weiter, erstreckt sich diese Konfliktlandschaft über die gesamte Großregion des Roten Meeres. Das Grundprinzip des politischen Marktplatzes ist einfach erklärt. Es ist die finanzielle In-Wert-Setzung und Einpreisung von politischer Loyalität, die politische Entrepreneure auf einem Marktplatz zum Verkauf anbieten und die so ihren spezifischen Marktwert erlangt. Dieses zunächst einfache Prinzip hat eine Reihe von Folgewirkungen, die von politischen Mechanismen und Strategien bis hin zur Entwicklung spezifischer Finanzierungspraktiken für das so notwendig werdende »politische Budget« reichen. Denn wie jeder Markt benötigt der politische Marktplatz finanzielle Liquidität. Gerade das südsudanesisches Beispiel zeigt, dass diese Liquidität mit wenigen Ressourcen funktionieren kann, in dem es andere Marktmechanismen wie Lizenzierungen und symbolisches Kapital mobilisiert.

1 <https://www.peaceagreements.org/viewmasterdocument/853>.

Der politische Marktplatz im südlichen Sudan etabliert sich umgehend nach dem Abschluss der CPA-Verhandlungen. Der gewonnene Frieden macht der neuen südsudanesischen Regierung substanzielle finanzielle Mittel aus der Ölförderung verfügbar. Schon John Garang nutzt diese Ressourcen für die politische Absicherung des Verhandlungsergebnisses. »[H]e spent massively on the military payroll in order to make it too expensive for Sudanese security officers to rent southern militia. Meanwhile, Kiir's strategy for managing the SPLM/A's fractious leaders was to indulge their appetite for self-enrichment.« (de Waal, 2014: 348) Damit etabliert sich ein politökonomisches System, das auf dem Einkauf politischer Loyalität und militärischer Schlagkraft im Abtausch mit finanziellen Zuwendungen beruht. Neben Geldzahlungen kommen dafür, in einigen Fällen, auch Postenernennungen mit einhergehenden Lizenzierungen zur Tributeinhebung infrage, die zum Aufbau von Reichtum über direkte Auspressung von Gemeinschaften und Rinder-Reichtum² genutzt werden können.

Zum erfolgreichen Bestehen am politischen Marktplatz benötigt jeder Marktteilnehmer:in finanzielle Mittel oder, in de Waals Worten, ein politisches Budget. Ähnlich wie an jedem kapitalistischen Markt ist ein politisches Budget umso leichter zu lukrieren, je weiter oben jemand in der politischen Hierarchie angesiedelt ist. Regionale Eliten oder niederrangigere Militärs müssen sich vorwiegend auf die unmittelbaren Erträge ihrer Marktteilnahme, Schutzgelder (»protection rents«) oder Gelder aus lizenzierten, oftmals informeller Besteuerung sowie durch diese Gewinne ermöglichter kommerzieller Geschäftseinnahmen verlassen. Nationale Eliten hingegen können auf die gesamten offiziellen wie inoffiziellen staatlichen Geldtöpfen zurückgreifen. Insbesondere in der Phase zwischen 2005 und 2012 sind dies vor allem Ölgelder, von denen der Großteil nie den Weg in das offizielle südsudanesisches Budget findet.

Der gängigste Mechanismus, der sich im politisch-militärischen System dieser Zeit etabliert, ist die »rent-seeking rebellion«. Eine solche Rebellion startet zumeist mit einer politisch provozierten Abspaltung von der SPLM/A durch militärisch ausreichend schlagkräftige Akteure, die auf dem Weg ihrer

2 Im Jahr 2020 wird der finanzielle Wert eines Rindes im Schnitt mit etwa 400 US-Dollar beziffert. Herden mit mehreren tausend Rindern, die über politische und militärische Führungspositionen etwa durch informelle Besteuerung lukriert werden können, haben also einen beachtlichen finanziellen Wert, der bis in die Millionen US-Dollar gehen kann.

bald darauffolgenden Reintegration in die Organisation als Kompensationszahlung zusätzliche Mittel für sich und ihre Gefolgschaft lukrieren können. »The rebellion is settled through a payroll peace: its leader is given a promotion and his fighters are put on the army payroll: arrears are paid, pay rises awarded, and more soldiers – real ones and ghosts – are salaried.« (de Waal, 2015: 26) Als Meister dieser Taktik erweist sich der Nuer-General Peter Gadet, der unter dem politischen Vorhalt des Kampfes gegen den Tribalismus mehrere solche Rebellionen vom Zaun bricht (Craze, *forthcoming*). Eine weitere Folge dieser Taktik ist die massive Expansion der SPLA. Sie umfasst am Ende der ölbedingten Boom-Periode im Jahr 2012 um die 240.000 Soldat:innen. Diese erhalten im Vergleich zur nordsudanesischen Armee den doppelten Sold – zum Zeitpunkt des Unabhängigkeitsreferendums 220 US-Dollar im Monat (de Waal, 2014: 355). Dazu kommen unzählige Generäle.

Derzeit befindet sich der politische Marktplatz angesichts der kurzfristig ausgebliebenen, wahrscheinlich aber langfristig austrocknenden Gewinne aus der Ölförderung in einer Phase des Umbruchs. Joshua Craze (ebd.) vermutet, dass Land, sowie auf Landbesitz angewiesene wirtschaftliche Unternehmungen und andere natürliche Ressourcen wie Vieh zukünftig eine zentrale Rolle einnehmen könnten. Von wahrscheinlich erneut steigender Relevanz ist der Influx internationaler Hilfgelder und Investitionen, sowie die damit teilweise zusammenhängenden Währungsgeschäfte. Der offizielle und der inoffizielle, auf der Straße gehandelte Wechselkurs von US-Dollar in Südsudanesisches Pfund unterscheidet sich um das Dreifache. Das schafft für jene, die Zugriff auf billige, weil zum offiziellen Kurs gewechselte Devisen haben, eine beträchtliche Einnahmemöglichkeit.

Entrepreneure

Der im Südsudan zumeist beschriebene Marktplatz-Mechanismus ist zweifellos die erwähnte »rent-seeking rebellion«. Die Möglichkeiten eines erfolgreichen Agierens am politischen Marktplatz sind jedoch vielfältiger, ebenso wie die eingesetzten Währungen. Keineswegs kommt es immer zu einem direkten Abtausch von (potenzieller) Gewalt gegen Geld. Zugleich sind Gewaltstrategien am politischen Marktplatz mit signifikanten persönlichen Risiken verbunden. Aber, wie es John Young (2019: 33) so schön formuliert: »To survive politically in South Sudan, one must play the game as it exists, not based on Western precepts and values.«

Eine besondere Faszination geht von jenen Akteuren am politischen Marktplatz aus, die nicht in erster Linie militärische Stärke verkaufen und keine relevanten Milizen oder Mobilisierungen ihrer Gemeinschaften in die Gleichung werfen können. Politische Spieler also, die sich einzig aufgrund ihrer Finesse, ihrer ganz spezifischen Fähigkeiten der Aushandlung nachhaltig am politischen Marktplatz etablieren können. Zwei dieser Figuren sollen im Folgenden genauer beleuchtet werden: Tut Kew Gatluak Manime, der präsidentielle Sicherheitsberater, Leiter der südsudanesischen Mediationskommission und Vorsitzender der *National Transition Commission* (NTC), und Taban Deng Gai, einer der derzeit vier Vizepräsident:innen.

Die beiden Persönlichkeiten und ihr Werdegang sind faszinierend. Es soll im Folgenden nicht darum gehen, in journalistischer oder aktivistischer Weise nachzuzeichnen, wie die beiden von wem wofür und über welche Wege wie viel Geld bekommen haben und welche Wege dieses Geld danach genommen haben könnte. Unbestreitbar ist, beide verfügen über reichliche finanzielle Mittel. Und diese Mittel wurden am südsudanesischen politischen Marktplatz verdient. Beide haben es dennoch geschafft, hinsichtlich ihres Reichtums ein vergleichsweise niederschwelliges öffentliches Profil zu bewahren – Tut Kew wahrscheinlich mehr so als der mittlerweile als notorisch korrupt verschriene Taban Deng.

Tut Kew stammt aus einer Bul Nuer-Gemeinschaft in Mayom in Unity State. Die Jahre des sudanesischen Bürgerkrieges verbringt er in Khartum, wo seine erfolgreiche Karriere als Entrepreneur am südsudanesischen Marktplatz seinen Ausgang nimmt. Er entscheidet sich für eine Anbindung an das Bashir-Regime und nutzt zur Untermauerung seiner Position die nach wie vor bestehenden Kontakte zu Bul Nuer-Gemeinschaften. Ab der ersten Hälfte der 1990er-Jahre, nach dem Nasir-Split, beginnt Tut Kew, aktiv an einer Kooperation mit Khartum interessierte Nuer-Milizen zu identifizieren und mit dem sudanesischen Regime in Verbindung zu bringen. Für die formell in die SPLM/A-IO eingegliederte, aber eigenständige Bul Nuer-Miliz von Paulino Matip, die aus seiner Heimatregion Mayom stammt, wird Tut zum wesentlichen Verbindungsmann mit dem sudanesischen Regime.

Auch nach der Unterzeichnung des CPA bleibt er in Khartum und arbeitet weiter für Bashir. Als flexibler Akteur ist ihm allerdings bewusst, dass er in der neuen politischen Konstellation seine persönliche Rolle im Marktplatz neu erfinden muss. Vom Verbindungsmann Bashirs zu oppositionellen Nuer-Milizen entwickelt sich Tut zum zentralen Vermittler zwischen Bashir und Salva Kiir. Nach der Unabhängigkeit wird sein Verhältnis zu Kiir immer en-

ger, wobei er gleichzeitig seine Verbindungen mit dem sudanesischen Regime und insbesondere mit den SAF weiter pflegt. Dies ist in einer Phase der massiven Spannungen zwischen Südsudan und Sudan in den Jahren 2012 und 2013 eine beachtliche Leistung.

Nach dem Ausbruch des Bürgerkrieges ernennt Kiir Tut Kew zu seinem Sicherheitsberater, darauf hoffend, dass seine exzellenten Kontakte zu Bashir dazu verhelfen könnten, dessen Unterstützung für die SPLM/A-IO zu unterbinden. Diese Bemühungen zeigen nach einigen Jahren tatsächlich Erfolg. Bashirs harte Behandlung von Machar, die bis hin zu Hausarrest reicht, um ihn zu den Verhandlungen und der letztendlichen Unterzeichnung des R-ARCSS zu zwingen, wären ohne Tut Kews Engagement vermutlich nur schwer erklärbar. Bashir wiederum erscheint als Ehrengast bei Tut Kews Hochzeit in Khartum im November 2018, einer Hochzeit, der nicht allein aufgrund der erschienenen Prominenz ein dezidiert politischer Charakter zugeschrieben wird. Seiner Frau werden enge familiäre Beziehungen zu Salva Kiir nachgesagt.

Tut Kew bleibt auch wirtschaftlich nicht untätig. Er arbeitet kontinuierlich am Ausbau seines finanziellen Imperiums: Gerüchte reichen von seiner Involvierung in die südsudanesische Zentralbank bis hin zum Immobiliensektor in Juba, was angesichts seiner mannigfaltigen offiziellen Verpflichtungen ein beachtliches Portfolio darstellen würde. Ebenso konsequent erweitert er sein persönliches Netzwerk, das sein wesentliches Eintrittstor und seine Überlebensgarantie am politischen Marktplatz ist. Er baut enge Verbindungen mit Sudans neuem starkem Mann, Mohamed Hamdan Daglo alias »Hemetti«, auf. Auch mit Hemetti wird die persönliche Freundschaft durch gemeinsame Geschäftsgebarungen, gesprochen wird vom Minensektor, untermauert. Mit seinem wiederum untrüglichen Gespür bleibt Tut Kew so auch nach dem Umbruch im Sudan im Geschäft. Bashir wird gestürzt und geht ins Gefängnis, Hemetti wird zum starken Mann der SAF und in der Regierung, und Tut Kew tauscht einfach eine Freundschaftsbeziehung gegen eine andere aus.

Unterdessen übernimmt er, vermutlich nicht ganz ohne Einflussnahme seines Freundes Bashir, neben seiner Funktion als Kiirs Sicherheitsberater die Leitung des *National Pre-Transition Committee* (NPTC). Diese Rolle wird nach Ende der R-ARCSS-Vortransitionsphase in die Leitung des *National Transition Committee* (NTC) überführt. Diese Funktion ist heikel. Kiirs engster Kreis hatte ja befürchtet, dass dieses Komitee zusammen mit der revitalisierten *Joint Monitoring and Evaluation Commission* (RJMEC) zu einem Einfallstor eines in-

ternationalen Überwachungsregimes werden könnte. Tut Kew ist ein Garant dafür, dass genau das nicht passiert. Zudem vereint er in seiner Person die neu entdeckte Interessenkonvergenz zwischen Bashir sowie später Hemetti und Kiir. Und auch seine Beziehungen zu Teilen der SPLM/A-IO sind nach wie vor intakt.

Wiederholt gelingt es Tut Kew, neue Freundschaften und neue politische Konstellationen in exzellente politische Chancen umzumünzen. Aufgrund seiner nun einzigartigen Position als Brücke zwischen Khartum und Juba wird er zum offiziellen Chefmediator der Juba Peace Talks für den Sudan ernannt. Die Gespräche zwischen der neuen sudanesischen Regierung und den verschiedenen sudanesischen Rebellengruppen starten im September 2019. Trotz seiner mangelnden Sprachkenntnisse – Tut Kew spricht nur gebrochen Englisch – ist seine Verhandlungsführung nicht ohne Meriten. Die Gespräche dauern Monate länger als geplant, was nicht zuletzt den luxuriösen Hotelunterkünften der Teilnehmenden geschuldet gewesen sein dürfte. Aber Tut Kew gelingt es, zwischen August und Oktober 2020 das *Juba Peace Agreement* zur Unterschrift zu bringen. Selbst wenn die zwei stärksten militärischen Fraktionen, die SPLM-N-Fraktion von Abdelaziz Al-Hilu und die SLM-Fraktion von Abdel Wahid al-Nur, nicht unterzeichnen, ist dies ein bemerkenswerter Erfolg, der Tut Kews Verankerung am Marktplatz sicher keinen Abbruch tun wird.

Wie Tut Kew Gatluak stammt auch Taban Deng Gai aus Unity State. Sein Vater stammt aus dem Norden, seine Mutter ist eine Jikany Nuer. Auch er hat damit, schon von Geburt her, Standbeine im Norden und im Süden des Sudan, und auch er wird diese spezielle Positionalität in weiterer Folge als seine bevorzugte Währung am politischen Marktplatz einsetzen. Taban Deng studiert zunächst in Juba, folgt dann aber der Verlegung der University of Juba im Jahr 1983 nach Khartum. Nach seinem Studium ist er kurzfristig im Ölsektor bei Chevron beschäftigt (James, 2007: 147), um sich danach der SPLM/A anzuschließen. Dort bringt er es schnell zum Kommandanten, wobei er besonders enge Beziehungen mit den politischen Köpfen der Bewegung entwickelt, neben John Garang vor allem mit Deng Alor und Pagan Amum.

Letzterem folgt er in den Nasir-Split, wo er als Teil der SPLM/A-Nasir zum Leiter von deren neu eingerichteter humanitärer Organisation ernannt wird, der *Rehabilitation Association of South Sudan* (RASS). Diese strategisch wichtige Position nutzt Taban Deng geschickt, um gute Verbindungen mit westlichen Hilfsorganisationen aufzubauen. Unter anderem ist er für die Verwaltung des Flüchtlingslagers in Itang im äthiopischen Gambela verantwortlich. Er nutzt

die RASS aber auch, um Kontakte zum sudanesischen Regime herzustellen und, erfolgreich, dessen militärische Unterstützung für die SPLM/A-Nasir sicherzustellen. Zu diesem Zeitpunkt ähnelt seine Rolle strukturell derjenigen Tut Kew Gatluaks, nur dass Taban Deng in der Lage ist, für die gesamte Nasir-Organisation zu sprechen.

Das *Khartoum Agreement* von 1997 läutet für Taban Deng turbulente Zeiten ein. Zunächst wird er von Machar, mit dem er durch Einheirat in dessen Familie verwandt ist, im Zuge der Einrichtung einer südsudanesischen Zivilverwaltung durch die zur SPLM/A-Hauptströmung in Opposition stehenden Unterzeichner des Khartum Abkommens zum Gouverneur von Unity State ernannt. Aufgrund fortwährender Gerüchte über die massive Veruntreuung von Finanzmitteln der Verwaltung ist er jedoch selbst unter den Nuer-Gemeinschaften höchst unpopulär. Letztlich sieht sich Khartoum dazu veranlasst, einen seiner Hauptkonkurrenten, den Bul Nuer-Kommandanten Paulino Matip, gegen ihn zu unterstützen. Tut Kews Liaison-Rolle zwischen Matip und dem sudanesischen Regime hat zu diesem Schwenk sicher ebenfalls beigetragen. Nachdem zu diesem Zeitpunkt bereits vier seiner Minister von Matips Miliz umgebracht worden waren, bleibt Taban Deng nichts anderes übrig, als von seinem Gouverneurssitz in Bentiu nach Khartoum zu fliehen (Young, 2003: 431).

Dort ist sein Beziehungsnetzwerk noch intakt. Bashir ernennt ihn zum stellvertretenden Minister für Straßen und Brücken. Taban Deng entscheidet sich dennoch bald für eine politische Umorientierung. Er bricht mit dem *Khartoum Agreement* und zieht von Khartoum weiter nach Nairobi. Dort nimmt er wieder mit der SPLM/A-Hauptfraktion Kontakt auf und verhandelt, in Abstimmung mit Riek Machar, über eine Wiedereingliederung der nach der Aufspaltung der SPLM/A-Nasir übrig gebliebenen, Machar-treuen SPDF-Miliz. Rechtzeitig vor Abschluss der CPA-Verhandlungen ist Taban Deng wieder in der SPLM/A integriert. Im Gegensatz zu Machar nützt er diese Rückkehr für das Schmieden einer taktischen Allianz mit Kiir.

Offenkundig richtet sich Taban Dongs Interesse auf eine erneute Ernennung zum Gouverneur von Unity State. Es geht ihm nicht zuletzt um den damit verbundenen erleichterten Zugriff auf Erlöse aus der Ölförderung. Und wirklich befördert Kiir unmittelbar nach Beginn der Interimsphase Taban Deng zurück in diese Rolle. »During this period, Taban Deng fulfilled several useful functions for Kiir: he split what should have been Machar's most solid power base, in his home state of Unity, and ensured that Unity's oil revenue did not to go to his principal rival.« (Craze, 2016: 3) Zugleich spielt Taban

Deng die zur Fraktion um Kiir in Konkurrenz stehenden lokal einflussreichen Bul Nuer-Milizenführer, die Unity State während der Endphase des Bürgerkrieges dominiert hatten, an die Wand.

Wenig überraschend hat diese Vorgangsweise zur Folge, dass sich die ohnehin nicht überragende Popularität von Taban Deng in Unity State außerhalb seiner Jikany-Nuer-Gemeinschaften in engen Grenzen hält. Die Allianz mit Salva Kiir trägt ihn jedoch durch diese politischen Herausforderungen. Doch wieder droht Taban Deng zu überspielen. Zunächst setzt er sich in der internen SPLM/A-Vorentscheidung zu den Wahlen von 2010 um die Kandidatur für den Gouverneursposten in Unity State in einem feindseligen politischen Match gegen den SPLM/A-Parteivorsitzenden in Unity, Joseph Nguen Monytil, durch. Joseph Nguen verzichtet schließlich nach massivem Druck von Kiir auf eine Kandidatur, wobei sich dieser Verzicht für ihn langfristig rechnen wird: Im Juni 2020 wird er letztendlich doch diese Position erhalten. In der eigentlichen Wahl setzt sich Taban Deng in einer nach übereinstimmenden Aussagen massiv gefälschten Prozedur gegen die unabhängig kandidierende Gegenkandidatin Angelina Teny, die Frau von Riek Machar, durch. Im Vorfeld der Wahl formiert Taban Deng zudem eine Jikany Nuer-Miliz, die die Unterstützer:innen von Angelina Teny systematisch einschüchtert und bedroht.

Obwohl er den Gouverneurs-Posten behaupten kann, entwickelt sich Taban Dengs Position am politischen Marktplatz zunehmend prekär. Sein Verhältnis zu Kiir ist taktisch, sein Verhältnis zur Fraktion um Riek Machar nach der Wahlkampagne in Unity State nachhaltig zerstört. Darüber hinaus zeichnet sich eine nationale Zuspitzung ab, in der er politisch zerrieben werden könnte. Seine Miliz ist nicht stark genug, um ihm einen ausreichenden bewaffneten Rückhalt zu garantieren. In dieser Situation entscheidet sich Taban Deng, die Wiederannäherung an Riek Machar zu suchen. Dies wird durch familiäre Bande begünstigt, durch die nachgerade beeindruckende politische Flexibilität beider Akteure aber erst ermöglicht.

Der Seitenwechsel garantiert Taban Deng den notwendigen Rückhalt in der Region, um sich noch einige Zeit in der Gouverneursposition zu halten. Letztendlich resultiert der Wechsel aber in seiner Entlassung durch Salva Kiir im Juli 2013 als Folge der immer offensichtlicheren politischen Zuspitzung auf nationaler Ebene. Taban Deng positioniert sich umgehend als der politische Sprecher von Riek Machar und schließt sich nach der Eskalation des Krieges Ende 2013 der SPLM/A-IO an.

Spätestens mit Unterzeichnung des ARCSS-Friedensvertrages im Jahr 2015 steigt Taban Deng in den engsten Führungszirkel der SPLM/A-IO auf. Trotz seiner verwandtschaftlichen Beziehungen sowohl mit Riek Machar als auch mit Angelina Teny sind die persönlichen Verhältnisse im Führungstrio zerrüttet. Taban Deng wird ein starkes Interesse zur Ablösung Machars als Oppositionsführer nachgesagt. Zugleich beginnt er während der Friedensverhandlungen in Addis Abeba, seine alte Allianz mit Salva Kiir wiederzubeleben. Der Schritt gelingt. Nach dem »Juba Incident« im Juli 2016 schließt sich Taban Deng nicht Riek Machars Marsch in die DRC an, sondern verbleibt in Juba. Er verkündet einen Split in der SPLM/A-IO und lässt sich von Salva Kiir formell in die gemäß dem Geist der Verhandlungen eigentlich für Machar reservierte Rolle des Ersten Vizepräsidenten einsetzen. Militärisch stützt er sich dabei auf eine zwischen 2.000 und 5.000 Kämpfer:innen umfassende Miliz aus seinem Heimatgebiet Guit in Upper Nile, die von einigen ihm loyalen Jikany Nuer Chiefs organisiert wird.

Seine bewaffneten Kapazitäten sind jedoch nicht zu überschätzen. Es ist vielmehr die Allianz mit Kiir, die ihn bis zur Ernennung des R-TGoNU im Februar 2020 in seiner Position hält. Das R-ARCSS-Framework bedeutet für ihn zwar einen formalen Abstieg. Er muss in die zweite Reihe der Vizepräsidenten zurücktreten und ist nach Machars Eintritt in die Regierung und dessen Übernahme seiner alten Position nur mehr einer von vier »normalen« Vizepräsidenten. Seine kurzzeitige Forderung, eine nachträgliche eigenständige Quote für seine IO-Fraktion für Postenbesetzungen in der Folge von R-ARCSS zu erhalten, wird von allen Vertragsparteien einhellig zurückgewiesen. Dennoch hält er sich weiterhin im Spiel, auch wenn seine Position ohne eine Neukonfiguration seiner Allianzen nicht nachhaltig gesichert wirkt.

Die beiden Biografien von Tut Kew Gatluak und Taban Deng demonstrieren nicht nur eindrücklich den turbulenten Charakter des südsudanesischen politischen Marktplatzes. Sie lassen einige wesentliche Eckpunkte im Fähigkeitsprofil erfolgreicher Akteure erkennen, die sich aus den Praktiken der beiden vorgestellten Figuren verallgemeinern lassen. Wichtig erscheint in erster Linie, den eigenen Wert und, vor allem, den eigenen Mehrwert im Marktplatz zu erkennen. Dies gilt umso mehr bei zwei Personen, die ihre Position nicht in erster Linie militärischer Stärke verdanken, einem Gut, das von den meisten anderen Entrepreneur:innen als der naheliegendste Gegenwert in die Waagschale geworfen wird. Bei Tut Kew und Taban ist es hingegen ihre spezifische Positionalität, ihre aufgrund von Herkunft und sozialer Einbettung ermöglichte Fähigkeit zum Brückenschlag zwischen dem Norden und dem Süden,

die ihnen den Eintritt in den Marktplatz ermöglichen. Ihre vermittelnde Rolle zwischen der SPLM/A-Mehrheitsfraktion und den aus deren Sicht notorisch unzuverlässigen Nuer-Gemeinschaften in Greater Upper Nile trägt ebenfalls dazu bei.

Ein zweites wesentliches Charakteristikum ist Flexibilität, auf persönlicher und politischer Ebene. Emotionale Kategorien wie Enttäuschung, Beleidigung oder Treue helfen am südsudanesischen politischen Marktplatz genauso wenig wie eine prononcierte und konsequent verfolgte politische Agenda. Über den eigenen politischen und persönlichen Schatten springen zu können erscheint als eine der wesentlichsten Voraussetzungen, den eigenen Mehrwert aufrechtzuerhalten und nicht in der hoch kompetitiven Situation, die der Marktplatz für seine Akteure bereithält, zu verbrennen.

Dies konterkariert mit einer gleichzeitig notwendigen langfristigen Orientierung auf eine nachhaltige Verankerung am Marktplatz. Eine solche Verankerung baut auf zwei notwendigen, einander ergänzenden Komponenten auf. Einerseits benötigt die Flexibilität eine gewisse Risikobereitschaft und Dynamik, die aber erst mit der richtigen Antizipationsfähigkeit zum Tragen kommt. Beide Lebensläufe unterstreichen eindrucksvoll die Gabe, frühzeitig potenziell schwierige politische Konstellationen zu erkennen und richtige und konsequente Schritte zu ihrer Meisterung zu setzen. Nicht zufällig gilt Schach als das präferierte Spiel der SPLM/A-Kader zu Zeiten des Bürgerkrieges.³ Sudanesische Politik steht seit Langem im Ruf, einem kontinuierlichen Schachturnier zu ähneln, und nicht zuletzt deswegen westliche, kurzfristig orientierte politische Partner regelmäßig an die Wand zu spielen.

Daneben arbeiten sowohl Tut Kew Gatluak als auch Taban Deng kontinuierlich an der Weiterentwicklung ihrer persönlichen Vernetzung. Keinesfalls mit persönlicher Treue oder persönlicher Loyalität zu verwechseln, nutzen beide gezielt Verwandtschaftsverhältnisse oder kreieren diese sogar, um für den Fall des Falles eine Rückfalloption offen zu halten. Zugleich wirken sie von einem frühen Stadium an darauf hin, persönliche Loyalitätsbeziehungen in einem breiten Netzwerk aufzulösen. Nur ein solches Netzwerk kann den ihnen persönlich zugeschriebenen Mehrwert verstetigen. War es anfangs bei beiden eine gute, aber ausreichend distanzierte Beziehung zu Bashir, die sie für andere südsudanesische Marktteilnehmer:innen wertvoll macht, gelingt es ihnen, ab einem gewissen Punkt die kritische Schwelle am Markt-

3 <https://www.france24.com/en/20190326-chess-war-game-building-bridges-south-sudan> [28-01-2021].

platz zu überschreiten, was sie selbst in die Position von Marktmachern kapapultiert. Wie die gegenwärtige Krise in der Positionierung von Taban Deng jedoch zeigt, ist eine solche Position keineswegs ein Selbstläufer. Sie will kontinuierlich gepflegt und mit den richtigen Schritten zum richtigen Zeitpunkt gewahrt werden.

Schmiermittel

Es ist kein Geheimnis, dass Öleinkommen über lange Jahre die Fluidität des politischen Marktplatzes garantiert haben. Eine häufig geäußerte These politisch-ökonomisch argumentierender Ansätze macht die Einstellung der Ölproduktion im Jahr 2012 im Anschluss an eskalierende politische Kontroversen mit dem Sudan und den resultierenden Totalausfall der Öleinnahmen für den Zusammenbruch des auf den inflationären Einkauf politischer Loyalität basierenden »political settlement« des »big tent« von 2005 bis 2011 verantwortlich. So lässt sich auch die darauffolgende politische Eskalation erklären, die im Ausbruch des südsudanesischen Bürgerkriegs mündet (de Waal, 2014; Twinjstra, 2015). Dies hat nicht zuletzt damit zu tun, dass in dieser Zeitphase das politische Budget mit dem nationalen südsudanesischen Budget deckungsgleich ist. »Any bubbles of technocratic integrity that might exist, here and there within the system, depend entirely on the goodwill and political clout of their individual mentors.« (de Waal, 2015: 100)

Das nationale Budget ist nach der Wiederaufnahme der Ölförderung im Jahr 2013 wiederum mit den Einnahmen aus der Ölförderung nahezu deckungsgleich. In der Periode von 2015 bis 2019 machen Öleinnahmen 86 % der Staatseinnahmen aus (Soares da Gama, 2020), wobei ein nicht geringer Teil bereits vorab auf Kredit zur Finanzierung des Krieges verpfändet wird. Öl zeichnet zudem für ein Drittel des BIP und nahezu 100 % der Exporte verantwortlich⁴, was die Einseitigkeit der südsudanesischen Ökonomie unterstreicht. Trotz eines gewissen Bemühens, nach außen hin transparent zu erscheinen – so wurde etwa das *Ministry of Petroleum and Mining* bei der Bildung des R-TGoNU der SPLM/A-IO überlassen und wird seit März 2020 vom relativ unerfahrenen und aus dem Parteinachwuchs kommenden Puot Kang Chuol geleitet – bleibt der Sektor abgeschlossen und unzugänglich. Das Ministerium ist neben der Erstellung von Prognosen und Statistiken und der Wartung

4 <https://www.worldbank.org/en/country/southsudan/overview> [29-01-2021].

der Explorations- und Transportanlagen vor allem für die Lizenzvergabe an internationale Konsortien verantwortlich. Neue Blocks, die nicht nur das traditionelle Fördergebiet an der sudanesischen Grenze umschließen, sondern bis nach Jonglei reichen, sollen im Verlauf des Jahres 2021 zur internationalen Versteigerung kommen.

Der wesentliche Eintrittspunkt in den Sektor ist jedoch die staatliche Ölgesellschaft Nilepet, der als Auktionsbedingung ein fester Bestandteil in den Explorationskonsortien zugesichert ist. Derzeit sind drei solche Konsortien im Südsudan tätig: Die produktivsten Ölfelder in Unity State, die Blocks 1, 2 und 4, die die qualitativ gute Nile Blend produzieren, werden von dem *Greater Pioneer Operating Company* (GPOC)-Konsortium exploriert. Der ebenfalls Nile Blend produzierende, weiter südlich in Unity gelegene Block 5A, obliegt der *Sudd Petroleum Operating Company* (SPOC). Die qualitativ niederwertigeren Blocks 3 und 7 in Upper Nile, die Dar Blend produzieren, werden von der *Dar Petroleum Operating Company* bearbeitet. In unterschiedlicher Zusammensetzung werden diese Konsortien von zwei internationalen Öl-Konzernen dominiert: der chinesischen CNPC (40 % an GPOC, 41 % an Dar) und der malaysischen Petronas (30 % an GPOC, 67.8 % an SPOC, 40 % an Dar). Substantielle Minderheitsbeteiligungen hält noch die indische ONGC *Videsh* (25 % an GPOC, 24.2 % an SPOC).

Die südsudanesische Nilepet hält an allen drei Konsortien in den Vertragsbedingungen fix verankerte Beteiligungen (5 % an GPOC, 8 % an SPOC, 8 % an Dar). Und Nilepet ist in der Tat ein Vehikel, das am politischen Marktplatz gezielt eingesetzt werden dürfte, wobei der hier stehende Konjunktiv auf die faktische Undurchdringlichkeit der Materie verweist. Als gesicherte Information gilt, dass Nilepet Teile des Sicherheitsapparates direkt finanziert und die Bewaffnung von Milizen, etwa der Padang Dinka in Upper Nile, bezahlt (Panel of Experts, 2016: 22 Abs 56). Privilegierte Teile von NSS und SSPDF haben direkten Zugriff auf die Mittel des Konzerns.⁵ Diese Verwicklungen werden durch die Personalpolitik unterstrichen: Akol Koor Kuc, der starke Mann des NSS und nach der Entlassung von Paul Malong der nach Kiir wahrscheinlich zweitmächtigste Spieler am politischen Marktplatz, war ebenso im Vorstand von Nilepet wie weitere führende Kader des NSS. Allerdings wird Akol Koor im August 2020 in einem Schritt, der ein gleich riskantes wie wohlüberlegtes Manöver zur Verschiebung der Machtbalance am politischen Marktplatz

5 <https://www.globalwitness.org/en/campaigns/south-sudan/capture-on-the-nile/> [29-01-2021].

darstellt, von Salva Kiir durch seinen loyalen Unterstützer Nhial Deng ersetzt (Panel of Experts, 2020: 10 Abs 29). Nilepet ist also gleichzeitig Instrument wie Spielfeld des politischen Marktplatzes.

Die starke Ölabhängigkeit wirft zwei miteinander zusammenhängende Fragen auf: Ist der Südsudan ein Opfer des viel zitierten Ressourcenfluchs (»Resource Curse«) und, nicht zuletzt abhängig von der Beantwortung dieser Frage, wie wird sich der südsudanesische Marktplatz mit einer abzusehenden Abnahme der Öleinnahmen entwickeln? Resource Curse wird in der ökonomischen Literatur als Fehlfunktion öffentlicher wie privater Institutionen im Zusammenhang mit einem einseitigen Ressourcenreichtum betrachtet. Eine allgemeine, politikwissenschaftlich orientierte Definition sieht ihn als »the perverse effects of a country's natural resource wealth on its economic, social or political well-being« (Ross, 2018: 200). In dieser weit gefassten Definition würde der Südsudan offensichtlich in die Definition passen. Die phasenweise substanziellen Einnahmen aus der Ölförderung sind jedenfalls nie an weite Teile der Bevölkerung weitergegeben worden.

Es sind faktisch keine öffentlichen Investitionen außerhalb des Sicherheitssektors sichtbar, die aus dem Öleinkommen bestritten worden wären. Nicht einmal eine regelmäßige, fachgerechte Wartung der Explorations- und Transportanlagen wird durchgeführt, obwohl die Regierung dazu eigentlich vertraglich verpflichtet wäre. Gespräche in Bentiu mit Personen, die in der Ölförderung tätig sind, bestätigen zwar die – gegenüber nicht im Sektor Beschäftigten strikt abgeschnittene – gute Straßen- und Fluginfrastruktur um die Förderanlagen. Die Anlagen selbst sind jedoch veraltet und verursachen massive Schäden bei Mensch (Fehlgeburten, Missbildungen) und Natur (vergiftete Tiere, verödete Landschaften) in den umliegenden Gegenden.

Quantitative vergleichende Forschung deutet ebenfalls auf eine Gewaltkonflikte fördernde Wirkung der Ölförderung hin. Einer der in der rezenten Forschung anerkanntesten historischen Vergleiche von Konfliktursachen im Verhältnis zu ökonomischen Faktoren kommt in dieser Frage zu einem eindeutigen Schluss: »The effect of oil remains strong.« (Fearon und Laitin, 2003: 86) Eine andere Arbeit erkennt eine um 8 % erhöhte Wahrscheinlichkeit des Ausbruchs eines Gewaltkonfliktes nach der Entdeckung von Öl (Lei und Michaels, 2014). Beide Untersuchungen sehen jedoch die institutionelle Vorgeschichte, insbesondere die Prävalenz von Gewaltkonflikten im entsprechenden Land, als entscheidend an. Dies klingt naheliegend. Ölfunde in Norwegen wirken sich anders aus als Ölfunde im Sudan.

Generell verweisen vertiefende akademische Diskussionen darauf, dass die Qualität und der Charakter von Institutionen durch einen Resource Curse keine substanzielle Transformation durchläuft (Mehlum et al., 2006). In anderen Worten: Die neue Ressource dynamisiert und beschleunigt Tendenzen eher, als dass sie solche Tendenzen verändern oder gar umkehren würde. Dies ist in der Tat im Sudan/Südsudan zu beobachten. Es ist nicht Öl, das die Konfliktlandschaft des politischen Marktplatzes hat entstehen lassen. Es ist vielmehr der politische Marktplatz, der diese neue Einnahmequelle inkorporiert und nutzbar gemacht hat. Selbstverständlich haben die Konjunkturen der Öleinnahmen zu einschneidenden politischen Verwerfungen geführt. Neben dem Ausbruch des südsudanesischen Bürgerkrieges kann auch der Sturz von Bashir im Sudan mit einem überraschenden und rapiden Rückgang der Öleinnahmen in Zusammenhang gebracht werden. Ob diese Ereignisse damit vollumfänglich erklärt werden können, ist jedoch fraglich. Es ist unwahrscheinlich, dass die strukturellen Faktoren, die einen solchen Prozess ermöglicht haben, einzig von der Ressource Öl kreiert und produziert worden sind.

Damit sind wir bereits in der Beantwortung der zweiten Frage, wie sich der politische Marktplatz im Verhältnis zum Ölsektor zukünftig verändern könnte. Zunächst ist festzuhalten, dass es tatsächlich so scheint, als würden sich die Öleinnahmen in einem unvermeidlichen Rückgang befinden. Die Fördermenge im Oktober 2020 von 165.000 Barrel pro Tag, das meiste davon in qualitativ schlechter Dar Blend, ist weit von den Spitzenmengen von 350.000 Barrel pro Tag im Jahr 2011 entfernt. Der Verfall der internationalen Ölpreise tut ein Übriges. Die für das Jahr 2020 prognostizierten durchschnittlichen Einnahmen aus dem Rohölverkauf belaufen sich auf etwa 30 Millionen US-Dollar pro Monat, im Unterschied zu 900 Millionen US-Dollar im Jahr 2011 (Craze, *forthcoming*). Gelegentlich ventilierte Ideen, diese Produktion wieder auf den alten Stand hochzufahren und durch neu zur Auktion gebrachte Blocks sogar zu erhöhen, wirken, gelinde gesagt, zweckoptimistisch. »We understand there is a natural decline and oil reserve is limited«, gibt selbst der Unterstaatssekretär im Ölministerium im Oktober 2020 zu bedenken.⁶ Internationale Schätzungen gehen davon aus, dass die Produktion im Jahr 2030 dauerhaft unter 100.000 Barrel pro Tag fallen könnte (Patey, 2017: 11).

Was sind die Konsequenzen für den politischen Marktplatz? Vorhersagen sind im Südsudan schwer anzustellen, vor allem, weil sie weniger mit stabilen

6 <https://sudantribune.com/spip.php?article69963> [29-01-2021].

institutionellen Größen als mit einem strategisch und taktisch fein ausdifferenzierten soziopolitischen Spiel zu tun haben. In einer langfristig orientierten Sicht könnte argumentiert werden, dass die durch das Öl induzierte Dynamik aus der Konfliktlandschaft weicht und sich die beständige Turbulenz, die das derzeitige politische System auszeichnet, beruhigt. Das geht wohlgemerkt nicht zwangsläufig mit einer Abnahme der bewaffneten Gewalt einher. Es erhöht aber möglicherweise ihre Absehbarkeit und Steuerbarkeit. Joshua Craze (*forthcoming*) sieht Ende 2020 bereits solche Tendenzen am Werk. Der stark inflationäre Preis politischer Loyalität pendelt sich auf weit niedrigerem Niveau ein. So wird es für Marktmacher wie Salva Kiir einfacher, strategische Partnerschaften etwa über die gezielte Vergabe politischer Positionen, national sowie in den Regionen, die für die Begünstigten mit der Möglichkeit der Realisierung finanzieller Profite einhergehen, zu verstetigen. Dies klingt plausibel. Allerdings: einer verlässlichen Prognose ist die Konfliktlandschaft des südsudanesischen politischen Marktplatzes sicher nicht zugänglich.

Ethnopolitik

Landschaften sind nichts objektiv Gegebenes. Sie erschließen sich mit den darauf geworfenen Blicken, mit dem, was ins Auge fällt, mit dem, was in Erinnerung und Wiedererkennung übergeht. Landschaften können sich somit ergänzen, sie können ineinander verfließen, sich aber auch widersprechen oder im Extremfall sogar gegeneinander ankämpfen. In einer stringenten, linearen Analyse würden historische Durchdringungen, politische Marktplätze und ethnopolitische Mechanismen konkurrierende Erklärungsansätze darstellen. Ganz so, als wäre ein Ansatz richtiger oder erklärungs mächtiger als die anderen. Die hier angebotene Sichtweise verweist hingegen auf das Element der Perspektive. Es betont die Überlappung und die Möglichkeit von landschaftlichen Übergängen.

In einer solchen Sichtweise repräsentiert Ethnopolitik eine eigene Konfliktlandschaft im Südsudan. Mitunter korrespondiert sie mit transaktionalen politischen Mechanismen. Kaum je ist sie jedoch ohne die historische Institutionalisierung von Differenzen zu verstehen, die durch die kolonialistische Epoche überhaupt erst angestoßen wurde.

Ethnopolitik basiert auf der soziopolitischen Essentialisierung von Differenz. Das Erkennen einer solchen Differenz setzt wiederum vergesellschaftende Institutionalisierungsprozesse voraus, Prozesse, die allerdings abgerissen, segmentiert, fragmentiert bleiben. Nie ist Vergesellschaftung allumfassend und abgeschlossen. Dies wäre ein zutiefst totalitärer Prozess, der kein Außen akzeptieren könnte. Die plurale Gesellschaft ist deshalb immer Gesellschaft im Plural – Gesellschaften. Und doch liegt irgendwo am Weg soziopolitischer Institutionalisierung ein, die Referenz auf die marxistische Dialektik sei mir verziehen, doppelter qualitativer Umschlag. Ein Umschlag ist die auf ökonomischer und sozialer Ebene vollzogene Integration in eine unpersönliche, in ihrer Ausdehnung nur abstrakt erfassbare Meta-Gemeinschaft, ein weiterer die Anbindung an ein Amalgam aus politischer Institutionalisierung

und ideologischer Vision, den Nationalstaat. Wenngleich seine teleologische Fixierung irritiert, ist die von Max Weber (1922) angedachte Verbindung von Gesellschaft und Nationalstaat folgerichtig.

Die spezifische Problematik der abgerissenen südsudanesischen Vergesellschaftung ist ihr extern ausgelöster und angeschobener Charakter. Zwar werden verschiedenste im Gebiet des heutigen Südsudan lebende Gemeinschaften von Sklavenjagden arabischer Stämme in Mitleidenschaft gezogen. Ohne die durch die Kolonialherrschaft hergestellte Verbindung hätte dies jedoch nicht zur Herausbildung einer die einzelnen Gemeinschaften übergreifenden Identität geführt. Die kolonialistisch verankerte Unterscheidung zwischen den beiden Überidentitäten »Araber:innen« und »Afrikaner:innen« war letzten Endes nichts anderes als ein koloniales Herrschaftsinstrument. »The classification Arab vs African is an example of racial formation as a state practice in the Sudanese context.« (Jok, 2016: 10) Eine oft vergessene Konsequenz dieser abgerissenen Vergesellschaftung ist, dass erst sie überhaupt die unterschiedlichen Gemeinschaften in eine institutionelle Beziehung gesetzt hat. Durch die Formalisierung dieser institutionellen Beziehung, konkret durch die koloniale Verwaltung mit ihrer Systematisierung der »Indirect Rule«, wird die Basis für die Ethnopolitisierung geschaffen.

Der liberal verfasste Nationalstaat steht immer im Zentrum modernen politischen Denkens. Er ist, wie Joel Migdal (1988: 15) so richtig bemerkt hat, »part of our natural landscape«. Er bestimmt, warum eine plurale Sichtweise auf soziale Konflikte, ein Denken in Landschaften, für modern gepolte Analyst:innen unmöglich ist. Jede Form eines bewaffnet ausbrechenden Konfliktes ist ein Resultat eines mangelnden Nation-Building, oder sogar ein Weg dahin. »Derived from a strategic and somewhat parsimonious analysis of European history, this rational has been used to describe the dynamics of conflict all around the world. Yet it represents a reductionist logic, based on the understanding that violence is a biological imperative.« (Richmond, 2014: 33) Vielmehr ist es die Mission der Verstaatlichung selbst, die insbesondere ethnopolitisch kodierte Gewalt als Folge einer gesellschaftlichen Institutionalisierung auslöst.

Die historische Entwicklung und Konfiguration dieser Institutionalisierung erfuhren im südsudanesischen Fall besonders unglückliche Interventionen. Immer als Peripherie institutionalisiert, arbeiteten die kolonial wie postkolonial Herrschenden im heutigen Südsudan kontinuierlich daran, durch eine konkurrenzierende, segmentierte Integration der im designierten Territorium lebenden Gemeinschaften ihre Herrschaft abzusichern. Dies führte

nicht nur zu der Konfiguration des Südsudan als einem Staat in Fragmenten, es führte auch zu der hochproblematischen Konstellation, dass sich die in diesen Fragmenten entspannenden politischen Prozesse nicht zuletzt anhand der Fragen gemeinschaftlicher Identität institutionalisierten – und leider teilweise essenzialisierten.

Eine Frage der Diktion

Diese ethnopolitischen Gegebenheiten machen eine Benennung sozialer Gegebenheiten zu einer herausfordernden Aufgabe. Die offenkundige Falle besteht in der angesprochenen Essenzialisierung sozialer und kultureller Konfigurationen. Und gerade dies geschieht im südsudanesischen Kontext schnell und oft. Die Dinka. Die Nuer. Die Zande. Selbst aufgeklärt liberale Diskurse benutzen und befeuern derartige Denkweisen. Es ist unmöglich, ihnen zu entkommen. Auch in diesem Buch nicht. Ein derartiges Beispiel liegt schon in der Quantifizierung von Diversität. 65 Sprachen, 65 Gemeinschaften. Doch diese Zahl ist fluide. Der Wikipedia-Eintrag zu »Ethnic Groups in South Sudan« listet 63 derselben auf. Offizielle südsudanesishe Dokumente sprechen von 64 sogenannten »tribes«, also Stämmen. Der Nationality Act 2011 verwendet als Zuschreibung den hybriden Begriff der »indigenous ethnic communities of South Sudan«.

Die Fluidität von Zahlen und Begrifflichkeiten ist der Problematik inhärent. Im Gegensatz zur ordnenden Natur moderner Analyse ist Identität keineswegs klar und eindeutig: »the Sudanese popular notions of race are not based on phenotypes alone, and they are not fixed« (Jok, 2016: 3). Selbst bei den größten Gruppen gibt es Zweifel. Dinka? Nuer? Kommen die Dinka überhaupt aus dem Süden des Sudan? Entstammen gar die Nuer von den Dinka? Ein alter Text von Aidan Southall (1976: 463) gibt auf diese Frage die einzig mögliche Antwort: »the Nuer are not Nuer and the Dinka are not Dinka«.

Diese Aussage bezieht sich zunächst auf die historische Namensgebung von »Naath« für Nuer und »Jieng« für Dinka. Zugleich sind aber Unterschiede zwischen und Diversifizierung innerhalb dieser soziokulturellen Gruppierungen nicht dazu angetan, von einer binären Unterscheidung auszugehen. Bor Dinka, Twic Dinka, Bahr el-Ghazal Dinka. Ihre Dialekte unterscheiden sich, sind sich aber ähnlich genug für eine Verständigung. Wie auch von Nuer. »Natürlich verstehe ich Dinka«, erzählt meine Freundin Nyibol, aufgrund ihres Namens eindeutig als Nuer identifizierbar. »Der Unterschied ist nicht

so groß.« Oder, in der eigentümlichen Diktion der kolonialen Anthropologie erzählt: »Nuer and Dinka are too much alike physically and their languages and customs are too similar for any doubt to arise about their common origin.« (Evans-Pritchard, 1940: 3) Und dennoch: die Unterscheidung zwischen Dinka und Nuer hat sich in den vergangenen Jahrzehnten in einem Maße ethnopolitisiert, dass sie zu einer wesentlichen Triebkraft der südsudanesischen Gewaltkonflikte angeschwollen ist.

Dieser Prozess demonstriert die Funktionalität von Ethnopolitik in Kurzfassung: Es geht um die politische Instrumentalisierung von Unterschieden, die sich in weiterer Folge institutionalisiert. So fluide die Fixierung von Dinka- und Nuer-Identitäten letztlich ist, so wichtig ist es, sie zu kennen und über sie Bescheid zu wissen. Sie verleihen politische Positionalität, zum Teil ermöglichen sie sie erst. Und zugleich verkomplizieren diese Unterscheidungen jede Auseinandersetzung, die kritisch darauf bedacht ist, die Essenzialisierung von ethnopolitischen Größen im Widerstreit zu anderen Formen identitätspolitischer Vergesellschaftung nicht zu performieren.

Die in diesem Buch verwendete Diktion baut auf dem Begriff der Gemeinschaft auf, in bewusstem Gegensatz zu einem sozioökonomischen Prozess der Vergesellschaftung, der sich im Südsudan ohnehin nur in Fragmenten vollzogen hat. Gemeinschaft ist kein simpler Begriff, lässt er sich doch auf sprachlich und kulturell abgrenzbare größere ethnopolitischen Gruppen wie Dinka, Nuer oder Zande, Bari oder Murle nicht einfach unreflektiert anwenden. Es gibt keine Gemeinschaft der Dinka, sehr wohl aber Dinka-Gemeinschaften. Vielleicht würde es analytisch Sinn ergeben, von einer Dinka-Gesellschaft zu sprechen. Das würde freilich weitreichende Annahmen voraussetzen, die die soziologische und historische Analysetiefe dieser Arbeit übersteigen.

Cherry Leonardi (2015: 22) weist darauf hin, dass sich die »oral history« von Gemeinschaften nahezu immer auf Migrationsbewegungen bezieht. Gemeinschaft wird am ehesten in Klan-Strukturen gedacht, in Familienverbänden, die derartige Migrationen gemeinsam unternehmen. Ethnische Zuordnungen, die in institutionalisierte Differenzen übergehen können, entwickeln sich erst in Bezug auf ein spezifisches Territorium, »so that a ›tribe‹ like the Mundari was made up of various groups of immigrants to a particular territory« (ebd.).

Dementsprechend sind ethnische Selbstbezeichnungen unüblich. Vielmehr sind die später durch koloniale Verwaltungspraxis und Anthropologie entwickelten Namensgebungen das Produkt ganz profaner Begriffe. Die Dinka-Eigenbezeichnung »Jieng« und der Nuer-Eigenname »Naath« be-

deuten mehr oder minder ähnliches, Menschen oder Leute. Eine daraus abgeleitete Nomenklatur von Eigennamen entwickelt sich erst durch die koloniale Anthropologie, deren Aufgabe unter anderem darin besteht, für das möglichst effiziente Funktionieren der Kolonialverwaltung unabdingbare soziokulturelle Unterschiedlichkeiten zu benennen und zu objektivieren. Zugleich können solche Fremdbezeichnungen ein weites Feld von Beziehungen abdecken. So kennt die Sprache der Murle, wie schon kurz ausgeführt, keine Unterscheidung zwischen »Fremden« und »Feinden«, beide sind »moden« (Arensens, 1964: 1).

Eine ethnopolitische Verortung setzt gemeinsame Institutionalisierungen voraus. Diese waren vor den zuvor beschriebenen Durchdringungen, die auf eine rudimentäre Vergesellschaftung hinwirken, nicht gegeben. Eine komplexere Identitätsfragen aufwerfende subjektive Positionalität jenseits einer pragmatischen Einteilung in ein enges, nicht mit der heutigen ethnopolitischen Konfiguration zu verwechselndes »wir« und »die anderen« ist also vergleichsweise jungen Datums. Dennoch fokussieren selbst konstruktivistische Interpretationen von Ethnizität im afrikanischen Kontext (etwa Roessler, 2016: 48–49) oftmals mehr auf Kontinuität und Ähnlichkeit denn auf kontinuierliche Wandlung und Differenz. »Sociologically, ethnicity's attributes of common descent, including dense social connections [...] and shared norms that are passed down from generation to generation.«

Doch diese Weitergabe von Generation zu Generation geht nicht so weit, wie die Formulierung vermuten lassen würde. Großväter heute älterer Südsudanesis:innen haben noch eine Zeit vor der verankerten ethnopolitischen Typologisierung erlebt. Die allzu oft routinemäßig lange zurückreichenden Traditionen zugerechneten »ethnischen Konflikte« sind in den meisten Fällen jüngerer Herkunft und haben sich zum Teil überhaupt erst im Zuge der Bürgerkriege entwickelt.

Meine Entscheidung, für den vorliegenden Band auf den Begriff von Gemeinschaft zurückzugreifen, ist vor diesem Hintergrund zu verstehen. Gemeinschaft hat als Begrifflichkeit zwei weitere Vorteile. Erstens steht der Begriff im expliziten Gegensatz zu Gesellschaft. Dies ist im südsudanesischen Kontext eine nicht zu unterschätzende Aussage, die die meines Erachtens wenig hilfreiche analytische Feststellung konterkariert, wonach der Südsudan durch eine gespaltene oder fragmentierte Gesellschaft gekennzeichnet wäre. Vielmehr würde ich behaupten, dass ein erfolgreicher Prozess der Vergesellschaftung nie vollzogen wurde, es also gar keine südsudanesische Gesellschaft gibt, der solche problematische Attribute umzuhängen wären. Vielmehr war

und ist Vergesellschaftung fragmentarisch verlaufen. Statt von einer fragmentierten Gesellschaft wäre es daher zweckmäßiger, von gesellschaftlichen Fragmenten zu sprechen.

Zweitens eröffnet der Begriff der Gemeinschaft die Möglichkeit von Zuschreibungen, die ethnopolitische Kategorien in ihrer empirisch auftretenden Form, anhand real existierender, Klan-artiger Netzwerke beschreibt, ohne sie zu essenzialisieren. Denn natürlich sind im gegenwärtigen politischen Kontext Zuschreibungen wie Dinka, Nuer oder, wie beim derzeitigen Oberkommandierenden der SSPDF, Acholi, von Belang. Die beständige Reflexion des fluiden, in permanenter Rekonstruktion befindlichen Charakters derartiger Zuschreibungen ist aber unumgänglich. Die folgenden beiden Vignetten, die Ausschnitte aus der ethnopolitischen Konfliktlandschaft bieten wollen, unterstreichen das in aller Deutlichkeit.

Dinka-Dominanz?

Das Narrativ einer angeblichen Dominanz der Dinka, vor allem der Dinka-Gemeinschaften aus Bahr el-Ghazal, ist ein langjähriger Vorhalt gegenüber der SPLM/A. Doch das Narrativ ist älter. Schon während der Zeit des Addis Ababa Agreement und der Auseinandersetzungen zwischen der von Equatorians dominierten Anya-nya und den den Süden repräsentierenden Politikern in Khartum, die zumeist aus den nördlichen Regionen stammen, kommt es erstmals zu derartigen Vorwürfen (Rolandsen und Daly, 2016: 95). In der späteren Phase des Krieges steht die SPLM/A-Führung nahezu permanent unter dem Verdacht, in erster Linie eine Dinka-Agenda zu verfolgen. Deren ethnopolitische Komposition rund um den aus Jonglei stammenden Twic Dinka John Garang oder den aus Gogrial stammenden Awan-Chan Dinka Salva Kiir trägt zu diesem Bild bei. Die Spaltung der Organisation durch den Nasir-Split im Jahr 1991, während der der Dok Nuer aus Unity State, Riek Machar, versucht, eine ethnopolitisch argumentierte Nuer-Shilluk-Allianz gegen die Dinka-Führung zu etablieren, verstärkt und verstetigt dieses Image. Nachdem die im Zuge des Nasir-Split aufbrechenden Spannungslinien in den folgenden Jahrzehnten nicht mehr transzendiert werden konnten, ist die Einstellung der Nuer-Gemeinschaften zur heutigen SPLM überwiegend distanziert.

Diese Distanziertheit darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es Machar und seinen verschiedenen organisatorischen Vehikeln nie gelingt, eine ethno-

politische Nuer-Allianz gegen die SPLM zu etablieren. Ebenso ist, auf der anderen Seite, Salva Kiir wiederholt mit gefährlichen Herausforderungen und Spaltungsversuchen ambitionierter Dinka konfrontiert. Der ehemalige Generalstabschef Paul Malong liefert dafür das vielleicht prominenteste Beispiel. Ethnopolitik ist trotzdem ein wesentlicher Faktor. Dies zeigen nicht wenige der jüngsten Postenbesetzungen in höchsten Regierungsämtern, die durch das Interesse der Herstellung eines ethnopolitischen Ausgleichs oftmals besser zu erklären sind als durch politische Transaktionen oder gar die spezifischen Fähigkeiten der Ernannten. Die Beförderung von Johnson Juma Okot, einem Equatorian, zum Generalstabschef ist ein derartiges Beispiel.

Bei einer Reihe einflussreicher politischer Figuren zeigt sich, dass sich die SPLM-Spitze keineswegs nur auf Dinka verlässt. Der Jikany Nuer Taban Deng Gai, der nun eine regierungstreue Minderheitsfraktion der SPLM/A-IO vertritt, verdankt seine Position als derzeitiger Vizepräsident, wie zuvor gezeigt, in erster Linie seiner spezifischen politischen Funktionalität und seinem nach Jahrzehnten des politischen Spiels enormen persönlichen Netzwerk. Ebenso spielen einige Nuer wichtige Rollen im derzeitigen Regime, ohne dass sie eine Verbindung zur Opposition bereitstellen würden. Der im vorangegangenen Kapitel vorgestellte Tut Kew Gatluak verkörpert ein solches Beispiel. Auch Riek Gai Kok, Luo Nuer aus Akobo, der lange als Gesundheitsminister amtierte und im Gegenzug dazu seine exzellenten Beziehungen in Khartum einbrachte, ist ein solches Beispiel. Um die ethnopolitischen Ausgleichsbemühungen von Kiir hat sich über die Zeit eine Reihe an urbanen Legenden gebildet: »As one former official put it, if you want an appointed position, ›you go to Salva while he is drinking, if anyone refuses you say [with pretend anger] ›It is because I am Nuer‹ and he signs‹.« (Stringham und Forney, 2017: 191)

Zugleich kann eine Mobilisierung entlang ethnopolitischer Linien nicht bestritten werden. Dabei spielen Diaspora-Gruppen eine nicht zu unterschätzende Rolle. Die Mobilisierung der Dinka ist auf nationaler Ebene gut organisiert. Als zentrales Instrument fungiert das *Jieng Council of Elders* (JCE), das mit seinen etwa 45 Mitgliedern, die die verschiedenen Regionen des Landes repräsentieren, direkten Druck auf den Präsidenten ausübt. Das genaue Gründungsdatum des JCE ist unbekannt, es dürfte um das Jahr 2013 liegen. Klar ist, dass es auf einem Abwehrrnarrativ aufbaut.¹ Dies bestätigen gegenwärtige

1 www.gurtong.net/ECM/Editorial/tabid/124/ctl/ArticleView/mid/519/articleId/20982/Why-The-Jieng-Council-of-Elders-Is-A-Disappointment.aspx [20-01-2021].

Mitglieder in Interviews, die von Diaspora-Gruppen verbreitet werden.² Peter Adwok Nyaba (2019: 152) versteht die Formierung des JCE nicht zuletzt vor dem Hintergrund eines »surge in Dinka ethnic nationalism, with its ideology of hegemony and domination«. Gleichzeitig betont er dessen wichtige Funktion in der Organisation eines ethnopolitischen Diskurses, da es »bringing together in organizational and ideological unity Dinka intellectuals from the different Dinka sections, including Abyei«.

Geleitet wird das JCE seit seiner Gründung durch den ehemaligen Präsidenten des Obersten Gerichtshofes, Ambrose Riiny Thiik, dem eine zentrale Rolle bei der Mobilisierung der von Paul Malong kontrollierten Dinka-Miliz Mathiang Anyoor nachgesagt wird. Überhaupt kann Paul Malong als zentraler politischer Verbündeter des JCE gesehen werden. In Fragen wie der Anzahl und Gestaltung der Gliedstaaten vertraten JCE und Malong die gleiche Position. Ebenso zeigten sich beide ablehnend gegenüber einem Friedensvertrag mit der SPLM/A-IO und deren Einbeziehung in eine Übergangsregierung. Peter Nyaba (ebd.) sieht das oftmalige Eingehen von Kiir auf Forderungen des JCE als seine größte persönliche Schwäche. Kiir »acquiesced and implemented JCE policies. The Jieng's political-military and business elite had twin objectives in the nascent Republic of South Sudan: to install absolute medieval-like Jieng power and to achieve the economic empowerment of its members.« Diese Einschätzung vernachlässigt jedoch, dass sich Kiir in einigen entscheidenden Momenten klar gegen das JCE gestellt hat: etwa bei der Entlassung von Paul Malong oder der Rückkehr von 32 zu 10 Gliedstaaten, einer Entscheidung, die das JCE ausdrücklich ablehnte.

Der tatsächliche Einfluss und die tatsächlichen Interessen des JCE bleiben unbestimmbar. Einiges spricht dafür, dass sich sowohl Einfluss als auch unmittelbare Interessen in einem Prozess der permanenten Aushandlung befinden. Aufgrund der sichtbaren Entscheidungen der südsudanesischen Regierung und der einsehbaren Äußerungen des JCE lässt sich die immer wieder auftauchende Verschwörungstheorie, wonach das JCE in Wahrheit das Land regiere, entkräften. Auf der anderen Seite kann wenig Zweifel daran bestehen, dass das JCE versucht, gemeinsame Interessen der Dinka zu identifizieren,

2 Siehe etwa das Interview einer australischen Diaspora-Gruppierung mit dem langjährigen JCE-Mitglied Aldo Ajou Deng Akuei, der in den englischsprachigen Teilen darauf verweist, dass es etwa die Nuer-Abspaltungen seit Nasir seien, die das JCE überhaupt erst zusammengebracht hätten. <https://www.sbs.com.au/language/english/audio/we-are-protecting-the-interest-of-jieng-aldo-ajou-explained-the-role-of-jce> [20-01-2021].

zu formulieren und durchzusetzen. Das ist klassische Ethnopolitik, die phasenweise an offenen Rassismus grenzt.

Ein Beispiel für die Funktionsweise solcher Einflussnahmen liefert die Ende des Jahres 2020 zu heftigen politischen Auseinandersetzungen führende Nominierung des Shilluk Johnson Olonyi von der SPLM/A-IO zum Gouverneur in Upper Nile State, über die im folgenden Kapitel noch mehr zu lesen sein wird. Formell ist weder das JCE noch irgendeines seiner Mitglieder in der Position, Olonyis Ernennung zu verhindern. Zwar haben einige der Jieng Elders politische Funktionen inne, etwa als Parlamentsabgeordnete im Oberhaus, sie sind jedoch weder formell noch informell als Einzelpersonen in der Lage, auf offizieller Ebene Einfluss auf politische Entscheidungen auszuüben. Es ist diese Konstellation, die vermutlich überhaupt erst die Formierung eines Council of Elders notwendig gemacht hat.

Ein Aspekt, der die Jieng Elders immer umtreibt, ist die Frage von Land und dessen Kontrolle. Ein gutes Beispiel dafür ist JCE-Leiter Ambrose Riiny. Weit davon entfernt, Eigeninteressen gegenüber einer ethnopolitisch geschweißten Dinka-Allianz zurückzustellen, spielt er eine wesentliche Rolle bei Auseinandersetzungen innerhalb der Dinka-Gemeinschaften in seinem Heimatgebiet Gogrial, offenkundig mit dem Ziel, einen eigenen Gliedstaat für seine Apuk Dinka zu erzwingen.

Auch bei der Kontroverse um eine Ernennung Olonyis bringt das JCE die Frage der Kontrolle des Landes in Upper Nile State zur Sprache. Schließlich war Olonyi selbst während des Bürgerkrieges für die Zurückwerfung von Dinka-Verbänden verantwortlich und, aus Sicht von JCE, an der Wegnahme von Dinka-Land beteiligt. Schon von daher ist die Postenbesetzung für das JCE inakzeptabel. Dem Vernehmen nach hatten Mitglieder des JCE die Mobilisierung von Dinka-Milizen in der Region und die umgehende bewaffnete Bekämpfung Olonyis angekündigt, wäre es zu seiner Ernennung gekommen. Diese Episode zeigt Verschiedenes: Erstens geht es dem JCE weniger um eine stringent identitätspolitisch argumentierte, de facto rassistische Herrschaft der Dinka über andere Gemeinschaften. Vielmehr stehen konkrete politisch-ökonomische Interessen im Vordergrund, die für zumindest einige der Mitglieder auch persönlichen Nutzen beinhalten. In der Artikulation seiner Forderungen gleicht das JCE einer Lobbyorganisation, die ihre Verankerung in den von Dinka-Gemeinschaften bewohnten Regionen des Landes und ihre Verbindung zu bewaffneten Dinka-Milizen als Hebel zur Durchsetzung ihrer Forderungen einsetzt.

Von einer beständigen Interessenübereinstimmung zwischen der Präsidentschaft, anderen Dinka in der politischen Elite, wie etwa dem als faktischer Leiter des NSS zweitmächtigsten Mann des Staates, Akol Koor Kuc, und dem JCE kann keine Rede sein. Vorhaltungen eines geplanten »Ethnozids«, wie ihn vor Zeiten eine aus Kanada stammende Anthropologin in einem von Diaspora-Gruppen im Umlauf gebrachten Pamphlet an die Wand malte, entspringen aller Wahrscheinlichkeit nach den Fantasien der Verfasserin. Dies heißt jedoch nicht, dass Ethnopolitik nicht mörderische Konsequenzen nach sich ziehen kann. Verschiedene Kampfepisoden während des südsudanesischen Bürgerkrieges weisen eindeutig genozidale Elemente auf. Diese lassen sich jedoch, selbst angesichts des in einigen Fällen offenbar geplanten Charakters, ebenso plausibel auf das Zusammenfallen der langfristig etablierten ethnopolitischen Diskurse mit der Hitze von Gefechtssituationen zurückführen und liefern mithin keinen eindeutigen Beleg auf genozidale Absichten.

Nichtsdestotrotz ist Vorsicht geboten. Essenzialisierende Analysen, gerade von internationalen Expert:innen, haben das Potenzial, die institutionalisierte Ethnopolitik in einem potenziell fatalen Maß zu befeuern. Egal, wie die jeweilige Analyse ausfällt, sie wird Unterstützer:innen und Verbreiter:innen finden, die versuchen werden, solche Veröffentlichungen direkt in politisches Kleingeld umzumünzen. Vor diesem Hintergrund hat wissenschaftliche Arbeit im Südsudan eine besondere Verantwortung. Unbedachte Veröffentlichungen, so schreiben vier Kolleginnen in Antwort auf die unglückliche Schrift der zuvor erwähnten kanadischen Anthropologin, wären »extremely inflammatory in tense current circumstances«. Daher wären Forschende aus dem Globalen Norden dazu aufgerufen, »[to] must work to the highest ethical and methodological standards in fragile, high-tension situations, especially as our work has the potential to increase risks of harm for South Sudanese colleagues and residents.«³

Vielschichtigkeit. Die ethnopolitische Konfliktlandschaft in Jonglei

Ein zweites Beispiel für die komplexe Wirkung der Konfliktlandschaft der Ethnopolitik findet sich in Jonglei. Die volatile Konstellation zwischen Bor

3 <https://medium.com/@Tangawiiizi/in-response-to-dr-carol-berger-d4a6d51b50e1> [20-01-2021].

Dinka, Luo Nuer, Gawaar Nuer und Murle hat in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder zu gegenseitigen Viehdiebstählen, Entführungen und Vergeltungsangriffen geführt. Es hat sich dazu ein weitgehend stringentes ethnopolitisches Narrativ entwickelt, wonach dieser per se unpolitische Konflikt auf einer lange zurückreichenden Tradition von »raiding«⁴ aufbauen würde, der mit der nun gegebenen leichten Verfügbarkeit von automatischen Feuerwaffen eine bedenkliche Dimension angenommen hätte. Wie zumeist lösen sich solche Narrative bei genauerem Hinsehen in eine analytisch keineswegs eindeutig erfassbare Vielschichtigkeit auf.

Rivalitäten zwischen den Gemeinschaften sind in der Tat eine seit Langem gängige Praxis. Die Zuschreibungen sind vielfältig. Für gewöhnlich werden die Murle als besonders kriegertisch beschrieben. Tatsächlich kam es im Zuge des sudanesischen Bürgerkrieges zur Organisation und Bewaffnung von Murle-Milizen durch Khartum, mit dem Zweck, sie gegen die SPLA zum Einsatz zu bringen. Diese Episode ist bis heute in politischen Diskussionen präsent. Ebenso gehen die meisten der zahlreichen Waffen in der Region auf diese Phase des Bürgerkrieges zurück. Die Motivationen sind uneindeutig. Unzweifelhaft spielen traditionelle Elemente eine Rolle. »What I can say is ... we attack for cows. It is our tradition. It is our strength. We do not go to kill but to take cows, because it is who we are!« (Aussagen eines Murle-Studenten, zitiert nach Riak Akuei und Jok, 2010: 27)

Diese übergreifende Zuschreibung soll allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass Murle-Gemeinschaften in sich divers sind (Felix da Costa, 2013). Diese Diversität ist nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb der Gemeinschaften spürbar, wobei der organisierten Unterteilung in Altersgruppen, sogenannten »Age-Sets«, eine wesentliche Rolle zukommt. Age-sets haben spezifische Namen. Die ab den späten 1970er-Jahren geborenen »Bothonya« stehen etwa hinter der schon beschriebenen Rebellion von David Yau Yau. Gegenwärtig dominieren und, vor allem, konkurrenzieren jüngere Age-Sets, die »Lajo« oder die ab den späten 1990er-Jahren geborenen »Kurenen« (Felix da Costa, 2018: 9). Raids dienen in diesem Kontext nicht zuletzt der Gewinnung von Autorität gegenüber anderen Age-Sets, da erfolgreiche

4 »Raiding« ist im Kontext der Interaktionen halbnomadischer Gemeinschaften auf Deutsch nur unzureichend wiederzugeben. Einer Übersetzung als »Überfall« würde die prozessuale Dimension abgehen, eine Übersetzung als »Raubzug« wiederum würde die soziale Dimension vernachlässigen.

Aktionen mit einer relevanten sozialen Anerkennung verbunden sind. Einflüsse konkurrierender Age-Sets werden mitunter gewaltsam beantwortet. So berichtet David Yau Yau in einem Interview von einem misslungenen Versuch, die Freilassung von in einem Murle-Raid entführten Kindern zu verhandeln. »I fought with them. [...] I lost some of my bodyguards, about eight of them, and more wounded.«⁵

Ein weiteres Element dieser Konkurrenz findet sich auf sozioökonomischer Ebene. Edward Thomas (2015) unterstreicht in seinen Untersuchungen die beständige Problematik von Nahrungsmittel-Unterversorgung in der Region. Die Überschwemmungen des Jahres 2020 vernichteten beispielsweise einen Großteil der Viehbestände der Murle. Dies lässt ihnen kaum eine andere Chance, als Raids auf Nuer und Dinka-Gemeinschaften zu organisieren, trotz der Versuche von humanitären Organisationen wie dem WFP, die unmittelbaren Nahrungsmittelbedürfnisse zu stillen.

Abgesehen von den praktischen Schwierigkeiten, auf die Hilfslieferungen in Jonglei treffen – Lager werden regelmäßig überfallen, immer wieder kommt es zu tödlichen Angriffen auf humanitäre Helfer:innen – liefert externe Hilfe nicht die nachhaltige Überlebensbasis, die Viehherden bieten. Die auf einer strukturellen Unterversorgung basierende soziale Dimension von Raids zeigt sich in einem am Beginn der Trockenzeit im November 2020 geschlossenen informellen Abkommen zwischen Nuer und Murle-Gemeinschaften.⁶ Darin verzichten beide Seiten auf Angriffe auf und Entführungen von Frauen und Kindern, während die Raids von Viehherden als beiderseitig legitim akzeptiert werden. Die Murle Elders haben aber noch die herausfordernde Aufgabe vor sich, diese Einigungen innerhalb der unterschiedlichen Age-Sets zu verankern.

Dies weist auf eine letzte Dimension hin, die eine besondere Paradoxie der ethnopolitischen Zuschreibungen demonstriert: die Verstetigung von teils absurden Narrativen. Immer wieder kommt es bei Murle-Raids zur Entführung von Frauen und Kindern, die dann in die regulären sozialen Gemeinschaftsstrukturen integriert werden. Präzise Ursachen kann eine rational orientierte Forschung nicht festmachen, abgesehen von den materiellen Vorteilen, die eine zusätzliche Zahl an Haushaltsmitgliedern in den herausfordernden Umweltbedingungen bietet. Die Praxis hat zur Entstehung einer besonderen Erzählung beigetragen, jenem einer angeblichen Unfruchtbarkeit der

5 https://www.youtube.com/watch?v=5M-zFku_zP8 [30:40, 20-01-2021].

6 Die Informationen basieren auf einem Interview mit einer WFP-Mitarbeiterin.

Murle. Selbst Präsident Kiir hat sich in einem im Jahr 2008 gegebenen und auf Social Media immer wieder aufgewärmten Interview dazu geäußert.

»People who abducted these children are the Murle. [...] this is an exercise that goes on for a very long time, the Murle go to Dinka land, to Nuer land, or they go to the Anuak or go to Toposa land to take children and adopt them as their children [...] because [...] there is a problem in the Murle land that there is infertility of the people. They don't produce the way the others are producing.«⁷

Diese Erzählung ist überraschend weit verbreitet. Nach Ausbruch massiver Kämpfe in Jonglei im März 2020 wies mich ein südsudanesischer Freund aus der Diaspora in Wien vehement auf die angebliche Unfruchtbarkeit der Murle hin. Was wäre denn sonst die Erklärung der Entführungen, wenn nicht die Unfruchtbarkeit? Es muss an dieser Stelle nicht weiter darauf hingewiesen werden, dass es für eine solche Infertilität keinerlei empirischen Beleg gibt. Der Beginn der Geschichte liegt offenbar in den 1940er-Jahren, als Murle Elders britische Kolonialbeamte auf niedrige Geburtenraten hinwiesen. Verschiedene, kontextspezifische Faktoren, etwa Krankheiten, wurden dafür verantwortlich gemacht. Dies konnte allerdings nie überzeugend nachgewiesen werden (Thomas, 2015: 264-266). Dennoch hielt sich die Erzählung hartnäckig und resultierte in darauf angepassten Gesundheitskampagnen der Kolonialverwaltung. Inwieweit derartige Vorstellungen die Praktiken der Murle-Gemeinschaften bestimmen, ist unbekannt. Von einer gewissen Institutionalisierung der Entführungen ist auszugehen, wenngleich für deren Fortbestand aller Wahrscheinlichkeit nach die oben beschriebenen konkreten Problematiken entscheidend sind.

Die multiplen Motivationen und vielschichtigen sozialen Prozesse hinter den Raids der Murle geben einen Blick auf die Vielschichtigkeit der ethnopolitischen Konfliktlandschaft. Ethnopolitische Selbst- und Fremdzuschreibungen bewegen sich in einem konstanten Reproduktionsprozess. Einheitliche Interessenlagen sind primär ökonomischer Natur und zeitlich limitiert. Rassismus oder Identitätspolitik mögen in aufgeheizten Situationen handlungsrelevant werden. Sie sind aber für die ethnopolitischen Konfliktodynamiken in der Region kein entscheidender Faktor.

Ähnliches gilt bei den anderen Gemeinschaften. Während die Vorbereitung und Umsetzung von Kampfhandlungen sowohl bei Bor Dinka und Nuer

7 <https://www.facebook.com/Chrisvaja06.cm/videos/1492795384210417> [20-01-2021].

organisiert verlaufen und dabei auf etablierte Strukturen zurückgreifen können, sind die tatsächlichen Motivationen komplizierter. So verfügen die Bor Dinka über ein ausgeklügeltes, gemeinschaftsübergreifendes System für den Beschluss und die konkrete Organisation von Kampfhandlungen. Diese Entscheidungen erfolgen aber nicht, oder zumindest nicht in erster Linie, entlang irrationaler ethnopolitischer Vorstellungen. Es wäre sonst kaum zu erklären, dass sich die Bor Dinka angesichts eines überragenden Vorteils gegenüber den durch die Überschwemmungen physisch stark geschwächten Murle zu Beginn der Trockenzeit im November 2020 zunächst nicht für Offensivoperationen entschieden haben.

Trotz historisch bedingter politischer Spannungen, so wurden Murle-Milizen während des sudanesischen Bürgerkrieges gezielt von Khartum gegen die SPLA ausgerüstet, die in Jonglei mehrheitlich aus Bor Dinka zusammengesetzt war, dominiert eine grundlegende gegenseitige Akzeptanz der jeweiligen Existenz. Das bedeutet nicht, dass keine konkreten Vorhaltungen bestehen würden. So wusste ein Nuer-Kommandant der SPLM/A-IO in Jonglei mir gegenüber zu Jahresende 2020 mit Präzision 84 Murle-Raids im Frühjahr 2020 aufzuzählen. Nicht zuletzt wollte er damit die Notwendigkeit und moralische Berechtigung einer schlagkräftigen militärischen Antwort unterstreichen.

Die vielleicht am stärksten ideologisierte Formierung in Jonglei findet sich bei den Nuer. Die nicht nur in Jonglei, sondern auch in den angrenzenden Teilstaaten Upper Nile und Unity aktive Nuer White Army kann auf eine Geschichte verweisen, die alle konkurrierenden politisch organisierten Milizen an Dauer übertrifft. Ihre Involvierung in verschiedenen Phasen des Bürgerkrieges aufseiten von Riek Machar, und insbesondere ihre aktive Beteiligung an Kriegsverbrechen wie den Massakern von Bor im Jahr 1991 – aufseiten der SPLM/A-Nasir – und Bentiu im Jahr 2014 – aufseiten der SPLM/A-IO – haben ihr eine prononciert politische Zuschreibung eingetragen. Die Nuer White Army gilt in vielen politischen Diskussionen bis heute als eine hoch gewaltbereite, inoffizielle Division Riek Machars, die dieser bei Bedarf verleugnen würde.⁸

Tatsächlich ist sie jedoch alles andere als ein Instrument Machars. Weder verfügt er über die Autorität, die Miliz einzuberufen, noch kann er sie kom-

8 Siehe beispielhaft das Kurzkommentar eines Jacob Ngong Ngong aus Mai 2016, das diese Stereotypen zusammenfasst, <https://paanluelwel.com/2016/05/25/r-i-p-white-army-who-perished-in-defense-of-riek-machar> William Nyuon Bany Machar/ [21-01-2021].

mandieren. Historisch hat sich die White Army in den durch den Bürgerkrieg an Gewalt zunehmenden Auseinandersetzungen mit anderen Gemeinschaften formiert. Eine nicht zu unterschätzende Rolle kam dabei Propheten zu, insbesondere dem in den 1990er-Jahren praktizierenden Wutnyang Gatakek (Hutchinson, 1996: 338-339).

Im Gegensatz zu anderen Propheten, die im Glauben der Nuer-Gemeinschaften mit christlichen Versatzstücken zu einem Amalgam verschmelzen können (vgl. Johnson, 1994: 315-316), hegte Wutnyang Gatakek eine politische Agenda, die sich vor allem in dem Bestreben nach einer Unabhängigkeit von Khartum artikuliert. Um ihn herum sammelten sich Milizen, die bald den Übernamen White Army erhielten. Wahrscheinlich ist die Namensgebung eine Referenz an die Praktik von Nuer-Jugendlichen in den Cattle Camps, sich zum Schutz gegen Mücken mit kalter Asche einzuschmieren (Young, 2007: 13). Wutnyang Gatakek war allerdings auch als Mediator aktiv: So handelte er ein viel beachtetes Übereinkommen zwischen der Anya-nya II und der SPLM/A-Nasir aus. Auch die Vermittlung einer größeren Zahl an Übereinkünften bei Konflikten innerhalb und zwischen Nuer-Gemeinschaften, sowie mit Dinka oder Murle wird ihm zugeschrieben (Hutchinson, 1996: 339).

In den folgenden Jahren bekommen die Mobilisierungen der White Army eine zunehmende Eigendynamik. Vom Sammelbecken aller nicht in formale Formationen eingegliederten Nuer-Milizen entwickelt sich die White Army in eine, wenn auch lose, Organisation mit eigener Führungsstruktur. Bordoang Leah ist ihr langjähriger, im Jahr 2018 formal in die SPLM/A-IO integrierte Kommandant. Der aktuelle Anführer trägt den Namen Liilyiy Jiath. Mittlerweile verfügt die White Army über eingespielte Organisationsstrukturen und -mechanismen. Sie kann auf bis zu 25.000 Kämpfer:innen zurückgreifen, die angesichts des auf den langjährigen Bürgerkrieg zurückgehenden Überangebotes an semiautomatischen und automatischen Waffen eine starke Feuerkraft entfalten können. Die Führungsstruktur kommt halbjährlich zusammen, um Entscheidungen über eine etwaige Mobilisierung zu fällen.

Dennoch ist die White Army keine Armee im klassischen Sinne. Sie ist auch kein beliebig einsetzbares Instrument nationaler oder regionaler Eliten, selbst wenn diese auf ethnopolitische Narrative zurückgreifen. »Rural militias who choose to fight do draw on various ethnic discourses as an organising principle for local, violent collective action.« (Stringham und Forney, 2017: 183) Bei groß angelegten Angriffen, und jedenfalls bei jenen, die in schweren, gewaltsamen Übergriffen enden, spielen ethnopolitische Muster allerdings sehr wohl eine Rolle. Wie schon diskutiert begründet dies etwa John Young (2019:

74) mit der in den Gemeinschaften verankerten Idee der gleichwertigen Vergeltung für zuvor begangene Gräueltaten. Diese Annahme lässt sich durch die Regelmäßigkeit von monetärer Kompensation für erlittene menschliche Verluste in lokalen Friedensverhandlungen untermauern.⁹

Nach wie vor spielen auch Propheten eine Rolle bei der Mobilisierung. Zu Beginn der 2010er-Jahre wurde dem Propheten Dak Kueth insbesondere in Jonglei nachhaltiger Einfluss auf die White Army nachgesagt (Thomas, 2015: 231-233). Riek Machar hat in seinen Bemühungen zur Herstellung einer ethnopolitischen Nuer-Einheit als Basis der SPLM/A-IO aktiv die Unterstützung von Dak Kueth gesucht (Bredlid und Arensen, 2014: 8). Dennoch konnte er diesen nicht nachhaltig überzeugen. Weder lassen sich Propheten einfach hinter eine ethnopolitische Mobilisierung spannen, noch verfügen sie über unbegrenzten Einfluss in den militärischen Strukturen. Ein aus der Region stammender Kommentator weist auf den hohen Verschleißfaktor der symbolischen Autorität hin: »Dak Kueth became the legendary of our time because he sees things that white army want. The moment he cease to see things, they will throw him away.«¹⁰

Wie bei den Murle-Gemeinschaften zeigt sich bei nur oberflächlichem Eintauchen in soziale Mobilisierungspraktiken der Nuer, dass sich Ethnopolitik relational, fluide und immer im Kontext interner Widersprüchlichkeiten entfaltet. Sie beruht auf einer Vermischung identitätspolitischer Faktoren mit konkreten Interessen, die sich nicht zuletzt aus der schwierigen ökonomischen Situation in Jonglei heraus ergeben. Eine zentrale Rolle spielen die nicht zu unterschätzende soziale Funktion der Viehwirtschaft, beispielsweise bei der Bezahlung von Mitgift oder zur Veranschaulichung von individuellem oder kollektivem Status, sowie die ohne Zweifel gegebene nationale politische Einflussnahme.

Letzten Endes zeigt sich, dass eine Zuschreibung wie »ethnischer Konflikt« zwar eine handliche Schablone für einen hochkomplexen Konflikt bereithält, die tatsächlichen Dynamiken aber nur unzureichend begreiflich machen kann. Jonglei verdichtet und veranschaulicht das Grundproblem der ethnopolitischen Konfliktlandschaft. Ihre Analyse verführt zur Suche nach Kontur, nach klaren Linien und Formen, nach stringenten Abgrenzungen. Was

9 Siehe dazu ein Abkommen zwischen Misseriya und Ngok Dinka in Abyei vom Januar 2011, das diese Praxis beispielhaft zeigt: <https://www.peaceagreements.org/viewmasterdocument/1671>.

10 <https://nyamile.co/2014/06/05/dak-kueth> Dak Kueth-the-legendary-seer/ [21-01-2021].

Ethnopolitik jedoch auszeichnet, sind beständige Übergänge, rasche Wandel, Eruptionen und sanfte Schwingungen. »Ethnizität« ist ein pragmatisches Konstrukt, das Ethnopolitik zwar zu nutzen versucht, aber nie vollständig vereinnahmen kann. Identitäten sind fluide, auf individueller und kollektiver Ebene, und sie haben mit der Rollenfindung innerhalb von Gemeinschaften zumindest ebenso viel zu tun wie mit Abgrenzungen gegenüber außerhalb. Gerade aus diesem Grund ist es von Vorteil, von Ethnopolitik als Konfliktlandschaft zu sprechen. Kaum je kommt sie kausal und linear zur Wirkung.

Transition

Mein Kollege Chris war definitiv unkonzentriert. Seit einigen Tagen waren wir im Humanitarian Hub des UNMISS-Camps nahe Bentiu zu Gast. Bentiu lag zum Zeitpunkt unserer Reise in Northern Liech State, einem von zu diesem Zeitpunkt 32 Gliedstaaten. Heute ist es wieder die Hauptstadt von Unity State. Wir waren hier, um Interviews und Fokusgruppen-Diskussionen zu führen. Geplant waren Gespräche mit verschiedenen Teilen der Bevölkerung, in Bentiu und seiner Schwesterstadt Rubkona, sowie im größten Protection of Civilian (PoC) Camp des Landes. In dem Camp, direkt neben UNMISS gelegen, haben mehr als 160.000 Menschen Zuflucht gefunden. Im Zuge unseres gemeinsamen Abendessens wurde klar, dass Chris ein anderes Problem beschäftigte. Tapfer gegen die brüchige Mobilfunkverbindung ankämpfend, telefonierte er unermüdlich mit einer unerschöpflichen Reihe an Freund:innen, Verwandten und Kolleg:innen. Schnell war klar, wo das Problem lag: Es fehlte ihm an Geld.

Vor einiger Zeit wurde Chris in Juba in einen Autounfall verwickelt. Ein betrunkenen Fahrer hatte ihn an einer Kreuzung abgeschossen, die Konsequenz war ein Totalschaden. Der Unfallgegner hatte sich, nicht zuletzt motiviert durch die Perspektive einer Vermeidung der südsudanesischen Bürokratie, bereiterklärt, ein gleichwertiges Auto zu beschaffen. Es handelte sich um einen Gebrauchtwagen aus Japan, verschifft über Mombasa und dann weitertransportiert über den Landweg nach Juba, via Nimule an der ugandisch-südsudanesischen Grenze. Nimule war es auch, wo das neue Auto von Chris nun stand und auf Zoll-Clearance wartete. Das Geld des Unfallgegners hatte nur für Ankauf, Transport und den Zoll im Hafen von Mombasa gereicht. Die südsudanesischen Zollgebühren, einige hundert US-Dollar, waren nicht mehr einzutreiben. Chris wiederum hatte sein letztes Gehalt von der University of Juba im vorangegangenen September ausgezahlt bekommen. Er arbei-

tete seit fast einem halben Jahr ohne Bezahlung. Seine Geldreserven waren aufgebraucht.

Die Situation war spürbar angespannt. Es ging nicht nur um das neue Auto, die Vorfreude, den unmittelbaren Bedarf. Die Nervosität war mit einem bestimmten Datum verknüpft – dem 22. Februar 2020.

Südsudan verfügt zum Zeitpunkt unserer Forschungsreise über eine Regierung mit dem schmucklosen Akronym GoSS, das *Government of the Republic of South Sudan*, naturgemäß unter der Präsidentschaft von Salva Kiir Mayardit. SPLM-IO-Überläufer Taban Deng Gai fungiert als Erster Vizepräsident. Dies ist jedoch nicht die Konstellation, die im R-ARCSS-Abkommen ausgehandelt wurde. Laut Friedensvertrag soll der Vorsitzende der SPLM-IO, Riek Machar Teny, Taban Dengs Position übernehmen. Dr. Riek, wie er landläufig genannt wird, befindet sich zu diesem Zeitpunkt noch in Khartum. Er weigert sich, in Ermangelung verlässlicher Sicherheitsgarantien und einer Rückabwicklung der 32 zu wieder 10 Gliedstaaten die für ihn vorgesehene Position in Juba einzunehmen.

Die Implementierung des R-ARCSS befindet sich nach wie vor in der »Pre-Transition Phase«. Diese Phase der Vortransition sollte laut Abkommen bis zur Einrichtung einer gemeinsamen Regierung zwischen den Vertragsparteien andauern. Die Basis dieser Einrichtung ist eine bis auf County-Ebene durchdeklinierte Machtteilungsformel. Ebenso vorgesehen ist die Etablierung sogenannter *Necessary Unified Forces*, einer gemeinsamen Armee, gebildet aus den Truppenkörpern von SPLA, SPLA-IO und einigen kleineren Vertragsparteien. Ursprünglich sind acht Monate für die Phase vorgesehen. Gemäß dem Datum der Unterzeichnung des Vertrages am 12. September 2018 hätte die Vortransition also bereits Mitte Mai 2019 abgeschlossen sein müssen. Bald hatte sich diese Deadline jedoch als vollkommen unrealistisch herausgestellt. Mehrere Verlängerungen der Pre-Transition Phase und eine Anpassung der vorgesehenen Benchmarks sind die Folge.

Fallengelassen wird etwa die Bedingung der Etablierung der Necessary Unified Forces vor Beginn der formellen Transitionsphase. Angesichts der massiven Probleme in den Cantonment Sites, in denen sich die Soldat:innen aller Truppenkörper zu Screening und Selektion für das gemeinsame Training einzufinden hatten, ist dies eine unumgängliche Entscheidung. Am Ende ist es nur mehr die konkrete Formierung des R-TGoNU – sprich die Rückkehr von Riek Machar nach Juba und der offizielle Einzug der SPLM-IO in die Übergangsregierung – die von der ursprünglichen Implementationsmatrix für die Vortransition übrigbleibt. Diese Bedingung hängt jedoch am seidenen Faden

einer rasch ablaufenden Zeitleiste. Die Überwachungs-gremien der Vortransition, die rekonstituierte *Joint Monitoring and Evaluation Commission* (RJMEC) und das *National Pre-Transition Committee* (NPTC) hatten sich auf eine letzte 100-Tages-Frist verständigt, innerhalb derer die Übergangsregierung zu bilden war.

Allein schon der Begriff einer Pre-Transition Phase verrät viel über den derzeitigen formellen Friedensprozess im Südsudan. Nicht zuletzt erschüttert er durch seine Existenz ontologische Grundannahmen. Ist so etwas wie eine Vortransition in einem Friedensprozess, der ja per definitionem ein Transitionsprozess ist, überhaupt denk-möglich? Kann das temporale Element einer Transition eingefangen oder gar angehalten werden wie eine Stoppuhr, die erst zu laufen beginnt, wenn verschiedene Grundvoraussetzungen erfüllt sind? Kann sich die Transition in dieser Weise selbst zu einer Konfliktlandschaft entwickeln, in deren Rahmen politische Aushandlung stattfindet? Die naheliegende philosophische Antwort auf diese Frage muss wohl lauten, nein, das sollte eigentlich nicht möglich sein. Eine Pre-Transition Phase in einer Post-Konflikt-Transition kann konzeptionell nicht existieren, sie wäre ein absurdes und unlogisches Konstrukt.

Mit derartigen Sichtweisen ist die von R-ARCSS induzierte Transition im Südsudan jedoch nicht zu verstehen. Vielleicht ist es eine ebenso legitime Lesart, den gesamten revitalisierten Friedensprozess als eine Nicht-Transition zu lesen. Trotz aller Erleichterung, die viele Beobachter:innen nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages überkommen hat, ist ein genuiner Wille zum Friedensschluss kaum auszumachen. Der Vertragsabschluss war für alle Seiten zuallererst ein taktisches Manöver, die zum gegebenen Zeitpunkt bestmögliche Entscheidung zur Wahrung der eigenen Interessenlagen. Und gerade bei der SPLM-IG, die sich als Siegerin des Bürgerkriegs wähnte und immer noch wähnt, ist die Bereitschaft zum Eingehen von Kompromissen nur schwach ausgeprägt.

Eine ganze Reihe von Indizien veranschaulicht eine solche Interpretation. Neben der seltsamen Vereinbarung zu einer Vortransition ist schon die Unmenge an unverständlichen Akronymen, die durch R-ARCSS in den südsudanesischen politischen Diskurs geworfen wird, ein eindeutiges Zeichen für den fehlenden Willen zur Einigung. Jede offene Frage provoziert ein neues Komitee, jeder lose vereinbarte Prozess eine weitere Überwachungs- und Verifizierungskommission. Es ist, als würde eine Transition institutionalisiert, deren einziger Zweck darin besteht, in möglichst komplizierter Art und Weise nicht zu funktionieren.

Wie dem auch sei. Riek Machar sollte jedenfalls mit der Schar seiner engsten Mitstreiter:innen bis zum 22. Februar in Juba eintreffen. Sonst, so lautete die unausgesprochene Drohung der Regierung, würden die im R-ARCSS getroffenen Vereinbarungen hinfällig. Der Friedensprozess wäre damit de facto beendet. Doch die potenziell negativen Szenarien waren damit keinesfalls durchgespielt.

Chris' Vorsicht gegenüber dem Datum nährte sich primär aus den immer noch lebendigen Erinnerungen an den schon geschilderten Juba Incident vom 8. Juli 2016. An diesem Tag betrat Riek Machar letztmalig den Präsidentenpalast J1. Er verließ ihn nach einem offenen Shoot-Out zwischen seinen Leibwächtern und der präsidentiellen Garde auf der Straße vor dem Palast nach wenigen Minuten fluchtartig wieder. Er zog umgehend mit rund 1.400 Getreuen in Richtung der Demokratischen Republik Kongo (DRC). In zum Teil wilden Gefechten verloren in den folgenden vier Tagen über 300 Menschen allein in Juba ihr Leben. Bewaffnete Jugendbanden, vor allem die dem damaligen Generalstabschef Paul Malong, gerüchteweise ohnehin der Mastermind hinter dem Juba Incident (Boswell, 2019: 11), loyal verbundene Dinka-Miliz Mathiang Anyoor, marodierten im Verband mit Armee-Einheiten plündernd durch die Stadt. Es kam zu ethnischen Selektionen und Tötungen.

»Ich werde mein Auto vollgetankt und mit ausreichend Proviant im Hof stehen haben, mit dem Schlüssel im Zündschloss.« Die Frage der Zollbegleichung in Nimule war für Chris um einiges existenzieller, als es den Anschein hatte. Und die Forschungsfrage der Untersuchung, die uns eigentlich nach Bentiu gebracht hatte – die Wahrnehmung des Friedensprozesses im alltäglichen Leben der südsudanesischen Bevölkerung – war in seinem Fall wohl ebenso relevant wie für die von uns zu befragende Zielgruppe im Zuge unserer Forschungsreise. In der Tat ist existenzielle Unsicherheit ein wesentliches verbindendes Element für den überwiegenden Teil der südsudanesischen Bevölkerung. Und nicht nur für die. Auch ich hatte meinen Rückflug im Bewusstsein der Situation für einige Tage vor dem 22. Februar gebucht.

Die politische Transition

Letzten Endes erweisen sich alle Befürchtungen als unbegründet. Eine Woche vor der Deadline, am 15. Februar 2020, deklariert Salva Kiir, selbst für viele in seinem engsten Umfeld überraschend, die Rückkehr zu den ursprünglichen zehn Gliedstaaten. Nicht verstummen wollende Gerüchte sprechen von

massivem Druck wichtiger regionaler Verbündeter, insbesondere von ugandischer Seite, der ihn zu diesem Schritt nötigt. Manche von Kiirs engsten Gefolgsleuten haben Mühe, ihre Unzufriedenheit mit der Entscheidung zu verbergen. In der eingeübten Praxis des Gebens und Nehmens am südsudanesischen politischen Marktplatz versucht Kiir, der Entscheidung die Spitze zu nehmen. So werden die zehn Gliedstaaten durch drei Special Administrative Areas ergänzt. Zwei davon sind selbst zwischen den verschiedenen Machtblöcken weitgehend unbestritten.

Abyei, das vom Sudan beanspruchte Territorium nördlich von Warrap, ist ein leicht zu machendes Zugeständnis an die Ngok Dinka. Auch die von Murle- und Anyuak-Gemeinschaften bewohnte Greater Pibor Administrative Area (GPAA) beruht auf einem schon länger ausgehandelten territorialen Kompromiss. Die GPAA war bereits im Mai 2014 in Folge eines Friedensvertrages der Regierung mit der *Cobra Faction*, einer von David Yau Yau kommandierten Murle-Miliz, eingerichtet worden.¹ Yau Yau amtierte als erster Chief Administrator der GPAA, ein Sprungbrett zu einer nationalen politischen Karriere. Selbst wenn die Bedeutung dieser Miliz, ebenso wie das nationale Gewicht von David Yau Yau, unterdessen geschwunden ist, ist die Beibehaltung der GPAA ein wichtiges Signal für den ethnopolitischen Ausgleich in einer notorisch unruhigen Region.

Die dritte Special Administrative Area ringt der SPLM-IO jedoch einiges an Kompromissbereitschaft ab: Ruweng. Bei Ruweng handelt es sich um ein von Padang Dinka bewohntes Gebiet im ursprünglichen Territorium von Unity State, das die in Unity befindlichen Ölfelder an der sudanesischen Grenze mit einschließt. Die Einrichtung einer Ruweng Administrative Area sorgt nicht nur deswegen für massive Unruhe in der Nuer-Bevölkerung. Insbesondere SPLM-IO-Aktivist:innen in Unity sind außer sich vor Wut. Anhand von Karten aus Kolonialzeiten wird versucht, die geografische Legitimität von Ruweng in Frage zu stellen. Wirklich ist Ruweng eine Konsequenz der durch den Bürgerkrieg geschaffenen neuen Realitäten in Unity State. Der im Juni 2020 ernannte neue Chief Administrator, William Chol Awolich, erntet seine politischen Sporen in der Rekrutierung von Padang Dinka für den Kampf gegen die SPLA-IO, vor allem in Abiemnom County nahe Abyei.

1 Agreement on Resolution of the Conflict in Jonglei State between Government of the Republic of South Sudan and South Sudan Democratic Movement/Army-Cobra Faction (SSDM-SSDA-Cobra), unterzeichnet am 9. Mai 2014, <https://www.peaceagreements.org/viewmasterdocument/1675>.

Speziell internationale Beobachter:innen bringen die Ruweng Administrative Area routinemäßig mit der Ölförderung in Verbindung. Es bestehen gute Gründe für diese Annahme. Eine gesicherte physische Kontrolle über das Gebiet um die Explorationsanlagen ist von relevanter Bedeutung. Diese Kontrolle ist durch die mit der Regierungsseite verbündete Padang Dinka-Mehrheit in Ruweng garantiert. Trotz bestehender Konflikte der Padang Dinka mit der Regierung in Juba dürfte die Allianz von dauerhafter Qualität sein.

Als noch wichtiger erscheint jedoch der Aspekt des Machtausgleichs am politischen Marktplatz. Drei Prozent der Einnahmen durch die Ölproduktion sind aufgrund bestehender Kontrakte mit den Explorationsgesellschaften für die Lokalbevölkerung reserviert. Dies ist eine erkleckliche Summe für die Verwaltung der Gliedstaaten und Counties. Dieser Anteil stellt oft die einzige verlässliche Finanzierungsquelle dar, für das offizielle wie das inoffizielle politische Budget. Diese Einnahmen vom Nuer-dominierten Unity State zu den Dinka-Gemeinschaften in Ruweng umzuleiten ist ohne Zweifel hilfreich für Kiir, um die interne, gegen jeden Kompromiss mit der SPLM-IO eingestellte Opposition, wie sie angeblich von hochrangigen Dinka-Persönlichkeiten im *Jiang Council of Elders* (JCE) betrieben wird, zu befrieden.

Zugleich ist mit der Rückkehr zu den zehn Gliedstaaten die zentrale Bedingung der SPLM-IO für den Einzug in die Regierung erfüllt. Riek Machar erklärt sich nun notgedrungen bereit, seine Position als Erster Vizepräsident im R-TGoNU einzunehmen. »My brother Dr. Riek Machar and I are now partners in peace«, verkündet Salva Kiir in seiner Ansprache bei der Angelobung der neuen Regierung an jenem ominösen 22. Februar. Dennoch ist der Druck, der fraktionsintern auf ihm lastet, merklich:

»I want to appeal to all those who might have been disappointed and angered by the decision on the number of states, to realize that sometimes we have to sacrifice something to gain something even more important. We have sacrificed your states in order to gain peace, which we all desire. We can now discuss in a peaceful environment the states that South Sudanese people wish to have. My entire life and career are built around making compromises to give way to peace and to serve the greater good for our people.«

Die im Friedensvertrag vereinbarte Transitionsregierung ist ein Mammutprojekt. Sie vereint insgesamt fünf Vertragsparteien. Neben der SPLM in Government und jener in Opposition (SPLM-IG und SPLM-IO) inkludiert es eine Gruppe von vormaligen SPLM-Granden, die im Zuge der innerparteilichen Oppositionsregungen gegen Salva Kiir verhaftet wurden, die *SPLM-Former*

Detainees (SPLM-FD). Dazu gesellen sich die *South Sudanese Opposition Alliance* (SSOA), gebildet aus kleineren bewaffneten Milizen, sowie die Gruppe der *Other Political Parties* (OPP), die sechs zivile politische Stakeholder umfasst. Nachdem sich die militärisch wie politisch dominante SPLM-IG im Zuge der Friedensverhandlungen zu keinen machtpolitischen Kompromissen bereit zeigt, erfordert die Eingliederung der oppositionellen Gruppierungen die Schaffung einer Vielzahl an politisch zu besetzenden Positionen. Schließlich muss gleichzeitig die numerische Dominanz der SPLM-IG gewahrt bleiben.

An jenem 22. Februar wird allerdings zunächst nur die Präsidentschaft besetzt: Salva Kiir wird für die SPLM-IG als Präsident bestätigt, Riek Machar für die SPLM-IO als Erster Vizepräsident eingesetzt. Darüber hinaus werden vier Vizepräsident:innen ernannt. Zwei nominiert die SPLM-IG – Taban Deng Gai, der vormalige Erste Vizepräsident und prominentester Überläufer von der SPLM-IO in die Regierungsfraktion, sowie James Wani Igga, ein langjähriger Kiir-Loyalist ohne starke politische Hausmacht in Central Equatoria (Young, 2019: 30) –, einen die SSOA – Hussein Abdelbagi Akol, ein muslimischer Dinka aus Northern Bahr el-Ghazal. Dazu kommt die Witwe des langjährigen SPLA-Vorsitzenden John Garang, Rebecca Nyandeng De Mabior, die die SPLM-FD repräsentiert.

Die vom R-ARCSS institutionalisierte politische Machtteilung zieht sich allerdings weiter. Sie verläuft durch alle politischen Ebenen, die gesetzgebende Versammlung (das Unterhaus) sowie das *Council of States* (das Oberhaus), State Governors, State Governments, hin zu den nahezu hundert County Commissioners. Die Stärkeverhältnisse sind eindeutig. Die *Transitional National Legislative Assembly* (TNLA) wird laut Abkommen mit 550 Parlamentarier:innen bestückt, für ein Land mit etwa zwölf Millionen Einwohner:innen eine stattliche Zahl. 332 davon sollen die SPLM-IG – oder, wie es im Vertrag heißt, die bestehende Übergangsregierung TGoNU – repräsentieren, 128 die SPLM-IO, 50 die SSOA, 30 die OPP, und gerade einmal zehn die SPLM-FD. Ein ähnlicher Prozentsatz wird für die Regierungen auf State und County-Ebene vereinbart: 55 % für SPLM-IG, 27 % für SPLM-IO, 10 % für SSOA, und 8 % für OPP.

Dieser Machtteilungskompromiss ist nichts anderes als eine in Zahlen gegossene Machtpolitik, die wenig Zweifel daran lässt, wer den südsudanesischen Bürgerkrieg de facto für sich entschieden hat. Daran ändert die zusätzlich vereinbarte Frauen-Quote von 35 %, die auf allen Ebenen der Ernennungen einzuhalten ist, wenig. Angesichts der Zahlenverhältnisse sollte es

der Regierungsfraktion sogar deutlich leichter fallen, diese Quote zu erfüllen. Die deutlich größere Zahl an zur Verfügung stehenden Posten sollte doch einen um einiges größeren Bewegungsspielraum ermöglichen. Dies bleibt jedoch Wunschdenken. Zum Zeitpunkt des Schreibens dieses Buches ist die Besetzung vieler Sitze und Positionen noch nicht abgeschlossen. Aufgrund der schon vorgenommenen Ernennungen ist es aber wahrscheinlich, dass die Frauen-Quote nonchalant auf dem Altar der innerfraktionellen Machtpolitik geopfert wird.

Eine der impliziten Grundannahmen der im Friedensvertrag vereinbarten politischen Machtteilung ist, dass die Einrichtung einer gemeinsamen Regierung zu einer Überwindung der durch den Bürgerkrieg aufgerissenen Gräben beiträgt. Eine oberflächliche Kenntnis der Geschichte könnte diese Annahme bestätigen. Schließlich waren die allermeisten der im R-TGoNU engagierten Protagonist:innen einmal, in unterschiedlichsten Funktionen, Mitglied *einer* SPLA/M. Die ersten Ernennungen spiegeln die Idee einer kollaborativ angelegten politischen Machtteilung wider. So erhält die Opposition einige nominell relevante Positionen.

Das Verteidigungsministerium wird mit Angelina Jany Teny besetzt, einer prominenten und, speziell in Unity State, überaus populären Protagonistin der SPLM-IO, sowie Ehefrau von Riek Machar. Auch der Ölminister wird von der SPLM-IO nominiert. Der aktuelle Minister, Puot Kang Chuol, gilt als einer von Machars engsten Vertrauten. Trotz der Besetzung einiger formeller Schlüsselministerien durch Vertreter:innen der Opposition bleibt die reale Machtbalance in der Regierung gewahrt. Angelina Teny zur Verteidigungsministerin zu machen ist eine Sache, ihr eine konkrete Befehlsgewalt gegenüber den von SPLM-IG kontrollierten Truppenteilen einzuräumen, die diese noch dazu akzeptieren würden, eine andere.

Ein weiteres der von der SPLM-IO besetzten Ministerien ist das Ministry of Peacebuilding. Stephen Par Kuol, ein Gawaar Nuer aus Jonglei, übernimmt die Position. Stephen Par ist ein langjähriger Verbündeter von Riek Machar, ein Bündnis, das noch auf Zeiten des Nasir-Splits im Jahr 1991 zurückgeht. Später, während des südsudanesischen Bürgerkrieges, fungiert Stephen Par als Leiter von Machars Diaspora-Netzwerk in den USA und in Kanada. Seine faktische Situation in der Regierung ist allerdings prekär. Er ist ein Minister ohne Ministerium. Er residiert in einem kleinen Sitzungszimmer eines Hotels, ohne Internet, phasenweise ohne Strom.

Stephen Par ist engagiert und zweifellos gewillt, seinem Ministerium Gewicht zu verleihen. Er hat akzeptiert, dass er in seiner Rolle den nationa-

len Friedensprozess nicht beeinflussen kann. Die R-ARCSS-Transition liegt unzweifelhaft außerhalb der Kompetenz eines noch dazu die Opposition repräsentierenden Peacebuilding-Ministers. Stephen Pars Interesse gilt daher den subnationalen und lokalen Konflikten, in Jonglei, in Lakes, in den Equatorias. In seinen optimistischen Momenten plant er die Einrichtung von Peacebuilding-Ministerien in allen State Governments und den Ausbau seines Ministeriums zur zentralen Anlaufstelle des südsudanesischen Peacebuilding.

Die Realität ist ein kleiner Sitzungssaal in einem alles andere als luxuriösen Hotel, das derzeit als Ministerium fungiert. In anderen Hotelzimmern war während überlanger Frist das NPTC, das *National Pre-Transition Committee*, untergebracht. Zumindest ist mittlerweile das »P« aus dem Namen verschwunden, untrügerisches Zeichen dafür, dass die formelle Transitionsphase eingeleitet wurde. Was nach wie vor fehlt, ist Strom und Internet. Ein Gecko läuft an der Wand hinter dem Minister seine Runden. Bei unserem Gespräch hat es weit über 30 Grad, wir alle schwitzen – Chris, ich und unser Begleiter von der UN mit Covid-19-bedingtem Gesichtsschutz, der Minister ohne. Die SPLM-IO-Teile der Regierung befinden sich offenkundig in einer schwierigen Situation. Und auf der Suche nach internationaler Unterstützung. Der Minister war gerade zuvor kurzfristig zu einer Besprechung nach J1 – dem Präsidentenpalast – gerufen worden. Sein Office Manager hatte unser Treffen schon offiziell abgesagt, da kommt der Minister doch. Er hatte eine Lücke im Terminkalender gefunden. Dies lässt wenig Zweifel daran, dass ein Treffen mit internationalen Partnern für ihn zumindest ebenso viel Sinn macht wie ein Treffen mit dem Präsidenten. Bei Salva Kiir ist für IO-Minister:innen wenig zu gewinnen.

Das Ministry of Peacebuilding besteht zu diesem Zeitpunkt aus zwei Herren. Neben Stephen Par, dem Minister, und seinem Office Manager, der zuvor in einer humanitären INGO gearbeitet hat. Der Office Manager lässt keinen Zweifel daran, dass ihn seine Aufgabe im Ministerium reizt und er sie im Griff hat. Politisches Ins-Abseits-Stellen ist für ihn höchstens eine Herausforderung. Das Problem liegt woanders. Es ist Geld. Derzeit fungiert das UNDP als der einzige wirkliche Geldgeber des Ministeriums. Das reicht nicht einmal für die gegenwärtig limitierten Tätigkeiten. Und selbst der leitende Ministeriumsangestellte muss sich fragen, wie er Ausgaben wie etwa das Schulgeld seiner Kinder von seinem Gehalt bezahlen kann. Auf längere Sicht ist das kaum möglich.

Eine politische Machtteilung in Friedensprozessen ist so gut wie nie auf eine faire Verteilung politischer Güter zurückzuführen. Es geht um Brokerage. Christine Bell und ich haben für derartige Konstellationen, die durch Friedensprozesse herbeigeführt und institutionalisiert werden, den Begriff des »Formalised Political Unsettlement« geprägt (Bell und Pospisil, 2017). Allzu oft wird die Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit einem tatsächlichen Willen der Konfliktparteien zu einem genuinen Friedensschluss verwechselt. In der Realität geht es allerdings zumeist einzig um eine Formel der Machtteilung, die den Parteien die Option einer nicht-bewaffneten Weiterführung des politischen Konfliktes – oder dessen Einfrieren – schmackhaft macht oder überhaupt politisch ermöglicht. Beispiele für die idealisierte Vorstellung, wonach solche Machtteilungskompromisse langfristig zu einer politischen Normalisierung oder gar zu einer demokratischen Polity führen würden, finden sich in der empirischen Realität von Konflikt-Transitionen kaum.

Ein Fall, der diese Schwierigkeit wie kaum ein anderer verdeutlicht, ist das im Jahr 1995 geschlossene Dayton-Friedensabkommen für Bosnien und Herzegowina. Das Abkommen soll nicht nur das Ende des Bosnien-Krieges markieren, sondern den Startpunkt für eine demokratische Transition des Landes setzen. Die ethnopolitisch verankerte und international überwachte Machtteilung zwischen den beiden bosnisch-herzegowinischen Entitäten, der Bosnisch-Kroatischen Föderation und der Republika Srpska, ist allerdings ein Vierteljahrhundert nach dem Friedensschluss nach wie vor unverändert in Kraft. Postenbesetzungen erfolgen auf Basis ethnopolitischer Kriterien, öffentliche Karrieren, die ohne Ansicht der Person einzig auf Fähigkeiten und erbrachten Leistungen basieren, sind nach wie vor unmöglich. Anzeichen einer langfristigen politischen Normalisierung in Richtung eines demokratischen Rechtsstaates sind der Akzeptanz der Verstetigung der ursprünglich als vorübergehend gedachten Struktur der Machtteilung gewichen.

Auch der R-ARCSS repräsentiert ein solches »Formalised Political Unsettlement« in einer fast schon prototypischen Form. Die SPLM-IG wählte gemäß ihrem Selbstverständnis als militärische Gewinnerin des Bürgerkrieges den Weg des politischen Kompromisses aus primär taktischen Erwägungen, nicht zuletzt aufgrund massiven regionalen politischen Drucks. Für die anderen unterzeichnenden Gruppierungen war die Machtteilungsformel des R-ARCSS das zum gegebenen Zeitpunkt bestmögliche politische Resultat eines immer schwieriger werdenden militärischen Kampfes. Von einer genuinen Einsicht in potenzielle gemeinsame Interessenlagen oder gar in übergeord-

nete Interessen wie solche des Nationalstaates oder seiner Bewohner:innen waren alle Seiten weit entfernt. Von daher überrascht die harzige Umsetzung der Machtteilungsformel und der faktische Ausschluss der vormaligen Opposition durch die vormalige Regierungsfraktion wenig.

Was wäre die Alternative zu einem »Formalised Political Unsettlement« gewesen? Die Besetzungen der Positionen gestalten sich schwierig, der Prozess ist mittlerweile um viele Monate verspätet. Aber der Waffenstillstand, der mit der Unterzeichnung von R-ARCSS zwischen den Vertragsparteien vereinbart wurde, hält – selbst in Anbetracht einer Anzahl von größeren Verstößen in der zweiten Jahreshälfte des Jahres 2020. Und das ist letztendlich die größte Leistung, die R-ARCSS abzuliefern imstande war. Der Vertrag liefert allen Fraktionen in erster Linie eine Entschuldigung, den bewaffneten Abnutzungskampf gegeneinander nicht weiter fortzusetzen. Angesichts eines zu diesem Zeitpunkt bereits sieben Jahre andauernden Bürgerkrieges ist dies eine nicht zu vernachlässigender Errungenschaft.

Die konkrete Umsetzung der Machtteilung ist voller Fallstricke. Nach längeren Verhandlungen ernennt Salva Kiir Ende Juni 2020 die ersten acht der zehn State Governors. Zwei Wochen später wird der von SSOA nominierte Denay Jock Chagor, der vormalige Stellvertreter des 2019 verstorbenen SPLA-Generals und nachmaligem Bul Nuer-Warlord Peter Gadet, als Gouverneur von Jonglei eingesetzt. Die Besetzung des Gouverneurs von Upper Nile State, dem Gliedstaat im äußersten Nordosten des Landes, gerät zum substanziellen Zankapfel. Entlang der Vereinbarungen in R-ARCSS steht das Vorschlagsrecht für den State Governor von Upper Nile der SPLM-IO zu. Diese macht davon Gebrauch und nominiert Johnson Olonyi als ihren Kandidaten, was Salva Kiir wiederum mit einer Kaskade an Scheinargumenten zurückweist. Olonyi wäre im Ausland und könnte daher nicht ernannt werden (was bei anderen Ernennungen keine Rolle spielte). Olonyi wäre nach wie vor in aktive Kampfhandlungen verstrickt. Zudem würde die Bevölkerung von Upper Nile Olonyi als Gouverneur ablehnen.

Das Dickicht an Interessen hinter dieser Ernennung zu entwirren ist vermutlich selbst für unmittelbar Involvierte eine herausfordernde Aufgabe. Einige der Aspekte näher zu beleuchten eröffnet jedoch einen nüchternen Blick auf die politische Dimension der Transition. Sie setzt die plakative Fokussierung auf die Handlungen der beiden nach außen sichtbaren Protagonisten Kiir und Machar in ihren notwendigen strukturellen Rahmen. Johnson Olonyi ist keine austauschbare Figur im komplexen Machtgefüge von Upper Nile. Seine politische Geschichte beginnt mit der Abspaltung des ehemaligen

Außenministers des Sudan und prominenten Shilluk-Politikers, Lam Akol, im Jahr 2009. Er formiert unter dem Namen *SPLM-Democratic Change* (SPLM-DC) eine von der SPLM/A unabhängige Formation mit dem Ziel, eigenständig an den letzten Wahlen des noch vereinigten Sudan teilzunehmen. Im gesamtsudanesischen Parlament erreicht die SPLM-DC zwei der insgesamt 450 Sitze (die SPLM deren 99). In der Wahl zum südsudanesischen Übergangspräsidenten kann Lam Akol knapp 200.000 Stimmen, ein Anteil von rund 7 %, auf sich vereinigen. Er tritt als einziger Gegenkandidat von Salva Kiir an, der die Wahl mit 93 % der Stimmen haushoch für sich entscheidet.

Was bei einem flüchtigen Blick auf die Zahlen wie ein demokratischer Prozess erscheinen könnte, verläuft in Upper Nile State, in dem sich die Siedlungsgebiete der Shilluk befinden, alles andere als gewaltfrei. Die SPLA, die die SPLM-DC der Kollaboration mit Khartum verdächtigt, verhaftet einige der neu gewählten Shilluk-Politiker. Darauf folgende Proteste werden mit Waffengewalt angegriffen. Insbesondere in Fashoda County nördlich von Malakal eskalieren die Kämpfe, als sich Shilluk-Milizen unter dem Kommando von Robert Gwang Nyikier Yur der SPLA entgegenstellen. Bald bekommen diese Kämpfe eine ethnopolitische Dimension. Die SPLA-Einheiten werden als Schutztruppen der Padang Dinka wahrgenommen und greifen in den Auseinandersetzungen auf Padang Dinka-Milizen zurück.²

In diesem Kontext nimmt Johnson Olonyis politische Karriere ihren Ausgang. Die Angriffe der SPLA zerstören die Geschäfte des mittelständischen Unternehmers. Olonyi schließt sich Gwangs Miliz an und erwirbt sich schnell den Ruf eines unerschrockenen, fähigen und entschlossenen Militärführers. Er wird Gwangs Stellvertreter und übernimmt Teile von dessen Miliz, nachdem sich Gwang im August 2010 dafür entscheidet, sich wieder in die SPLA, seiner ehemaligen politisch-militärischen Heimat, einzugliedern. Olonyi entwickelt sich zu einem respektierten Warlord. Vor allem seine erfolgreichen Kämpfe gegen die von Nuer dominierte 7. Division der SPLA, die einst unter dem Kommando des bereits erwähnten, legendären Warlords Peter Gadet standen, machen ihn unter militanten Shilluk populär.

Der Ausbruch des Bürgerkrieges im Jahr 2013 mischt die Karten neu. Nach der Abspaltung der SPLA-IO entscheidet sich Olonyi zunächst für die Regierungsseite und kämpft mit seiner zu diesem Zeitpunkt etwa 3.000 Mann star-

2 Vgl. die Nachzeichnung des Konfliktes in einem Situational Update von Small Arms Survey, www.smallarmssurveysudan.org/facts-figures/south-sudan/conflict-of-2013-14/the-conflict-in-upper-nile.html (22-12-2020).

ken Agwelek-Miliz überaus erfolgreich gegen SPLA-IO-Einheiten am westlichen Nil-Ufer. Allerdings ist sogar unter seinen wechselnden politischen Freunden unbestritten, dass es sich bei Olonyi um einen untypischen Spieler am südsudanesischen politischen Marktplatz handelt. Seine politische Loyalität definiert sich in erster Linie ethnopolitisch.

Nach aufkommenden Konflikten mit den von Padang Dinka aus Ruweng dominierten SPLA-Einheiten in Upper Nile wechselt er prompt die Seiten. Doch als Teil der SPLA-IO bekommt sein Image als erfolgsverwöhnter Warlord Risse. Nun selbst in der Verteidigungsposition am westlichen Nil-Ufer, muss Olonyi schwere militärische Schläge einstecken. Ohnehin ist die Region durch den Krieg zerstört. Malakal, die Hauptstadt von Upper Nile State, ist nach zwölfmaligem Wechsel der militärischen Kontrolle weitgehend dem Erdboden gleichgemacht. Der Großteil der Bevölkerung hat sich in das von UNMISS geschützte PoC-Camp zurückgezogen. Olonyi kann der Vertreibung der Shilluk-Gemeinschaften durch die SPLA wenig entgegensetzen. Er zieht sich aus der Region zurück. Ab dem Jahr 2017 ist er vermehrt in Khartum anzutreffen, was Gerüchte über seine Kollaboration mit dem NCP-Regime unter Bashir aufkommen lässt.

Diese Geschichte gibt einen Einblick in die vielschichtigen Konsequenzen von Olonyis Nominierung als State Governor. Für die SPLM-IO repräsentiert Olonyi ihren vielleicht wichtigsten Verbindungspunkt zu den Shilluk-Gemeinschaften, ohne deren Unterstützung im ölproduzierenden Upper Nile State wenig zu gewinnen ist. Zugleich gilt Olonyi als ein fraktionsinterner Kritiker von Machars Führungsposition in der SPLM-IO. Das eröffnet Machar, unter dem beständigen Ruch der Günstlingswirtschaft stehend, die Chance, mit der Ernennung plural und gegenüber seinen organisationsinternen Kritiker:innen inklusiv zu erscheinen.

Gleichzeitig setzt die Nominierung Salva Kiir unter substanziellen Druck. Ohnehin fühlen sich die im Osten des Südsudan von Jonglei bis Upper Nile siedelnden Dinka-Gemeinschaften in Hinblick auf die SPLM/A-interne Machtverteilung gegenüber den Bahr el-Ghazal Dinka fortwährend benachteiligt. Nun sollte Upper Nile an einen ihrer deklarierten Erzfeinde gehen? Glaubwürdige Erzählungen berichten von harschen Einflussnahmen auf Kiir, dem offenbar vermittelt wird, dass die Dinka-Gemeinschaften in der Region eine Ernennung Olonyis als eine Kriegserklärung auffassen würden. Zugleich lässt Olonyi über lange Zeit kein Zeichen der Schwäche erkennen. Eine Presseerklärung der SPLM-IO verweist Anfang Dezember 2020 keck darauf, dass er keine Sicherheitsgarantien benötige, würde er doch zu seiner

Ernennung in Juba mit seinem eigenen militärischen Personal anreisen. Da ist sie wieder, die Erinnerung an den Juba Incident von Juli 2016.

Die Antwort von Salva Kiir auf diese unangenehme Situation ist nur dann außergewöhnlich, wenn die für die erfolgreiche Operation am politischen Marktplatz unabdingbare Fähigkeit zu strategischem Pragmatismus unterschätzt wird. Denn entgegen der nach außen hin martialischen Rhetorik ist Kiir keineswegs bemüht, Olonyi ein für alle Mal von den Trögen der Macht fernzuhalten. Die Konfrontation ist in keiner Weise persönlich. Vielmehr geht es um die Verhandlung um den geeigneten Modus für Olonyis Integration. Und die Position als Gouverneur scheint dafür nicht geeignet.

Ein Kader der SPLM-IO aus Upper Nile muss Ende des Jahrs 2020 ob meiner Nachfrage, was Kiir gegen Olonyi einzuwenden hätte, schmunzeln. Gegen ihn einzuwenden? »Salva ruft ihn jeden Tag an, um ihn zum Absprung zu bewegen. Er will, dass Johnson zur SPLM-IG zurückkehrt«, meinte er. Rückfragen bei anderen, für gewöhnlich gut informierten Kolleg:innen bestätigten diese Erzählung. Kiirs erste Option eines Auswegs aus der verfahrenen Situation ist der klassische Schachzug eines gekonnten Spielers am politischen Marktplatz: der Einkauf von politischer Loyalität, der den Gegenpart belohnt und zugleich strategisch aus dem Spiel nimmt.

Die letztendliche Lösung kommt für nahezu alle Akteure unerwartet. In einer überraschenden Einigung Ende Januar 2021 weicht Riek Machar von Olonyis Nominierung ab und verständigt sich mit Salva Kiir auf die Ernennung von Budhok Ayang Nai Kur. Eigentlich gilt Budhok Ayang als enger Vertrauter von Johnson Olonyi. Dieser zeigt sich allerdings in ersten Reaktionen von seiner Kaltstellung alles andere als begeistert. Die Karten in Upper Nile – und zum Teil auch innerhalb der SPLM/A-IO – sind jedenfalls neu gemischt. Die Zukunft wird zeigen, was die frisch zusammengestellte Konfiguration bewirkt.

Niemals wird sich herausfinden lassen, ob Machar ernsthaft mit Olonyis Bestätigung durch die Präsidentschaft gerechnet hat. Das Eintauchen in die Spezifika dieser Personalie dient aber einem anderen Zweck. Johnson Olonyi ist nur einer von vielen eher marginal positionierten Spieler:innen auf dem südsudanesischen politischen Marktplatz. Und dennoch gestaltet sich seine Ernennung als ein hochkomplexer Prozess, der Elemente seiner Biografie, seiner ethno politischen Identität und territorialen Verankerung, seiner militärischen Handlungsmacht und seiner wechselnden politischen Loyalitäten mit einschließt. Sicherlich ist nicht jede Personalie gleich spektakulär. Allerdings zeigt das Beispiel Olonyi die Tiefe der an der Oberfläche so einfach

erscheinenden Zahlen und Prozentsätze der Ernennungen entlang der im RARCSS festgelegten Formel der politischen Machtteilung.

Soundso viel Prozent für diese, soundso viel Prozent für jene, und 35 % aller Ernennungen Frauen. Dahinter liegt eine um ein Vielfaches komplexere Formel, die, um tragfähig zu sein, einen komplexen und vielschichtigen Interessenausgleich gewährleisten muss, dessen Gestaltung nirgends festgeschrieben ist oder überhaupt festgeschrieben werden kann. Mathematisch unbestimmbar ist die Gewährleistung einer haltbaren Machtbalance eine Sache des Gefühls und der permanenten Aushandlung. Das Austarieren dieser Balance ist ohne Zweifel die Meisterschaftsdisziplin jener Protagonist:innen am politischen Marktplatz, die dessen permanente Fragilität über lange Jahre und Jahrzehnte nicht nur bestimmen, sondern auch politisch sowie physisch heil überstehen. Nur wenige sind in der Lage, diesen feinen Interessenausgleich über ausgedehnte Zeiträume zu verwalten und ihn selbst in Phasen der Turbulenz, wie sie der Prozess der Postenbesetzungen in der Folge eines Friedensabkommens darstellt, weiterzuführen.

Das Prinzip der politischen Machtteilung wurde nicht mit dem R-ARCSS eingeführt. Vielmehr war der politische Machtausgleich von Beginn an in das System der SPLM/A eingeschrieben, einschließlich all seiner Volatilität und Prekarität. Eine Transition aus diesem System zu ermöglichen, wie es die Neuerrichtung einer verfassungsmäßigen Ordnung im R-ARCSS vorsieht, ist kein einfacher Prozess, der sich mit einem einmaligen Wahlprozess institutionell realisieren ließe.

Sicherheitssektorreform

Die Besetzung der Positionen in Exekutive und Legislative hat die Militarisierung der Politik im Südsudan bereits eindrücklich vor Augen geführt. Wenig überraschend ist es daher die Sicherheitssektorreform (SSR), der von den meisten nationalen wie internationalen Beobachter:innen eine Schlüsselrolle beim Erfolg der südsudanesischen Transition zugeschrieben wird. Tatsächlich ist der Sicherheitssektor der ausschlaggebende Faktor für politische Autorität auf nationaler Ebene. Ob sich der Sektor angesichts seiner besonderen Bedeutung für eine tiefergreifende Reform offen zeigt, ist, gelinde gesagt, umstritten. In jedem Fall ist es eine hochbrisante Problematik.

Trotz der offiziellen Unterstützung der im R-ARCSS vereinbarten Festlegungen durch internationale Partner ist die SSR-Thematik eine Materie, an

der sich zahlreiche Akteure im Laufe der kurzen Geschichte der südsudanesischen Unabhängigkeit schon mehrfach verbrannt haben. Daher sind die Meinungen gemacht. »Do not engage in South Sudanese SSR« ist eine regelmäßig geäußerte Stellungnahme von internationalen Konsulent:innen und informeller Konsens unter den bilateralen Entwicklungspartnern. Wenngleich niemand ernsthaft die Notwendigkeit einer grundlegenden Neuaufstellung der Sicherheitsdienste in Frage stellt, ist der Wille zum Engagement in diesem Bereich mehr als eingeschränkt. Die Gründe sind allerdings, so viel muss den internationalen Akteuren zugebilligt werden, sowohl in historischer Perspektive als auch in der konkreten Konstellation nach der Unterzeichnung des R-ARCSS nachvollziehbar.

Mein erster Besuch in Juba im Jahr 2009, damals noch Teil des vereinten Sudan, fiel in die fünfjährige Transitionsperiode in der Folge des CPA. Es war eine Aufbruchsstimmung in der Stadt spürbar, mit all den seltsamen Begleiterscheinungen eines plötzlichen Booms in einer lange vergessenen Peripherie am äußersten Rand aller globalen Warenstränge und Politikbemühungen. Es war sehr schnell sehr viel Geld zu machen im südlichen Sudan, und Sicherheitsdienstleistungen versprochen, zumindest mittelfristig, ein sicheres Einkommen für internationale Kontraktoren.

Formell sah das CPA vor, die Perspektive der staatlichen Einheit attraktiv zu halten (»the parties further acknowledge that the successful implementation of the CPA shall provide a model for good governance in the Sudan that will help create a solid basis to preserve peace and make unity attractive«, CPA, Chapeau, p. xii). Basierend auf diesem Mantra waren SSR-Schritte vereinbart, die eine Verkleinerung und Vereinheitlichung der nationalen Streitkräfte vorsahen. Die entsprechenden Formulierungen in Kapitel VI des CPA, den in Naivasha, Kenia, im September 2003 unterschriebenen »Security Arrangements«, hätten aus einem Friedensvertrags-Lehrbuch stammen können:

»the Parties [...] agree to the formation of the future army of Sudan that shall be composed from the Sudanese Armed Forces (SAF) and the Sudan People's Liberation Army (SPLA).« (CPA, VI.1.a)

»The parties agree to the principles of proportional downsizing of the forces on both sides, at a suitable time, following the completion of the comprehensive ceasefire arrangements.« (CPA, VI.1.c)

»There shall be formed Joint Integrated Units consisting of equal numbers from the Sudanese Armed Forces (SAF) and the Sudan People's Liberation Army (SPLA) during the Interim Period. The Joint Integrated Units (JIUs) shall constitute a nucleus of a post referendum army of Sudan [...]« (CPA, VI.4)

Diese CPA-Klauseln widerspiegeln pointiert jene drei Aspekte von SSR, die internationale Konfliktmediator:innen, Friedensverhandler:innen und externe SSR-Expert:innen immer vor Augen haben, wenn es gilt, eine Transformation eines auf Krieg ausgerichteten Sicherheitssektors anzustreben. Erstens geht es um Downsizing, abgestimmt auf die idealtypisch angenommenen neuen Sicherheitsbedürfnisse eines sich nicht im Krieg befindlichen Staatswesens. Zweitens sollen die neuen Sicherheitsdienste nach dem Prinzip der Proportionalität unter allen beteiligten, vormals verfeindeten Truppenkörpern zusammengestellt werden. Und drittens ist diese Zusammenführung in einer einheitlichen Streitmacht mit Training und anderen Maßnahmen zu unterstützen. Es sind die genau gleichen drei Prinzipien, die die späteren SSR-Vereinbarungen im schnell zusammengebrochenen ARCSS von 2015 und im R-ARCSS von 2018 tragen werden. So nachvollziehbar und eingeübt diese Elemente wirken, sie eint ein gemeinsames Problem: sie sind in gefährlicher Weise weltfremd. Und dies ist allen Akteuren, die ernsthaft in diese Prozesse involviert sind, bewusst.

Der Zufall wollte es, dass ich mir im Zuge meines Aufenthaltes im Jahr 2009 das Quartier in Juba mit einer Gruppe US-amerikanischer privater Sicherheitsdienstleister teilte. Deren Job war einigermaßen entspannt. Sie trainierten Elite-Einheiten der SPLA für einige Monate zu einem Gehalt, das ihnen im Anschluss einige arbeitsfreie Monate in Kleinstädten des US-Mittelwestens ermöglichte. Warum sollten sie ihre Köpfe in gefährlichen wie sinnlosen Kriegen in Irak und Afghanistan riskieren, wenn der Job im südlichen Sudan vergleichsweise einfach zu erledigen war? »Diese Burschen sind gut – und sie sind hoch motiviert«, erzählte einen der Ausbilder, dessen Spezialdisziplin im unbewaffneten Nahkampf lag.

Vom Standpunkt der CPA-Implementation aus betrachtet waren an den Schilderungen insbesondere zwei Dinge bemerkenswert. Zunächst fand sich von »making unity attractive« keine Spur. Offenbar dienten diese Ausbildungsprogramme nicht dem Aufbau eines später gemeinsam agierenden sudanesischen Sicherheitssektors. Es ging um das gezielte Training von Eliteteinheiten einer bald eigenständigen südsudanesischen Armee. In welcher formalen Konstellation sie tätig sein würde, war unerheblich. Und obwohl

wenig Zweifel daran bestand, wo der Auftrag für die nun privatwirtschaftlich agierenden US-Army-Veteran:innen herkam, kam ihr Gehaltsscheck von den Cayman Islands. Dies ist eine mehr als nur symbolische Reminiszenz an die ambivalente Rolle der USA, die neben Großbritannien und Norwegen in der nominell neutralen CPA-Troika fungierten (und immer noch fungieren). Währenddessen gestaltete sich ihre konkrete Rolle keineswegs unparteiisch.

Entgegen aller unterschriebenen Zusicherungen im CPA beabsichtigte die SPLA weder eine nachhaltige Truppenreduktion noch die militärische Integration mit dem Erzfeind im Norden. Die Marschrichtung zur militärischen Eigenständigkeit war faktisch nie infrage gestellt. Die SPLA hatte nicht die geringste Absicht, die von ihr ausgeübte Kontrolle des Südens – in eigenstaatlicher Form oder nicht – durch vage international unterstützte und überwachte Reformprogramme zu gefährden. Dass internationale Beobachter:innen eine solche Option überhaupt als realistisch erachteten, zeigt deren Naivität und ein grobes Unverständnis gegenüber den politischen Machtdynamiken von Post-Konflikt-Situationen.

Dementsprechend war die Vorgangsweise der SPLA gegenüber den JIUs in erster Linie taktisch geprägt. Einige dieser gemeinsamen Einheiten funktionierten, zumindest gemäß anekdotischen Darstellungen, die aus der damaligen, den gesamten Sudan betreffenden UN-Mission UNMIS verlauteten, einigermaßen akzeptabel. Von einer genuinen Integration der Truppenteile konnte jedoch keine Rede sein. Andere JIUs bereiteten von Beginn an Schwierigkeiten. Generell wurde das Experiment als dysfunktional beschrieben (Verjee, 2011). Speziell in Malakal und Abyei entbrannten Kämpfe innerhalb von JIUs, die sich negativ auf die weitere Sicherheitssituation in den Regionen auswirkten.

Geschichte wiederholt sich bekanntlich nicht. Bestimmungen in Friedensverträgen tun dies allerdings schon. Der Misserfolg der JIUs aus dem CPA-Framework hält die IGAD-Verhandler:innen nicht davon ab, im Effekt gleichwertige Bestimmungen in die südsudanesischen Friedensverträge nach 2014 aufzunehmen. So stützt sich R-ARCSS in seinen heikelsten Elementen auf die gleichen Prinzipien, die sich schon beim CPA eine Dekade zuvor als nutzlos erwiesen haben. Die bewaffneten Vertragsparteien verpflichten sich dazu, ihre Truppenteile einzumelden und in Versammlungsplätzen, sogenannten Cantonment Sites, zusammenzuziehen. Dort sollten die Soldat:innen anschließend einem gemeinsamen Training unterzogen werden, das als Voraussetzung zur Integration in eine gemeinsame südsudanesishe Armee angelegt ist. Laut dem Vertragswerk sollten diese Schritte bereits

in der »Pre-Transition Phase« umgesetzt werden. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick in der sperrigen, militärisch geprägten Diktion des R-ARCSS und seiner Implementierungs-Matrix.

Tabelle 1: Ausgewählte Schritte der Sicherheitssektorreform im R-ARCSS

Start and completion of disengagement and separation forces in close proximity, assembly and cantonment, registration of personnel, weapons and equipment accountability, screening, re-organization and/or disarmament and demobilization, and supply of non-military logistical items (food, shelter, medicines)	D-Day + 30 days
Demilitarization of civilian centres	D-Day + 45 days
Collection of long and medium range heavy weapons	D-Day + 45 days
Cantonment of all forces	D-Day + 45 days
Screening for recruitment into army, police, national security, other services and demobilization	D-Day + 45 days
Commencement of joint training of the necessary unified forces of the military, police and other security services	D-Day + 60 days
Redeployment of the unified forces	D-Day + 210 days
Completion of training and redeployment of the necessary unified forces	D-Day + 240 days
Disposal of heavy and medium range weapons and ammunition	D-Day + 270 days
Completion of building professional national army, police, security and other forces	D-Day + 1,140 days

Neben RJMEC wird zum Zweck der Überwachung dieses Zeitplans und des damit verbundenen permanenten Waffenstillstandes ein eigenes dreißigköpfiges Komitee eingerichtet, das nach allen Regeln der Inklusion neben den Konfliktparteien und internationalen Partnern auch die Zivilgesellschaft, Frauen- und Jugendrepräsentant:innen, sowie die Business-Community umfasst: der *Ceasefire and Transitional Security Arrangements Monitoring and Verification Mechanism* (CTSAMVM, die Weiterentwicklung von CTSAMM – eine gleichartige Organisation gleichen Names ohne »Verification«, wie sie im ARCSS von 2015 vorgesehen war). Die formal engmaschige und detailreiche Planung hat nur eine entscheidende Schwäche. Sie geht davon aus, dass die Konfliktparteien tatsächlich an einem Friedensschluss interessiert sind. Aber selbst unter perfekten Bedingungen und unter Annahme großer Motivation

und gemeinschaftlicher Bemühungen aller Parteien ist der eng gesetzte Zeitplan unrealistisch.

In der Realität des Transitionsprozesses ist keine der militärisch präsenten Vertragsparteien, am allerwenigsten die tonangebende SPLM-IG, an einer Vereinheitlichung der Truppenkörper und einem strukturellen Reformprozess des Sicherheitssektors interessiert. Alle der zuvor aufgelisteten Deadlines verstreichen folgenlos. Zum Zeitpunkt eines ungefähren D-Day + 780 Tage befinden sich zwar einige Truppenteile in Cantonment und Training Sites, in einer nüchternen und umfassenden Betrachtung ist jedoch kein einziger der vorgesehenen Schritte vollumfänglich umgesetzt. Erneut hat sich ein kompliziert ausgehandelter und vermeintlich wohldurchdacht geplanter SSR-Prozess praktisch in Luft aufgelöst. Sicher ist dafür in einem gewissen Maß die erschreckende Inkompetenz internationaler Mediator:innen verantwortlich, die sich, wieder einmal, von den vollmundigen Zusicherungen langjähriger Gewaltentrepreneure einlullen ließen. Doch scheint der Kern des Problems woanders zu liegen: in einem fundamentales Missverständnis über den Charakter des R-ARCSS. Es handelt sich schlicht nicht um ein Friedensabkommen.

Joshua Craze (2020: 42) bezeichnet, mit Verweis auf Matthew Pritchard, das Abkommen zu Recht als ein »negotiated surrender«. Salva Kiir SPLM-IG, die ihre Truppenteile mit der Unterzeichnung von R-ARCSS prompt von SPLA in *South Sudanese People's Defence Forces*, SSPDF, umbenennt, kontrolliert zum Zeitpunkt der Vertragsunterzeichnung alle größeren Städte des Landes. Ohne substanziellen politischen Druck der benachbarten Regionalmächte hätte Kiir den Vertrag wohl kaum unterschrieben. Die Bereitschaft zu politischen Kompromissen vonseiten der amtierenden Regierung ist stark eingeschränkt, ihre Bereitschaft zu militärischen Kompromissen nicht vorhanden.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwieweit eine Umsetzung des sorgsam ausgearbeiteten SSR-Prozesses während der Verhandlungen überhaupt je ernsthaft in Erwägung gezogen wurde. Schwammige Formulierungen, etwa die amöbenhafte Bezeichnung »all forces« als Definition des Sicherheitssektors, überdecken, dass keine der Seiten gewillt war, für ihre militärische Projektionsfähigkeit kritische Truppenteile für diesen Prozess aufzugeben. Weder die SPLA *Tiger Division*, die präsidentielle Leibgarde, noch die SPLA-IO-Elitedivisionen finden sich in den Cantonment Sites ein. Der undurchsichtige *National Security Service* (NSS), bekannt und berüchtigt ebenso für seine Effizienz wie für seine notorisch überschießenden Repressionspraktiken (HRW, 2020), wird von vornherein aus dem Prozess

herausgehalten. R-ARCSS erwähnt den NSS, der unter der Führung von Akol Koor über substanzielle politischen Macht verfügt, überhaupt nur an einer einzigen Stelle, in Artikel 2.5.4.1.3 zur Ausarbeitung einer »revised defence policy«.

Vor dem Hintergrund dieser Schwachstellen ist eine eingehendere Diskussion der drei eingangs erwähnten SSR-Prinzipien notwendig. Das erste Prinzip ist die Frage der Verkleinerung. Aus der Sicht eines Friedensprozesses stellt sich bei einer Übergabe von Truppenkörpern für ein gemeinsames sicherheitspolitisches Projekt die offenkundige Herausforderung der notwendigen Reduktion der Kampfkraft der Konfliktakteure. Zunächst geht es um deren Umpolung von einer Kriegs- zu einer Friedenslogik. Eine solche Reduktion beinhaltet ein veritables Problem von wechselseitigem Vertrauen. Kann ich bei Abrüstung eigener Truppenteile darauf vertrauen, dass dies mein Gegner nicht zu einem Überraschungsangriff ausnutzt? Das so entstehende Sicherheitsdilemma stellt sich im Kontext eines volatilen Waffenstillstandes noch einmal verschärft dar. Hinzu kommt, dass nicht einmal alle bewaffneten Akteure mit einer nationalen politischen Agenda – wie etwas Thomas Cirillos NAS oder Paul Malongs SSUF – in den Prozess eingebunden sind.

Das Vertrauensdilemma geht einher mit dem praktischen Problem der Bereitstellung von konkreten Lebensalternativen für Mitglieder bewaffneter Verbände. Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration – der klassische DDR-Prozess – klingen nach einer folgerichtigen Sequenzierung, aber Reintegration wohin? Selbst wenn kein Sold ausbezahlt wird, und dies geschieht in den letzten Jahren auf allen Seiten tatsächlich immer unregelmäßiger, schafft der militärische Verbund doch um vieles bessere Möglichkeiten der Bestreitung eines Lebensunterhaltes als die sich anbietenden Alternativen. Eine Rückkehr zu agrarischen oder pastoralen Praktiken, sofern es sich für die jüngeren Kombattant:innen, die allein die Kriegssituation kennen, überhaupt um eine Rückkehr handelt, oder eine ökonomisch prekäre Zukunft als Kleinstunternehmer:in sind nur für wenige eine Motivation, ihre Waffe dauerhaft aus der Hand zu geben.

Eine nachhaltige Truppenreduktion beinhaltet aber noch weitere Herausforderungen. Wie bereits diskutiert, basiert der südsudanesishe politische Marktplatz in erster Linie auf der Fähigkeit zum Einsatz militärischer Gewalt. Südsudanesishe Politik wird innerhalb oder entlang militärischer Strukturen ausgetragen. Wenige hohe Zivilbeamte wären ohne ihre Verbindung zum intakten militärischen Apparat der SPLA zu ihren Funktionen gekommen.

Selbst so manche Oppositionelle verdanken ihre relative persönliche Sicherheit dem einstmaligen Engagement im Befreiungskrieg und den aus dieser Zeit stammenden persönlichen Netzwerken. Der Südsudan ist kein Land mit einer oder mehreren Armeen, es sind mehrere Armeen im Besitz von Fragmenten eines Landes.

Dies zeigt sich nicht zuletzt in der schier unerschöpflichen Menge an Generälen. Obwohl keine verlässliche aktuelle Zahl vorliegt, kann der Südsudan wohl guten Gewissens den Weltrekord beanspruchen. Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit soll die SPLA 745 Generäle gezählt haben. Nicht zuletzt bedingt durch die nachfolgenden Abspaltungen und Wiedereingliederungen und die dafür notwendigen Kompensationsleistungen sind es seither jedenfalls nicht weniger geworden. Eine Verkleinerung der Armee müsste also an den Führungspositionen ansetzen. In einem politischen Marktplatz, wo die Ernennung zu Positionen und die damit einhergehende Möglichkeit zur Errichtung kleiner materieller Machtbasen eine der zentralen Währungen zur Beschaffung von Loyalität darstellt, käme eine solche Verkleinerung einer systemischen Erschütterung gleich.

Aufgrund des bestehenden Misstrauens ist das Interesse an einer Vereinheitlichung der Truppenteile enden wollend. Der postulierte »notwendige« Charakter der Necessary Unified Forces ist ein fast schon verzweifelt klingendes Mantra theoriegeschulter SSR-Expert:innen, die ein Interesse an einem funktionalen liberalen Staatswesens als gegeben – und dessen Existenz als unabdingbar – voraussetzen. Die Realität spricht eine andere Sprache. »Was glaubst du, für wen ich hier arbeite?«, fragt mich ein SPLM-IO-Kommandant, der Freund eines Freundes, im Zuge einer Diskussion über die Implementierung des Friedensabkommens. Er deutet auf seinen vor ihm stehenden Laptop. »Ich arbeite für mein High Command, nicht für irgendeine gemeinsame Armee. Und meine Leute arbeiten für mich.« Seine Meinungen zu Cantonment und Training sind ernüchternd. »Natürlich beteiligen wir uns. Wir werden nicht die sein, die das Abkommen brechen. Aber solange die höheren Befehlsränge nicht vereinheitlicht sind, arbeiten wir innerhalb unserer eigenen Kommandostrukturen. Und sicher nicht für Kiirs Leute.« Zu diesem Zeitpunkt mehrten sich erste Berichte von Angriffen auf die Cantonment Sites. SSPDF-Einheiten hatten zusammengezogene SPLA-IO-Truppen im Trainingszentrum von Morota in Central Equatoria angegriffen.

In einem solchen Klima des Misstrauens sind Truppenzahlen ein immanentes Politikum. 83.000 Soldat:innen sollen die Necessary Unified Forces letztlich insgesamt umfassen, 29.000 in der nationalen Armee, die

verbleibenden Positionen verteilt in weiteren Apparaten des weit gefassten Sicherheitssektors, neben der Polizei – dem *South Sudan National Police Service* (SSNPS) – vor allem im *Prison Service* und *Wildlife Service*.

Es gehört zu den seit Langem dokumentierten paradoxen Wirkungen von SSR-Bemühungen im Südsudan, dass sie nicht etwa zu einer Reduktion von Truppen, sondern zu einer verstärkten Rekrutierung führen (Boswell et al., 2019: 32). Das lässt sich durch einen nüchternen Blick auf die Zahlen veranschaulichen. Auf der Basis von Interviews mit internationalen Beobachter:innen der Verhandlungen zum R-ARCSS-SSR-Prozess in Juba im November 2019 rekonstruiert Craze (2020: 46) die ursprünglich eingemeldeten Truppenstärken der Vertragsparteien: 120.000 von SSPDF, 227.000 von SPLA-IO, 126.000 von SSOA. Es handelt sich um absurd übertriebene Zahlen, die einen doppelten Zweck verfolgen. Einerseits soll, gemäß dem Prinzip der Proportionalität im militärischen Power-Sharing³, ein möglichst hoher Eigenanteil an zukünftig potenziell vergemeinschafteten Truppenkörpern sichergestellt werden. Andererseits gilt es, die Option für die Versorgung weiterer Loyalist:innen in Cantonment und Training offenzuhalten.

Die von CTSAMVM angenommenen Zahlen, sicherlich deutlich näher an der Realität, weisen demgegenüber 90.000 für SSPDF, 35.000 für SPLA-IO, und bis zu 5.000 für SSOA aus. Die Diskrepanz ist enorm. Und diese Diskrepanz hat praktische Auswirkungen, weil sich die Verhandlungen um die SSR-Prozesse immer zwischen diesen Zahlen bewegen müssen, da ja die Parteien selbst den Prozess leiten. Wenig überraschend zeigen sich bereits schwere materielle Risse, die sich nicht zuletzt auf die zunehmende finanzielle Ausdünnung des südsudanesischen politischen Marktplatzes zurückführen lassen. Keine der Parteien kann ihre Truppen ausreichend finanzieren.

Ebenso ist der Cantonment- und Trainingsprozess nicht unter-, sondern de facto unfinanziert. Eine von der Regierung in der Pre-Transition Phase zugesagte Summe von über 40 Millionen US-Dollar, gedacht zur Finanzierung von Nahrungsmitteln und der Ausstattung der Cantonment Sites, verschwand zum Großteil in den Tiefen der Bürokratie. Dies führte auf allen Seiten zu wilden Beschuldigungen. RJMEC-Vertreter:innen konnten nur bestätigen, dass der Fuhrpark der für die Ausschüttung der Gelder zuständi-

3 Bell et al. (2018: 1) definieren militärisches Power-Sharing als »an agreement to share military decision-making and/or operational tasks between different armed contenders for power, or to proportionally include ethno-national groups or former combatants in ranks and file or command structures«.

gen NPTC signifikant zunahm, insbesondere durch den Ankauf einer relevanten Zahl an brandneuen Toyota Land Cruiser V8 SUVs. Einzelne Lieferungen von Nahrungsmitteln schafften es dennoch bis in die Cantonment Sites. Ein Freund, der einen Teil dieser Lieferungen mit seinem Privatunternehmen abwickelt, berichtet allerdings im Dezember 2020, seit mehreren Monaten auf die zugesagte Bezahlung von Regierungsseite zu warten.

Tatsächlich sind die Cantonment Sites nicht mit einer Art von Infrastruktur zu verwechseln. Sie sind nichts anderes als designierte Orte in abgelegenen Gegenden, oftmals ohne Zugang zu Wasser und landwirtschaftlichen Ressourcen. Bleiben die Lieferungen von außen aus, ist Hunger die Folge. Bevor noch Screening und etwaiges Training gestartet wurden, desertierten viele der Eingemeldeten. Getrieben von Hunger und Perspektivlosigkeit machten sie sich auf den Weg zurück in ihre Dörfer, wo sie auf eine zumindest rudimentäre Grundversorgung hoffen konnten. Erste Schritte wurden dennoch gesetzt. Jedoch bestand das Screening, nach übereinstimmenden Berichten, in wenig mehr als dem Erfragen des Namens und des Alters.

Unter diesen Voraussetzungen engen sich die Möglichkeiten zu zusätzlichen Rekrutierungen für die Vertragsparteien ein. Versprechungen, durch den Eintritt in die jeweilige Organisation ein geringes, aber gesichertes Einkommen zu erwirtschaften, können nicht länger aufrechterhalten werden. Bislang führt diese Situation jedoch lediglich zu einer Verschiebung der Rekrutierungen – von realen Menschen zu Scheinrekrutierungen, die zumindest das für spätere Gehaltszahlungen und Postenbesetzungen notwendige fiktive Potenzial aufrechterhalten können.

Die drei Prinzipien der liberalen Sicherheitssektorreform – Verkleinerung, Proportionalität, Vereinheitlichung – haben im südsudanesischen Kontext zu einer verfahrenen Situation geführt, die als Reformproblem unlösbar erscheint. Das Aufschieben von Implementierungsschritten und Entscheidungsfindungen hat sich vor diesem Hintergrund von einem taktischen Schritt zu einer Strategie gewandelt. Diese Strategie wird gleichermaßen von Vertragsparteien, den Prozess überwachenden Beobachter:innen und internationalen Partnern getragen.

Die Haltung der meisten entwicklungspolitischen Partner – keine Finanzierung, kein Engagement – wird kontrastiert durch die ebenfalls allgemein geteilte Einschätzung, dass der Sicherheitssektor den Schlüssel zur Beendigung der südsudanesischen Gewaltkonflikte in der Hand halten würde. Es ist gerade die aktivistische Zivilgesellschaft im Südsudan selbst, die diese Einschätzung portiert. Sie entstammt nicht zuletzt eigenen leidvollen Erfahrun-

gen. Die Vereinten Nationen, sowohl die Agenturen des UNCT als auch die Peacekeeping-Mission UNMISS, stellen derzeit als Einzige substanzielle externe Unterstützung bereit. Sie liefern Logistik und leisten praktische Unterstützung des Trainingsprozesses. Auch unterstützen sie konkrete Initiativen, etwa im Bereich des »community policing«. Der Gesamtprozess bewegt sich dennoch nicht von der Stelle. In RJMEC, in dessen Aufgabe das Monitoring der Implementierung von R-ARCSS fällt, ist die Stimmung pessimistisch. SSR ist, je nach Sichtweise, eine Farce oder eine Schimäre, gleichzeitig unabdingbar wie unter den gegebenen strukturellen Bedingungen unmöglich.

Verfassung und Wahlen

Neben der politischen Machtteilung und der Sicherheitssektorreform sieht R-ARCSS noch einige weitere vordefinierte Bestandteile des Transitionsprozesses vor: humanitäre Hilfe und Wiederaufbau (Kapitel III), staatliches Finanz- und Ressourcenmanagement (Kapitel IV) und Transitional Justice (Kapitel V). Letztendlich hängen diese Bereiche jedoch alle an der Frage der Ausarbeitung einer neuen Verfassung (Kapitel VI) und der darauf aufbauenden Abhaltung von Wahlen.

Mit den Wahlen sind starke Erwartungshaltungen verknüpft. Sie sollen das formale Ende des Transitionsprozesses signalisieren und werden gerade von der städtischen Mittelklasse, die darin die einzige Chance eines nachhaltigen Systemwechsels erkennen kann, herbeigesehnt. Natürlich sind sich alle der Risiken bewusst. Wahlkämpfe tendieren in allen Nachbarländern des Südsudan zu Gewalt. Im Dezember 2020 schreckt Ugandas Langzeit-Präsident Yoweri Museveni wenige Wochen vor den Präsidentschaftswahlen nicht vor dem Einsatz bewaffneter Gewalt gegen die sich um seinen Gegenkandidaten und Musiker Bobi Wine sammelnde Oppositionsbewegung zurück. In einem weiteren Nachbarland, Kenia, führt jede nationale Wahl zu ethnopolitisch motivierten Konflikten. Ein massiver Gewaltausbruch, wie er die Präsidentschaftswahlen im Jahr 2007 begleitete, kann aber in nachfolgenden Wahlen verhindert werden.

Ethnopolitische Spannungen, Fälschungen, Nicht-Anerkennung von Resultaten, Verweigerung gegenüber einem demokratischen Machtwechsel, alle diese Optionen sind weit herum bekannt. Dennoch sehen viele keine Alternative. »Es ist besser, wir haben politische Gewalt mit einem legitimen Wahlprozess, als wir haben politische Gewalt ohne einen legitimen Wahlprozess«,

fasst ein namhafter Vertreter der Zivilgesellschaft in Juba die Stimmung zusammen.

Ähnlich wie die Planungen der Sicherheitssektorreform lesen sich die Bestimmungen im R-ARCSS zum verfassungsgebenden Prozess wie aus einem demokratiepolitischen Lehrbuch. Innerhalb von sechs Monaten soll ein Übergangsparlament (*Transitional National Legislative Assembly*, TNLA) den gesetzlichen Rahmen für den Verfassungsprozess beschließen. Parallel dazu ist ein Zensus durchzuführen und, wiederum begleitet von Gesetzgebung wie der Erarbeitung eines Wahl- und eines Parteiengesetzes, der Wahlprozess vorzubereiten. Nach landesweiten Konsultationen soll nach 24 Monaten ein fertiger Verfassungsentwurf vorliegen und von der am ersten Tag des 27. Monats der Transitionsphase in eine verfassungsgebende Versammlung umgewandelten TNLA beschlossen werden. Nach dieser Beschlussfassung wäre die TNLA in Vorbereitung ihrer Neubesetzung durch die Wahlen endgültig aufzulösen.

Selbstverständlich ist dieser Zeitplan nicht zu halten. Wahl- und Parteiengesetz sind Anfang des Jahres 2021 nach wie vor nicht beschlossen. Dies hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass selbst nach zehn Monaten der offiziellen Transitionsphase die Besetzung der neuen TNLA noch nicht erfolgt ist. Ohne beschlussfähiges Parlament kann es keinen formellen Rahmen für einen verfassungsgebenden Prozess geben. Nichtsdestotrotz ist das internationale Interesse an einer Unterstützung des Verfassungsprozesses groß. Fast macht es den Anschein einer Entlastungsoffensive gegenüber der als toxisch eingestuften SSR-Problematik.

Konkurrierende Unterstützungsprojekte wurden eingeleitet. In diese sind UNMISS, das UNCT, RJMEC, der durch das ihr zugeordnete *National Constitution Amendment Committee* (NCAC) am ehesten ein formelles Mandat zukommt, sowie internationale Rechtsberatungen wie das deutsche *Max-Planck-Institut* und die internationale Demokratieförderungs-Organisation *International IDEA* involviert. Alle stehen in Erwartung der ordentlichen Wiederaufnahme der Tätigkeit der bereits 2012, also noch vor dem Bürgerkrieg, eingerichteten *National Constitutional Review Commission* (NCRC). Der NCRC wird es wiederum obliegen, einen möglichst breiten und inklusiven nationalen Konsultationsprozess zu organisieren.

Politische Prozesse verlaufen allerdings selten stringent und linear, nicht nur im Südsudan. Im Dezember 2016, ein halbes Jahr nach dem verheerenden Juba Incident, kündigt Präsident Salva Kiir die Abhaltung eines *National Dialogue* an (Vhumbunu, 2018). Der Dialog sollte »all the people of South Sudan« zusammenführen mit dem Ziel, »to save the country from disintegration and

usher in a new era of peace, stability and prosperity«. Der National Dialogue geht auf eine länger zurückreichende Initiative einiger zivilgesellschaftlicher Institutionen zurück, die die zunehmende ethnopolitische Polarisierung in einem strukturierten Dialog, der alle Teile des Landes mit einschließen soll, aufarbeiten will. Wie so oft ist die tatsächliche Wirkung von Initiativen in erster Linie von deren Timing und Kontext abhängig. Was in den Jahren 2012 und 2013 als eine willkommene, wenn nicht sogar notwendige Initiative erscheint, die in der Lage sein könnte, die von Kiir beklagte Desintegration des Landes aufzufangen, realisiert sich fünf Jahre später als ein politisch überaus umstrittenes Unterfangen.

Der National Dialogue ist wirklich partizipativ und inklusiv organisiert. Ein 97-köpfiges Steering Committee und ein 13-köpfiges Sekretariat werden eingerichtet, getragen von einem sichtlichen Bemühen, die Repräsentanz oppositioneller und regierungskritischer Kreise sowie traditionell marginalisierter Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten. Ab der zweiten Jahreshälfte 2017 beginnen Konsultationen in allen Counties des Landes. Über hundert derartige lokale Konsultationen werden durchgeführt. In den Counties wird auf eine breite Streuung der Teilnehmenden und die Inklusion von Frauen- und Jugendgruppen geachtet. Nach Schilderungen von Beobachter:innen gestalten sich die Diskussionen tatsächlich offen und kritisch, auch gegenüber der Regierung. Die anfängliche Angst, dass aus Regierungssicht falsche Äußerungen mit Repression beantwortet werden könnten, bestätigt sich nicht. Viele sind vom Verlauf des Prozesses bis hin zu den Regionalkonferenzen positiv überrascht.

Ab der Konferenzphase wird allerdings die politischen Einflussnahme immer stärker spürbar. Mit dem Herannahen der National Conference im November 2020, die den Prozess formal abschließen und in konkrete Empfehlungen fließen lassen soll, wird die Problematik des Timings offenkundig. Von Beginn an hatten SPLM-IO und OPP als Unterzeichner des R-ARCSS im Verbund mit anderen oppositionellen Kräften den National Dialogue boykottiert und mitunter Konsultationen in den von ihnen kontrollierten Territorien verhindert. Das Argument für einen solchen Boykott ist ein rechtlich durchdachtes. Formal lässt der vom R-ARCSS vorgegebene rechtliche und politische Rahmen keinen Spielraum für einen National Dialogue. Weder kann dieser Dialog den Verfassungsprozess vorwegnehmen, noch kann er die im R-ARCSS vereinbarten politischen Spielregeln aushebeln. Aufgrund einer Generalklausel ist dem R-ARCSS in allen Punkten, in denen er von der Übergangsverfassung von 2011 abweicht, rechtliche Priorität einzuräumen. In dieser Konstel-

lation gibt es also keine Möglichkeit, dass die Umsetzung von Empfehlungen des National Dialogue *nicht* gegen den Geist und den rechtlichen Geltungsbereich von R-ARCSS verstößt.

Diese Problematik wird schlagend. Als erste Empfehlungen der nationalen Konferenz ihren Weg an die breitere Öffentlichkeit finden, unter ihnen demokratisch gut verträgliche wie eine Amtszeitbeschränkung für die Präsidentschaft, fordern Regierungspolitiker:innen umgehend, diese mittels präsidientiellem Dekret in gegebenes Recht zu überführen. Auch sollten sie, ohne Beachtung der vereinbarten formalen Prozesse der Transitionsphase, am besten gleich als Teil einer neuen Verfassung Anwendung finden.

Es gehört zu den immer wieder auftretenden überraschenden Wendungen südsudanesischer Politik, dass das politische Misstrauen gegenüber dem National Dialogue vollkommen berechtigt ist und zugleich durch die konkreten Ereignisse konterkariert wird. Zunächst bemüht sich Salva Kiir höchstselbst in seiner Ansprache zum Abschluss der National Conference um eine Entkräftung der Befürchtungen und Vorhalte. Er hebt ausdrücklich hervor, R-ARCSS sei »in essence our fundamental law itself«. Selbst wenn Empfehlungen des National Dialogue in den verfassungsgebenden Prozess einfließen sollten, müssten die ausgehandelten prozeduralen Elemente jedenfalls eingehalten werden. Wie schon bei der für so manche unerwarteten Rückkehr zu den zehn Gliedstaaten als Voraussetzung für die Einrichtung des R-TGoNU dürfte Salva Kiir erneut einige seiner engen Verbündeten mit diesem taktischen Schritt des Ausgleichs, der seinen individuellen Machtanspruch einzementieren soll, überrumpelt oder zumindest vor den Kopf gestoßen haben.

Seine zweite unerwartete Wendung nimmt der National Dialogue kurz nach Beendigung der National Conference. Bei der Ausarbeitung des Abschlussberichts durch das Sekretariat werden Inhalte an die Öffentlichkeit gespielt, die das politische System kurzfristig erbeben lassen. Es bleibt unklar, woher dieses Leak letztendlich kommt. Was aber zu lesen ist, enthält einiges an Sprengkraft. Angeblich enthält der Entwurf des Abschlussberichts eine Forderung, wonach sowohl Salva Kiir als auch Riek Machar bei den Wahlen am Ende der Transitionsperiode nicht mehr antreten sollen. »People want both President Salva Kiir and Dr. Riek Machar to step down for the

country to have a successful transition, the National Dialogue report has recommended«, berichtet Eye Radio.⁴

Umgehend wird dementiert, dass es sich um eine autorisierte Version des Abschlussberichts handelt. Es wird betont, dass diese Forderung im Sekretariat zwar diskutiert worden sei, aber auf vehementen Widerstand gestoßen wäre und daher selbstverständlich nicht in die Endfassung des Reports aufgenommen werden würde. Und dennoch: Offenbar war es einigen Partisan:innen im Sekretariat gelungen, den ursprünglichen Zweck des Dialog-Prozesses wiederzubeleben. Selbst wenn es die Forderung nicht in den finalen Bericht schafft, wovon auszugehen ist, sie hat ihren Weg an die Öffentlichkeit gefunden und schon allein durch die geharnischten Dementis eine laut hörbare politische Diskussion provoziert. In einer List der Geschichte gelingt es dem National Dialogue, so zumindest einen Teil seiner verlorenen Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen.

Es ist beruhigend zu sehen, dass politische Prozesse im Südsudan nur eingeschränkt kontrollierbar sind. Dies ist einerseits riskant, weil es sich in systemimmanenter Volatilität, Turbulenz und, viel zu oft, in Gewalt manifestiert. Andererseits besteht darin ein beständiger Keim der Hoffnung. Unkontrollierbarkeit beinhaltet immer eine Perspektive für überraschenden institutionellen Wandel. Dass sich das eigentlich Unerwartete, beispielsweise demokratische Grundprinzipien, doch überraschend durchsetzen könnte, ist von vielen Seiten als eine maßgebliche Motivation hinter dem Verfassungsprozess zu spüren.

Der Inhalt wird nur geringen Raum für Überraschungen bieten. Sieben der acht von R-ARCSS vorgegebenen Leitlinien sind weitgehend unbestritten: »Supremacy of the People«, also eine republikanische Grundausrichtung, die Garantie von Frieden, Stabilität, nationaler Einheit und territorialer Integrität, demokratische Gestaltung der Politik und Abhaltung von Wahlen, Anerkenntnis der ethnischen und regionalen Diversität durch die Rechte der Volksgruppen, ökonomisches Wachstum und partizipatives Ressourcenmanagement sowie das Bekenntnis zu regionaler und internationaler Kooperation und zur friedlichen Konfliktlösung durch Dialog, Toleranz und Respekt. Diese Elemente finden sich in der einen oder anderen Form in den meisten Verfassungsentwürfen auf der Welt.

4 People want Kiir, Machar to »step aside« – ND report, Eye Radio, 17. Dezember 2020, <https://eyeradio.org/people-want-kiir-macharWilliamNyuanBanyMachar-to-step-aside-nd-report/> (25-12-2020).

Ein Wort in diesen Grundprinzipien beinhaltet jedoch beträchtliches Konfliktpotenzial: Föderalismus.⁵ Ein föderales System ist eine langwährende Forderung der SPLM-IO, die sich über viele Verhandlungsrunden im südsudanesischen Bürgerkrieg – eine erste Erwähnung findet sich in IGAD-geleiteten ARCSS-Vorverhandlungen in 2014⁶ – ihren Weg in die R-ARCSS-Formulierungen gebahnt hat. Die Forderung ist international populär und trifft den Zeitgeist des liberalen Statebuilding. Föderalismus bedeutet schließlich, Regierung in der einen oder anderen Form näher an die Bürger:innen zu bringen. Über damit verbundene Devolution kommen direktere Legitimität und Verantwortlichkeit zum Ausdruck.

Vielleicht kann sogar die Aushebelung der antidemokratischen Spielregeln des nationalen politischen Marktplatzes erreicht werden, dessen komplexe Dynamiken alle Postenbesetzungen beeinflusst. Allerdings bestimmt sich die tatsächliche Qualität einer föderalen Lösung immer im Verhältnis zu den Spezifika des südsudanesischen Kontexts, und dieser hält einige Herausforderungen bereit (vgl. dazu Aalen, 2019). Erstens wurde die Idee des Föderalismus im südlichen Sudan historisch weder einheitlich verstanden noch mehrheitlich begrüßt. Vielmehr geht es, in unterschiedlichen Spielarten, immer um die Frage der Selbstbestimmung (Deng, 2008: 74-76). Gegenüber wem diese Selbstbestimmung ausgeübt werden sollte und wie ein solches Verhältnis genau zu bestimmen wäre, steht nur selten auf der politischen Agenda (Johnson, 2014a).

Dies führt zu einem weiteren südsudanesischen Föderalismus-Problem. Gerade die SPLM-IO versteht seit ihrer Gründung Föderalismus primär als einen Modus zur territorialen Absicherung eigener Machtbereiche, und weniger als eine Frage staatlicher Organisation.

»Without any vote on the matter, there was little doubt that most IO members supported federalism. For the Nuer, federalism meant state-level Nuer control in Greater Upper Nile and an end to perceived Dinka domination of

5 »Initiate a Federal and democratic system of government that reflects the character of South Sudan in its various institutions taken together, guarantees good governance, constitutionalism, rule of law, human rights, gender equity and affirmative action.« (R-ARCSS, Artikel 6.2.2.)

6 Protocol on Agreed Principles on Transitional Arrangements Towards Resolution of the Crisis in South Sudan, unterzeichnet am 25. August 2014, <https://www.peaceagreements.org/viewmasterdocument/1186>.

these governments [...]. Never answered or even addressed was why non-Nuer in the region would accept Nuer hegemony in government.« (Young, 2015: 45)

Es kann davon ausgegangen werden, dass auch Vertreter:innen anderer Volksgruppen föderale Lösungen nur dann akzeptieren würden, falls ihnen ebenfalls eigene Machtbereiche zufielen. Föderalismus im südsudanesischen Kontext verhandelt also nicht die optimale Regierungsform. Föderalismus verhandelt die optimale Ausübung und Aufteilung von Macht und territorialer Kontrolle. Hier liegt das dritte fundamentale Problem des Föderalismus. Die Frage der optimalen Ausgestaltung territorialer Kontrolle über föderal organisierte Bundesstaaten resultiert unvermeidlich in einer Auseinandersetzung um deren Anzahl und geografische Verortung. Von daher ist es kaum vermeidbar, dass die Implementierung einer föderalen Struktur mit einer Verschärfung der ohnehin prävalenten Ethnopolitisierung der südsudanesischen Polity einhergeht, die sich historisch immer in Verbindung mit Grenzziehungen vollzogen hat (Schomerus und Aalen, 2016: 15-18).

Schon bei der Einführung der 28 Gliedstaaten (anstatt der vorherigen zehn) per präsidentiellem Dekret im Jahr 2015 und speziell nach der erneuten Erhöhung der Zahl zu 32 nach intensivem ethnopolitischem Lobbying zwei Jahre später konnten derartige Prozesse gut beobachtet werden. Die debattierten Ursachen dieser Erweiterung der Zahl der Gliedstaaten reichen von spezifischen Territorialinteressen in den neu eingerichteten Entitäten bis hin zur Unterstellung eines nationalen Dinka-Machtanspruches. Ein solcher könnte, so der Vorhalt, in der neuen staatlichen Struktur, im Rahmen derer die Mehrheit der Gliedstaaten unter Dinka-Kontrolle stehen würde, besser realisiert werden. Auch wenn eine derartige Sichtweise die veritablen Widersprüche und unterschiedlichen Interessenlagen innerhalb der Dinka-Gemeinschaften negiert, kann davon ausgegangen werden, dass sie für mit nationaler Perspektive agierende politische Kräfte, egal welcher Affiliation und Provenienz, eine relevante Größe darstellt, mit der politisch kalkuliert werden muss. Die Forderung der SPLM-IO nach der Wiedereinführung der 21 britischen Kolonialbezirke als Gliedstaaten muss daher genauso vor dem Hintergrund einer solchen Machtkalkulation verstanden werden.

Die Grenzen der Gliedstaaten sind von materieller Bedeutung. Sie stehen mit kommunalen Landansprüchen nach traditionellem Recht in Zusammenhang und beschränken die Bewegungsoptionen für Mensch und Vieh in direkter Weise. Die Anzahl der Grenzziehungen zwischen etwaigen Bundes-

staaten sind also keine Sache einer technischen Beschlussfassung nach rationalen Kriterien. Ebenfalls ist Föderalismus kein garantierter Weg in Devolution, bürgernahe Verwaltung und gute Regierungsführung. Überhaupt ist die im Friedensvertrag erfolgte Festschreibung dieses Prinzips ein problematisches Präjudiz für einen partizipativ angelegten Verfassungsprozess. Wie immer sich der südsudaneseische Staat letztendlich konstituieren mag, ein grundsätzliches institutionalisiertes Vertrauen in seine Institutionen ist nicht gegeben. Der Verfassungsprozess befindet sich in der schwierigen Lage, dieses Vertrauen wiederzubeleben. Dazu muss es ihm gelingen, sich in effektiver Weise gegen die strukturell verankerten Handlungsweisen der politischen Eliten zu positionieren.

Tajility

Die Vorgaben von R-ARCSS verführen dazu, die südsudaneseische Transition als einen zielgerichteten Prozess zu begreifen, der durch die Implementierung der im Friedensvertrag vorgeschriebenen Maßnahmen sequenziell voranschreitet. Eine solche Sichtweise beruht auf einem dreifachen Missverständnis: der Annahme einer Zielrichtung, der Annahme von bestehenden Voraussetzungen für Governance und Implementierung, und schließlich jener eines geteilten Interesses an der Umsetzung. Alle drei Elemente sind im südsudaneseischen Transitionsprozess nicht gegeben – was ihn im Übrigen keineswegs von den meisten anderen weltweit laufenden Friedensprozessen unterscheidet. Der habituelle Charakter dieser Fehlannahmen hat maßgeblich zu jener institutionellen Enttäuschung beigetragen, die das Feld des Peacebuilding seit einigen Jahren charakterisiert (Chandler, 2017; Bargués-Pedreny, 2018).

Eine vordefinierte Zielrichtung der Transition als möglich anzunehmen, wäre nicht nur eine Missinterpretation der historischen Entwicklung und der strukturellen Gegebenheiten der südsudaneseischen Konfliktlandschaften. Die Vorstellung von Steuerbarkeit widerspricht grundlegenden Einsichten in die langfristige Entwicklung politischer und ökonomischer Institutionen (Fukuyama, 2012; Acemoglu und Robinson, 2012). Die in ihrer Logik funktionalen Komponenten des derzeitigen politisch-ökonomischen und sozialen Systems des Südsudan, mithin der Staat für sich, stehen mit ihrem gesamten Anreizsystem einer dualen Transition in Richtung Frieden und Demokratisierung entgegen.

Sicher könnten sich die nach außen hin sichtbarsten Protagonist:innen des Systems wie Salva Kiir und Riek Machar im Fall der realen Verankerung demokratischer Prinzipien in einer (wieder)gewonnen internationalen Reputation sonnen. Eine solche Perspektive ist jedoch nicht nur materiell nicht zwangsläufig profitabel. Sie geht mit elementaren Risiken einher, bei denen letzten Endes das politische, wenn nicht sogar das physische Überleben zur Disposition steht. Die in diesem Kapitel geschilderten konkreten Herausforderungen sind nur Ausschnitte aus einem hochkomplexen und selbst für den innersten Machtzirkel nur bedingt kontrollierbaren System, das sich angesichts des Grades seiner Institutionalisierung und seiner beachtlichen Resilienz nicht einfach per Plan umgestalten lässt. Die Konfliktlandschaft der Transition ist in gewisser Weise die Konfliktlandschaft des Staates selbst.

Diese Gegebenheiten sind allen Protagonist:innen wohl bewusst. Ihre Vorgangsweisen reflektieren diese Einsicht und bringen sie in bestmögliche Abstimmung mit den Erwartungshaltungen internationaler Akteure. Die Fertigkeiten, die in dieser Kompromissfindung zur Anwendung kommen, sind trotz der beständig auftretenden Friktionen beachtlich. Sie entsprechen einem fast prototypischen Fall von »kompromittiertem Peacebuilding«, wie Barnett und Zürcher (2009) den diskursiven und taktischen Ausgleich der divergierenden Interessenlagen zwischen nationalen Machthabern und internationalen Peacebuilding-Akteuren benannt haben.

Die nationalen Akteure bevorzugen, wie von de Waal und anderen (2019) gezeigt, eine Vorgangsweise der strategischen Verzögerung, für die sich der Begriff der »Tajility« eingebürgert hat. Tajility leitet sich vom arabischen »taji« ab, das verschiedene Bedeutungen in sich vereint. Sie reichen von Verzögerung über Verschiebung, gezielte Verschleppung, Aufschub, Zurückstellung, Vertagung, Prorogation bis hin zu Überführung. Christine Bell schlägt vor, all diese Elemente als Teil eines spezifischen Umgangs mit Verträgen zu verstehen, »because these multiple translations beautifully capture the variety of political delay which characterise ungovernance and must find legal instantiation« (Bell, 2020: 322). Die Kunst der Meisterung des Transitionsprozesses besteht für die Akteure also keineswegs in seiner Implementierung und effektiven Governance. Der Umgang der Tajility beruht vielmehr auf dem genauen Gegenteil, auf Verzögerung und »ungovernance«.

Welche Konsequenzen hat eine derartige Vorgangsweise? Wir haben zuvor die Dimensionen und Implikationen des südsudanesischen politischen Marktplatzes diskutiert. In einem politischen Marktplatz ist die Fähigkeit der strategischen Verzögerung, des »Auswartens«, unabdingbar, um den Zusam-

menbruch des Marktplatzes durch seine Überdehnung oder durch politische Schocks zu verhindern. De Waal et al. (2019: 2) zeigen schlüssig, dass dies zunächst einmal die stärkeren Parteien favorisiert. Das ist der wesentliche Grund dafür, warum die internationale Erwartungshaltung gegenüber der SPLM-IG, die Schlüsselbereiche des R-ARCSS-Transitionsprozesses voranzutreiben, ihren politischen Eigeninteressen unvermeidlich entgegenläuft.

Zugleich bietet Tajility, bei aller Frustration, mit der sie externe Partner zurücklässt, einiges an Möglichkeiten. Einerseits garantiert die permanente Vorläufigkeit der institutionellen Arrangements, ihr kontinuierlicher Interims-Charakter, eine relative Stabilität, die sich, zumindest in der Periode von 2018 bis 2020, in der Einhaltung des ausverhandelten permanenten Waffenstillstandes manifestiert. Kontroverse Entscheidungen, die klare Verlierer zurücklassen würden, hätten demgegenüber einen disruptiven Charakter, mit allen damit einhergehenden Vor- und Nachteilen. Zugleich hält Tajility auch für schwächere Akteure strategische Optionen bereit:

»for the SPLA-IO, tajility is a strategy of hanging on in the not unreasonable expectation that circumstances will change for the better. For small parties and civil society, the externalized peace process itself may provide opportunities for influence that may be diminished in the domestic political dispensation that follows a formal agreement.« (de Waal et al., 2019: 2)

Strategisch verzögerte Transitionen stellen ein doppeltes Paradoxon dar. Sie benötigen das formal zu implementierende Framework, gegenüber dem verzögert werden kann. Ohne ein solches wäre die Turbulenz des Systems nur unzureichend zu kontrollieren. Strategisch verzögerte Transformationen bleiben dennoch Transformationen. Eine gewollte Verzögerung kann schlussendlich keine Statik generieren. Wenn die in diesem Abschnitt diskutierten Ausschnitte ein gemeinsames Argument transportieren, ist es jenes der Unsteuerbarkeit des Transitionsprozesses bei seiner gleichzeitigen Unabwendbarkeit. Und dies ist, bei aller Skepsis angesichts der kontinuierlichen Nichteinhaltungen der vertraglichen Vereinbarungen des R-ARCSS, letztendlich eine gute Nachricht. Die faktische Wirksamkeit dieses positiven Gehalts hängt allerdings von funktionalen Waffenstillständen ab – und ist dementsprechend prekär.

(De)Marginalisierung

Prozesse der Marginalisierung und Demarginalisierung als Konfliktlandschaft zu begreifen, erschließt sich nicht auf den ersten Blick. Eine solche Interpretation konkurriert mit eingefahrenen Denkmustern, etwa einer im Realismus verankerten Analyse, die Gewaltkonflikte in erster Linie als politisch-militärische Größe abhandelt. Auch verschiedene Spielarten des entwicklungspolitischen Diskurses, die Marginalisierung als Vulnerabilität rationalisieren oder zumindest vorwiegend aus einer solchen Perspektive wahrnehmen, können mit einer solchen Perspektive zunächst wenig anfangen.

(De)Marginalisierung als Konfliktlandschaft rückt den Aspekt der sozialen Auseinandersetzung in den Mittelpunkt. Und (De)Marginalisierung ist untrennbar mit sozialer Auseinandersetzung verknüpft, sie ist sogar eine der Hauptformen. Eine Interpretation als Konfliktlandschaft fängt diesen strategischen Charakter von Marginalisierung ein. Gleichzeitig rationalisiert sie die gegenläufige Demarginalisierung als streitbares politisches Projekt. Prozesse der Marginalisierung zu konfrontieren, zu beenden oder gar umzukehren ist soziopolitisch konfliktiv. Es gibt keine Demarginalisierung ohne Konflikt, weil Privilegien zur Disposition stehen. Dies zeigt nicht nur die Unvermeidbarkeit von Konflikten, sondern unterstreicht auch deren Wichtigkeit in jeder Art von sozialer Interaktion.

Die folgenden kurzen Vignetten können nur einen kleinen Ausschnitt der vielfältigen Prozesse von Marginalisierung und Demarginalisierung vermitteln, die im Südsudan vor sich gehen. Derartige Prozesse werden in den unterschiedlichsten Dimensionen sichtbar, sie sind sozial omnipräsent. Eine der gängigen Dimensionen von Ausschluss im infrastrukturell kaum erschlossenen Südsudan ist territorial. Die Abgeschiedenheit von Regionen fernab der Anbindung an eine verlässliche Infrastruktur geht, vom Standpunkt einer nationalstaatlichen Integration aus betrachtet, mit einer Marginalisierung ein-

her. Dies gilt umso mehr in Gegenden, die in der Regenzeit schwer oder gar nicht erreichbar sind. Dennoch kann ein subsistenzorientiertes Leben in abgechiedenen Regionen, selbst unter Bedingungen des alltäglichen Mangels, nicht per se als Marginalisierung betrachtet werden. Zur Marginalisierung und damit zur Konfliktlandschaft werden solche Lebensbedingungen erst, wenn sie durch Integrationsprozesse in einen sozialen Vergleichskontext gezogen werden.

Transportinfrastruktur ist in diesem Zusammenhang ein wesentlicher Faktor aktiver Marginalisierung, weil er einigen Gemeinschaften Marktzugang oder erleichterten Zugang zu internationalen Hilfsgütern ermöglicht, der anderen Gemeinschaften nicht gewährt wird. So kann beispielsweise Jonglei als gesamte Region derzeit als marginalisiert gelten. Die Erreichbarkeit ist schlecht, die ökonomischen Bedingungen für die meisten in Jonglei lebenden Gemeinschaften sind prekär. Wenn nun ein groß angelegtes Straßenprojekt wie der Juba-Bor-Highway die Hauptstadt des Gliedstaates, Bor, von Juba aus gut erreichbar machen würde, klingt dies zunächst unverdächtig vernünftig. Allerdings ist Bor das Siedlungsgebiet der Bor Dinka, womit mit dem Highway eine Marginalisierung anderer in Jonglei lebenden Gemeinschaften einhergeht, die noch dazu ethnopolitische Charakterzüge annimmt. Dies wurde im Kapitel zur Konfliktlandschaft von Ethnopolitik, die in diesem konkreten Beispiel mit Marginalisierung überlappt, bereits diskutiert.

Marginalisierung ist ein Grundprinzip jeder staatlichen Organisation. Kein Staat kann absolute Gleichheit garantieren, nicht sozial, nicht ökonomisch, nicht politisch. Und jeder Staat baut auf einer strukturellen Unterteilung zwischen Zentren und Peripherien auf. Mitunter strahlt die marginalisierte Peripherie gerade aufgrund ihrer Charakteristika einer schlechten Erreichbarkeit, einer limitierten Versorgungslage, einem Ausschluss von überregionalen sozialen und politischen Prozessen, sogar eine spezielle Attraktivität aus. Dies gilt speziell für den Südsudan, wo Abgeschiedenheit noch wirkliche Abgeschiedenheit bedeutet. Die Ursprünglichkeit vieler Gegenden übt eine besondere Anziehungskraft für so manche Wissenschaftler:innen und Humanitarians aus, die dort den radikalstmöglichen Kontrast zur vermeintlichen Sicherheit und Geborgenheit in ihren Herkunftsregionen erleben können. Marginalisierung kann romantische Wirkungen entfalten, jedoch vorwiegend für diejenigen, die sich ihr weitgehend beliebig wieder entziehen können. In einem als Peripherie und nur in Fragmenten institutionalisierten

Staatsprojekt sind die Konsequenzen von Marginalisierung jedenfalls unmittelbarer spürbar als in vielen anderen Kontexten.

Vulnerabilität

Jede Kooperation mit dem breiten humanitären und entwicklungspolitischen Sektor im Südsudan zwingt zur Auseinandersetzung mit dem Konzept der Vulnerabilität. Zynisch könnte gesagt werden, dass die Kategorie der Vulnerabilität die Operationalisierung von Marginalisierung für die Zwecke der Hilfsindustrie ist. Speziell im humanitären Bereich liegt daran nichts notwendig Schlechtes: Menschen in akuter Notlage – und auf diese beschränken sich humanitäre Operationen idealerweise – benötigen externe Hilfe. Und es braucht Kriterien, um eine solche akute Notlage zu identifizieren und, im Falle beschränkter Mittel oder bei präventiv angelegten Aktivitäten, Prioritäten zu definieren. Hier schlägt die Stunde von Vulnerabilität. Sie zielt, in der einen oder anderen Form, auf die Abschätzung einer spezifischen Verwundbarkeit durch anzunehmende Risiken ab (zur Definition von Vulnerabilität siehe Villagrán De León, 2006: 11-23).

Komplizierter wird es bei Vulnerabilität im entwicklungspolitischen Kontext. In diesem Feld hat sich ein spezifischer Vulnerabilitätsdiskurs herausgebildet, der sich sein eigenes Kategorienschema geschaffen hat. Dieses Schema ist weitestgehend global übertragbar. Es basiert auf soziologische Makrokategorien wie Frauen, Kinder, Jugendliche und, spätestens seit der Covid-19-Krise, Alte. Dazu kommen all jene, von denen angenommen wird, dass sie in Hinblick auf potenzielle oder konkrete Katastrophen wie Klimawandel oder Überschwemmungen spezifischen Vulnerabilitätsrisiken ausgesetzt sind. Die Ansätze zur Bearbeitung von Vulnerabilität sind vielfältig. Sie reichen von Resilienz – im Sinne einer Widerstandskraft gegen humanitäre Notlagen – bis hin zu Mainstreaming und Empowerment. Gerade letztere beiden Konzepte sind insofern von besonderer Relevanz, weil sie die Marginalisierungsdimension von Vulnerabilität in den Mittelpunkt rücken.

Die konkrete Verbindung verläuft in der entwicklungspolitischen Praxis zumeist in simplen Mustern. Ein Beispiel ist der von den UN betriebene *South Sudan Reconciliation, Stabilization, and Resilience Trust Fund* (RSRTF), einer der größeren Pool Funds, der UN-Agencies und deren institutionellen Partnern Projektfinanzierungen zur Verfügung stellt. Der Fonds definiert vier Herausforderungen, denen er sich annehmen will: »deepened social and political

fragmentation and gender inequality; economic crisis and lack of services; persistent conflict and fragility; and recurrent shocks and stresses«. ¹ Diese vier Kategorien repräsentieren die vom UN-System weitgehend akzeptierten Vulnerabilitätsrisiken. Die Auswahl ist wenig überraschend. Das explizite Herausstreichen von »gender inequality« beim Element sozialer Fragmentierung gibt allerdings bereits einen Hinweis auf die politischen Spezifika der Debatten um Vulnerabilität und Marginalisierung. Denn wieso wird »gender inequality« als ein besonders hervorzuhebendes Sub-Set sozialer und politischer Fragmentierung verstanden? Warum ist es nicht als eigenständiges soziopolitisches Problemfeld definiert, sondern einem anderen beigeordnet, in das es noch dazu strukturell nicht hineinpassen will?

Ein ähnliches Muster zeigt sich in den als Antwort auf diese Herausforderungen definierten Arbeitsfeldern. Neben der Stärkung von Frieden, Governance, Nahrungsmittelsicherheit, der Erholung lokaler Märkte und sozialer Dienste findet sich die Formulierung von »empowering women and youth«. Sie steht ohne jedwede weitere Präzisierung. Für all jene, die regelmäßig mit entwicklungs- oder sozialpolitischen Policy-Dokumenten zu tun haben, mag diese Hervorhebung einen gewohnten Klang haben. Es ist dennoch wichtig, eine solche Routine in ihren Wirkungen auf Marginalisierungsdiskurse kritisch zu reflektieren.

Am genannten Beispiel zeigt sich, dass das Denken in Kategorien von Verwundbarkeit analytische Fallen bereithält. Erstens tendiert es dazu, den strategischen Charakter von Marginalisierung zu übersehen. Die Verbindung von sozialer und politischer Fragmentierung ist die Konsequenz einer langfristigen, ungesteuerten Institutionalisierung. Dieser ist auch durch noch so entschlossene und waghalsige Politiken kurzfristig nicht beizukommen. Gender-Ungleichheit, eine Konstellation, die durch tägliche Handlungen produziert und perpetuiert wird, repräsentiert ein solches Beispiel. Marginalisierung passiert nicht, sie wird beständig produziert.

Es schleicht sich ein impliziter, aber nichtsdestotrotz routinierter Paternalismus ein. »Empowering women and youth«? Ist dieser Ansatz wirklich durchdacht? Jedenfalls ist diese Form von Empowerment einer der gängigen entwicklungspolitischen Stehsätze. Eine spontane Google-Suche nach der exakten Phrase liefert über eine halbe Million Treffer. Gerade vor diesem Hintergrund ist ein kurzes Nachdenken über den Charakter einer solchen Operation, gerade im Kontext der Überwindung – oder vielmehr Bekämpfung – von

1 <http://mptf.undp.org/factsheet/fund/SSR00> [30-01-2021].

Marginalisierung notwendig. Tropen von Empowerment vermitteln immer den problematischen Eindruck, dass soziale Transformation ohne eine maßgebliche Unterstützung von außen nicht möglich oder nur schwer vorstellbar wäre. Eine solche Vorstellung resultiert unmittelbar in einer Performanz des Marginalisierungsdiskurses, der den in diese Marginalisierung verstrickten Subjekten implizit ihre Handlungsfähigkeit aberkennt.

Zugleich kreiert der Empowerment-Diskurs eine hierarchische Positionalität, die diejenigen, die eine solche Unterstützung leisten können, denjenigen, die sie angeblich benötigen, gegenüberstellt. Sicher geht es um strukturelle Fragen, um die Bearbeitung ganz konkreter Probleme wie strategischer Entrechtung, wie sie in diesem Kapitel noch diskutiert werden. Aber wäre es nicht zielführender und vor allem weniger arrogant, Unrecht als Unrecht zu bezeichnen statt als eine ins psychosoziale Feld hineinschielende Frage der Selbstbefähigung? Ebenso hält die Empowerment-Logik ein strukturelles Hindernis in der Betrachtung des Konfliktes um Marginalisierung bereit, das Widerständigkeit und die Kreativität der Umgehung tendenziell übersieht. Einige dieser Prozesse verlaufen weder offensichtlich konfrontativ noch plakativ, andere schon. Die Konfliktlandschaft der (De)Marginalisierung ist jedenfalls in beständiger Bewegung, mit oder ohne gut gemeinte externe Unterstützung.

Abgeschiedenheit

Regelmäßig zitierte statistische Daten zeigen nicht nur, dass die Bevölkerung im Südsudan sehr jung ist – der Altersschnitt soll bei etwa 19 Jahren liegen, jener der Europäischen Union, zum Vergleich, bei 44 Jahren. Ebenso lässt sich mit diesen Daten zeigen, dass die vielen Jugendlichen nach allen gängigen Erziehungsindikatoren hochgradig marginalisiert sind. Nach Daten von UNICEF vom September 2020 gehen 2,8 Millionen oder über 70 % der schulpflichtigen Kinder nicht zur Schule. An die 60 % der Lehrer:innen verfügen über keine formale Ausbildung. Zudem ist ein Drittel der Schulen durch den Krieg beschädigt oder zerstört.² Trotz der sich in den letzten Jahren verbessernden Zahlen können immer noch an die 65 % der Jugendlichen – und über 70 % der Gesamtbevölkerung – weder lesen noch schreiben. Die Rate an An-

2 <https://www.unicef.org/southsudan/documents/education-briefing-note> [31-01-2021].

alphabetismus ist, gleichauf mit dem Tschad und der Zentralafrikanischen Republik, die höchste weltweit.

Neben den Folgen des Krieges ist die Lebensrealität vieler Gemeinschaften eines der hauptsächlichen Hindernisse für den Schulbesuch. In traditionell lebenden pastoralen Gemeinschaften werden Buben schon in jüngsten Jahren in die Viehwirtschaft integriert. Mädchen hingegen kommen unterstützende Rollen bei der Versorgung, beispielsweise das Holen von Wasser oder Kochen, zu. Diese Aufteilung führt zu einer weitreichenden Segregation nach Geschlecht.

Zudem leben die Jugendlichen aufgrund der Migrationsrouten, die in erster Linie von den Bedürfnissen des Viehs gelenkt werden, in nur teilweiser Sesshaftigkeit. Jugendliche außerhalb von Städten und größeren Dörfern mit Schulen zu erreichen, gestaltet sich außerordentlich herausfordernd. Selbst Versuche mit mobilem Unterricht, die den Kindern und Jugendlichen in die Cattle Camps folgen, haben bislang nur eingeschränkte Erfolge gezeigt.

Dennoch ist die Frage der Marginalisierung nicht zuletzt eine Frage der Perspektive. Wer schon einmal ohne den Schutz eines Fahrzeuges einer großen Rinderherde mit einem Dutzend stolzer, mit Maschinengewehren bewaffneter jugendlicher Rinderhüter begegnet ist, hat sicher gespürt, dass das Gefühl von Marginalisierung und Vulnerabilität situationsabhängig ist. Was in einer modernen Entwicklungsperspektive als Marginalisierung betrachtet wird, wird nicht zwangsläufig von den Marginalisierten als solches erkannt oder akzeptiert.

Die zum Teil mehrere tausend Tiere umfassenden Rinderherden werden von Gemeinschaften kollektiv gehalten. Dies hat nicht zuletzt damit zu tun, dass durch die Heiratswirtschaft, die weiter unten noch zur Sprache kommen wird, Besitzansprüche mehrerer Familien auf ein Rind zusammenlaufen können. Mit Ausnahme der zur unmittelbaren Versorgung notwendigen Tiere werden die Rinder daher in Cattle Camps zusammengeholt, deren Betrieb den (in den allermeisten Fällen) männlichen Jugendlichen obliegt. Die Integration in die fein austarierte Hierarchie dieser Cattle Camps erfolgt schon im Kleinkindalter. »In essence, children in cattle camps are working just by being there and living in them, and are prevented from accessing education because of the persistent cultural norm to take care of what is valuable in these communities: the cattle.« (ILO Report, ILO, 2013: 10)

In allen Viehwirtschaft betreibenden Gemeinschaften sind Rinder eine kollektive Angelegenheit (Biong Deng, 2010: 393). Die Lage der Camps ist saisonal unterschiedlich und hängt von der Ausnutzung des bestmöglichen Wei-

delandes (*toc* in Dinka oder *toic* in Nuer) ab. Für die männlichen Jugendlichen in diesen Gemeinschaften sind die Cattle Camps ihr sozialer Lebensraum bis zur Heirat. Zu deren Finanzierung werden wiederum Rinder benötigt. Unterbrochen wird dieses Leben durch die Vorbereitung oder die Abwehr von Cattle Raids, oder durch die Eingliederung in die Mobilisierung von Milizen zur Organisation weiterreichender bewaffneter Kampagnen.

Cattle Camps sind jedoch keineswegs abgeschottete Einheiten. Vielmehr sind sie Bestandteil der permanenten Vermittlung zwischen den Gemeinschaften, ein Ort fluider Identität. Die Bewegung mit den Herden schafft Kontakte und Austausch sowie die Notwendigkeit zur Aushandlung. Solche Kontakte können in einigen Fällen sogar zu zwischengemeinschaftlichen Heiraten führen (Pendle, 2017: 69). Die Jahre des Bürgerkrieges und die durch den Krieg verschärfte ethnopolitische Polarisierung hat diese Interaktionen jedoch schwieriger gemacht.

Spezifische ökonomische Entwicklungen in den letzten Jahren haben zu diesen Schwierigkeiten beigetragen. Es gehört zu den Eigentümlichkeiten der Viehwirtschaft, dass sie gerade in abgeschiedeneren Regionen kaum kommerzialisiert ist. Sie geht nur bedingt mit Nahrungsmittelbedürfnissen einher. Paradoxerweise korrelieren in einigen Regionen Zeiten der Zahlungsmittelknappheit nicht mit einem Schrumpfen, sondern mit einem Anwachsen der Herdengrößen.

Edward Thomas (2015: 244-246) zeigt in seiner Studie zu Jonglei, dass die Zahl der an den wenigen Rindermärkten gehandelten Tiere im Verhältnis zum gesamten Viehbestand gering ist. Die Funktion der Rinder liegt nicht im Erwerb von Gütern im Sinne einer Tauschwirtschaft. Sie liegt im Heiratsmarkt, wo Rinder die nach wie vor auch in städtischen Regionen bevorzugte Währung zur Begleichung des Brautpreises darstellen.

Zudem fungieren Rinder zunehmend als Vermögensanlage und als Prestigeobjekt. Eine wachsende Zahl an »Away-Owners«, also Eigentümer:innen, die selbst nicht in den das Vieh hütenden Gemeinschaften leben, sondern mit ihnen durch Verwandtschaftsnetzwerke verbunden sind, trägt zu dieser Praxis bei. Die dadurch stark anwachsenden Herden benötigen allerdings eine Zahl an Viehhütern, die die traditionellen sozialen Integrationsmuster der Cattle Camps übersteigt. Daher werden zusätzliche Rekrutierungen in anderen der eigenen »Ethnie« zugerechneten Gemeinschaften durchgeführt, was strukturell zu einer Verstärkung von Ethnopolitik führt. So analysiert ein solcher Away-Owner, ein zu dieser Zeit amtierender Minister, gegenüber Edward Thomas (2015: 251): »The increase in cattle is pushing people to a sense of

ethnic/lineage affiliation. Lineage previously was defined – up to fifth grandfather, we split up. Now in our family we are paying cousins in sixth or seventh generation [to look after cattle]«.«

Dieser Prozess führt zu sozialen Verschiebungen. Das offenkundige Prestige von Viehbesitz verschiebt die traditionelle Rollenzuteilung von Jugendlichen in den Camps. Ihre wirtschaftliche und politische Bedeutung wächst über den Rahmen ihrer Gemeinschaft hinaus. In dieser Weise resultieren die neuen Bewirtschaftungsmuster in einer Unterminierung traditioneller Autoritäten. Schon einige Jahre vor Beginn des südsudanesischen Bürgerkrieges identifiziert eine von Tim Allen und Mareike Schomerus geleitete Studie solche Prozesse:

»Many respondents agreed that most serious forms of violence occur in cattle camps with youth who reportedly do not respect either civilian or traditional authorities. [...] For many of these youth, cattle-keeping and increasing their cattle are the only visions they have for their own future and indeed the only things to do.« (Schomerus und Allen, 2010: 56)

Organisierte politische Kräfte hatten auf diese Verwerfungen nie eine überzeugende Antwort parat und waren nie in der Lage, gangbare Alternativen anzubieten. Oft liegt es an traditionellen Autoritäten, ihre ausgleichende und rechtsprechende Rolle zurückzugewinnen. Sie tun dies oftmals in geschickter Zusammenarbeit mit anderen Instanzen, denen soziale und politische Legitimität zugeschrieben wird, was auch unkonventionelle Autoritäten wie Propheten oder Medien umschließt (Pendle, 2020).

Cattle Raids und ethnopolitische Mobilisierung können gegen den Strich als spezifische Prozesse der Demarginalisierung gelesen werden. Schon in einem vorangegangenen Kapitel wurde die Bedeutung von Angriffen gegen andere Gemeinschaften für die interne Hierarchie der Age-Sets in Murle-Gemeinschaften herausgearbeitet. Das Ausbrechen aus gegebenen Hierarchien kann Rebellionscharakter annehmen: gegen Elders und Chiefs in den eigenen Gemeinschaften, in dem deren Vorgaben gezielt missachtet werden. So kommt es selbst zwischen einzelnen Gemeinschaften in verschiedenen Teilen des Landes zu Cattle Raids. Persönliche und familiäre Fehden können so ihren Austragungsmodus finden, was Chancen zur persönlichen Profilierung bietet. Eine andere Möglichkeit sind Angriffe gegenüber internationalen Helfer:innen und deren Hilfslager, die sich in den letzten Jahren systematisiert haben.

Derartige Prozesse der Beantwortung von Marginalisierung verlaufen keineswegs entlang der vorgegebenen Wege eines liberalen Empowerment, die Schulbesuch, die Erweiterung der Lebensperspektiven und die beginnende Etablierung von Lohnarbeit für diese als marginalisiert konstruierten Jugendlichen vorsehen. Sie haben eher destruktiven als konstruktiven Charakter.

In einer Logik der Vulnerabilität werden derartige gewaltsame Eskalationen als ein Schrei um Hilfe verstanden, oder zu einem Auseinanderdividieren der Hilfsbedürftigen verwendet. Ich möchte diese Logik nicht bestreiten, sie ist in sich schlüssig argumentiert. Es ist allerdings genauso legitim, andere Logiken zu bemühen, die Agency in den Mittelpunkt rücken. Marginalisierung wird zunächst immer in Bezug auf jene Strukturen empfunden, denen sich Menschen zugehörig fühlen und in denen sie institutionalisiert sind. Für Jugendliche in ländlichen Gebieten des Südsudan ist selbst abstrakt kaum ein anderes Empfinden möglich, weil das für eine solche Abstraktion notwendige Wissen fehlt. Jugendliche in Cattle Camps werden sich nicht zwangsläufig von nationalen oder internationalen Prozessen als ausgeschlossen betrachten oder sich in eine solchen nationalen Prozessen gegenüber marginalisierte Position versetzen.

Die Wertigkeiten sind anders verteilt. Immer wieder sind Geschichten über jene gut ausgebildeten Erwachsenen zu hören, die nun in ihrer neuen Rolle als NGO-Mitarbeiter:innen in ihre Gemeinschaften zurückkehren, um Projekte mit den Jugendlichen in den Cattle Camps zu beginnen. Von Unterlegenheits- oder Benachteiligungsdiskursen seitens der »marginalisierten« Jugendlichen erzählen solche Geschichten so gut wie nie. Worüber sie hingegen erzählen, sind die Schwierigkeiten, als Externe:r, selbst vor dem Hintergrund einer familiären Einbettung in die jeweilige Gemeinschaft, von diesen Jugendlichen überhaupt ernst genommen zu werden. Von Gefühlen der Unterlegenheit findet sich keine Spur. Von Gefühlen des Stolzes auf die eigene Lebensweise und die eigene Rolle in einem gegebenen Kontext gibt es so manche. Marginalisierung ist immer eine Frage der subjektiven Perspektive.

Rollenbilder

Die Heiratsökonomie ist ein in allen Fragmenten des Südsudan wirkender Faktor, der die Gender-Verhältnisse entscheidend mitbestimmt. Diese Öko-

nomie vergibt Subjektpositionen und gestaltet Leben, bis hin zu den rechtlichen Aspekten von Familie und Heirat. »Wir Frauen sind wie Hunde in diesem Land«, stellt meine Freundin Nyibol verbittert fest, wenn sie auf ihre Scheidung zu sprechen kommt. Zwei Jahre haben die Verhandlungen vor einem Customary Court der Nuer gedauert. Ohne die finanzielle Unterstützung ihres Stiefvaters, zu diesem Zeitpunkt amtierender Minister der nationalen Regierung, wären sie wohl kaum zu ihren Gunsten verlaufen. »Der Richter fragte mich, wie ich nur meinen Mann verlassen könne. Ob ich denn nicht an meine Kinder denken würde. Was mir da überhaupt einfallen würde.«

Ein wesentlicher verkomplizierender Faktor bei solchen Verfahren ist die Rückabwicklung der Finanzen. 200 Kühe waren der Brautpreis, den Nyibols Ex-Mann, respektive seine Familie, entrichten musste, obwohl sie zu dem Zeitpunkt bereits ein uneheliches Kind hatte. Drei Schwangerschaften und zwei Kinder später – ein Kind starb bald nach der Geburt – läge der ihr zugeschriebene »Wert« wohl bei einem Zehntel, meint sie.

Über die Dynamik der Brautpreise lassen sich die Gender-Verhältnisse im Südsudan weiträumig ausleuchten. Sie entfalten unterschiedliche Dynamiken in unterschiedlichen Gemeinschaften. Aber in weiten Teilen des Landes, insbesondere bei pastoralen Gemeinschaften der Dinka und Nuer und innerhalb der verschiedenen Gemeinschaften in Equatoria, sind die Effekte vergleichbar. In traditionell lebenden Familien ist eine Tochter immer willkommen, denn sie wird bei der Heirat Ressourcen beibringen. Der nachteilige Effekt: Schulbildung wird sich in ländlichen Gegenden, im Gegensatz zu physischen Faktoren (insbesondere Körpergröße) und dem Status der Familie, nicht positiv auf den Brautpreis auswirken. Dementsprechend ist der Anreiz, Mädchen in die Schule zu schicken, gering. Oftmals finden sie ihre Rolle in der Unterstützung ihrer Mutter bei Feld- und Hausarbeit, was als Teil einer normalisierten Ordnung weitergegeben wird (Huser, 2018: 25).

Eine frühe Heirat wird bevorzugt. Der Brautpreis für Mädchen liegt generell höher, eine rationale ökonomische Rechnung, die anfallende Verpflegungskosten gegen den zu erwartenden Erlös aufrechnet, spielt dem in die Karten. Wenngleich mittlerweile selbst Customary Courts auf die Einhaltung eines Mindestalters bei Eheschließungen pochen, sind über die Hälfte der jungen Frauen bei Erreichen des 18. Lebensjahres bereits verheiratet.³

3 <https://theconversation.com/whats-driving-the-sky-high-child-marriage-rates-in-south-sudan-97369> [31-01-2021].

Die andere Seite dieser Ökonomie ist die Auswirkung auf die zukünftigen Ehemänner. Heirat ist eine Statusfrage, nicht zuletzt, weil sie zeigt, dass eine Eheschließung leistbar ist. Sexueller Kontakt ist in den meisten Gemeinschaften vor der kostspieligen Heirat ausgeschlossen. Dies trägt als struktureller Faktor zu der erschreckend regelmäßigen sexuellen Gewalt, die von bewaffneten Einheiten und ihren Kämpfern ausgeübt wird, bei. Auch Cattle Raiding wird durch diese mehrschichtige Gewaltökonomie beeinflusst. So erzählt ein Toposa-Priester aus Eastern Equatoria: »if you have no cows, you must run to raid cattle so you can marry; many people have died because of this« (zitiert nach Huser, 2018: 26). Viele der Raids, der Revanche-Attacken und der Entführung von Frauen und Kindern etwa in Jonglei, sind durch derartige Mechanismen bedingt.

Doch nicht nur auf sozioökonomischer, ebenso auf politischer Ebene verhindert diese Brautpreisökonomie eine breitere Beteiligung von Frauen. Zwar sind in der Legislative und im Beamt:innen-Sektor mittlerweile mehr Frauen involviert. In der Spitzenebene sind bis auf wenige Ausnahmen – eine davon ist Angelina Teny, Riek Machars Ehefrau – allerdings kaum Frauen sichtbar. Dies ist eine direkte Folge der niedrigen Beteiligung von Frauen an den militärischen Operationen der SPLA. Die meisten politischen Spitzenämter sind mit verdienten Kommandanten der SPLA besetzt, unter denen sich so gut wie keine Frauen befinden.

Die Beteiligung von Frauen im aktiven Widerstandskampf ist im Vergleich von Befreiungsbewegungen in Sub-Sahara Afrika und global extrem niedrig. Ein Mitglied des National Executive Committee der SPLA erzählt Annette Weber (2011: 361): »I do not know the real percentage of female fighters in the SPLA, but maybe you can say 7 percent. There are not too many women freedom fighters. But there were before. In 1984 there was one women's battalion. But after that they never organized as female fighters«. Eine der wenigen Ausnahmen war das bereits 1984 eingerichtete Frauen-Bataillon *Ketiba Banat*, bestehend aus etwa 130 zumeist sehr jungen Dinka-Vertriebenen. Veteraninnen dieses Bataillons finden sich heute in führenden Positionen der SSPDF und bekleiden die wenigen mit Frauen besetzten Generalsränge. Eine dieser Generalinnen ist etwa Salva Kiirs Ehefrau, Mary Ayen Mayardit.

Aber das Bataillon bleibt eine Ausnahme. Wenn Frauen der SPLA beitreten wollen, treffen sie zumeist auf massiven Widerstand ihrer eigenen Gemeinschaften und Familien (Weber, 2006: 295). Dies hat nicht zuletzt mit ihrem monetären Wert zu tun. Ein Mädchen, das sich der SPLA anschließt, ist nicht

nur ein emotionaler Verlust. Die Familie fällt auch um den für sie zu lukrierenden Brautpreis um. So meint eine ehemalige Kämpferin des *Ketiba Banat*:

»people, the ones who are cattle keepers, they pay a lot of cows. So they say ›if you kill our girls, this is part of wealth!‹ So it was difficult for women to fight! They said ›we don't want them to die, with all these cows...‹ What they liked was to see women in the back, where the injured people are brought to the nurses, and are given medicine and treatment.« (zitiert nach Pinaud, 2015: 380)

In der Tat beteiligten sich viele Frauen am Widerstandskampf, beschränken sich aber, wie diese Schilderung zeigt, zumeist auf unterstützende Rollen. Diese Rollen erfahren in der patriarchal geprägten politischen Verteilung nach Ende des Krieges keine Würdigung.

Ein weiterer Effekt der Heiratsökonomie ist der Statuscharakter, der mit Eheschließungen einhergeht. Polygamie ist üblich und nach traditionellem Recht legal. Die Zahl der Ehefrauen und die Familien, die sie repräsentieren, zeigen den Status des Ehemannes an. Denn dessen finanzielle Verpflichtungen enden keineswegs mit der Bezahlung des Brautpreises. Vielmehr erwartet sich ein oft weitverzweigter Kreis von Verwandten der Ehefrau finanzielle Zuwendungen. Selbst gut situierte Männer kann dies in herausfordernde Situationen bringen, wenn sie etwa fünf Frauen mit insgesamt 20 Kindern und mit wiederum bereits 50 Enkelkindern zu versorgen haben. Gerade wenn eine relevante Zahl der Enkelkinder Internate in Kenia oder Uganda besucht, was keineswegs unüblich ist, ist diese Versorgung überaus kostspielig. Die entferntere Familie gar nicht mitgerechnet kann dies die Verpflichtung zur Zahlung von Geldsummen nach sich ziehen, die die allermeisten an die Grenzen ihrer finanziellen Möglichkeiten führt.

Die komplexen ökonomischen Folgewirkungen zeigen schon an, dass die Gender-Verhältnisse abseits des einseitigen Verhältnisses der Unterordnung nicht eindeutig gelagert sind. Gerade durch die familiären Konstruktionen und ihre oftmals gute Vernetzung untereinander kommt Frauen eine nicht zu unterschätzende faktische Macht zu (Weber, 2006: 293). Sozial, ökonomisch und zunehmend politisch. Zugleich brechen die traditionellen Geschlechterrollen mehr und mehr auf, gerade im hybriden und ökonomisch dynamischen Kontext in den größeren Städten.

Dies führt zu markanten sozialen Diskrepanzen. Eine Konsequenz dieses Transformationsprozesses ist eine wachsende Zahl an armutsgefährdeten, formell oder informell getrennten jungen Müttern, die sich nur mehr be-

dingt auf ihre familiären Netzwerke verlassen können. Auf der anderen Seite gibt es gerade in Juba eine nicht zu unterschätzende Zahl an Young Professionals, die sich zur Förderung ihrer beruflichen Karriere für eine späte Heirat und weniger Kinder entscheiden und sich somit der geschlechtlichen Verwertungsökonomie entziehen. Diese Frauen sind keineswegs nur im Sektor der Internationalen Organisationen und der professionellen Zivilgesellschaft zu finden. Doch ihre hybride Situation schlägt nicht selten auf ihre persönliche Situation durch: die soziale Erwartungshaltung, zu heiraten und eine Familie zu gründen, ist nach wie vor dominant. Die Akzeptanz von alternativen Lebensmodellen, abseits offizieller Lippenbekenntnisse, ist dahingegen nicht sehr ausgeprägt. Änderungen sind jedoch spürbar. Auch wenn eine südsudanesischen Frauenbewegung aus historischen Gründen schwere Bedingungen vorfinden würde (Edward, 2019), nimmt die Zahl an Frauen, die strukturelle Veränderungen aktiv und organisiert vorantreiben, kontinuierlich zu.

A good place to make money

Es gehört zu den Besonderheiten der südsudanesischen Wirtschaftskrise, dass die Attraktivität der größeren Städte für internationale Arbeitskräfte ungebrochen ist. Sudanesischen Händler in Bentiu oder ugandische Arbeiter in Yei sind leicht zu finden. Juba ist ohnehin nicht nur ein Schmelztiegel von Arbeits- und Glückssuchenden aus den umliegenden Ländern. Es ist ein »good place to make money«, der auch eine relevante Zahl an libanesischen und chinesischen Geschäftsleuten anzieht.

Die Boomzeit der CPA-Periode Ende der 2000er-Jahre, als Tausende junge Ugander:innen und Kenianer:innen nach Juba zogen, um dort schnelles Geld zu machen oder doch zumindest einen annehmbar bezahlten Job zu finden, war eine in vieler Hinsicht beeindruckende Periode. Freunde in Khartum fragten mich nach den Perspektiven, auf Kredit Prefab-Einheiten zu kaufen und sie in Juba für ein weiteres »Camp« zu nutzen. Internationale Hilfskräfte zahlten zu jener Zeit mehrere tausend US-Dollar, um in solchen Prefabs zu wohnen. Pro Monat. In Juba war es zu jener Zeit so gut wie unmöglich, einen Boda Boda-Fahrer zu finden, der nicht erst kürzlich aus Uganda in die Stadt gekommen war, um mit seinem Motorrad mit hohem körperlichem Risiko, aber vergleichsweise einfach Geld zu verdienen. Nicht nur einmal scheiterten meine damaligen Bemühungen, eine Destination in der Stadt anzusteuern, an einem mir unbekannten Ort ohne Straßennamen. Ohne verfügbare Karte

und ohne Ortskenntnis eine beiderseitige Herausforderung. »You show me the way.« »How should I know?«

Spätestens mit dem Ende des kurzlebigen Ölbooms Anfang der 2010er-Jahre bricht der überbordende Optimismus. Die Karawane der ökonomischen Glücksritter zieht weiter in das 300 Kilometer südlich gelegene Gulu in Nord-uganda, das nach Ende des bewaffneten Konfliktes mit der LRA einen rapiden ökonomischen Aufschwung zu einer regionalen Handelsmetropole durchlebt. Im Südsudan wiederum führt der Bürgerkrieg zu einem markanten ökonomischen Einbruch. Das GDP pro Kopf fällt von fast 1.800 US-Dollar im Jahr 2013 – einem mit Kenia vergleichbaren Wert – auf ganze 200 US-Dollar im Jahr 2017. Die Regierung reagiert zunächst mit nationalistischen Reflexen und versucht im September 2014, ausländische Arbeitskräfte vom ohnehin kleinen regulären Arbeitsmarkt per Gesetz auszuschließen. Nach massivem Druck Ugandas und der anzunehmenden Einsicht in die beschränkte Wirksamkeit einer solchen Maßnahme wird davon wieder Abstand genommen.⁴

Was eingeführt und bis heute aufrechterhalten wird, sind jedoch schmerzhaft teure Bescheinigungen, die eine Arbeitserlaubnis bestätigen: Work Permits. Eine solche Bescheinigung haben alle ausländischen Arbeitskräfte zu erwerben und auf Nachfrage vorzuweisen. Nach einem kurzfristigen Anstieg auf bis zu 10.000 US-Dollar für einige Positionen haben sich die Gebühren Ende der 2010er-Jahre auf 1.000 bis 2.000 US-Dollar eingependelt. Dies sind dennoch astronomische Posten für die vielen kleinen Shops in den Märkten, die oft Personal aus den Nachbarländern beschäftigen. Somit werden diese für viele nicht leistbaren Gebühren zu einem Einfallstor für informelle Abgaben an (potenziell) kontrollierende Staatsbedienstete.

Mittlerweile hat die ökonomische Krise voll durchgeschlagen. Staatsbedienstete werden ab Mitte des Jahres 2019 zum Teil über mehrere Monate nicht bezahlt, was wiederum auf den Dienstleistungssektor durchschlägt. Verspätete oder ausgefallene Zahlungen von Löhnen, die in ihrer Höhe ohnehin mehr schlecht als recht zum Überleben reichen, sind in allen Teilen des Landes mit einer etablierten Lohnarbeitsstruktur gang und gäbe. Es ist zutiefst erstaunlich, wie viele trotz der fehlenden Löhne weiterarbeiten, oft eingebettet in die soziale Struktur ihrer Betriebe und verstrickt in ein weitläufiges Netz an privater Geldleihe. Das Niveau der Krise lässt sich an verschiedenen Vergleichen des Wertes des SSP festmachen. Begeben im Juli 2011 mit

4 <https://sudantribune.com/spip.php?article52439> [30-01-2021].

der fixierten Rate von 2,96 SSP zum US-Dollar, der gleichen Rate wie das sudanesishe Pfund, hält sich der Wert über lange Zeit relativ stabil. Ende des Jahres 2015 entscheidet sich die südsudanesishe Regierung zu einer kurzfristigen Freigabe des Wechselkurses.⁵ Offizieller Markt und Schwarzmarkt nähern sich 20 SSP zu einem US-Dollar an.

Bis Mitte des Jahres 2017 ist die Inflation stark, aber sie verläuft zumindest graduell. Der Unterschied zwischen Bank- und Straßen-Markt bewegt sich in überschaubaren Grenzen: 130 SSP per US-Dollar im Juni 2017 am offiziellen Markt, 150 am informellen. Ab da wird es rasant. Bereits ein Jahr später ist der Schwarzmarkt-Wert des SSP halbiert, während der offizielle Wechselkurs beibehalten wird. Bis zum Januar 2021 bleibt der offizielle Wechselkurs bei den 130 SSP per US-Dollar fixiert, während die Währung im Verlauf des Jahres 2020 im realen Wert eine hyperinflationäre Entwicklung erlebt: Ende des Jahres kostet ein US-Dollar am Schwarzmarkt 600 SSP. Zum Vergleich: Das mit gleichem Wert gestartete sudanesishe Pfund steht am Ende des Jahres 2020 am parallelen Markt bei 250 per US-Dollar. Er ist also mehr als doppelt so stark, wobei selbst dieser Wert Ausdruck einer ökonomischen Krise im Sudan ist, die letztlich in einer sozialen Revolution resultiert.

Diese Zahlen repräsentieren konkrete Lebensrealitäten. Viele der auf den Märkten erhältlichen Produkte, selbst landwirtschaftliche, sind aus Nachbarländern importiert. Dies ist nicht zuletzt eine Kriegsfolge, und sie macht die sozioökonomischen Umstände auch in peripheren Regionen spürbar vom US-Dollar-Wechselkurs abhängig. In SSP ausgezahlte Löhne verlieren beständig an Kaufkraft. Importierte Güter sind teuer. Eine kleine Flasche Coca-Cola bewegt sich etwa im PoC/IDP Camp in Bentiu, wechselkursabhängig, bei umgerechnet einem US-Dollar. In einem Vertriebenencamp ist dies eine unerschwingliche Summe. Kosten für Kommunikation, nach dem Essen für viele das zweitwichtigste Gut, sind ebenso massiv. Smartphones kosten in US-Dollar-Preisen mehr als in Europa. Während sich derzeit die Kosten für nationale Mobiltelefonie noch in überschaubaren Größen bewegen – ein längeres Telefonat innerhalb des Landes ist für umgerechnet 50 US-Cents jedenfalls machbar – haben die Preise für mobile Daten mittlerweile derart angezogen, dass sie diejenigen in Europa bei weitem übertreffen.

Der Markt schließt aus, der Markt treibt, der Markt ermöglicht. Für jene nicht wenigen Menschen in vorwiegend abgeschiedenen Gemeinschaften,

5 <https://www.brookings.edu/blog/africa-in-focus/2015/12/18/the-implications-of-south-sudans-decision-to-float-its-currency/> [30-01-2021].

die sich am Geldmarkt bislang nicht beteiligen, ist ein Markteintritt derzeit so gut wie unmöglich. Viele in den Städten wiederum schlittern in Lethargie und versuchen, in ihren Familienverbänden ein von Tag zu Tag ausgerichtetes, kostenvermeidendes Leben zu organisieren. Wieder andere zwingt die Geldknappheit in kreative oder, in zunehmendem Maße, gewaltsame Formen der Geldbeschaffung. Hungerige Soldat:innen an nächtlichen Checkpoints, die höflich um einen Beitrag zu ihrem Abendessen bitten, oder wirsche Straßenpolizist:innen, die verzweifelt nach irgendeinem Vergehen Ausschau halten, um ein Zubrot zu realisieren, sind für viele lästige, aber vorhersehbare Probleme. Die rasant zunehmende Kriminalität in nahezu allen größeren Städten und sich professionalisierende Praktiken des Straßenraubs auf Landstraßen sind schwieriger zu handhaben und potenziell lebensbedrohlich.

Die Krux einer nur in Fragmenten existierenden Staatlichkeit ist, dass Revolutionen aus strukturellen Gründen, wenn nicht ganz ausgeschlossen, so doch höchst unwahrscheinlich sind. Die Regierung kann sich in einer derartigen Konstellation gar nicht zu einem uniformen Feindbild entwickeln, was ihr erstaunlicherweise bewusst sein dürfte. Im Unterschied zum Sudan, wo Omar al-Bashir im letzten Jahrzehnt seiner Amtszeit mehrere Brotunruhen erleben musste und niederschlagen ließ, ist der Südsudan trotz einer ökonomisch viel disparateren Situation weit davon entfernt. Die Marginalisierung greift.

Zugleich bietet der Markt überraschende Möglichkeiten. Ist Startkapital vorhanden, entwickeln sich bemerkenswerte Unternehmungen und Initiativen. Die Herausforderung sind naturgemäß die Barrieren, die einen Markteintritt für all jene verhindern, die nicht auf das notwendige Kleingeld oder ein gutes Beziehungsnetzwerk zurückgreifen können (zu den Folgen solcher Eintrittsbarrieren siehe Acemoglu und Robinson, 2012). Praktisch alle meine Bekannten, die sich unternehmerisch betätigen, verfügen entweder über ein im Ausland verdientes oder familiär erworbenes Grundkapital, dessen Höhe mitunter erstaunliche Ausmaße annehmen kann. Speziell Juba ist ein Platz für Investitionen, eben der zitierte »good place to make money«. »Wir leben hier unseren Traum«, sagen zwei libanesisische Freunde, die in verschiedenen Bereichen der Immobilienentwicklung tätig sind. Die Bedingungen im ebenso von einer disruptiven ökonomischen Krise erschütterten Libanon wären nicht annähernd so günstig.

Das ist kein schlechtes Zeichen. Die ökonomische Krise produziert nicht nur Ausschluss und Marginalisierung und perpetuiert Vulnerabilität. Es gibt wirtschaftliche Dynamik und es gibt jene, die risikobereit und willens genug

sind, diese Dynamik zu entdecken und auszunützen. Es wäre naiv anzunehmen, dass diese Prozesse kurz- oder selbst mittelfristig die Lebensbedingungen eines relevanten Teils der Menschen im Land substantziell verbessern können. Aber es wäre der sprichwörtliche Verweis auf ein halb leeres Glas, diese Prozesse als irrelevant abzutun.

»I eat at my Table«

Der Titel dieses Kapitels gibt einen Satz wieder, den mein Kollege Chris gerne dafür verwendet, um die besonderen Herausforderungen von Forschungsarbeit im Südsudan zu untermauern. Zumeist geht es um das Fotografieren. Chris wird immer unwohl, wenn ich mein Handy außerhalb gesicherter Compounds zücke. Dem Argument, dass es gerade oftmals Fotografien wären, die Leute in Bezug zu besonderen Situationen setzen können, ist für ihn intellektuell, aber keinesfalls praktisch überzeugend. Das Risiko ist in seinen Augen einfach zu groß, und die Geschichten, die er erzählen kann, um dieses Risiko in seiner Unkalkulierbarkeit anschaulich werden zu lassen, sind zahlreich.

Es war in Bentiu, einer Stadt, die sich auch zwei Jahre nach dem formalen Ende des Bürgerkrieges in einem düsteren Zustand präsentierte, in dem er mich erneut eindringlich auf die mit dem Fotografieren verbundenen Gefahren hinwies. »Du weißt nie, wer dich sieht. Die meisten der Sicherheitsleute tragen keine Uniform, du erkennst sie nicht. Sie können komplett abgerissen angezogen sein.« Selbst im Auto gibt es für Chris keine Sicherheit. Jedes der wenigen Fotos, die ich schlussendlich mache, lassen ihn in seinem Sitz versinken. »Wenn sie dich erwischen, kannst du dich auf nichts berufen. Du glaubst, dass dich irgendwer rausholt, irgendeine diplomatische Vertretung? Dass du irgendeinen besonderen Schutz in Anspruch nehmen kannst? Das kannst du vergessen. Selbst, wenn sie dich irgendwann in irgendeinem Loch finden, kann dein Leben praktisch vorbei sein. Du musst diese Leute verstehen. Sie haben ihre eigene Logik. *I eat at my table and you eat at your table.*«

»I eat at my table.« In diesem Satz steckt viel. Er verbindet in seiner Kürze verschiedene Inhalte, die die sozialisierte Qualität der im Südsudan lebenden Gemeinschaften darstellen. Eine Qualität, die schon die türkischen, ägyptischen und britischen Versuche einer durchdringenden Kolonialisierung hat scheitern lassen, mit der wohl nachhaltigsten Strategie, die dem Kolonialismus entgegengesetzt werden konnte: Desinteresse. Der Tisch bezeichnet in

diesem Satz zweierlei. Einerseits ist er ein Symbol der Gastlichkeit. Es benötigt keine ausgefeilten, langjährigen ethnografischen Studien, um festzustellen, dass Gastlichkeit im sudanesischen Kontext nicht nur ein ausgesprochen hohes Gut ist, sondern immer mit einem Tisch und darauf befindlichem Essen zu tun hat. Wobei solche Einladungen, situationselastisch, durchaus bedrohlichen Charakter annehmen können. Eine Essenseinladung auszuschlagen, ist selten eine gute Idee. Dies führt schon zur anderen Seite der Tischmetapher. Denn der Tisch zeigt auch klar, wer einlädt und wer der Gast ist. Wenngleich Gastlichkeit mitunter unendlich weit zu reichen scheint, bleibt die in ihr verkörperte Positionalität geklärt: Es ist mein Tisch, nicht unser gemeinsamer Tisch.

Diese spezifische Mischung zwischen Gastlichkeit und Härte, zwischen Wohlwollen und Desinteresse zeichnet viele der Methoden aus, die den Umgang mit und das Verhalten in den zuvor diskutierten Konfliktlandschaften prägen. Es ist ein besonderes Verhältnis zu Zeit, Raum und Ressourcen, das regelmäßig mit Erwartungshaltungen einer liberalen Moderne kollidiert. Diese Kollision führt nicht zuletzt deswegen bei Khawajas – den Fremden – zu oftmaliger Verwirrung und Verwunderung, weil viele von ihnen erst lernen müssen, dass die habituell angenommene Überlegenheit der liberalen Moderne und des davon geprägten Verhaltens auf einer Schimäre beruht.

Zeit

Das in die Jahre gekommene Oasis Camp in Juba ist phasenweise immer noch einer der interessantesten Plätze der Stadt. So auch, als ich im Oktober 2020 meine Covid-19-bedingte Quarantäne im Vorfeld einer Consultancy für die UN antrat, im festen Vorsatz, die Zeit mit Lesen und Schreiben zu verbringen. Oasis war ungewöhnlich voll. Schnell war offenkundig, dass eine andauernde Reihe an Treffen im Gange war. Nach einigen freundlichen Begrüßungen stellte sich heraus, dass es sich um Versammlungen der SPLM/A-IO handelte, in Vorbereitung auf die Postenbesetzungen in Parlament, Gliedstaats- und County-Regierungen, die gemäß dem R-ARCSS vollzogen werden sollten. Damit unzusammenhängend schnellte meine eigene Meeting-Frequenz ebenfalls ungeplant in die Höhe. Die UN hatten mich mit einer Vielzahl von Online-Meetings eingedeckt. Ich sprach zum Teil mit Interviewpartner:innen, die nur wenige Kilometer entfernt in der Stadt arbeiteten, mich aber aufgrund von Covid-19-Vorsichtsmaßnahmen nicht treffen konnten. Bald es-

kalierte mein Auftrag zu einer rasanten Abfolge von internen Abstimmungen und täglich neu gesetzten Deadlines für Schriftstücke und deren Überarbeitungen.

So saßen wir also da. Ich im UN-fabrizierten Quarantäne-Stress, meine neuen Freunde von der IO – bei den allermeisten IO-Gästen in Oasis handelte es sich um Männer – in langwierigen Gesprächen. Sie verließen Oasis genauso wenig wie ich. Ohne Quarantäne. An manchen Abenden aßen wir gemeinsam – meine Freunde kochten selbst herrliche sudanesishe Küche – und tranken Tee. Wie lange sie schon hier wären? Lange. Biliu, der mit seinen zwei Söhnen aus Upper Nile gekommen war, war seit einigen Monaten in der Stadt. Biliu hegte Ambitionen auf einen Ministerposten in Upper Nile, was aber dadurch erschwert wurde, dass der Gouverneur aufgrund der zuvor geschilderten politischen Spannungen noch nicht ernannt war. Gabriel kam aus Yirol, wo er schon einmal als County Commissioner eingesetzt war. Er war derjenige, der Paul Malong auf seinem Weg nach Aweil nach der Entlassung als Generalstabschef durch Salva Kiir anhielt und zu weiteren Unterredungen mit der Country-Regierung, Chiefs und religiösen Würdenträgern motivierte. Diese überzeugten Malong schließlich, seine Aufstandspläne aufzugeben und nach Juba zurückzufliegen. Gabriel erzählte diese Geschichte mit Stolz und mit überraschendem Respekt vor Malong, einem der Erzfeinde der SPLM/A-IO.

Dann war da Kuot, Veteran sowohl der SPLA als auch der US Army und jetzt hauptberuflicher Pastor. Kuot war zurückgekommen, um für sein Land zu arbeiten. Nun war er in die interne Bürokratie der IO verstrickt. Seine Frau, die vor nicht allzu langer Zeit gesunde Vierlinge zur Welt gebracht hatte, hatte er schon seit über einem Jahr nicht gesehen. Die Zeit, so sagte er, verstreiche hier anders. »Es ist für mich schwierig, hier auszuhalten. Ich habe meine Familie, ich könnte etwas arbeiten. Aber ich muss warten. Mir wurde noch keine Position zugesichert. Meine Freunde raten mir zu bleiben. Wenn ich jetzt gehe, war alles umsonst.« Kuot war zwischen dem Südsudan und den USA sozialisiert. Es waren gewissermaßen zwei verschiedene Uhren, die in ihm tickten und an ihm nagten.

Zeitlichkeit hat einen kontextualisierten Faktor. Die Frage an meine neuen Bekannten, wann ihre Verhandlungen abgeschlossen seien, fand keinen richtigen Widerhall. Es ginge noch weiter, so die Auskunft, über Tage und Wochen. In der Früh gab es Tee, dann gab es Gespräche in Gruppen, einmal nach Gliedstaaten aufgeteilt, dann wieder nach thematischen Feldern. Irgendwann wurde es Abend, die Gäste aus anderen Hotels gingen. Es gab

Abendessen und Tee. Währenddessen lief die UN-Maschine von immer neuen Plänen, Analysen und Projektkonzepten heiß, Meetings mussten vorberichtet, »Guidance« aus diesen Meetings wieder in Dokumente eingearbeitet werden. Meine Bekannten bemitleideten mich sichtlich, wenn sie mich über Tage mehr mit meinem Laptop als mit anderen Menschen beschäftigt sahen. Sie waren interessiert an einer Einschätzung und der Arbeit der Internationalen, aber nicht über die Maßen. Ebenso waren sie interessiert, mir ihre Position darzulegen, aber unaufdringlich und oft erst auf Nachfrage.

Während der nächsten sechs Wochen änderte sich an dieser Situation wenig. Hie und da besuchte Biliu eines der PoC-Camps in Juba, in dem sich eine größere Zahl an IO-Leuten und ihren Freunden aufhielten. Davon abgesehen blieb der Tagesablauf weitgehend unverändert. Nur die Zahl der zu den Gesprächen tagsüber erscheinenden Kader unterlag merklichen, mir aber unerklärlichen Schwankungen. Unterdessen war das Oasis-Management nervös geworden. Bezahlte war der Aufenthalt trotz Zusicherung der IO-Führung bislang nicht, mehrere Besuche beim nun Ersten Vizepräsidenten Riek Machar waren mit unverbindlichen Zusicherungen zu Ende gegangen. Die Angestellten hatten seit Monaten kein reguläres Gehalt mehr bekommen. »Wir können sie nicht hinauswerfen.« Der indische Oasis-Manager zeigte sich als Realist. »Das geht politisch einfach nicht. Aber sie müssen zahlen, wir brauchen das Geld.« Die Außenstände waren mittlerweile weit in den sechsstelligen Bereich angewachsen.

Anfang Dezember kam es zu einem Kulminationspunkt. Die SPLM/A-IO hielt ihre National Convention ab, in der Freedom Hall in Juba. Zuvor war die Stimmung angespannt, nicht nur wegen des verstärkten Feilschens um Positionen – die finalen Listen wurden nach der Convention zur offiziellen Ernennung an den Präsidenten übermittelt – sondern auch, weil Störungen befürchtet worden waren. Nach der Convention änderte sich das Bild in Oasis. Nicht durch die Abreise der IO-Gäste, aber durch ihre Kleidung: T-Shirts und Kappen der Parteiversammlung waren allgegenwärtig. Die Stimmung war gut.

Aber es wurde erwartet. Wenngleich sich in diesem Warten die Gründe differenzierten. Die Listen waren übermittelt worden, einige meiner Freunde stellten sich in ihren neuen Rollen vor: Parlamentarier in der TNLA, zukünftiger Minister in Jonglei, County Commissioner in Bahr el-Ghazal. Andere verhandelten über interne Positionen, etwa im Sicherheitsapparat im Rahmen der weit offenen Verhandlungen zur Formierung einer einheitlichen Armeestruktur. Formale Ernennungen waren noch keine erfolgt. »Ich würde gerne

zu meiner Familie oder zumindest in meine Heimatregion, nach Wau«, meinte ein anderer IO-Freund. »Aber sie schulden mir Geld. Wir sollten für unsere Präsenz hier bezahlt werden. Wenn ich jetzt gehe, sehe ich das Geld nie.« Auch Biliu blieb. Nach Weihnachten, ich war mittlerweile außer Landes, tauschten wir uns wieder aus. Er war noch immer in Oasis, mit seinen beiden Söhnen.

Joshua Craze (2021) berichtet von einer Begegnung mit zwei SPLA-Soldaten, deren Lastwagen mit Nahrungsmitteln im Morast einer Sandpiste nahe Pariang in Unity State stecken geblieben war.

»What, I asked, are you waiting for? Is Juba sending assistance? Can I help you get the truck out of the mud? They shook their heads. The truck is too heavy for you to tow, and Juba isn't sending anyone. They shrugged. We were told to wait. We sleep in the car, listen to the rain, and protect the truck from thieves. What, I asked again, are you waiting for? For the dry season, they said. Then the road will harden and the mud turn to dust. It won't be long now.«

Warten ist eine soziale und politische Verhaltensform, die der sudanesischen Kontext zu Meisterschaft gebracht hat. Schon seit der Kolonialzeit begegneten verwunderte Europäer:innen dieser Eigenart mit der Zuschreibung einer »Sudanese Time«. »A Sudanese friend was much amused by our obsession with clock time and in the end made appointments with us by British or Sudanese time. If we were to meet by British time that meant on the dot. If it was Sudanese time, then it could be any time at all.« (Erzählungen einer Britin im Sudan der 1950er-Jahre, zitiert nach Shaw, 2001: 123-124) Wobei diese Beobachtung eines vernachlässigt. Sudanesischen Zeit kann rapide Umschläge und Turbulenzen mit einschließen. Dinge passieren, aber mitunter erst in dem Moment, wo sie passieren müssen, oder so knapp danach, dass sie gerade noch funktionieren. Lange Phasen des Wartens und kurze, turbulente Phasen der Aktion reihen sich aneinander und bedingen sich.

Unbestreitbar ist jedoch, dass Warten im Südsudan eine unerlässliche Fähigkeit ist. Nicht nur sozial, sondern auch politisch. Niemand weiß, ob der bekannte Sinnspruch »you have the watches, we have the time« dem südasiatischen oder dem ostafrikanischen Kontext entspringt. Zuverlässig ist er jedoch das Produkt kolonialer und postkolonialer Begegnungen, die sich auf politisch-militärischer Ebene in zugespitzter Form missverstehen. Zeitlichkeit kann im sudanesischen Kontext eine strategische Funktion einnehmen: die schon zuvor beschriebene Tajility. Der Begriff lässt sich auf die britische

Kolonialverwaltung der frühen 1900er-Jahre zurückverfolgen (Copnall, 2017: 226). Er entspringt dem Versuch, die die Kolonialmacht herausfordernden eingesessenen und zutiefst strategischen Verhaltensweisen der kolonialen Subjekte zu verstehen, zu benennen und zu typologisieren.

Tatsächlich hat Tajility zwei Dimensionen, eine strukturelle und eine individuelle. Warum handeln und entscheiden, wenn es zu einem späteren Zeitpunkt bessere Optionen geben mag? Das Nichthandeln kann aber ebenso gut mit eingeübten Verhaltensweisen im Zusammenhang stehen. Warum handeln und entscheiden, wenn es nicht behagt? Die strategische Komponente hat Alex de Waal (2008) als Politik der Erschöpfung beschrieben. Ein solches Auswarten kann jemanden in eine unerwartet vorteilhafte Position spülen. »Delay is always an option, and those who use the skill of tajility [...] most adroitly are likely to be the ones with most energy left at the end of the day. Nothing is guaranteed until it happens.« Diesen letzten Satz nicht als Bedrohung, sondern als immerwährende Chance zu begreifen, ist der Kunst des südsudanesischen Wartens immanent. Wer sagt schließlich, dass es zu einem späteren Zeitpunkt nicht besser wird? Letzten Endes ist Warten praktisch umgesetzter Optimismus. Warten ist eine stetige Wette auf die Zukunft.

Footing

Unzweifelhaft ist das spezifisch südsudanesisches Verhältnis zu Zeit von den räumlichen Gegebenheiten geprägt. Wie kann Zeit verlässlich vereinbart werden, wenn Autos nach einem Regen selbst in Jubas Botschaftsviertel Tongping stecken bleiben? Mitunter für Tage. Regen- und Trockenzeiten waren immer der bestimmende Rhythmus im Südsudan. Denn in der Regenzeit wird selbst die einzige verlässliche Fortbewegungsform in weiten Teilen des Landes schwierig: das Gehen, oder in südsudanesischem Englisch: »Footing«.

Gehen und warten – »Footing« und »Waiting« – waren und sind auch die zwei dominierenden Modi der Kriegsführung im Südsudan, die nur kurz durch Momente der Turbulenz unterbrochen werden. »Ich habe das ganze Land zu Fuß kennengelernt«, erzählt Kuot von seiner Zeit bei der SPLA. »Wir sind von Equatoria nach Wau marschiert. Dann kam ein neuer Befehl, und wir sind hinüber nach Upper Nile. Und dann nach Äthiopien. Und dann bis hinunter nach Uganda. Alles zu Fuß.« Der scheinbare Nachteil der Geschwindigkeit verkehrt sich in den herausfordernden Bedingungen eines tropischen, infrastrukturell nicht erschlossenen Landes bald in Vorteile wie Verlässlich-

keit und Flexibilität. Gegen geübte Marschierer:innen kommt selbst eine geölte und hochgerüstete militärische Maschinerie schwer an. Zugleich sind Anstrengung und Dauer die unerbittlichen Begleiter von Footing and Waiting, eine beständige Quelle von Frustration. »[O]ne ex-combatant described fighting in Unity state and then walking some 600 km to Nasir, near Ethiopia, before defecting.« (Boswell, 2019: 9)

Doch abgesehen von der Alternativlosigkeit sind die Vorteile nicht zu unterschätzen. Dies mussten schon einige internationale Militäroperationen schmerzlich akzeptieren. So scheiterte die in den Jahren 2010 bis 2012 medial inszenierte Jagd auf die ugandische *Lord's Resistance Army* (LRA) und ihren Anführer Joseph Kony an deren trivialen Verschwinden im Busch. Die militärisch nicht mehr schlagkräftige Gruppe bewegte sich so flexibel im Grenzgebiet zwischen Uganda, dem Südsudan und der Zentralafrikanischen Republik, selbstverständlich per Footing, dass selbst technologisch hochgerüstete Gegner an ihrer Ausspähung scheiterten.

Auch die Flucht Riek Machars mit seinen Getreuen nach dem Juba Incident im Juli 2016 in die Demokratische Republik Kongo durch mehrere hundert Kilometer Dschungel konnten angesichts der Notwendigkeit der Vermeidung von Straßen nur marschierend erfolgen. Und sie verlief selbst in einer Situation relativer militärischer Unterlegenheit insofern erfolgreich, als sich die SPLM/A-IO-Teile reorganisieren konnten. Ein Teil wurde später nach Khartum ausgeflogen, der größere Teil nahm den nächsten Fußmarsch Richtung Greater Upper Nile in Angriff.

Diese Fokussierung auf die militärstrategische und mitunter sogar taktische Dimension des Footing darf nicht vergessen lassen, dass diese Fortbewegungsart für den Großteil der Menschen im Südsudan alternativlos ist. So gibt es, bis auf wenige Glückliche, die auf Motorräder zurückgreifen können, schlichtweg kein anderes Fortbewegungsmittel. Doch selbst Motorräder und Autos sind in den allermeisten Gegenden außerhalb der Städte in Ermangelung der notwendigen Straßen und Wege oftmals nutzlos, gerade in der Regenzeit. Weites Gehen ist hingegen schon allein aufgrund der großen Zahl an halbnomadisch lebenden Gemeinschaften gängig. Die ausgeprägten regionalen Handelsnetzwerke, etwa zwischen Jonglei, Eastern Equatoria und Gambela in Äthiopien (Thomas, 2015: 255), haben dazu ein Übriges beigetragen. »Footing Trade« ist die im wahrsten Sinne des Wortes einzig gangbare Option. Denn im Gegensatz zur landläufigen Annahme, dass ein Mangel an Infrastruktur und herausfordernde Umweltbedingungen zur Einschränkung

des Bewegungsradius führen würden, sind die meisten der im Südsudan lebenden Gemeinschaften hochmobil.

Wasser ist einer der treibenden Faktoren vieler Wanderungen. Es muss entweder herangeschafft werden oder das Vieh muss zu Wasserpunkten getrieben werden. In ländlichen Regionen kann der Weg von den Dörfern zu Wasserstellen, der oft Kindern überantwortet ist, da die Erwachsenen mit Feldarbeit gebunden sind, mehrere Stunden dauern. In eine Richtung. Das Gleiche gilt für den Besuch von Märkten oder anderen Orten, wobei neben der langen Dauer der Fußmärsche das mit ihnen verknüpfte Risiko beträchtlich ist. Eine der ungeschriebenen Grundregeln im Südsudan ist daher, kein Footing in der Dunkelheit. Zumindest nicht allein und außerhalb jener eng abgesteckten Territorien, die gut und umfassend einzuschätzen sind. Das gilt auch und gerade in der Hauptstadt Juba, wo selbst Junubin, also Südsudan:innen, abends für Strecken von wenigen hundert Metern konsequent auf Autos oder Boda Bodas, Motorradtaxis, zurückgreifen.

Besondere Gefahren müssen diejenigen in Kauf nehmen, die sich den Luxus organisierten Transports nicht leisten können, aber zu weiten Wanderungsbewegungen gezwungen sind: Flüchtende und Vertriebene. Genaue Zahlen schwanken, doch haben Krieg und Naturkatastrophen, insbesondere großflächige Überschwemmungen, eine riesige Menge an Menschen in Bewegung gebracht. Mit Ende 2020 berichtet UNHCR von etwa 2 Millionen südsudanesischen Flüchtlingen in umliegenden Ländern, 1,6 Millionen Binnenvertriebenen, sowie über 300.000 Flüchtlingen aus Nachbarländern, die wiederum im Südsudan Zuflucht gefunden haben, vor allem in Unity State und Upper Nile. Die mit diesen Fluchtbewegungen verbundenen Wanderungen sind gefährlich und auszehrend. Gerade in der Regenzeit, in der viele gezwungen sind, drohenden Überschwemmungen auszuweichen, ist es faktisch unmöglich zu schlafen, weil tagelanges Waten durch Wasser kein noch so kurzfristiges Niederlassen zulässt (vgl. etwa die Schilderungen in James, 2007: 134).

Dazu kommt das Risiko von Überfällen, wie es Jok Madut Jok am Beispiel von Rückkehrenden aus dem Nordsudan schildert. »The foot journey takes anywhere between one week to ten days in a rough terrain with no adequate water or food. One could also run into another raiding force coming back from the South, and the fear of being recaptured prevents many people from embarking on this journey.« (Jok, 2010: 71) Auch wenn diese Schilderungen schon länger zurückliegen, grundlegend geändert haben sich die Bedingungen seither nicht. Ebenso wenig geändert hat sich, dass Ausdauer, Durchhalte- und

Anpassungsfähigkeit oder, wie es neuerdings so schön heißt, Resilienz ein essenzieller Bestandteil südsudanesischen Lebens sind.

Rule by Law

Südsudan ist kein rechtloses staatliches Gebilde. Auch die Präsidentschaft bedient sich des Rechts in der Ausübung exekutiver Gewalt. Das zentrale Element ist das »Presidential Decree«, jenes Instrument, mit dem der Präsident seine Entscheidungen dem Staatsvolk bekannt gibt und sie zeitgleich in geltendes Recht überführt. »SSBC [South Sudan Broadcasting Corporation] ist langweilig«, meint mein Freund im Council of States. »Ich schalte immer nur zu den Hauptnachrichten um acht Uhr abends ein. Da verkünden sie die Presidential Decrees, falls Salva welche erlassen hat. Das sind die einzigen interessanten Nachrichten, die sie bringen.« Tatsächlich scheint das so zu sein. Jede Personalentscheidung, jede Einrichtung oder Schließung von Institutionen, Gebote und Verbote, selbst die Festlegung der Anzahl der Gliedstaaten erfolgte und erfolgt via von Salva Kiir unterzeichnetem Dekret. Damit wird Recht gesetzt. Oder, wie es ein Präsidentensprecher anlässlich legalistisch vorgebrachter Zweifel vor einigen Jahren formulierte: »This is an administrative order issued by the president, and an administrative order is not subject to approval.«¹

Es gehört zu den Eigenarten des öffentlichen Umgangs mit Formen von Staatlichkeit im Südsudan, dass diese Form der Rechtssetzung weithin schulterzuckend akzeptiert wird. Wie sich dem Präsidenten legal widersetzen, wo er doch das Recht verkörpert? Meine Frage an für gewöhnlich gut informierte Kolleg:innen und Freund:innen nach der rechtlichen Basis dieser Dekrete erntet gleichermaßen Interesse wie Ahnungslosigkeit. »Das ist eine gute Frage«, so lautete die gängige Antwort. In der Tat findet das Presidential Decree als Instrument keine Erwähnung in den Verfassungen des Südsudan und Sudan, weder in der Übergangsverfassung des Südsudan von 2011, der Übergangsverfassung von Sudan und dem südlichen Sudan von 2005, noch in der von Bashir eingeführten sudanesischen Verfassung von 1998. Lediglich im Falle des Versäumnisses des Parlaments, ein gültiges Budget zu verabschieden,

1 <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/eu-decree-by-south-sudan-s-kiir-for-more-states-violates-peace-deal> [14-01-2021].

sieht Artikel 88 (7) der Transitional Constitution von 2011 vor, dass »the President shall issue a presidential decree on the budget for that year«. Das ist die einzige Erwähnung dieses spezifischen Instruments.

Es handelt sich um eine eigentümliche Rechtsfigur, die als autoritäres Gewohnheitsrecht bezeichnet werden könnte. Die Tradition reicht bis weit in die Bashir-Jahre zurück, vermutlich in die Jahre von 1989 bis 1998, als der Sudan in der Folge der Machtübernahme durch die NIF über keine Verfassung verfügt. Bezeichnenderweise verfügt das erste von Bashir gezeichnete Dekret, erlassen am ersten Tag seiner Präsidentschaft, die Außerkraftsetzung der Übergangsverfassung von 1986 und die Auflösung der verfassungsgebenden Versammlung. Gleichzeitig bestimmt es die Einrichtung eines Revolutionsrates, der alle exekutiven, legislativen und konstitutionellen Agenden in sich bündelt.²

Der erste Akt des Rechtsinstrumentes Presidential Decree (PD) im gesamtsudanesischen Kontext ist es also, die Frage nach seiner verfassungsmäßigen Legalität zu verunmöglichen. Bashir greift dabei auf eine Tradition zurück, die schon General Abboud in seiner Präsidentialdiktatur angewandt hatte und die dort schon auf Widerstand, auch aus dem Süden, getroffen war (Mo, 2014: 30). Es ist von daher bemerkenswert, dass sich diese Dekrete seit über drei Jahrzehnten als das wesentliche staatliche Autoritätsinstrument erhalten haben. Sie funktionieren im selbst in einer demokratischen Transformation steckenden Sudan, wo Übergangspräsident Burhan Entscheidungen in PD-Form bekannt gibt, ebenso wie bei den ehemaligen Gegnern im Süden.

Natürlich sind exekutive Dekrete, wie auch immer sie konkret benannt sein mögen, keine sudanesischen Spezialität. Sie sind Bestandteil aller präsidentiellen Systeme weltweit. Oft sind diese Instrumente konstitutionell nicht explizit verankert. Ihre Gültigkeit und die Reichweite ihrer legalen Autorität sind daher ein Prozess komplexer Aushandlung – wie etwa in den USA. Im Kern geht es um die Unterscheidung zwischen einer exekutiven Anordnung und Gesetzeskraft oder Legalität (Shapiro, 2011: 8). In einer politisch-institutionellen Begrifflichkeit lässt sich dies auf die Unterscheidung zwischen »rule of law« und »rule by law« zurückführen. Im zweiten Fall »law represents commands issued by the ruler but is not binding on the ruler himself« (Fukuyama, 2015: 23). Die spezifische Geschichte der PDs im sudanesischen Kontext deutet eindeutig auf diese Option hin, lag doch der ursprüngliche

2 www.ilo.org/dyn/natlex/natlex4.detail?p_lang=&p_isn=42860&p_country=SDN [14-01-2021].

Zweck der Dekrete in der Aushebelung des Legalitätsprinzips für die Exekutive.

Dennoch spielt das Instrument in der Umsetzung des CPA eine zentrale Rolle. In der faktischen Fortführung der *rule by law*-Praxis sind PDs ein wesentliches Mittel der Implementierung der beiden Übergangsverfassungen für den Sudan und den südlichen Sudan. John Garang ernennt etwa die Regierung des südlichen Sudan und die ersten Gouverneure per PD, sogar vor seiner Angelobung als Präsident des GoSS am 9. Juli 2005. Salva Kiir behält das Instrument bei und weitet es aus. Die konkrete Quelle der Legalität wird durch Verweise auf Verfassungsartikel hergestellt, die manchmal mehr und manchmal weniger nachvollziehbar gestaltet sind. In einigen Fällen ist die angeführte rechtliche Basis schlicht absurd.

Ein solches Beispiel ist die Einführung der 28 Bundesstaaten, verfügt von Salva Kiir per »Establishment Order Number 36/2015«, de facto ein PD, das explizit als Republican Order bezeichnet ist. Der Unterschied zwischen regulären PDs und Republican Orders ist rechtlich nicht geregelt. Ausgehend von den Inhalten scheint die Präsidentschaft jedoch dann auf Republican Orders zurückzugreifen, wenn es nicht um simple Ernennungen oder Absetzungen geht, sondern um tatsächliche Rechtssetzung.

Als legale Autorisierung werden drei Artikel der Übergangsverfassung herangezogen: Artikel 36, »promotion of democratic principles and political pluralism guided by the principles of decentralization and devolution of power«, Artikel 166, »promotion of self-governance«, und Artikel 101, der die spezifischen Rechte und Pflichten der Präsidentschaft regelt. In diesem Artikel 101 wird eine kreative Kombination aus Absatz (k), »establish independent institutions and commissions«, und Absatz (f), »initiative constitutional amendments«, vorgeschlagen. Damit soll eine faktische gesetzgeberische Kraft argumentiert werden, die es für die Einrichtung von Bundesstaaten benötigt. Denn das eigentliche verfassungsrechtliche Problem liegt in einem nicht zitierten Artikel. In der Tat hat der Präsident nach Artikel 86 das Recht, Provisional Orders zu erlassen. Jedoch gilt eine Limitierung, die analog wohl auch für PDs oder Republican Orders zur Anwendung kommen müsste. Und hier lautet eine in Absatz (5) gemachte Einschränkung unzweideutig, »the President shall not make any provisional order on matters affecting [...] the decentralized system of government [...] or alteration of administrative boundaries of the state.«

Selbst wenn ein gewisser Grad an legislativer Kraft in allen präsidentiellen Systemen den Präsident:innen innewohnt, liegt dieser Fall überraschend

eindeutig: Legalität kann diese Republican Order nicht beanspruchen. Spätestens hier zieht sich die Schleife zu *rule by law* und der erfrischend eindeutigen Aussage des Präsidentensprechers, wonach administrative Anordnungen des Präsidenten nicht »subject to approval« wären. Anders ausgedrückt: Salva Kiir erlässt Recht, aber er ist nicht an Recht gebunden.

Eine Verankerung eines *rule by law*-Systems hat immer soziale Auswirkungen, die wiederum kontextgebunden sind. Südsudanesishe Bürokratie hat Akte spontaner Rechtssetzung nach präsidentiellem Muster zu einer Meisterschaft entwickelt. In erstaunlicher Regelmäßigkeit fehlen den nicht Initiierten Bewilligungen dieser oder jener Behörde oder, falls diese in Kopie vorhanden sind, deren Originale. Dies gilt natürlich auch dann, wenn diese Originale vorher jemandem anderen abgegeben werden mussten. In erstaunlicher Regelmäßigkeit fehlt just dieser eine Stempel, obwohl dessen konkrete Bedeutung allen Beteiligten zumeist nicht so ganz klar ist. Ein geregelter Behördengang ist zumeist langwierig, kafkaesk und fast unweigerlich mit der Zahlung von Tarifen verbunden, über deren Existenz die Einhebenden zuvor mitunter noch nicht Bescheid wussten. Für Südsudanesis:innen geht es im Umgang mit ihrem Staat oftmals weniger um eine Verhandlung der Auslegung von Recht, sondern um die Verhandlung von Recht selbst.

Ähnliches erfahren nicht-südsudanesishe Staatsbürger:innen. Eine jener famosen Kurzzeiterfindungen war das »Alien Screening«, das neben der ohnehin fälligen »Alien Registration« eine genauere Überprüfung der im Land befindlichen Khawajas gewährleisten sollte. Eine Reihe an Horrorgeschichten, die bis hin zur angeblichen Verweigerung der Ausreise eines professionellen Zivilgesellschafters reichten, motivierten mich, ein solches Screening-Dokument zu erwerben. Ich bekam es auch. Dies bedurfte jedoch längerer Verhandlungen mit sehr freundlichen Beamten im Immigration Department des Innenministeriums. Sie zeigten mir zunächst eine eingescannte Fantasiepreisliste auf einem ihrer Mobiltelefone, bevor es ans echte Festlegen der Tarife ging. 100 US-Dollar und ein kleines Processing Fee in SSP später hatte ich den für ein halbes Jahr gültigen Zettel in der Hand. Es ist fast enttäuschend, dass ich nie mehr nach ihm gefragt wurde. Meine Nachforschungen einige Monate später, ob ich mich erneut diesem Screening-Prozess unterziehen müsste, wurden mit Unverständnis beantwortet. Die kurzfristige Regelung war bereits in Vergessenheit geraten.

Korruption

Eine Bezeichnung, die gern schnell zur Hand ist, wenn solche Phänomene diskutiert werden, ist »Korruption«. Südsudan gilt als deren Mekka. Der *Corruption Perception Index* des Jahres 2020 von *Transparency International* listet Südsudan auf Rang 179.³ Das ist der letzte Platz, ex-aequo mit Somalia. Im Südsudan bezweifelt niemand, dass Korruption allgegenwärtig ist, bis in die höchsten politischen Kreise. Der oft beeindruckende Fuhrpark vor einschlägigen Hotels, Restaurants und Clubs in Juba legt Zeugnis davon ab. Bei einigen dieser Karossen überwiegt ohnehin das Erstaunen darüber, wie es ein tiefergelegter Sportwagen überhaupt über die ruppigen Straßen der Stadt bis an die jeweilige Destination geschafft hat. Symbolik geht vor Effizienz. Söhne und Töchter aus gut vernetztem Haus zeigen gern, was sie haben. »Salva Kiir gets a brand new cowboy hat from Toyota for every Land Cruiser v8 purchased by a South Sudanese politician«, vermutet vor nicht allzu langer Zeit die südsudanesisische Twitter-Größe »South Sudan Analyst«. Der Tweet erlangt nicht zuletzt deswegen Bekanntheit, weil er von Twitter offiziell als »Fake News« gebrandmarkt wird.

Die vielleicht nicht sichtbarste, aber spürbarste Form von Verhaltensweisen, die gemeinhin als Korruption gelten, findet sich im alltäglichen Bereich. Und diese alltäglichen Modalitäten machen die Kategorisierung des Phänomens schwierig. Es ist die höfliche Frage jener jungen Soldat:innen an den nächtlichen Straßensperren, etwas Geld für Essen oder Wasser haben zu können. Oder das allgegenwärtige, informelle Processing Fee bei Amtshandlungen. Das unerwartete Auftreten legal nicht lösbarer verwaltungsrechtlicher Schwierigkeiten. Verhandeln über Recht ist unabdingbar in einem Kontext, wo Recht nicht einsehbar und erwartbar, aber dennoch wesentliche Regelungsargumentation ist. Manchmal sind finanzielle Argumentationshilfen unabdingbar, manchmal einfach der Weg des geringsten Widerstandes.

Es ist unvorhersehbar, wo Vorbereitung auf Gelegenheit trifft. Einmal scheiterten mein Kollege Chris und ich beim Einlass für einen Inlandsflug am Flughafen in Juba. Wir hatten die notwendige Bescheinigung der Korrektheit unserer Reise, ausgestellt von der *Relief and Rehabilitation Commission* (RRC), nur in Kopie dabei. Das reichte dem Beamten am Flughafen nicht – das Dokument könnte ja gefälscht sein, wurde uns beschieden, damit

3 <https://www.transparency.org/en/cpi/2020/index/ssd> [29-01-2021].

könnten wir unseren Flug unmöglich antreten. Zugleich erwies er sich aber als Ermöglicher. Für einen Kostenbeitrag von 50 US-Dollar – ein Beitrag für den notwendigen Sachaufwand, denn offiziell ist eine derartige Bescheinigung kostenfrei – war ein Originaldokument flugs ausgestellt. Wir konnten unseren Flug umgehend antreten.

Vergleichbare Gegebenheiten sind zahllos. Sie offenbaren den strukturellen Charakter eines Phänomens, dem sich am Ende niemand entziehen kann. Dies gilt gerade für Khawajas, allen hehren ethischen Codes der internationalen Organisationen zum Trotz. Wer behauptet, es dauerhaft ohne derartige Kostenbeiträge zu schaffen, bewegt sich entweder in einer von einigen Botschaften präferierten hermetisch abgeschlossenen Blase, lügt oder schlägt südsudanesischen Beamt:innen in Tajility, ein nahezu unmögliches Unterfangen.

Generell lassen sich drei Formen der Interpretation und des Zuganges gegenüber diesem Phänomen »Korruption« unterscheiden: ein akteursorientierter Ansatz, ein strukturorientierter Ansatz, und schließlich ein hybrid zwischen diesen beiden Optionen liegender Umgang, den ich als soziale Aus handlung bezeichnen möchte.

Die akteursorientierte Interpretation ist die Domäne der Aktivist:innen, insbesondere der internationalen, von denen es ja im Südsudan keinen Mangel gibt. Eines der glamourösesten Gewächse dieser Stoßrichtung ist die US-amerikanische INGO *The Sentry*, gegründet vom zur Rettung des Südsudan entschlossenen ritterlichen Zweigespann John Prendergast und George Clooney. *The Sentry* hat sich durch detaillierte Nachforschungen zu den verworrenen Geldflüssen innerhalb der südsudanesischen politischen und militärischen Eliten einen Namen gemacht.

Detailreich nachgezeichnet wurden etwa die militärisch-ökonomischen Netzwerke der militärischen Oberkommandierenden, bis hin zu deren Firmenstrukturen und erworbenen oder erbauten Immobilien im angrenzenden Ausland (*The Sentry*, 2020). So umfassend die Darstellungen, so einfach die Empfehlungen. Ratschlag Nummer Eins: »US Sanctions«. Ratschlag Nummer Zwei: »Sanctions from actors beyond the US government.« (Ebd.: 38) Die Sinnhaftigkeit eines solchen personalisierten Zuganges bleibt fragwürdig, praktisch wie analytisch. John Young weist zu Recht darauf hin, dass Sanktionen gegenüber Personen, die über keine Assets im OECD-Raum verfügen, diese faktisch nicht einschränken können.

Zudem wird ein zweifelhaftes Anreizsystem in Gang gesetzt: »SPLM-IO Divisional Commander Gabriel Tang facetiously complained that the im-

sition of sanctions against [Peter] Gadet had made him more popular and he demanded that he be sanctioned as well.« (Young, 2015: 37) In diesem Fall ging es um Sanktionen wegen mutmaßlich begangener Kriegsverbrechen. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass eine derartige »Anerkennung« durch die internationale Gemeinschaft auch im Falle von Korruption sozial nicht stigmatisiert, sondern in erster Linie Respekt einflößend wirkt. Zerstört wurde ein persönlicher Ruf durch derartige Aktionen noch selten. Damit stellt sich die Sinnfrage bei solchen spektakulären Interventionen. Zumindest stellt sie sich für all jene, die sich damit nicht in erster Linie selbst positiv ins Rampenlicht rücken wollen.⁴

Demgegenüber reflektiert die strukturelle Argumentation die systemischen Gegebenheiten, unter denen sich Korruption vollzieht. Wie James C. Scott anmerkt, geht es um eine Verschiebung von konkreten Anschuldigungen hin zur Analyse des sozialen Kontextes, in dem sich Korruption vollzieht (Scott, 1969: 317). Was den Ansatz von *The Sentry* und vergleichbaren aktivistischen Initiativen problematisch macht, ist der implizit anklingende Impetus einer moralischen Überlegenheit, in der Arroganz mitschwingt. »South Sudanese leaders didn't *willfully* and *maliciously* design a self-serving, corrupt system.« (Garang, 2019: 82) Dennoch hat sich ein derartiges System entwickelt und, in weiterer Folge, sozial institutionalisiert.

Eine oftmals debattierte Frage ist die für jede Definition politischer Korruption notwendige Differenzierung zwischen öffentlichem und privatem Bereich. Erst eine solche Unterscheidung erlaubt eine ethische Wertung von Geschenk- oder Geldannahmen. Eine pauschale Erklärung, wonach diese Unterscheidung außerhalb der OECD-Welt keine Gültigkeit hätte, greift zu kurz. Es besteht im Südsudan keine Unklarheit über die rechtliche Zweifelhaftheit von persönlichen Geschenk- oder Geldannahmen im Amt. Oftmals ist es ja das deklarierte Ziel, die Zeit im Amt bewusst dafür zu verwenden, einen möglichst großen Teil einer beständig nachservierten Torte abzuschneiden. Auch wenn die Erlöse keineswegs einzig zur persönlichen Verfügbarkeit gedacht sind, sondern für mitunter weitschichtig Verwandte. Nichtsdestotrotz. »I eat at my table.«

4 Zu den problematischen Konsequenzen dieser von John Prendergast seit Jahrzehnten in Bezug auf Sudan und Südsudan angewandten Argumentationen siehe seine Debatte mit Mahmood Mamdani an der Columbia University im April 2009, https://www.youtube.com/watch?v=yCOpfH_5_pY&t=16-01-2021.

Zur Analyse der dahinterliegenden strukturellen Probleme bedarf es einer mehrschichtigen Differenzierung, zwischen Korruption als Kapazitätsproblem, als politische Strategie und schließlich als soziale Erwartungshaltung. Die Frage der Kapazität stellt sich schon anhand des rapiden Prozesses der Verstaatlichung in einem Kontext mit raschen und substanziellen, rentenähnlichen finanziellen Einnahmen. Diese stammen vorwiegend aus der Ölförderung und der internationalen Entwicklungshilfe. »The former SPLM Secretariat of Finance, which managed resources of around \$100,000, has transformed itself into a Ministry responsible for managing over one and a half billion dollars annually, including significant MDTF financing.« (World Bank, 2007: 67) Die berühmte Versuchung, die ein solcher Geldfluss auf einzelne Beamte ausüben mag, ist nur ein Teil der Herausforderung. Es ist vielmehr die finanzielle Aufnahmekapazität eines Systems in einem Kontext, in dem selbst die meisten staatlichen Gehälter außerhalb der Städte in Ermangelung vorhandener Bankverbindungen nach wie vor bar ausgezahlt werden müssen. Allein schon der Prozess des Geldtransports und der Auszahlung erfordert Schutzrenten, die zur Minimierung möglicher Friktionen besser vorab gezahlt werden. Jedenfalls ist Korruption ein wahrscheinlicher Vorgang, wenn die vorhandenen Mittel die technische Absorptionsfähigkeit eines Systems übersteigen.

Bedingt durch den nicht zuletzt dem Bürgerkrieg geschuldeten rasanten ökonomischen Abschwung hat sich diese Situation unterdessen jedoch in ihr Gegenteil verkehrt. In den Jahren 2019 und 2020 haben Staatsbedienstete, auch im Sicherheitsapparat, über Monate ihre Gehälter nicht oder nur eingeschränkt erhalten. Dass der dadurch bedingte finanzielle Ausfall kompensiert werden muss, ist sozial naheliegend. Ein nicht geringer Teil der unpolitischen Kleinkorruption ist auf diese Situation zurückzuführen: die Beschleunigung von Dokumentausstellungen, die schnelle und gütliche Einigung bei Fahrzeugkontrollen, der Zugang zu Vorgesetzten. Nicht selten lässt sich die Polizei bei Amtshandlungen von deren Begünstigten – etwa Opfern von Diebstählen oder von Raub – für ihre Tätigkeit bezahlen. Aus dem einfachen Grund, weil der Staat sie nicht bezahlt. Ein gutes Beispiel dafür sind die schon zitierten nächtlichen Checkpoints in Juba, an denen die eingesetzten Soldaten die Kontrollierten in oft freundlichem Ton wissen lassen, dass sie noch nichts gegessen hätten. Es ist ein schmaler Grat zwischen Korruption, Schutzgeld-erpressung und dem Erbitten von Almosen.

Der politische Aspekt von Korruption gestaltet sich bei näherer Betrachtung ebenso differenziert. Niemand bestreitet die obszöne Zahl von Toyota

Land Cruiser V8 in Juba oder die mit südsudanesischem Geld errichteten Villen in Nairobi. Aber der dahinterliegende soziale Prozess ist komplexer. In seiner Auseinandersetzung mit den Wirkungsmechanismen der, wie er es nennt, südsudanesischen Kleptokratie unterscheidet Alex de Waal (2014: 349) verschiedene Komponenten, die für Amtsträger aus deren politischem Budget zu bestreiten sind: Ausgaben für persönliche Sicherheit, für Patronage, und schlussendlich für die Bereitstellung von öffentlichen Gütern. Diese Ausgaben sind essenziell, dienen sie doch dazu, das politische und das physische Überleben des Amtsträgers zu gewährleisten. Joel Migdal (1988) bezeichnet derartige Ausgaben daher als Teil von »politics of survival«.

Es ergibt sich aus der Natur der Sache, dass Patronage, ein Grundbestandteil jedes politischen Marktplatzes, nur unzureichend aus einem formellen Budget zu bestreiten ist. Die Vergabe monopolistischer Lizenzen ist ein endliches Geschäft. Physischer Schutz ist ebenfalls nur bedingt durch offizielle Kanäle zu bestreiten. Allerdings schafft schon allein die Gewährleistung der Auszahlung zustehender Gehälter in einer Situation, wo sie den meisten anderen Staatsbediensteten nicht gewährt wird, ein nicht zu unterschätzendes Privileg – und damit persönliche Loyalität und Sicherheit. Staatliche Gehälter können durch ihre selektive Auszahlung zu einem Sicherheitsinstrument oder zu einem Bestandteil des politischen Budgets transformiert werden. Und es handelt sich sogar um eine Transformation, die nach formeller Definition schwerlich als Korruption zu bezeichnen ist.

Patronage bindet nicht nur Loyalität, sie kann schnell in ein Mittel zur politischen Kontrolle umschlagen. Dies ist vor allem jenen gegenüber hilfreich, die eigenständige oder gar konkurrierende politische Ambitionen entwickeln. Eine klassische Vorgangsweise negativer politischer Patronage ist der Ankauf von politischer Loyalität durch Korruption, nur um sie zu einem späteren Zeitpunkt moralisch oder rechtlich gegen die Korruptierten zu wenden (Migdal, 1988: 219). Salva Kiir selbst hat ein für diesen Mechanismus prototypisches Beispiel gesetzt. Am 3. Mai 2012 adressiert er einen Brief an »Corrupt Government Officials, Current and Former«. Darin fordert er diese zur Rückzahlung von von ihnen angeblich abgezweigten vier Milliarden US-Dollar auf. »If funds are returned«, so heißt es in dem Schreiben, »the government [...] will grant amnesty and will keep your name confidential. I and only one other official will have access to this information.« Offenbar verläuft die Aktion nicht zur vollen Zufriedenheit. Wenig später nutzt Kiir den Korruptionsvorwurf, um den Großteil seiner damaligen politischen Kontrahenten aus Regierungspositionen zu entlassen.

Der letzte von de Waal angeführte Punkt, die Zurverfügungstellung öffentlicher Güter, benötigt im südsudanesischen politischen Kontext zunächst eine Klarstellung. In Überschneidung zum Bereich der Patronage geht es bei »öffentlichen« Gütern zumeist um gemeinschaftliche Güter, die entlang ethno-politischer Kriterien vergeben werden. Diese Praxis zieht sich von der geografischen Fokussierung von Infrastrukturprojekten bis hin zur Einflussnahme auf internationale humanitäre Hilfe.

Spätestens an diesem Punkt gelangen wir in den Bereich der sozialen Erwartungshaltung. Diese ist ein wesentlicher Teil des von mir eingangs angeführten dritten Erklärungsmusters von Korruption, der sozialen Aushandlung. Davon auszugehen, dass eine spezifische Gemeinschaft oder eine spezifische Region von einem aus ihr stammenden politischen Würdenträger Vorteile bezieht, ist kein südsudanesisches oder afrikanisches Phänomen. In allen demokratischen Systemen gehen Wählende oft geradezu selbstverständlich davon aus, dass ein:e aus ihrer Gegend oder ihrem sozialen Umfeld stammende Kandidatin oder stammender Kandidat ihrem oder seinem Umfeld gewissermaßen zu einer Rückzahlung verpflichtet ist. Ganz so, als gäbe es eine spezifische Schuld zu tilgen oder gemeinschaftliche Verantwortungen wahrzunehmen. Das ist im Südsudan nicht anders. Allerdings haben die nicht zuletzt durch die Polygamie begünstigte weite Verzweigung von Familien- und Klan-Strukturen und die sich daraus ableitenden Verantwortungsbeziehungen eine besondere Wirksamkeit.

Die Versorgung einer zumindest dreistelligen Zahl an finanziell in der einen oder anderen Form Abhängigen ist keine Seltenheit. »Schau hier«, deutet ein Freund im Vorbeifahren zum Eingang des Sitzes der Vizepräsidenten. »All die Leute, die hier sitzen. Sie warten darauf, dass etwas für sie abfällt. Und sei es noch so wenig. Sie warten lange, jeden Tag, die ganze Zeit.« Die Mühen und Kosten, die dafür aufgewendet werden müssten, nicht zu zahlen, überwiegen zumeist deutlich gegenüber jenen eines pragmatischen Zahlens. Und das ist Korruption im Südsudan allzu oft: der Weg des geringsten Widerstandes.

Ein An- und Verkauf politischer Loyalität ist ohne Korruption nur schwer zu bewerkstelligen. Angesichts der Tatsache, dass es vollkommen korruptionsfreie politische Systeme nicht gibt, ist das auch schwer vorstellbar. Korruption leistet aber mehr. Sie ist eine die in den Kapiteln zuvor geschilderten Konfliktlandschaften verwebende Methode. Sie bringt nicht nur den politischen Marktplatz zum Funktionieren, sie verbindet ihn mit ethno-politischen Komponenten. Korruption dient zur Verstetigung von politischer, ökonomi-

scher und sozialer Marginalisierung – und als Mittel dagegen. Nicht selten hat Korruption eine umverteilende und sozial ermöglichende Dimension.

Aufgrund seines moralisierenden Begriffsgehaltes ist Korruption im süd-sudanesischen Kontext ein viel gescholtenes und wenig erklärtes Phänomen. Eine simple Verdammung eines sozialen Prozesses mit vielfältigen Auswirkungen ist weder Erfolg versprechend noch praktikabel. Analytisch mag der Begriff der ökonomischen Rente (vgl. etwa Khan, 2000: 70) mehr zur Erklärung der komplexen Realität beitragen. Letztlich ist die Art der Benennung des Phänomens jedoch ohne Belang. Die Trennung kleptokratischer Mechanismen vom Prozess der informellen ökonomischen Verteilung ist ein Prozess, der ohnehin dem langfristigen institutionellen Wandel vorbehalten bleibt.

Fragmente eines Staates

Die in diesem Buch dargebotenen analytischen Vignetten sind fragmentarisch gegliedert. Wenn anfangs noch die ausführlich diskutierte geschichtliche Entwicklung einen einheitlichen Analyserahmen vortäuscht, geht dieser durch die späteren Kapitel verloren. Dies war die eingangs geschilderte methodische Absicht. Nun gilt es, sie konzeptionell wie methodisch zu reflektieren. Das Raster, entlang dessen sich die einzelnen Erzählungen gruppieren, basiert auf zwei metaphorischen Begriffen: Fragmente und Landschaften. Beide Metaphern bezeichnen Konzepte, die auf den ersten Blick wenig miteinander zu tun haben. Was sie allerdings teilen, ist ihre manifeste Qualität. In ihrer kolloquialen Bedeutung beziehen sie sich auf etwas Physisches, Sichtbares, Greifbares.

Bis zu einem gewissen Grad ist das eine Vorspiegelung. Fragmente wie Landschaften entstehen erst in ihrer Wahrnehmung. Sie sind nichts an sich Gegebenes. Sie benötigen daher einen theoretisch vorgegebenen Referenzrahmen sowie Elemente der Sichtbarkeit und Instrumente der Sichtbarmachung. Erst in einem solchen Referenzrahmen erlangen sie Bedeutung. Ein Fragment steht notwendigerweise in einer Beziehung zu einem wie immer angenommenen Ganzen. Entweder zerspringt, zerfällt oder zerteilt sich dieses Ganze in Fragmente, oder aber das Ganze verbleibt von vornherein ein idealtypisches, unerreichbares Konstrukt. Nationalstaaten sind per se Letzteres. Sie sind ein Postulat, dem sich eine institutionelle Realität in der einen oder anderen Form annähern kann, falls die nationalstaatliche Erzählung angenommen und verstanden wird. Staatlichkeit als einen objektiven Analyserahmen anzunehmen, vernebelt diese Unterscheidung. Eine solche Analyse würde einen Idealtypus mit einer objektiv gegebenen Größe verwechseln. In dieser Logik gäbe es wirklich fragile Staaten, gescheiterte Staaten, schwache Staaten, oder – richtig – fragmentierte Staaten. Ganz so, als wäre ein Prozess der Verstaatlichung aktiv angestrebt und durchlaufen worden, nur um dann

an einem bestimmten Punkt in Probleme zu geraten. Aber wie kann scheitern, was nie versucht wurde? Wie kann fragmentieren, was nie existiert hat?

Landschaften leiden unter einem ähnlichen Dilemma, das zugleich aber fundamental anders gelagert ist. Denn Landschaften scheinen tatsächlich klar und unzweideutig zu existieren. Sie sind zu sehen, zu spüren, zu riechen, zu hören, anzugreifen. Die Möglichkeiten, mit denen Landschaften betrachtet, untersucht und verstanden werden können, sind unendlich. Landschaften ändern ihren Charakter mit dem Winkel und der Distanz der Betrachtung. Dies haben sie mit Fragmenten gemeinsam. Landschaften wie Fragmente haben eine fraktale Dimension.

»Politics is fractal in the sense that the same patterns of authority and bargaining are reproduced at all levels: local, provincial, national and interstate. The turbulent and fractal characteristics intersect insofar as a disturbance at a lower level may generate an unpredictable change at a higher level.« (de Waal, 2015: 17)

Fragmente entwickeln Formen von Verbindungen, Grenzen und Lücken, die sich auf den verschiedensten Skalenebenen finden. Sie lassen sich jedoch nicht – oder zumindest nicht mit unserem gegebenen analytischen Apparat – verallgemeinern. Timothy Mortons (2013: 82-83) Begriff des »Mesh«, der weiter unten weiterführend diskutiert wird, bringt dieses chaotische Beziehungsnetzwerk zum Ausdruck.

Unsere angelernte Sichtweise auf Landschaft ist die einer gegebenen Ordnung. Daraus leitet sich eine beständige Suche nach Zugehörigkeit und Referenz ab. Das ist einerseits das Resultat einer immer bewussteren Gestaltung von Landschaft als Ausdruck sozialer Prozesse der Institutionalisierung. Landschaft ist Beziehung, zwischen Menschen, zwischen humanen und nichthumanen Subjekten. In ihrer Ordnung ist sie gleichzeitig eine Manifestation von Macht. Sie institutionalisiert Infrastruktur und Ressourcen – beides Grundpfeiler sozialen Handelns. Es darf nicht vergessen werden, dass auch ein unschuldiger Begriff wie »natürliche Ressourcen« seinen Ressourcengehalt erst aus der humanen Verwendung schöpft. Epistemologisch ist eine Ressource ohne Verwertung nicht denkbar.

Es ist das Paradox von Staatlichkeit, dass sie die Wahrnehmung von Landschaft bestimmt, selbst wenn sie, wie im Südsudan, nur in Fragmenten existiert. Sie imaginiert ein zusammenhängendes Bild von Grenzen und Zusammenhang (Migdal, 2001: 17). Allerdings benötigt ein solches Bild von Landschaft eine spezifische Distanz und einen angepassten Fokus, um in dieser

Art und Weise wahrgenommen zu werden. Eine Linse, die von den alltäglichen Lebensrealitäten der meisten Gemeinschaften im heutigen Südsudan aus fokussiert, nimmt den Staat kaum wahr.

Das Projekt der Nationalstaatsformierung ist allumfassend. Es ist radikal und duldet keine Alternativen. James C. Scott (1999: 82) weist darauf hin, dass »[t]he builders of the modern nation-state do not merely describe, observe, and map; they strive to shape a people and landscape that will fit their techniques of observation.« Der Aspekt, der das Analyseraster der Landschaft gerade für dieses Buch so interessant macht, ist, dass ein solcher Versuch der Gestaltung von Menschen und Landschaft nach nationalstaatlichen Maßgaben im Südsudan nicht etwa gescheitert wäre. Er wurde nie unternommen.

Ein Staat in Fragmenten

Der deutsche Duden unterteilt Fragmente in zwei inhaltlich unterscheidbare Bedeutungsstränge: Bruchstücke, wie die Fragmente einer Skulptur, die zerbrochen ist, oder etwas Unvollendetes, wobei hier beispielgebend auf unvollendete Kunstwerke verwiesen wird. Der oben diskutierte Unterschied zwischen einem fragmentierten Staat und einem Staat in Fragmenten – in Englisch »fragmented state« oder »fragment state« – liegt in genau dieser Bedeutungsunterscheidung. Einen Staat in Fragmenten zu verstehen argumentiert eine Zurückweisung einer Reihe von apokalyptischen Erzählungen. Solche Spielarten der Apokalypse sind etwa das Abkommen vom teleologisch vorgegebenen Weg der Entwicklung von Nationalstaatlichkeit, der Zerfall einer gegebenen Ordnung oder die auf Akteure fokussierte Erzählung einer gezielten Ausbeutung von Staatlichkeit, beispielsweise durch Kleptokrat:innen, die gezielt strukturell ineffiziente Politiken zum eigenen Vorteil implementieren (Acemoglu et al., 2004).

Eine Analyse eines Staates in Fragmenten hat bislang keine nachhaltige akademische Tradition entfaltet. Eine der wenigen Ausnahmen ist Joel Migdal, dessen »State-in-Society«-Approach sich als hybrider Zugang zwischen einer traditionellen, politisch-ökonomischen Staatsanalyse und einem Fragment State-Ansatz deklariert. Letzteren definiert er als »the practices of a heap of loosely connected parts of fragments, frequently with ill-defined boundaries between them and other groupings inside and outside the official state borders and often promoting conflicting sets of rules with one another and with ›official‹ law.« (Migdal, 2001: 22) Was bei dieser Beschreibung

offen bleibt, ist die Frage nach dem zusammenhängenden Charakter. Was macht einen Fragment State zu einem (Nicht-)Staat? Hier kommt die diskursive Ebene zum Tragen. Diese wird durch das Narrativ eines Nationalstaates umgesetzt, der versucht, den verschiedenen Fragmenten eine logische, wenn auch notwendigerweise deplatzierte Position in einem imaginären Ganzen zuzuweisen. Nicht zuletzt internationale »Partner« aus Entwicklungspolitik und Friedensförderung nehmen sich schon aus Gewohnheit der bequemen Aufgabe an, einen in Fragmenten existierenden Staat zu einem fragilen oder fragmentierten Staat umzudeuten.

Wie passiert ein Staat in Fragmenten? Grundsätzlich erscheint eine Zerfallsgeschichte schon denkbar zu sein, wobei sich die wenigen derartigen Geschichten – Afghanistan, Jemen und Somalia könnten solche Beispiele repräsentieren – bei näherer Betrachtung auch eine andere Erzählung zulassen. In allen drei Fällen lässt sich über die Frage streiten, ob jemals ein gegenüber den Gesellschaften durchdringender Staat institutionalisiert war oder ob die phasenweise Funktionalität eines als Staat formalisierten »Unsettlement« (Bell und Pospisil, 2017) als tatsächliche Staatlichkeit missinterpretiert wurde.

Die Entstehung der Fragmente des Südsudan ist einem spezifischen Weg der soziopolitischen Institutionalisierung geschuldet, im Zuge dessen eine Staatlichkeit nie wirklich angestrebt worden war. Weder hat die periphere Integration des Gebietes durch den Kolonialismus relevante Teile der Bevölkerung umfasst, noch war die strategische Ambivalenz des südsudanesischen Widerstandes dazu geeignet, einen aktiven Prozess der Verstaatlichung anzustoßen.

Ein eindrückliches Beispiel dafür bietet der symbolische Akt, den Aggrey Jaden Lamu, einer der großen Figuren des südsudanesischen Widerstandes und späterer Anführer der Anya-nya, als Antwort zur sudanesischen Unabhängigkeit setzt. Als District Commissioner von Kaduguli in Westsudan weigert er sich, während der Feiern zum dritten sudanesischen Unabhängigkeitstag die sudanesische Flagge zu hissen und die Nationalhymne zu spielen, was ihm eine Versetzung und in weiterer Folge die Entlassung aus seiner offiziellen Position einträgt (Abol Kuyok, 2015: 230). Es gibt verschiedene Interpretationen dieses Aktes. Eine stichhaltige Erklärung ist die vollständige Ablehnung der sudanesischen Unabhängigkeit, die lange eine Mehrheitsposition des südsudanesischen Widerstandes darstellt. Diese Position vermischt sich in der Person von Jaden mit einer prononciert panafrikanischen Haltung. So geht es bei einer solchen Verweigerung gegenüber den Hoheitszeichen sudanesischer

Staatlichkeit nicht nur um die Demonstration einer Ablehnung des Sudan gegenüber dem Südsudan. Es ist auch eine Zurückweisung jeder von »außen« kommenden Verstaatlichung. Ähnlich ablehnend zeigt sich Jaden später gegenüber südlichen Vereinheitlichungsbemühungen, denen er ethnopolitische Hegemonialinteressen unterstellt.

Vermeintlich klare Widerspruchslinien der südsudanesischen politischen Eliten, insbesondere jener zwischen Unabhängigkeit und revolutionärer »New Sudan«-Vision, entpuppen sich bei genauerem Hinsehen als später erfolgte Überinterpretationen. Politische Orientierungen etablieren sich in den allermeisten Fällen pragmatisch, und obwohl die SPLM in relevanten Teilen des Landes eine Zivilverwaltung installieren kann, gleicht diese doch mehr einer losen Netzwerkstruktur, die auf vorhandenen, zumeist durch die Kolonialverwaltung eingeführten Autoritätspositionen beruht.

Als »Critical Juncture« der Institutionalisierung südsudanesischer Staatlichkeit muss im Nachhinein die CPA-Periode angesehen werden. In dieser Phase sind finanzielle Mittel und soziales Momentum vorhanden, um eine nachhaltige und weitreichende Durchstaatlichung zu beginnen. Niemand ist schlussendlich persönlich dafür verantwortlich zu machen, dass dies nicht passiert. Auf Akteursebene ist der tödliche Unfall des gerade als Präsident des südlichen Sudan eingesetzten John Garang eine überaus ungünstige Rahmenbedingung. Es darf allerdings nicht vergessen werden, dass Garang keineswegs für eine klare Unabhängigkeitslinie eintritt. Das nachstoßende politische Personal verfolgt weniger die Institutionalisierung von Staatlichkeit als die Institutionalisierung des politischen Unsettlement innerhalb der südsudanesischen Eliten. Das Management dieses Unsettlement bindet bis zu seinem ersten Zusammenbruch im Jahr 2013 die politischen und ökonomischen Ressourcen in einer Weise, die eine konsequente Durchstaatlichung unter den gegebenen schwierigen Umfeldbedingungen auch im Nachhinein illusorisch erscheinen lässt.

Die institutionellen Rahmenbedingungen dieser Critical Juncture entwickeln sich derart, dass für eine Verstaatlichung als politisches Mehrheitsprojekt die kritische Masse innerhalb der Elite fehlt. Für ein Verstaatlichungsprojekt als sozial getriebener Prozess reichen wiederum Vision und Leadership des politischen Führungspersonals nicht aus. Diese Einschätzung ist keinesfalls als normativ misszuverstehen. Die Frage, ob der Südsudan heute als fragmentierter Staat besser funktionieren würde denn als Fragment-Staat, wage ich – im Gegensatz zum Gros der politischen Kommentator:innen und Entwicklungspartner:innen – nicht zu beantworten. Die Schule, wonach

ein funktionales Staatswesen und eine Vergesellschaftung im Sinne einer sozialen Kohäsion Grundvoraussetzungen eines erfüllten menschlichen Lebens darstellen (als Beispiel für diesen Ansatz siehe etwa Kaplan, 2009), erscheint mir nicht überzeugend. Was eine historisch-institutionalistische Betrachtungsweise offenlegt, ist keine Fehlentwicklung. Sie zeigt aber sehr wohl, warum sich der betreffende Staat in Fragmenten entwickelt und in konkreten Handlungen in diesen Fragmenten manifestiert.

Das nationalstaatliche Narrativ, das eine Zentralisierung politischer Macht und eine diese Zentralisierung legitimierende Vision zu verbinden sucht, ist beständig gezwungen, die Fragmente eines Staates diskursiv zusammenzuhalten. Andererseits muss dieses Narrativ mit der permanenten Herausforderung umgehen, dass der nationalstaatliche Charakter jeder seiner Hoheitshandlungen im hyperkonkreten Kontext verpufft. Ein Staat kann Verkehrspolizist:innen mit Autorität, Uniform und Lizenz ausstatten. Er kann aber nicht deren Praxis mit Leben erfüllen. Vielmehr ist es umgekehrt: erst die Praxis seiner Organe erfüllt den Staat mit Leben. Diese Praxis gestaltet sich im Südsudan in letzter Instanz immer als persönliche. Und sie ist, falls, wie es oft geschieht, verwandtschaftliche oder gemeinschaftliche Beziehungen ins Spiel kommen, in ein komplexes Feld sozialer Aushandlung eingebettet. Dergestalt existiert selbst die unmittelbare staatliche Hoheitsverwaltung einzig in Fragmenten.

Während der Institutionalismus zum Verständnis der Entstehung der Konstellation hilfreich ist, hat er zur Untersuchung des Fragment-Staates wenig beizutragen. Er bietet ein Instrumentarium, um die Betrachtung der Konfliktlandschaften zu erleichtern, oder überhaupt erst, diese zu identifizieren. Aber die Dynamik der Fragmente untereinander vermag er nur unzureichend zu beschreiben. Hier ist eine Analyse von Kräften und Dynamiken aussagekräftiger. Bewegen sich staatliche Fragmente zueinander oder auseinander? Tendieren sie zu Verschmelzungen oder Durchdringungen, oder entwickeln sie sich abkapselnde Antagonismen? Diese Fragen konstituieren, was eine variable Geometrie des politischen Unsettlement genannt werden könnte.

Sie konterkarieren auch jenes Grundproblem, das die von Namen wie Charles Tilly und Joel Migdal geprägte kritische historische Forschung zur historischen Etablierung von Staatlichkeit stellt. Wie gelingt es Staaten, einen Prozess des Wandels so zu institutionalisieren, dass sie sich ab einem gewissen Punkt als die dominante Form sozialer Organisation durchsetzen? Die Wechselwirkung zwischen Dominanz und Wandel ist der Ausgangspunkt

von Migdals (2001: 11) »state-in-society approach«. Zwar sind die von ihm herausgearbeiteten Typen der »politics of survival« (ebd.: 80-82) im Südsudan allesamt auffindbar. Überlebenstaktiken wie überraschende und weitreichende Regierungsumbildungen, willkürliche Beförderungen von Loyalist:innen, schmutzige Tricks wie Verhaftungen und Korruptionen von politischer Konkurrenz, die Etablierung von zueinander in Konkurrenz gesetzten Organisationen oder, als finales Mittel, die physische Elimination von Gegner:innen gehören zum Standardrepertoire der politischen Eliten. Dennoch dienen diese Taktiken eher dem Ausgleich der Eliten untereinander. Sie zielen auf ein Management der staatlichen Fragmente und nicht auf die Durchsetzung von Staatlichkeit gegenüber konkurrierenden Formen sozialer Organisation.

An einer staatlichen Dominanz waren und sind die Eliten der SPLM nicht interessiert. Damit einhergehende notwendige Kompromisse wie die Notwendigkeit einer stärker rechts- und formal regelbasierten Politikgestaltung halten für sie deutlich mehr Risiken denn Chancen bereit. Der Südsudan existiert als Staat nicht zuletzt deshalb in Fragmenten, weil staatliche Eliten eine Durchstaatlichung nie vorangetrieben haben. Dies ist jedoch kein Versagen auf Akteursebene, sondern eine strukturelle Grundkonstante. Das entscheidende politische Moment ist eines des Managements und der Brokerage. Mit einem solchen Management ist jedoch weniger die permanente Aushandlung staatlicher Macht zwischen politischen Eliten gemeint. Brokerage von politischer Macht konstituiert nichts anderes als ein spezifisches Fragment von Staatlichkeit. Vielmehr trifft der Staat in seinen vielen Grenzbeziehungen auf mannigfaltige Formen von Ignoranz und Widerstand. Er ist gezwungen, diese Ablehnungen zu verwalten. Ignoranz und Widerstand finden sich keineswegs nur an physischen Grenzbeziehungen, etwa in Gemeinschaften, die an staatlicher Durchregelung kein Interesse zeigen. Sie finden sich im sozialen Innenleben des Staates, von seinen kleinen Agent:innen bis hin zur obersten politischen Führung. Selbst für jene, deren deklarierte Aufgabe in der persönlichen Verkörperung von Staatlichkeit besteht, bildet sich der Staat höchstens als ein Fragment ihres Selbstverständnisses und ihrer Handlungen ab.

An manchen Stellen benötigt der Staat jedoch Formen seiner Durchsetzung. Zumeist ist diese Durchsetzung nicht eindeutig, sondern entspringt einer Interessenkongruenz mit anderen sozialen Kräften. Der Fragment-Staat tritt so gut wie nie pur und direkt in Erscheinung. Es ist diese auch für den Staat selbst geltende Unvorhersehbarkeit von Konfrontation, die Willkür und, leider allzu oft, direkte Gewalt zu den wesentlichen Charakteristika staatlicher Kommunikation macht. Douglass C. North und Kollegen (2009: 15) ha-

ben in ihrer historisch angelegten Untersuchung darauf hingewiesen, dass ein sich durchsetzender Staat Gewaltausübung institutionalisiert. Weniger geht es hier um die idealtypische Etablierung eines weberianischen Gewaltmonopols. Es handelt sich um Praktiken der Gewährleistung der faktischen Schlagkraft, um die Notwendigkeit, unvermeidliche gewaltsame Auseinandersetzungen gewinnen oder zumindest in ihnen bestehen zu können. Gleiches gilt für den Fragment-Staat. Weit von der Monopolisierung von Gewalt entfernt arbeitet er mit dem beständigen Versuch der dosierten Anwendung von Gewalt. Diese Gewalt ist immer eingebettet in ein komplexes Feld strategischer und taktischer Interessen, wie sie sich beispielsweise in den immer wieder stattfindenden Entwaffnungskampagnen gegen Gemeinschaften und mit ihnen verbundene Milizen materialisieren.

Die Dosierung ermöglicht einen beständigen und pragmatischen Gewalteininsatz. Manchmal überraschend, manchmal vorhersehbar, manchmal limitiert, manchmal entgrenzt sind diese Gewalteinsätze nie vollständig steuerbar, mehr noch in ihrer Anordnung, wenig in ihrem Verlauf, nie in ihrer Wirkung. Dies zeigt sich in den mitunter stattfindenden Übergriffen von Armee-Einheiten auf Straßenbenutzer:innen, zu deren Schutz sie eigentlich abkommandiert wären. Dieser unvorhersehbare Charakter der politischen Auseinandersetzung hat auch Auswirkungen auf das politische Personal und sein Verhalten. Es besteht das beständige Risiko, dass die Gewalt auf ihre Verursacher zurückwirkt. Eher mit privatwirtschaftlichem Unternehmertum vergleichbar, ist südsudanesishe Politik daher ein Hochrisiko-Unterfangen, an dessen Ende die physische Auslöschung stehen kann.

Der unvergleichlich hohe Gewinn, den Politik ermöglicht, stellt allerdings alle privatwirtschaftlichen Gewinnmöglichkeiten in den Schatten. Oder besser gesagt, ein hoher privatwirtschaftlicher Gewinn bleibt ohnehin den politischen Spitzenspieler:innen und ihrem engsten Netzwerk vorbehalten. Dies sollte allerdings nicht mit einer Dominanz einer staatlichen Klasse verwechselt werden. Vielmehr repräsentiert diese enge Verschränkung zwischen privaten ökonomischen Gewinninteressen und staatlicher Macht nur eines der staatlichen Fragmente. Und dieses Fragment wirkt wiederum keineswegs in Richtung einer Verstärkung oder Durchsetzung staatlicher Macht, sondern perpetuiert seine Unterhöhlung.

Entlang dieser Charakteristika kann der Fragment-Staat als das genaue Gegenteil der von Timothy Morton (2013: 1) vorgeschlagenen »Hyperobjekte« verstanden werden. Prägnant formuliert: Hyperobjekte, für Morton »hyper«-

Dinge wie Klima oder Klimawandel, sind überall und nirgends, der Fragment-Staat hingegen ist nirgends und doch überall.

Hyperobjekte sind zäh und klebrig, sie bleiben hängen an allen Dingen, mit denen sie in Berührung kommen; der Fragment-Staat hingegen ist strikt verflüchtigend. Je näher er zu rücken scheint, desto mehr löst er sich auf. Hyperobjekte sind nicht-lokal und existieren nicht direkt in lokalen Manifestationen; der Fragment-Staat, im Gegensatz dazu, existiert nur in den Fragmenten seiner Manifestationen. Und letztlich sind Hyperobjekte interobjektiv und »hyper« in einem realen Sinne, und »not a function of our knowledge« (ebd.); der Fragment-Staat allerdings ist nichts anderes als lokale Manifestationen unserer Zuschreibung. Ohne unsere Zuschreibung könnte er weder wirken noch existieren. Gewissermaßen handelt es sich bei einem Fragment-Staat um ein Hypoobjekt, um eine nicht existente, aber dennoch vorstellbare und sich manifestierende (allerdings nicht: manifeste) Größe. Der Fragment-Staat ist Staat nur in seinen Erscheinungen, wobei die Erscheinungen wiederum nicht als staatliche durchdrungen und verstanden werden können.

Diese Unterscheidung hat einschneidende methodische Konsequenzen. Hypoobjekte sind per se nicht messbar. Tatsächlich beziehen sich alle Messgrößen, die in diesem Buch verwendet werden, nicht auf den Staat, sondern auf einzelne seiner Manifestationen. Ein Beispiel wäre der Unterschied zwischen einer Messung der Bevölkerungszahl *des* Südsudan und einer Messung der Zahl jener Menschen, die in dem als Südsudan abgegrenzten und designierten Territorium leben, also der Bevölkerungszahl *im* Südsudan. Was wie eine semantische Spitzfindigkeit klingen mag, ist doch ein fundamentaler Unterschied. Auch Hyperobjekte entziehen sich aufgrund ihres Charakters der Messbarkeit, nachdem sie im Konkreten gar nicht in Erscheinung treten. Sie sind nur philosophisch adressier- und diskutierbar, was der von Morton eingeschlagene Weg der Annäherung ist. Über Hypoobjekte hingegen lässt sich nicht philosophieren, sie lassen sich nur beschreiben. Ähnlich wie jede Beschreibung eines Hyperobjekts nur Beschreibungen seiner indirekten Wirkung hervorbringen kann, bezieht sich jede Philosophie über Hypoobjekte nur auf das vorgestellte, ideale Objekt, das sich im Hypoobjekt eben nur indirekt, in Manifestationen wiederfindet.

Ein Staat in Konfliktlandschaften

Ein in Fragmenten existierender Staat kann durch eine klassische Staatsanalyse nicht eingefangen werden. Die Schwächen institutionalistischer Ansätze wurden oben bereits diskutiert. Die offenkundige Sinnlosigkeit einer juristischen Staatswissenschaft in einem Kontext ohne »rule of law« ist ebenso offensichtlich. Doch sind auch andere kritische Zugänge der Staatstheorie ungenügend. Herrschaftskritische Ansätze wären zweifelsfrei in der Lage, die Marginalisierungs- und Exklusionsprozesse zu identifizieren, die von Staatlichkeit ausgehen. Selbst die strategische Funktionalität von Ausschluss und Marginalisierung lässt sich mit diesen Ansätzen bearbeiten. Die unauflösbare Problematik liegt allerdings in der entscheidenden Behauptung etwa feministischer Staatskritik, wonach diese Prozesse durch Festigung staatlicher Dominanz verwendet werden. Dies ist in Fragment-Staaten allein schon deswegen nicht der Fall, weil eine solche staatliche Dominanz nicht existiert.

Ebenso problematisch, allerdings anders gelagert, sind materialistische Staatsanalysen, die sich in den letzten Jahren erneut einer zunehmenden Beliebtheit erfreuen. Ihr Ausgangspunkt ist die Funktion des Staates in der Perpetuierung eines ausbeuterischen ökonomischen Systems, etwa als die Praxis der Verdichtung zwischen unterschiedlichen sozialen Elementen – in der materialistischen Diktion Klassen – des kapitalistischen Systems. Offenkundig ist der Südsudan durch ein hybrides ökonomisches System gekennzeichnet, oder besser durch unterschiedliche, hybrid gestaltete und in Wechselwirkung zueinander stehende ökonomische Systeme. Damit kann der Verdichtungsansatz nicht greifen, weil es keine einheitliche ökonomische Vergesellschaftung gibt. Darüber hinaus kann der Staat als eine solche verdichtende Praxis zwischen den unterschiedlichen Systemen gar nicht wirksam werden.

Dennoch haben materialistische Interpretationen im Anschluss an Alex de Waals Konzept des politischen Marktplatzes an Popularität gewonnen. Gefragt wird nach der ökonomischen Basis des Marktplatzes, nach seinen ökonomischen Mechanismen, den Perspektiven seiner Perpetuierung oder, in Zusammenhang mit der Ölförderung, nach einem möglichen Resource Curse (Patey, 2010). Die Herangehensweise ist in den konkreten Aussagen der jeweiligen Studien oftmals interessant und einsichtig. Zweifelhaft ist hingegen das generelle Argument. Der politische Marktplatz repräsentiert in meiner hier vorgeschlagenen Darstellungsform eine Konfliktlandschaft des Südsudan. Er liefert eine Perspektive für die Untersuchung dieser inhomogenen Konstellation.

Allerdings ist der politische Marktplatz kein alles dominierender Mechanismus. Ressourcen und Ressourcenpolitik stehen in enger Wechselwirkung mit dem transaktionalen Charakter südsudanesischer Politik. Aber sie bedingen nicht die Gesamtkonstellation, deren historische Entwicklung weit hinter die Phase der derzeit gegebenen Exportressourcen zurückreicht. Eine mit diesem Untersuchungsansatz mögliche Unterordnung aller Dimensionen unter den transaktionalen Charakter des Politischen und in weiterer Folge des Sozialen, was allerdings in dieser Deutlichkeit von Protagonist:innen weder behauptet noch angestrebt wird, wäre ein grob vereinfachendes Missverständnis.

Das Ziel meines methodischen Instrumentariums ist demgegenüber eine Mischung aus einem klassisch sozialwissenschaftlichen Analyseansatz und dem, was Clifford Geertz als »thick description« bezeichnet. Gemeint ist damit nichts anderes als eine Zurückweisung des Operationalisierungsparadigmas gegenüber dem offenen Zugang einer interpretativen Beschreibung (Geertz, 1973: 145). Diese Mischung ist nicht als ein ausschließendes Entweder-oder misszuverstehen. Vielmehr sind für die Untersuchung eines Staates in Fragmenten beide Elemente unumgänglich. Schließlich ist die Krux des Unterfanges einer Fragment-Staat-Analyse, dass das Untersuchungsobjekt als Hypoobjekt nur in einer idealtypischen Vorstellung existiert, obwohl es sich in verschiedensten konkreten Situationen manifestieren und somit spürbar werden kann.

Ich habe im Eingangskapitel ausgeführt, dass sich der Begriff »Konfliktlandschaft« aus dem englischen »conflictsapes« (Pospisil, 2020) ableitet. Das auf Deutsch unzureichend als »Landschaft« übersetzte Suffix »-scapes« verweist auf einen methodischen Ansatz Arjun Appadurais (1996), der so versucht, die zutiefst perspektivische Vernetzung der Globalisierung nachvollziehbar und darstellbar zu machen. Die Metapher der Landschaft erhebt spezifische Ansprüche an eine solche Darstellung. Sie stellt aber zu diesem Zweck eine Reihe an Stützen zur Verfügung. Grundsätzlich ist es nicht möglich, Landschaften vollumfänglich analytisch einzufangen. Jede Erzählung, jede behauptete Kausalität, ja selbst jede Quantifizierung kann an sich nicht mehr leisten, als einen Ausschnitt zu repräsentieren. Zudem ginge bei einer nüchtern und strikt auf das analytische Argument fokussierten Darlegung der viel gerühmte Charakter einer Landschaft verloren. Wobei ein solcher Charakter nichts anderes bezeichnet als all jene Elemente und Nicht-Elemente, die bei jeder möglichen Art von Kartografie verschwinden: analytische Lücken.

Arjun Appadurais Vorschlag stellt einen Zugang bereit, der solche analytischen Lücken einfängt, aber dennoch Gesamtaussagen ermöglicht. In seinen »-scapes« geht es Appadurai um drei zusammenhängende Elemente, die auch für meine Verwendung der Landschaftsmetapher entscheidend sind. Ich fasse sie unter den Begriffen Perspektive, Beziehung und Dimension zusammen.

Erstens verweist Appadurai auf den perspektivischen Charakter jeder Art von Beziehung, der durch die Metapher von Landschaft ausgedrückt wird. Dies lässt sich anhand offenkundiger Dinge nachweisen. Eine einfache Frage, etwa wie verhält sich eine Stadt zum Gelände, auf dem sie erbaut ist, kann eine unbegrenzte Zahl an Antworten hervorrufen. Dieses Argument kann weiter vertieft werden. Entlang des zuvor Gesagten ergibt sich, dass Landschaft nicht etwa abhängig von der Perspektive ist, vielmehr *ist* Landschaft Perspektive. Landschaft ist der methodische Vorschlag einer Annäherung an Erfahrbares und Sichtbares. Appadurai (ebd.: 33) unterscheidet in seiner Analyse von Globalisierungsprozessen zwischen fünf derartigen Landschaften: »ethnoscapes«, »mediascapes«, »technoscapes«, »financescapes« und »ideoscapes«. Sie alle liefern spezifische Perspektiven auf Globalisierung, ohne Anspruch auf analytische Vollständigkeit.

Für das Unterfangen einer Untersuchung von Konfliktlandschaften des Südsudan ist nicht so sehr die Typologie interessant, die sich beim Blick auf den spezifischen Kontext anpassen oder verändern kann, sondern die Funktionalität des angebotenen Rasters. Worauf zielen diese Landschaften ab? Appadurai beantwortet die Frage nicht direkt, gibt aber zwei wichtige Hinweise. Erstens geht es ihm um die drei soziologischen Grundelemente: Ökonomie, Kultur, Politik. Von der Anthropozän-Diskussion beeinflusste Kritiker:innen mögen das Fehlen von Natur – als Soziologie des Nicht-Humanen – bemängeln, andere die kritische Reflexion des Selbst. Nichtsdestotrotz ist mit diesen Meta-Kategorien ein breiter Teil von Lebensrealität ausgeleuchtet. Für die Definition seiner »-scapes«, gewissermaßen die Typenentscheidung, wesentlich ist ein zweiter Aspekt, der Verweis auf »fundamental disjunctures« (ebd.). Trotz aller Hervorhebung des Globalisierungsvokabulars von Verbindung bis zu Netzwerk geht es bei Appadurais Vorschlag ganz wesentlich um die Untersuchung von Bruchstellen, Erschütterungen, Trennungslinien, eben um jene analytischen Lücken, die sich einer klassischen Operationalisierung entziehen.

Das zweite Element ist jenes der Beziehung. Beziehung thematisiert ebenso wie Perspektive den subjektiven Auswahlcharakter von Landschaften. Denn Landschaften sind zumeist dort faszinierend, wo Dinge aufeinander-

treffen. Wetterphänomene mit physischen landschaftlichen Manifestationen oder provozierend platzierte bauliche Interventionen sind nur zwei derartige Beispiele. Gleiches gilt für Konfliktlandschaften. Eine rein territoriale Abgrenzung von Konfliktlandschaften, nach dem klassischen Muster einer Konfliktanalyse für Jonglei, wäre zwar für Expert:innen ohne Zweifel interessant und für manche vielleicht sogar unmittelbar handlungsrelevant. Viele würde eine solche territoriale Begrenzung aber, gewissermaßen von der Spezifität überwältigt, ratlos zurücklassen. Die Entscheidung für eine Typologie von Konfliktlandschaften soll also Beziehungen gewährleisten, die einerseits territoriale Kontexte überschreiten, andererseits einige jener Fragmente, die den heutigen Südsudan ausmachen, beschreiben können.

Die Konfliktlandschaften stehen in Beziehungen zueinander, wobei sich diese Beziehungen einer klärenden Strukturanalyse entziehen. Sie bilden vielmehr, wiederum in den Worten von Timothy Morton (2013: 83), ein »conflict mesh«, ein komplex verwobenes Amalgam von Konfliktlandschaften. »Meshes are potent metaphors for the strange interconnectedness of things, an interconnectedness that does not allow for perfect, lossless transmission of information, but is instead full of gaps and absences.« Ein »Mesh« beschreibt die Verbindungen zwischen den Konfliktlandschaften und die Lücken zwischen diesen Verbindungen. Es verbindet sich gewaltsam entladende Prozesse mit der überwiegenden Mehrzahl, in denen Konflikte anderen Formen der Aushandlung unterliegen. Es verbindet Kausalität, Übersetzung, aber auch Loslösung und Nicht-Verbindung oder Disintegration.

Das dritte Element ist schließlich die Dimension oder der hybride Charakter von Konfliktlandschaften. Hybridität ist Interaktion zwischen unterschiedlichen Rationalitäten von Akteuren, die sich mit ihren Logiken gleichzeitig in unterschiedlichen soziopolitischen und ökonomischen Dimensionen bewegen (Mac Ginty, 2011: 8). Konfliktlandschaften integrieren diese Dimensionen. Sie verschmelzen das Internationale mit dem Hyperlokalen. Sie bewirtschaften nationale Politik in Verhandlungen mit durchziehenden benachbarten Gemeinschaften. Die so oft zu lesende Unterteilung zwischen einem nationalen Konflikt und verschiedenen regionalen und lokalen Konflikten im Südsudan mag für verschiedene Interventionszwecke eine hilfreiche Krücke bieten. Analytisch ist sie irreleitend. In den südsudanesischen Konfliktlandschaften gibt es kein Lokales, kein Internationales, kein Nationales. Es gibt eine hochspezifische Konstellation von hybrider Perspektivität, die die unterschiedlichen Dimensionen pragmatisch, aus dem gerade eingenommenen Blickpunkt heraus, einfängt. Dies impliziert umgekehrt die Herausforderung

an die Beschreibung, diese Multidimensionalität bewusst anzunehmen und darzustellen.

Diese drei Elemente erklären die in der vorliegenden Untersuchung getroffene Auswahl der Konfliktlandschaften: die externe Durchdringung, die Ethnopolitik, den politische Marktplatz, die Transition und die Kämpfe um und gegen Marginalisierung. Sie liefern alle Perspektiven auf ein Ganzes, das als solches weder beschreib- noch analysierbar ist. Von methodisch und theoretisch besonderem Interesse ist die Konfliktlandschaft der Transition. Sie umfasst in gewisser Weise den Fragment-Staat selbst. Denn ein solcher Staat kann nur als permanente Durchgangssituation bestehen. Er ist kontinuierliche Transition und zeigt sich in ihren Äußerungen. Transition ist die Verhandlung des Staates mit seinen Fragmenten, die Arbeit an der Institutionalisierung von politischem Unsettlement. Somit ist Transition perpetuiert, sie ist, vollkommen unabhängig von irgendwelchen festgesetzten Zeitbestimmungen in Friedensverträgen, der unveränderliche, weil sich dauernd in Bewegung befindliche Grundzustand des Fragment-Staates.

Dieses Land hat alles

»Dieses Land hat alles.« Diese Aussage ist oft zu hören in Diskussionen im und zum Südsudan. Sie passt zu einer weiten Reihe an Themen, von politischen Debatten zum Friedensprozess bis zu persönlichen Gesprächen über subjektive Befindlichkeiten. Gemeint ist eigentlich ein Konjunktiv, ein Konjunktiv im Sinne von »dieses Land hätte alles, aber ...«. Vorgebrachte Beispiele weisen zumeist auf den offensichtlichen natürlichen Reichtum hin: das Öl, der Nil, die Biodiversität, die fruchtbaren Agrarregionen in Equatoria, einer potenziellen Kornkammer der ganzen Region. Gemeint ist immer auch die Schönheit der Gegenden, ihre kulturelle und sprachliche Vielfalt. Diese Vielfalt ist in der Tat im internationalen Vergleich beeindruckend: Mit über 70 im Staatsgebiet gesprochenen Muttersprachen liegt der Südsudan im *Language Diversity Index* bei 0,93. Es besteht also eine Wahrscheinlichkeit von 93 %, das zwei zufällig ausgewählte Südsudanese:innen nicht die gleiche Muttersprache sprechen. Damit liegt das Land im globalen Ranking der Sprachdiversität auf Rang Neun. Zum Vergleich: Deutschland liegt mit 0,336 auf Rang 132, Österreich mit 0,234 auf Rang 154.¹

Dass gerade in den beiden letztgenannten Ländern die Frage einer nicht-deutschen Muttersprache zu einem Politikum stilisiert wird, sagt einiges über deren Verfasstheit aus. Diversität als Bedrohung statt als Stärke wahrzunehmen, schafft institutionell schlechte Voraussetzungen für soziale und kulturelle Kapazitäten des Konfliktmanagements. Natürlich ist das Gegenteil deswegen nicht zwangsläufig richtig. Das Beispiel Südsudan demonstriert allzu deutlich, dass Diversität kein Garant für eine nicht-gewaltsame Konfliktaustragung ist. Dennoch zeigen viele Gespräche, dass Vielfalt im Land als Stär-

1 Die Zahlen basieren auf *Ethnologue*, 20th Edition, einsichtig über den Wikipedia-Eintrag zum »Linguistic Diversity Index«, https://en.wikipedia.org/wiki/Linguistic_diversity_index [10-01-2021].

ke und von so manchen sogar als Gemeingut angesehen wird. Klarerweise ist dieses Selbstverständnis brüchig und, gerade in Situationen andauernder Gewaltkonflikte, volatil. Ähnlich wie in anderen Weltregionen ist ein solches Denken mit einem teleologischen Fortschrittsdiskurs verknüpft. Jene, die die Vision von soziokultureller Pluralität nicht teilen, werden schnell despektierlich als rückständig gebrandmarkt. Gerade in Juba sind solche Erklärungen oft zu hören.

Nichtsdestotrotz ist die grundlegend positive Besetzung von Diversität im südsudanesischen Kontext nicht nur alternativlos. Sie gibt einen Einblick in die Möglichkeiten institutionalisierten Zusammenlebens. Ohnehin ist die moderne Vision einer national homogenisierten Gesellschaft, die nicht zuletzt auf einer relativen sprachlicher Einheit basiert, die wiederum die Basis für uniforme Rechts- und Sozialsysteme bieten soll, unter den gegebenen Bedingungen im Südsudan nicht realisierbar. Unbestreitbar ist ebenso, dass problematische ethno-politische Tendenzen gegeben sind. Diese Tendenzen konterkarieren eine grundsätzlich positive Einstellung zur Vielfalt mit verengten Bestrebungen nach Hegemonie.

Eine Nation in Fragmenten

Das Problem des oftmals im Bedauern über das Gegebene geäußerten Satzes »Dieses Land hat alles« ist vor diesem Hintergrund weniger die Feststellung eines durch die Jahrzehnte des Krieges bedingten Mangels. Es geht um eine Frage der Zugehörigkeit, um Fragmente eines positiv besetzten Nationalismus. Gerade in einem hybriden Kontext, wo die Zugehörigkeit zu eng definierten Gemeinschaften mit einem mitunter radikal erscheinenden Kosmopolitismus zusammenprallt, werden solche Elemente offenbar. Städter:innen, die zu familiären Anlässen in die »Dörfer« reisen, technisch hochgerüstete humanitäre Professionals, die sich im andauernden Austausch mit halbnomadisch und in Subsistenz lebenden Gemeinschaften befinden. Von jedem überlokalen Diskurs ausgeschlossene junge Männer in Cattle Camps mit Maschinengewehren. Der direkte Sprung einer gesprochenen und nicht-monetären Kultur des Zusammensitzens zu sozialen Medien und mobilen Bezahlssystemen.

Zu erleben ist eine Vervielfachung der traditionellen Mobilität durch neue Transport- und Kommunikationsmittel, die einen erstaunlich großen Anteil von Menschen in eine hybride, habituell grenzüberschreitende Lebensrealität

versetzt. Der Südsudan ist ein gutes Beispiel dafür, warum David Goodharts (2017) soziologische These von »Anywheres« und »Somewheres« – dem Widerspruch zwischen jenen, die sich heimatlos in beständiger Bewegung befinden und jenen, die gewissermaßen in ihrer Scholle verhaftet bleiben – grundlegend falsch angesetzt ist. Mobilität ist Menschen eingeschrieben. Es ist überhaupt erst die Institutionalisierung der Moderne, die eine solche Mobilität als Problem versteht. »Somewheres« sind keine Zurückgelassenen. Sie werden zu »Somewheres« aufgrund ihrer bewussten Entscheidung. Im Gegensatz zu Goodharts These sind es nicht die finanziellen Mittel, die ein »Anywhere«-Leben ermöglichen. Oft ist genau ein solcher Lebensentwurf aus den gegebenen materiellen Nöten geboren, während erst eine privilegierte ökonomische Situation ein »Somewhere«-Dasein ermöglicht.

Die südsudanesisische Realität veranschaulicht das dem territorialen Verharren inhärente Privileg. Schon allein die vorherrschenden Lebensbedingungen, die die in der Region lebenden Gemeinschaften zur Bewegung zwingen, haben über Jahrhunderte eine Entscheidung zur Sesshaftigkeit gar nicht zugelassen. Es gibt für die meisten der heutigen Südsudanesis:innen gar keine andere Option, als gleichzeitig »Anywhere« und »Somewhere« zu sein. Nicht wenige Biografien weisen einen direkten Übergang zwischen erzwungenen und freiwilligen Migrationsbewegungen auf.

Nationalismus mag in dieser radikalen Hybridität eine gewisse Orientierung ermöglichen. Und Nationalismus hatte seine Momente im Südsudan, gerade zum Zeitpunkt der staatlichen Unabhängigkeit. Nach wie vor sind solche Manifestationen zu bemerken. Trikots der Fußballnationalmannschaft sind immer wieder zu sehen, auch vereinzelte, stylische T-Shirts mit der Aufschrift »+211«, der südsudanesischen Telefonvorwahl. Meine Versuche, solche Shirts und Trikots in Customs oder KonyoKonyo, zwei der großen Märkte in Juba zu erstehen, scheitern aber regelmäßig. Die Nachfrage sei derzeit einfach nicht da, ist von den Händler:innen zu hören.

Eine fehlende Nachfrage. Einer der Aspekte, die die Vignetten dieser Monografie zu beschreiben versuchen, ist die Abgerissenheit des historischen Prozesses einer gesellschaftlichen Institutionalisierung, auf den das Projekt eines südsudanesischen Nation-Building zurückgreifen könnte. Das kurz andiskutierte Konzept einer Rainbow Nation nach südafrikanischem Vorbild oder der damit verwandte Ansatz eines Verfassungspatriotismus US-amerikanischer Prägung sind selbst als Vergleichsgrößen nur bedingt hilfreich. Der historische Integrationsprozess dieser Entitäten verlief grundlegend anders. Zugleich lassen sich Modelle des gesellschaftlichen

Zusammenlebens, wie die Erkenntnisse der New Institutional Economics eindrucksvoll untermauern, nicht einfach kontextunabhängig transferieren.

Die meisten internationalen Beobachter:innen und nicht wenige Südsudaner:innen (vgl. Awolich, 2015) interpretieren dies als eine fatale Schwäche und ein fundamentales Problem. Regelmäßig findet sich der Verweis auf eine mangelnde nationale Identitätsbildung. Der fehlende gesamtgesellschaftliche Zusammenhalt – als *Terminus Technicus* hat sich »soziale Kohäsion« etabliert – rangiert hoch unter den sogenannten »Root Causes« der zahlreichen Konfliktanalysen. Ohne umfassende gesellschaftliche Integration, ohne durchdringendes Nationalbewusstsein sei kein Staat zu machen, lautet die argumentative Behauptung solcher Erklärungsmuster. Aber just diese gesellschaftliche Integration scheint allem Anschein nach im Südsudan in eine Sackgasse geraten zu sein. Es ist von daher wenig verwunderlich, dass die allermeisten analytischen Vorhersagen für den Südsudan eine dystopische Gestalt annehmen.

Mein hier vorgebrachtes Argument, das sich einige ältere Gedanken von John Gray zur Frage einer nichtmodernen Form sozialer Institutionalisierung – gewissermaßen eine Gesellschaft ohne Gesellschaft – zunutze macht, positioniert sich diametral entgegen einem solchen Integrationsgedanken. Grays Kritik am liberalen Modernismus, der auch dem liberalen Peacebuilding-Projekt inhärent ist, hat überraschende Relevanz für ein Land wie Südsudan, das alles hat, nur kein »Land« im modernen Sinne. »Liberal thought rarely addresses the deeper diversity that comes when there are different ways of life in the same society and even in the lives of the same individual. Yet it is this latter sort of pluralism that should set the agenda of thought about ethics and government today.« (Gray, 2000: 12)

Die Gedankengänge in diesem Buch können kein Rezept anbieten, wie ein solcher Pluralismus institutionell einzugießen wäre. Das wäre auch strukturell unmöglich. Schließlich ist Diversität eines jener sozialen Güter, die einer Planung gemeinhin unzugänglich sind. Diversität hat einen intrinsisch pragmatischen Gehalt, selbst wenn das viele modern geprägte Agenturen in ihrem Machbarkeitswahn nicht wahrhaben wollen. Geplant werden kann nur das Gegenteil, die Eliminierung von Diversität. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass ein solcher geplanter Prozess der Eliminierung von Diversität im europäischen politischen Diskurs mittlerweile als »Integration« firmiert. Homogenisierung und eine »De-Parallelisierung« von Gesellschaften bieten keinen Weg zu sozialer Harmonie.

Dahingegen wird die Institutionalisierung von Diversität nicht erzeugt. Sie entsteht. Es ist gerade diese Einsicht, die am wohlmeinenden Engagement zahlreicher Entwicklungs- und Friedenspartner:innen des Südsudan grundsätzliche Zweifel aufkommen lassen. Weniger an ihren hehren Interessen oder ihren Kapazitäten, die ebenso legitim hinterfragt werden könnten. Zu problematisieren ist ihre grundlegende epistemologische Fähigkeit, sich einer derartigen Herausforderung produktiv stellen zu können.

Strategische Ambivalenz

Für eine kritische Selbstreflexion der internationalen Südsudan-Perzeption ist ein interpretativer Blick auf die Konfliktlandschaft der politischen Transition, wie hier argumentiert, eine existenzielle Grundbedingung des Fragment-Staates, hilfreich. Südsudanesischer Politik wird vom Gros ihrer externen Beobachter:innen und strukturellen Partner:innen für gewöhnlich ein Mangel an Kapazität unterstellt. Dies ist nicht zuletzt in der Art und Weise begründet, wie Geschichte erzählt wird. Die moderne Erzählung liebt Siege und Niederlagen. Sie ist auf der beständigen Suche nach Klarheit. Dass genau jene Elemente – Siege, Niederlagen, Klarheit – in der südsudanesischen Geschichte fehlen, hat zu fundamentalen Missverständnissen geführt. Diese Missverständnisse ziehen in vielen Fällen wiederum konkrete Fehleinschätzungen und, in weiterer Folge, gravierende politische Fehler nach sich.

Ein konkretes Beispiel für ein solches Missverständnis ist die Interpretation der persönlichen Geschichte des jetzigen Ersten Vizepräsidenten Riek Machar. Zweimal ist er als einer der Hauptprotagonisten durch einschneidende organisatorische Spaltungsprozesse gegangen. Beide hat er nach blutigen Auseinandersetzungen verloren. Währenddessen hat er radikale Forderungen mit weitreichenden Kompromissen verknüpft. Besonders augenfällig ist die von außen betrachtet unfassbar erscheinende Verbindung des strikten Eintretens für die südsudanesishe Unabhängigkeit mit einer gleichzeitigen Annahme von militärischer Unterstützung durch das nominell verfeindete sudanesishe Regime.

Riek Machar ist nach diesen zwei potenziell genickbrechenden Niederlagen und einiger formidabler politischer Akrobatik heute Erster Vizepräsident des Südsudan. Das ist eine in vielerlei Hinsicht bemerkenswerte Leistung. Sie zeigt Resilienz, Organisationskraft und Pragmatismus. Das sind Eigenschaften

ten, die als grundsätzliche Charakteristika in der politischen, ökonomischen und sozialen Entwicklung im Südsudan gesehen werden können. Andere solche Elemente sind Kompromisslosigkeit und Risikobereitschaft, wenngleich mit zum Teil bedenklichen Folgen. Protagonist:innen wie Salva Kiir und Riek Machar dominieren das politische System seit vier Jahrzehnten. Sie stehen aber auch stellvertretend für viele, die ihre Risikobereitschaft mit dem Leben bezahlt haben. Was viele externe Beobachter:innen so oft ratlos zurücklässt, ist der hohe Einsatz, mit dem gespielt wird.

Was gleichzeitig oft mit einer gewissen Ignoranz übersehen wird, ist die Finesse, die das Spiel auszeichnet. Der wohl konsistenteste Baustein dieser Finesse ist die strategische Ambivalenz. Wir haben strategische Ambivalenz als wesentlichen politischen Charakterzug des südsudanesischen Widerstandes kennengelernt. Selbstbestimmung, »New Sudan«-Vision, Revolution, Kooperation, Demokratie. Politische Größen werden den Umständen angepasst, politische Forderungen wie gerade gezogene Spielkarten als Atouts ausgespielt.

Ambivalenz scheint fürwahr die einzige Kontinuität südsudanesischer Politik. Für welches politische Programm steht die Regierung Salva Kiir? Für welches Programm steht die politische Opposition? Und wodurch unterscheiden sich die verschiedenen politischen Kräfte der Opposition? Einer der Gründe, warum eine auf diese Fragen eingehende, durchaus umsetzbare inhaltsanalytische Untersuchung in diesem Buch unterbleibt, ist ihre fundamentale Bedeutungslosigkeit. Demokratie, Frieden, Entwicklung, Korruptionsbekämpfung sind einigende politische Forderungen, die von allen politischen Kontrahenten erhoben werden. Zugleich sind es unvermeidlich ihre hauptsächlichen Spaltungslinien. Wenn Unterschiede diskursiv nicht herausgearbeitet werden können, kann Konkurrenz nur über Praxis und Nuancierung ausgetragen werden.

Dennoch ist die schwache Ideologisierung der südsudanesischen Politik alles andere als ein Nachteil, auch wenn sie mit einem beträchtlichen historischen Ballast zu kämpfen hat. Wie gezeigt, ist die extern angestoßene Durchdringung des Südsudan als einheitlicher Raum in keinen institutionalisierten Integrationsprozess übergegangen. Sie hat Konfliktlandschaften produziert, die durch beständige Widersprüchlichkeiten untereinander geprägt sind. Wie ebenfalls gezeigt, entwickeln sich gemeinschaftliche Identitäten wesentlich in Abgrenzung zueinander. Der über zwei Jahrhunderte andauernde gewaltsame Prozess der Formierung einer Hülle der heutigen südsudanesischen Nationalstaatlichkeit beruht auf Konstrukten der Abgrenzung. Die grobe Entge-

gensetzung einer »afrikanischen« und einer »arabischen« Identität – zu der sich jüngst die wirr wirkende Einlassung des ugandischen Präsidenten Yoweri Museveni gesellt hat, nach der Südsudanese:innen nicht »schwarz«, sondern »blau« wären² – und ethnopolitische Gegensätze zwischen den verschiedenen im Südsudan lebenden Gemeinschaften sind deren konstante Narrative.

Oftmals wird vergessen, dass die ethnopolitische In-Konkurrenz-Setzung ein Produkt einer extern angestoßenen Durchdringung ist: der taktischen Bündnisse der Turkiyya mit lokalen Gemeinschaften in der Befriedung des Widerstandes, der »Indirect Rule« des Kondominiums, der »peace from within«-Strategie des sudanesischen Regimes. Abgesehen von den faktischen Wirkungen haben diese Durchdringungen moralisch aufgeladene Narrative produziert, die bis heute eine gefährliche Wirkung entfalten können. Die in vorangegangenen Kapiteln diskutierte Frage, woher die Murle denn ihre Waffen hätten, wurde mir in Gesprächen wiederholt in suggestiver Absicht gestellt, als impliziter Verweis auf die Ausrüstung von Murle-Milizen durch die sudanesishe Regierung in der zweiten Phase des sudanesischen Bürgerkrieges.

Doch wie im Falle der politischen Flexibilität von Riek Machar und seiner Bereitschaft zur wiederholten pragmatischen Zusammenarbeit mit Khartum – und er steht nur beispielhaft für eine ganze Reihe an politischen Akteuren – ist die in solchen Vorhalten mitgemeinte moralische Zuschreibung überzeichnet. Es geht nicht um starke moralische Kategorien wie Treue, Verrat oder Ideologie. Ziel ist vielmehr, das bestmögliche Resultat unter den gegebenen Bedingungen zu erreichen. Und sollten die gegebenen Bedingungen keine annehmbaren Resultate zulassen, ist Tajility, die Fähigkeit des Auswartens, zumeist die Methode der Wahl. Aus einem politischen Verständnis der Moderne heraus werden derartige Charakteristika strategischer Ambivalenz routinemäßig als politische Schwäche abgetan. Mitunter werden sie in Kategorien des Verrats interpretiert. Aber strategische Ambivalenz ist mit keinem dieser beiden Verständnisse befriedigend einzufangen.

Die Formen der Bewegung am politischen und sozialen Parkett eines formalisierten Unsettlement entfalten kaum je einen genuinen Charakter. Kaum je formulieren sie eine politische Zielvorgabe, die sich über Jahrzehnte formt und dann über weitere Jahrzehnte verfolgt wird. Sie repräsentieren vielmehr die Form der Institutionalisierung von Unsettlement, einer sich allzu oft lei-

2 https://www.youtube.com/watch?v=-1dzlSeKl_I [28-01-2021].

der gewaltsam äußernden Bewegung innerhalb und zwischen den Fragmenten, die den Südsudan ausmachen.

Selbst die südsudanesishe Unabhängigkeit ist kein Produkt einer langfristigen, entschlossenen Strategie. Sie entsteht fast schon reaktiv, als kontinuierliche Antwort, als Anpassung politischer Forderungen, pragmatisch. Wäre dieses politische Ziel von Anfang an so klar verfolgt worden, hätte die Forderung nach Unabhängigkeit im Zuge ihrer Umsetzung wahrscheinlich unüberwindliche strukturelle Hürden produziert. Die letztendliche klare und einheitliche Forderung nach Unabhängigkeit wird erst in die Diskussion geworfen, als faktisch alle dafür notwendigen Voraussetzungen gegeben sind. Die Kombination von strategischer Ambivalenz und Tajility kann in Hinblick auf das sprichwörtliche weberianische Politikverständnis eines langsamen Bohrens von harten Brettern auf mitunter bemerkenswerte Erfolge verweisen.

Angesichts meiner wissenschaftlichen Spezialisierung und der Natur meiner Auseinandersetzungen mit dem Südsudan kann ich mir nicht anmaßen, weitergehende soziologische Aussagen zu treffen. Doch gibt es immer wieder Hinweise darauf, dass sich nicht nur die Hybridität zwischen unterschiedlichen Lebensrealitäten, sondern auch diese strategische Ambivalenz auf subjektiver Ebene widerspiegelt. Das ist schon allein deshalb notwendig, um die unterschiedlichen Konfliktlandschaften, die ebenso die Politiken des Alltags bestimmen, bestmöglich manövrieren zu können. Es ist naheliegend, diese Qualitäten, wie erzwungen und problematisch ihre Entwicklung auch gewesen sein mag, in ihrem Potenzial für den südsudanesischen Transformationsprozess zu erkennen.

Institutionelles *Unsettlement*

Unter Umständen verwirklicht der Südsudan gerade das genaue Gegenteil der zumeist düster gezeichneten Prognosen. Da sind die Anzeichen eines möglichen ökonomischen Booms, da sind die zahlreichen privaten Initiativen, da ist unbegrenztes soziales Potenzial, das nicht unbedingt auf günstige, aber zumindest auf nicht massiv ungünstige Rahmenbedingungen wartet, um sich entfalten zu können. Der Plan, den Südsudan in den vorgegebenen Pfad einer modernen Nationalstaatsbildung zu zwingen, wird diese Rahmenbedingungen nicht verbessern. Jede historisch-institutionalistische Analyse zeigt, dass der Formierungsprozess von Nationalstaatlichkeit über-

aus gewalttätig verläuft, in allen Weltregionen. Die bisherige Geschichte der mit dem Südsudan verbundenen Prozesse der Institutionalisierung und Deinstitutionalisierung legen nahe, dass hier keine Ausnahme dieser Regel vorliegt. In der gegebenen Situation scheint allein schon das Nachdenken über die Erreichbarkeit weberianischer Idealtypen von Staatlichkeit absurd.

Vielleicht ist einfach die Perspektive falsch gewählt. Vielleicht sollte der Blick kompromisslos dahin wandern zu erkennen, was funktioniert, und im Anschluss zu überlegen, wie dieser Funktionalität der beste Entfaltungsrahmen gegeben werden kann. Die Frage nach der Überwindung einer staatlichen Fragmentierung könnte der Frage weichen, wie im Unsettlement der staatlichen Fragmente Leben und Markt produktiv und erfüllend gestaltet und ermöglicht werden können. Südsudanes:innen sind gezwungen, diese Frage jeden Tag zu beantworten, allen widrigen Rahmenbedingungen zum Trotz. Und sie beantworten sie mit einem beträchtlichen Organisationsgrad und sturer Effizienz.

Die sozialen Transformationen, die sich im Südsudan vollziehen, sind ohne Zweifel fundamental und in ihrer Radikalität weltweit einzigartig. Diese Prozesse zu gestalten ist weitestgehend unmöglich. Ähnlich einem Fluss bahnen sich diese Transformationen ihren Weg. Und dieser Weg wird aller Wahrscheinlichkeit nach nicht in einer südsudanesischen Gesellschaft münden, sondern, korrespondierend mit der sich nur in Fragmenten manifestierenden Staatlichkeit, in südsudanesischen Gesellschaften im Plural. Diese Gesellschaften mögen sich räumlich wie sozial überschneiden, funktionieren aber nicht zwangsläufig nach den gleichen institutionellen Spielregeln.

Paradoxerweise ist die dem südsudanesischen Staat so oft zugeschriebene »Schwäche«, seine Unfähigkeit zur Organisation einer nationalen Vergesellschaftung, vielleicht seine eigentliche Stärke. Ein politisches Übereinkommen zur Nichtübereinkunft – das schon zitierte »Formalised Political Unsettlement« – könnte Voraussetzungen für eine konsequente Nichtexpansion des Staates schaffen. Der in so vielen politischen Debatten über liberaldemokratische politische Systeme als Abschreckung ins Treffen geführte schlanke Staat ist im südsudanesischen Kontext nicht nur die einzig realistische Option. Er könnte sogar produktive Rahmenbedingungen bieten.

Der südsudanesische Fragment-Staat hat paradoxe Eigenschaften. Obwohl er abgesehen von seinen konkreten Manifestationen nicht existiert, ist er dennoch viel zu groß. Ein vertiefender Blick auf die Konfliktlandschaften des Südsudan zeigt zudem, dass die Fragmente südsudanesischer Staatlichkeit im andauernden, aber gleichzeitig beständig abgerissenen und unvoll-

ständigen Versuch, sich zu materialisieren, kontinuierlich Gewalt produzieren. Diese Gewalt ist allerdings weniger eine Antwort auf nicht adressierte »Root Causes«, wie es Analysen so gern hervorheben, sondern sie hat einen primär verwaltenden Charakter.

Es geht bei dieser Gewalt nicht um das Erreichen politischer Zielsetzungen oder eine Beantwortung spezifischer »Grievances«. Zumeist geht es ebenso wenig, um den einst von Paul Collier und Anke Hoeffler (2004) in die Debatte geworfenen Antagonismus zu bemühen, um »Greed«. Oft entspringt Gewalt Disruptionen zwischen den Konfliktlandschaften, gezielten Versuchen der Erringung strategischer Vorteile durch die Ausnutzung von potenziell gewaltsamen Konflikten zwischen Gemeinschaften. Manchmal sind es schlichte Fehleinschätzungen oder unglückliche Resultate riskanter politischer Strategien. Zumeist aber ist Gewalt pragmatisch, was ihr ihre zerstörerische Dimension nicht nimmt, jedoch zeigt, dass sie keineswegs einen unabwendbaren Baustein der südsudanesischen Lebensrealitäten darstellt.

In Hinblick auf die Vermeidung bewaffneter Gewalt ist strategische Ambivalenz allerdings kein Vorteil. Die Anwendung von Gewalt wird nie aus grundsätzlichen Erwägungen ausgeschlossen sein. Der immanente politische und soziale Pragmatismus ermöglicht deren flexible Anwendung, wenn es die Umstände geboten erscheinen lassen. Versuche einer Verankerung prinzipiengeleiteter Ansätze der Gewaltvermeidung erscheinen demgegenüber als nicht vielversprechend. Derartige Versuche können verwendete Begrifflichkeiten und Sonntagsreden beeinflussen, aber sie werden letztendlich gegen die pragmatische Beziehung zu bewaffneter Gewalt nicht ankommen. Im Südsudan ist keine Revolution zu machen. Weder auf politischer Ebene – was keineswegs mögliche überraschende Regierungswechsel ausschließt – noch sozial. Die abgerissene Institutionalisierung eines Fragment-Staat gibt die dafür notwendigen strukturellen Voraussetzungen nicht her. Ohnehin verlaufen viele Prozesse der sozialen Transformation derart rasant und dynamisch, dass sie einer Revolution gar keinen konkreten Raum lassen würden. Sie könnte diese Transformationen maximal verlangsamen.

Vor diesem Hintergrund sind Überlegungen zu einem pragmatischen Gewaltmanagement unabdingbar. Schließlich »[t]here is no ›pre-war normalcy‹ to which people can aspire, just a situation of less and more predictable violence« (de Waal, 2015: 67). Eine Resilienz gegenüber Gewalt, nicht im Sinne der Lösung des Gewaltproblems, sondern im Sinne der strukturellen Erschwerung von Gewaltausübung, ist die einzige realistische Möglichkeit, die von den gegebenen sozialen Dynamiken zugelassen wird.

Hier liegt aber gleichzeitig der bedrohliche Charakter von Ideen wie Nation und sozialer Kohäsion, die immer die Karotte einer endgültigen Lösung der Gewaltfrage vor sich hertragen. Nationalstaatlichkeit hat eine ungebrochene performative Kraft. Darin liegt ihre eigentliche Bedrohung, und diese Bedrohung ist in zerrissenen Prozessen der Institutionalisierung umso massiver. Ratschläge zur Überwindung dieser performativen Kraft müssen angesichts der Kontextualität solcher Überwindungen, die in einem gegebenen Raum immer hybrid – Ebenen und Dimensionen überschreitend – und divers – soziale Grenzen überschreitend – verlaufen, unterbleiben.

Erteilt werden können solche Ratschläge wohl nur jenen, die in der Kontinuität der externen Durchdringung stehen, die ihre Aufgabe also in der Umorientierung und Neuausrichtung südsudanesischer Staatlichkeit sehen. Ihr Problem ist letzten Endes ein tiefes Misstrauen in die menschliche Innovations- und Gestaltungskraft. Planung soll spontane Konfiguration und darauf aufbauende institutionelle Transformation substituieren. Prozesse, die mit Misstrauen und Ungeduld betrachtet werden. Allzu oft nimmt Intervention damit aber dringend benötigten sozialen Raum, statt ihn bereitzustellen. »Resignation was ever the fount of [hu]man's strength and new hope. [...] life springs from ultimate resignation. Uncomplaining acceptance of the reality of society gives [hu]man indomitable courage and strength to remove all removable injustice and unfreedom.« (Polanyi, 1957: 168) Zumindest in Bezug auf das internationale Engagement im Südsudan wäre eine Hinwendung zu einer solchen produktiven und ihrem Wesen nach vertrauensvollen und optimistischen Resignation wünschenswert.

Abkürzungsverzeichnis

ARCSS	Agreement on the Resolution of Conflict in the Republic of South Sudan, unterschrieben im Jahr 2015*
AU	Afrikanische Union, Nachfolgeorganisation der OAU
CANS	Civil Authority of the New Sudan, SPLM/A-Zivilverwaltung in den befreiten Gebieten während des sudanesischen Bürgerkrieges
CAR	Zentralafrikanische Republik
CNPC	China National Petroleum Corporation
CPA	Comprehensive Peace Agreement between the Government of the Republic of the Sudan and the Sudan People's Liberation Army/Sudan People's Liberation Movement, unterschrieben im Jahr 2005**
CTSAM(V)M	Ceasefire and Transitional Security Arrangements Monitoring (and Verification) Mechanism, CTSAMM eingerichtet von ARCSS, CTSAMVM eingerichtet von R-ARCSS
Dar	Dar Petroleum Operating Company
DDR	Disarmament, Demobilisation, and Reintegration
DRC	Demokratische Republik Kongo
DUP	Democratic Unionist Party, eine der traditionellen politischen Parteien des Sudan, die von 1986 bis 1989 mit Ahmed al-Mirghani den Ministerpräsidenten stellt
EPDRF	Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front

* Vertrag unterzeichnet im Jahr 2015, <https://www.peaceagreements.org/masterdocument/1357>.

** Vertrag unterzeichnet im Jahr 2005, <https://www.peaceagreements.org/masterdocument/337>.

GBV	Gender-based violence
GERD	Grand Ethiopian Renaissance Dam
GNPOC	Greater Nile Petroleum Operating Company
GoSS	Government of the Republic of South Sudan (nach der Unabhängigkeit); ursprünglich eingerichtet durch das CPA, während der Interimsperiode bis zur Unabhängigkeit Government of Southern Sudan
GPAA	Greater Pibor Administrative Area
GPOC	Greater Pioneer Operating Company
HRW	Human Rights Watch
ICG	International Crisis Group
ICRC	International Committee of the Red Cross
IDP	Internally Displaced Persons
IGAD	Intergovernmental Authority on Development, 1986 gegründete Regionalorganisation mit Hauptquartier in Dschibuti, Mitglieder sind Äthiopien, Dschibuti, Eritrea, Kenia, Somalia, Südsudan, Sudan und Uganda
IO	zumeist: Kurzform für SPLM/A-IO; oder: Internationale Organisation
IPC	Integrated Food Security Phase Classification***
JCE	Jieng (Dinka) Council of Elders, Zusammenschluss von einflussreichen Dinka-Persönlichkeiten mit dem deklarierten Ziel einer auf angenommenen Dinka-Interessen beruhenden ethnopolitischen Einflussnahme
JDB	Joint Defence Board, eingerichtet vom CPA
JEM	Justice and Equality Movement, Rebellengruppierung in Darfur
JIU	Joint Integrated Units, gemeinsame Truppenkörper von SAF und SPLA während der CPA-Interimsperiode
LRA	Lord's Resistance Army (Uganda)
MONUSCO	United Nations Organization Stabilization Mission in the Democratic Republic of Congo
MP	Member of Parliament
NAS	National Salvation Front, bewaffnete Gruppierung in Equatoria unter Kommando von Thomas Cirillo

*** www.ipcinfo.org/ [25-01-2021].

NCAC	National Constitution Amendment Committee, eingerichtet vom ARCSS/R-ARCSS-Framework
NCP	National Congress Party (Sudan), Partei des langjährigen sudanesischen Diktators Omar al-Bashir
NCRC	National Constitutional Review Commission, eingerichtet von Salva Kiir per präsidentiellem Dekret 02/2012 am 9. Januar 2012, in der gegenwärtigen Transitionsperiode mit der Erarbeitung eines neuen Verfassungsentwurfes beauftragt
NIF	National Islamic Front, politische Fraktion im Sudan unter Leitung von Hassan al-Turabi
NLC	National Liberation Council, Führungsorgan der SPLM
NPA	Norwegian People's Aid
NPC	National Petroleum Commission, eingesetzt als Folge des CPA
NPG	Nile Provisional Government, Zivilverwaltung der Anya-nya I, eingerichtet im Jahr 1969 (folgt SSPG)
NPTC	National Pre-Transition Committee, eingerichtet als Folge des R-ARCSS
NSCC	New Sudan Council of Churches, Dachorganisation der Kirchen im südlichen Sudan vor der Unabhängigkeit
NSS	National Security Service, südsudanesischer Geheimdienst
NTC	National Transition Committee, eingerichtet als Folge des R-ARCSS
NUP	National Unionist Party, einflussreiche Partei im vorkolonialen Sudan der frühen 1950er-Jahre, Vorgängerorganisation der DUP
OAU	Organisation of African Unity, Vorgängerorganisation der AU
OLS	Operation Lifeline Sudan, UN-geleitete Hilfsoperation für den gesamten Sudan, die auch zahlreiche weitere Hilfsorganisationen umfasst, eingerichtet im Jahr 1989
ONGC Videsh	Oil and Natural Gas Corporation Videsh Limited
OPP	Other Political Parties, Bündnis von sechs politischen Parteien, die R-ARCSS unterschrieben haben
PD	Presidential Decree
PJTC	Permanent Joint Technical Commission, eingerichtet in Folge des Nile Waters Agreement von 1959 zwischen Ägypten und dem Sudan
PoC	Protection of Civilians

R-ARCSS	Revitalised Agreement on the Resolution of Conflict in the Republic of South Sudan, unterschrieben im Jahr 2018****
RASS	Rehabilitation Association of South Sudan, affiliert mit der SPLA-Nasir
(R)JMEC	(Reconstituted) Joint Monitoring and Evaluation Commission, eingerichtet zur Überwachung der Implementierung von ARCSS/R-ARCSS
RRC	South Sudan Relief and Rehabilitation Commission
R-SPLM	Real SPLM, gegründet vom vormaligen SPLM-Generalsekretär und späteren Mitglied der SPLM-FD, Pagan Amum
(R-)TGoNU	(Revitalised) Transitional Government of National Unity, eingerichtet im Rahmen des IGAD-Friedensprozesses (ARCSS/R-ARCSS)
SAF	Sudanese Armed Forces, Armee des Sudan
SANU	Sudan African National Union, zuvor kurz auch Sudan African Closed Districts National Union, im Jahr 1963 gegründete südsudanesische politische Partei
SLM	Sudan Liberation Movement, Rebellengruppe in Darfur, gespalten in zwei Fraktionen. Die SLM Minni Minawi hat das Juba Peace Agreement unterzeichnet, die SLM al-Nur, geführt von Abdul Wahid al-Nur, hat das Abkommen nicht unterzeichnet
SPDF	Sudan People's Defence Forces, Miliz von Riek Machar im Jahr 2002
SPLA/M	Sudan People's Liberation Army/Movement
SPLA/M-IG	Sudan People's Liberation Army/Movement in Government, Hauptfraktion der SPLA/M nach Ausbruch des südsudanesischen Bürgerkrieges im Jahr 2013
SPLA/M-IO	Sudan People's Liberation Army/Movement in Opposition, von Riek Machar geleitete Abspaltung von der SPLM/A nach Ausbruch des südsudanesischen Bürgerkrieges im Jahr 2013
SPLA/M-N	Sudan People's Liberation Army/Movement-North, aktiv in den »Two Areas« im Sudan (South Kordofan, Blue Nile, Nuba Mountains) seit der südsudanesischen Unabhängigkeit; gespalten in zwei konkurrierende Flügel, geleitet von Malik Agar, der Teil des Juba-Friedensprozesses für den Sudan ist, und Abdelaziz al-Hilu, der sich zunächst nicht an dem Friedensprozess beteiligt

**** Vertrag unterzeichnet im Jahr 2018, <https://www.peaceagreements.org/viewmasterdocument/2112>.

SPLA-Nasir	SPLM/A-Abspaltung unter Lam Akol und Riek Machar im Nasir-Split 1991
SPLA-Torit	SPLM/A-Mehrheitsfraktion unter John Garang im Nasir-Split 1991
SPLM-DC	Sudan People's Liberation Movement – Democratic Change, von Lam Akol im Vorfeld der Wahlen im Jahr 2010 gegründete politische Partei
SPLM-FD	Sudan People's Liberation Movement – Former Detainees, Gruppe von im Jahr 2013 aus ihren Positionen entlassenen und kurzfristig inhaftierten SPLM-Spitzenpolitiker:innen, unterzeichnende Partei des ARCSS und R-ARCSS
SPOC	Sudd Petroleum Operating Company
SRF	Sudan Revolutionary Front, im Jahr 2011 gegründetes Bündnis der sudanesischen bewaffneten Opposition
SRRA	Sudan Relief and Rehabilitation Agency, affiliert mit der SPLA-Torit
SSBC	South Sudan Broadcasting Corporation
SSCC	South Sudan Council of Churches, Dachorganisation der südsudanesischen Kirchen nach der Unabhängigkeit
SSDF	South Sudan Defence Forces, Nuer-Miliz unter Paulino Matip, hauptsächlich aktiv in Unity State; kurzfristig, von Mai bis August 2017, auch der Name der südsudanesischen Armee, heute SSPDF
SSLM	Southern Sudan Liberation Movement, politischer Arm der Anyanya I; ebenso South Sudan Liberation Movement, bewaffnete Gruppierung in Upper Nile, gegründet von Peter Gadet
SSDM/A	South Sudan Democratic Movement/Army, von George Athor im Zuge seiner Rebellion im Jahr 2010 gegründete Miliz in Jonglei und Upper Nile, aktiv bis Mitte des Jahres 2013
SSNPS	South Sudan National Police Service
SSOA	South Sudan Opposition Alliance, Allianz bewaffneter Oppositionsgruppen außerhalb der SPLM/A-IO, die letztendlich R-ARCSS unterschreiben
SSOMA	South Sudan Opposition Movements Alliance, Abspaltung von SSOA, die Unterschrift von R-ARCSS verweigern, prominenteste Mitglieder sind NAS (Thomas Cirillo), R-SPLM (Pagan Amum), und SSUF (Paul Malong)

SSP	South Sudanese Pound
SSPDF	South Sudan People's Defence Forces, nationale Armee des Südsudan, in den Jahren 2017/18 offiziell als Nachfolgeorganisation der SPLA eingeführt
SSPG	Southern Sudan Provisional Government, Zivilverwaltung der Anyanya I, eingerichtet im Jahr 1967
SSR	Security Sector Reform
SSUF/A	South Sudan United Front/Army, gegründet vom ehemaligen SPLA-Oberkommandierenden Paul Malong nach seiner Entlassung im Mai 2017
TFNF	Tiger Faction New Forces, von Yoanis Okiech gegründete Shilluk-Miliz in Upper Nile, aktiv von 2015 bis 2017
TNLA	Transitional National Legislative Assembly, parlamentarisches Unterhaus des Südsudan
UN	United Nations
UNCT	United Nations Country Team, Bezeichnung und Kommunikationsstruktur aller UN-Agenturen in einem Land (umschließt nicht UN Peacekeeping Missions)
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees, die UN Refugee Agency
UNISFA	United Nations Interim Security Force for Abyei
UNMIS	United Nations Mission in Sudan, aktiv bis zur südsudanesischen Unabhängigkeit
UNMISS	United Nations Mission in South Sudan, der UNMIS nachfolgend, aktiv seit der südsudanesischen Unabhängigkeit
UPDF	Uganda People's Defence Force, ugandische Armee
WFP	World Food Programme

Literaturverzeichnis

- Aalen, Lovise. 2013. »Making Unity Unattractive: The Conflicting Aims of Sudan's Comprehensive Peace Agreement«, *Civil Wars*, 15:2, 173-191.
- Aalen, Lovise. 2019. »The Paradox of Federalism and Decentralisation in South Sudan: An Instrument and an Obstacle for Peace«. Chr. Michelsen Institute Briefing Paper. Oslo: CMI.
- Acemoglu, Daron, und James A. Robinson. 2012. *Why Nations Fail: The Origins of Power, Prosperity and Poverty*. London: Profile.
- Acemoglu, Daron, Thierry Verdier und James A. Robinson. 2004. »Kleptocracy and Divide-and-Rule: A Model of Personal Rule«, *Journal of the European Economic Association*, 2:2-3, 162-192.
- Akech Thiong, Daniel. 2018. »How the Politics of Fear Generated Chaos in South Sudan«, *African Affairs*, 117:469, 613-635.
- Akol, Lam. 2003. *SPLM/SPLA: The Nasir Declaration*. Lincoln, NE: iUniverse Inc.
- Allen, Tim. 1989. »Full Circle? An Overview of Sudan's »Southern Problem« since Independence«, *Northeast African Studies*, 11:2, 41-66.
- Appadurai, Arjun. 1996. *Modernity at Large. Cultural Dimensions of Globalization*. Minneapolis, MN, und London: University of Minnesota Press.
- Arensen, Jon. 1964. »The History of Murle Migration«. Unpublished manuscript, made available by the Chr. Michelsen Institute, Bergen; <https://www.cmi.no/file/1964-Murle.pdf>.
- Arnold, Matthew B., und Chris Alden. 2007. »»This Gun Is Our Food«: Demilitarising the White Army Militias of South Sudan«. NUPI Working Paper. Oslo: Norwegian Institute for International Affairs.
- AUCISS – African Union Commission of Inquiry on South Sudan. 2014. *Final Report of the African Union Commission of Inquiry on South Sudan*. Addis Ababa: African Union.
- Autesserre, Severine. 2002. »The United States' »Humanitarian Diplomacy« in South Sudan«, *Journal of Humanitarian Assistance*, January 2002.

- Awolich, Abraham A. 2015. »South Sudan's National Identity Challenge: The Interplay between Fragmented Social Structure and Elite's Negative Role«. The Sudd Institute Policy Brief, March 1, 2015. Juba: The Sudd Institute.
- Bakhit, Mohamed A. G. 2016. »The citizenship dilemma of Southern Sudanese communities in the post-secession era in Khartoum«, *Égypte/Monde arabe*, 14, 47-63.
- Bargués-Pedreny, Pol. 2018. *Deferring Peace in International Statebuilding: Difference, Resilience and Critique*. Abingdon, New York, NY: Routledge.
- Barnett, Michael, und Christoph Zürcher. 2009. »The Peacebuilder's Contract: how external statebuilding reinforces weak statehood«, in: Roland Paris und Timothy D. Sisk, Hg., *The Dilemmas of Statebuilding: Confronting the Contradictions of Postwar Peace Operations*. London und New York, NY: Routledge, 23-52.
- Beck, Ulrich, und Edgar Grande. 2010. »Jenseits des methodologischen Nationalismus: Außereuropäische und europäische Variationen der Zweiten Moderne«, *Soziale Welt*, 61:3-4, 187-216.
- Bell, Christine. 2020. »It's law Jim, but not as we know it: the public law techniques of ungovernance«, *Transnational Legal Theory*, 11:3, 300-328.
- Bell, Christine, Sam Gluckstein, Robert Forster und Jan Pospisil. 2018. *Military Power-Sharing and Inclusion in Peace Processes*. PA-X Report, Power-Sharing Series. Edinburgh: University of Edinburgh, Political Settlements Research Programme.
- Bell, Christine, und Jan Pospisil. 2017. »Navigating Inclusion in Transitions from Conflict: The Formalised Political Unsettlement«, *Journal of International Development*, 29:5, 576-593.
- Beswick, Stephanie. *Forthcoming*. »Precolonial History of South Sudan«, in: *Oxford Research Encyclopedia of African History*. Oxford: Oxford University Press.
- Beswick, Stephanie. 2004. *Sudan's Blood Memory. The Legacy of War, Ethnicity and Slavery in South Sudan*. Rochester, NY: University of Rochester Press.
- Biong Deng Kuol, Luka. 2010. »Livelihood diversification and civil war: Dinka communities in Sudan's civil war«, *Journal of Eastern African Studies*, 4:3, 381-399.
- Biong Deng Kuol, Luka, und Sarah Logan, Hg. 2018. *The Struggle for South Sudan: Challenges of Security and State Formation*. London und New York, NY: I.B. Tauris.

- Bok, Francis, with Edward Tivnan. 2003. *Escape From Slavery. The true story of my ten years in captivity – and my journey to freedom in America*. New York, NY: St. Martin's Press.
- Boswell, Alan. 2012. »The Failed State Lobby«, *Foreign Policy*, July 9, 2012.
- Boswell, Alan. 2019. »Insecure Power and Violence. The Rise and Fall of Paul Malong and the Mathiang Anyoor«. HSBA Briefing Paper. Geneva: Small Arms Survey.
- Boswell, Alan, Nanaho Yamanaka, Aditya Sarkar und Alex de Waal. 2019. *The Security Arena in South Sudan: A Political Marketplace Study*. Conflict Research Programme Research Report. London: London School of Economics and Political Science, and World Peace Foundation at The Fletcher School.
- Bradbury, Mark, Nicholas Leader und Kate Mackintosh. 2000. *The »Agreement on Ground Rules' in South Sudan*. Study 3 in: The Politics of Principle: the principles of humanitarian action in practice. HPG Report. London: Humanitarian Policy Group.
- Bradbury, Mark, John Ryle, Michael Medley und Kwesi Sansculotte-Greenidge. 2006. *Local Peace Processes in Sudan – A Baseline Study*. London: Rift Valley Institute.
- Breidlid, Anders, Avelino Androga Said und Astrid Kristine Breidlid. 2014. *A Concise History of South Sudan: New and Revised Edition*. Kampala: Fountain Publishers.
- Breidlid, Ingrid Marie, und Michael J. Arensen. 2014. »Anyone who can carry a gun can go«. *The role of the White Army in the current conflict in South Sudan*. PRIO paper. Oslo: PRIO.
- Burr, J. Millard, und Robert O. Collins. 2018 [1995]. *Requiem For The Sudan: War, Drought, And Disaster Relief On The Nile*. Boulder, CO, San Francisco, CA, und Oxford: Westview Press.
- Chabal, Patrick, und Jean-Pascal Daloz. 1999. *Africa Works: Disorder as Political Instrument*. Oxford: James Currey Publishers.
- Chandler, David. 2017. *Peacebuilding: The Twenty Years' Crisis, 1997-2017*. Cham: Palgrave Macmillan.
- Chandler, David. 2018. *Ontopolitics in the Anthropocene: An Introduction to Mapping, Sensing and Hacking*. Abingdon und New York, NY: Routledge.
- Coghlan, Nicholas. 2017. *Collapse of a Country: A Diplomat's Memoir of South Sudan*. Montreal: McGill-Queen's Press.
- Collier, Paul, und Anke Hoeffler. 2004. »Greed and grievance in civil war«, *Oxford Economic Papers*, 56:4, 563-595.

- Collins, Robert O. 1996 [1990]. *The Waters of the Nile: Hydropolitics and the Jonglei Canal, 1900-1988*. Princeton, NJ: Markus Wiener Publishers.
- Collins, Robert O. 2008. *A History of Modern Sudan*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Collins, Robert, und Richard Herzog. 1961. »Early British Administration in the Southern Sudan«, *The Journal of African History*, 2:1, 119-135.
- Copnall, James. 2017. *A Poisonous Thorn in Our Hearts: Sudan and South Sudan's Bitter and Incomplete Divorce*. London: Hurst & Company.
- Craze, Joshua. 2016. »Legitimacy, Exclusion, and Power: Taban Deng Gai and the South Sudan Peace Process«. Briefing Paper. HSBA Issue Brief. Geneva: Small Arms Survey.
- Craze, Joshua. 2019. *Displaced and Immiserated: The Shilluk of Upper Nile in South Sudan's Civil War, 2014-2019*. HSBA Report. Geneva: Small Arms Survey.
- Craze, Joshua. 2020. *The Politics of Numbers: On Security Sector Reform in South Sudan, 2005-2020*. Report. CPAID, GCRF, ESRC.
- Craze, Joshua. 2021. »Knowledge Will Not Save Us«. Essay. *n+1 magazine*, issue 39, winter 2021.
- Craze, Joshua. *Forthcoming*. »Making the Market: South Sudan's War Economy in the 21st Century«. Artikel in Vorbereitung.
- Daly, Martin W. 1990. *Imperial Sudan: The Anglo-Egyptian Condominium, 1934-56*. Cambridge: Cambridge University Press.
- de Vries, Lotje, und Mareike Schomerus. 2017. »Fettered Self-determination: South Sudan's Narrowed Path to Secession«, *Civil Wars*, 19:1, 26-45.
- de Waal, Alex. 1997. *Famine Crimes. Politics & The Disaster Relief Industry in Africa*. London: African Rights.
- de Waal, Alex. 2008. »The Humanitarian Carnival: A Celebrity Vogue«, *World Affairs*, 171:2, 43-55.
- de Waal, Alex. 2014. »When Kleptocracy Becomes Insolvent: Brute Causes of the Civil War in South Sudan«, *African Affairs*, 113:452, 347-369.
- de Waal, Alex. 2015. *The Real Politics of the Horn of Africa: Money, War and the Business of Power*. Cambridge: polity press.
- de Waal, Alex. 2018. *Mass Starvation: The History and Future of Famine*. Cambridge: polity press.
- de Waal, Alex. 2021. »Concluding Reflections: Sudan's Comprehensive Peace Agreement and Theories of Change«, in: Sarah M. H. Nouwen, Laura M. James, und Sharath Srinivasan, Hg., *Making and Breaking Peace in Sudan and South Sudan. The Comprehensive Peace Agreement and Beyond*. Oxford: Oxford University Press, 320-343.

- de Waal, Alex, Alan Boswell, David Deng, Rachel Ibreck, Matthew Benson und Jan Pospisil. 2019. »South Sudan: The Politics of Delay«. Conflict Research Programme and Political Settlements Research Programme Memo, 3. Dezember 2019. London: London School of Economics, CRP.
- Deng, Francis M. 1984 [1972]. *The Dinka of the Sudan*. Prospect Heights, IL: Waveland Press.
- Deng, Francis M. 1995. *War of Visions: Conflict of Identities in the Sudan*. Washington, DC: The Brookings Institution.
- Deng, Francis M. 2005. »African renaissance: towards a New Sudan«, *Forced Migration Review*, 24, 6-8.
- Deng, Francis M. 2006. »Sudan: A Nation in Turbulent Search of Itself«, *The Annals of the American Academy of Political and Social Science*, 603:1, 155-162.
- Deng, Francis M. 2008. *Identity, Diversity, and Constitutionalism in Africa*. Washington, DC: United States Institute of Peace Press.
- Di John, Jonathan, und James Putzel. 2009. *Political Settlements*. GSDRC Issues Paper. Birmingham: Governance and Social Development Resource Centre.
- Duncan, John Spenser Ritchie. 1952. *The Sudan. A Record of Achievement*. Edinburgh und London: William Blackwood & Sons.
- Edward, Jane Kani. 2019. »Reconfiguring the South Sudanese Women's Movement«, *Hawwa*, 17:1, 55-84.
- Evans-Pritchard, Edward Evan. 1940. *The Nuer: A Description of the Modes of Livelihood and Political Institutions of a Nilotic People*. Oxford: Clarendon Press.
- Fearon, James D., und David D. Laitin. 2003. »Ethnicity, Insurgency, and Civil War«, *American Political Science Review*, 97:1, 75-90.
- Fegley, Randall. 2011. *Beyond Khartoum: A History of Subnational Government in Sudan*. Trenton, NJ: The Red Sea Press.
- Felix da Costa, Diana. 2013. »We are one, but we are different«: Murle identity and local peacebuilding in Jonglei State, South Sudan«. NOREF Policy Brief. Oslo: NOREF.
- Felix da Costa, Diana. 2018. *Changing power among Murle chiefs: Negotiating political, military and spiritual authority in Boma State, South Sudan*. Report. South Sudan Customary Authorities Project. Nairobi: Rift Valley Institute.
- Fukuyama, Francis. 2012. *The Origins of Political Order: From Prehuman Times to the French Revolution*. London: Profile Books.
- Fukuyama, Francis. 2015. *Political Order and Political Decay: From the Industrial Revolution to the Globalisation of Democracy*. London: Profile Books.

- Fuli Boki Tombe Ga'le, Severino. 2002. *Shaping a Free Southern Sudan: Memoirs of our Struggle 1934-1985*. Limuru: Loa Catholic Mission Council.
- Garang, Kuir E. 2019. »Failed leadership: corruption, kleptocracy, and democratic exclusion«, in: Steven C. Roach und Derrick K. Hudson, Hg., *The Challenge of Governance in South Sudan. Corruption, Peacebuilding, and Foreign Intervention*. London und New York, NY: Routledge, 72-92.
- Geertz, Clifford. 1973. »Thick description: Toward an interpretive theory of culture«, in: Yvonna S. Lincoln und Norman K. Denzin, Hg., *Turning Points in Qualitative Research: Tying Knots in a Handkerchief*. Walnut Creek, CA: AltaMira Press, 143-168.
- Ginat, Rami. 2017. *Egypt and the Struggle for Power in Sudan: From World War II to Nasserism*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Goodhart, David. 2017. *The Road to Somewhere. The Populist Revolt and the Future of Politics*. London: Hurst & Company.
- Gray, John. 2000. *Two Faces of Liberalism*. London: polity press.
- Gronemeyer, Marianne. 1996. *Das Leben als letzte Gelegenheit. Sicherheitsbedürfnisse und Zeitknappheit*. Darmstadt: Primus Verlag.
- Harengel, Peter, und Ayantunji Gbadamosi. 2014. »Launching a new nation: The unfolding brand of South Sudan«, *Place Branding and Public Diplomacy*, 10:1, 35-54.
- Harrington, Cameron, und Clifford Shearing. 2017. *Security in the Anthropocene. Reflections on Safety and Care*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Herbst, Jeffrey. 1989. »The creation and maintenance of national boundaries in Africa«, *International Organization*, 43:4, 673-692.
- Howell, Paul, Michael Lock und Stephen Cobb, Hg. 1988. *The Jonglei Canal: Impact and Opportunity*. Cambridge: Cambridge University Press.
- HRW – Human Rights Watch. 2020. »What Crime Was I Paying For?« *Abuses by South Sudan's National Security Service*. Human Rights Watch Report, 14. Dezember 2020.
- Huser, Catherine. 2018. *Conflict and Gender Study – South Sudan: Addressing Root Causes Programme*. ACORD, DCA, Centre for Conflict Resolution and Government of the Netherlands.
- Hutchinson, Sharon Elaine. 1996. *Nuer Dilemmas. Coping with Money, War, and the State*. Berkeley, CA: University of California Press.
- Hutchinson, Sharon Elaine. 2000. »Nuer Ethnicity Militarized«, *Anthropology Today*, 16:3, 6-13.

- Hutchinson, Sharon Elaine, und Naomi R. Pendle. 2015. »Violence, legitimacy, and prophecy: Nuer struggles with uncertainty in South Sudan«, *American Ethnologist*, 42:3, 415-430.
- ICG – International Crisis Group. 2011. *Politics and Transition in the New South Sudan*. Crisis Group Africa Report No. 172. Juba, Nairobi und Brussels: ICG.
- ICG – International Crisis Group. 2014. *South Sudan: A Civil War by Any Other Name*. Crisis Group Africa Report No. 217. Addis Ababa, Juba, Nairobi und Brussels: ICG.
- ICG – International Crisis Group. 2016. *South Sudan's South: Conflict in the Equatorias*. Crisis Group Africa Report No. 236. Juba, Nairobi und Brussels: ICG.
- ICG – International Crisis Group. 2019. *Salvaging South Sudan's Fragile Peace Deal*. Crisis Group Africa Report No. 270. Brussels: ICG.
- ILO – International Labour Organization. 2013. *Child labour and education in pastoralist communities in South Sudan*. International Labour Office, Governance and Tripartism Department; ILO International Programme on the Elimination of Child Labour (IPEC). Geneva: ILO.
- James, Wendy. 2007. *War and Survival in Sudan's Frontierlands: Voices from the Blue Nile*. Oxford: Oxford University Press.
- Johnson, Douglas H. 1982. »Tribal Boundaries and Border Wars: Nuer-Dinka Relations in the Sobat and Zaraf Valleys, c. 1860-1976«, *The Journal of African History*, 23:2, 183-203.
- Johnson, Douglas H. 1994. *Nuer Prophets: A History of Prophecy from the Upper Nile in the Nineteenth and Twentieth Centuries*. Oxford: Clarendon Press.
- Johnson, Douglas H. 2012. »The Heglig oil dispute between Sudan and South Sudan«, *Journal of Eastern African Studies*, 6:3, 561-569.
- Johnson, Douglas H. 2014a. *Federalism in the history of South Sudanese political thought*. Rift Valley Institute Research Paper 1. Nairobi: RVI.
- Johnson, Douglas H. 2014b. »Briefing: The Crisis in South Sudan«, *African Affairs*, 113:451, 300-309.
- Johnson, Douglas H. 2016a. *The Root Causes of Sudan's Civil Wars: Old Wars and New Wars*. 3rd Expanded Edition. Woodbridge: James Currey.
- Johnson, Douglas H. 2016b. *South Sudan: A New History for a New Nation*. Athens, OH: Ohio University Press.
- Johnson, Hilde F. 2011. *Waging Peace in Sudan: The Inside Story of the Negotiations That Ended Africa's Longest Civil War*. Eastborne: Sussex Academic Press.
- Johnson, Hilde F. 2016. *South Sudan: The Untold Story from Independence to Civil War*. London; New York, NY: I.B. Tauris.

- Kaplan, Seth. 2009. »Identity in Fragile States: Social cohesion and state building«, *Development*, 52:4, 466-472.
- Karim, Ataul, Mark Duffield, Susanne Jaspers, Aldo Benini, Joanna Macrae, Mark Bradbury, Douglas Johnson, George Larbi und Barbara Hendrie. 1996. *Operation Lifeline Sudan – A review*. Evaluation Report. July 1996.
- Keen, David. 2008. *The Benefits of Famine. A Political Economy of Famine & Relief in Southwestern Sudan, 1983-90*. Oxford: James Currey Publishers.
- Kelly, Raymond Case. 1985. *The Nuer Conquest: The Structure and Development of an Expansionist System*. Ann Arbor, MI: University of Michigan Press.
- Koba Badal, Raphael. 1977. *British Administration in Southern Sudan, 1900-1956: A Study in Colonial Neglect*. PhD Thesis. School of Oriental and African Studies (SOAS), University of London.
- Kunda Komey, Guma. 2013. »Back to War in Sudan: Flawed Peace Agreement, Failed Political Will«, in: Gunnar M. Sørbo und Abdel Ghaffar M. Ahmed, Hg., *Sudan Divided: Continuing Conflict in a Contested State*. New York, NY: Springer, 203-222.
- Kuyok, Abol Kuyok. 2015. *South Sudan: The Notable Firsts*. Bloomington, IN: AuthorHouse.
- Lagu, Joseph. 2006. *Sudan: Odyssey Through A State. From Ruin to Hope*. Khartoum: Omburman Ahlia University, MOB Center for Sudanese Studies.
- Lane, Paul, und Douglas H. Johnson. 2009. »The Archaeology and History of Slavery in South Sudan in the Nineteenth Century«, in: A.C.S. Peacock, Hg., *The Frontiers of the Ottoman World*. Oxford: Oxford University Press, 509-538.
- Large, Daniel. 2011. »The International Presence in Sudan«, in: John Ryle, Justin Willis, Suliman Baldo und Jok Madut Jok, Hg., *The Sudan Handbook*. Suffolk: James Currey, 164-176.
- Lei, Yu-Hsiang, und Guy Michaels. 2014. »Do giant oilfield discoveries fuel internal armed conflicts?«, *Journal of Development Economics*, 110:Sept 2014, 139-157.
- Leonardi, Cherry. 2013. »South Sudanese Arabic and the Negotiation of the Local State, c. 1840-2011«, *The Journal of African History*, 54:3, 351-372.
- Leonardi, Cherry. 2015. *Dealing with Government in South Sudan: Histories of Chiefship, Community & State*. Suffolk: James Currey.
- LeRiche, Matthew, und Matthew Arnold. 2013. *South Sudan: From Revolution to Independence*. Oxford: Oxford University Press.
- Lovell-Hoare, Sophie, und Max Lovell-Hoare. 2013. *South Sudan*. Bradt Travel Guide. 1st Edition. Bucks: Bradt Travel Guide Ltd.

- Mac Ginty, Roger. 2010. »Hybrid Peace: The Interaction Between Top-Down and Bottom-Up Peace«, *Security Dialogue*, 41:4, 391-412.
- Mac Ginty, Roger. 2011. *International Peacebuilding and Local Resistance: Hybrid Forms of Peace*. London: Palgrave Macmillan.
- Mac Ginty, Roger, und Oliver P. Richmond. 2013. »The Local Turn in Peace Building: a critical agenda for peace«, *Third World Quarterly*, 34:5, 763-783.
- Madut-Arop, Arop. 2006. *Sudan's Painful Road to Peace: A Full Story of the Founding and Development of SPLM/SPLA*. Charleston, SC: BookSurge.
- Madut Jok, Jok. 2001. *War and Slavery in Sudan*. Philadelphia, PA: University of Pennsylvania Press.
- Madut Jok, Jok. 2016. *Sudan: Race, Religion, and Violence*. Second Edition. London: Oneworld Publications.
- Madut Jok, Jok. 2017. *Breaking Sudan: The Search for Peace*. London: Oneworld Publications.
- Madut Jok, Jok, Mareike Schomerus, Charles Taban, Luka Biong Deng Kuol, Ingrid Marie Breidlid und Michael J. Arensen. 2017. *Informal Armies: Community Defence Groups in South Sudan's Civil War*. Report. London: Saferworld.
- Malwal, Bona. 2015. *Sudan and South Sudan: From One to Two*. London: Palgrave Macmillan.
- Mamdani, Mahmood. 2009. *Saviors and Survivors. Darfur, Politics, and the War on Terror*. New York, NY: Doubleday.
- Marko, Ferenc David. 2015. »Negotiations and morality: the ethnicization of citizenship in post-secession South Sudan«, *Journal of Eastern African Studies*, 9:4, 669-684.
- Martell, Peter. 2018. *First Raise a Flag: How South Sudan Won the Longest War but Lost the Peace*. London: Hurst & Company.
- Marzatico, Francesca. 2011. »Southern Sudan Referendum on Self-determination: Legal Challenges and Procedural Solutions«, *Journal of African Elections*, 10:1, 1-32.
- Mawson, Andrew. 1984. »Southern Sudan: A Growing Conflict«, *The World Today*, 40:12, 520-527.
- Mehlum, Halvor, Karl Moene und Ragnar Torvik. 2006. »Institutions and the Resource Curse«, *The Economic Journal*, 116:508, 1-20.
- Migdal, Joel S. 1988. *Strong Societies and Weak States: State-Society Relations and State Capabilities in the Third World*. Princeton, NJ: Princeton University Press.

- Migdal, Joel S. 2001. *State in Society: Studying how States and Societies Transform and Constitute One Another*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Mo, Kristine. 2014. *Contested Constitutions: Constitutional development in Sudan 1953-2005*. CMI Sudan Report 2014:1. Bergen: Chr. Michelsen Institute.
- Moro, Leben, Martina Santschi, Rachel Gordon, Philip Dau und Daniel Maxwell. 2017. *Statebuilding and legitimacy: Experiences of South Sudan*. Report 15. London: Secure Livelihoods Research Consortium.
- Morton, Timothy. 2013. *Hyperobjects. Philosophy and Ecology after the End of the World*. Minneapolis, MN: University of Minnesota Press.
- Mosely Lesch, Ann. 1998. *The Sudan – Contested National Identities*. Bloomington, IN: Indiana University Press.
- Murithi, Tim. 2009. »Inter-governmental Authority on Development on the Ground: Comparing Interventions in Sudan and Somalia«, *African Security*, 2:2-3, 136-157.
- Najslova, Lucia. 2021. *Turkey and the European Union: The Politics of Belonging*. London: I.B. Tauris.
- Natsios, Andrew S. 2012. *Sudan, South Sudan, and Darfur: What Everyone Needs to Know*. Oxford: Oxford University Press.
- North, Douglass C., John Joseph Wallis und Barry R. Weingast. 2009. *Violence and Social Orders A Conceptual Framework for Interpreting Recorded Human History*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Nyaba, Peter Adwok. 2000. *Politics of Liberation in South Sudan: An Insider's View*. Kampala: Fountain Publishers.
- Nyaba, Peter Adwok. 2019. *South Sudan: Elites, Ethnicity, Endless Wars and the Stunted State*. Dar es Salaam: Mkuki na Nyota Publishers.
- Oduho, Joseph, und William Deng. 1963. *The Problem of the Southern Sudan*. Oxford: Oxford University Press.
- Pakenham, Thomas. 1991. *The Scramble for Africa, 1876-1912*. London: Abacus.
- Panel of Experts on South Sudan. 2016. *Final report of the Panel of Experts on South Sudan established pursuant to Security Council resolution 2206 (2015)*. S/2016/70. New York, NY: UN Security Council.
- Panel of Experts on South Sudan. 2020. *Interim report of the Panel of Experts on South Sudan submitted pursuant to resolution 2521 (2020)*. S/2020/1141. New York, NY: UN Security Council.
- Patey, Luke A. 2010. »Crude Days Ahead? Oil and the Resource Curse in Sudan«, *African Affairs*, 109:437, 617-636.

- Patey, Luke A. 2017. *A Belated Boom: Uganda, Kenya, South Sudan, and prospects and risks for oil in East Africa*. OIES Paper: WPM 71. The Oxford Institute for Energy Studies.
- Pendle, Naomi Ruth. 2017. »Contesting the militarization of the places where they met: the landscapes of the western Nuer and Dinka (South Sudan)«, *Journal of Eastern African Studies*, 11:1, 64-85.
- Pendle, Naomi Ruth. 2020. »Politics, prophets and armed mobilizations: competition and continuity over registers of authority in South Sudan's conflicts«, *Journal of Eastern African Studies*, 14:1, 43-62.
- Perry, Alex. 2014. *Clooney's War. South Sudan, humanitarian failure and celebrity*. London: Newsweek Insights.
- Pinaud, Clémence. 2015. »We are trained to be married!« Elite formation and ideology in the »girls' battalion« of the Sudan People's Liberation Army«, *Journal of Eastern African Studies*, 9:3, 375-393.
- Poggo, Scopas S. 2009. *The First Sudanese Civil War. Africans, Arabs, and Israelis in the Southern Sudan, 1955-1972*. New York, NY: Palgrave Macmillan.
- Polanyi, Karl. 1957. *The Great Transformation. The Political and Economic Origins of Our Time*. Boston, MA: Beacon Press.
- Pospisil, Jan. 2020. »The ungovernance of peace: transitional processes in contemporary conflicts«, *Transnational Legal Theory*, 11:3, 329-352.
- Pritchett, Lant, Michael Woolcock und Matt Andrews. 2010. *Capability Traps? The Mechanisms of Persistent Implementation Failure*. Working Paper 234. Washington, DC: Center for Global Development.
- Riak Akuei, Stephanie, und John Jok. 2010. *Child Abduction in Jonglei and Central Equatoria States, Southern Sudan*. Report for Unicef. London: Rift Valley Institute.
- Richey, Lisa Ann, und Dan Brockington. 2020. »Celebrity Humanitarianism: Using Tropes of Engagement to Understand North/South Relations«, *Perspectives on Politics*, 18:1, 43-59.
- Richmond, Oliver P. 2014. *Failed Statebuilding: Intervention, the State, and the Dynamics of Peace Formation*. New Haven, CO: Yale University Press.
- Richmond, Oliver P. 2016. *Peace Formation and Political Order in Conflict Affected Societies*. Oxford: Oxford University Press.
- Roessler, Philip. 2016. *Ethnic Politics and State Power in Africa. The Logic of the Coup-Civil War Trap*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Rolandsen, Øystein H. 2005. *Guerrilla Government: Political Changes in the Southern Sudan During the 1990s*. Uppsala: Nordic Africa Institute.

- Rolandsen, Øystein H. 2011a. »A False Start: Between War and Peace in the Southern Sudan, 1956-62«, *The Journal of African History*, 52:1, 105-23.
- Rolandsen, Øystein H. 2011b. »The making of the Anya-Nya insurgency in the Southern Sudan, 1961-64«, *Journal of Eastern African Studies*, 5:2, 211-32.
- Rolandsen, Øystein H., und M. W. Daly. 2016. *A History of South Sudan: From Slavery to Independence*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Ross, Michael L. 2018. »The Politics of the Resource Curse. A Review«, in: Carol Lancaster und Nicolas Van de Walle, Hg., *The Oxford Handbook of the Politics of Development*. Oxford: Oxford University Press, 200-223.
- Rothchild, Donald. 1997. *Managing Ethnic Conflict in Africa: Pressures and Incentives for Cooperation*. Washington, DC: Brookings Institution Press.
- Rudincová, Kateřina Ženková. 2020. »Celebrities' Role in the Conflict Resolution Processes: George Clooney in South Sudan«, *Modern Africa: Politics, History and Society*, 8:2, 91-124.
- Schmidinger, Thomas. 2020. *Sudan: Unvollendete Revolution in einem brüchigen Land*. Wien: bahoe books.
- Schomerus, Mareike. 2007. *The Lord's Resistance Army in Sudan: A History and Overview*. HSBA Working Paper No 8. Geneva: Small Arms Survey.
- Schomerus, Mareike, und Tim Allen. 2010. *Southern Sudan at Odds with Itself: Dynamics of Conflict and Predicaments of Peace*. London: LSE, DESTIN.
- Schomerus, Mareike, und Lovise Aalen, Hg. 2016. *Considering the state: Perspectives on South Sudan's subdivision and federalism debate*. ODI/CMI Report, August 2016. London: Overseas Development Institute.
- Scott, James C. 1969. »The Analysis of Corruption in Developing Nations«, *Comparative Studies in Society and History*, 11:3, 315-341.
- Scott, James C. 1999. *Seeing Like a State: How Certain Schemes to Improve the Human Condition Have Failed*. New Haven, CT: Yale University Press.
- Scott, Philippa. 1985. »Addis Ababa Agreement: was it destined to fail and are there lessons for the Current Sudan Peace Process?«, *Annales d'Ethiopie*, 20:1, 239-259.
- Shanmugaratnam, Nadarajah, Daniel Mamer und Michael Roberto Kenyi. 2002. *From Emergency Relief to Local Development and Civil Society Building A review of Norwegian People's Aid's Intervention in Southern Sudan*. DCG Report No. 18. Ås: Drylands Coordination Group.
- Shapiro, Scott J. 2011. *Legality*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Shaw, Jenny. 2001. »Winning territory: changing place to change pace«, in: John May und Nigel Thrift, Hg., *Timespace: Geographies of Temporality*. London und New York, NY: Routledge, 120-132.

- Shinn, David H. 2004. »The Sudan Peoples' Liberation Movement (SPLM) and Liberation Army (SPLA)«, *Review of African Political Economy*, 33, 69-82.
- Soares de Gama, Flavio A. 2020. »South Sudan – Policy Advisory Note: Budget and Resource Management: Addressing Fiscal Imbalances«. April 2020. ADB/BD/IF/2020/159 – ADB/BD/IF/2020/100. Abidjan: African Development Bank.
- Southall, Aidan. 1976. »Nuer and Dinka Are People: Ecology, Ethnicity and Logical Possibility«, *Man*, 11:4, 463-491.
- Sørbo, Gunnar M., und Abdel Ghaffar M. Ahmed, Hg. 2013. *Sudan Divided: Continuing Conflict in a Contested State*. New York, NY: Springer.
- SPLM – Sudan People's Liberation Movement. 1983. *Manifesto: Sudan People's Liberation Movement*. 31st July 1983.
- SPLM – Sudan People's Liberation Movement. 2008. *The Manifesto of the Sudan People's Liberation Movement. The SPLM Manifesto*. May 2008.
- Stringham, Noel, und Jonathan Forney. 2017. »It Takes a Village to Raise a Militia: Local Politics, the Nuer White Army, and South Sudan's Civil Wars«, *The Journal of Modern African Studies*, 55:2, 177-199.
- The Sentry. 2020. *Making a Killing. South Sudanese Military Leaders' Wealth, Explained*. Report. Washington, DC: The Sentry.
- Theros, Marika, und Mary Kaldor. 2018. »The logics of public authority: understanding power, politics and security in Afghanistan, 2002-2014«, *Stability: International Journal of Security and Development*, 7:1, DOI: <http://doi.org/10.5334/sta.579>.
- Thomas, Edward. 2015. *South Sudan: A Slow Liberation*. London: Zed Books.
- Tsing, Anna Lowenhaupt. 2015. *The Mushroom at the End of the World. On the Possibility of Life in Capitalist Ruins*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Twijnsstra, Rens. 2015. »»Recycling oil money«: procurement politics and (un)productive entrepreneurship in South Sudan«, *Journal of Eastern African Studies*, 9:4, 685-703.
- UNMISS – United Nations Mission in South Sudan. 2015. *Attacks on Civilians in Bentiu & Bor, April 2014*. Report. 9 January 2015. Juba: UNMISS.
- Verjee, Aly. 2011. »Sudan's Aspirational Army: A History of the Joint Integrated Units«, CIGI SSR Issue Paper No 2, May 2011, Waterloo, ON: The Centre for International Governance Innovation.
- Verweijen, Judith. 2016. *Stable Instability: Political Settlements and Armed Groups in the Congo*. London: RVI Usalama Project, Political Settlements Research Programme.

- Vertin, Zach. 2019. *A Rope From The Sky: The Making and Unmaking of the World's Newest State*. New York, NY, und London: Pegasus.
- Vhumbunu, Clayton Hazvinei. 2018. »The National Dialogue Initiative in South Sudan: Assessing Progress and Pitfalls«, *Accord Conflict Trends*, 2018/1.
- Villagrán De León, Juan Carlos. 2006. *Vulnerability: A Conceptual and Methodological Review*. Report. SOURCE No. 4/2006. Bonn: United Nations University, UNU-EHS.
- Wai, Dunstan M., Hg. 1973. *The Southern Sudan: The Problem of National Integration*. London: Frank Cass.
- Wai, Dunstan M. 1980. »Pax Britannica and the Southern Sudan: The View from the Theatre«, *African Affairs*, 79:316, 375-395.
- Walker, Melanie. 2005. »Rainbow nation or new racism? Theorizing race and identity formation in South African higher education«, *Race Ethnicity and Education*, 8:2, 129-146.
- Warburg, Gabriel R. 1990. »The Sharia in Sudan: Implementation and Repercussions, 1983-1989«, *Middle East Journal*, 44:4, 624-637.
- Weber, Annette. 2006. *Barbarian Beasts or Mothers of Invention Relation of Gendered Fighter and Citizen Images, with a specific case study on Southern Sudan*. Dissertation. Berlin: Freie Universität Berlin, Fachbereich Politologie.
- Weber, Annette. 2011. »Women Without Arms: Gendered Fighter Constructions in Eritrea and Southern Sudan«, *International Journal of Conflict and Violence*, 5:2, 357-370.
- Weber, Max. 1922. *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Weinstein, Jeremy, und Joshua Goldstein. 2012. »The Benefits of a Big Tent: Opening up Government in Developing Countries: A Response to Yu & Robinson's the New Ambiguity of Open Government«, *UCLA Law Review Discourse*, 60, 38-48.
- Willems, Rens, und David Deng. 2015. »The legacy of Kokora in South Sudan. Intersections of Truth, Justice and Reconciliation in South Sudan«. Briefing Paper. The Hague: PAX.
- Woodward, Peter. 1980. »The South in Sudanese Politics, 1946-1956«, *Middle Eastern Studies*, 16:3, 178-192.
- World Bank. 2007. *Sudan: Public Expenditure Review, Synthesis Report*. December 2007. Washington, DC: World Bank.
- Wyndham, Richard. 1937. *The gentle savage: a Sudanese journey in the province of Bahr-el-Ghazal, commonly called »The Bog«*. London: Cassell.

- Young, John. 2003. »Sudan: liberation movements, regional armies, ethnic militias & peace«, *Review of African Political Economy*, 30:97, 423-434.
- Young, John. 2007. *The White Army: An Introduction and Overview*. Report. Sudan Human Security Baseline Assessment. Geneva: Small Arms Survey.
- Young, John. 2012. *The Fate of Sudan: The Origins and Consequences of a Flawed Peace Process*. London: Zed Books.
- Young, John. 2015. *A Fractious Rebellion: Inside the SPLM-IO*. Small Arms Survey Report. Geneva: Small Arms Survey.
- Young, John. 2019. *South Sudan's Civil War: Violence, Insurgency and Failed Peace-making*. London: Zed Books Ltd.
- Zartman, I. William. 2000. »Ripeness: The Hurting Stalemate and Beyond«, in: Paul C. Stern und Daniel Druckman, Hg., *International Conflict Resolution after the Cold War*. Washington, DC: National Academy Press, 225-250.

Verwendete Datenbanken

- Constitute, Comparative Constitutions Project, University of Texas at Austin, <https://www.constituteproject.org/>
- Ethnologue, Languages of the World, SIL International, <https://www.ethnologue.com/>
- MAAPSS, Mapping Actors and Alliances Project – South Sudan, Small Arms Survey, <https://www.maapss.org>
- PA-X, Peace Agreements Database, The University of Edinburgh, <https://www.peaceagreements.org>
- World Population Prospects 2019, United Nations, Department of Economic and Social Affairs of the United Nations Secretariat, <https://population.un.org/wpp/>

Geografie

In einer Erkundung von Konfliktlandschaften kommt der geografischen Landschaft erwartungsgemäß eine bedeutsame Rolle zu. Dies gilt umso mehr in der in vielerlei Hinsicht herausfordernden Umgebung, wie sie der heutige unabhängige Südsudan bereithält. Die Dimensionen dieses Staates sind auch im Sinne einer sozialen Vermessung nicht einfach zu erschließen. Bestimmende Faktoren wie Größe, Diversität und Infrastruktur stehen in einer für das Unterfangen einer sozialen Vermessung ungünstigen Konstellation. In anderen Worten: Der Südsudan ist groß, geografisch wie sozial divers und infrastrukturell kaum erschlossen.

Die Ausdehnung des alten vereinigten Sudan, dem einst flächenmäßig größten Staat Afrikas, lässt sich schon daran erahnen, dass der heutige Nord-sudan mit einer mit Indonesien vergleichbaren Ausdehnung immer noch der fünfzehntgrößte Staat im derzeitigen internationalen System ist. Der unabhängige Südsudan ist größer als Frankreich oder die Ukraine. Die Zahl der in seinem Territorium lebenden Menschen ist schwierig einzuschätzen. Der letzte – überaus umstrittene – Zensus wurde im Jahr 2008 während der CPA-Übergangsperiode durchgeführt. Dieser Zensus zählte im Süden 8,26 Millionen Einwohner:innen. Derzeitige Schätzungen, die sich auf UN-Daten¹ beziehen, gehen bei einem langfristig moderaten Bevölkerungswachstum für das Jahr 2020 von etwa 11,2 Millionen (für 2021 von 11,4 Millionen) Einwohner:innen aus. Um die zwei Millionen Südsudanese:innen befinden sich als Schutzsuchende in angrenzenden Ländern. Dies veranschaulicht, wie überaus dünn das Land besiedelt ist. Mit circa 18 Menschen pro km² ähnelt die Bevölkerungsdichte Ländern, die durch ausgedehnte Wüsten- oder Permafrostgebiete gekennzeichnet sind.

1 World Population Prospects 2019, <https://population.un.org/wpp/>.

Die soziale Struktur des Südsudan lässt sich weniger als einheitliche Gesellschaft denn als eine Amalgamierung von kulturellen Gemeinschaften verstehen. Über 60 solche Kulturgemeinschaften leben im Land. Alle verfügen über ihre eigene Sprache, wobei die Mehrheit der nilotischen Sprachfamilie zuzuordnen ist. Die beiden größten dieser Kulturgemeinschaften, die Dinka (etwa 4,5 Millionen) und die Nuer (etwa 2 Millionen) teilen sich in fluide Subgruppen auf, die zum Teil eigene Sprachdialekte entwickelt haben. Obwohl Englisch als Amtssprache gilt, ist es außerhalb der größeren Städte kaum verbreitet. Als Verkehrssprache zwischen den Gemeinschaften hat sich seit der Kolonial epoche Arabisch etabliert. Als gesprochene Form des Arabisch hat sich, speziell im Südteil des Landes, die kreolischen Variante des sich von Hocharabisch deutlich unterscheidenden Juba Arabisch etabliert.

Der Weiße Nil, der den Südsudan auf dem Weg von seiner Quelle im ugandischen Jinja bis zum Zusammenfluss mit dem Blauen Nil in Khartum auf voller Länge durchquert, ist ein bestimmender Umweltfaktor. Der Fluss ist gleichermaßen lebenswichtige Ressource, Transportweg und geografischer Orientierungspunkt. In seinem Oberlauf befindet sich der Sudd, ein weites Gebiet von Sümpfen, Seen und Nebenflüssen. Der Sudd reicht von Mangalla nicht weit oberhalb der Hauptstadt Juba im Süden bis nach Malakal im Norden, nahe der sudanesischen Grenze. Historisch war er eines der wesentlichen Hindernisse für die Schiffbarkeit des Nil. Nach einigen Phasen der Unterbrechung, bedingt durch die schlechte Sicherheitslage und die an einigen Stellen notwendige manuelle Aushebung des Flussbettes, ist mittlerweile wieder eine kommerzielle Frachtschiffahrt von Kosti im Sudan nach Juba etabliert.

Seit der Kolonialzeit wird der südliche Sudan in drei Großregionen unterteilt, die bis heute den Diskurs bestimmen: Greater Equatoria, so benannt wegen der physischen Nähe zum Äquator, im Süden, Greater Bahr el-Ghazal, benannt nach dem Bahr el-Ghazal-Fluss, dem größten westlichen Nilzufluss, im Westen, und Greater Upper Nile, das die Gebiete östlich des Weißen Nil umfasst. Diese drei Regionen gliedern sich wiederum gemäß der aktuell (Anfang des Jahres 2021) gültigen administrativen Aufteilung in 10 Staaten, 78 Counties, 540 Payams und etwa 2.500 Bomas.

Greater Equatoria umfasst entlang dieser Governance-Struktur die drei Staaten Western Equatoria mit der Hauptstadt Yambio nahe der Grenze zur Demokratischen Republik Kongo (DRC), Central Equatoria mit der Hauptstadt Juba, und Eastern Equatoria mit der Hauptstadt Torit. Generell ist das Gebiet sehr fruchtbar und gilt seit Langem als die potenzielle Kornkammer

der gesamten Region. Die effektive Realisierung solcher Pläne wird allerdings durch die schlechte Infrastruktur behindert. Western Equatoria ist das traditionelle Siedlungsgebiet der Zande, deren Königreiche einst neben Western Equatoria auch den nordöstlichen Teil des Kongo dominierten. Die Verbindungen zur DRC sind nach wie vor eng.

Central Equatoria ist Heimat einer großen Zahl an Gemeinschaften und Sprachgruppen. Das Zentralgebiet ist mehrheitlich von Bari bewohnt. Die heutige Hauptstadt Juba, als Stadt erst in den 1920er-Jahren gegründet, war ursprünglich ein Bari-Dorf. Auseinandersetzungen um Siedlungs- und Weidegebiete mit den Mundari im Norden und den Lokoya und Madi im Osten haben eine lange Geschichte, ebenso wie Landkonflikte, die durch die rasche Expansion Jubas in traditionelle Bari-Siedlungsgebiete hervorgerufen wurden. Juba selbst ist eine kosmopolitische Stadt, die insbesondere in den zehn Jahren seit der Unabhängigkeit ein massives Wachstum erfahren hat. Die Frage nach der Zahl der Einwohner:innen ruft immer wieder kollektives Nachdenken und engagierte Diskussionen hervor. Als gesichert gilt, dass die nach wie vor kursierende Zahl von 500.000 viel zu niedrig gegriffen ist. Nach den meisten Schätzungen zählt Juba mehr als eine Million Menschen. Wie viele, lässt sich, falls überhaupt, erst mit einem neuen Zensus klären, der auch die vielen in der Stadt lebenden Arbeitsmigrant:innen umfasst.

Die wichtigste Straße des Südsudan, der seit dem Jahr 2012 durchgehend asphaltierte »Highway A«, verbindet Juba mit Nimule, der Grenzstadt zu Uganda, und mit den ugandischen Metropolen Gulu und Kampala. In Juba quert der Highway die im Jahr 1972 errichtete »Juba Bridge«. Die Brücke ist ein Transport-Nadelöhr, das sich in baulich schlechtem Zustand befindet. Ein neues Brückenprojekt, die mithilfe Japans entstehende »Freedom Bridge«, soll in den nächsten Jahren fertiggestellt werden und die in die Jahre gekommene Juba Bridge vor allem bei Fern- und Schwerverkehr entlasten.

Eastern Equatoria ist eine bewaldete und bergige Region. Die einzige relevante Berglandschaft des Südsudan, das Imatong-Gebirge, befindet sich hier, darunter auch der höchste Berg des Landes, der 3.187 Meter hohe Mount Kinyeti. Durch die länderübergreifenden Siedlungs- und Migrationsgebiete der Madi, Acholi, Lango und Didinga sind die Verbindungen zum angrenzenden Uganda eng.

Im Norden grenzt Eastern Equatoria an Jonglei, das als die infrastrukturell wie ökonomisch am schlechtesten erschlossene Region des Landes gilt. Durch übergreifende Weide- und Migrationsrouten kommt es zwischen den Dinka, den Nuer und den im Osten in der Region um die Stadt Pibor sie-

delnden Murle sowie phasenweise den an der Grenze zu Äthiopien lebenden Anyuak zu saisonal wiederkehrenden Auseinandersetzungen. Die Hauptstadt Bor ist traditionelles Siedlungsgebiet der Bor Dinka, das weiter nördlich gelegene Twic jenes der Twic Dinka. Die nördlichen Teile von Jonglei werden von Gemeinschaften der Luo Nuer und Gawaar Nuer bewohnt. Das Siedlungsgebiet der sogenannten »Lowland Murle« – im Gegensatz zu den im Hochland um die Stadt Boma in Eastern Equatoria lebenden »Highland Murle« – ist seit dem Jahr 2014 als Greater Pibor Administrative Area (GPAA) semiautonom verwaltet.

Durch regelmäßige Überschwemmungen und zwischenzeitliche Dürren bietet Jonglei selbst im südsudanesischen Vergleich ausgesprochen harte Umweltbedingungen. So führten die massiven Überschwemmungen während der Regenzeit im Jahr 2020 zu einer katastrophalen Unterversorgung an Nahrungsmitteln. Die UN sahen sich dazu veranlasst, weite Teile des Staates als von einer akuten Hungerkrise bedroht zu klassifizieren.

Nördlich und westlich von Jonglei liegen die beiden ölfreichen Bundesstaaten Upper Nile und Unity. Upper Nile State ist Siedlungsgebiet der Dinka und der Funj. Es ist auch der Sitz des seit dem 14. Jahrhundert existierenden Königreichs der Shilluk, dessen Hauptstadt Fashoda nahe der sudanesischen Grenze liegt. Die Hauptstadt von Upper Nile, Malakal, liegt im traditionellen Territorium der Shilluk. Dies hat wiederholt zu politischen, mitunter bewaffnet ausgetragenen Auseinandersetzungen mit ebenfalls das Gebiet um die Stadt beanspruchenden Dinka-Gemeinschaften geführt.

Unity State wiederum ist, bis auf einen ölfreichen Abschnitt im Norden, der von Ruweng Dinka bewohnt wird, Siedlungsgebiet der Nuer. Die Abtrennung der Ruweng Administrative Area von Unity State im Februar 2020 hat zu beträchtlichen politischen Spannungen geführt. Dies ist nicht zuletzt auf Öleinnahmen zurückzuführen. Ein substanzieller Teil der den lokalen Verwaltungen zustehenden zwei Prozent der Erlöse aus der Ölförderung wird nun nicht mehr im oppositionell dominierten Unity, sondern im zur Regierung tendierenden Ruweng lukriert.

Nordöstlich von Unity befindet sich Abyei. Die zwischen Sudan und dem Südsudan nach wie vor umstrittene Region steht derzeit als Abyei Special Administrative Area unter faktisch doppelter Verwaltung. Ein ursprünglich für das Jahr 2011 vorgesehenes Statusreferendum konnte nach einer militärischen Intervention des Sudan nicht durchgeführt werden. Das Referendum ist nicht zuletzt deshalb umstritten, weil die Stimmberechtigung zwischen den dauerhaft in Abyei ansässigen Dinka-Gemeinschaften und den saisonal

aus dem Norden migrierenden Misseriya ungeklärt ist. Auch Abyeis Grenzen sind nicht letztgültig fixiert. Ein internationales Schiedsgericht hat die ölfreichsten Teile als außerhalb des umstrittenen Territoriums liegend dem Sudan zugesprochen. Dennoch hat Abyei aufgrund bestehender Ölförderung und der durch das Gebiet verlaufenden Ölpipeline nach Port Sudan immanente geostrategische Bedeutung.

Greater Bahr el-Ghazal schließlich teilt sich in vier Staaten. Das durch den Sudd gekennzeichnete, feuchte Lakes ist von Dinka- und Bongo-Gemeinschaften bewohnt. Die ehemalige Kapitale des ganzen Landes, Rumbek, ist nun die Hauptstadt von Lakes. Laut einem nach wie vor gültigen Regierungs- und Parlamentsbeschluss sollte das ebenfalls in Lakes liegende Ramciel, ein derzeit unbewohntes Gebiet, zur neuen südsudanesischen Hauptstadt entwickelt werden. Diese Pläne gehen auf SPLM/A-Gründer John Garang zurück, der das weit im Süden liegende Juba durch eine zentral gelegene Hauptstadt ersetzen wollte. Aufgrund fehlender Finanzierung liegen diese Pläne vorerst auf Eis. Auch die Durchführbarkeit ist durch die Versumpfung der Region während der Regenzeit mit Zweifeln behaftet.

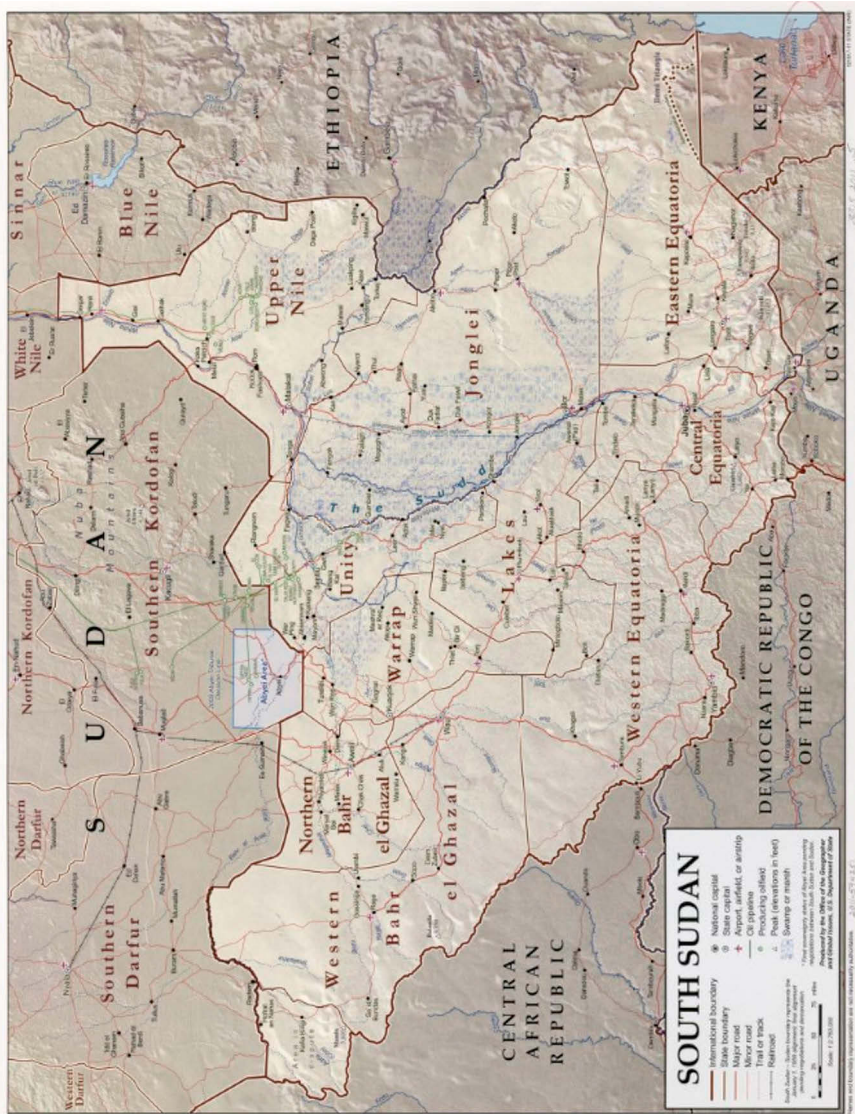
Warrap, bestehend aus den zwei Subregionen Tonj und Gogrial sowie einem an der Grenze zu Abyei im Norden gelegenen Siedlungsgebiet der Twic Dinka, gilt als das Kernland der innerhalb der SPLM/A traditionell einflussreichen Bahr el-Ghazal Dinka. Das westlich gelegene Northern Bahr el-Ghazal, ebenfalls ein Siedlungsgebiet der Dinka, erstreckt sich um die Großregion von Aweil. Wie auch Warrap sind die Lebensbedingungen in der Region durch den markanten Wechsel zwischen einer sehr feuchten Regenzeit und einer heißen, oft von Dürre gekennzeichneten Trockenzeit bestimmt.

Das im Westen an die Zentralafrikanische Republik und im Norden an den Sudan grenzende Western Bahr el-Ghazal ist in sich ausgesprochen vielfältig. Die westlichen Teile sind von Fertit besiedelt, die in diversen, sich auch sprachlich unterscheidenden Gemeinschaften leben. Während der Regenzeit verwandeln sich Teile der Region in eine oft auch zu Fuß unpassierbare Sumpflandschaft. Die harten Lebensbedingungen tragen dazu bei, dass die Gebiete nördlich und westlich der Hauptstadt Wau zu den am wenigsten dicht besiedelten des Südsudan zählen. Auch war die Region eines der Hauptzielgebiete der Sklavenjagen durch Baggara-Stämme aus dem benachbarten Darfur.

Die Stadt Wau, im Siedlungsgebiet der Luo gelegen, ist – nachdem Malakal im Zuge des südsudanesischen Bürgerkrieg stark in Mitleidenschaft gezogen wurde – nun die zweitgrößte Stadt des Landes. Sie hat sich aus einer

Zara'ib, einer befestigten Basis von Sklavenhändlern, entwickelt. Neben der größten Kathedrale des Landes befindet sich in Wau auch der in den 1950er-Jahren errichtete südliche Endbahnhof der Sudan Railways. Nach der Zerstörung der Eisenbahnbrücke in Aweil zu Beginn des sudanesischen Bürgerkrieges wurde die Linie in den 1980er-Jahren eingestellt und im Jahr 2010 wieder eröffnet, nur um in Folge der südsudanesischen Unabhängigkeit ein Jahr später erneut eingestellt zu werden. Pläne einer Bahnlinie von Khartum nach Mombasa an der kenianischen Küste, die auf der bestehenden Infrastruktur aufbauen könnte, werden immer wieder gewälzt, erscheinen aber gegenwärtig kaum realisierbar.

Quelle der Karte auf folgender Seite: United States Department Of State. Office Of The Geographer. 2011. *South Sudan*. Washington, DC: Office of the Geographer and Global Issues, U.S. Dept. of State. Retrieved from the Library of Congress, <https://www.loc.gov/item/2011594751/>.



Sachindex

9/11, 91, 94

»people-to-people«-Ansatz, 89

A

Abuja, 84, 92

Abyei, 42, 46, 93, 95, 101, 105, 188,
208, 314, 315

Acholi, 63, 122, 178, 313

Addis Abeba, 72, 114, 115, 118, 124,
125, 165

Afex Camp, 151, 152

Age-Sets, 44, 183, 184, 232

Ägypten, 45, 46, 51, 55–58, 68, 75,
77, 133, 138–140, 142,
291

Akobo, 67, 72

Al-Qaeda, 91

Al-Shifa-Pharmafabrik, 91

Ambivalenz, 84, 85, 96, 282–284

anarchisch, 44

Anthropologie, 29, 45, 176

Antikolonialismus, 47, 54, 55, 59,
62, 132, 137

Anya-nya, 65–70, 72–76, 93, 105,
178, 266, 291, 293, 294,
306

Anya-nya II, 72–77, 82, 187

Anyuak, 114, 195, 314

Apartheid, 75

Apuk Dinka, 181

Arabisch, 20, 36, 41, 43, 46, 50,
52–54, 56, 58, 59, 64,
66, 105, 130, 132–137,
157, 174, 223, 283, 312

Arabische Liga, 105

Arabisierung, 39, 53

Arbitration, 104, 105

Arusha, 115

Asien, 41, 182

Assimilation, 45

Äthiopien, 42, 62, 75, 80, 139, 140,
143, 149, 249, 314

Autonomie, 70–72

Autorität, 44, 46, 50, 51, 183, 188,
205, 252

Azania, 105

B

Baggara, 46, 47, 54, 76, 136, 137,
144, 315

Bahr el-Ghazal, 13, 42, 44, 46,
52–54, 61, 65, 68, 69, 71,
72, 78, 86, 88, 89, 136,
144, 175, 203, 315

Bari, 42, 66, 176, 313

Bashir-Regime, 18, 79, 91, 157, 160
 Beja Congress, 90
 Belgien, 48, 49, 131,
 Bentiu, 77, 85–87, 90, 103, 112–114,
 163, 169, 186, 191, 194,
 237, 239, 243, 307
 Bevölkerungsdruck, 43
 big tent, 106, 107, 109, 167, 308
 Bilpam, 111
 Blue Nile, 84, 94, 95, 120, 292, 301
 Boda Boda, 237, 250
 bog barons, 134
 Boma, 299, 312, 314
 Bor, 11, 12, 44, 47, 50, 54, 56, 67, 73,
 77, 78, 82, 84, 88, 89,
 99, 101, 106, 107, 112,
 122, 133, 138, 139, 141,
 175, 182, 183, 185–187,
 198, 202, 203, 226, 238,
 265, 279, 301, 302, 307,
 314
 Bosnien und Herzegowina, 200
 Bothonya, 183
 Brautpreis, 231, 234–236
 Britisch-Ostafrika, 54, 131
 Britisch-Südafrika, 49
 Buganda, 50
 Bul Nuer, 85, 160, 163, 164, 201
 Busch, 111

C

cantonment sites, 192, 208, 210,
 212–214
 Carter Center, 105
 cattle camps, 187, 230–233, 278
 cattle raids, 231, 232
 Cayman Islands, 208

celebrity humanitarianism, 149,
 305
 Central Equatoria, 77, 121, 124, 197,
 212, 305, 312, 313
 Checkpoints, 258
 Chevron, 162
 Chief, 23, 44, 50, 51, 56, 84, 110,
 114, 121, 133, 165, 195,
 232, 245, 299, 300, 302
 China, 289
 Chukudum, 84
 Civil Secretary, 53, 55
 Cobra Faction, 113, 114, 195
 conflict mesh, 275
 Conflict Research Programme, 11,
 32, 155, 297, 299
 Council of States, 13, 52, 197, 251
 County Commissioner, 197, 245,
 246
 critical juncture, 98, 267
 CTSAMM, 118, 209, 289
 customary court, 234
 Customs, 176, 279

D

Dar Blend, 168
 Dar Petroleum Operating Compa-
 ny, 168, 289
 Darfur, 77, 96, 101, 102, 138, 149,
 150
 Darfur-Konflikt, 91
 Dayton-Friedensabkommen, 200
 Demokratisierung, 33, 108, 115,
 222
 Derg, 14, 27, 30, 38, 48, 50, 66,
 75, 80, 94, 100, 103,
 149–152, 168, 181, 256,
 257, 268

Devolution, 71, 220, 253
 Dinka, 42–44, 54, 56, 65, 68, 71,
 72, 77, 89, 100, 110, 111,
 122, 175, 176, 178–182,
 185–187, 197, 203, 220,
 231, 234, 296, 299, 301,
 305, 307, 312, 314
 District Commissioner, 49, 51
 Diversität, 27, 30, 41, 51, 129, 175,
 183, 219, 277, 278, 280,
 281, 311
 do no harm, 146
 Doha-Abkommen, 155–157
 Dotku Beny, 110
 DRC, 21, 26, 78, 119, 120, 153, 165,
 194, 289, 299, 312, 313
 Dschibuti, 92, 290
 Durchdringungen, 32, 129, 130,
 155, 173, 177, 268, 283
E
 Eastern Equatoria, 21, 63, 66, 83,
 249, 312–314
 Eastern Nile State, 117
 Egalitarismus, 44
 Eisenbahn, 48, 131, 316
 Elfenbein, 47, 136
 Empowerment, 180, 228, 229
 Englisch, 14, 53, 54, 56, 134, 157,
 162, 180, 248, 265, 273,
 312
 Enough Project, 150
 Entebbe, 125
 Entwicklungszusammenarbeit,
 145, 157
 Equatoria, 14, 15, 46, 51, 56, 61,
 63–67, 69–71, 76, 83,
 84, 87, 88, 99, 112, 116,

 118, 120, 122, 123, 134,
 140, 178, 179, 199, 234,
 235, 248, 277, 290, 301
 Eritrea, 32, 42, 75, 308
 Erster Vizepräsident, 95, 98, 99,
 118, 196, 197, 281
 ethnischer Konflikt, 188
 Ethnografien, 29
 Ethnopolitik, 32, 76, 131, 173, 176,
 179, 181, 182, 188, 189,
 226, 231, 276
 ethnopolitische Gruppen, 41
 Europa, 13, 20, 41, 48, 49, 131, 132,
 239
 Eye Radio, 218
F
 Familie, 23, 44, 45, 63, 163, 176, 230,
 234–237, 240, 245, 247,
 260, 312
 Fashoda, 42, 47–49, 87, 202, 314
 Feind, 43, 77, 89, 118, 125, 137, 144,
 164, 177, 203, 207, 208,
 240, 245, 281
 Fertit, 118, 315
 fission politics, 44
 Föderalismus, 63, 64, 97, 116, 220,
 221
 Footing, 248–250
 Fotografieren, 243
 fragiler Staat, 25
 fragment state, 11, 265, 266
 Fragmente, 11, 13, 24, 30, 31, 33, 35,
 39, 74, 130, 155, 175, 176,
 178, 212, 226, 233, 240,
 263–266, 268–273, 275,
 276, 278, 284, 285, 296
 Fraktionalisierung, 38, 40

Frankreich, 41, 311
 Friedens- und Konfliktforschung,
 19, 31
 Friedensabkommen, 32, 33, 90,
 125, 205, 210, 212
 Funj, 42, 314

G

Gambela, 80, 162, 249
 Garamba Nationalpark, 119, 120
 Garang-Memorial, 106
 Garnison, 47, 63, 72, 73, 78, 131, 144
 Gastlichkeit, 244
 Gawaar Nuer, 183, 198, 314
 Geld, 11, 106, 107, 109, 123, 124,
 143, 149, 157–160, 182,
 191, 192, 199, 206, 213,
 236–238, 240, 246, 247,
 255–259
 Gemeinschaft, 42, 44, 83, 132, 136,
 160, 176–178, 232, 257,
 260
 Genozid, 39, 149, 150, 157, 182
 Gesellschaft, 13, 22, 24–26, 44,
 59, 61, 127, 129, 131–133,
 135, 146, 168, 173, 174,
 176–178, 196, 209, 214,
 216, 217, 237, 254, 266,
 268, 272, 278–280, 285,
 308, 312
 Gogrial, 42, 178, 315
 Gold, 46
 Gondokoro, 136, 140
 Governance, 29, 49, 206, 222, 223,
 299–301, 305, 307
 Greater Bahr el-Ghazal, 42, 54, 59,
 88, 140, 315
 Greater Equatoria, 312

Greater Pibor Administrative Area
 (GPAA), 314
 Greater Upper Nile, 77, 85,
 112–114, 166, 220, 249,
 312
 Grenzen, 25, 32, 41, 48, 61, 89, 100,
 102, 104, 108, 117, 129,
 130, 134, 138, 164, 186,
 221, 236, 239, 256, 264,
 287, 311, 313, 315
 Griechen, 131
 Großbritannien, 38, 57, 94, 126,
 140, 208
 Gulu, 238, 313

H

Heirat, 82, 147, 163, 230, 231,
 233–237
 Hierarchie, 44, 50, 52, 158, 230, 232
 Hilfsorganisationen, 78, 81, 143,
 147, 162, 291
 Hungersnot, 77, 143, 144, 149
 Hybridität, 275, 279, 284
 Hydropolitik, 139
 Hypoobjekt, 271, 273

I

Identität, 40, 45, 59, 83, 130, 131,
 133, 135, 174–177, 181,
 185, 188, 189, 204, 231,
 280, 282, 283
 Ideologie, 66, 149, 283
 IGAD Partner Forum, 94, 115
 IGAD PLUS, 115, 124
 Imatong Mountains, 83
 Imperialismus, 57
 Infinite Reach, 91

Infrastruktur, 44, 76, 83, 134, 136,
169, 214, 225, 226, 249,
260, 264, 311, 313, 316

Institutionalisierung, 26, 35, 36,
40, 41, 44, 51, 61, 98,
120, 127, 129, 131, 133,
134, 173, 174, 177, 185,
223, 228, 264, 266,
267, 276, 279–281, 283,
285–287

Institutionen, 25, 35, 39, 59, 169,
170, 217, 222

Integration, 35, 45, 46, 68, 73, 86,
89, 90, 107, 116, 129,
134–136, 138, 143, 159,
173, 174, 204, 208, 211,
216, 217, 225, 226, 230,
231, 266, 275, 279, 280,
282, 289, 308

Interimsperiode, 87, 92, 95, 290

Islam, 52

Islamisierung, 39, 64, 71

Islamisten, 67

Israel, 62, 68, 73, 75

Itang, 162

J

Janjaweed, 157

Jebel Kujur, 119

jihadiyya, 47

Jikany Nuer, 162, 164, 165, 179

Jonglei, 42, 43, 73, 80, 100, 103,
104, 106, 112–114,
140–143, 168, 178,
184–186, 188, 195, 201,
203, 226, 293, 298–300,
305, 314

Juba, 10, 12–14, 20–23, 25, 46–48,
55, 56, 62, 63, 67, 71, 78,
83, 90, 101, 106–113, 118,
119, 121–123, 125, 126,
131–133, 136, 139, 140,
142, 148, 150, 161, 162,
165, 191, 192, 194, 196,
204, 206, 207, 213, 216,
226, 237, 240, 244–250,
255, 258, 259, 278, 279,
292, 296, 301, 307, 312,
313, 315

Juba Arabisch, 20, 133, 312

Juba Conference, 55, 56

Juba Declaration, 107

Juba Incident, 121, 165, 194, 204,
216, 249

Juba Peace Agreement, 162, 292

Juba Peace Talks, 162

Junubini, 12, 133, 250

Justice and Equality Movement
(JEM), 113, 290

K

Kaduguli, 266

Kairo, 48, 58

Kalifat, 47

Kampala, 53, 107

Kapstadt, 48, 131

Karbonisierung, 91

Kassala, 90

Kenia, 49, 54, 68, 94, 115, 121, 236,
238

Ketiba Banat, 235, 236

Khartoum Declaration, 125

Khartum, 13, 23, 41, 47, 53, 56,
57, 59, 62–64, 67–69,
72, 73, 77, 78, 80, 82,

83, 85–88, 91, 94, 96,
100, 102, 105–108, 120,
124, 141, 142, 144, 157,
160–163, 179, 186, 187,
202, 203, 237, 249, 283,
312, 316
Khawaja, 20, 21, 147, 244, 254, 256
Kiir-Fluss, 137
Klan, 42–44, 176, 178, 228, 260
Kleptokratie, 259
Klima, 28, 40, 43, 146, 212, 227, 271
Kokora, 71, 308
Kolonialbeamte, 48, 49, 63, 134,
137, 185
Kolonialmächte, 44, 49
Kommunistischen Partei, 69
Kondominium, 37, 46, 48, 49, 57,
62, 130, 131, 133, 134, 283
Konföderalismus, 97
Korruption, 33, 109, 255, 257–261
Kriminalität, 240
Kultur, 25, 27, 32, 36, 66, 147, 155,
175–177, 274, 277, 278,
312

L

Lado, 48, 51, 131
Lakes, 88, 315
Lakuto, 66
Land Cruiser, Toyota Land Cruiser
V8, 214, 255, 259
Legitimität, 44, 195, 220, 232
Libanon, 240
Live Aid, 143, 149
Lol State, 118
London, 11, 32, 94, 155, 295–309
Loyalität, 123, 158, 166, 167, 171,
203, 212, 259, 260

Luo, 43, 179, 183, 314, 315
Luri, 110

M

Machakos, 92, 93
Machtteilung, 33, 95, 115–117, 192,
197, 198, 200, 201, 205,
215
Madi, 51, 313
Mahdi, 47, 48, 67, 78, 79, 102, 137,
144
Makerere, 53
making unity attractive, 96, 207
Malakal, 71, 90, 101, 112, 113, 118,
202, 203, 208, 312, 314,
315
Mameluken, 46
Manifest, 102
Mapping, 29, 309
Marginalisierung, 33, 59, 65, 68,
76, 225–230, 232, 233,
240, 261, 272, 276
Marktzugang, 226
Mathiang Anyoor, 110, 122, 180,
194, 297
Mayom, 160
Mbili, 52
Mediationskommission, 160
Menschenhandel, 46, 52, 130, 136
Menschenjagden, 43, 46, 47, 53, 54, 59,
136, 137, 144
Migration, 27, 41–43, 45, 53, 134,
142, 176, 230, 254, 279,
295, 299, 313
Militärherrschaft, 64
Miliz, 76–78, 82, 83, 85–88, 90,
97, 100, 104, 106, 107,
110–113, 121–124, 144,

156, 157, 160, 163–165,
168, 180, 181, 183, 186,
187, 194, 195, 197, 202,
203, 231, 270, 283,
292–294
Ministry of Peacebuilding, 198
Misseriya, 101, 105, 188, 315
Missionare, 51, 52, 56, 67
Missionsstationen, 51
Moderne, 25, 27, 29, 31, 132, 133,
135, 138, 174, 175, 230,
244, 278–281, 283, 284,
296
MONUSCO, 120, 290
Morota, 212
Moru, 66
Muglad, 46
Mundari, 77, 176, 313
Murahaliin, 144
Murle, 43, 77, 104, 176, 183–187,
283, 295, 299, 314
mutually hurting stalemate, 69, 90

N

Nairobi, 82, 92, 94, 107, 122, 126,
163, 259, 299, 301
Naivasha, 93, 94, 206
Namibia, 75
Nasir, 40, 76–78, 81–83, 85, 86,
89, 144, 146, 160, 162,
163, 178, 180, 198, 249,
292, 293, 295
National Convention, 84–86, 97,
109, 246
National Dialogue, 217, 218, 308
National Unionist Party (NUP), 62
Nationalarchiv, 25
Nationalhymne, 266

Nationalismus, 25, 26, 38, 279
Nationality Act 2011, 175
Nationalstaat, 25–27, 31, 32,
35–37, 40, 98, 127, 174,
201, 225, 263, 265, 266,
268, 282, 284, 287
Nation-Building, 25, 279
Native Administration, 49, 50, 131
National Islamic Front (NIF), 37,
67, 70–72, 79, 91, 252,
291
National Liberation Council
(SPLM), 42, 72, 74,
81, 84–86, 90, 93, 95,
97–99, 101, 102, 109,
110, 115, 123, 127, 178,
179, 202, 258, 267, 269,
291, 307
National Petroleum Commission
(NPC), 95, 291
National Pre-Transition Commit-
tee (NPTC), 161, 193,
199, 214, 291
National Salvation Front (NAS),
121, 122, 124, 125, 211,
290, 293
National Security Service (NSS),
122, 123, 168, 182, 210,
211, 291
National Transition Commission
(NTC), 160, 161, 291
National Unionist Party (NUP),
62–64, 291
Necessary Unified Forces, 192, 212
Neutralität, 81, 145, 147
New Cush, 99
New Institutional Economics, 280
New Sudan Vision, 74

Ngok Dinka, 42, 44, 46, 105, 188, 195
 Nigeria, 92
 Nile Blend, 168
 Nile Republic, 105
 Nile Water Agreement, 140, 141
 Nilepet, 123, 168, 169
 nilotischen Sprachen, 42
 Nimule, 83, 191, 194
 nomadisch, 41, 46, 183, 249, 278
 Northern Bahr el-Ghazal, 110, 197, 315
 Northern Liech State, 191
 Norwegen, 38, 94, 126, 169, 208
 Nuba Mountains, 52, 94, 151, 292
 nubisch, 37
 Nuer, 42–44, 49, 51, 53, 56, 61, 72, 73, 76, 82, 83, 85–87, 89, 100, 103, 106, 107, 111–113, 120, 159, 160, 163, 164, 166, 175, 176, 178–180, 183–188, 195, 196, 202, 220, 231, 234, 293, 299–302, 305, 307, 312–314
 Nuer White Army/White Army, 82, 100, 112–114, 186–188, 295, 297, 307, 309
 Nzara Industrial Complex, 63

O

Oasis Camp, 14, 111, 244
 Öl, 70, 107, 141, 167, 169–171
 Oman, 20, 24, 136, 226, 302
 Omdurman, 47
 Operation Jungle Storm, 83

Operation Lifeline Sudan (OLS), 78–81, 146, 147, 291
 Operation Thunderbolt, 88
 Organisation für die Afrikanische Einheit (OAU), 69
 Österreich, 12, 20, 66, 140, 277
 Other Political Parties (OPP), 115, 124, 125, 197, 217, 291
 ottomanisch, 45, 46

P

Padang Dinka, 42, 168, 195, 196, 202, 203
 Pagak, 123
 Panthau, 105, 108
 paramount chief, 51
 Pastoralismus, 41
 Patronage, 259, 260
 Payam, 312
 Pazifizierung, 49, 51
 peace from within, 79, 283
 Peacebuilding, 18, 199, 222, 223, 280, 297, 299, 300, 303
 Peacekeeping, 38, 111, 215, 294
 Peacemaking, 38
 Performanz, 229
 Peripherie, 46, 134, 174, 206, 226
 Pibor, 114, 195, 290, 313
 Pipeline, 90, 95, 315
 PoC-Camp, 113, 117, 123, 203, 246
 Political Charter, 86
 political settlement, 11, 39, 167, 296, 299, 307
 politics of survival, 259, 269
 politisches Budget, 158
 Polygamie, 236, 260
 Port Sudan, 91, 95, 315
 Power-Sharing, 95, 213, 296

Pragmatismus, 204, 281, 286
 Prefabs, 237
 Prekarität, 21, 22, 24
 presidential decree, 117, 251, 252, 291
 Pre-Transition Phase, 192, 193, 209, 213
 Propaganda, 66
 Protection-of-Civilian (PoC), 111, 113, 117, 119, 123, 191, 203, 239, 246, 291
 Provinzen, 26, 53, 65, 68, 70, 71, 76
 public authority, 32, 307

R

R-ARCSS, 32, 87, 125, 126, 143, 161, 165, 192–194, 197, 199, 200, 201, 205–211, 213, 215–220, 222, 224, 244, 289, 291–293
 Raiding, 183, 235, 250
 Rainbow Nation, 279, 308
 Rassismus, 27, 102, 181, 185
 Regenzeit, 139, 142, 226, 248–250, 314, 315
 Regional Self-Government, 70
 Rekrutierung, 76, 195, 213, 214, 231
 Religion, 51, 303
 Rente, 25, 26, 38, 261, 279
 rent-seeking rebellion, 158, 159
 Republican Order, 253, 254
 Resilienz, 24, 223, 227, 251, 281, 286
 Revolution, 9, 37, 74, 80, 82, 108, 239, 240, 252, 267, 282, 286, 289, 293, 299, 302, 306
 Rift Valley Institute, 301

Risiko, 24, 25, 243, 250
 Risikobewusstsein, 21
 Rohstoffe, 46
 Rom-Prozess, 125
 root causes, 18, 38, 280, 286, 300, 301
 R-TGoNU, 165, 167, 192, 196, 198, 218
 Ruanda, 39
 Rubkona, 112
 rule by law, 251, 253, 254
 rule of law, 220, 272
 Rumbek, 68, 93
 Ruweng, 195, 196, 203, 314

S

Säkularisierung, 108
 Sansibar, 136
 Scharia, 71, 86
 Schlacht von Omdurman, 48, 137
 Schulbildung, 53, 54, 234
 Schule, 51, 52, 117, 229, 230, 234, 267
 Schutzgeld, 158, 258
 Sechs-Tage-Krieg, 68
 Security Arrangements, 94, 209, 289
 Sedimentierung, 26, 38
 September Laws, 71, 141
 Sezession, 62, 75
 Shilluk, 37, 56, 83, 120, 181, 202, 298
 Shilluk-Königreich, 42, 44, 46, 47, 50, 53, 117
 Sicherheitsbedürfnis, 20
 Sicherheitssektor, 33, 87, 116, 157, 169, 205, 207, 209, 210, 213–216

- Sklaverei, 37, 135, 137, 138
 SLM, 70, 162, 292, 293
 Sobat, 141, 142, 301
 Solidarität, 22, 145, 147
 Somalia, 24, 92, 255, 266, 290, 304
 South Sudan Independents
 Group, 87
 South Sudanese Law Society, 89
 Southern Autonomous Region, 71
 Southern Front, 67, 69
 Southern Kordofan, 84, 95
 Southern Liberal Party, 62
 Southern Party, 62
 Southern Policy, 53–56, 59, 133,
 134, 137
 Southern Problem, 55, 63, 67, 68,
 295
 soziale Kohäsion, 280
 Special Administrative Areas, 195
 SPLM/A Bahr el Ghazal Faction,
 86, 87
 SPLM/A-IO, 111, 112, 114–118, 120,
 122, 124, 126, 160–162,
 164, 165, 167, 179–181,
 186–188, 204, 244, 246
 SPLM/A-Nasir, 81–83, 85, 146, 162,
 163, 186, 187
 SPLM/A-Torit, 81, 83–86
 SPLM/A-United, 85, 86
 SPLM-Wiedervereinigung, 115
 Sprachdiversität, 277
 Sprache, 14, 41–44, 47, 53, 62, 65,
 93, 134, 175, 177, 181, 196,
 206, 212, 218, 230, 277,
 312
 Sprachpolitik, 53
 SSPDF, 42, 122, 123, 168, 178, 210,
 212, 213, 235, 293, 294
 Staatlichkeit, 24, 36, 59, 61, 62,
 68, 75, 96, 137, 240, 251,
 263, 266–269, 272, 285,
 287
 Staatsbürgerschaft, 104
 Stabilität, 40
 state-in-society, 265, 269
 Steuern, 50
 Straßen, 131, 163, 240, 249, 255
 Strategic Defence and Security
 Review Board, 116
 strategische Ambivalenz, 96, 102,
 127, 266, 281–284, 286
 Subsistenz, 226, 278
 Südafrika, 75, 124
 Sudan, 9–15, 17–59, 61–68,
 70–100, 102–109,
 112–115, 117, 120,
 122–127, 129–141,
 143–153, 155–163,
 165–171, 173–177, 180,
 182, 183, 185, 186,
 191–199, 202–208,
 210–216, 218–223,
 225–227, 229, 232–234,
 237–240, 243–245,
 247–257, 259–261,
 264–275, 277–287,
 289–309, 311–317
 Sudd, 41, 77, 113, 140, 143, 168, 293,
 296, 312, 315
 SUV, 20, 214

T
 Tanganjika, 48
 Tansania, 48, 73, 115
 The Sentry, 152, 256, 257, 307

thick description, 273, 300
 Tiger Division, 110, 119, 210
 Tigray, 80
 Tongping, 248
 Tonj, 88, 315
 Toposa, 185, 235
 Torit, 63, 65, 78, 82, 94
 Tourismus, 20, 36
 Toyota Land Cruiser V8, 214, 259
 Tradition, 38, 43, 45, 54, 183, 252, 265
 Training, 80, 192, 207–210, 212–214
 Transformation, 44, 74, 96, 170, 207, 229, 252, 286, 287
 Transition, 32, 33, 58, 87, 98, 115, 116, 121, 126, 160, 161, 191–194, 196, 197, 199–201, 205, 206, 209, 210, 215, 216, 218, 220, 222–224, 252, 276, 281, 289, 291, 292, 294, 296, 301, 305
 Tribalismus, 121, 159
 Tribut, 46, 137
 Troika, 38, 94, 115, 124, 126, 208
 Trusteeship, 57
 Tschad, 12, 40, 230
 Turbulenz, 21, 70, 171, 205, 219, 224, 247, 248
 Türkei, 9
 Turkiyya, 45–48, 131, 133, 136, 137, 283
 Twic Dinka, 72, 73, 175, 178, 314, 315

U

Überschwemmung, 14, 139, 142, 184, 186, 227, 250, 314
 Uganda, 41, 48, 50, 54, 62, 68, 83, 84, 88, 92, 99, 112, 120, 124, 126, 215, 236–238, 248, 249, 290, 294, 305, 313
 Umma Party, 67, 78, 79
 Unabhängigkeit, 9, 17, 25, 26, 35, 36, 38, 41, 48, 55, 57–59, 61–63, 66, 67, 70, 72, 75, 85, 87, 93, 94, 97, 98, 100, 106–108, 117, 123, 127, 130, 131, 134, 140, 145, 150, 160, 187, 206, 212, 266, 267, 281, 284, 290, 294, 313, 316
 Unabhängigkeitsreferendum, 37, 86, 95, 102, 104, 105, 159
 UN-Country Team, 18
 UNISFA, 105, 294
 Unity, 43, 70, 83, 85–87, 90, 96, 98, 103, 106, 107, 110, 112, 117, 125, 132, 140, 156, 160, 162–164, 168, 178, 180, 186, 191, 195, 196, 198, 206, 209, 215, 247, 249, 250, 293, 295, 302, 303, 314
 Universität von Khartum, 67
 University of Dar es Salaam, 73
 UNMISS, 119, 191, 203, 294, 307
 Unsettlement, 11, 200, 201, 266–268, 276, 283–285, 296
 Upper Nile, 15, 42, 46, 50, 56, 61, 68–71, 73, 76, 81, 83,

84, 87, 100, 112, 117, 121,
124, 140, 165, 168, 181,
186, 201–204, 245, 248,
250, 293, 294, 298, 301,
314

V

Verfassung, 70, 106, 117, 215, 217,
218, 251–253
Vergeltung, 188
Vertrag zu »Self-Government and
Self-Determination for
the Sudan«, 58
Vertreibung, 45, 203
Verwaltung, 47–53, 55–57, 63, 70,
71, 75, 89, 95, 131–134,
137, 162, 163, 174, 176,
177, 185, 196, 221, 248,
255, 267, 268, 314
Victoriasee, 139
Viehwirtschaft, 188, 230, 231
Vignetten, 30, 31, 33, 225, 263, 279
Vulnerabilität, 18, 33, 225, 227,
228, 230, 233, 240

W

Wafd-Partei, 57
Waffenembargo, 123
Waffenstillstand, 87, 92, 94, 96,
106, 114, 118, 124, 125,
201, 209, 211, 224
Wahlen, 33, 62, 63, 67, 70, 71, 77,
87, 95, 101–104, 106,
108, 109, 114, 116, 164,
202, 215, 216, 218, 219,
293

Warrap, 42, 88, 315
Wasser, 14, 46, 61, 89, 122, 130,
138–143, 214, 230, 250,
255
Wau, 52, 88, 90, 118, 248, 315, 316
Wealth Sharing, 95
weberianisch, 270, 284, 285
Western Bahr el-Ghazal, 118, 315
Western District, 52–54, 56
Western Equatoria, 66, 118, 120,
312, 313
Widerstand, 49, 61, 62, 65, 68, 72,
75, 83, 129, 133, 137, 219,
235, 269
Wildlife Service, 213
work permit, 238
Wunlint Covenant, 89

Y

Yambio, 63, 312
Yei, 46, 63, 67, 95, 104, 105, 121, 180,
195, 237, 294, 314, 315
Yirol, 89, 122, 245

Z

Zande, 37, 42, 44, 50, 51, 66, 78, 175,
176, 313
zara'ib, 47, 136, 137, 316
Zensus, 41, 104, 216, 311, 313
Zentralafrikanische Republik, 315
Zentrum, 41, 43, 46, 48, 56, 66, 70,
76, 78, 131, 132, 137, 149,
174, 212
Zivilverwaltung, 49, 50, 145, 163,
267, 289, 291, 294

Personenindex

A

Abdallah Khalil, 64
Abdel Fattah al-Sisi, 138
Abdel Wahid al-Nur, 162, 292
Abdelaziz Al-Hilu, 162, 292
Abel Alier, 42, 69, 71, 85, 108, 167,
202, 245
Aggrey Jaden Ladu, 63, 67, 91, 115,
244
Akol Koor Kuc, 122, 168, 182
Akwot Atem de Mayen, 72
Aldo Ajou Deng Akuei, 180
Alex Perry, 149–151, 305
Ali Baldo, 64, 302
Ali Osman Mohammed Taha, 96
Ambrose Riiny Thiik, 180
Andrew Natsios, 73, 80, 99, 100,
107, 304
Angelina Jany Teny, 14, 81, 103, 117,
164, 165, 192, 198, 235
Angelina Jolie, 148, 149, 153
Anna Lowenhaupt Tsing, 21, 22,
29, 30, 307
Arjun Appadurai, 27, 28, 273, 274,
295

B

Bangasi Joseph Bakosoro, 118
Barack Obama, 121, 123, 150, 151

Bill Clinton, 149, 150
Bob Geldof, 143, 149
Bordoang Leah, 187
Budhok Ayang Nai Kur, 204

C

Charles Tilly, 268
Clifford Geertz, 273, 300

D

Dak Kueth, 188
Daniel Arap Moi, 92
David Yau Yau, 106, 113, 114, 183,
184, 195
Denay Jock Chagor, 201
Deng Alor Kuol, 93, 104, 296, 303
Donald Trump, 123
Douglass C. North, 269

E

Emma McCune, 82, 147

F

Ferdinand Tönnies, 44, 132
Francis Fukuyama, 22, 44, 222,
252, 299
Francis M. Deng, 46

G

- Gabriel Changson Chang, 66, 76,
102, 125, 202, 224, 264,
293, 298, 299, 305, 306
- Gabriel John Riak, 14, 122, 183, 305
- Gafaar Nimeiri, 37, 68–71, 73, 75,
77, 78, 141
- Gamal Abdel Nasser, 57, 300
- Gatluak Gai, 13, 72, 82, 85, 96, 101,
106, 144, 146, 156, 160,
162, 179, 192, 196, 197,
247, 257, 264, 298
- George Athor Deng, 10, 58, 59, 64,
65, 71, 82, 88, 93, 95, 99,
101, 103, 104, 109–111,
117, 118, 121, 123–125,
130, 146, 152, 156, 160,
162–167, 169, 179, 192,
197, 220, 231, 254, 298,
299, 304, 308
- George Clooney, 149–153, 256, 305,
306
- George W. Bush, 94, 150, 151
- Ghazi Salahuddin Atabani, 92
- Gismalla Abdalla Ras, 71
- Golda Meir, 68
- Gordon Kong Chuol, 81, 112, 167,
198
- Gordon Muortat Mayen, 68, 73

H

- Haile Selassie, 69, 74
- Harold MacMichael, 52
- Hassan al-Turabi, 67, 70, 79, 91,
291
- Henerick Rossi, 66
- Herbert Kitchener, 48, 51, 137
- Hilde Johnson, 38, 39

- Hussein Abdelbagi Akol, 40,
81–87, 90, 95, 102, 111,
122–125, 168, 182, 197,
202, 211, 293, 295

I

- I. William Zartman, 90, 309
- Ibrahim Abboud, 37, 64, 67, 252
- Ignaz Knoblecher, 140

J

- James Ajongo Mawut, 122
- James C. Scott, 74, 257, 265, 306
- James Wani Igga, 84, 101, 102, 119,
197
- James Wilson Robertson, 54
- Jean-Baptiste Marchand, 48
- Joel Migdal, 35, 174, 259, 264, 265,
268, 269, 303, 304
- John Danforth, 94
- John Garang de Mabior, 65, 73–76,
78, 80–82, 84–86, 88,
89, 93, 95, 96, 99–101,
109, 141, 147, 158, 162,
178, 197, 253, 267, 293,
315
- John Gray, 80, 280, 300
- John Hanning Speke, 140
- John Kerry, 110, 121
- John Prendergast, 94, 149–152,
256, 257
- Johnson Juma Okot, 122, 179
- Johnson Olonyi Thabo, 113
- Jok Madut Jok, 39, 59, 72, 83, 110,
111, 137, 138, 147, 174,
175, 183, 250, 302, 303,
305

- Jon Arensen, 42, 43, 177, 188, 295,
297, 303
- Joseph Garang, 65, 69, 73–76, 78,
80–82, 84–86, 88, 89,
93, 95, 96, 98–101, 106,
109, 141, 147, 158, 162,
178, 197, 253, 257, 267,
293, 300, 315
- Joseph James Tombura, 71
- Joseph Kony, 83, 249, 279
- Joseph Lagu, 65, 66, 68–71, 302
- Joseph Nguen Monytil, 103, 164
- Joseph Oduho, 64, 65, 304

K

- Kerubino Kuanyin Bol, 13, 24, 40,
68, 69, 73, 74, 76, 84–89,
92, 93, 101, 141, 157, 175,
188, 208, 234, 244, 255,
266, 302
- Kosti Manibe Ngai, 109
- Kuol Manyang Juuk, 104
- Kuyok Abol Kuyok, 40, 84–86, 88,
89, 266, 302

L

- Lam Akol Ajawin, 81
- Lazaro Sumbeiywo, 92
- Leopold II., 48
- Liiylii Jiath, 187
- Lord Cromer, 51
- Luka Biong Deng, 40, 230, 296,
303

M

- Madut Biar Yel, 99, 111
- Mahmood Mamdani, 132, 133, 257,
303

- Mahmud al-Nuqrashi, 55
- Malik Aggar, 46, 47, 53, 76, 102,
136, 137, 144, 315
- Mary Ayen Mayardit, 14, 74, 192,
235
- Mary Kaldor, 12, 28, 32, 307
- Max Weber, 174, 235, 236, 270, 284,
285, 308
- Meles Zenawi, 80
- Mengistu Haile Mariam, 75
- Mohamed Hamdan Daglo
(Hemetti), 161
- Muhammad Ahmad Mahgoub, 67
- Muhammad Ali Pasha, 46

N

- Nhial Deng Nhial, 65, 88, 93, 169
- Nicholas Coghlan, 38, 39, 297
- Nikki Haley, 123

O

- Omar Hassan al-Bashir, 79, 94, 96,
102, 106, 120, 124, 125,
240, 291
- Osama bin Laden, 91

P

- Pagan Amum Okiech, 93, 117, 118,
294
- Paul Malong Awan, 110, 178, 227,
238, 271
- Paulino Matip Nhial, 85
- Peter Adwok Nyaba, 40, 54, 73, 110,
180, 304
- Peter Gadet Yak, 13, 86

R

- Rebecca Nyandeng de Mabior, 99,
109, 111, 197
Riek Gai Kok, 13, 71, 85, 179, 308
Riek Machar Teny, 81, 82, 85–90,
100–103, 106, 109–111,
113, 115, 117–121, 124,
125, 146, 161, 163–165,
178, 186, 188, 192, 194,
196–198, 201, 203, 204,
218, 223, 235, 246, 249,
281–283, 292, 293
Robert George Howe, 57, 58, 86,
91, 140–143, 300
Robert Gwang Nyikier Yur, 202

S

- Sadiq al-Mahdi, 67, 78, 79, 102, 144
Salva Kiir Mayardit, 14, 42, 74, 78,
88, 92, 95, 97, 99, 101,
102, 105, 109–111, 116,
117, 119–122, 124, 125,
135, 150–152, 160, 161,
164, 165, 169, 171, 178,
179, 192, 194, 196, 197,
199, 201–204, 210, 216,
218, 223, 235, 245, 251,
253–255, 259, 282, 291
Samantha Power, 29, 59, 85, 95,
133, 150, 163, 180, 213,
227–229, 233, 253,
295–300, 305, 307
Saturnino Lohure, 65
Simon Gatwech Dual, 85, 113, 118,
167, 222, 280
Sirr al-Khatim al-Khalifa, 67
Stephen Par Kuol, 198
Susan Rice, 149, 150

T

- Taban Deng Gai, 82, 101, 103,
110, 117, 118, 121, 123,
124, 146, 152, 156, 160,
162–167, 179, 192, 197,
298
Ted Gagne, 150
Telar Ring Deng, 89
Thomas Cirillo Swaka, 121
Thomas Duoth Guet, 123
Timothy Morton, 264, 270, 271,
275, 304
Tut Kew Gatluak Manime, 156,
160–163, 165, 166, 179

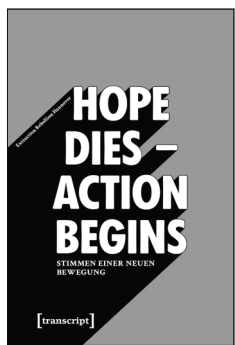
W

- William Abdallah Cuol, 72
William Nyuon Bany Machar,
14, 73, 81, 82, 85–90,
100–103, 106, 109–111,
113, 115, 117–121, 124,
125, 146, 161, 163–165,
178, 186, 188, 192, 194,
196–198, 201, 203, 204,
218, 219, 223, 235, 246,
249, 281–283, 292, 293
Wutnyang Gatakek, 187

Y

- Yasir Arman, 102
Yoweri Museveni, 99, 112, 120, 124,
125, 215, 283

Politikwissenschaft



Extinction Rebellion Hannover

»Hope dies – Action begins«: Stimmen einer neuen Bewegung

2019, 96 S., kart.

7,99 € (DE), 978-3-8376-5070-9

E-Book: kostenlos erhältlich als Open-Access-Publikation,
ISBN 978-3-8394-5070-3

EPUB: kostenlos erhältlich als Open-Access-Publikation,
ISBN 978-3-7328-5070-9



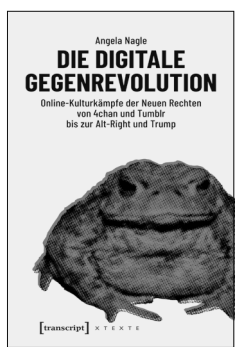
Jan Brunner, Anna Dobelmann,
Sarah Kirst, Louisa Prause (Hg.)

Wörterbuch Land- und Rohstoffkonflikte

2019, 326 S., kart., Dispersionsbindung, 1 SW-Abbildung

24,99 € (DE), 978-3-8376-4433-3

E-Book: 21,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-4433-7



Angela Nagle

Die digitale Gegenrevolution

Online-Kulturkämpfe der Neuen Rechten

von 4chan und Tumblr bis zur Alt-Right und Trump

2018, 148 S., kart.

19,99 € (DE), 978-3-8376-4397-8

E-Book: 17,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-4397-2

EPUB: 17,99 € (DE), ISBN 978-3-7328-4397-8

**Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de**

Politikwissenschaft



Sebastian Haunss, Moritz Sommer (Hg.)

Fridays for Future – Die Jugend gegen den Klimawandel Konturen der weltweiten Protestbewegung

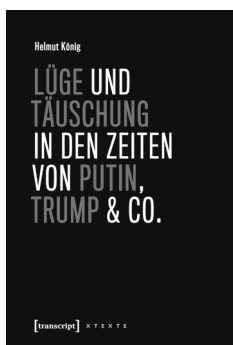
Oktober 2020, 264 S., kart.

22,00 € (DE), 978-3-8376-5347-2

E-Book: kostenlos erhältlich als Open-Access-Publikation

PDF: ISBN 978-3-8394-5347-6

ISBN 978-3-7328-5347-2



Helmut König

Lüge und Täuschung in den Zeiten von Putin, Trump & Co.

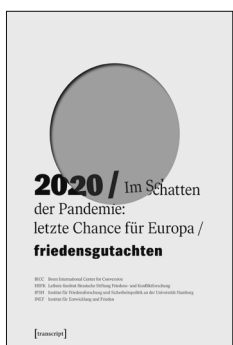
September 2020, 360 S., kart.

29,50 € (DE), 978-3-8376-5515-5

E-Book:

PDF: 26,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5515-9

EPUB: 26,99 € (DE), ISBN 978-3-7328-5515-5



BICC Bonn International Center for Conversion,
HSKF Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und
Konfliktforschung, IFSH Institut für Friedensforschung und
Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg,
INEF Institut für Entwicklung und Frieden

Friedensgutachten 2020

Im Schatten der Pandemie: letzte Chance für Europa

Juni 2020, 160 S., kart., 33 Farbbildungen

15,00 € (DE), 978-3-8376-5381-6

E-Book: kostenlos erhältlich als Open-Access-Publikation

PDF: ISBN 978-3-8394-5381-0

**Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de**

